



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

Die Konstruktion des „Staats, den keiner wollte“

Der Transformationsprozess des umstrittenen Gedächtnisorts „Erste Republik“ in einen negativen rhetorischen Topos.

Verfasser

Martin Reisacher

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, 2010

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 312

Studienrichtung lt. Studienblatt: Geschichte (Diplom)

Betreuerin / Betreuer: Univ.-Doz. Dr. Mag. Heidemarie Uhl

INHALTSVERZEICHNIS

1	EINLEITUNG	6
2	THEORETISCHE GRUNDLAGEN	15
a	Jahrestage als Gedächtnisorte	18
b	Rhetorische Topoi als Gedächtnisorte	20
c	Hegemonie und Gedächtnis	21
3	DIE ERSTE REPUBLIK IN DER ÖFFENTLICHEN WAHRNEHMUNG....	24
4	DIE ERSTE REPUBLIK AUS HISTORIOGRAPHISCHER SICHT	30
a	Forschungsüberblick: Erste Republik und Gedächtnisgeschichte	30
b	Die Historiographie zur Ersten Republik bis in die 70er Jahre	37
c	Negative Zuschreibungen in den Geschichtswissenschaften	50
d	Populärwissenschaftliche Darstellungsformen	57
e	Zusammenfassung	61
5	1918-45: DER 12. NOVEMBER VOM STAATSFEIERTAG ZUM VERBOTENEN GEDÄCHTNISORT	63
5.1	Ein Staatsfeiertag? Deutungskonflikte in der Ersten Republik	63
5.2	Erinnern im Geheimen/ im Exil	70
a	Austrofaschismus	70
b	Nationalsozialismus	72
	Exkurs: Der Terminus „Zweite Republik“	74
6	DIE TRANSFORMATION DER NARRATIVE ZUM 12. NOVEMBER.....	81
6.1	Nachkriegszeit/1948: Konfliktvermeidung und Kontinuitätssuche	81
a	Wahlkämpfe – Mobilisierung durch Erinnerung	82
b	Die Suche nach staatlicher Kontinuität	85
c	Die Erste Republik in offiziellen Narrativen	91
1	Regierungserklärungen	91
2	Museum der Ersten und Zweiten Republik	92
3	Das „Österreich-Buch“	93
d	Feierlichkeiten zum 12. November	94
	Differenzierungen des offiziellen Narrativs – die Reden von Bundespräsident Renner	98
e	Darstellungsformen	103
1	ÖVP	103

2	SPÖ	106
3	KPÖ	109
4	Leitartikel anderer Zeitungen	110
f	Zusammenfassung	112
6.2	1958: Kontroversen um die Bruchstelle Monarchie/Erste Republik	115
a	Die Feierlichkeiten zum 12. November zwischen Boykott und Parteifeiern.....	115
	Nationalratsdebatte.....	118
b	Darstellungsformen	121
1	ÖVP	121
2	SPÖ	125
3	KPÖ	128
4	Leitartikel unabhängiger Zeitungen	129
c	Die Präsenz von Monarchie/Erster Republik in geschichtspolitischen Debatten.....	130
1	Zwischen Konflikt und Versöhnung – Habsburgkrise und Februargedanken	132
2	Der 12. November in der Debatte um den Nationalfeiertag.....	136
d	Die geschichtspolitische Bedeutung von Monarchie/ Erster Republik und deren Bedeutungsrückgang	142
1	Der symbolische Umgang mit der Monarchie.....	142
2	Das Konkurrenzverhältnis zwischen 26. Oktober und 12. November.....	144
3	Lagerparteien und ihre Parteinarrative.....	148
e	Zusammenfassung.....	154
6.3	1968: Ausverhandeln und Integrieren.....	157
a	Feierlichkeiten zum 12. November	157
	Exkurs: Republikdenkmal	160
1	Der Festtagsdiskurs zum 12. November	163
2	Ausstellungen	166
3	Fernsehen/Radio/Schule.....	169
b	Dissonanzen.....	171
c	Suche nach Konsensformeln	172
1	Parteifeiern	172
2	„Zukunft“ versus „Österreichische Monatshefte“.....	176
3	Parteizeitungen.....	180
4	Volksbildnertagung der ÖVP	182
d	Zusammenfassung.....	184
7	DER TOPOS VOM „STAAT, DEN KEINER WOLLTE“	187
7.1	Der Bedeutungsverlust des 12. November	187
7.2	Der Mikrokosmos der 12. November-Darstellung als verdichtete Geschichtsschreibung.....	190

7.3	Entstehungsgeschichte und Wurzeln des Topos.....	194
7.4	Entwicklung des Narrativs in der 2. Republik.....	199
a	Die unmittelbare Nachkriegszeit.....	199
b	Konservatives Schlagwort.....	200
c	Entwicklung zum überparteilichen Narrativ.....	205
	Exkurs: Die sozialistische Umcodierung der habsburgischen Vergangenheit.....	208
7.5	Verbreitung des Narrativs vom „Staat, den keiner wollte“	213
a	Ausstellungskonzeptionen.....	216
b	Geschichtsunterricht.....	217
c	Medien.....	218
7.6	Analyse der narrativen Funktion des Topos vom „Staat, den keiner wollte“	219
a	Narrative Auslassungen der Formel vom „Staat, den keiner wollte“	219
b	Widersprüche gegen den Topos vom „Staat, den keiner wollte“	221
c	Die Funktion im offiziellen Geschichtsbild.....	224
8	RESÜMEE	235
9	ANHANG	244
9.1	Quellen	244
9.2	Literatur.....	248
9.3	Abstract.....	266

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

ABBILDUNG 1: EINLADUNG ZUR REPUBLIKSFEIER DER ÖSTERREICHISCHEN SOZIALISTEN IN LONDON ..	77
ABBILDUNG 2: VOM BAUERNSOHN ZUM STAATSKANZLER; WAHLPLAKAT DER SPÖ	84
ABBILDUNG 3: WIE 1918; WAHLPLAKAT DER SPÖ	84
ABBILDUNG 4: DIE SICHT DER „ARBEITERZEITUNG“ AUF DIE ÖVP-REPUBLIKFEIER	131
ABBILDUNG 5: ES WAR SEHR SCHÖN, ES HAT MICH SEHR GEFREUT	213
ABBILDUNG 6: WOLLT IHR DEN STAAT, DEN KEINER WILL?!?!	219

TABELLENVERZEICHNIS

TABELLE 1: VON "GUTEN" UND "SCHLECHTEN" ZEITEN	27
TABELLE 2: ENTSTEHUNGSZEITRAUM DES ÖSTERREICHISCHEN NATIONALBEWUSSTSEINS	28
TABELLE 3: ENTSTEHUNG DES ÖSTERREICHBEWUSSTSEINS (1956-2007)	150
TABELLE 4: VERBREITUNG DER RHETORISCHEN TOPOI	216

1 EINLEITUNG

Wenn die Erste Republik bzw. die demokratische Periode zwischen 1918 und 1933 im Fokus des Interesses steht, rücken unweigerlich Negativcharakterisierungen wie etwa vom „Staat, den keiner wollte“, vom „Staat wider Willen“ oder vom „Rest“ in den Mittelpunkt der Betrachtung. Das Unvermögen diesen historischen Abschnitt anders als über seine Krisen und Katastrophen, wie etwa der Titel eines unlängst erschienenen Buchs zur Ersten Republik vermittelt,¹ wahrzunehmen, lässt die positiven Aspekte der Ersten Republik wie ihre Sozialgesetzgebung, die Arbeiterkultur, die künstlerischen und wissenschaftlichen Leistungen oder das „Rote Wien“ weitgehend in den Hintergrund treten. Meist bedarf es einer gezielten Fokussierung, etwa im Rahmen von Ausstellungen, um diese positiven historischen Bezugspunkte zu beleuchten, allerdings ohne dass sich diese tatsächlich im Grundnarrativ zur Ersten Republik festschreiben könnten. Prägnante Ereignisse und ihre Jahrestage wie der 15. Juli 1927, der 4. März 1933, der 12. Februar 1934 und der 11. März 1938, zwischen denen sich die Leitfäden einer Erzählung zu dieser Periode spannen, tragen das ihre dazu bei, dass dieser historische Abschnitt eindeutig negativ verortet ist. Es herrscht eine gewisse Unfähigkeit, wie etwa Jan Eckel auch für die Weimarer Republik konstatierte, diese Periode anders als von ihrem Ende, einer für Österreich durch die Errichtung der austrofaschistischen Diktatur, den Bürgerkrieg und den „Anschluss“ strukturierten Perspektive, zu denken.²

Diese parteiübergreifende Übereinstimmung hinsichtlich eines Negativkonsenses erscheint jedoch umso paradoxer, wenn man sich in Erinnerung ruft, dass diese Zeit doch gerade durch die ausgeprägte Konfliktkultur zwischen den Lagern charakterisiert ist. Es verwundert daher, dass in den Narrativen an diese Periode nichts mehr von diesem kontroversen Potential verblieben ist und die Jahre von 1918 bis 1933 nicht mehr polarisieren. Geradezu herrscht Einigkeit darüber, in welchem Sinnzusammenhang sie im Narrativ der österreichischen Geschichte stehen: als „Staat, den keiner wollte“ und somit als Negativschablone zur Zweiten Republik. Fast möchte man daher die provokante Frage stellen, weshalb 1934 um einen Staat gekämpft wurde, den doch nie einer gewollt hatte. Wie konnte sich aber das Narrativ zur Ersten Republik, einer Periode, welche Siegfried Mattl in einer Geschichte der Temperamente als heiß bezeichnen würde,³ in „cold memory“⁴ verwandeln und zu einem negativen

¹ „Kanzler, Krisen, Katastrophen. Die Erste Republik“ STEINBACH (2006).

² ECKEL (2007), S. 227.

³ vgl. MATTL (1995c), S. 30.

⁴ Hierbei ist nicht die Unterscheidung von heißen und kalten Kulturen nach Assmann gemeint, welche auf den generellen Umgang einer Gesellschaft mit Geschichte Bezug nimmt, sondern

Gedächtnisort erstarren?

Dass dieses Erstarren nämlich auch Resultat eines Prozesses des Ausverhandelns ist, wird offenkundig, wenn man die Kontroversen zur richtigen Darstellungsform der Ersten Republik, welche sich rund um den Gründungstag der Ersten Republik, den 12. November, ausbildeten, in den ersten Nachkriegsjahrzehnten betrachtet. Wurde doch hier von Seiten der SPÖ eine Erzählung deutlich, welche nicht in einen dermaßen die Komplexität reduzierenden Negativkonsens passte. Diente doch die Betrachtung der Ersten Republik nicht bloß über ihr Ende 1934, sondern über ihren Beginn 1918, noch zur Strukturierung von positiv besetzten Narrativen, welche nicht die Probleme der Ersten Republik, aber die Aufbruchsstimmung und die anfänglichen Leistungen in den Mittelpunkt stellten und die Basis für ein Narrativ bildeten, welches eine republikanische (gegenüber einer Habsburger-) Tradition betonte. In dieser Arbeit wird daher untersucht, was dazu geführt hat, dass der parteipolitisch unterschiedlich besetzte Gedächtnisort „Erste Republik“ sich zu einem negativ festgeschriebenen Gedächtnisort entwickeln konnte. Es werden also jene aus dem öffentlichen Gedächtnis mittlerweile verschwundenen früheren Deutungskonflikte und deren Prozesse des Ausverhandelns nachgezeichnet, deren Vergessen erst eine derartige Negativreduktion dieser Zeit ermöglichte.

Neben der Betrachtung der Konflikte und des Ausverhandelns wird aber auch der Prozess der negativen Festschreibung hinsichtlich seiner Implementierung, seiner geschichtspolitischen Bedeutung und Funktion analysiert werden. Ist es doch auch wichtig, gerade um das Selbstverständnis und die Konfliktlinien innerhalb einer Gesellschaft zu verstehen, nicht bloß jene Bereiche in den Fokus zu nehmen, in welchen sich Spannungsfelder des kollektiven Gedächtnis offenbaren, wie dies etwa bei „Austrofaschismus“/ „Ständestaat“ oder Nationalsozialismus der Fall ist, sondern auch jene historischen Bezugspunkte, deren kontroversielle Beurteilung schon vergessen wurde. Liefert doch die ausverhandelte Geschichte das Grundgerüst eines meist unbewussten gesellschaftlichen Gedächtnisrahmens, welcher ein breites, stabiles Fundament für einen Konsens über die Vergangenheit und damit für gegenwärtiges Handeln bietet. Als ein zentraler Teil dessen muss auch die Erste Republik in ihrer negativen Charakterisierung als „Staat, den keiner wollte“, verbunden mit ihrer Funktion als Negativschablone zur Zweiten Republik verstanden werden, weshalb auch dieser rhetorische Topos genauer untersucht werden wird.

die Definition von Charles S. Maier, welcher die Differenz der Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus und des Kommunismus damit bezeichnete und attestierte, dass die Erinnerung an den Kommunismus „cold memory“ sei, da sie nie die gleiche emotionale Erschütterung hervorrufen konnte, wie der Nationalsozialismus. Cold Memory wird also hier auf die emotionale Komponente von Erinnerung rekurrieren. vgl. MAIER (2001/02).

Damit es hinsichtlich des zu untersuchenden Zeitraums zu keinen Missverständnissen kommt, wird eine kurze Definition der Ersten Republik vorangestellt, da hier auf die demokratische Phase Österreichs in der Zwischenkriegszeit rekurriert wird. Ebenso wie Begriffe wie „autoritärer Ständestaat“ oder „Austrofaschismus“ nämlich Träger unterschiedlicher Geschichtsnarrative sind, so weist auch die Einteilung von Geschichte in Perioden auf unterschiedliche Interpretationen der Vergangenheit hin. Lässt man nun die Erste Republik 1933/34 oder 1938 enden, begreift man den 1. Mai 1934 (Maiverfassung) als Zäsur (bzw. den stärker im kollektiven Gedächtnis verankerten 12. Februar 1934 oder den 4. März 1933) oder den 11. März 1938. Zwar wird im Wörterbuch der politischen Sprache in Österreich hinsichtlich einer Einteilung betont, dass die Erste Republik im staatsrechtlichen Sinne am 1.5.1934 mit der Maiverfassung enden würde, womit der „Bundesstaat Österreich“ gegründet worden sei, jedoch wird aber auch darauf hingewiesen, dass diese Unterscheidung zwischen Erster Republik und „autoritärem Ständestaat“ im allgemeinen Sprachgebrauch meist nicht getroffen werde.⁵ Weshalb es wichtig ist deutlich zu machen, dass in dieser Arbeit die Zäsur mit 1933/34 gesehen wird, um eben auch den demokratischen Bruch und die Errichtung einer Diktatur zu betonen. Steht doch auch gerade der 12. November, welcher doch eine zentrale Rolle in der Annäherung dieser Arbeit an die Erste Republik spielt, für den republikanischen und demokratischen Charakter der Ersten Republik und bildet so das Gegenstück zum 12. Februar, welcher als Gedächtnisort die Zerschlagung der Demokratie repräsentiert.

Die Beschränkung der Ersten Republik auf diesen Zeitraum soll aber auch den Untersuchungszeitraum übersichtlicher gestalten, würde doch gerade die Hereinnahme des Austrofaschismus das Feld der Untersuchung zu komplex werden lassen, weil nicht nur die Narrative der beiden Parteien zum Jahrestag der Gründung der Republik einer intensiven Untersuchung unterzogen werden müssten, sondern auch die Narrative zum Austrofaschismus. Die Repräsentation der Zerstörung der demokratischen Republik im kollektiven Gedächtnis wird daher nicht explizit betrachtet, sondern nur insoweit sie von Bedeutung für die zu untersuchende Periode ist und den Diskurs um den 12. November mitgeformt hat. Dabei ist natürlich auch die Problematik einer derartigen begrifflichen Engführung klar, kann doch jedwede Äußerung zur Ersten Republik nicht ohne die Zeit des „Austrofaschismus“ oder des Bürgerkrieges gedacht werden, womit natürlich auch subkutan der „Austrofaschismus“ eine wichtige Rolle spielt.

⁵ vgl. PANAGL et al. (2007), S. 120. So schrieb auch Robert Menasse, dass 81,5% der Maturanten 2003 glaubten, dass die Erste Republik 1938 geendet habe. vgl. MENASSE et al. (2005), S. 424.

Wie weiter oben schon erläutert, erfolgt die Annäherung an die sich wandelnden Narrative zur Ersten Republik dabei über zwei Kategorien, einerseits den Jahrestag der Republikgründung und andererseits über den rhetorischen Topos vom „Staat, den keiner wollte“, wobei die Auswahl und Bedeutung dieser beiden Formen von Gedächtnisorten kurz erläutert wird.

Einerseits erfolgte eine Annäherung an die Erste Republik über den Jahrestag des 12. November, da Jahrestage laut Peter Burke *„den Anspruch [erheben], Vergangenheitsdeutungen durchzusetzen bzw. ein öffentliches Gedächtnis auszubilden.“*⁶ Sie stellen so eine gute Quelle dar, um sich den Prozessen des Ausverhandelns der verschiedenen politischen Lager zwischen ihren Parteinarrativen und einem überparteilichen Konsens-Narrativ anzunähern, bzw. den Wandel dieses Wechselspiels nachzuverfolgen. Gleichzeitig steht der Gründungstag der Republik aber wohl auch am emblematischsten für die demokratische Periode der Ersten Republik. War dieser doch, auch wenn er in Folge zu einem sozialdemokratisch besetzten Gedächtnisort werden sollte, der 1919 gemeinsam beschlossene Staatsfeiertag der Ersten Republik und fungierte auch in der Zweiten Republik als überparteilicher Gedächtnisort für die Erste Republik. Andererseits repräsentierte er aber auch einen umkämpften Gedächtnisort, welcher erst im Laufe der Zeit entemotionalisiert werden sollte und damit den Weg zu einer negativen Festschreibung der Ersten Republik ebnete. So meinte etwa Helmut Konrad bezüglich dieses Vorgangs der Musealisierung des 12. November:

„1933 und 1934 spalten heute noch die Gesellschaft entlang der politischen Linien. Dass es aber möglich ist, auch hier langsam zu einem Konsens voranzuschreiten und auch diesen Teil der österreichischen Geschichte letztendlich zu musealisieren, hat das Jahr 1918 vorexerziert, das vormals ebenso ein völlig umkämpfter Gedächtnisort gewesen ist.“⁷

Der zentrale Konflikt, welcher mit diesem Tag verbunden war, verlief in einem Spannungsfeld rund um die adäquate Darstellung der Gründung der Ersten Republik im Zusammenhang mit dem Untergang der Monarchie. Erna Appelt charakterisierte diesen folgendermaßen:

„Der Dissens beginnt nicht beim Faktum, [dass der 12. November der Tag der Ausrufung der ‚Republik Deutsch-Österreich‘ war,] sondern bei der Interpretation, ob dieser 12. November 1918 als Tag der Gründung der Ersten Republik gefeiert oder als Besiegelung des Endes der Habsburgermonarchie als Niederlage wahrgenommen wird.“⁸

Den roten Faden durch den ersten Teil der Arbeit wird daher die Untersuchung der Konjunkturen des Gedenkens an die Schnittstelle 1918 anhand der runden Jubiläen

⁶ BURKE (1996), S. 97.

⁷ KONRAD (2008d), S. 279.

⁸ APPELT (1999), S. 3.

von 1948 bis 1968 bilden. Setzten die Feierlichkeiten 1968 doch gewissermaßen einen Schlusspunkt unter den Prozess des Ausverhandelns des 12. November und leiteten in einen Prozess der negativen Festschreibung der Ersten Republik über. Die Quellen für diese Untersuchung werden dabei vielfältiger Natur sein, wobei allerdings der Hauptfokus auf der Ebene der politischen Repräsentation wie etwa Nationalratssitzungen, Politikerreden und mediale Öffentlichkeit und hier besonders auf der Parteipresse liegen wird, um eben das Spannungsfeld zwischen dem Versuch von Konsens-Narrativen auf staatlicher Ebene und parteipolitisch divergierenden Positionen auszuloten. In diesem Zusammenhang werden neben den rhetorischen auch die rituellen Ausformungen des Gedenkens explizit betrachtet werden, also die unterschiedliche Gestaltung der Gedenkfeiern, um auch anhand der Rituale den Wandel der Narrative zu veranschaulichen.

Die starke Fokussierung auf einen einzigen Jahrestag, nämlich den Tag der Republikgründung, impliziert natürlich auch ein methodisches Problem. Formt doch gerade die Konnotation eines Jahrestags den Rahmen, in welchem Erinnerung produziert wird. Durch die Konzentration auf den 12. November rücken deshalb viel stärker positive Beschreibungen (von Seiten der SPÖ) zur Ersten Republik in den Vordergrund, während die ebenfalls vorhandenen negativen Assoziationen eher ausgeblendet werden. Andererseits stellt es natürlich auch einen interessanten Perspektivenwandel dar, wird doch dadurch die Repräsentation der Ersten Republik nicht über ihr Ende, sondern ihren Beginn betrachtet, um zu sehen, welche andere Narrative abseits von der Negativzuschreibung zur Ersten Republik dieser Perspektivenwechsel gerade in den ersten Nachkriegsjahrzehnten zu Tage förderte. Trotzdem muss dieser Faktor der Quellenproduktion natürlich mitgedacht werden. Besonders außerhalb des Gedenkens an den 12. November kam nämlich der Erinnerung an die Konfliktkultur und an das fehlende Österreichbewusstsein in der Ersten Republik eine zentrale stützende Funktion für die Zweite Republik zu, oder wie es Oliver Marchart hinsichtlich des „Great Austrian Taboo“ (Anton Pelinka) Bürgerkrieg formulierte, war ein *„legitimatorische[r] Hintergrund für die Beschwörung der Konsenspolitik.“*⁹

Die Ziele in der Analyse der Interpretation des 12. November sind daher einerseits den Wandel seiner Darstellung und seinen Bedeutungsverlust zu zeigen, andererseits aber auch zu verdeutlichen, dass in den ersten Nachkriegsjahren einseitig negative Narrative zur Ersten Republik in einer dominanten Ausformung wie vom „Staat, den keiner wollte“ schon allein durch die dichotomische Besetzung des Tages der Republikgründung nicht möglich gewesen wären. Um dessen politische Bedeutung in der Zweiten Republik genauer herauszuarbeiten, wird daher auch versucht werden, die

Bedeutung der Bruchstelle 12. November zwischen Monarchie und Erster Republik ebenfalls in anderen politischen Konflikten der Nachkriegszeit (Habsburgkrise, Debatte um den Nationalfeiertag) zu verorten.

Das Kapitel zum „Staat, den keiner wollte“ beschäftigt sich mit der Formierung und Festigung jenes Topos, der seit den 60er/70er Jahren die Erste Republik negativ charakterisiert. Ursprünglich der Titel eines 1962 veröffentlichten populärwissenschaftlichen Standardwerks von Hellmut Andics zur Ersten Republik ging es bald in den öffentlichen Sprachgebrauch über. Wie der Linguist Oswald Panagl meinte, repräsentiere jedoch gerade diese Form öffentlicher Sprache

„gesellschaftlicher Allgemeinzustände und mentaler Zeiterscheinungen, sodass sich im politischen Vokabular gesellschaftliche Entwicklungen und Befindlichkeiten nachzeichnen lassen. Damit wird auch offenkundig, dass die Darstellung von politischen Schlagwörtern gleichzeitig mentalitätsgeschichtliche Aspekte und (zeit)historische Informationen vermittelt.“¹⁰

Anhand des rhetorischen Topos vom „Staat, den keiner wollte“ wird daher betrachtet, welche Informationen eben diese negative Festschreibung der Ersten Republik in sich trägt und wie der Konstruktionsprozess verlaufen ist, in welchen die ursprünglich geschichtspolitischen Gegenkulturen der beiden Parteien integriert werden konnten. Repräsentieren diese politischen Schlagwörter doch, wenn sie allgemeine Akzeptanz finden und so die Unterschiede in der Interpretation eines Abschnittes verschwinden lassen, eine sehr starke Verdichtungsleistung von historischen Darstellungsformen und stellen ein „Endprodukt“ eines Prozesses des Ausverhandelns dar, in welchem erinnerungsgeschichtliche Kontroversen in konfliktfreie, überparteiliche Narrative konvertiert werden.

Um dieser Festschreibung habhaft zu werden, muss jedoch der Modus der Quellenauswahl geändert werden, geht es doch um die Formierung eines rhetorischen Topos/Gedächtnisort, welcher einen Konsens über die Erste Republik charakterisiert. Ist die Quellenauswahl in den Kapiteln 5 und 6 sehr stark durch die Jubiläumsjahre und Kontroversen um den 12. November bestimmt, so ist sie in diesem Abschnitt begrifflich, auf die rhetorischen Topoi zur negativen Festschreibung der Ersten Republik, fokussiert. Werden doch Verbreitung, Bedeutung und Funktion des Narrativs vom „Staat, den keiner wollte“ untersucht, was auch eine methodische Änderung bei der Auswahl und Suche der Quellen mit sich bringt. Im Mittelpunkt steht nicht die unterschiedliche parteipolitische Darstellung der Ersten Republik, sondern deren Manifestierung in einem überparteilichen Narrativ.

Am effektivsten hat sich dabei eine Schlagwortsuche über die Google-Booksearch

⁹ MARCHART (2005), S. 38.

erwiesen, bzw. für weniger weit zurückliegende Äußerungen auch über die herkömmliche Suche in Google oder in den Online-Archiven von Zeitungen, wodurch relativ effizient ein relativ großer Quellenbestand hinsichtlich des Gebrauchs dieses rhetorischen Topos gefunden werden konnte. Im Gegensatz zu den Kapiteln 5 und 6 fungierte hier also nicht das Datum, das heißt die Zeit rund um den Jahrestag als Kriterium für die Auswahl der Quellen, sondern die Einträge in den Datenbanken der einzelnen Suchmaschinen.

Dadurch dass Hellmut Andics das Schlagwort vom „Staat, den keiner wollte“ erst zu Beginn der 60er Jahre kreierte, aber besonders auch für den Zeitraum des Ausverhandelns des 12. November interessant wäre, wie mit einer derartigen Negativzuschreibung umgegangen wurde, musste ein Kompromiss hinsichtlich der Ausweitung der rhetorischen Formeln eingegangen werden. So kann das Schlagwort vom „Staat wider Willen“ gewissermaßen als Vorläufer von Andics' Buchtitel verstanden werden, auch wenn beide Schlagwörter hinsichtlich ihres Bedeutungsgehalts etwas divergieren.¹¹ Betrachtet man allerdings ihre Verwendung im öffentlichen Sprachgebrauch, so werden diese Unterschiede weitgehend unbedeutend. Beide Zitate werden zumeist in Zusammenhang mit der Vorstellung einer weitgehenden Ablehnung gegenüber dem neu gegründeten Staat gebracht, wobei diese Ablehnung praktisch allen Bevölkerungsschichten zugeschrieben wird. So wurden auch beide Zitate oftmals im selben Sinnzusammenhang verwendet und nebeneinander gebraucht, um sich auf die Erste Republik zu beziehen.¹² Vor dem Hintergrund der Bedeutung von öffentlicher Sprache wird also versucht zu zeigen, wie die rhetorische Formel vom „Staat den keiner wollte“ Eingang in ein allgemeines, sprachliches Repertoire finden konnte und in welchem Sinnzusammenhang es seine Bedeutung entfaltet. Es wird also eine gewisse „Archäologie“ dieser Formel versucht, um die Konstruktion eines Topos, der zu einem zentralen Gedächtnisort in der Perzeption der Ersten Republik wurde, zu verdeutlichen.

Das Ziel dieser Arbeit ist es daher, die Umformungen und das Ausverhandeln des Narrativs zur Ersten Republik nachzuverfolgen, wobei ausgehend von den in Kapitel 2 vorgestellten, durch Aleida und Jan Assmann geprägten Theorien rund um die Funktion

¹⁰ PANAGL et al. (2007), S. 13.

¹¹ Negiert der „Staat wider Willen“ in seinem direkten wörtlichen Sinn generell den Wunsch nach einer österreichischen Staatsform, so ist das Schlagwort vom „Staat, den keiner wollte“ bedeutungsoffener und leichter verformbar. So redete etwa Jörg Haider von einem „*Staat, den fast keiner wollte*“ (Kriechbaumer (1998a), S. 315.) oder Kurt Schuschnigg von einem „*Staat, den so keiner wollte*“, (ANDICS (1995b), S. 8.) wohingegen das Schlagwort vom „Staat wider Willen“ durch seinen eindeutigen, inhärenten Sinn in seiner Struktur nur sehr schwer veränderlich und relativierbar erscheint.

¹² Die Anführung von Zitaten würde hier den Rahmen sprengen. Es reicht jedoch beide Suchbegriffe zugleich bei Google-Booksearch einzugeben, um eine Vielzahl von

und Bedeutung des kollektiven Gedächtnisses, erweitert um Oliver Marcharts hegemonietheoretischen Überlegungen, das Feld der konkurrierenden Deutungen nachgezeichnet wird. In Kapitel 3 der Arbeit soll dafür eine Momentaufnahme bezüglich des Orts der Ersten Republik in der österreichischen Gedächtnislandschaft erfolgen, um dessen Platz in der öffentlichen Wahrnehmung und dessen negative Konnotation zu konkretisieren. Im darauffolgenden Kapitel 4 wird anschließend versucht, einen kurzen Forschungsüberblick und über den Umgang der Geschichtswissenschaften mit dieser Periode eine erste Bestandsaufnahme hinsichtlich des Wandels der Interpretationen zu liefern. Dabei werden einerseits die Veränderungen in der Behandlung dieser Periode von der Nachkriegszeit bis in die 70er Jahre, also der beginnenden Konsolidierung der Zeitgeschichte als Disziplin, nachverfolgt. Andererseits wird betrachtet, wie die Geschichtswissenschaften ab den 70er Jahren, dem Zeitpunkt der beginnenden Verankerung der negativen rhetorischen Topoi, mit diesen, die Komplexität reduzierenden Negativzuschreibungen umgingen, ob sich daran Kritik regte oder ob diese übernommen wurden. Die Kapitel 5 und 6 konzentrieren sich dann auf den 12. November, den Tag der Republikgründung, als repräsentativen Gedächtnisort für die demokratische Periode der Ersten Republik. Im ersten der beiden Kapitel wird ein kurzer historischer Überblick über die Bedeutung und Funktion dieses Jahrestags als Staats- bzw. Parteifeiertag in der Ersten Republik und während der Zeit seines Verbots von 1934 bis 1945 geliefert, um auch die Traditionslinien der Kontroversen, welche sich bis in die 60er Jahre mit diesem Jahrestag verbanden, aufzuzeigen. In Kapitel 6 werden dann über die unterschiedlichen Formen der Begehung der runden Jahrestage der Republikgründung zwischen 1948 und 1968 und der daran geknüpften Diskurse die Konfliktlinien und das Ausverhandeln bezüglich einer positiven bzw. negativen Deutung des 12. November in der Zweiten Republik betrachtet. Wie sich also die konträr gelagerten Parteinarrative von SPÖ und ÖVP schlussendlich in ein gemeinsames Narrativ verwandeln konnten und durch die „Neutralisierung“ der Kontroverse Platz gemacht wurde für eine überparteiliche Negativcharakterisierung der Ersten Republik. In Kapitel 7 wird einleitend das Verschwinden aus dem öffentlichen Blickfeld bzw. die gewisse Umcodierung des 12. November nach dem Prozess des Ausverhandelns nachgezeichnet und dieser Vorgang mit der zunehmenden Negativcharakterisierung der Ersten Republik in rhetorischen Topoi in Verbindung gebracht. Anschließend wird der Fokus auf den, für die Charakterisierung der Ersten Republik zentral gewordenen rhetorischen Topos vom „Staat, den keiner wollte“ gelegt und dabei untersucht, wie sich diese Negativzuschreibung entwickelte, wie sie sich als dominierendes Element zur Charakterisierung der Ersten Republik festsetzen konnte und welche Funktion diese in

einem überparteilichen Narrativ einnimmt. Zusammengefasst soll also schlussendlich in Kapitel 8, dem Resümee, der Prozess von der parteipolitischen Kontroverse zum Bedeutungsverlusts des Gedächtnisortes „12. November“ gezeigt, welcher dazu geführt hat, dass sich die Erste Republik im kollektiven Gedächtnis als „Staat, den keiner wollte“ festschreiben konnte. Es wird dabei dargestellt, welche Faktoren dafür ausschlaggebend waren, dass sich die Deutung der Ersten Republik in den letzten 60 Jahren auf staatlicher, aber auch parteipolitischer Ebene gewandelt hat und wie und weshalb sich das Schlagwort vom „Staat, den keiner wollte“ – der Titel einer populärwissenschaftlichen Darstellung aus dem Jahr 1962 von Hellmut Andics – als „historisches Faktum“ durchsetzen konnte.

2 THEORETISCHE GRUNDLAGEN

Schon alleine durch ihre Fragestellung versteht sich die vorliegende Arbeit im Gedächtnisparadigma der Kulturwissenschaften verortet, geht es doch darum den Wandel in der Deutung der Ersten Republik darzustellen. Insofern baut sie auf den vielfältigen Konzepten zum kollektiven Gedächtnis auf, welche in den letzten Jahren ein Motor des kulturwissenschaftlichen Forschungsinteresses wurden. Ausgehend von Maurice Halbwachs Überlegungen zum kollektiven Gedächtnis und der damit verbundenen Erweiterung des zuvor auf das Individuum fokussierten Gedächtnisthemas um den sozialen Raum¹³ und dessen Reaktivierung durch Aleida und Jan Assmann aus dem wissenschaftlichen Speichergedächtnis, werden einige, für diese Arbeit grundlegende Überlegungen zum kollektiven Gedächtnis angestellt werden.

Insbesondere durch Halbwachs Arbeiten und deren Ausdifferenzierung durch Aleida und Jan Assmann dürfte klar geworden sein, dass Erinnern keine natürlichen Gesetzen folgende Funktion darstellt, sondern eine Auswahl bedeutet. Was erinnert wird, ist nicht von sich aus durch die Größe oder Tragik gewisser Ereignisse vorgegeben, sondern Ereignissen wird erst deren Bedeutung zugeschrieben. Oftmals vom jeweiligen Gegenwartspunkt aus ist es gar nicht bereits im Moment ihres Geschehens, sondern erst viel später (man denke zum Beispiel nur an die Ostarrichi Urkunde aus dem Jahr 996), kann doch erst durch dessen Funktion in der Gegenwart ein Ereignis bedeutsam werden. Deshalb ist die Erinnerung an Ereignisse auch einem Wandel unterworfen. Erfüllen sie nicht mehr ihre identitätsstiftende Funktion, können sie verschwinden oder umgeformt werden. Der Konstruktionsprozess der Erinnerung verfährt daher immer gegenwartskonkret. Ohne Beziehung zur Gegenwart verliert die Erinnerung ihre Funktion und fällt dem Vergessen anheim bzw. muss neu integriert werden. Diese Verbindung von Gegenwart und Vergangenheit nennt Jan Assmann Rekonstruktivität: nur was für die gegenwärtige Situation von Relevanz ist, kann erinnert werden.¹⁴

Damit ist eine zweite wichtige Komponente von Erinnerung angesprochen. Erinnern erfolgt nicht ohne Funktion. Erinnern, sei es nun auf individueller oder kollektiver Ebene, dient dazu, eigene individuelle aber auch kollektive Identitäten zu konstruieren und zu festigen, sei es durch die Konstruktion von Gemeinsamkeiten oder der damit verbundenen Distinktion von anderen, also der Differenz nach außen. Dieses Merkmal des kulturellen Gedächtnisses wurde von Jan Assmann als Identitätskonkretheit bezeichnete, wobei eben dieses Wechselspiel zwischen Identität und der diese

¹³ vgl. ASSMANN (2002b), S. 8.

stützende Erinnerung gemeint ist.¹⁵ Nachdrücklicher formuliert es noch Erna Appelt in ihrem Aufsatz zu Österreichischen Geschichtswahrnehmungen, indem sie den Bezug zur Vergangenheit als einen Teil der Selbstvergewisserung beschreibt, der überhaupt für das menschliche Selbst unabdingbar erscheint,¹⁶ also eine zentrale Komponente des Menschseins an sich bedeutet.

Damit kommt dem Erinnern natürlich auch eine politische Komponente zu. Ist doch die Konstruktion von Identität immer stark mit der Frage der Deutungsmacht verbunden oder um es anders zu formulieren, der Rückbezug auf die Vergangenheit ist nicht „unschuldig“, vielmehr organisiert er die Gegenwart und weist darauf hin, wie die Zukunft aussehen soll. Einen Zusammenhang den Erna Appelt folgendermaßen ausdrückt:

„In der politischen Auseinandersetzung wird die Frage nach der Geschichte zu einer Auseinandersetzung um die Zukunft in der Sprache der Vergangenheit. Dabei werden Grundsätze der Moral und Politik formuliert.“¹⁷

Gerade diese Komponente tritt auch sehr stark in der Assmann'schen Theorie hervor, so schreibt etwa Astrid Erll, dass es eine Leistung von Jan und Aleida Assmann ist, *„die Akzentuierung des Zusammenhangs von kultureller Erinnerung, kollektiver Identität und politischer Legitimierung“*¹⁸ hervorgehoben zu haben. Wichtig erscheint mir in diesem Zusammenhang auch noch ein Merkmal des kulturellen Gedächtnisses, welches Jan Assmann anspricht, nämlich seine Verbindlichkeit, womit gemeint ist, dass Erinnerungen eine handlungsleitende, normative Funktion haben und gleichzeitig auch in einer gewissen Weise selbst aufrechterhalten, indem sie den Rahmen für Handlungsmöglichkeiten vorformen. Das kulturelle Gedächtnis hat somit eine starke politische Funktion, liefert es doch *„klare Werteperspektiven und ein Relevanzgefälle, das den kulturellen Wissensvorrat und Symbolhaushalt strukturiert“* und dadurch handlungsleitend agiert.¹⁹

Aleida und Jan Assmann nehmen allerdings auch eine wichtige Unterscheidung hinsichtlich des Begriffes „kollektives Gedächtnis“ vor. So splitten sie ihn in ein kommunikatives und ein kulturelles Gedächtnis, wodurch sie in idealtypischer Form auf die Unterschiede in der Geformtheit und Haltbarkeit von Erinnerung in einer Gesellschaft hinweisen. Das kommunikative Gedächtnis stützt sich dabei eher auf Alltagskommunikation und entsteht in erster Linie durch Interaktion mit anderen Menschen, was die Dauer dieses Gedächtnisses auch auf einige wenige Generationen beschränkt. Das kulturelle Gedächtnis hingegen manifestiert sich durch Gedenktage,

¹⁴ vgl. ASSMANN (1988a), S. 13.

¹⁵ vgl. ASSMANN (1988a), S. 13.

¹⁶ APPELT (1999), S. 2.

¹⁷ APPELT (1999), S. 4.

¹⁸ ERLI (2005), S. 27.

Denkmäler oder andere Formen von Erinnerungen und stellt in eine kulturelle Form gegossene, stärker verfestigte Art der Erinnerung dar, um nur auf ein paar Unterscheidungskriterien einzugehen. Gerade die Erste Republik befindet sich auch an einer derartigen Schnittstelle zwischen kommunikativem und kulturellem Gedächtnis, ist sie doch im Begriff, aus dem von Aleida und Jan Assmann veranschlagten Zeitraum für das kommunikative Gedächtnis von 80-100 Jahren gerade herauszufallen. Es ist also auch insofern interessant zu betrachten, in welchen Formen sich die Erste Republik ins kulturelle Gedächtnis eingeschrieben hat und welche Aspekte des kommunikativen Gedächtnisses dabei verloren gingen. Wie diese Periode also in der Phase ihres Entgleitens aus der Zeitgeschichte, nach der bekannten Definition Rothfels die Epoche der Mitlebenden,²⁰ erinnerungstechnisch verarbeitet wird. Hat sie, wenn man wie Helmut Konrad die Zeitgeschichte als den sensibelsten Teil der Geschichte begreift,²¹ durch ihre zunehmende zeitliche Distanz also an Emotionalität verloren?

Wichtige Einflüsse für die Kulturwissenschaften kamen auch von Pierre Nora, dessen Sammelband zu den französischen „*lieux de mémoire*“ gewissermaßen eine Vorbildwirkung für den europäischen Raum einnahm. Nicht zuletzt wurde dieser Ansatz in vielen europäischen Staaten übernommen. Mit seinem Konzept der Gedächtnisorte liefert er ein brauchbares begriffliches Gerüst, um sich der „Verkörperung“ des Gedächtnisses im Raum der Erinnerung anzunähern, mit welchem er indirekt auch jenen Punkt anspricht, welchen Jan Assmann Geformtheit nennt. Also die Betonung, dass Erinnerung eine gewisse Form gegeben werden muss, um haltbar gemacht zu werden.²² Auch wenn Pierre Nora eine gewisse Engführung des Begriffes des Gedächtnisortes versucht, um ihn anhand der Verschmelzung von materieller, symbolischer und funktionaler Dimension festzuhalten, so ist er dennoch der Ansicht, dass das Interessante an einer Typologie der Gedächtnisorte

„nicht in ihrer Strenge oder ihrer Vollständigkeit, nicht einmal in ihrem Anspielungsreichtum [liegen würde]. Sondern in der Tatsache, dass sie möglich ist. Sie zeigt, dass ein unsichtbarer Faden die Objekte ohne offenkundige Beziehung zueinander verbindet, und dass die Erfassung des Friedhofs Père-Lachaise und der Statistique générale de la France unter ein- und demselben Gesichtspunkt nicht die surrealistische Begegnung von Regenschirm und Bügeleisen ist.“²³

Auch im Rahmen des Sammelbandes „*Lieux de mémoire*“ offenbart sich dieser Zugang. So fanden auch Redeweisen („Sterben für das Vaterland“) oder Denkfiguren („Gaullisten und Kommunisten“) ihren Eingang in das Werk. Erhellend ist daher Astrid

¹⁹ vgl. ASSMANN (1988a), S. 14f.

²⁰ vgl. MÖLLER (2005).

²¹ vgl. KONRAD (1985a), S. 126.

²² vgl. ASSMANN (1988a), S. 14.

Erlls Definition, welche meint, dass „*alle kulturellen Phänomene (ob materiell, sozial oder mental), die auf kollektiver Ebene bewusst oder unbewusst in Zusammenhang mit Vergangenheit oder nationaler Identität gebracht werden*“, darunter verstanden werden können.²⁴

Wichtig bei Pierre Noras Erläuterung der Gedächtnisorte erscheint mir allerdings die Beschreibung ihrer Verformbarkeit. So betont er einerseits die Funktion des Gedächtnisorts, die Zeit stillstehen zu lassen, um „*einen bestimmten Stand der Dinge festzuhalten*“, um andererseits aber auch darauf hinzuweisen, dass sie gerade „*von ihrer Fähigkeit zur Metamorphose leben, vom unablässigen Wiederaufflackern ihrer Bedeutungen und dem unvorhersehbaren Emporsprossen ihrer Verzweigungen*.“²⁵

Pierre Nora sieht in ihnen gewissermaßen „*russische Puppen der Bedeutung*“,²⁶ auch wenn sie einen gewissen Istzustand festzuhalten versuchen, sind sie doch einem ständigen Wandel unterworfen, wobei ihre früheren Ausformungen allerdings nicht mehr miterinnert werden. Ihre Funktion, „*einen bestimmten Stand der Dinge festzuhalten*“, wirkt also auch rückwirkend, indem sie auch die früheren Ausprägungen des gleichen Gedächtnisortes vergessen machen. Ein Prozess des Überschreibens und Vergessens, welcher auch für die Erinnerung zur Ersten Republik betrachtet wird. Soll doch gewissermaßen die Historisierung in den Narrativen zum Gedächtnisort „Erste Republik“ nachgezeichnet werden, um zu zeigen wie in diesem Fall frühere Deutungskonflikte verschwunden sind und dieser Gedächtnisort dadurch so konfliktunbelastet geworden ist, dass selbst die Kontroversen rund um dessen Ausverhandeln vergessen worden sind.

Ein Prozess, welcher in dieser Arbeit über zwei Komponenten bzw. Ausformungen des Gedächtnisortes „Erste Republik“ betrachtet wird: Einerseits in seiner Form als Jahrestag und andererseits in seiner Ausprägung als rhetorischer Topoi. Am Zusammenspiel dieser beiden Ebenen soll der Wandel des Narrativs zur Ersten Republik als ein zentraler Gedächtnisort der Zweiten Republik deutlich werden.

a Jahrestage als Gedächtnisorte

Gerade Jahrestage stellen zentrale Gedächtnisorte in der Landschaft der kollektiven Erinnerung dar, kommt ihnen doch die Funktion zu, die Erinnerung zu aktualisieren und sie in einen neuen Deutungszusammenhang zu stellen. So schreibt zum Beispiel Katharina Wegan:

„In diesem Sinne sind Jubiläumsfeierlichkeiten Anlässe, an denen historische

²³ NORA (1990), S. 32.

²⁴ ERLL (2005), S. 25.

²⁵ NORA (1990), S. 27.

²⁶ NORA (1990), S. 28.

Ereignisse aus dem kollektiven Gedächtnis (Maurice Halbwachs) wieder in den gegenwärtigen Bezugsrahmen hineingestellt und auf diese Weise (neu) definiert und gedeutet werden und so einen Fixpunkt in der ‚Hierarchie‘ kollektiver Erinnerung einnehmen“²⁷

Gerade die Betrachtung dieser sich wiederholenden Neuinterpretationen im jeweiligen „*gegenwärtigen Bezugsrahmen*“ stellt gewissermaßen das Grundgerüst dieser Arbeit dar. Werden doch gerade in der sich veränderten Form und Funktion der Republiksfeierlichkeiten zwischen 1948 und 1968 die Neuinterpretationen, welche dieser Jahrestag innerhalb einer Dekade erfuhr, sichtbar und markieren so auch Brüche, welche in der geschichtlichen Verortung der Ersten Republik stattfanden. Aber auch die Gedenkjahre haben an sich oftmals eine spezifische Funktion bei der Produktion oder Veränderung von kollektivem Gedächtnis. Klaus Schönhoven spricht hier von einer „*sonderbaren Unruhe*“, welche das politische Gedächtnis im Rahmen dieser Jahre erfasst.²⁸ Regen doch Gedenkjahre meist Erinnerungsdiskurse an und erfordern so die explizite Positionierung von Gruppen bzw. einzelnen Akteuren. Geschichtserzählungen die vormals subkutan verlaufen sind, müssen im Rahmen des Gedenkens neu ausformuliert werden und den gesellschaftlichen Veränderungen angepasst werden und treiben so den Wandel in die Erinnerungskulturen voran. Jedoch bringt diese Positionierung auch Gefahren mit sich, wie Klaus Bergmann hinsichtlich einer Kritik an der Kalender-Geschichte festhält. So präge gerade oft die „*Unfähigkeit sich zu verstehen und sich zu verständigen*“ derartige Jahrestage und verfestige so die Konflikte noch viel mehr.

„Der der Gedenk-Geschichte eigentümliche Zwang zu harten Entgegensetzungen, Aufwertungen der eigenen und Abwertung der anderen Menschen, die Unfähigkeit und auch Unwilligkeit zu differenzierenden Urteilen gehören historisch zu den Gefahren der Gedenk-Geschichte“²⁹

Diese „*Unwilligkeit zu differenzierenden Urteilen*“ ist jedoch meist auch Teil der Funktion der Begehung dieser Jahrestage, konstatiert doch nicht nur Emil Brix mit diesen oftmals auch einen Konflikt um die Interpretation der Vergangenheit, in welchem eine eindeutige Positionierung von Bedeutung ist.³⁰ Eröffnen doch diese auch den Rahmen für die Formulierung unterschiedlicher Positionen und neuer Auseinandersetzungen um hegemoniale Geschichtsinterpretationen. Konstruiert doch wie mit Jahrestagen umgegangen wird, ob sie begangen oder ausgeblendet werden, gewissermaßen die Gedächtnislandschaft. Dabei beeinflusst neben der Differenz in den Narrativen auch die gesellschaftliche Bedeutung der einzelnen Jahrestage die Präsenz der Konflikte. Geht es um Daten, welche nur peripher in einem kleinen

²⁷ WEGAN (2001a), S. 277.

²⁸ vgl. SCHÖNHOVEN (2003), S. 4.

²⁹ BERGMANN (1996), S. 16.

³⁰ vgl. BRIX (1997a), S. 15.

Rahmen wahrgenommen werden und nur begrenzt Anspruch auf allgemeine Gültigkeit stellen, oder geht es gar um die Durchsetzung von Narrativen auf staatlicher Ebene, wie etwa in Form der Etablierung eines National- oder Staatsfeiertages. Versinnbildlicht doch gerade die Verankerung von Staatsfeiertagen die Durchsetzung hegemonialer Geschichtsbilder, weshalb ihnen besondere Bedeutung zukommt.

b Rhetorische Topoi als Gedächtnisorte

Hinsichtlich der Ersten Republik reduzierte sich jedoch im Laufe der Zeit die Bedeutung der Jahrestage zur Charakterisierung des Gedächtnisorts „Erste Republik“, während sich neue Formen anhand von negativen Schlagwörtern herausbildeten. Konrad Paul Liessmann nennt diese Schlagwörter rhetorische Topoi und charakterisiert sie folgendermaßen:

„Als Gedächtnisorte lassen sich so nicht nur materielle oder immaterielle topographische Markierungen beschreiben, sondern auch die rhetorischen Topoi, durch die das kollektive Bewusstsein die Konstanten seiner selbstreferentiellen Artikulation gewinnt. Es sind Formeln, Wendungen, Fügungen, die sich in den politischen Diskurs als Invariablen eingefügt haben und im Prozess kollektiver Identitätsfindungen affirmative oder kritische Selbstdeutungen suggerieren. Paradigmatisch mag die von Helmut Plessner erstmals gebrauchte und seitdem usuell gewordene Rede von den Deutschen als einer ‚verspäteten Nation‘ die Funktionsweise solcher Topoi illustrieren. Oft haben sie einen identifizierbaren Autor und im Kontext ihrer ersten Verwendung auch einen präzisen Sinn. Dieses Kontextes enthoben, avancieren sie im allgemeinen Bewusstsein zu Formeln, die ein Moment kollektiver Befindlichkeit ebenso illustriert wie damit auch ein griffiges Erklärungsinstrumentarium für aktuelle Zu- und Missstände gegeben ist. [...]

Solche Topoi sind allerdings in einem sublimen Sinn tatsächlich veritable Gedächtnisorte. Denn sie arbeiten mit dem Erklärungspotential der Vergangenheit, funktionieren also nur unter dem Aspekt der Erinnerung.“³¹

Wahrscheinlich kann man sie sogar als jene Gedächtnisorte bezeichnen, welche am leichtesten aktiviert werden können, beinhalten diese Schlagwörter doch in sich schon ihr Erklärungspotential. Andererseits erscheinen sie dadurch natürlich auch oftmals in ihrer „*Fähigkeit zur Metamorphose*“, eingeschränkt. Allerdings nur teilweise, ist doch Sprache an sich ein nicht eindeutiges Zeichensystem, welches erst durch sein in Beziehung setzen verständlich wird. Gerade im Zusammenhang mit dem „Staat, den keiner wollte“ dürfte diese Vieldeutigkeit für seine breite Implementierung entscheidend gewesen sein. So kann einerseits der Anschlussgedanke damit gemeint sein, andererseits aber auch der Untergang des Habsburgerreiches damit gedacht werden. Noch drastischer ist diese Metamorphose, wenn man sich die zeitliche Bedeutungsänderung des Begriffs vom „Staat wider Willen“ ansieht. Stellte er doch

³¹ LIESSMANN (2005), S. 27f.

einerseits 1940 als Buchtitel die geschichtswissenschaftliche Rechtfertigung für den „Anschluss“,³² andererseits aber auch nach einer kurzen Übergangsphase, in welcher er im Archiv der rhetorischen Topoi gelagert hatte, als Gegenüberstellung zur „Erfolgsgeschichte“ der Zweiten Republik eine zentrale Charakterisierung für die Erste Republik dar. Geradezu zugeschnitten auf die sprachliche Formung der rhetorischen Topoi erscheint daher Pierre Noras Charakterisierung der Gedächtnisorte, wenn er meint:

„In diesem Sinne ist der Gedächtnisort ein Doppelort, ein Ort des Überschusses, der sich abschließt, sich auf seine Identität versammelt und auf seinen Namen gründet, aber beständig offen ist für die ganze Weite seiner Bedeutungen.“³³

Diese rhetorischen Formeln stellen durch ihren ständigen Gebrauch gewissermaßen rhetorische Gedächtnisorte dar, welche für ihre Aktivierung keinen speziellen zeitlichen oder auch örtlichen Bezugspunkt brauchen. Sie funktionieren auch abseits von Jahrestagen. Gerade durch ihre sprachliche Form sind sie subkutan in den öffentlichen Diskurs eingedrungen, haben sich im Laufe der Zeit in den Geschichtserzählungen festgeschrieben und dadurch auch die Dispositive zur Geschichtserzählung strukturiert. Besonders also auf diese Art der Gedächtnisorte trifft Musils Charakterisierung des Gedächtnisortes Denkmal zu, nämlich dass es nichts geben würde, dass so unsichtbar wäre wie jene.

c Hegemonie und Gedächtnis

Wichtig für die Analyse des Erinnerungswandels hinsichtlich der Ersten Republik ist allerdings auch Oliver Marcharts Theorie über Politik und Gedächtnis. Verlagert diese doch den Fokus durch die Verwendung diskurs- und hegemonieanalytischer Ansätze auf die Analyse der Prozesse, in welchen kollektives Gedächtnis entsteht. Mit der Betrachtung dieser Aspekte rückt die Vorstellung eines gemeinsamen konfliktfreien Gedächtnishorizonts einer Gruppe in den Hintergrund. So betont Marchart, dass ein jeder Gesellschaft zugrundeliegender innerer Antagonismus schon immer das Element des Konflikts in sich bergen würde. Er sieht etwa gerade in der Wiederholung des Erinnerns ein Element des Wandels, da zwar die jeweilige Synchronisierung von Narrativen einerseits konstitutiv für die Aufrechterhaltung von Bedeutungen ist, andererseits damit aber auch gleichzeitig der Raum für eine Abänderung oder Neuinterpretation eröffnet wird. Durch den repetitiven Charakter tragen also die Akte der Erinnerung schon in sich das Potential zur Veränderung.³⁴

³² Der Staat wider Willen LORENZ (1940).

³³ NORA (1990), S. 32.

³⁴ vgl. MARCHART (2005), S. 23.

Für Marchart ist daher nicht bloß entscheidend, was der Bestand des kollektiven Gedächtnisses ist, sondern unter welchen Metadiskursen es sich wie entwickelt hat. Also wie sich der Kampf konkurrierender Erzählungen um die Deutungshoheit über die Geschichte in einem vorhandenen vorstrukturierten diskursiven Raum ausformt. Dadurch geraten natürlich andere Aspekte in den Fokus, nämlich wie welche gesellschaftlichen Dispositive den Diskurs um Vergangenheit bestimmen, in welchem gesellschaftlichen Spannungsverhältnis kollektive Narrative entstehen, welche Narrative sich schlussendlich durchsetzen, also eine hegemoniale Deutungsmacht erfahren und welche verschwinden. Wobei Oliver Marchart auch darauf hinweist, dass sobald sich ein Narrativ durchgesetzt hat, der Prozess der Herausbildung, das heißt die Deutungskonflikte genauso wie die Möglichkeit historischer Alternativen „vergessen“ werden. Wie sich die hegemonialen Narrative also sedimentieren, während die anderen aus dem kollektiven Gedächtnis verschwinden, jedoch durch Krisen oder narrative Verschiebungen auch wieder reaktiviert werden können.³⁵

Marchart betrachtet deshalb genauer die Strategien im Prozess gesellschaftlicher Erinnerung. Stellt doch „erinnern an“ eine aktive Handlung dar, welche allerdings in einem durch Metadiskurse beschränkten Feld stattfindet, weshalb er auch die Bedeutung von Strategien im Kampf um eine hegemoniale Geschichtsdeutung hervorhebt. Ist doch nicht jede Konstruktion von Erinnerung möglich, sondern muss sich diese im Spannungsfeld der unterschiedlichen Narrative richtig positionieren, um seine Funktion zu entfalten oder wie er selbst schreibt:

„Jede Erinnerung, also jede diskursive Konstruktion von Vergangenheit, steht in einem komplexen und von konkurrierenden Strategien überdeterminierten Feld. Da nicht alle Spielzüge auf diesem Feld gleichermaßen möglich sind, entsteht die Notwendigkeit von Strategie. [...]

Für die Analyse von Vergangenheitsdiskursen bedeutet dies, dass die verschiedenen parteiischen Vergangenheiten durch das strategische Gegenhandeln verschiedenster politischer Kräfte entstehen und, wenn es strategisch-taktisch Not tut, revidiert oder der veränderten Situation angepasst werden.“³⁶

Strategien, etwa in Bezug auf die NS-Vergangenheit, stellen dabei das Verleugnen und Verdrängen, aber auch der „*Bekennnisdiskurs*“ dar, welche allerdings alle in einem engen Zusammenhang stehen. So impliziert das Bekenntnis zur Mitverantwortung an der NS-Vergangenheit etwa auch immer eine gewisse Form des Verleugnens und Verdrängens. Versucht das Bekenntnis doch den Fokus auf gewisse Bereiche zu lenken und dadurch das Spielfeld neu zu strukturieren.

„In dieser Hinsicht ist kein Diskurs unschuldig und gleichgültig gegenüber der Präsenz anderer Diskurse. Er kann nur die Bedingungen der Denkbarkeit

³⁵ vgl. MARCHART (2005), S. 25.

³⁶ MARCHART (2005), S. 28.

bestimmter Objekte konstituieren durch die Konstruktion der Udenkbarkeit anderer Objekte.“³⁷

Wichtig ist auch die Unterscheidung, welche er zwischen Verdrängung und Verleugnung trifft. Offenbart doch die Strategie der Verdrängung, dass gewisse Bekenntnisdiskurse schon so hegemonial geworden sind, dass diese im Gegensatz zum Prinzip der Verleugnung noch nicht einmal auf einen anderen Diskurs eingehen müssen. Durch die Stille offenbart sich also die Hegemonie. Als Strategien der Verdrängung nennt er die rituelle Wiederholung von „*Ablenkungsdiskursen*“ oder die generelle Nicht-Beachtung, also das Totschweigen.³⁸

Weiters von Bedeutung ist auch Marcharts Definition der Verwerfung, strukturiert doch diese als implizite Komponente den Raum, in welchem die „*strategisch-antagonistischen Auseinandersetzungen*“ stattfinden. Die Verwerfung, obwohl sie die Grundlage des Diskurses bildet, muss jedoch aus diesem ausgeschlossen bleiben bzw. darf nicht hinterfragt werden, da ansonsten der Diskurs in sich selbst kollabieren würde. Sie hat nichts zu tun mit der Verdrängung, welche nach Marcharts Definition ein Versuch ist, eine Gegenerzählung zu marginalisieren, sondern stellt gewissermaßen die impliziten Grundlagen und Vorannahmen eines Diskurses dar.³⁹

Nicht nur der Konflikt um die Hegemonie des kollektiven Gedächtnisse steht also bei Marchart im Mittelpunkt seiner Theorie, sondern auch der teils unhinterfragbare Rahmen über welchen sich Gesellschaften konstituieren und innerhalb welchem diese Kämpfe um eine Deutungshoheit der Vergangenheit ausgetragen werden. Damit rückt neben der Analyse der Konflikte um das kollektive Gedächtnis natürlich auch der Rahmen, in welchem diese stattfinden, in den Fokus des Interesses. Offenbart doch der Rahmen gewissermaßen die zugänglichen Spielräume, in welchem nur gewisse Züge, das heißt Strategien und Argumente in der Konkurrenz um die Deutungshoheit der Vergangenheit, möglich sind.

Im Rahmen dieser Arbeit ist es natürlich nicht möglich, den Gedächtnisort „Erste Republik“ vollständig in ihrem dispositiven Netz zu lokalisieren, da dies, besonders, wenn man Marcharts Konzept der Verwerfung nachgehen will, den Rahmen überschreiten würde. Es wird jedoch versucht werden, die Erinnerungskonflikte zur Ersten Republik und die unterschiedlichen Kontexte, die diese Konflikte mitdefinierten, möglichst dicht nachzuzeichnen.

³⁷ MARCHART (2005), S. 29.

³⁸ vgl. MARCHART (2005), S. 29.

³⁹ vgl. MARCHART (2005), S. 31–33.

3 DIE ERSTE REPUBLIK IN DER ÖFFENTLICHEN WAHRNEHMUNG

Betrachtet man die gegenwärtige Wahrnehmung der Ersten Republik, so ist sie, wenn man von manchen wiederkehrenden Jahrestagen absieht, in erster Linie Teil eines negativen Gedächtnisses oder Bestandteil des Vergessens. Sucht man nach ihrer Repräsentation, fällt im öffentlichen Raum in erster Linie ihre Absenz auf. Die wenigen Denkmäler als Gedächtnisorte an die Erste Republik oder ihre Politiker, welche meist bereits in der Zwischenkriegszeit errichtet wurden, verschwinden großteils im Denkmaldschungel der Großstadt.

Bedingt durch das Fehlen eines „*gemeinsamen Erinnerungsreservoirs*“ brachte laut Béla Rásky die Erste Republik selbst keine eigene Denkmalkultur hervor, wenn man vom Denkmal der Republik und den Kriegerdenkmälern absah,⁴⁰ bzw. es existierte generell eine „*Bedürfnislosigkeit des jungen Staatswesens, überhaupt steinerne Monumente zu errichten*“, wie es Robert Kriechbaumer ausdrückt.⁴¹ Aber auch in der Nachkriegszeit war offensichtlich kein Platz mehr übrig für „*Denkmäler der Ideologien*“, welche der Gedächtnisort „Erste Republik“ durch seine konfliktbeladene Vergangenheit abgegeben hätte, weshalb die prägenden Parteipolitiker der Ersten Republik, wie Otto Bauer oder Ignaz Seipel, in Straßen oder Platznamen ausgelagert wurden.⁴² Dadurch sind sie zwar zu Markern auf einem Stadtplan der Gedächtnisorte geworden, allerdings zu Markern, welche durch ihre Formung, also ihre alltägliche Funktion, keine Orte des Festes, also für explizite Gedenkrituale, darstellen, wie dies für Denkmäler gilt.

Doch auch wenn Straßennamen diese Formung hinsichtlich der Begehung von Gedenkritualen fehlt, so weist doch Alois Sillaber darauf hin, dass diese trotz ihrer trivialen Funktion eine wichtige Rolle spielen, um das kulturelle Gedächtnis zu stabilisieren, ihre Bedeutung aber nur explizit in Erscheinung tritt, wenn sie umbenannt würden, im gewissermaßen doppelten Akt, dem Löschen und Neueinschreiben einer Bedeutung.⁴³

Der Prozess des Verschwindens der Ersten Republik wurde aber auch in den Straßennamen deutlich. Erfolgte 1918 noch besonders in den stark sozialdemokratisch geprägten Städten Wien und Linz eine Tilgung der Erinnerung an die Habsburger und eine Implementierung der Republik in das Straßennetz, so verschwand die Erste Republik in der Zeit des Austrofaschismus von den Stadtplänen und die Monarchie kehrte großteils wieder zurück, bzw. wurde durch Repräsentanten des christlich-

⁴⁰ vgl. RÁSKY (2009b), S. 29.

⁴¹ KRIECHBAUMER (2001b), S. 130.

⁴² vgl. SEITER (1995a), S. 691; PELINKA (1993c), S. 17.

⁴³ vgl. SILLABER (1998), S. 576ff.

sozialen Lagers ersetzt.⁴⁴ Bemerkenswert ist, dass nach 1945 im Prozess der Tilgung der nationalsozialistischen Straßennamen oftmals wieder auf die Namensgebungen aus der Zeit des Austrofaschismus, welche die Erinnerung an die Erste Republik und besonders an den 12. November ausgelöscht hatten, zurückgegriffen wurde.⁴⁵ Sillaber schreibt allerdings hierzu

„Die naheliegende Erklärung, dies [diese Rückbenennungen] sei im Zusammenhang mit der angestrebten Konfliktvermeidung, der Angst vor innenpolitischer Konfrontation zu sehen, wird durch eine Reihe anderer Straßenbenennungen relativiert, infrage gestellt: In den Jahren 1946 und 1949 wurden mehrere Straßen nach sozialdemokratischen Opfern des Bürgerkriegs vom Februar 1934 benannt. Was möglicherweise für die ÖVP eine Provokation darstellte, hatte für die SPÖ gleich mehrere positive Effekte, bot doch die diesbezügliche Benennung von Straßen eine Möglichkeit, die ‚Verschlampung‘ und Verdrängung des Bürgerkriegs – laut Pelinka der Preis der SPÖ für die Beteiligung an den Regierungsgeschäften – nicht vollends Wirklichkeit werden zu lassen.“⁴⁶

Anders interpretiert könnte man auch sagen, die Erinnerung an die Februarkämpfe eignete sich besser zur Stiftung eines gemeinsamen sozialistischen Gedächtnisses, als die Erinnerung an die Jahre von 1918 bis 1933/34.

Besonders bezeichnend für den öffentlichen Umgang mit der Ersten Republik ist das Beispiel des heutigen Rooseveltplatzes, dessen Bezeichnung 1919 in Freiheitsplatz, danach im Austrofaschismus in Dollfußplatz und wenige Jahre darauf in Herman-Göring-Platz geändert wurde, um 1945 doch wieder zum Freiheitsplatz zu werden, aber nur um ein Jahr später seine (im Moment) endgültige Bestimmung als Rooseveltplatz zu finden, während die Erinnerung an die „Freiheit“ durch die Gründung der Ersten Republik in die Peripherie Wiens, in den 21. Bezirk abwandern musste.⁴⁷

Ähnlich wie in den Straßenbezeichnungen war die Erste Republik nach 1945 noch in anderen „Gedächtnisorten des Alltags“ präsent. Wahrscheinlich trifft aber Musils Ausspruch, dass nichts so unsichtbar wie ein Denkmal sei, noch stärker auf diese „Alltagsdenkmäler“ wie Briefmarken, Geldscheine oder eben Straßennamen zu. So lässt sich im Laufe der Jahrzehnte eine Vielzahl von Persönlichkeiten der Ersten Republik auf den Schilling-Geldscheinen finden. Angefangen von Julius Wagner-Jauregg, dessen Konterfei bereits 1953 den 500-Schilling-Schein zierte, bis hin zu Rosa Mayreder auf dem letzten 500-Schilling-Schein 1997, kam gut einem halben

⁴⁴ So zum Beispiel in Wien der Franzensring, der 1918 in Ring des 12. November und 1934 teilweise in Ignaz-Seipel-Ring und Karl-Lueger-Ring umbenannt wurde bzw. in Linz der Franz-Joseph-Platz, dessen Bezeichnung nach 1918 in Platz des 12. November und 1934 wieder zurück in Franz-Joseph-Platz geändert wurde.

⁴⁵ vgl. SILLABER (1998).

⁴⁶ SILLABER (1998), S. 601.

⁴⁷ vgl. HANISCH (1995e), S. 421. Wann der Platz im 21. Bezirk auf Freiheitsplatz umbenannt wurde, darüber gibt auch das Lexikon der Wiener Straßennamen keine Auskunft, womit die Frage, ob diese Umbenennung in einem direkten Zusammenhang mit der Umbenennung des heutigen Roosevelt-Platzes stand, unbeantwortet bleiben muss. AUTENGRUBER (2007).

Dutzend Persönlichkeiten der Ersten Republik die Ehre zu, diverse Schilling-Scheine zu schmücken und so gewissermaßen zwar präsent zu sein, gleichzeitig damit aber auch, symbolisch ausgedrückt, in den Geldbörsen der Leute zu verschwinden.⁴⁸

Bezeichnend sind auch die Jubiläumsbriefmarken zur Gründung der Ersten Republik, welche bis Ende der 60er Jahre von Karl Renner dominiert wurden, also wahrscheinlich auch in Richtung einer Kontinuität von Erster und Zweiter Republik weisen sollten. Deutlich wird dies auch beim Renner-Denkmal, welches zwar mit dem Denkmal der Ersten Republik in Symmetrie zum Parlament steht. Sein Enthüllungsdatum weist jedoch auf die Zweite Republik. So wurde der 27. April 1967, also der Jahrestag der Proklamation der Zweiten Republik gewählt und Karl Renner gewissermaßen dem konservativen Gedächtnisort Julius Raab, dessen Denkmal im selben Jahr am 15. Mai, dem Jahrestag des Staatsfeiertages, enthüllt wurde, gegenübergestellt.⁴⁹ Bezeichnend ist im Zusammenhang mit diesen Denkmälern auch, dass gerade der Politiker, der für die ÖVP den „demokratischen“ Übergang von der Ersten zur Zweiten Republik repräsentierte, nämlich Leopold Kunschak, nach anfänglichen Diskussionen um ein Denkmal relativ schnell aus dem zentralen Parteiengedächtnis verschwand, während der politischen „Heroen“ der Zweiten Republik gedacht wurde. Von Seiten der ÖVP wurden also die Politiker der Ersten Republik generell eher dem Vergessen überlassen, während von Seiten der SPÖ die Betonung in erster Linie auf deren Leistungen in der Zweiten Republik gelegt wurde und die Erste Republik nur als Vorgeschichte diente.

Die Erste Republik verschwindet also, selbst wenn sie teilweise manifest vorhanden ist, immer mehr aus dem Blickfeld. Ein Prozess der sich in den letzten Jahrzehnten noch stärker fortsetzte und Peter Malina zu der Feststellung veranlasste, dass *„in den letzten Jahren die Geschichte der Ersten Republik Österreich zusehends dem kollektiven Geschichtsbewusstsein entschwunden und kaum mehr Gegenstand öffentlichen Interesses gewesen [sei].“*⁵⁰ Wenn nicht gerade eine Veranstaltung stattfand, welche sich mit den positiven Bezugspunkten der Ersten Republik auseinandersetzte, wie etwa dem „Roten Wien“, blieb scheinbar nicht viel mehr übrig als das reduktionistische Schlagwort vom „Staat, den keiner wollte“. Während nämlich in der Charakterisierung der Ersten Republik Narrative zu Anschlusswunsch, Wirtschaftskrise und Bürgerkrieg

⁴⁸ vgl. ZEMMER (2001), S. 188ff.

⁴⁹ vgl. WEGAN (2004b), S. 4 bzw. 19. Auf einen symptomatischen Zusammenhang zwischen Karl Renner und der Zweiten Republik weist auch Anton Pelinka, allerdings in einem anderen, die Schattenseiten hervorhebenden Zusammenhang, hin: *„Es geht um eine eigenartige Neigung zur Flucht aus der Geschichte. Und diese Neigung Renners ist auch die Neigung der Zweiten Republik.“* PELINKA (1990b), S. 63.

⁵⁰ MALINA (2008), S. 8.

dominieren, werden Themen wie das „Rote Wien“, die Verfassung, die Einführung des Schillings, die zahlreichen Nobelpreisträger und die sozialen, wissenschaftlichen und kulturellen Leistungen zu Nebenerzählungen degradiert. Gerade dieses Verdrängen der Gedächtnisorte der Ersten Republik bzw. ihre Reduktion zur Negativfolie und die Konzentration auf die Gedächtnisorte der „Erfolgsgeschichte“ der Zweiten Republik bezeichnet Helmut Konrad als eine bewusste politische Strategie.⁵¹

Abseits vom fast schon inflationären Gebrauch des rhetorischen Topos vom „Staat, den keiner wollte“, die Erste Republik immer mehr entwertend, zeigt auch statistisches Material, dass ein Wandel in der Deutung der Ersten Republik stattfand. Die negative Verortung deutlich macht zum Beispiel eine 2005 zum Thema Geschichtsbewusstsein von Fessel durchgeführte Meinungsumfrage, in welcher danach gefragt wurde, in welcher Epoche der österreichischen Geschichte man gerne gelebt hätte. Dabei fällt besonders auch die Stellung der Ersten Republik im Vergleich zu den anderen Epochen auf. Gerade die Weltkriege und der Austrofaschismus sind noch weniger populär, während selbst die Zeit des Biedermeier, also die Zeit Metternichs und das 17./18. Jahrhundert positiver wahrgenommen wird, vom Unterschied zur Zeit Kaiser Franz Josefs ganz zu schweigen (der sogar die Nachkriegszeit knapp übertrumpfte). Auch in Zahlen scheint also die Erste Republik ihrer negativen Rolle gerecht zu werden.

in %	hätten gerne in dieser Epoche gelebt	hätten gar nicht gerne in dieser E. gelebt
im 17./18. Jh. (Barock, Aufklärung, Zeit Maria Theresias, Josef II.)	19	80
Biedermeier (ca. 1815-1848)	25	74
Zeit Kaiser Franz Josefs (1848-1916)	38	62
1. Weltkrieg	2	98
1. Republik	15	84
Ständestaat unter Dollfuß und Schuschnigg	5	93
1938, während des „Anschlusses“ an Deutschland, 2. Weltkrieg	8	92
Wiederaufbau, alliierte Besatzung (1945-1955)	33	66
sechziger und siebziger Jahre	91	9
achtziger und neunziger Jahre	94	5
achtziger und neunziger Jahre	89	11

Tabelle 1: Von "guten" und "schlechten" Zeiten⁵²

⁵¹ vgl. KONRAD (2004b), S. 36.

⁵² ULRAM et al. (2008), S. 39. Eine ähnliche Frage wurde auch in einer Umfrage 1980 gestellt, allerdings etwas anders strukturiert. So wurde die Befragten überhaupt gefragt, in welcher Periode sie am liebsten gelebt hätten. Sie konnten also nur eine Periode nennen, während

In einer anderen Umfrage wird aber deutlich, dass die Erste Republik zwar nie äußerst positiv besetzt gewesen war, dass sie aber auch nicht immer festgeschrieben war auf einen „Staat, den keiner wollte“. So beantworteten in einer 1965 durchgeführten Umfrage 34% der TeilnehmerInnen, die Frage nach dem Entstehungszeitraum des österreichischen Nationalbewusstseins mit „vor 1918“ oder „nach dem Zerfall der Monarchie“. Faktisch ein Drittel veranschlagte also schon eine österreichische Identität im Staat, den bekanntlich „keiner wollte“, wohingegen das Narrativ der ÖVP, dass Engelbert Dollfuß Österreich wieder seinen Glauben an sich selbst gegeben habe, in der öffentlichen Meinung anscheinend keinen tatsächlichen Niederschlag fand. Absolut gesehen waren die Zahlen für die Erste Republik zwar nicht groß, dennoch stellte dieser (17%) ex aequo mit „vor 1918“ und „1955 nach dem Abzug der Alliierten“ den zweithöchsten Wert nach der Zeit des Wiederaufbaus (1945-55) dar. Ein Wert der bis 1977 fast annähernd gleich blieb und erst ab den 80er Jahren auf 7% schrumpfte.⁵³

„Wann haben die Österreicher begonnen ein eigenständiges Nationalbewusstsein zu entwickeln“					
in %	1965	1977	1980	1987	2004
vor 1918	17	15	8	8	7
nach dem Zerfall der Monarchie	17	14	12	7	9
nach 1934, unter Dollfuß und Schuschnigg	4	2	3	3	
1938, nach dem „Anschluss“ an Deutschland	6	4	2	2	3
während des Zweiten Weltkrieges			4	5	
zwischen 1945 und 1955, am Beginn d. 2. Republik	23	29	33	37	34
1955 nach dem Abzug der Alliierten	17	26	25	24	47
später	8	3	9	9	

Tabelle 2: Entstehungszeitraum des österreichischen Nationalbewusstseins⁵⁴

Warum verlor also auf einmal die Erste Republik so stark an ihrem positiven Beitrag zur Begründung eines österreichischen Nationalgefühls? Sind hierfür die größere zeitliche Distanz und der Generationenwechsel verantwortlich oder spiegelt sich darin, im Gegensatz zur Aufwertung der Epoche nach dem Staatsvertrag, vielleicht auch die immer stärkere Verbreitung des Narrativs vom „Staat, den keiner wollte“ und die Positionierung der Ersten Republik als Negativfolie zur Zweiten wieder? Das sind

2008 die Haltung zu allen Epochen abgefragt wurde. Es dominierte die Zweite Republik mit 72%. Auffallend war jedoch wieder die stark positive Konnotation der Habsburgermonarchie. Zählte man die Kategorien zwischen Barock und 1918 zusammen, so wollten 25% gerne in der Monarchie leben, während die Erste Republik nur von einem Prozent präferiert wurde. vgl. PAUL LAZARFELD GESELLSCHAFT FÜR SOZIALFORSCHUNG (1980), S. 14.

⁵³ vgl. STOURZH et al. (1987), S. 12; SWS (1977), S. 31.

⁵⁴ vgl. STOURZH et al. (1987), S. 12; SWS (1977), S. 31; ULRAM et al. (2008), S. 48. Diese Frage wurden nur jenen TeilnehmerInnen gestellt, welche die Frage nach einer österreichischen Nation positiv beantwortet hatten (1965 47%, 1977 62%, 1980 67% und 1987 75%).

Fragen, welche in den folgenden Kapiteln über die Untersuchung des Gedächtnisortes 12. November und des Narrativs vom „Staat, den keiner wollte“ behandelt werden.

Eine kurze Bemerkung noch zum Ort der Ersten Republik in einem geschichtlichen Dispositiv. Ähnlich wie Ernst Hanisch schon 1985 festgehalten hat, dass die Krisen der Demokratie und der Identität in der Ersten Republik nicht ohne Rückblick auf die Monarchie als Kontrastbild erklärbar wären,⁵⁵ so ist auch für die Bestimmung des Gedächtnisorts Erste Republik die Monarchie von entscheidender Bedeutung. Deutlich wird dies auch in den Umfragedaten von 1965. Existierte hier doch ein Gefälle zwischen der Deutung der Monarchie und der Ersten Republik, wenn man sie nach Parteien aufschlüsselt. Während die Monarchie für ÖVP-Anhänger einen positiver besetzten Gedächtnisort darstellte, war es für die demokratische Periode der Ersten Republik umgekehrt. Es kann also davon ausgegangen werden, dass nicht nur die Periode des Austrofaschismus von Bedeutung zur Bestimmung des Platzes der Ersten Republik in der österreichischen Gedächtnislandschaft ist, sondern auch sein Wechselspiel mit der Monarchie, weshalb auf dieses in den nächsten Kapiteln verstärkt der Fokus gelegt wird.

⁵⁵ vgl. HANISCH (1985a), S. 82.

4 DIE ERSTE REPUBLIK AUS HISTORIOGRAPHISCHER SICHT

a Forschungsüberblick: Erste Republik und Gedächtnisgeschichte

Untersucht man die Forschungslandschaft der österreichischen Gedächtnisgeschichte hinsichtlich ihrer Bearbeitung der Ersten Republik, so fällt ähnlich wie in der Denkmallandschaft eine Leerstelle auf. Entgegen dem Zugang, dass gerade der Prozess des Vergessens und Zurückdrängens für das Verständnis der Gegenwart erhellend ist, bleibt dieser Prozess für die Erste Republik weitgehend unbeachtet. Und dennoch ist es gerade das Vergessen, welches auch viel über die Mechanismen der Herausbildung hegemonialer Geschichtsbilder aussagt. So schreibt zum Beispiel auch Peter Burke über die soziale Amnesie:

„So mag es auch von Wert für das Verständnis der gesellschaftlichen Erinnerungsarbeit sein, die soziale Organisation des Vergessens zu untersuchen: die Ausschließungsregeln, Unterdrückung oder Verdrängung und die Frage, wer von wem und warum verlangt, dies oder das zu vergessen.“⁵⁶

Übertragen auf die Erste Republik lautet die Frage also, weshalb die positiven Errungenschaften vergessen worden sind, während sich die Konflikte festschreiben konnten. Welche Ursachen also die Transformationen des Narrativs zur Ersten Republik hatten.

Doppelt bezeichnend für dieses „Vergessen“ der Ersten Republik ist das repräsentative dreibändige Werk zu den österreichischen Erinnerungsorten, *Memoria Austriae*, in welchem einerseits die Periode der Ersten Republik praktisch nicht thematisiert wurde, andererseits von der Wissenschaft aber auch ein Zugang gewählt wurde, die Auswahl der österreichischen Gedächtnisorte nur hinsichtlich ihrer gesellschaftlichen Relevanz zu treffen, wodurch ebenfalls die gesellschaftliche Absenz der Ersten Republik in der Wahrnehmung deutlich wurde. So betonten zwar die Herausgeber in ihren einleitenden Bemerkungen zum kulturellen Gedächtnis, die Bedeutung des Vergessens für die Herausbildung von nationaler Identität, ohne diese Reflexionen allerdings in ihr Konzept einfließen zu lassen. Die Überlegungen, dass eine wissenschaftliche Auswahl der Gedächtnisorte gewissermaßen zu einer Konstruktion der Gedächtnislandschaft von wissenschaftlicher Seite führen könnte, waren die Ursache dafür, dass durch eine Umfrage mit einem offenen Fragekatalog die relevanten Erinnerungsorte durch ihre quantitative Häufung bestimmt wurden. Wobei die Fragen allerdings so formuliert waren, dass diese in erster Linie einen Funktionsmechanismus des positiven Erinnerens über Kategorien wie „auf welche ... sind sie stolz“ oder „... ist typisch für Österreich“

noch zusätzlich verstärkten. Nur eine von neun Fragen setzte sich mit der Funktion der Differenzbildung durch Erinnern auseinander, indem nach österreichischen Dingen, Ereignissen bzw. Personen gefragt wurde, mit welchen man auf keinen Fall etwas zu tun haben wolle. Es war daher nicht sonderlich überraschend, dass die Erste Republik in den Nennungen, sei es bei Ereignissen oder bei Persönlichkeiten weitgehend unbeachtet blieb.⁵⁷ So stimmten etwa nur 3% der Befragten für Ereignisse der Zwischenkriegszeit, auf welche sie stolz wären, wobei allerdings die KärntnerInnen, höchstwahrscheinlich wegen Volksabstimmung und Abwehrkampf, eine Ausnahme mit 26% bildeten.⁵⁸ Geradezu symbolisch für diese Situation des Nichtbeachtens der Ersten Republik wurde auch der Unterpunkt „Gründung der Republik“ als Extrakategorie in der Auswertung der Umfrageergebnisse nicht auf den 12. November 1918, sondern auf die Wiedergründung der Zweiten Republik nach 1945 bezogen. Bemerkenswert ist jedoch, dass selbst die Frage nach der Differenzbildung keine Antworten hinsichtlich der Zwischenkriegszeit provozierte. Hier dominierten Kategorien wie Krieg und Rassismus (Hitler, Nationalsozialismus, Krieg allgemein), Politiker (etwa Jörg Haider) und Politik allgemein (Skandale, Bereicherung, Überheblichkeit). Bis auf die Zeit des Nationalsozialismus verwiesen die Autoren allerdings hier auf keine weiteren Umfrageergebnisse, welche eine Differenzbildung zu historischen Ereignissen unterstrichen hätten.⁵⁹ Das Fehlen der Ersten Republik und auch des Bürgerkriegs mag unter Umständen seine Erklärung darin finden, dass sich der Nationalsozialismus in den letzten beiden Jahrzehnten doch zur dominanten Negativfolie innerhalb der österreichischen Gesellschaft entwickelte, während die Erste Republik zwar negativ konnotiert bleibt, aber auch immer mehr vergessen wird.

Bedingt also durch den Zugang der Gedächtnisorte, welche nicht umsonst in der wörtlichen Übersetzung Orte der Erinnerung (und nicht des Vergessens) heißen, wurde in diesem zentralen Werk der österreichischen Gedächtnisgeschichte das kollektive Gedächtnis weitgehend über sein Erinnern und nicht auch über sein Vergessen definiert.

Aus einer gedächtnisgeschichtlichen Perspektive erfuhr nur die politische Gedächtnislandschaft innerhalb der Ersten Republik eine eingehende Betrachtung. Repräsentierten in der Zeit von 1918-1934 doch gerade die unterschiedlichen Narrative

⁵⁶ BURKE (1996), S. 106.

⁵⁷ Auch in einer Umfrage 1980 auf Grundlage von vorgegebenen Namen, aus welchen die Befragten auswählen konnten, kam Ignaz Seipel als politischer Repräsentant für die Erste Republik nur auf den letzten Platz hinsichtlich seiner Bekanntheit, Bedeutung und Charakteristik für Österreich. vgl. BRIX et al. (2004), S. 16.

⁵⁸ Hochgerechnet machten also selbst von den 3% bereits 2% die Kärntner Stimmen aus. vgl. BRIX et al. (2004), S. 14.

⁵⁹ vgl. BRIX et al. (2004), S. 9–18.

der einzelnen Parteilager auch die Konfliktlinien zwischen den Gruppierungen, wodurch der Umgang mit den Geschichtsbildern ein zentrales symbolisches Repertoire darstellte, auf welches zur Mobilisierung zurückgegriffen werden konnte. Die Fortläufer dieser unterschiedlichen politischen Erinnerungskulturen in der Zwischenkriegszeit waren allerdings auch noch teilweise in den Erinnerungskonflikten der Zweiten Republik hinsichtlich der Deutung der Ersten Republik vorhanden, weshalb auch die Untersuchungen dazu ein wichtiges Fundament dieser Arbeit bilden. Besonders erwähnenswert sind hier die Arbeiten von Ernst Hanisch, welcher die unterschiedlichen, teilweise einander entgegengesetzten Erinnerungskulturen der Sozialdemokraten und Christlichsozialen in der Ersten Republik herausarbeitete.⁶⁰ Fokussierter noch auf die Interpretation des Jahres 1918 und die Wahrnehmung des Staatsfeiertages am 12. November, einer entscheidenden Trennlinie zwischen den Erinnerungskulturen der beiden Parteien, sind die Artikel von Julia Köstenberger⁶¹ und Katharina Kalcsics,⁶² welche in ihren Arbeiten dieses Wechselspiel zwischen staatlich fixiertem Gedächtnisort, aber eigentlich einander entgegengesetzten Parteinarrativen sehr treffend charakterisierten. Erwähnt werden sollen in diesem Zusammenhang auch noch die für diese Arbeit allerdings nicht so zentralen Texte von Béla Rásky und Robert Kluger. Wobei ersterer zur Fest und Feierkultur der Sozialdemokratie in der Ersten Republik arbeitete, dabei jedoch stärker auf die Formen des Feierns als auf die Inhalte abzielte,⁶³ während Robert Kluger hingegen die Wortmeldungen der deutschsprachigen Presse hinsichtlich der unterschiedlichen politischen Gedenktage von 1918 bis 1945 untersuchte. Jedoch nur für den Kärntner Bereich, wobei der 12. November anders als auf staatlicher Ebene gegenüber dem 10. Oktober, dem Tag der Volksabstimmung, eine untergeordnete Rolle spielte.⁶⁴

Im gleichen Band wie Robert Klugers Aufsatz fand sich auch der einzige Artikel, welcher etwas genauer die Repräsentationsformen des 12. November in der Zweiten Republik betrachtete, jedoch, durch die Thematik des Sammelbands, wieder nur auf den Kärntner Raum beschränkt. So analysierte Christian Pichler die Repräsentation der politischen Gedenktage in der deutschsprachigen Presse von 1945-2000 und widmete dabei auch dem 12. November einige Seiten, wobei sich aber schon die Grundstrukturen hinsichtlich der 12. November-Rezeption zwischen Ablehnung und Feierlichkeiten herauskristallisierten.⁶⁵

Unter einem spezifischen Gesichtspunkt widmete sich auch Gloria Withalm der Ersten

⁶⁰ vgl. HANISCH (1990b); HANISCH (1995e).

⁶¹ vgl. KÖSTENBERGER (2008).

⁶² vgl. KALCSICS (1999).

⁶³ vgl. RÁSKY (1992a).

⁶⁴ vgl. KLUGER (2005), S. 10–24.

Republik, die 1918 unter dem Fokus der Darstellung in unterschiedlichen Fernsehproduktionen betrachtete, wobei auch einige Darstellungsklischees von 1918 deutlich wurden. Dabei versuchte sie den Begriff der Revolution und dessen Repräsentation im 12. November anhand seiner bildlichen Darstellung in den 70er und 80er Jahren in populären Fernsehdokumentationen zu analysieren. Wobei sie auf die unterschiedliche Montage von Originalaufnahmen bzw. Koppelung von Text und Bild besonderen Wert legte und versuchte, die positiven und negativen Konnotationen zu diesem Tag, welche sich meist in einem Spannungsfeld mit Kategorien wie Kommunismus und Demokratie bewegten, herauszuarbeiten.⁶⁶

Auf den Übergang zwischen Monarchie und Republik legte auch Peter Becher in seiner Dissertation seinen Fokus, allerdings unter der Perspektive des Endes der Monarchie. Ging es in seiner Dissertation doch nicht um die Wahrnehmung des Entstehens des Neuen, der Republik, sondern um den Untergang des Alten, der Monarchie. Auch wenn seine Arbeit genau wie Gloria Withalms Arbeit sich nicht explizit über das gedächtnispolitische Paradigma diesem Übergang annäherte, war seine Betrachtung der unterschiedlichen Darstellungsweisen des „Untergangs Kakaniens“ für diese Arbeit doch sehr befruchtend. Versuchte er doch anhand einer Gegenüberstellung einer Auswahl literarischer und historiographischer Werke die Darstellungsformen dieses Untergangs in den Jahren von 1919 bis 1979 darzustellen und eröffnete gerade durch seine Betrachtung der Literatur so eine weitere Reflexionskategorie zur Wahrnehmung von 1918.⁶⁷

Über einen sehr spezifischen Randbereich näherte sich die Arbeit Wilhelm Brauneders der Wahrnehmung der Zäsur von 1918 in der Zweiten Republik an, leistete dabei jedoch eine wichtige Vorarbeit für diese Arbeit. So setzte sich dieser in einem Kapitel seines Buches „Deutsch-Österreich 1918. Die Republik entsteht“ explizit mit den „*Staatsgründungen und ihren Umdeutungen*“ auseinander. Jedoch beschränkte sich seine Analyse in erster Linie auf unterschiedliche staats-juristische Interpretationen des Entstehungsprozesses der Ersten Republik, wobei er zwischen zentralistisch-einheitsstaatlichen, bündischen und dezentralistisch-einheitsstaatlichen Theorien unterschied. Wäre das Nachverfolgen dieser Diskussion gerade hinsichtlich der föderalen Struktur Österreichs sicherlich von Interesse, so erfolgte von ihm jedoch keine Kontextualisierung der unterschiedlichen juristischen Interpretationsformen im politischen Diskurs, sondern diese wurden einander mehr oder weniger nur gegenübergestellt. Interessanter an Wilhelms Brauneders Buch war jedoch seine Untersuchung hinsichtlich der verschiedenen Gründungstage, wobei er zwischen dem

⁶⁵ vgl. PICHLER (2005), S. 251–254.

⁶⁶ vgl. WITHALM (1989).

⁶⁷ vgl. BECHER (1982).

„einprägsamen 12. November 1918“ und dem gewissermaßen vergessenen 30. Oktober, welcher aus juristischer Sicht den eigentlichen Tag der Proklamierung der Republik darstellte, unterschied. Dabei arbeitete er akribisch verschiedene Ebenen von Quellen wie Briefmarken, Denkmäler, Schulbücher, Feiertage etc. hinsichtlich ihrer Rezeption der beiden Jahrestage ab, um das weitgehende Vergessen des 30. Oktobers zu dokumentieren. Brauneders Buch war jedoch nicht so sehr hinsichtlich der Untersuchung der Bedeutung dieser beiden Jahrestage aufschlussreich, da diese wieder weitgehend eine Analyse hinsichtlich der Bedeutung von Erinnern und Vergessen vermissen ließ. So wäre es nämlich etwa spannend gewesen zu erfahren, weshalb sich die FPÖ 1998 statt des 12. November wieder auf den 30. Oktober für ihre Feiern im Parlamentsgebäude zurückbesonnen hatte.⁶⁸ Allerdings lieferte es einen ersten guten Überblick über die unterschiedlichen Formen der Begehung und des Gedenkens an den 12. November.⁶⁹

Danach erschöpft sich allerdings weitgehend die Aufarbeitung der Erinnerung an die demokratische Periode der Ersten Republik, sieht man von einer teilweisen Mitbearbeitung im Rahmen des Austrofaschismus⁷⁰ oder des Nationalsozialismus ab.⁷¹ Etwas enttäuschend verlief auch die Aufarbeitung im Rahmen von Überblicksdarstellungen zur österreichischen Gedächtnislandschaft. Auf den Überblicksband *Memoria Austriae* wurde schon hingewiesen, aber auch Oliver Rathkolb sprach zwar zum Beispiel in seinem Artikel zur „Österreichischen Geschichtspolitik und die Zweite Republik“ von der „zusätzlichen [neben ‚Austrofaschismus‘ und Nationalsozialismus] negativen Erinnerung an die kurze demokratische Phase nach dem 12. November 1918 bis zur Auflösung des Parlamentarismus 1933.“⁷² Allerdings übersprang er schlussendlich in seiner Analyse des politisch historischen Gedächtnisses zwischen Monarchie und

⁶⁸ vgl. BRAUNEDER (2000), S. 303. Einen Hinweis dafür und eine Erklärung, weshalb sich Wilhelm Brauner so intensiv mit diesem Datum auseinandersetzte, könnte ein Artikel im „Profil“ Ende der 90er Jahre bieten. Dieser beschäftigte sich im Rahmen der Debatte rund um die Abschaffung der Neutralität mit der Suche nach einem neuen Nationalfeiertag, falls der 26. Oktober seine staatliche Bedeutung als Datum der Neutralitätserklärung verlieren sollte. So schrieb das „Profil“: „Der Vorbehalt der Konservativen gegen den 12. November ist nie vollends verschwunden – wohl mit ein Grund, warum FP - Parlamentspräsident Brauner nun den vergleichsweise unbedeutenden 30. Oktober ins Spiel brachte. Sein Vorschlag soll eine goldene Brücke für die ÖVP sein. Der Tag der Staatsgründung ‚Deutschösterreichs‘ wie es damals hieß, ‚war immer ein Konsenstag. Der 12. November nicht.‘ (Brauner)“ (MISIK, R.; ZÖCHLING, Ch.; Österreich ein Mangelerebnis. In: Profil 22.9.1997 S.40-43.) Insofern könnten die Festsitzung der FPÖ und der Fokus Brauneders auf dieses Datum als Handlungen im Zusammenhang mit der Debatte um einen möglichen neuen Nationalfeiertag verstanden werden, vielleicht eben gerade im Widerspruch zu den von den anderen Parteien im Artikel präferierten 27. April 1945.

⁶⁹ vgl. BRAUNEDER (2000), S. 272–311.

⁷⁰ vgl. PELINKA (2001g).

⁷¹ vgl. UHL (1992a).

Bürgerkrieg/Austrofaschismus diese Epoche.

Auch wenn eine erinnerungsgeschichtliche Auseinandersetzung mit der Ersten Republik weitgehend ausblieb, so ließen sich dennoch überraschenderweise zwei sehr wichtige Texte zur Funktion und Entwicklung der negativen rhetorischen Topoi als Gedächtnisorte finden. So wurde im Sammelband zu „Österreich - 90 Jahre Republik“ ein Artikel von Manfred Zollinger abgedruckt, welcher die Konstruktion und Funktion der Verankerung der Formel „und der Rest ist Österreich“ als eine angebliche Feststellung von Georges Clemenceau bei den Pariser Vorortverträgen untersuchte und sich dabei stark auf die Zwischenkriegszeit konzentrierte. Fand doch im Gegensatz zum rhetorischen Topos vom „Staat, den keiner wollte“ in dieser der Prozess seiner Entwicklung und Festschreibung als ein Ausspruch Clemenceaus statt.⁷³ Und andererseits ging Heidemarie Uhl in ihrer schon erwähnten Dissertation, expliziter auf die Funktion der Negativzuschreibung vom „Staat, den keiner wollte“ im Zusammenhang mit der Deutung von 1938 ein.⁷⁴

Generell fällt jedoch auf, dass aus gedächtnisgeschichtlicher Perspektive viel mehr Literatur zur erinnerungspolitischen Funktion der angrenzenden Perioden in der Zweiten Republik existiert. So wurden viele Artikel zur Bedeutung der Monarchie zwischen negativ und positiv besetztem Erinnerungsort bei ÖVP und SPÖ und dessen Höhepunkt im Rahmen der Habsburgkrise bis hin zu dessen Verklärung und Nostalgie publiziert,⁷⁵ oder die Zeit des „Austrofaschismus“ zwischen Verdrängen unter dem Fokus des „Burgfriedens“ bzw. des Mechanismus der „geteilten Schuld“ hin zum immer wieder Aufflammen der parteipolitisch unterschiedlichen Dollfußbilder betrachtet.⁷⁶

Aber auch der Blick nach Deutschland zeigt, dass die zeitgleiche Weimarer Republik schon eine sehr intensive erinnerungsgeschichtliche Aufarbeitung aus vielschichtigen Perspektiven erfahren hat.⁷⁷ Insofern auch interessant, als bezüglich der Wahrnehmung Ähnlichkeiten zur Ersten Österreichischen Republik herrschen, gerade hinsichtlich der Vielzahl an negativen rhetorischen Formeln, welche in Zusammenhang mit dieser stehen, wie etwa „Bonn darf nicht Weimar werden“ oder die Zuschreibungen „Republik ohne Republikaner“ bzw. „Demokratie ohne Demokraten“.

⁷² RATHKOLB (2007b), S. 16.

⁷³ vgl. ZOLLINGER (2008).

⁷⁴ vgl. UHL (1992a).

⁷⁵ vgl. COLE (2004); RÁSKY (2009b); SEEßLEN (1992); SUPPANZ (1998b); SUPPANZ (2007d); hinsichtlich der Wiederentdeckung der Mitteleuropa-Idee und ihrer Funktion vgl. PRIBERSKY (2002).

⁷⁶ vgl. KASSAR (2007/08); KLAMPER (1997); KONRAD (2004b); MATTL (2007d); PELINKA (2001g); SAUEREGGER (2007); TÁLOS (2007); in essayistischer Form aber dennoch äußerst aufschlussreich MENASSE et al. (2005), S. 421–426.

⁷⁷ vgl. Winkler (2002); ULLRICH (2009); ECKEL (2007); Balke (1997).

Durch den Vergleich zeigt sich also auch, dass eine Auseinandersetzung mit den im Wandel der Zeit unterschiedlich gelagerten Erinnerungen an die Erste Republik noch einen weißen Fleck auf einer erinnerungsgeschichtlichen Landkarte der Zweiten Republik darstellt. Nicht nur das Interesse per se an den wandelnden Narrativen zur Ersten Republik soll daher die Motivation dieser Arbeit sein, sondern auch seine Einbettung in die parteispezifischen oder staatlich ausformulierten Geschichtsnarrative, gewissermaßen also die Interaktion der Ersten Republik mit anderen Perioden auf dem Spielfeld des kollektiven Gedächtnisses. An welche Aspekte und Narrative knüpft(e) es an und stützt(e) diese bzw. mit welchen anderen Narrativen steht/stand es in Konflikt? Welche Funktion kommt also den Narrativen zur Ersten Republik im Verhältnis zu den anderen Geschichtssträngen zu und wie verändern sich benachbarte Narrative mit, wenn es zu einem Wandel der Deutung einer Periode kommt? So können etwa die Veränderungen in den Parteinarrativen zum Zeitraum von 1918-1933/34 nicht ohne ihre Verbindungen mit den sich ändernden Narrativen zur Monarchie, aber auch zur Zeit des Austrofaschismus und des Nationalsozialismus gesehen werden

In dieser inhaltlichen Verzahnung der Narrative der unterschiedlichen Perioden fehlt ein Überblick über die Erzählungen zur Ersten Republik, um so besser die Metageschichtsverständnisse einer Gemeinschaft oder sozialen Gruppe in den Blick zu bekommen. Konflikte in der Geschichtsdeutung können nämlich jeweils nur aus der Verortung der einzelnen Geschichtsbilder im Vergleich zu anderen Perioden verstanden werden. So ist etwa die Zeit des Austrofaschismus in ihren Erzählungen sehr stark durch den Nationalsozialismus strukturiert, entweder als Ausschaltung der Demokratie und damit als Vorarbeit für die einfache Implikation nationalsozialistischer Strukturen oder als Akt des Widerstands durch die Konstruktion einer österreichischen Identität. Damit wird allerdings auch schon deutlich, dass es in diesem Dispositiv der Narrative unterschiedlich gewichtete Knotenpunkte gibt, so stellen etwa der Nationalsozialismus oder die „Erfolgsgeschichte“ Zweite Republik zentrale Schaltstellen dar, welche die Strukturierung anderer Narrative stärker prägen.

Durch die Interaktion der Erzählungen der einzelnen Abschnitte miteinander strukturieren sie auch den Rahmen mit, wie ein Narrativ eingebettet werden kann und beeinflussen damit auch gegenseitig ihre Ausprägungen. Die Offenlegung dieser Interaktionen tritt besonders in Konfliktfällen rund um die Interpretation von Vergangenheit zu Tage, wird doch hier versucht Gegenwart, Zukunft und Vergangenheit gerade anhand seines Narrativs zu strukturieren und durch den Verweis auf die Teleologie oder die Brüche die eigene Auslegung von Geschichte zu

untermauern.⁷⁸ Diese Arbeit will daher versuchen etwas Licht auf eine noch unbeachtete Epoche der österreichischen Zeitgeschichte zu werfen, um einen Beitrag zu einer Geschichtsschreibung zu leisten, welche die Konflikte rund um staatlich ausformulierte Narrative beleuchten möchte. Oder wie es Gerhard Botz hinsichtlich einer Geschichte der Konflikte rund um zeitgeschichtliche Themen formulierte:

„Geschichte' war und ist in Österreich (bis in die jüngste Vergangenheit) in einer ganz direkten Weise höchst politisch, insofern als immer wieder Probleme der ‚Zeitgeschichte' (und ihrer künstlerischen Verarbeitung) jederzeit eine unmittelbare politische Brisanz erlangen konnten. Allerdings ist eine zusammenhängende Analyse dieser Konfliktfälle, die einen tiefen Einblick in die österreichischen Geschichtsmentalitäten zuließen, noch nicht geschrieben, angefangen von der ‚Causa Habsburg' und vom ‚Dollfuß-Porträt' im ÖVP-Parlamentsklub bis zur ‚Affäre Waldheim', zum ‚Hrdlicka-Denkmal' und zu Thomas Bernhards ‚Heldenplatz'.“⁷⁹

In dieser Arbeit soll daher der Konflikt rund um den 12. November und die Erste Republik und sein Ausverhandeln nachgezeichnet werden, wobei gerade durch die Fokussierung auf die Schnittstelle 1918 das Wechselspiel mit dem Narrativ zur Monarchie intensiver betrachtet wird.

b Die Historiographie zur Ersten Republik bis in die 70er Jahre

Auch wenn die Betrachtung, der sich wandelnden Narrative zur Ersten Republik aus kulturwissenschaftlicher Perspektive erst eine Fragestellung wird, umso intensiver wurden die Ereignisse der Jahre 1918-33/34 aus geschichtswissenschaftlicher Sicht aufgearbeitet. Stellte doch die Erste Republik ab den 60er/70er Jahren eines der primären Betätigungsfelder der beginnenden österreichischen Zeitgeschichtsforschung dar. Allerdings unterlief auch die Behandlung dieser Periode im Laufe der ersten Jahrzehnte der Zweiten Republik einem beträchtlichen Wandel. Deshalb wird der Untersuchung des öffentlichen und politischen Diskurses der ersten Nachkriegsjahrzehnte zur Ersten Republik ein kurzer Abriss der zeitgleich erfolgten historiographischen Auseinandersetzung vorangestellt. Einerseits, weil in den ersten Nachkriegsjahrzehnten ein starkes Naheverhältnis zwischen Politik und Zeitgeschichtsforschung existierte und von ersterer auch Initialzündungen zur wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der Zeitgeschichte kamen, weshalb man auch von Rückwirkungen des politischen Diskurses auf die zeitgeschichtliche

⁷⁸ Deutlich wird dies etwa in einer Analyse von Werner Suppanz hinsichtlich des Jahres 1848. Wurde 1848 doch je nach Partei in einen unterschiedlichen Sinnzusammenhang mit anderen Abschnitten gestellt. Brachte es die die SPÖ als Vorstufe zur Etablierung demokratischer Rechte mit 1918 und 1945 in Verbindung, während die ÖVP 1848 mit deutschnationalem Gedankengut und damit mit dem Jahr 1938 assoziierte. vgl. SUPPANZ (1999c). bzw. Fußnote 539.

Forschung bzw. auch umgekehrt ausgehen kann. Andererseits, weil geschichtswissenschaftliche Herangehensweisen und Erkenntnisse, auch wenn sie keine zwingenden Rückwirkungen auf gesellschaftliche Diskussionen haben, dennoch die Grundlagen, wie über Vergangenheit gesprochen werden kann, vorstrukturieren und eine weitere Reflexionsebene über vorhandene Möglichkeiten zur Interpretation von Geschichte liefern.

Da jedoch eine grundsätzliche Analyse der Historiographie zur Ersten Republik selbst nur für diesen begrenzten Zeitraum ein großangelegtes Forschungsprojekt wäre, wird sich diese kurze historiographische Analyse weitgehend auf teilweise vorhandene Sekundärliteratur stützen und nur zwei für die Herausbildung der österreichische Zeitgeschichte wichtige Tagungen etwas genauer hinsichtlich der Behandlung der demokratischen Periode der Ersten Republik betrachten. Einerseits sind dies die Reichenauer Expertentagung von 1960 und andererseits die ab 1972 stattgefundenen wissenschaftlichen Symposien zur Zwischenkriegszeit. Fokussiert wird dabei auf die generelle Codierung, Bedeutung und Funktion der Ersten Republik in den Geschichtswissenschaften bis in die 70er Jahre, weshalb geschichtswissenschaftliche Debatten zu einzelnen Themen in diesem Rahmen praktisch nicht nachverfolgt werden. Aus diesem Grund und auch aus den oben genannten Motiven wird auch die Diskussion um das Jahr 1934 bzw. um die Zeit des Austrofaschismus außen vorgelassen. Dies wäre sicherlich erhellend, da besonders die Auseinandersetzung mit dem Austrofaschismus ein tragendes Element des Zuganges zur Ersten Republik war. Es kann hier allerdings nur auf diese stärkere Verschiebung des wissenschaftlichen Fokus weg von einer harmonisierenden Koalitionsgeschichtsschreibung hin zu einer Betrachtung der Konflikte der Zwischenkriegszeit ab den 1970ern und auf die schon zuvor erwähnte Literatur zur Auseinandersetzung mit der Zeit von 1933/34 bis 1938 verwiesen werden.

Betrachtet man die Historiographie in der Zwischenkriegszeit zur Gründung der Ersten Republik, so lässt sich kein großer interpretativer Spielraum von Seiten der Geschichtsschreibung festmachen. 1918 stellte laut Ernst Hanisch für die meist bürgerlichen Historiker eine Katastrophe dar.⁸⁰ Für die einen durch den Zerfall des Großreiches, für die anderen durch den Übergang zur Republik oder für die dritten durch das Anschlussverbot an Deutschland. Die „Katastrophe von 1918“, welche auch auf öffentlicher Ebene ihren Niederschlag im Schlagwort der Lebensunfähigkeit fand, schrieb sich auch auf geschichtswissenschaftlicher Ebene fest und führte nach Fritz

⁷⁹ BOTZ (1990d), S. 55.

⁸⁰ vgl. HANISCH (1999f), S. 569ff.

Fellner zu einer historiographischen Negation der Ersten Republik.⁸¹ Mit der deutlichsten ideologischen Schlagseite manifestierte sich dies später in dem in der NS-Zeit erschienen Buch von Reinhold Lorenz mit dem Titel „Der Staat wider Willen“, einer 1940 herausgegebenen Abrechnung mit der Ersten Republik, dessen Titel allerdings nach 1945 unkritisch hinterfragt als geflügeltes Wort wieder in den öffentlichen Sprachgebrauch Eingang finden konnte.

Nach 1945 dauerte es eine Weile, bevor von geschichtswissenschaftlicher Seite wieder eine Auseinandersetzung mit der Ersten Republik stattfand. Der Historiker Gerhard Botz hält als Grund hierzu die „*schmerzhaften Brüche*“ der österreichischen Geschichte fest, die dazu beigetragen hätten, dass, abgesehen von Memoiren und journalistischen Darstellungen, ein Bogen um diese Zeit gemacht wurde.⁸² So wurde von den Geschichtswissenschaften etwa eine verstärkte Behandlung der mittelalterlichen Geschichte der österreichischen Erblande angeregt, um von dort eine räumliche Kontinuität Österreichs zum Heute herzustellen. Alphons Lhotsky, ein Professor an der Universität Wien, schlug etwa in der Nachkriegszeit vor, das Großreich der Habsburger in dieser Geschichtsauffassung nur als ein Zwischenspiel zu verstehen.⁸³

„Auch die Geschichte ist eine Erfahrungswissenschaft. Wenn eine bestimmte Tendenz fast ein Jahrtausend lang in allen erdenklichen Abwandlungen immer wieder erkennbar wird, dann ist die Folgerung erlaubt und berechtigt, dass es sich um gesetzmäßige Verhältnisse handelt, die auch in Zukunft gelten werden, nachdem sie dieses Österreich aus allen den wechselnden Bindungen, die es im Verlaufe seiner ereignisreichen Geschichte einzugehen genötigt ward, immer wieder auf sich selbst zurückgeführt haben.“⁸⁴

Ein Zugang mit welchem er nach Gerald Stourzh nicht alleine dastand.⁸⁵ Auch von geschichtswissenschaftlicher Seite wurden also Kontinuitäten und Legitimationen anhand einer entfernten Vergangenheit konstruiert und mehrere Jahrhunderte zurückliegende Ereignisse als Gründungsmythen bemüht. Der Fokus lag also in den ersten Nachkriegsjahren nicht auf einer Aufarbeitung der Geschichte der Ersten Republik, sondern auf einer versuchten Konstruktion einer österreichischen Nation durch die Vergangenheit. Um die Zwischenkriegszeit wurde hingegen weitgehend ein großer Bogen gemacht, bzw. Abstand von einer Interpretation genommen. So meint etwa Helmut Konrad für die ersten zwei Nachkriegsjahrzehnte, dass „*die Berührungsangst bei Fragen der neuesten Geschichte*“ und „*die Furcht vor zu*

⁸¹ vgl. FELLNER (1994b), S. 217.

⁸² vgl. BOTZ (1990d), S. 53; HAAS (1974a), S. 190; NECK (1953a), S. 424.

⁸³ vgl. LHOTSKY (1972), S. 92.

⁸⁴ zit. n. SPEVAK (2003), S. 169.

⁸⁵ vgl. STOURZH (1991a), S. 18. Hinsichtlich dieser Rückwärtsgewandtheit spricht auch Ernst Hanisch davon, dass etwa Hugo Hantsch „*den Glanz der Habsburgermonarchie*“ aufpolierte. vgl. HANISCH (1999f), S. 573.

engagierten, wertenden Zugängen zur Geschichte“ so tief saß, dass dies zu einem „theoretisch unreflektierten Historismus“ führte, „der sich auf eine Aneinanderreihung von Fakten beschränkte.“⁸⁶

Bezeichnenderweise erschien daher auch das erste Standardwerk zur Ersten Republik „Österreich von Habsburg zu Hitler“ von keinem Österreicher, sondern vom amerikanischen Nationalökonom Charles A. Gulick (im Jahre 1948 in englischer Fassung), wobei dessen Werk stärker an das Geschichtsbild der SPÖ angelehnt war.⁸⁷ Gewissermaßen als „bürgerliches Gegenstück“ deutet Gerhard Botz die erste österreichische wissenschaftliche Abhandlung, den 1954 von Heinrich Benedikt herausgegebenen Sammelband „Geschichte der Republik Österreich“,⁸⁸ wahrscheinlich auch deswegen als Gegenstück, weil doch Charles A. Gulicks Arbeit auf Initiative des SPÖ-Vorsitzenden Adolf Schärf erst ins Deutsche übersetzt worden war.⁸⁹ Ernst Hanisch hingegen bezeichnet „den Benedikt“ in seiner Analyse zur österreichischen Zeitgeschichtsforschung schon als eine Leitlinie für die Koalitionsgeschichtsschreibung,⁹⁰ in welcher der „Erfolgsgeschichte“ ab 1945 die Probleme und Konflikte der Ersten Republik und der Untergang Österreichs als Negativschablone gegenübergestellt würden, wohingegen der „goldene Österreich-Mythos“ aus Barock und Habsburgermonarchie in die Gegenwart leuchten würde.⁹¹ Die geschichtswissenschaftliche Interpretation der Ersten Republik dürfte in den

⁸⁶ KONRAD (1985a), S. 127; ähnlich auch bei HANISCH (1999f), S. 574.

⁸⁷ vgl. BOTZ (1990d), S. 53f; NECK (1953a), S. 438f..

⁸⁸ vgl. BOTZ (1990d), S. 54. So merkt auch der deutsche Historiker Ulrich Kluge in einem Überblicksartikel zur Literatur über die Erste Republik an: „Diesem Zweck [lückenlose Information über die wechsellvollen Ereignisse der Zwischenkriegszeit] diene auch die 1954 erschienene Sammelstudie ‚Geschichte der Republik Österreich‘, wengleich unter einem anderen politischen Vorzeichen als die detailreiche Arbeit von Charles Gulick aus dem Jahre 1948.“ (KLUGE (1984), S. 72.) Und auch Helmut Konrad bezeichnet diesen Sammelband als den von konservativer Seite ersehnten „Anti-Gulick“. KONRAD (1985a), S. 127.

⁸⁹ vgl. GOLLER (2009), S. 10. Peter Goller beschreibt es als ein „in wesentlichen Zügen den Anforderungen einer ‚westorientierten‘, die linkssozialistischen Traditionen in das Abseits drängenden SPÖ“ dienendes Werk.

⁹⁰ Zur Definition des Terminus Koalitionsgeschichtsschreibung: „Gerhard Botz hat die in diesen Jahren dominierende Form der Österreichischen Zeitgeschichtsschreibung in Anlehnung an eine Wortschöpfung von Karl. R. Stadler treffend als ‚Koalitionsgeschichtsschreibung‘ bezeichnet. Dies bedeutet nicht etwa, ‚dass von engagierten Historikern der jeweilige politische Gegner ‚angeschwärzt‘ wird, wie manchmal unrichtig behauptet wurde, sondern darin, dass in direkter oder mehrfach vermittelter Abhängigkeit von den koalitierten politisch-gesellschaftlichen Kräften alle irgendwo anstößigen Aussagen vermieden werden und die ‚historische Wahrheit‘ einfach in der Mitte zwischen den gegensätzlichen Standpunkten gesucht wird.“ KONRAD (1985a), S. 128; Originalzitate aus BOTZ (1973a), S. 40.

Interessant im selben Zusammenhang ist auch eine Reflexion von Gerhard Botz über die Koalitionsgeschichtsschreibung, die auch gut den Unterschied zwischen der historiographischen Betrachtung der Ersten Republik in der Zweiten Republik und der Zwischenkriegszeit zusammenfasste. Meint er doch, dass die Koalitionsgeschichtsschreibung anfangs auch einen „bedeutende[n] Fortschritt gegenüber den bis dahin dominierenden klerikal-konservativen oder extrem deutsch-nationalistischen Geschichtsinterpretationen“ dargestellt habe. BOTZ (1973a), S. 41.

Anfangsjahren oftmals überhaupt einer sehr deterministischen Logik gefolgt sein. So meint etwa der deutsche Historiker Christoph Berger Waldenegg in einem Artikel über Historikerkontroversen in Österreich nach 1945 am Beispiel Adam Wandruszkas, eines Historikers und Mitautors von Benedikts Werk, hinsichtlich des Zugangs einzelner Historiker in den ersten Nachkriegsjahrzehnten zur Geschichte der Ersten Republik:

„Manchmal schreiben sie ihnen gar Züge einer griechischen Tragödie zu, die dann nicht nur im Untergang der Ersten Republik mündete, sondern vielmehr ‚unvermeidlich‘ darin münden musste. Dies manifestiert sich besonders in Überlegungen, die Wandruszka 1972 auf der ersten von der Wissenschaftliche Kommission abgehaltenen Tagung geäußert hat: In Reflexionen über ‚Die Erbschaft von Krieg und Nachkrieg in Österreich‘ kam er zu dem Ergebnis, ‚dass bei aller Anerkennung menschlicher Willensfreiheit und auch des Elements des Zufalls im einzelnen, das geschichtliche Handeln der Menschen doch weitgehend bereits durch eine vorgesehene Ausgangssituation‘, durch, ‚das Gesetz, nach dem sie angetreten‘, bestimmt ist.“⁹²

Die Erste Republik wurde also als eine bereits von Anfang an dem Untergang geweihte Republik verstanden. Eine teleologische Auffassung des geschichtlichen Verlaufes, die auch Teil der diskursiven Funktion des rhetorischen Topos vom „Staat, den keiner wollte“ ist, worauf später noch eingegangen wird. Daneben folgte die Behandlung der Ersten Republik jedoch noch sehr stark einer parteipolitischen Logik. *„Die Geschichte wurde innerhalb der Lager erzählt“* wie Anton Pelinka meint, *„für Seipel und Kunschak waren katholisch-konservative Historiker zuständig; für Renner und Bauer sozialdemokratische.“*⁹³

1960 wurde die Reichenauer Expertentagung abgehalten, welche als einer der Gründungsakte der österreichischen Zeitgeschichtsforschung gilt und von staatlicher Seite organisiert wurde.⁹⁴ Diese staatliche Impulsgebung für die österreichische Zeitgeschichtsforschung stellte ein Spezifikum dar, welches sich noch lange halten sollte. So weist auch Christoph Berger Waldenegg darauf hin, dass die hohe

⁹¹ vgl. HANISCH (2004h), S. 55.

⁹² BERGER WALDENEGG (2003), S. 163. Ähnlich interpretiert es auch Robert Hoffmann, der in dieser Darstellung auch eine Auslagerung der Verantwortung auf die Rahmenbedingungen innerhalb der *„These von der geteilten Schuld (oder [durch die schlechten Rahmenbedingungen] vielmehr Unschuld)“* sah. HOFFMANN (1975/76), S. 381.

Überraschend ist, dass auch Viktor Matejka, ehemaliger Wiener Stadtrat der KPÖ, in der bei der Wissenschaftlichen Kommission 1972 entfachten Diskussion Adam Wandruszka zustimmte: *„Damit war bis zu einem gewissen Grad das Ende schon am Anfang gegeben.“* Jedlicka (1973b), S. 46.

Anders war hingegen der Zugang von sozialdemokratischer Seite. So bezeichnete etwa Karl Czernetz in der *„Zukunft“* die Entwicklung von 1934 bis 1938 als der *„Gesetzmäßigkeit einer griechischen Tragödie“* folgend. Der *„Weg in den Abgrund“* war also nicht ab 1918 vorgezeichnet, sondern ab 1934. vgl. CZERNETZ, Karl; 50 Jahre Republik. In: Die Zukunft H. 1/Mitte Jänner 1968 S. 2.

⁹³ vgl. PELINKA (1996d), S. 26.

⁹⁴ Hinsichtlich des Institutionalisierungsprozesses der Zeitgeschichtsforschung in Österreich vgl. HANISCH (2004h), S. 54–60; BOTZ (1990d), S. 55–76.

Beteiligung von PolitikerInnen an historischen Diskursen aus deutscher Sicht äußerst ungewöhnlich erscheine.⁹⁵ Über die Intention dieser Tagung schreibt Ernst Hanisch

„Es ging auch zunächst nicht um die wissenschaftliche Institutionalisierung der Zeitgeschichte, sondern um den Geschichtsunterricht, der die belastende Konfliktdemokratie der Ersten Republik zu wenig berücksichtigte und der zweiten Staatsgründung 1945 mit ihrem neuen österreichischen Staatsbewusstsein im Unterricht wenig Aufmerksamkeit schenkte. Es war ein klarer hoheitlicher Akt, als der Bundesminister für Unterricht Heinrich Drimmel, der sich selbst gern als prononciert konservativer Historiker versuchte, 1960 zu einer Expertentagung nach Reichenau einlud.“⁹⁶

Im Rahmen dieser Expertentagung⁹⁷ wurde auch über die Wahrnehmung von 1918 diskutiert, ob der Revolutions- oder der Kontinuitäts-Charakter im Vordergrund stehen solle, wie also der Umbruch in Österreich anhand von mehreren Revolutionsdefinitionen juristisch, gewaltsam etc. zu bewerten sei.⁹⁸ Von einem Sektionschef im Bundesministerium für Unterricht Dr. Vogelsang wurde dazu geäußert, dass dieser *„Übergang von der Monarchie zu einer anderen Staatsform mit der Parole von der Diktatur des Proletariats“* als Revolution realisiert worden sei und dies zur *„tragischen Entzweiung des österreichischen Volkes geführt“* habe.⁹⁹ Andererseits meinte jedoch Hugo Hantsch in dieser Debatte hinsichtlich der Wahrnehmung von 1918, dass es *„eine Zeitlang geradezu als ein Vorzug dieser Umwandlung in Österreich hingestellt [wurde], dass sie eben ohne Revolution vor sich gegangen [sei], dass das eben gewissermaßen ein Zeichen von dem Charakter der österreichischen Bevölkerung [sei], dass es solche Umwandlungen auch ohne Revolution und ohne Blutvergießen, ohne Gewalttätigkeiten einer Minderheit durchführen [könne].“*¹⁰⁰ Interessant ist, dass allerdings auch von konservativer Seite die Verbindungen zwischen Monarchie und Republik hervorgehoben wurden und etwa Unterrichtsminister Heinrich Drimmel in diesem Zusammenhang die Monarchie als

⁹⁵ vgl. BERGER WALDENEGG (2003), S. 153. Allgemein über die Staatsbindung der Zeitgeschichtsforschung in ihrer Anfangszeit vgl. HANISCH (2004h).

⁹⁶ HANISCH (2004h), S. 54f. Die Bedeutung der Aufarbeitung der Zeitgeschichte für den Geschichtsunterricht zeigt sich auch im Vorwort von Goldingers Geschichte der Republik Österreich: *„Dringend benötigt wird jedoch ein wissenschaftlich fundierter Grundriss der neuesten Geschichte Österreichs, der als Unterlage für den Unterricht in Zeitgeschichte und als historische Einführung in die gegenwärtige politische und wirtschaftliche Lage Österreichs dienen kann.“* GOLDINGER (1962a), S. 5.

⁹⁷ Die Reichenauer Expertentagung zielte in erster Linie auf die Ausarbeitung eines zeitgeschichtlichen Narrativs für die Schulen, das das Österreichbewusstsein der SchülerInnen fördern sollte, ab. Daher nahmen neben Universitätsprofessoren, Mitarbeitern des Unterrichtsministeriums, Nationalratsabgeordneten auch eine Vielzahl an Lehrbuchverfassern und in der Lehrerbildung tätige Personen teil. (vgl. KOLBABEK (1961a), S. 231–233.) Wie auch bei den späteren Symposien der wissenschaftlichen Kommission zur Ersten Republik nahmen also sehr viele nicht professionelle Historiker teil, eine nach Hanisch allerdings für den *„Synthesetypus der Zeitgeschichte“* in Österreich symptomatische Tatsache. HANISCH (2004h), S. 59.

⁹⁸ vgl. KOLBABEK (1961a), S. 123–134.

⁹⁹ vgl. KOLBABEK (1961a), S. 127f.

¹⁰⁰ vgl. KOLBABEK (1961a), S. 130.

„welch großartige[n] Schatz aus der Vergangenheit“ bezeichnete.¹⁰¹

Dass die Auseinandersetzung um die Bedeutung des Jahres 1918 für die Geschichtswissenschaften von Bedeutung war, macht auch Hanns Haas deutlich. So verweist er in einem Überblicksartikel über die geschichtswissenschaftliche Literatur zur Begründung der Ersten Republik darauf, dass gerade in den Anfangsjahren die Darstellung der Ersten Republik großteils losgelöst von der Monarchie betrachtet worden sei, also auch in den Geschichtswissenschaften oftmals ein Trennungsstrich bei der Analyse beider Epochen gezogen worden sei. Scheinbar taten sich nicht nur die Politiker, sondern auch die Historiker schwer damit, Untergang und Neubeginn zusammenzudenken. Ein Zeichen dafür, welche tiefe Verankerung dieser kontroverse Bruch in der Gesellschaft gehabt hatte. Laut Hanns Haas konnte diese Trennlinie erst in den späten 60er Jahren mit der Überwindung des „Habsburgermythos“ und dem verstärkten wissenschaftlichen Fokus auf die Erste Republik überwunden werden.¹⁰² Ein Prozess, der auch in die gleiche Zeit fiel, wo sich die politische Positionierungen der Parteien hinsichtlich Monarchie und Erster Republik aufzuweichen begannen. Die Funktion dieser Trennung von Monarchie und Erster Republik könnte darin gelegen haben, durch die Betonung der Zäsur der noch politisch verankerten dichotomischen Sichtweise der beiden Abschnitte gerecht zu werden. Andererseits wurde aber auch gerade von Seiten der Vertreter eines Österreichbewusstseins, die dessen Wurzeln schon in der Monarchie suchten, eine Kontinuitätssuche zwischen Erster Republik und Monarchie betrieben, welche sich allerdings auf die positiven Kontinuitäten beschränkte. Gewissermaßen sollten durch diesen Prozess, wie bei Heinrich Drimmel, die Grundlagen für die positiv konnotierten Leistungen der Ersten Republik, wie die Demokratisierung oder die Sozialgesetzgebung, schon in der Monarchie gefunden werden.

Mittlerweile dürften diese unterschiedlichen Herangehensweisen an 1918 allerdings der Vergangenheit angehören, so meint etwa Gerald Stourzh in einem Artikel im Jahre 1991, dass *„die harmonisierenden Kontinuitätstendenzen im Geschichtsbewusstsein der Zweiten Republik eher dazu geführt [hätten], die Bruchlinien von 1918/19 unterzubewerten.“*¹⁰³

Eine bemerkenswerte Diskussion entspannte sich auf der Reichenauer Tagung auch

¹⁰¹ vgl. KOLBABEK (1961a), S. 132.

¹⁰² vgl. HAAS (1974a), S. 191. Ähnlich analysiert auch noch Rudolf Neck 1978 die Problematik der Geschichtswissenschaften hinsichtlich des Jahres 1918 auf dem wissenschaftlichen Symposium zum November 1918, wo er zwei geschichtswissenschaftliche Herangehensweisen an dieses Jahr feststellt. So unterscheidet er zwischen jenen AutorInnen, welche 1918 mit Bezug auf die Vergangenheit (Monarchie) und jenen, welche 1918 mit Bezug auf die „Zukunft“ (Zeit nach 1918) hin untersuchten, wobei er die Zweiten als Vertreter der Zeitgeschichte bezeichnet. vgl. NECK (1986c), S. 14f.

über den Ort der Ersten Republik in den Schulbüchern. So wies Hugo Hantsch darauf hin, dass in den Lehrbüchern die Zeit von 1919 bis 1938 unter dem Gesichtspunkt der beginnenden Formierung eines österreichischen Bewusstseins betont werden sollte,¹⁰⁴ was einen Gegensatz zu ihrer heutigen Charakterisierung als Staat mit fehlendem Nationsbewusstsein darstellte. Ähnlich konträr zu einer vereinfachenden Negativcharakterisierung dieser Epoche verhielt sich auch eine weitere Diskussion, in welcher darauf eingegangen wurde, dass es notwendig sei, die Leistungen der Ersten Republik hervorzuheben *„und nicht mit einer überwiegenden Darstellung der Gegensätze ein einseitiges negatives Bild zu geben“*, wobei in diesem Zusammenhang besonders auf die kulturellen und wissenschaftlichen Leistungen verwiesen wurde.¹⁰⁵ Der Ort der Ersten Republik wurde also in der Diskussion nicht eindeutig negativ festgeschrieben, sondern es wurde auch versucht, unter dem Fokus der Schaffung und Betonung eines gemeinsamen Österreichbewusstseins diesen Abschnitt zu positionieren.

Ein Grund dafür, weshalb sich ein positiver Fokus auf die Erste Republik nicht durchsetzen konnte, kann darin gesehen werden, dass die bestimmende Fragestellung der Zeitgeschichte sich bald darauf weg von Leitthemen wie der Schaffung eines Österreichbewusstseins oder der Koalitionsgeschichtsschreibung, wie Ernst Hanisch meint, hin zur Auseinandersetzung mit der Frage, weshalb die Erste Republik scheiterte und die Zweite so erfolgreich war, entwickelte,¹⁰⁶ wobei die Antwort darauf viel zu oft in einer vereinfachten negativen Darstellung der Ersten und einer zu positiven der Zweiten gefunden wurde.¹⁰⁷ Oder wie Gerhard Botz die Tätigkeit der österreichische Geschichtsschreibung im Vergleich mit der westdeutschen, allerdings mit dem Unterschied der Referenz auf die Zwischenkriegszeit statt dem Nationalsozialismus, ausdrückt:

„Auch in Österreich gründet die Zeitgeschichte als historische Disziplin auf dem Versuch der politisch handelnden Generation der Zweiten Republik mit ihrer eigenen Vergangenheit fertig zu werden und den nachkommenden Generationen ‚Lehren aus der Geschichte‘ zu vermitteln. Auch in Österreich thematisierte die Zeitgeschichte jahrzehntelang überwiegend Probleme, die als Negativbild dem offiziellen politischen Selbstverständnis der Zweiten Republik gegenübergestellt

¹⁰³ STOURZH (1991a), S. 14.

¹⁰⁴ Wobei er sich dabei allerdings danach spezifizierte und die Zeit ab 1932 speziell betonte. vgl. KOLBABEK (1961a), S. 145.

¹⁰⁵ vgl. KOLBABEK (1961a), S. 145.

¹⁰⁶ Interessant, dass gerade von auswärts eine Variation der Fragestellung kam. So schlug der deutsche Zeithistoriker Hans Mommsen vor, nicht nach dem Warum des Endes der Ersten Republik zu fragen, sondern weshalb *„das parlamentarische System bei allen Schwächen in der Ersten Österreichischen Republik überhaupt solange existieren [hat] können.“* (Jedlicka (1973b), S. 44.) Eine Fragestellung, welche für den innerösterreichischen Diskurs ziemlich paradox erscheinen mag, da sie auch von keinem der Geschichtsbilder der beiden Großparteien sinnvoll integriert werden könnte.

¹⁰⁷ vgl. HANISCH (1985a), S. 85f.

wurden.“¹⁰⁸

Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen, war wohl auch einer der Hauptgründe der Initiierung einer Symposiumsreihe zur Auseinandersetzung mit der Zwischenkriegszeit, welche zum ersten Mal am Nationalfeiertag 1972 abgehalten wurde. Vier Jahre zuvor 1968, während der ÖVP-Alleinregierung, wurde noch vom damaligen Unterrichtsminister Piffli-Perčević ein Symposium abgehalten,¹⁰⁹ welches sich unter anderen Gesichtspunkten mit dem Jahr 1918 bzw. der Ersten Republik auseinandersetzte, nämlich nicht unter dem Aspekt der Gründung der Ersten Republik, sondern wie es schon der Titel „Die Auflösung des Habsburgerreiches. Zusammenbruch und Neuorientierung im Donauraum“ hervorhob, unter dem primären Aspekt des Endes des Habsburgerreiches.¹¹⁰ Während 1968 zum Beispiel in der Tschechoslowakei ein Symposium zum 50-jährigen Jahrestag ihrer Gründung stattfinden hätte sollen,¹¹¹ legte das offizielle Österreich seinen wissenschaftlichen Fokus nicht so sehr auf die neugeschaffene Republik, sondern auf den Raum des untergegangenen Habsburgerreiches. Hinsichtlich dieser Bedeutung hat mehrere Jahre später auch Anton Staudinger in einem allgemeinen Artikel zu Jubiläumsfeierlichkeiten, ohne dabei explizit jedoch auf dieses Symposium einzugehen, festgehalten:

„Es sagt vielmehr über das herrschende Geschichtsbild in Österreich (und dessen historischer ‚Zunft‘) etwas aus, ob 50 Jahre nach 1918 in geschichtswissenschaftlichen Veranstaltungen vorrangig das ‚Ende‘, der ‚Untergang‘, die ‚Zerstörung‘ der Habsburger-Monarchie thematisiert erscheint oder ob der Aspekt des Neubeginns nationaler Gesellschaften auf diesem Gebiet im Vordergrund steht.“¹¹²

1972 stand allerdings die Zwischenkriegszeit im Fokus. Schon allein der Titel der wissenschaftlichen Kommission „des Theodor-Körner-Stiftungsfonds und des Leopold-Kunschak-Preises zur Erforschung der österreichischen Geschichte der Jahre 1927 bis 1938“¹¹³ macht die parteipolitische Parität dieser Institution deutlich. Bezeichnend dafür war auch der Rahmen in welchem dieses Konzept von Kreisky entwickelt worden war bzw. eine seiner ersten Erwähnungen gefunden hatte, nämlich im Zusammenhang mit dem großkoalitionären Akt des Februargedenkens 1964.¹¹⁴ Hinsichtlich der Funktion schreibt auch Anton Staudinger, dass es gerade darum gegangen sei, parteipolitisch aufgeladene Positionen in einem gemeinsamen Rahmen „ausgewogen“ zu

¹⁰⁸ BOTZ (1994e), S. 22f.

¹⁰⁹ vgl. Plaschka (1970), S. 9.

¹¹⁰ Dass vom früheren Unterrichtsminister Heinrich Drimmel 1918 im Geleitwort als Katastrophe bezeichnet wurde, war, wenn man etwa seine Rolle in der ÖVP beim Boykott der Feiern 1958 betrachtet, nicht überraschend.

¹¹¹ vgl. HAAS (1974a), S. 190.

¹¹² STAUDINGER (1996), S. 30.

¹¹³ Weiterführend zur wissenschaftlichen Kommission vgl. BOTZ (1990d), S. 64–70.

präsentieren.¹¹⁵ Diese Strategie des Ausgleichs meint er auch in der generellen Begehung der Symposien festzustellen:

„Dass von bislang elf erschienenen Tagungsbänden neun die Referate und Diskussionsbeiträge veröffentlichten, die ein ‚Jubiläum‘ zum Anlass hatten, kann so nicht als Zufall gewertet werden [...]. Denn bei welcher Gelegenheit sonst als bei Jubiläums-Anlässen lassen sich kontrovers zu diskutierende Fragen so leicht auf einen ‚Nenner‘, nämlich den des Jubiläums, bringen – und nicht auf einen (historisch differenzierten) ‚Begriff‘?“¹¹⁶

Dennoch, trotz der auf Ausgewogenheit bedachten Initiierung der Kommission, lieferte die wissenschaftliche Kommission besonders für jüngere HistorikerInnen einen breiten Spielraum, von welchem aus neues Licht auf diese Periode geworfen werden konnten.¹¹⁷ Für diese stand eine geschichtswissenschaftliche Aufarbeitung, abseits vom Zugang der „geteilten Schuld“ bei der Betrachtung der parteipolitisch kontroversiell gesehenen Periode des Austrofaschismus/Ständestaates im Vordergrund.¹¹⁸

Die Untersuchung des Bürgerkriegs und die Frage nach der Schuld am Niedergang der Republik lieferten daher die Grundkoordinaten für die weitere Forschung zur Ersten Republik, in deren Rahmen sich die Zwischenkriegszeit in den folgenden Jahren von einem stiefmütterlichen Umgang¹¹⁹ zu einem primären Forschungsfeld entwickelte.¹²⁰ So stellt der Historiker Robert Hoffmann in einem Überblicksaufsatz zur neueren geschichtswissenschaftlichen Literatur für die österreichische Zwischenkriegszeit (1927-1938) fest:

„Mitunter wächst und verringert sich die Distanz gegenüber bestimmten Phasen

¹¹⁴ vgl. RAMING, Walter: Stimmen und Zitate zum 12. Februar. In: VB 13.2.1964 S. 2.

¹¹⁵ Ernst Hanisch bezeichnet diese überhaupt als „*die reinste Form der Koalitionsgeschichtsschreibung*.“ (HANISCH (1999f), S. 575.) oder auch Gerhard Botz merkt an, dass ihr Grundprinzip „*nicht ein liberal-westliches – hier hätten wohl die ‚Experten‘ überwogen –, sondern das Modell der Sozialpartnerschaft*“ gewesen sei. BOTZ (1990d), S. 67.

¹¹⁶ Und wie er weiter hinsichtlich der Funktion von Kritik im Rahmen dieser Jubiläen ausführt: „*Insoferne aber auch nicht zufällig, weil Jubiläumshistorie, auch wenn und gerade weil bei solchen – und nicht nur bei den eben apostrophierten – Veranstaltungen Kritik an herrschenden Geschichtsbildern eingebracht wurden und werden können, als ein Machtdiskurs wahrnehmbar ist, in welchem These und Antithese zu einem Komplex verbunden werden, in dem Kritik nicht nur wirkungslos wird, sondern auch als Kritik zur Stütze der diskursiven Macht werden kann.*“ (STAUDINGER (1996), S. 32.) Übrigens fand auch das Symposium zu 1918 zu seinem 60-jährigen Jubiläum 1978 statt.

¹¹⁷ vgl. BOTZ (1990d), S. 64–69.

¹¹⁸ Auch wenn Alfred Maleta noch in seiner Rede zum ersten Symposium dazu aufforderte sich doch nicht wissenschaftlich auseinanderzureden. vgl. Jedlicka (1973b), S. 176.

¹¹⁹ vgl. HAAS (1974a), S. 191. Oder auch Ulrich Kluge schreibt hinsichtlich dieses stiefmütterlichen Umgangs: „*Die Rekonstruktion der Geschichte der Ersten Republik [womit unter anderem das Werk von Heinrich Benedikt gemeint worden sein dürften] geschah jedoch auf Kosten einer Grundsatzdiskussion über das Problem der Demokratie in Österreich. Parlamentarisches System (1918-1933), ‚Ständestaat‘ (1934-1938) und der machtpolitische ‚Anschluss‘ des Landes an Hitler-Deutschland boten bis in die frühen 60er Jahre nicht hinreichenden Anlass, um das Interesse an politisch vorbehaltloser Zeitgeschichtsforschung zu wecken und institutionell zu fördern.*“ KLUGE (1984), S. 72.

¹²⁰ Siehe etwa auch die Auswertung der Dissertations- und Diplomarbeitsthemen 1975/81 bei MATTL (1983a), S. 36–41.

der Vergangenheit zur gleichen Zeit. Dieses Phänomen trifft derzeit [1975/76] auf die Geschichte der Ersten Republik zu. Denn einerseits liegt das Forschungsschwergewicht der österreichischen Zeitgeschichtsschreibung seit der Etablierung des Faches Zeitgeschichte an den hiesigen Universitäten vor genau einem Jahrzehnt in diesem Bereich. [...] Andererseits wächst die zeitliche Distanz, der Kreis der politisch aktiven Zeitgenossen ist klein geworden, und damit sind auch die Stimmen der damaligen Kontrahenten zum großen Teil verstummt.“¹²¹

War anfangs der Zeitraum der wissenschaftlichen Symposien noch auf die konfliktträchtige Periode der Ersten Republik von 1927 bis 1938 fokussiert, ein Zeichen auch dafür, dass der restliche Teil der Ersten Republik politisch schon stärker ausverhandelt gewesen war,¹²² so erfolgte dennoch im Laufe der späteren Jahre eine Ausweitung auf den gesamten Zeitraum von 1918 bis 1938. Nicht aber wegen der politischen Brisanz dieser Jahre, sondern wahrscheinlich weil, wie Ludwig Jedlicka meinte, die Frühphase der Ersten Republik noch zu wenig behandelt worden sei.¹²³ 1978 gab es schlussendlich auch ein Symposium zum November 1918, wobei die einleitenden Bemerkungen von Rudolf Neck, beziehend auf Reinhold Lorenz Buchtitel aus der NS-Zeit und damit die negativen Aspekte der Ersten Republik betonend, einen anderen Fokus als die Expertentagung 1960 in Reichenau boten:

„Was ich an dem Buch am treffendsten empfunden habe, war der Titel ‚Der Staat wider Willen‘. Das hat meiner Meinung nach haargenau den Sachverhalt getroffen, vor allem in Bezug auf die Problematik der Entstehung der Ersten Republik. Es ist kein Zufall, dass für eine populärwissenschaftliche Darstellung unserer Tage ein ähnlicher Titel gewählt wurde, nämlich ‚Der Staat, den keiner wollte‘.“¹²⁴

Der Widerspruch auf diese Darstellung blieb nicht ganz aus. Dr. Friedrich Scheu, Journalist und langjähriger Leiter der außenpolitischen Abteilung der „Arbeiterzeitung“,¹²⁵ entgegnete in der Diskussion:

Ich möchte nicht, dass der Eindruck entsteht, dass das Jahr 1918 überwiegend als ein dunkles Ereignis empfunden wurde. Es gibt nämlich eine Gruppe in Österreich, die das nicht so empfunden hat, das waren die österreichischen Sozialdemokraten. Die österreichischen Sozialdemokraten, die zwar nicht allgemein den Staat wollten, das mag schon sein, aber als er gegründet war, hatten sie die Vorstellung, dass eine neue Zeit begonnen hätte, eine friedliche,

¹²¹ HOFFMANN (1975/76), S. 378.

¹²² So verwendete auch Bruno Kreisky in seiner Rede am Symposium schon Hellmut Andics' Formel „vom Staat, den keiner wollte“ und erklärte, dass der 12. November, der Tag der Ausrufung der Republik (ein eigentlich zuvor sozialistisch präferierte Tag, worauf später im Rahmen der Nationalfeiertagsdebatte noch eingegangen werden soll), als Nationalfeiertag nicht geeignet gewesen wäre. (vgl. Jedlicka (1973b), S. 179.) Wenig verwunderlich war es daher, dass Kreisky zuerst für eine zeitliche Beschränkung der Symposien auf die Jahre 1933-38 eintrat, da dies die umstrittenen Jahre für ihn waren. vgl. HOFFMANN (1975/76), S. 379.

¹²³ vgl. JEDLICKA (1973a), S. 14.

¹²⁴ NECK (1986c), S. 13.

¹²⁵ <http://www.univie.ac.at/biografiA/daten/text/bio/scheu-riesz.htm> zuletzt am 26.6.09

internationale, demokratische Zeit.¹²⁶

Eine Linie, die zwar nicht mehr generell die sozialdemokratische Haltung repräsentierte, so griff etwa auch Bruno Kreisky schon häufig auf den rhetorischen Topos vom „Staat, den keiner wollte“ zurück, aber zumindest die Haltung, besonders einer älteren Generation, in der sozialistischen Partei widerspiegelte. Rudolf Neck relativierte daraufhin seine Aussagen ein wenig, womit allerdings auch die Einschätzung rund um den 12. November 1918 in der Diskussion an Bedeutung verlor und auch keine kontroversen Wortmeldungen mehr hervorrief. Der 12. November hatte also weitgehend sein Konfliktpotential eingebüßt und machte Raum für eine Negativinterpretation der ganzen Epoche der Ersten Republik. Der ungarische Historiker Lajos Kerekes hatte dies bereits am ersten Symposium 1973 indirekt ausgedrückt, als er meinte, dass das Ergebnis der emotional geführten Diskussion davon abhängig sei, eine Möglichkeit zu finden, in den Grundproblemen der Ersten Republik auf einen gemeinsamen Nenner zu kommen.¹²⁷ Also nicht eine Debatte über die Leistungen der Ersten Republik, sondern die Suche nach einem Grundkonsens für ihre Probleme sollte entscheidend für die weitere Diskussion zur Ersten Republik sein. Als eine derartige Konsensformel kann auch der rhetorische Topos vom „Staat, den keiner wollte“ verstanden werden.

Gerade mit den wissenschaftlichen Symposien begann also eine vertiefende Auseinandersetzung mit der Ersten Republik, weshalb auch eine weitergehende Analyse der Geschichtsschreibung zur Ersten Republik ab den 70er Jahren in den großen Überblickswerken von Interesse wäre, welche eben nicht mehr so sehr im Spannungsfeld der Politik standen wie die Symposien, um zu untersuchen, welche narrative Funktion der Ersten Republik darin zukam. Trifft die Beschreibung von Ernst Hanisch für die 70er Jahre noch zu, dass die Fragestellungen zur Ersten Republik in erster Linie durch ihr Scheitern und durch den Erfolg der Zweiten Republik definiert wurden und zu einer vereinfachenden negativen Darstellung der Ersten Republik und einer zu positiven der Zweiten Republik führten oder hatte sich hier ein Wandel vollzogen? Aus deutscher Perspektive hält etwa Jan Eckel für die Weimarer Republik bis *„in die Gegenwart der neunziger Jahre hinein“* noch ein ähnliches Phänomen fest, nämlich, dass sich *„die wissenschaftliche Beschäftigung mit der Weimarer Republik in einem wesentlichen Strang als ein Nachdenken über die Möglichkeiten des Scheiterns der Demokratie und damit als stabilisierende Begleitreflexion für das eigene politisch-gesellschaftliche System“* darstelle, wodurch sie *„auf diese Weise von deren*

¹²⁶ Ackerl (1986), S. 188.

¹²⁷ vgl. Jedlicka (1973b), S. 53.

Zerstörung her perspektiviert“ werde.¹²⁸ Also im Rahmen ihrer stabilisierenden Funktion, die Rolle einer Negativschablone einnahm.¹²⁹

Gerade hinsichtlich des Aufbaus der narrativen Struktur, des Plots der geschichtswissenschaftlichen Werke, etwa in den zeitgeschichtlichen Überblickswerken von Ernst Bruckmüller oder Ernst Hanisch,¹³⁰ wäre eine eingehende Analyse spannend, wie sie etwa Jan Eckel für die deutsche Geschichtsschreibung zu Weimar vollzogen hat, wobei er anhand dreier Werke zu dem Schluss kommt, dass die Erzählstrukturen sich einerseits sehr stark auf das Ende hin orientieren, bzw. dieses in ihrer Erzählform schon vorwegnehmen würden.

„Die Dominanz des Endes der Weimarer Republik, die wiederum eng mit der Plotstruktur der Texte zusammenhängt, zeichnet alle drei Gesamtdarstellungen aus, zeigt sich aber in zwei Varianten. Die antizipatorische Struktur, die die Texte von Ermann und Peukert prägt, führt zu einer Darstellung des Endes im Anfang, mit der das Scheitern der Republik bereits in ihrer Entstehungsphase angelegt wird (und zwar, um dies nochmals zu betonen, nicht auf der argumentativen, sondern auf der narrativen Ebene). Bei Winkler hingegen wird die Weimarer Geschichte auf ihr Ende zu erzählt – nicht nur in dem linearen Sinne, in dem dies für jede Erzählung gilt, sondern darüber hinaus auch strukturell, indem das narrative Schwergewicht auf die Endphase entfällt und das vorherige Geschehen tendenziell als Vorlauf erscheint (was in Winklers Buch für die Revolution weniger, für die mittlere Phase in sehr starkem Maße gilt). Eine Kombination von antizipatorischer und finaler Struktur ist zwar prinzipiell denkbar, dennoch spricht einiges dafür, dass hierin die zwei erzählstrukturellen Grundmodelle aller Gesamtdarstellungen zur Weimarer Geschichte vorliegen.“¹³¹

Im Rahmen dieser Arbeit kann allerdings eine derartigen Analyse nicht verwirklicht werden, weshalb versucht wird, über die Verwendung von negativen rhetorischen Topoi sich dem Umgang der Geschichtswissenschaften mit einer eindeutig negativ konnotierten Zuschreibung zur Ersten Republik ab den 70er Jahren zu nähern.

¹²⁸ ECKEL (2007), S. 227.

¹²⁹ Jan Eckel weist in diesem Zusammenhang auch auf die Möglichkeit einer anderen Geschichtsschreibung zur Weimarer Republik hin, so erkennt er in *„einigen Texten der sechziger Jahre eine alternative Aneignungsform“*, bei welchen *„es ausgehend von der Revolution 1918/19 um die Wiederentdeckung eines nicht genutzten demokratischen Potentials ging.“* Oder sieht auch die Möglichkeit durch eine andere Fokussierung, die Weimargeschichte als Vorgeschichte zur Gegenwart anzulegen, indem der *„Abbau traditionalistisch-autoritärer Strukturen in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen, bei der Pluralität von Lebensstilen und kulturellen Ausdrucksformen, bei dem Grad an gesellschaftlicher Modernität und künstlerischer Experimentierfreudigkeit“* stärker betrachtet werde. *„Dadurch würde nämlich eine Traditionslinie konstruiert, an die die westdeutsche Gesellschaft erst in den sechziger oder siebziger Jahren wieder anknüpfte.“* ECKEL (2007), S. 227f.

¹³⁰ vgl. BRUCKMÜLLER (1996b); HANISCH (1994c). oder etwa auch eine Analyse der wissenschaftlichen Herangehensweise in den zentralen Sammelbänden zur Ersten Republik vgl. Weinzierl et al. (1983); Karner (2008); Konrad (2008c)..

¹³¹ ECKEL (2007), S. 226.

c Negative Zuschreibungen in den Geschichtswissenschaften

Auch wenn die Erste Republik in der österreichischen Geschichtsschreibung sehr stark über ihre Probleme thematisiert wurde und wird, gibt es auch genügend Perspektiven, diese Epoche anhand ihrer Errungenschaften in sozialen, kulturellen und wissenschaftlichen Bereichen zu betrachten. Es stellt sich daher die Frage, wie sich die Geschichtswissenschaften mit den Negativzuschreibungen zur Ersten Republik auseinandersetzen. Fanden negative Topoi, wie etwa die Formel vom „Staat, den keiner wollte“, in ihrer Funktion als narrative Engführungen der Ereignisse der Ersten Republik Verwendung oder wurden dieser Formen in erster Linie als unzulässige Verallgemeinerungen der Ersten Republik gesehen, bzw. welche Perspektiven wurden eingenommen um diese Negativzuschreibungen zu dekonstruieren.

Generell kann festgehalten werden, dass das Schlagwort vom „Staat, den keiner wollte“ genauso wie in den allgemeinen Sprachgebrauch auch breiten Eingang in die Geschichtswissenschaften gefunden hat. Exemplarische Titel oder Überschriften in wissenschaftlichen Werken wie „Vom Staat, den keiner wollte, zur Insel der Seligen“,¹³² „Vom Staat, der keiner war, zur Literatur, die keine ist“¹³³ oder die Abwandlung in die Fragestellung „Ein Staat, den keiner wollte?“¹³⁴ zeigen allerdings schon eine vorhandene oftmals ambivalente oder ironische Auseinandersetzung mit diesem Diktum.

Aber auch im herkömmlichen Gebrauch wurde das Schlagwort vielfach verwendet. So bezeichnete zum Beispiel das in der Beck'schen Reihe als Einführungslektüre für die Österreichische Geschichte konzipierte Werk von Karl Vocelka die Erste Republik als „Staat, den keiner wollte“¹³⁵ bzw. auch ein Artikel von Vocelka im populärwissenschaftlichen Magazin „Damals“ trug Andics' Schlagwort als Titel.¹³⁶ Und ebenfalls ein anderes in hoher Auflage erschienenes Überblickswerk verwendete Andics' Formulierung als Synonym für den Beginn der Ersten Republik. So meinte Oliver Rathkolb in „Die paradoxe Republik“:

„Der Satz vom ‚Staat, den keiner wollte‘ drückt diese Zweifel an der wirtschaftlichen und nationalstaatlichen Lebensfähigkeit eines nach dem Zerfall Österreich-Ungarns auf sieben Millionen Einwohner geschrumpften Staatsgebildes präzise aus.“¹³⁷

Überhaupt dürfte die Charakterisierung der Ersten Republik sehr stark auf einer Gegenüberstellung zur Zweiten Republik beruht haben. So meint etwa auch Gerhard

¹³² KOCH (2007a).

¹³³ SCHMIDT-DENGLER (1997a).

¹³⁴ SCHEUCH (2005b).

¹³⁵ vgl. VOCELKA (2005b), S. 97.

¹³⁶ VOCELKA (2005a).

Botz dies analysierend, dass die Zweite Republik gerade im Gegensatz zur Zwischenkriegszeit beschrieben werde, als Periode stabiler parlamentarischer Demokratie, der Sozialpartnerschaft, kaum politischer Gewalt und weniger Streiks, eines hohen Wirtschaftswachstums, keiner abrupten gesellschaftlichen Veränderungen und eines gefestigten Österreichbewusstseins.¹³⁸ Gegenüberstellung, welche sehr stark auf das Feld der Politik und Wirtschaft fokussiert war, prägte auch relativ stark den politikwissenschaftlichen Diskurs rund um die Erste Republik mit. So betitelte etwa Wolfgang Mantl im ersten großen Sammelband zur Politik in Österreich diesen Abschnitt als „*Die Erste Republik als Kontrastbild*“.¹³⁹ Oder auch Rainer Nick und Anton Pelinka hielten in ihrem Werk zum Vergleich des politischen Systems Österreichs in der Ersten und Zweiten Republik fest, dass zwischen „*legitimistisch getönter Nostalgie*“ und Anschlusswunsch „*die 1. Republik nichts anderes sein [konnte] als ein ‚Staat, den keiner wolle‘*, “ während Österreich nach 1945 als „*Staat, den (fast) jeder wollte*“ charakterisiert wurde.¹⁴⁰

Gerade diese Form der Gegenüberstellung, ausgedrückt durch die Termini Erste und Zweite Republik, basierte überhaupt auf einer Konstruktionsleistung, welche eine Differenz zwischen den beiden Republiken bildete, aber andererseits zugleich eine gewisse Form von Kontinuität zwischen den beiden Republiken herstellte, welche eine Externalisierung der Zeit des Nationalsozialismus erlaubte. Hinsichtlich dieser Konstruktion von Differenz und Kontinuität schreibt etwa auch der Wiener Zeithistoriker Gerhard Jagschitz, dass dies nach einer juristischen Definition, die etwa in Frankreich für die Nummerierung der Republiken herangezogen wurde,¹⁴¹ entweder die Erste oder Dritte Republik sein müsste, da es 1945 – nach der Maiverfassung von 1934 – wieder eine Rückkehr zur Verfassung von 1920/29 gegeben habe. Laut ihm würde daher der Begriff „Zweite Republik“ von HistorikerInnen „*uneingeschränkt als Gegensatz zur ‚Ersten Republik‘ von 1918 – 1938 [verwendet]*“ und diese würden „*damit zwei unterschiedliche politische Realsysteme – unter Ausklammerung der nationalsozialistischen Zeit von 1938-1945 – einander*“ gegenüberstellen.¹⁴² Eine Namensgebung die umso bemerkenswerter ist, da man 1945 noch nicht davon

¹³⁷ RATHKOLB (2005a), S. 19; ähnlich auch NEUGEBAUER (1987), S. 44.

¹³⁸ vgl. BOTZ (1987c), S. 369f.

¹³⁹ MANTL (1992).

¹⁴⁰ NICK (1984), S. 16ff.

¹⁴¹ Eine Unterscheidung zwischen Erster und Zweiter Republik, welche auch nicht eine verfassungsmäßige Veränderung betonte, sondern auf einem erhofften Wandel der politischen Kultur abzielte, geschah etwa ebenfalls 1992 in Italien. (GRASSE (2005), S. 27.) Überhaupt wäre es interessant zu betrachten, welche Funktion die Nummerierung der Republiken im internationalen Vergleich einnimmt, wie also hier zu welchem Zweck Differenz und Kontinuität gebildet wird. (für Österreich hinsichtlich des Terminus „Dritte Republik“ (vgl. PANAGL et al. (2007), S. 107f.) und hinsichtlich des Terminus „Zweite Republik“ vgl. das Kapitel Exkurs: Der Terminus „Zweite Republik“)

¹⁴² JAGSCHITZ (2006), S. 367.

ausgehen konnte, dass die Zweite Republik realpolitisch anders verlaufen würde. Insofern hat Wolfgang Kos recht, wenn er von einem genialen „*Marketing-Coup*“ spricht, die Zweite von der Ersten Republik abzugrenzen.¹⁴³ Gerade der Prozess der Entwicklung und Implementierung des Begriffs der „Zweiten Republik“ wäre daher von Interesse, auf welchem später noch kurz eingegangen wird.¹⁴⁴

Doch auch einer der großen Sammelbände zum 90. Jahrestag der Republik Österreich spielte mit der pointiert negativen Charakterisierung der Ersten Republik und trug den Titel „... der Rest ist Österreich“. Ein angebliches Zitat des französischen Premierministers Georges Clemenceau, welches als negative Charakterisierung für Österreich nach 1918 verwendet wurde und in punkto Verbreitung und Bekanntheit auch als eines der zentralen negativen rhetorischen Topoi zur Ersten Republik gelten kann.¹⁴⁵ So wurde etwa auch die im Parlament gezeigte „Republik.Ausstellung 1918|2008“ nach ihrem Transfer ins Nordico, das Museum der Stadt Linz, unter dem Titel „Der Rest ist Österreich. Die Geschichte der Republik“ präsentiert.¹⁴⁶ Gerade beim erwähnten Sammelband erschien es jedoch erstaunlich, dass in der Titelgebung ein Rückgriff auf diese negative Formel erfolgte, da die Herausgeber eigentlich das Ziel verfolgten, die Negativdarstellung der Ersten Republik differenzierter zu betrachten, um der *„konstitutiven Ambivalenz eines jungen Staates gerecht zu werden.“*¹⁴⁷

Interessant hinsichtlich dieser Titelgebung ist auch, dass sich im zeitgleich erschienenen Sammelband zur Parlamentsausstellung ein Artikel damit auseinandersetzte, ob das Zitat, „... der Rest ist Österreich“ überhaupt von Georges Clemenceau stamme, bzw. nicht erst im Laufe der Zeit konstruiert worden sei,¹⁴⁸ spielt die Autorschaft bei dieser Phrase doch eine wichtige Rolle. So sollte dieser rhetorische Topos nämlich die zynische Haltung des französischen Premierministers in Bezug auf Österreich und seine Ablehnung diesem gegenüber deutlich machen. Manfred Zollinger, der Autor dieses Artikels, hat allerdings nachgewiesen, dass es keine Belege dafür gäbe, dass diese sprachliche Formel tatsächlich von Georges Clemenceau

¹⁴³ vgl. Kos (1996b), S. 10.

¹⁴⁴ vgl. das Kapitel Exkurs: Der Terminus „Zweite Republik“

¹⁴⁵ vgl. etwa ZOLLINGER (2008), S. 623ff.

¹⁴⁶ http://www.nordico.at/de/64_183.htm zuletzt am 05.04.2010

¹⁴⁷ Konrad (2008c), S. 14. Dass sie mit diesem Rückgriff allerdings nicht alleine dastanden, zeigte sich auch bei der Ausstellung zum Staatsjubiläum 2005 im Oberen Belvedere. Ulrike Felber charakterisiert dabei die Darstellung des Jahres 1918, des „Umbruches“ von Monarchie zu Republik folgendermaßen: *„Auch die Diashow auf der Fahnenspur zeigte in erster Linie das militärische Scheitern der Monarchie. Die sozialen Bewegungen des Jahres 1918, die politischen Ursachen der Krise und des Zerfalls der Monarchie wurden nicht erwähnt. Wie sich die ‚Neuordnung‘ gestaltete, wie und warum es zur Gründung der Republik kam, war hier kein Thema. Auffällig vage und inhaltsarm blieb die Textinformation zu dieser Sequenz der Ausstellung. Sie begann mit: ‚Lange war vom unvermeidlichen Krieg gesprochen worden. 1914 wurde er entfesselt.‘ Sie endete mit der Feststellung: ‚Der Rest war Österreich.‘“* FELBER (2005), S. 16f.

stammen würde, sondern ihm wahrscheinlich erst von österreichischen Historikern Ende der 30er Jahre in den Mund gelegt wurde, um die „zynische Politik“ Georges Clemenceaus gegenüber Österreich zu verurteilen und eine „erste Opferrolle“ Österreichs zu konstruieren.

„In unserem Fall belegt der Wildwuchs der dem französischen Politiker zugeschriebenen Worte zumindest einen sorglosen Umgang mit einem historischen Konstrukt. Dass es sich dabei um ein Machwerk [gemeint ist damit der rhetorische Topos] zu eindeutigen politischen Zwecken handelt, wiegt umso schwerer, als mit seiner Perpetuierung eine erste Opferrolle Österreichs konstruiert und transportiert wird.“¹⁴⁹

Von einem ähnlichen Wildwuchs mit einem historischen Konstrukt kann man auch bei Andics' Buchtitel sprechen. Bemerkenswert ist, dass hier einer der ersten Widersprüche von wissenschaftlicher Seite von einem Exilösterreicher, nämlich vom österreichisch-französischen Historiker Felix Kreissler kam. So spricht etwa Helmut Konrad davon, dass Emigranten, welche in linkssozialistisch-kommunistischen Kreisen verwurzelt gewesen waren, eine wichtige Rolle auch in den ersten Jahren der Zeitgeschichtsforschung zukam.¹⁵⁰ Vielleicht lässt sich gerade auch aus diesem politischen Background Felix Kreisslers erklären, warum für ihn das Zurechtrücken des Bildes der Ersten Republik von so großer Bedeutung war, was sich in einer wiederkehrenden Auseinandersetzung mit diesem rhetorischen Topos manifestierte.¹⁵¹ So warf er Andics überhaupt vor, dass sein Buch *„mit demselben Geist des Skeptizismus gegenüber dem Lebensrecht und der Lebensfähigkeit Österreichs durchtränkt [sei], von dem auch die führenden Politiker der Ersten Republik erfüllt [gewesen seien].“*¹⁵² Felix Kreissler selbst hingegen beschrieb das Jahr 1918 in zweifacher Hinsicht, unter dem *„Zerfall und der Geburt Österreichs“*, stellte also dem Ende der Monarchie gleichzeitig die Geburt der Republik Österreich gegenüber.

Außer von Felix Kreissler kam noch aus einer zweiten Richtung direkte Kritik an der Formel vom „Staat, den keiner wollte“. In einem von der KPÖ herausgegebenen Heft zum November 1918 widersprach der Historiker Hans Hautmann den oftmals verwendeten Klischeedarstellungen von 1918 als Katastrophe und auch dem *„herumgeisternden Schlagwort vom ‚Staat, den keiner wollte‘“*. Im Gegensatz dazu betonte er das die Arbeiterschaft verbindende *„antimonarchische, antifeudale,*

¹⁴⁸ vgl. ZOLLINGER (2008).

¹⁴⁹ ZOLLINGER (2008), S. 632. Deutlich macht diese Analyse Manfred Zollingers etwa auch ein Zitat aus Hugo Portischs Ö I vgl. Fußnote 183.

¹⁵⁰ vgl. KONRAD (1985a), S. 129f.

¹⁵¹ vgl. KREISSLER (1998d), S. 153f; KREISSLER (1970a), S. 29; KREISSLER (1984b), S. 538. oder in abgeänderter Form KREISSLER (1994c), S. 514.

¹⁵² KREISSLER (1970a), S. 309. Wobei diese Analyse wahrscheinlich etwas übertrieben war, kam Hellmut Andics doch eine zentrale Rolle durch seine Fernsehdokumentationen und Bücher bei der Konstituierung des Österreichbewusstseins in den 60er Jahren zu.

antibrigkeitsstaatliche, republikanische, demokratische Prinzip“ und die Hoffnung, welche der Umbruch 1918 hervorgerufen hatte.¹⁵³ Inwiefern sich darin gerade auch ein Wandel innerhalb der Positionen der KPÖ manifestierte, für welche 1918 in den ersten Nachkriegsjahrzehnten eine von der Sozialdemokratie verratene Revolution darstellte, wird in den nächsten Kapiteln deutlich werden.¹⁵⁴

Danach fand erst ab den 90er Jahren auch innerhalb der österreichischen Zeitgeschichte eine breitere Hinterfragung des Negativimages der Ersten Republik statt.¹⁵⁵ So wurde in „Inszenierungen. Stichwörter zu Österreich“ auf den Widerspruch der zahlreichen Kontinuitäten zwischen Erster und Zweiter Republik und der sich im Laufe der Zeit festgesetzten negativen Zuschreibung als „Staat, den keiner wollte“ hingewiesen, wobei die AutorInnen die Bedeutung dieses Schlagwortes aus den Gründungsproblemen der Republik heraus erklärten.¹⁵⁶ Auch im Wörterbuch der politischen Sprache wurde *„das Geschichtsbild der Jahre 1918-1933, welches durch eine Reihe von weitgehend konsensuellen Argumenten geprägt [sei]“*¹⁵⁷ und dessen negative Festschreibung kritisch hinterfragt. Hier wurde die Bedeutung von Andics' Formel allerdings aus der Perspektive des März 1938, also unter dem Gesichtspunkt des Jubels am Heldenplatz verstanden. Hieraus wird schon deutlich, dass dieser rhetorische Topos breit interpretiert werden konnte. Auch wenn er meist auf die Entstehung des Staates 1918 gerichtet war, konnte darunter praktisch die ganze Zeit der Ersten Republik summiert werden.

Wolfgang Kos hingegen kritisierte in seinem Vorwort zu „Inventur 45/55“ die Dichotomisierung zwischen Erster und Zweiter Republik, wobei er den genialen Marketing-Coup, *„der Republik die Nummer 2 zu geben und damit zur Vergangenheit hin abzuzäunen“*, betonte, eine ungerechte Interpretation seiner Ansicht nach:

„Ich selber (Jahrgang 1949) muss ein Kuriosum meiner Wahrnehmung konstatieren: lange lebte ich im Bewusstsein einer Symmetrie [sic!] zwischen Österreich 1 (‚missglückt‘) und Österreich 2 (‚geglückt‘), bis ich merkte, wie kurz und unstet die Zwischenkriegszeit im Vergleich zum 50jährigen Frieden nach

¹⁵³ vgl. HAUTMANN (1988), S. 12.

¹⁵⁴ Vielleicht stellte die Erste Republik durch ihre großkoalitionäre Negativbesetzung für die KPÖ aber auch gerade eine Möglichkeit dar, einen „geschichtspolitischen Freiraum“ (die positive Konnotation dieser Epoche) durch eine gewisse Umformulierung ihrer Narrative zu besetzen, etwa auch im damit verknüpften Narrativ „Immer für Österreich“ der KPÖ der 80er Jahre als Gegensatz zur Formel vom „Staat, den keiner wollte“.

¹⁵⁵ Abgesehen von einem nicht breit rezensierten Artikel Anton Kleins in der Zeitschrift „Österreich in Geschichte und Literatur“, der der Frage nachging, ob die Erste Republik tatsächlich der „Staat wider Willen“ war und im Zusammenhang mit der Diskussion dieser Frage ebenfalls die Leistungen der Ersten Republik ihren Problemen gegenüberstellte. vgl. KLEIN (1967).

¹⁵⁶ vgl. BREUSS et al. (1995), S. 258.

¹⁵⁷ vgl. PANAGL et al. (2007), S. 121.

1945 de facto gewesen ist. Passt man die Erste Republik in die Zweite ein, so wäre das demokratische Intermezzo schon 1960 zu Ende gewesen, also zu einem Zeitpunkt, zu dem sich die paternalistische ‚Erziehungs-Demokratie‘ der Wiederaufbaujahre langsam zu öffnen begann.“¹⁵⁸

Am ausführlichsten mit der negativen Zuschreibung der Ersten Republik und dem Klischee vom „Staat, den keiner wollte“ und deren Positionierung und Funktion im Dispositiv der Geschichtserzählungen, setzte sich Heidemarie Uhl in ihrer Dissertation zur Darstellung des „Anschlusses“ auseinander, wobei sie Andics’ Schlagwort primär aus der Perspektive des Anschlusswunsches von 1918 heraus interpretierte (und nicht aus der Ablehnung der Republik oder aus dem Nachtrauern an das k.u.k. Großreich). Für sie repräsentierte das Schlagwort, daher neben seinem „*Beitrag zur Aufarbeitung eines verdrängten Aspektes*“ (der Anschluss-Idee in allen politischen Lagern), ein Narrativ, welches die Wurzel des „Anschlusses“ schon 1918 suchte und diese kausal mit dem Jahr 1938 verband. Der „Anschluss“ also als eine, in den durch die Pariser Vorortverträge festgelegten Rahmenbedingungen bereits grundgelegte Entwicklung. Wobei sie durch die Analyse der Zeitungskommentare zur Feststellung kam, dass diese Auslegung von 1918/19 (Anschlussbestrebungen, Friedensverträge) als Wurzel von 1938 gerade einen Teil des Geschichtsbildes des dritten Lagers darstelle.

Neben dem in diesem rhetorischen Topos inkludierten deterministischen, die Schuld nach außen abschiebenden Narrativ barg dieser für Heidemarie Uhl allerdings auch noch andere Problematiken. So würden dadurch nämlich einerseits die Leistungen der Ersten Republik in den Hintergrund gedrängt und andererseits könnte in der Schwarzfärbung der Ersten Republik eine mögliche Ursache für das unreflektierte, positive Gegenbild der Habsburgermonarchie gesehen werden.¹⁵⁹ Ein Wechselspiel, auf das später noch genauer eingegangen wird.

Neben diesen kritischen Auseinandersetzungen aus meist erinnerungsgeschichtlicher Perspektive wurde auch von anderer Seite nicht bloß das Negativbild der Ersten Republik weiter rezipiert. Nämlich von jenen AutorInnen, welche abseits vom Politischen, die Leistungen der Ersten Republik im sozialen, kulturellen oder wissenschaftlichen Feld betrachteten. Besonders eindrücklich charakterisierte dabei Joachim Riedl im Ausstellungskatalog zu „Wien. Stadt der Juden“ das Bild der Ersten Republik:

“Es hat sich retrospektiv die Betrachtungsweise eingebürgert, die Zeit der Ersten Republik als eine überlebensverzagte und hoffnungslose Zeitspanne anzusehen, eine Epoche, die ihrem Untergang bereits geweiht war, bevor sie überhaupt noch richtig begonnen hatte. So als hätte zwischen den beiden Weltkriegen das millionenfache Sterben nur für eine kurze Verschneupause innegehalten und die

¹⁵⁸ Kos (1996b), S. 9f.

¹⁵⁹ vgl. UHL (1992a), S. 52–60.

Menschen hätten sich im Wartesaal der heraufdräuenden Katastrophe nahezu paralysiert in das Unausweichliche gefügt, nämlich von den magischen Kräften geschichtlicher Zwangsläufigkeiten von einer Schlachtbank zur nächsten geschleift zu werden. Dies ist natürlich eine gänzlich ahistorische Sicht, die einem historischen Determinismus huldigt, der einzig dazu dient, jene nachträglich noch aus der Verantwortung nehmen zu können, die damals das Schlittern in die Katastrophe und den Abstieg in die Barbarei zu verantworten hatten.“¹⁶⁰

Doch nicht nur in dieser Feststellung Joachim Riedls, auch in anderen Arbeiten zu Bereichen der Kultur offenbaren schon die Titel eine andere Herangehensweise wie etwa „Verkannte Größe“,¹⁶¹ „Aufbruch und Untergang“¹⁶² oder der Katalog zur Ausstellung über die Arbeiterkultur der Ersten Republik „Mit uns zieht die neue Zeit“, in welchem besonders die Aufbruchstimmung im Vorwort betont wurde.¹⁶³

Interessant gerade hinsichtlich der hegemonialen Stellung eines negativ konnotierten Narrativs zur Ersten Republik ist auch Franz Kadrnoskas Klage in seinem Werk zur Kultur der Ersten Republik „Aufbruch und Untergang“. So kritisierte er, dass die negative Herangehensweise an diese Zeit oftmals auch die kulturellen und sozialen Errungenschaften in den Hintergrund habe treten lassen¹⁶⁴ oder wie es Wendelin Schmidt-Dengler anhand der Literaturgeschichtsschreibung meinte, diese generell übersehen worden sei:

„Die Literaturgeschichtsschreibung vollzieht mit diesem Staat, den keiner wollte, das, was ihm in der Realpolitik widerfuhr, nur mit noch größerer Konsequenz: indem sie ihn gar nicht zur Kenntnis nimmt und so vor seinen tatsächlichen Ende liquidiert zu haben scheint. An der untergehenden Habsburgermonarchie lässt sich nicht vorbeigehen, dem Österreich der Zweiten Republik wird zumindest Respekt entgegengebracht, die Epoche zwischen 1918 und 1938 indes wird eskamotiert, obwohl sie für die historische Identität der österreichischen Autoren ebenso konstruktiv wurde wie die vorangehende und zugleich auch als Voraussetzung für die Zeit nach 1945 unentbehrlich ist.“¹⁶⁵

Die Negativcharakterisierung der Ersten Republik dominierte scheinbar so stark, dass sie teilweise selbst die positiven Leistungen auf anderen Gebieten ausblendete. So zeigte sich etwa in Franz Kadrnoskas Aussage ein Charakteristikum, das für den Fokus der Geschichtsschreibung auf diese Periode zu Beginn der 80er Jahre noch bestimmend gewesen sein dürfte. Hinsichtlich des Ausblendens der Kulturgeschichte konstatierte nämlich etwa auch Alfred Pfoser 1977 in einem Artikel zur Kulturgeschichte der Ersten Republik, dass im Zeitgeschichtsunterricht eine fast eine völlige Absenz dieser herrschen würde, mit der Begründung, dass man

„zu sehr [...] unter dem Eindruck der zerfallenen Reiche und neu gegründeten

¹⁶⁰ RIEDL et al. (2004), S. 12.

¹⁶¹ POTT (1990).

¹⁶² KADRNOŠKA (1981).

¹⁶³ Maimann et al. (1981), S. 7.

¹⁶⁴ vgl. KADRNOŠKA (1981), S. 14.

¹⁶⁵ Schmidt-Dengler (2002b), S. 14.

Staaten, der Staatsverhandlungen und großen Kriege [stehen würde], um daneben noch den ungeheuren sozialen und kulturellen Umwälzungen des 20. Jahrhunderts einen Platz einzuräumen.“¹⁶⁶

Gerade in der lange dominierenden Fokussierung der Geschichtswissenschaften auf politische Prozesse kann also auch eine Ursache liegen, weshalb sich das Diktum vom „Staat, den keiner wollte“ so leicht durchsetzen konnte, repräsentiert es doch am deutlichsten eine politische Geschichtsschreibung, welche die Leistungen auf sozialem, wissenschaftlichem oder kulturellem Gebiet ausklammert.

d Populärwissenschaftliche Darstellungsformen

Wechselt man den Blick weg von der historiographischen Darstellung hin zur populärwissenschaftlichen Repräsentation, stellt sich die Frage, wie in dieser Hellmut Andics' Formel verortet ist. Gerade wenn man populärwissenschaftliche Werke nämlich als eine Schnittstelle zwischen Geschichtswissenschaften und Öffentlichkeit, welche wissenschaftliche Erkenntnisse in unterschiedlicher Qualität und Form für eine breitere Öffentlichkeit aufbereiten und verdichten, sieht, stellen diese einen wichtigen Übergangsbereich zwischen Historiographie und öffentlicher Perzeption von Geschichte dar. Geht man davon aus, dass populärwissenschaftliche Werke für breitere Bevölkerungsschichten geschrieben werden, stellt sich die Frage, in welcher Form hier das Bild der Ersten Republik gezeichnet wird, um damit gewissermaßen den Rahmen abzustecken, wie sich diese für den historisch interessierten LeserInnen offenbart. Zeichnet sich diese generell durch ähnlich negative Charakterisierungen aus oder wurde ein anderer Zugang gewählt?

Diese Frage lässt sich anhand der Titelgebung der einzelnen Werke, die gerade wegen ihres Schlagwortcharakters als Kategorie der Untersuchung aufschlussreich sind, relativ einfach beantworten. Andics' Formulierung sticht daraus nicht besonders hervor. Die populärwissenschaftliche Literatur zur Zwischenkriegszeit ist generell durch eine durchwegs pointiert negative Titelgebung geprägt. Es stellt sich dabei allerdings die Frage, ob nicht gerade Hellmut Andics' Buchtitel für den populärwissenschaftlichen Markt schon so bestimmend geworden ist, dass eine negative Charakterisierung schon fast verpflichtend erscheint,¹⁶⁷ stellte doch sein Werk auch das „*erste populäre Geschichtsbuch*“ für diesen Abschnitt der österreichischen Geschichte dar.¹⁶⁸

So wurde es etwa als ein „Staat ohne Nation, eine Republik ohne Republikaner“, wie etwa ein wissenschaftliches Werk zur Ersten Republik von Ernst Hoor 1966 hieß,

¹⁶⁶ PFOSE (1977/78), S. 372.

¹⁶⁷ Am wenigsten wertend war 1983 noch Manfred Jochums „Die Erste Republik in Dokumenten und Bildern“, wobei das erste Kapitel allerdings auch die rhetorische Frage „*Die Republik – aber wer will sie?*“ trug.

bezeichnet oder im Jubiläumsjahr 1988 von Gottfried Heindl als „Die Republik auf Widerruf“ oder von Walter B. Simon als „Die verirrte Erste Republik“. 1990 näherte sich wohl Friedrich Weissensteiner sinngemäß am stärksten an Andics an mit dem Titel „Der ungeliebte Staat“ an und auch noch 2006 fasste sie Günther Steinbach unter „Kanzler, Krisen, Katastrophen“ zusammen.

Am stärksten politisch geprägt dürfte aber wohl der Untertitel der „Österreich-Trilogie“, nämlich „Die ungewollte Republik“ des ehemaligen Unterrichtsministers Heinrich Drimmel gewesen sein. Gerade die Wahl des Terminus Republik – im Gegensatz zum Terminus Staat – symbolisierte die konträr zu Andics gelagerte Haltung des Autors.¹⁶⁹ Stand doch eindeutig die Staatsform im Mittelpunkt der Kritik, welche jedoch von sozialdemokratischer Seite stets außer Zweifel gestellt worden war. Dies wurde auch im Plot von Drimmels Buch deutlich. Einer positiven Charakterisierung von Kaiser Karl – also der Monarchie – stellte er die negative tumultartige Darstellung des Übergangs zur Republik gegenüber. Vielleicht zufällig, aber auf jeden Fall bezeichnend ist auch die Auslassung des 12. November 1918 in der abschließenden Zeittafel.¹⁷⁰

Die Perspektive Heinrich Drimmels die Negativcharakterisierung im Buchtitel nicht auf den Staat an sich, sondern auf die Republik zu legen, dürfte wohl auch damit im Zusammenhang gestanden haben, die ablehnende Haltung der Christlichsozialen Partei gegenüber der Republik zu generalisieren, um die Ablehnung der Republik von Christlichsozialer Seite als „natürliche“ Reaktion unter den damaligen Zeitumständen darzustellen.¹⁷¹ Insofern kann man wohl in diesem Zusammenhang auch von „*semantischen Operationen, die hegemonialen Mehrwert bringen*“ sollen, wie es Siegfried Mattl in einem anderen Kontext nennt, sprechen¹⁷² oder wie es Oswald

¹⁶⁸ vgl. <http://www.zeit.de/online/2008/13/kolumne-perger> zuletzt am 15.08.09

¹⁶⁹ Vielleicht nahm Heinrich Drimmel mit die „ungewollte Republik“ nicht auf Andics' Schlagwort Bezug, sondern auf die Weimarer Republik. So lautet nämlich ein Überkapitel eines Buches von Heinrich Lutz (LUTZ (1963).), einem an der Universität Wien lehrenden, auch fest im katholischen Milieu verankerten Geschichtsprofessors (von ARETIN (1987).), das sich mit dem Weg der deutschen Katholiken vom Kaiserreich in die Republik beschäftigte, der „*Eintritt in die ungewollte Republik*“.

¹⁷⁰ vgl. DRIMMEL (1985c), S. 425.

¹⁷¹ Ähnlich wie zum Beispiel auch Ernst Hoor in seinem Buch „Österreich 1918 -1938“ zur Stärkung dieser allgemein negativen Perspektive hinsichtlich der Ablehnung der Republik anführte: „*Und eine Woche später wurde in einem Leitartikel des gleichen Organs [„Arbeiterzeitung“] Österreich, als eine ‚Republik ohne Republikaner‘ bezeichnet, wozu der Historiograph der österreichischen Sozialdemokratie, Ludwig Brügel, bemerkt: ‚Deutsch-Österreich war wirklich eine Republik ohne Republikaner.‘*“ Um damit eben zu zeigen, dass „*die Republik Deutsch-Österreich das Produkt eines unter Druck zustande gekommenen Gesetzes und nicht des Volkswillens war.*“ (HOOR (1966), S. 90.) In dieser Negativcharakterisierung der Ausrufung der Republik zitierte er allerdings nicht Ludwig Brügels nächsten Satz, mit welchem er diese Negativzuschreibung konkretisierte: „*Die einzigen Republikaner waren die Arbeiter.*“ (BRÜGEL (1925), S. 388.) Mit diesen verallgemeinernden Rekurrierungen auf ein fehlendes Republikbewusstsein dürfte also versucht worden sein, die insbesondere konservative Ablehnung der Staatsform der Republik als eine allgemeine Haltung dieser Periode darzustellen.

¹⁷² MATTL (2007d), S. 225.

Panagl in seinem Vorwort zum „Wörterbuch der politischen Sprache in Österreich“ ausdrückt:

„Wo Öffentlichkeit im Spiel ist, aber nicht nur dort, geht es oft um die treffende Formulierung, um das richtige Wort. Sprache kann da auch Macht bedeuten.“¹⁷³

Heinrich Drimmels Werke erfuhren aber nicht nur wohlwollende Rezeptionen, sondern wurden gerade von geschichtswissenschaftlicher Seite stark kritisiert. Die Kritik an seinem letzten Buch „Vom Anschluss zum Krieg“ bezog sich etwa auch auf sein Gesamtwerk:

„Der frühere ÖVP-Unterrichtsminister und langjährige Vizebürgermeister Wiens setzt mit diesem Buch seine nun schon vielbändige Serie zur Geschichte dieses Jahrhunderts fort, leider ohne die wissenschaftliche Kritik an seinen vorangegangenen Arbeiten im mindesten zur Kenntnis zu nehmen. [...] Der sich in den früheren Bänden offensichtlich kommerziell als erfolgreich erwiesene Topos bleibt gleich: subjektive, phasenweise peinlich voreingenommenen (‚Tschechei‘), sprachlich unbekümmerte (so z. B.: 36), jedenfalls nicht überprüfbare und sachlich allzu oft falsche Behauptungen werden aneinandergereiht und ergeben insgesamt ein verdrehtes, die Ergebnisse der modernen Geschichtswissenschaft geradezu systematisch ignorierendes Bild eines an sich ungemein komplexen Abschnitts der Weltgeschichte. Die in Quellen- und Literaturanhang aufgelisteten Grundlagen verraten eigentlich hinlänglich die oberflächliche Beschäftigung mit Selbsterlebtem. Der Darstellung sind auch insgesamt keine neuen Einsichten abzugewinnen. Diese Art von Pensionsbeschäftigung ausgedienter Spitzenpolitiker läuft jeder wissenschaftlich-bemühten Aufklärungsarbeit zuwider.“¹⁷⁴

Neben diesen Negativcharakterisierungen zur Ersten Republik, lässt sich, analog auch zur Argumentation in der wissenschaftlichen Literatur, ein anderer genereller Aspekt hinsichtlich der Titelgebung von Büchern oder Aufsätzen feststellen. Die negative Auseinandersetzung mit der Ersten Republik diente teils auch als Basis für eine positive Beschreibung der Zweiten. Titel wie „Vom Staat, den keiner wollte, zur Insel der Seligen“,¹⁷⁵ „Vom Staat wider Willen zum Staat, den wir wollen“,¹⁷⁶ „Im Kontrast zum Staat, den keiner wollte“,¹⁷⁷ „Vom ‚Staat, den keiner wollte‘ zur österreichischen Nation“¹⁷⁸, „Österreich vom ‚Staat wider Willen‘ zur österreichischen Nation“,¹⁷⁹ „Der Staat, den alle wollten“¹⁸⁰ oder „Die Republik, die jeder wollte“¹⁸¹ deuteten schon eine weitere Funktion der Redewendung vom „Staat, den keiner wollte“ an. Die Verwendung

¹⁷³ PANAGL et al. (2007), S. 9.

¹⁷⁴ BEER, Siegfried; Heinrich Drimmel: Vom Anschluss zum Krieg. In: Das historisch-politische Buch Jg. 38/1990 S. 247f.

¹⁷⁵ Koch (2007b).

¹⁷⁶ Adler et al. (1968).

¹⁷⁷ LESER (1975).

¹⁷⁸ SCHEUCH (2000a).

¹⁷⁹ RUMPLER (1983).

¹⁸⁰ Bock et al. (1985a).

¹⁸¹ ANDICS (1995b).

des rhetorischen Topos als Gegenüberstellung von Erster und Zweiter Republik, um die Leistungen der Zweiten umso mehr hervorzuheben.

Auffallend ist allerdings eine Titelgebung im populärwissenschaftlichen Feld, welche etwas aus der Reihe tanzt. So wählte der „Geschichte(n)erzähler Österreichs“ Hugo Portisch, welcher selbst ein Lieferant plakativer Bilder und Narrative ist, konträr zu den sonstigen populärwissenschaftlichen Werken, den Titel „Die unterschätzte Republik“ für seinen Band zu Österreich I. Damit auch kein Zweifel an der Interpretation aufkam, merkte er im Vorwort an:

„Und wir haben etwas gelernt, was wir zu Beginn unserer Arbeit nicht für möglich gehalten hätten, nämlich dieses [...] Österreich zu lieben.“¹⁸²

Die Umsetzung von Österreich I lief allerdings in eine andere Richtung. So kommt Siegfried Göllner in seiner Diplomarbeit zu Österreich I und II, welche auf einer quantitativen und qualitativen Auswertung der Inhalte der Sendungen beruht,¹⁸³ zu dem Schluss, dass *„die Erste Republik in Ö I+II vor allem der ‚Staat, den keiner wollte‘ [sei]“*. Vielleicht liegt aber auch in Friedrich Stadlers Analyse dieser Sendereihe eine mögliche Antwort für dieses Auseinanderklaffen zwischen Eigendefinition und Fremdauffassung von Österreich I.

„Auch die 1987 angelaufene Serie Österreich I zur Entstehung und Zerstörung der Ersten Republik balanciert – im Diskurs vorherrschender Koalitionsgeschichtsschreibung – mit der These von der geteilten Schuld und der konventionellen Stilisierung österreichischer Geistesgeschichte abseits vom historisch-sozialen Kontext zwischen Harmonisierung und Verdrängung. Diese Perspektive fördert die schicksalshafte Betrachtung der faschistischen Epoche auf Kosten einer sozialen Strukturgeschichte mit Erklärungsanspruch, was aufgrund des umfangreichen, größtenteils neuartigen Quellenmaterials umso bedauerlicher ist.“¹⁸⁴

Die Hochkultur wurde mit der Absicht hervorgehoben, die Bedeutsamkeit Österreichs (*„österreichische Größe trotz seiner topographischen Kleinheit“*) zu betonen, worauf Susanne Eybl in ihrer Dissertation über das von Hugo Portisch präsentierte Geschichtsbild hinweist.¹⁸⁵ Wie es scheint, traten in dieser Darstellung durch die

¹⁸² PORTISCH (1989), S. 7.

¹⁸³ So nahmen die Probleme der Ersten Republik ca. ein Fünftel des Umganges ein (vgl. GÖLLNER (2003), S. 96.) und auch die 14. Folge von Österreich II hieß in Bezug auf Clemenceaus Zitat „Der Rest war Österreich“, wobei auch hier der Titel mit den Revanchegelüsten in Verbindung gebracht wurde.: *„Sie, als alte Demokratien, könnten dieses junge, demokratische Österreich in ihrem Kreis willkommen heißen. Sie tun's aber nicht. Sie behandeln die Republik Österreich, als wäre es die Monarchie, und sie diktieren dieser Republik einen Friedensvertrag, als wäre sie Feindesland. Das tun sie Österreich an.“* zit. n. GÖLLNER (2003), S. 99. Dem Rechnung tragend wurde auch dem „Friedensdiktat“ von St. Germain am viertmeisten Platz (von 15 Kategorien) von den Problemen der Republik (in Ö I) eingeräumt. vgl. GÖLLNER (2003), S. 100.

¹⁸⁴ Stadler (1988a), S. 14.

¹⁸⁵ vgl. EYBL (1993), S. 69.

Vernachlässigung des historisch-sozialen Kontextes die sozialen und sozial-politischen Leistungen der Ersten Republik in den Hintergrund.¹⁸⁶ Deshalb dürfte es zur gleichzeitigen Gegenüberstellung von „unterschätzt“ (Geistesgeschichte) und „ungewollt“ (mangelndes Österreichbewusstsein, politische Entwicklung) in Hugo Portisch Österreich I gekommen sein.

e Zusammenfassung

Welche wichtigen Fragestellungen oder Erkenntnisse lassen sich allerdings nun aus dem Umgang der Geschichtsschreibung mit der Ersten Republik ziehen? Einerseits wie sehr sich die Bedeutung dieser Periode gewandelt hat. Wurde sie am Anfang, auch aus der Angst alte Wunden aufzureißen, praktisch nicht behandelt, danach in großkoalitionärer Form aufbereitet, entwickelte sie sich ab den 70er Jahren besonders durch die damit verknüpfte Zeit des Austrofaschismus zum zentralen Thema der österreichischen Zeitgeschichte, wovon sie erst Ende der 80er Jahre durch die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus abgelöst wurde. Damit war auch eine Änderung der dominierenden Fragestellungen der Geschichtswissenschaften verbunden. Stand am Anfang die Zeitgeschichte noch in einem ziemlich Naheverhältnis zur Politik und waren die Fragestellungen zu Beginn stark durch eine Koalitionsgeschichtsschreibung und dem Fokus der Formierung eines Österreichbewusstseins geprägt, so veränderte sich ab den 70ern der Fokus hin zur dominanten Frage, weshalb die Erste Republik scheiterte und die Zweite erfolgreich war.

Gleichzeitig zeigt sich allerdings bis in die 70er Jahre auf wissenschaftlicher Ebene auch noch ein schwieriges Verhältnis hinsichtlich der verschiedenen Interpretation des Übergangs zwischen Erster Republik und Monarchie, bzw. der Problematik diese zusammenzudenken, was auch schon auf die besondere Stellung dieser Übergangsphase im geschichtspolitischen Feld hinweist. Andererseits offenbart sich aber auch gleichzeitig eine Vielfalt an historiographischen Möglichkeiten zur Betrachtung der Ersten Republik, meist weitgehend negativ geprägt, etwa als „Staat wider Willen“, als „griechische Tragödie“, als Negativfolie. Ausnahmen dürften Zugänge, wie etwa auf der Reichenauer Historikertagung, gewesen sein, die Erste Republik auch über ihre Leistungen und die beginnende Formierung eines Nationalbewusstseins in dieser Zeit – mit der Absicht durch diese positiven

¹⁸⁶ So ging Hugo Portisch bei seiner positiven Darstellung der Ersten Republik in der Einleitung seines Buches in erster Linie auf bemerkenswerte Einzelleistungen genialer Menschen ein. (vgl. PORTISCH (1989), S. 7.) Auffallend war auch, dass bei der sehr detaillierten kategorischen Aufschlüsselung zu Ö I (vgl. GÖLLNER (2003), S. 96, 140, 183.) es für diesen Punkt (sozial-politische Leistungen) keine Unterkategorie gab. Ein Hinweis darauf, dass

Rückbezüge ein österreichisches Nationalbewusstsein zu stärken – zu interpretieren. Und auch aus dem Umgang mit den negativen rhetorischen Zuschreibungen innerhalb der Geschichtswissenschaften lassen sich mehrere Erkenntnisse hinsichtlich der Bedeutung und Verbreitung dieser Negativcharakterisierungen ziehen. Gerade im politikgeschichtlichen Gebrauch fand diese eine breite Verwendung, wobei dieser Fokus auf die politischen Probleme der Ersten Republik oftmals den Blick auf andere Bereiche verdrängte. Wenig überraschend fand gerade eine kritische Analyse dieses Narrativs von Seiten erinnerungsgeschichtlicher Perspektiven statt, wobei jene AutorInnen schon auf gewisse Teile der diskursiven Funktion von Hellmut Andics' Formel hinwiesen. So wiesen sie etwa auf die nachträgliche Rechtfertigung des „Anschlusses“ im Sinne eines historischen Determinismus oder auf die Abzäunung hin zur Vergangenheit oder auf das Wechselspiel mit der positiven Wahrnehmung der Monarchie, worauf später noch genauer eingegangen wird, hin.

Gerade aber in der populärwissenschaftlichen Literatur zur Ersten Republik lässt sich aber eine Dominanz der negativen Zuschreibungen besonders deutlich festmachen, rekurrierten deren Titel doch ähnlich negativ wie jener von Hellmut Andics auf die Erste Republik und strukturierten damit sicherlich auch die Deutung dieser Epoche mit. Dass aber auch andere rhetorische Topoi zur Ersten Republik möglich gewesen wären, machte Hugo Portisch deutlich, welcher diese als „Die unterschätzte Republik“ bezeichnete. Ein Narrativ, welches sich jedoch offenkundig nicht durchsetzen konnte, wie der mediale Diskurs der letzten Jahrzehnte zur Ersten Republik zeigt.

Zum Ende dieser historiographischen Betrachtung soll noch die abschließende Frage Georg Christoph Berger Waldeneggs in seiner Betrachtung der österreichischen Historikerkontroversen aufgeworfen werden, nämlich ob *„sich die Geschichte der Ersten Republik – ungeachtet aller Verirrungen und Wirrungen – in irgendeiner Form positiv in das nationale Geschichtsbild integrieren [lasse]“*.¹⁸⁷ Eine Fragestellung die am Schluss der Arbeit, hinsichtlich des Jubiläums 2008, noch kurz angerissen werden soll

diese nicht breit vorgekommen sein dürften.
¹⁸⁷ BERGER WALDENEGG (2003), S. 172.

5 1918-45: DER 12. NOVEMBER VOM STAATSFEIERTAG ZUM VERBOTENEN GEDÄCHTNISORT

Hinsichtlich der Analyse rund um den Ersten Republik in der Zeit nach 1945 sollen einleitend die Kontroversen und Konflikte rund um den 12. November in der Zeit von 1918 bis 1945 nachgezeichnet werden, um so die Kontinuitäten und Unterschiede zwischen den Debatten der Ersten und Zweiten Republik deutlich zu machen. Einerseits wird daher für ein besseres Verständnis der Traditions- und Kontinuitätslinien der Erinnerungskulturen der Parteien nach 1945 in einem kurzen Exkurs auf die Bedeutung der Republikgründung und der Erinnerungskultur eingegangen, andererseits aber auch um den Kontrast der politischen Bedeutung dieser Narrative zwischen Erster und Zweiter Republik zu veranschaulichen. Stellte doch gerade in der Ersten Republik der 12. November zwar einerseits einen Staatsfeiertag dar, welcher auch überparteilich feierlich begangen wurde. Zentraler waren aber die Parteifeierlichkeiten, welche auch die Konfliktkultur rund um diesen Tag prägten. Während dieser Tag von der SDAP nämlich von Anfang an positiv besetzt worden war, konnte ihn das Bürgertum nie richtig als ihren Feiertag verstehen, sondern assoziierte damit in erster Linie einen sozialdemokratischen Jahrestag, weshalb er auch im Austrofaschismus abgeschafft wurde.

5.1 Ein Staatsfeiertag? Deutungskonflikte in der Ersten Republik

„Die Zeit zwischen den Weltkriegen bietet das Bild eines andauernden Festes der politischen Leidenschaften, schöpferisch und grausam zugleich. In einer durch Krieg und Revolution aus den Fugen geratenen Sozialordnung wird der Politik eine magische Kraft zugeschrieben. Klasse, Stand, Rasse sind die drei konkurrierenden Symbolsysteme, innerhalb derer die Zukunft gestaltbar oder die verlorene Sicherheit der Vorkriegszeit wiederherstellbar erscheint.“¹⁸⁸

Siegfried Mattls Beschreibung der Zwischenkriegszeit macht gerade die Bedeutung der Politik und damit verbunden ihrer Symbolsprache in der Ersten Republik deutlich. Bildet doch gerade die Politik *„den Raster, in dem die Zahlen, Namen und Ereignisse des historischen Geschehens ihren Sinn und damit auch ihre Bedeutung erlangen.“*¹⁸⁹ In einer fragmentierten Gesellschaft wie jener der Zwischenkriegszeit ging damit auch eine starke Spaltung der Erinnerungskultur einher, um so eigene Identitätszuschreibungen zu stärken und Abgrenzungen zwischen den politischen

¹⁸⁸ MATTI (1995c), S. 30.

Lagern zu bilden.

Gerade der 12. November stellte hierfür ein zentrales Datum da, an welchem diese Spaltungen deutlich wurden. So schreibt Ernst Hanisch sogar, dass sich an diesem Datum, die „zentralen Einstellungen von großen gesellschaftlichen Gruppen, vielleicht sogar der Bevölkerung, zu Republik und Demokratie ablesen [lassen würden].“¹⁹⁰ Bezeichnend für die Ambiguität dieses Datums in der Zweiten Republik ist, dass sich selbst innerhalb der oft stereotyp als negativ bzw. auf politische Gegensätze reduzierten Ersten Republik so manche Wandlungen vollzogen, welche auch einen Einblick in das Wechselspiel von Konflikt und Kompromiss zwischen den Parteien in dieser Periode geben können. So schienen die Positionierungen der Parteien zu Beginn der Ersten Republik in manchen Bereichen noch nicht ganz festgefahren. Hanisch spricht etwa von der „zarte[n] Pflanze eines demokratisch-republikanischen Grundkonsenses“, wobei er hinsichtlich der geschichtswissenschaftlichen Betrachtungen dieses Aspekts meinte:

„Gewisse Hoffnungen knüpfte zunächst auch das Bürgertum an die Republik. Diese zarte Pflanze eines demokratisch-republikanischen Grundkonsenses wurde bislang von der Forschung zu wenig beachtet.“¹⁹¹

Es manifestierte sich daher teilweise auch auf bürgerlicher Seite eine kritische Haltung gegenüber der Monarchie,¹⁹² wobei Laurence Cole sogar von einer Entzauberung der Monarchie bis 1927 ausgeht.¹⁹³ In diesem Klima konnte wahrscheinlich auch der 12. November 1919 ohne Debatte und ohne Gegenstimme als Staatsfeiertag verabschiedet werden. Allerdings sollte der Konsens über dieses Datum durch immer größere Parteifeierlichkeiten in Frage gestellt werden. Die überparteiliche positive Haltung, welche Ernst Hanisch als „auf einer sehr schmalen Ebene an der Spitze, Ausdruck einer zumindest institutionellen Gemeinsamkeit“ zur Republik charakterisiert, sollte sich jedoch zumindest in den staatlichen Feiern bis zum 10-jährigen Jubiläum 1928 teilweise halten.¹⁹⁴

Die staatlichen Feiern konzentrierten sich in den ersten Jahren insbesondere auf Militärparaden, bei welchen aber auch schon bald Dissonanzen offensichtlich wurden. So nahm etwa Bundeskanzler Ignaz Seipel 1923 nicht an den offiziellen Staatsfeiern teil, sondern an der 300-Jahr-Feier der theologischen Fakultät in Salzburg und andererseits führte der Rückgriff auf Symbole aus der Monarchie wie altösterreichische Märsche, zum Beispiel den Radetzkymarsch, oder das Tragen der Orden aus der Zeit

¹⁸⁹ KRIECHBAUMER (2001b), S. 197.

¹⁹⁰ HANISCH (1990b), S. 43.

¹⁹¹ HANISCH (1990b), S. 44.

¹⁹² vgl. HANISCH (1995e), S. 422.

¹⁹³ vgl. COLE (2004), S. 476ff.

¹⁹⁴ vgl. HANISCH (1990b), S. 44-47, Zitat S. 46.

der Monarchie zu Tumulten.¹⁹⁵ Oder wie es Hanisch zusammenfasst:

„Hier zeigte sich der fundamentale Unterschied der politischen Lager in der Einstellung zu monarchistischen Traditionen. Während die Bürgerlichen Anknüpfungspunkte an die Habsburgermonarchie suchten, brachen die Sozialdemokraten propagandistisch völlig mit der Zeit vor der Republik“¹⁹⁶

Nach 1925 fanden aufgrund der Tumulte keine jährlichen Militärparaden in dieser Form mehr statt. Ab nun wurden die Feierlichkeiten auf Einladung des Bundespräsidenten in dessen Amtsräumen abgehalten, wobei führende Politiker (Bundeskanzler, Bundespräsident, Nationalrats- und Bundesratspräsident) Ansprachen hielten, in welchen sich nach Julia Köstenberger folgenden Leitthemen herauskristallisierten:

„An erster Stelle stand die Betonung des stetigen wirtschaftlichen Aufstieges und Lebenswillens Österreichs, die Erinnerung an die Bewältigung der Schwierigkeiten in der Gründungszeit der Republik und an die Konsolidierung des Staates, aber auch der grundsätzlich vorsichtig optimistische Blick in die Zukunft. Der Arbeitseifer und die ‚unvergleichliche Ausdauer‘ des ‚schwer geprüften Volkes‘ gehörten genauso wie die Hervorhebung des kulturellen Erbes und der ‚Kulturmission‘ Österreich zu den wichtigsten Motiven dieser Ansprachen. Bundespräsident Hainisch gab immer wieder seiner Überzeugung Ausdruck, dass ‚die österreichische Bevölkerung durchaus demokratisch veranlagt ist‘, und blickte 1927 ‚trotz mancher unerfreulicher Erscheinungen der Jetztzeit mit froher Zuversicht in die Zukunft.‘“¹⁹⁷

Ab 1927, dem Jahr des Justizpalastbrandes, begann sich der Diskurs gerade bei den parteipolitischen Feierlichkeiten zu radikalieren. War der Tag der Republik schon zuvor ein sehr stark sozialdemokratisch geprägter Jahrestag, wie später noch anhand der Diskursformen rund um diesen Tag gezeigt wird, so rief diese nun zu Massenkundgebungen am 12. November auf, welche 1928 bei der Eröffnung des Republikdenkmals einen Höhepunkt erreichten, aber von Aufmärsche der Heimwehren, welche nicht den republikanischen Charakter betonten, sondern „*gegen das ‚rote, verjudete Wien‘, gegen Demokratie und Republik*“ gerichtet waren, beantwortet wurden. Die Gegensätze in der Erinnerungskultur rückten immer stärker in den Vordergrund.¹⁹⁸

Im Laufe des Jahres 1932 wurde nach dem Simmeringer Zwischenfall, bei welchen es zum Zusammenstoß von Sozialdemokraten und Nationalsozialisten gekommen war, ein Aufmarschverbot für Wien verhängt. Es stellte sich daher im Ministerrat die Frage,

¹⁹⁵ vgl. HANISCH (1990b), S. 49f; KÖSTENBERGER (2008), S. 613ff. War doch gerade das Ablegen bzw. das Herunterreißen der Orden nach 1918 für beide Seiten ein symbolträchtiger Akt gewesen. Bedeutete es einerseits für die Arbeiterschaft ein Ende der feudalen Strukturen und des Krieges, so wurde es vielfach von bürgerlicher Seite als Hetze empfunden. Ernst Hanisch bezeichnete es sogar als symbolische Kastration. vgl. HANISCH (1990b), S. 49; KRIECHBAUMER (2001b), S. 201; Jedlicka (1973b), S. 25 und 48.

¹⁹⁶ KÖSTENBERGER (2008), S. 615.

¹⁹⁷ KÖSTENBERGER (2008), S. 615f.

¹⁹⁸ vgl. HANISCH (1990b), S. 47f bzw. 53; KÖSTENBERGER (2008), S. 616ff; KALCSICS (1999), S. 490.

wie infolgedessen mit dem 12. November umgegangen werden sollte. Einerseits wurde argumentiert, dass man ein generelles Aufmarschverbot für den 12. November in ganz Österreich verhängen solle, andererseits fürchtete man jedoch auch, dass ungenehmigte Demonstrationen am 12. November noch eher aus dem Rahmen laufen und in einer Gewaltspirale enden könnten. Bemerkenswert im Rahmen dieser Diskussion sind gerade die Wortmeldungen des damaligen Justizministers Kurt Schuschnigg, welcher im Aufmarschverbot auch eine Gelegenheit sah, den 12. November von einem parteipolitisch konnotierten Feiertag zu einem Staatsfeiertag umzucodieren:

„Meiner Meinung nach sollten wir dafür sorgen, und haben auch die Verpflichtung dazu, dass die Republikfeiern Staatsfeiern sind, an denen sich alle Parteien beteiligen können. Dieser Grundsatz gilt für die Länder genauso wie für Wien. Faktisch ist der Tag nicht geeignet für politische Demonstrationen. Wann gibt es eine bessere Gelegenheit als jetzt um zu sagen, wir wollen den 12. November vom Staate aus als einen Staatsfeiertag begehen. Daher wäre es für die Regierung kein Prestigeverlust, wenn sie erklärt, von nun an feiern den 12. November der Staat und seine autonomen Körperschaften. Zum mindesten in den Ländern kämen wir dadurch über die sozialdemokratischen Aufmärsche hinweg.“¹⁹⁹

Wenn man an das Verbot des 12. November im Jahr 1934 denkt, stand dieser Versuch der Integration des 12. November in einen staatlichen Rahmen jedoch nicht im Zusammenhang mit einer Sympathie für den 12. November, sondern stellte eher einen Versuch dar, damit einem sozialdemokratisch besetzten Gedächtnisort seine spezifische Bedeutung und Funktion zu nehmen. Hinsichtlich der Überlegungen des Ortes der Begehung des Tages der Republik merkte in der Diskussion etwa der damalige Finanzminister Dr. Weidenhoffer an, dass die Republikfeiern in die Schulen gehöre, „um die Jugend zur Achtung und Liebe zur Republik zu erziehen“ oder, dass man in die Kirche gehen könne, „um für die Republik zu beten“, öffentliche Straßenaufzüge allerdings nicht Teil einer würdigen Begehung des Republikgründungstages darstellen würden.²⁰⁰ Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass nicht nur die Sozialdemokratie den 12. November für Aufmärsche nützen wollte, sondern auch von den Nationalsozialisten ein entsprechender Antrag gestellt wurde.²⁰¹ Hierbei ging es allerdings weniger um das Gedenken an die Republikgründung, als um die Suche nach einem Raum in welchem Konflikte provoziert werden konnten. Schlussendlich endete die regierungsinterne Diskussion darin, dass das Aufmarschverbot aufgehoben und Republikfeiern abgehalten werden konnten.

¹⁹⁹ ENDERLE-BURCEL et al. (1982a), S. 44. Und auch Engelbert Dollfuß meinte, dass „es das Zweckmäßigste [wäre] dahin zu trachten, dass dem Staatsfeiertag der Charakter eines einseitigen Parteifeiertages genommen [werde].“ ENDERLE-BURCEL et al. (1982a), S. 39.

²⁰⁰ vgl. ENDERLE-BURCEL et al. (1982a), S. 43.

Im Jahr darauf wurde jedoch das bereits 1932 diskutierte Demonstrations- und Kundgebungsverbot für den 12. November durchgesetzt und 225 sich dieser Verordnung widersetzen *„sozialdemokratische Spaziergänger“* verhaftet. Wenig später wurde vom Austrofaschismus nach den Ereignissen des 12. Februar 1934 der Staatsfeiertag ganz abgeschafft und mit ihm verschwand auch das sechs Jahre zuvor aufgestellte Denkmal der Republik.²⁰² Dafür wurde nun der 1. Mai zum zentralen staatlichen Feiertag. Jedoch nicht in seiner Ausprägung als „Tag der Arbeit“, sondern es wurde versucht diese Bedeutung durch die Begehung dieses Datums als „Tag der Verfassung“ zu überschreiben.

In der Zeit des Austrofaschismus traten wieder andere Gedächtnisorte als der 12. November in den Vordergrund. So hält Werner Suppanz in seiner Untersuchung hinsichtlich der historischen Legitimation des Ständestaates fest, dass gerade *„die Jahre 1918 bis 1934 als eine unglückselige ‚unösterreichische‘ Zwischenperiode gesehen [worden seien], während gerade das ‚neue Österreich‘ des autoritären Regimes so nahtlos wie möglich an ‚Altösterreich‘ anknüpfen [habe wollen], allerdings als nunmehr eindeutig ‚deutsches Österreich‘“*.²⁰³ Auch Béla Rásky spricht in diesem Zusammenhang von einer Art *„Gegencodierung gegen die sozialdemokratisch-republikanische Hegemonie und deren kulturelle Repräsentation“*. Bezüglich des Staatswappens oder der Uniformen des Heeres wurde etwa im Austrofaschismus explizit auf die Symbolsprache der Monarchie Bezug genommen. Anleihen, welche sich auch im Rückgriff auf die Narrative von der *„Brücken-, Bollwerk- und Sendungsfunktion“* und des *„Reichsmythos“* zeigen. Außerdem wurde der durch die Habsburgergesetze 1919 vollzogene radikale Bruch mit der Monarchie wieder rückgängig gemacht, indem diese 1935 aufgehoben wurden.²⁰⁴ Die Monarchie erfuhr generell eine weitgehende Idealisierung, während hingegen der republikanische Gedanke gelöscht werden sollte.²⁰⁵ So betonte auch Engelbert Dollfuß 1933 selbst explizit diesen „Bruch“ und sprach davon, *„den Revolutionsschutt zu beseitigen und an die schönsten Zeiten der österreichischen Geschichte wiederanzuknüpfen“*.²⁰⁶ Hannes Leidinger und Verena Moritz sprechen daher in diesem Zusammenhang sogar vom *„austrofaschistischen‘ Regime als Rachefeldzug für ‚die große Beleidigung‘ von*

²⁰¹ vgl. ENDERLE-BURCEL et al. (1982a), S. 39.

²⁰² vgl. KÖSTENBERGER (2008), S. 618f. Ausführlicher hinsichtlich des Denkmals der Republik vgl. das Kapitel Exkurs: Republikdenkmal

²⁰³ SUPPANZ (1994a), S. 156.

²⁰⁴ Hinsichtlich der Funktion und der politisch-historischen Instrumentalisierung des Habsburgergesetzes vgl. BINDER (2003a).

²⁰⁵ RÁSKY (2009b), S. 31.

²⁰⁶ zit. n. COLE (2004), S. 481.

1918“.²⁰⁷

Gerade dieser Vorgang der Löschung der republikanischen Bezugspunkte und der Rückgriff auf die Monarchie als identitätsstiftender Bezugspunkt dürfte in den späteren Geschichtsbildern der Parteien die dichotomische Sichtweise auf den Bruch von 1918 noch verstärkt haben. Wahrscheinlich mit ein Grund, weshalb politische Themen, welche im Zusammenhang mit der Monarchie standen, wie etwa die Habsburgkrise 1963, so virulent werden konnten. Werner Suppanz stellt in diesem Zusammenhang auch die berechtigte Vermutung an, „dass zwischen dem Rückgriff auf die Habsburger-Monarchie und dem republikanischen Selbstverständnis vor allem in der Zweiten Republik ein Spannungsverhältnis“ bestanden müssen habe und wirft die Frage auf, wie mit diesen Widersprüchen umgegangen worden sei,²⁰⁸ womit er auch einen wichtigen Aspekt anspricht, mit welchem sich diese Arbeit beschäftigen wird.

Die Fragmentierung der Erinnerung zum 12. November zeigt sich auch auf Ebene der Parteifeierlichkeiten, standen doch schon die Kundgebungen beider Parteien in komplett unterschiedlichen Traditionen. So gingen die christlichsozialen Feiern auf die traditionellen Wallfahrten zurück, wofür sogar jene zum Grabe des österreichischen Nationalheiligen Leopold III. vom 15. November auf den 12. November vorverlegt wurde, um beide Feierlichkeiten zu kombinieren. Ernst Hanisch weist dabei auf die vielfältige Bedeutung dieses Aktes hin. Einerseits, was auch der primäre Ort des christlichsozialen Fests, die Kirche, schon andeutete, wurde die Einheit von Altar und Thron/Staat, andererseits ein gewisses Österreichbewusstsein, das bei den Babenbergern anknüpfte, betont (ähnlich wie die 950-Jahr-Feiern 1946). Von Bedeutung war aber auch die geographische Verortung der Feierlichkeiten.²⁰⁹

„Klosterneuburg hingegen weckte andere Assoziationsketten. Das Kloster war knapp vor Wien, am Fuße des Kahlenbergs situiert. Der politische Katholizismus konnte hier sein Fest außerhalb des ‚roten Wien‘ feiern, und doch noch innerhalb der Bannmeile der Metropole verbleiben. Vom Kahlenberg aus war 1683 die Abwehrschlacht gegen die Türken ausgelöst worden. Das Christliche Abendland hatte sich hier der ‚Gefahr aus dem Osten‘ gestellt – und hatte gesiegt. Nun aber war aus katholischer Sicht der ‚Osten‘ (Bolschewismus = Sozialdemokratie = Juden) neuerdings tief ins Land eingedrungen, ja hielt die Metropole selbst besetzt. Wie die christlichen Krieger zur Schlacht um Wien gegen die Türken zogen, so müssen nun die katholischen Wallfahrer gegen das rote Wien ziehen“²¹⁰

Im Gegensatz zu den Christlichsozialen nahm die Sozialdemokratie Anleihen beim 1.

²⁰⁷ LEIDINGER et al. (2008), S. 165. Für weiterführende Informationen hinsichtlich des Geschichtsbilds im Austrofaschismus und der Instrumentalisierung von Geschichte, wie etwa der Türkenbelagerung und Prinz Eugen vgl. SUPPANZ (1998b).

²⁰⁸ SUPPANZ (1994a), S. 158.

²⁰⁹ vgl. HANISCH (1990b), S. 50–53.

²¹⁰ HANISCH (1990b), S. 51.

Mai. Der von der SDAP besetzte Raum stellte der Kirche die Straße entgegen und die Perspektivierung der Feiern lief in eine andere Richtung. Nicht die Vergangenheit, sondern die Zukunft wurde betont oder wie es Ernst Hanisch ausdrückt:

„Die Massen tragen die Zeichen der Hoffnung, verkörpern den Traum vom ‚neuen Menschen‘, mit ihnen marschiert die neue Zeit.“²¹¹

Betonten schon diese Traditionen die Unterschiede, so verstärken die unterschiedlichen Rhetorikmuster sie nochmals. Diese folgten laut Ernst Hanisch jeweils einem dreiteiligen Schema. Bei den Sozialdemokraten stand eine rituelle Habsburgerbeschimpfung am Anfang, von deren Negativfolie sich danach die Leistungen der Ersten Republik, genauer der Sozialdemokraten, abhoben und an deren Ende der Ausblick auf eine sozialistische Republik kam. „*Spiegelbildlich verkehrt*“, wie Hanisch schreibt, „*respondierte die christlichsoziale Rhetorik*.“ Es stand das Lob der Monarchie am Anfang, der 12. November wurde im Gedenken an die Katastrophe, den Zerfall des Großreiches begangen, wobei die Republikfeiern überhaupt als von den Sozialdemokraten vereinnahmt gesehen wurden, welche keinen gemeinsamen Staatsfeiertag zulassen würden, um abschließend darauf hinzuweisen, dass die Sozialdemokraten in Wirklichkeit die Demokratie gegen ihren „*Zukunftsstaat des Sozialismus*“ eintauschen wollen würden.²¹²

Auch in der unterschiedlichen Verwendung der Termini zeichnete sich diese Differenz in der Haltung von Sozialdemokraten und Christlichsozialen zur Republik ab. So zeigt eine Untersuchung der Leitartikel zum 10-jährigen Jubiläum 1928, dass von Seiten der sozialdemokratischen Presse der Begriff „Republik“ verstärkt gebraucht wurde, während in der christlichsozialen Presse in erster Linie das indifferente Wort „Staat“ verwendet wurde.²¹³ Zu ähnlichen Schlüssen kommt auch Markus E. Haider, der von Seiten christlichsozialer Politiker in der Zwischenkriegszeit eine Vermeidung des Terminus Republik feststellte, bzw. dass dieser Terminus negativ, als marxistische Republik, besetzt worden sei.²¹⁴ Wenig verwunderlich, wenn man bedenkt, dass ein positiv konnotierter Begriff der Republik vor 1914 im christlichsozialen Milieu praktisch inexistent war, war doch das Selbstverständnis der Christlichsozialen sehr pro-monarchisch geprägt.²¹⁵

Ähnlich deutlich wie beim 12. November wurden diese Konfliktlinien auch bei einem zweiten staatlichen Symbol, der Staatshymne, über welche nie eine tatsächliche Einigung erzielt werden konnte. So wurde im Jahr 1929 die Variante von Karl Renner und Wilhelm Kienzl „Deutsch-Österreich, du herrliches Land“ auf Betreiben der

²¹¹ HANISCH (1990b), S. 53.

²¹² vgl. HANISCH (1990b), S. 54–58.

²¹³ vgl. SEETHALER et al. (1993), S. 52.

²¹⁴ vgl. HAIDER (1998), S. 224–237.

²¹⁵ vgl. PELINKA (1999f), S. 262.

bürgerlichen Kräfte wieder durch die von der Kaiserhymne bekannte Haydnmelodie abgelöst, was von der Sozialdemokraten als restauratives Element gesehen wurde, weshalb in Wien statt dem von der christlichsozialen Regierung implementierten Text Ottokar Kernstocks jener des Deutschlandlieds gesungen wurde. Die Spannungen zwischen Monarchienostalgie und Bruch mit jener (verbunden mit dem Anschlussgedanken) traten auch hier offen zu Tage.²¹⁶

5.2 Erinnern im Geheimen/ im Exil

a Austrofaschismus

Aber auch nach seinem Verbot 1934 blieb der 12. November im Untergrund oder im Exil als Gedenktag bestehen, der dafür genutzt wurde Widerstandsaktionen durchzuführen oder Kundgebungen zu veranstalten. So weist zum Beispiel auch der vom DÖW herausgegebene Dokumentationsband „Widerstand und Verfolgung in Salzburg“ für die Zeit des Austrofaschismus auf die Bedeutung der Jahrestage für versteckte Protestaktionen hin:

„Nach außen hin manifestierte sich dieser Widerstand in einem politischen Kleinkrieg mit der Polizei, der sich anlässlich wichtiger ‚politischer Daten‘ (Jahrestag der Februarkämpfe, 1. Mai, Tag der Republik) intensivierte: in Form von Flugzettelstreuungen, Bemalungen von Straßen, Straßenschildern und öffentlichen Gebäuden.“²¹⁷

Der Widerstand nahm dabei unterschiedlichste Formen an. So wurden zum Beispiel am 12. November 1934 Kundgebungen im Wienerwald und Blitzversammlungen in den Bezirken abgehalten, Transparente aufgehängt, Gebäude mit roter Farbe beschmiert oder Flugblätter verteilt. Eines etwa von den revolutionären Sozialisten 1934 in Baden, in welchem des 12. November gedacht, die Reaktion verdammt und der Kampf gegen diese beschworen wurde. Der 12. November stellte in diesem Zusammenhang nicht mehr nur einen positiv konnotierten Jahrestag dar, sondern nun auch, wie ein anderer Aufruf ausführte, eine Mahnung bei der kommenden, die Diktatur stürzenden Revolution nicht mehr die gleichen Fehler wie 1918 zu begehen, sondern eine „*Diktatur des Proletariats*“ zu errichten.²¹⁸ Aber auch für den Einzelnen weniger riskante, massentauglichere Formen des gemeinsamen Gedenkens an den 12. November wurden gefunden. So sollten zwei Stunden lang die Häuser verdunkelt, das heißt kein Licht eingeschaltet werden, um so Solidarität zu bekunden. Eine Aktion an der sich laut

²¹⁶ vgl. HANISCH (1995e), S. 424.

²¹⁷ MITTERRUTZNER (1991), S. 39.

²¹⁸ vgl. Flugblatt der revolutionären Sozialisten, Bezirksleitung Baden, November 1934. zit. n. ARNBERGER (1987a), S. 116; vgl. auch WEST (1978), S. 94.

„Arbeiterzeitung“ mehrere Tausend Arbeiter beteiligten.²¹⁹

Die Leitartikel in der (Exil-)„Arbeiterzeitung“ charakterisierten den 12. November durch den Bruch mit der Habsburgermonarchie oder durch die Aufbruchsstimmung positiv. So im Jahr 1934, als den Tag, an dem *„das österreichische Volk das bluttriefende Geschlecht der Habsburger, das vier Jahre vorher die Welt angezündet hatte, um seinen durch den Freiheitsdrang der Völker bedrohten Familienbesitz zu retten, entthront und davongejagt“* habe. Interessant ist dabei, dass dieser Leitartikel, viel stärker gegen Habsburg als gegen den „Ständestaat“ gerichtet gewesen war. So lautete ein zentraler Kampfaufruf: *„Nie wieder Habsburg! Gegen die Restauration die Revolution.“*²²⁰ Währenddessen wurden 1935 die positiven Ausblicke, welche dieser Tag geweckt hatte, betont: *„Für uns österreichische Arbeiter ist der 12. November der Tag der Erinnerung an ein großes historisches Ereignis: die Eroberung der bürgerlichen Republik, die Erringung der vollen staatsbürgerlichen Freiheit, die Eröffnung des Weges, der zum friedlichen sozialen Aufbau zu führen schien.“*²²¹ Jedoch wurde auch kritisch über die Probleme der Republik, wie etwa die *„Abhängigkeit von den kapitalistischen Mächten“*, reflektiert und so die Bedeutung einer radikaleren Revolution für die Etablierung einer sozialistischen Republik unterstrichen.²²²

Auf der Suche nach neuen Gedächtnisorten, nach der Entfernung des Republikdenkmals, kam besonders dem Gedenken an den Gräbern ein wichtiger Bestandteil in der Erinnerungskultur zu. So wurden immer wieder die Gräber Viktor Adlers und des im Februar hingerichteten Schutzbundführers Georg Weissel mit Blumen geschmückt. Über diese illegalen Gedenkkundgebungen an den Gräbern fanden sich auch in der „Arbeiterzeitung“, welche seit 1934 in Brünn herausgegeben wurde, immer wieder kurze Artikel. Diese Form des Erinnerns blieb allerdings von den Machthabern nicht unbeachtet. So berichtete die „Arbeiterzeitung“ von Personen, welche wegen der Niederlegung von Blumen oder Kerzen an den Gräbern von Februarkämpfern verhaftet worden seien. Außerdem wurde auch von staatlicher Seite versucht, Kundgebungen an den Gräbern durch Bewachung entgegenzuwirken.²²³

²¹⁹ „Arbeiter-Zeitung. Organ der österreichischen Sozialisten“, 1. Jg., Nr. 40, 25.11.1934. zit. n. NEUGEBAUER et al. (1984), S. 51f.

²²⁰ Zum zwölften November. In: AZ 11.11.1934 S. 1.

²²¹ November. In: AZ 10.11.1935 S.1.

²²² vgl. Zum zwölften November. In: AZ 11.11.1934 S. 1.

²²³ vgl. Die Angst vor den Toten. In: AZ 17.11.1935 S. 4, AZ 18.11.1934 S. 8; EXENBERGER (1993)..

b Nationalsozialismus

Auch während des Nationalsozialismus fanden am 12. November Widerstandsaktionen in Österreich statt. So verbreiteten im November 1941 die Mitglieder des Kommunistischen Jugendverbandes (KJV) Franz Josef Fröch und Emil Ifkovics Streuzettel mit dem Aufruf, am 12. November die Arbeitsleistung zu senken:

„1918 wurde dem verbrecherischen Völkermorden, nachdem es 4 Jahren gewährt hatte, vom Volk selbst ein Ende gesetzt. Ein Teil der Schuldigen wurde verjagt, am 12. 11. 1918 wurde die Republik Deutsch-Österreich ausgerufen. Die Republik gab ihren freien Bürgern viele neue Rechte. [...] Aber das österreichische Volk hatte einen Fehler gemacht: Statt sich gleich den Werkstätigen Russlands auch zu Herren der Fabriken zu machen, begnügte es sich mit den errungenen Rechten. Die Front der kapitalistischen Ausbeutung blieb bestehen. Schritt für Schritt nahmen uns nur die Beherrscher der Wirtschaft die politische Macht, bis die sozialistische Arbeiterschaft 1934 völlig entrechtet wurde. [...]

Aber am 12. November wollen wir denen, die für unsere Freiheit so viel geopfert haben, unsere Solidarität bezeugen. Wir wollen diesen Tag feiern, indem wir noch langsamer arbeiten. Senkt eure Leistung am 12. November noch mehr!“²²⁴

Ein Akt des Widerstandes für welchen sie 1942 zum Tode verurteilt wurden. Und auch zum 12. November 1943 fand sich in der Exil Zeitung „London-Information“ der Hinweis, dass am 12. November 1943 das Grab Viktor Adlers mit roten Blumen geschmückt worden sei, wobei ein Kranz mit der Aufschrift „*Unseren Führern – ganz Wien*“ versehen war. Ein, was auch der Artikel betonte, unter den Bedingungen der nationalsozialistischen Diktatur bemerkenswerter Akt des Widerstandes.²²⁵

Auch die Nationalsozialisten maßten dem Jahrestag des 12. November Bedrohungscharakter bei. So wurde im „Rot-Weiß-Rot Buch“ der österreichischen Bundesregierung etwa ein Rundschreiben der Gendarmeriehauptmannschaft Wels abgedruckt, welches vor „*Demonstrationen, Streu-, Klebe-, Schmier- und Malaktionen am 12. November 1943*“, dem 25. Jahrestag der Ausrufung der Republik warnte und eine „*entsprechende Überwachung der öffentlichen Gebäude und militärischen Objekte*“ anordnete.²²⁶ Schlussendlich dürften aber keine größeren Ausschreitungen erfolgt sein. In Exil-Zeitschriften wurde allerdings über am Jahrestag in Ottakring und Floridsdorf angebrachte „*Losungen gegen die deutsche Armee und Hitler*“ berichtet.²²⁷

Verstärkt fanden sich diese Vorsichtsmaßnahmen der Nationalsozialisten noch im Jahr darauf. Schrieb doch das Organ der österreichischen Sozialisten in England, dass

²²⁴ Auszug aus dem Flugblatt, abgedruckt im Todesurteil des VGH gegen Franz Josef Fröch und Emil Ifkovics aus Felixdorf wegen Vorbereitung zum Hochverrat, 3.12.1942 zit. n. ARNBERGER (1987b), S. 233f.

²²⁵ vgl. From our Log-Book. In: London-Information No. 23/1943 S. 7.

²²⁶ zit. n. ROT-WEIß-ROT-BUCH (1946), S. 107.

²²⁷ vgl. „Fast jeder Wiener an der Widerstandsbewegung beteiligt“ – erklärt Augenzeuge im B.B.C. In: Zeitspiegel No. 44/November 1944 S. 2.

aufgrund der Verstreuung von Zetteln mit der Aufschrift „12. November“ für diesen Tag Abteilungen der SS in Wien in Alarmbereitschaft gesetzt und Verstärkungen von nicht-österreichischen Abteilungen angefordert worden sei.²²⁸ Für diese Maßnahmen am 12. November war sicherlich auch dessen konträre Konnotation bei den Nationalsozialisten entscheidend, ausgedrückt in der Formel, dass nie wieder ein „November 1918“ passieren dürfe bzw. die Negativkonnotation des Begriffes „November“ an sich („Novemberstaat“, „Novemberrepublikaner“ etc.).²²⁹

Im Ausland und hier von Seiten der sozialdemokratischen Exilorganisationen wurde der 12. November weiterhin begangen. So wurden regelmäßig vom Londoner Büro der österreichischen Sozialisten in mehreren Städten Novemberfeierlichkeiten organisiert. Aber auch in den USA, in Schweden,²³⁰ in Mexiko²³¹ und in Bolivien,²³² wobei für diesen Tag sogar eine eigene Exilhymne kreiert wurde, fanden Veranstaltungen statt. Allerdings kam es dabei auch zu Misstönen. So verdeutlicht ein Artikel im Exilblatt „London-Information“ einen Konflikt zwischen dem englischen, eher kommunistisch dominierten „Free Austrian Movement“ (FAM)²³³ und dem amerikanischen, sozialistischen „Austrian Labor Committee“ (ALC):

„Das Austrian Labour Committee lehnt es ab, ein Telegramm des Free Austrian Movement in London zu beantworten, in welchem es aufgefordert wurde, einer Erklärung zum 12. November zuzustimmen. Die vorgeschlagene Erklärung, die auffallenderweise die Worte Habsburg und Republik vermeidet, bedeutet einen Versuch frecher Geschichtsfälschung.“²³⁴

Der schlussendlich vom „Austrian Labor Committee“ zum 12. November 1942 veröffentlichte Beschluss bezog gerade in Richtung Habsburg eindeutig Stellung:

Die Propaganda der Habsburger-Agenten darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass alle Versuche zur Wiedereinsetzung der Habsburger in Österreich auf den entschlossenen Widerstand nicht nur des österreichischen Volkes, sondern auch aller Nationen stoßen würden, die sich 1918 vom Habsburger-Joch befreit haben. Nicht die Rückkehr einer mittelalterlichen und mit mittelalterlichen Methoden herrschenden Dynastie, sondern nur eine vorwärtsgerichtete, von sozialen Idealen erfüllte Revolution gegen Hitler kann den Frieden in Europa in Zukunft verbürgen.“²³⁵

²²⁸ vgl. The day we remember – the day we hope for. In: London-Information No. 22 1944 S. 2.

²²⁹ vgl. SCHMITZ-BERNING (1998), S. 432f.

²³⁰ vgl. MÜSSENER (1999), S. 334.

²³¹ vgl. KLOYBER (1988), S. 240.

²³² vgl. HAHN (1984), S. 21.

²³³ Das „Free Austrian Movement“ fungierte im Sinn einer Volksfrontstrategie, war also kommunistisch dominiert, versuchte also auch eine Vielzahl von bürgerlichen und konservativen Gruppierungen einzubinden und auf diese teilweise Rücksicht hinsichtlich ihrer Narrative zu nehmen.

²³⁴ Die verschwiegene Republik. In: London-Information No. 22/1942 S. 6-7.

²³⁵ Nie wieder Habsburg. Der Beschluss der Republik-Feier des Austrian Labor Committee. In: Austrian Labor Information No. 8/November 1942 abgedruckt in: VEREIN FÜR GESCHICHTE DER ARBEITERBEWEGUNG (1994), S. 25.

Selbst innerhalb der österreichischen sozialistischen Bewegung kamen anhand des 12. November Spannungen auf. So schrieb etwa Friedrich Adler zum 12. November 1942 einen Brief, in welchem er den ehemaligen sozialdemokratischen Wiener Partei- und Verbandsfunktionär Fritz Rager²³⁶ für seine Feststellung, dass Österreich am 12. November 1918 als eine unabhängige Republik konstituiert worden sei, heftig kritisierte:

„Für Opportunisten, die bereit sind ihre Fahne nach dem jeweiligen Wind zu drehen, ist die Erinnerung an jenen Zeitabschnitt, in dem alle Parteien in Österreich den Anschluss an Deutschland als einzigen Ausweg ansahen, gegenwärtig sehr wenig bequem, und sie werden daher von jener Epoche möglichst wenig reden. Aber die Verkehrung des Tatbestandes in sein Gegenteil ist kein zulässiges Auskunftsmittel. Eine Geschichtslüge von Goebbelschen Dimensionen am 12. November ist nicht nur eine seltsame Ehrung für die Republik, sondern auch eine Schande für die, die sie vorbringen.“²³⁷

Der Gegensatz zwischen Friedrich Adlers Position und der Haltung der meisten Exilorganisationen, wird gerade mit der Veröffentlichung der Moskauer Deklaration besonders deutlich. Stand doch der 12. November nun in einem direkten Zusammenhang mit der Gründung eines unabhängigen österreichischen Staates, fungierte also in Abgrenzung zu Deutschland. So wurden ab 1943 die Republikfeierlichkeiten vom Londoner Büro unter dem Schlagwort „*From the first to the second republic*“ abgehalten,²³⁸ um damit eben die Kontinuität der Republik Österreich und gleichzeitig die Distanzierung von Deutschland zu betonen.

Exkurs: Der Terminus „Zweite Republik“

Die Moskauer Deklaration stellt also nicht nur das eigentliche „Gründungsdokument“ der Zweiten Republik dar, sondern war auch von Exilseite der Anstoß für die Prägung und Etablierung der heute geläufigen Bezeichnung als „Zweite Republik“. Verwendete doch das Londoner Büro der österreichischen Sozialisten erstmals breit diesen Begriff in ihren Republikfeierlichkeiten 1943, um mit dieser Bezeichnung die Hoffnung auf ein neues, freies Österreich auszudrücken. Überhaupt zeigt sich anhand einer genaueren Untersuchung des Begriffes „Zweite Republik“, dass auch dessen Bedeutung sich im Laufe der Zeit gewandelt hat. Wurde dieser doch zuerst in einem ganz anderen

²³⁶ Zu diesem Zeitpunkt Vorsitzender des „Assembly for a Democratic Austrian Republic“

²³⁷ Brief von Friedrich Adler (N. Y. C.) an Fritz Rager (N. Y. C.) betreffend die Ankündigung einer Republikfeier der Assembly for a democratic Austrian Republic, 8.11.1942. (zit. n. EPPEL (1995b), S. 586f.) Adlers hier vertretene Position weist auch schon auf seine Außenseiterstellung in der österreichischen sozialistischen Bewegung nach 1945 durch sein Festhalten am Anschlussgedanken hin. (vgl. ARDELT (1978).) Spannend wäre in diesem Zusammenhang auch eine Analyse des im Archiv des International Institute of Social History in Amsterdam lagernde Nachlasses von Friedrich Adler, wo sich Dokumente zu den Republikfeiern 1942 und 1943 befinden würden. <http://www.iisg.nl/archives/en/files/a/10738547.full.php> zuletzt am 04.10.2009

Kontext geformt und stellte einen Kampfbegriff der Sozialdemokratie dar, mit welchem die Hoffnung auf eine veränderte politische Situation nach der Überwindung des „Ständestaates“ beschrieben wurde. Der Begriff wurde also als politischer Gegenentwurf zum „Ständestaat“ erstmals verwendet und bezog sich auch auf einen radikalen Bruch mit dem System der Ersten Republik. Ging es doch dabei überhaupt um die Schaffung eines neuen republikanischen Systems, einer sozialistischen Republik. So meinte etwa die „Arbeiterzeitung“ in ihrem Leitartikel zum 12. November 1934: *„Die zweite Republik, die wiedererstandene Republik muss und wird eine sozialistische Republik sein.“*²³⁹ Im Gegensatz zu 1945 war damit also nicht nur ein realpolitischer, sondern auch ein verfassungsmäßiger Neubeginn gemeint.

Tatsächlich breiten Einzug in den politischen Diskurs dürfte dieser Terminus allerdings erst mit der Moskauer Deklaration gefunden haben, wurde hier doch zum ersten Mal der Begriff tatsächlich weit verwendet und diente als Leitmotiv für die weiteren 12. November-Feiern. So wurde sogar im Jahr 1944 vom Londoner Büro der österreichischen Sozialisten eine Broschüre unter dem Titel „Die zweite Republik Österreich“ mit Artikeln von Karl Czernetz, Oscar Pollak und des späteren Verfassungsgerichtshofsmitglieds Wilhelm Rosenzweig herausgegeben. Besonders Rosenzweigs Artikel „Der Neuaufbau der österreichischen Republik“ ist in diesem Zusammenhang sehr interessant, verdeutlicht er doch von einem weitgehenden juristischen Gesichtspunkt aus, wie der Begriff der „Zweiten Republik“ verfassungsmäßig ausgefüllt werden sollte, aber auch welche Konzepte im österreichischen Exil für die Nachkriegszeit gerade unter dem Gesichtspunkt der „Entfaschisierung“ entwickelt wurden. Hier wird jedoch nur kurz auf die Vorstellungen von einer staatsrechtlichen Definition der Zweiten Republik eingegangen werden.

So betonte er den Unterschied zum Österreich von 1918, welches *„von der Mehrheit des Volkes nur als Notlösung und als ein Provisorium angesehen“* wurde, wohingegen nun auf demokratischem Wege die Etablierung eines sozialistischen Österreichs vorgesehen war. Dafür sollte in einer Übergangszeit auf die Verfassung von 1920 zurückgegriffen werden, allerdings nur um damit eine konstituierende Nationalversammlung zu wählen, welche eine neue Verfassung ausarbeiten werde. Auch hinsichtlich der Organisation Österreichs als Bundes- oder Einheitsstaates wurden Überlegungen angestellt, welche in der Empfehlung mündete, Befugnisse *„der Länder, insbesondere auch auf finanziellem Gebiet, auf die Gemeinden zu übertragen.“*

²⁴⁰ Im Gegensatz zur realpolitischen Ausfüllung des Terminus „Zweite Republik“ nach

²³⁸ London Information No. 21/1943, No. 21/1944.

²³⁹ Zum zwölften November. In: AZ 11.11.1934 S. 1

²⁴⁰ So meinte Wilhelm Rosenzweig bereits 1944: *„Es wird auch empfehlenswert sein, solche Personen [von einer ‚Entfaschisierung‘] auszunehmen, die später selbst Opfer des Naziregimes geworden sind.“* ROSENZWEIG (1944).

1945, etwa mit den Rückgriffen auf die Verfassung von 1929 und die bundesstaatliche Organisation, ist also die ursprüngliche Ausprägung des Begriffes viel stärker durch einen Bruch mit der Ersten Republik charakterisiert gewesen.

Vor der Rückkehr der Exilanten und ihrer Ausformung des Begriffes der „Zweiten Republik“ dürfte allerdings bereits Karl Renner den Begriff der „Zweiten Republik“ in den öffentlichen Diskurs in Österreich implementiert haben. So meint Manfred Welan: *„Die Stunde Null begann also mit Kontinuität. Renner, erster Kanzler der Ersten Republik, erster Kanzler 1945, sprach von der ‚Zweiten Republik‘. Das Wort bürgerte sich ein, obwohl es vom Standpunkt der Kontinuität und Identität durch das B-VG [Bundesverfassungsgesetz] nur eine Republik gibt.“*²⁴¹ Es bürgerte sich sogar insoweit ein, dass wie Ewald Ehtreiber feststellt, *„die Ausdrücke Zweite Republik und Österreich [...] im emotionalen, patriotischen Sprechen der Folgezeit zu Synonymen“* wurden.²⁴² Generell kann also zum Begriff der „Zweiten Republik“ festgehalten werden, dass dieser Begriff aus dem sozialistischen Lager stammte und auf einen Bruch mit der Ersten Republik und die Errichtung einer sozialistischen Republik abzielte, sich aber von einem Kampfbegriff zur weitgehend positiv konnotierten Bezeichnung der Zeit nach 1945 entwickelte.

Auch wenn es wie zuvor erwähnt gewisse Unstimmigkeiten innerhalb der sozialistischen Exilorganisationen gab, so dominierte dennoch ein weitgehend gemeinsamer Diskurs zum 12. November. So wurde Hitler in eine Traditionslinie mit der „Habsburgtyrannei“ gestellt und darauf hingewiesen, dass ein neuer November 1918 kommen würde.²⁴³ Die negative Codierung Habsburgs²⁴⁴ und damit der Zeit vor 1918 blieb also für das sozialistische Lager zentral. Darauf weisen auch Artikel wie „Habsburg: Teil der faschistischen Reaktion“²⁴⁵ hin, während der November 1918 als positiver Gedächtnisort des Aufbruchs erhalten blieb. So schrieb der „London-

²⁴¹ WELAN (2008b), S. 11. Da 1945 eigentlich ein Rückgriff auf die Verfassung von 1920/29 erfolgte. vgl. S. 51

²⁴² PANAGL et al. (2007), S. 492.

²⁴³ London-Information No. 21/1943 S. 1-3; No. 19/1942 S. 1.

²⁴⁴ Wozu natürlich auch die Konkurrenz zu den politischen Aktivitäten Otto Habsburgs in den USA beitrug. So meint zum Beispiel Martin Putschögl, der seine Diplomarbeit über die amerikanische Exilorganisationen der Sozialisten geschrieben hat: *„Schon von Beginn an ist auch klar, wer neben Hitler das zweite erklärte Feindbild des ALC ist – und dieser Gegner befindet sich anders als der ‚Führer‘ direkt vor der Haustür: Otto Habsburg, seit 1940 ebenfalls in den USA, setzt alles daran, eine österreichische Exilregierung und ein ‚österreichisches Bataillon‘ innerhalb der US-Armee unter seiner Führung aufzubauen. Beim ALC ist man sich der großen Wirkung Habsburgs auf einflussreiche Kreise der US-Politik bewusst, entsprechend scharf wird gegen den Kaisersohn agitiert; dreimal wird ihm sogar die Titelseite der ALINF gewidmet (Nr. 8: ‚Nie wieder Habsburg‘, Nr. 9 ‚Weg mit den habsburgischen Gespenstern!‘, Nr. 32 ‚Geben die Habsburger noch keine Ruhe?‘).“* PUTSCHÖGL, Martin; Friedrich Adler in den Vereinigten Staaten. In: Die Zukunft H. 2/2006 S. 45.

²⁴⁵ vgl. Habsburg: Teil der faschistischen Reaktion. In: London-Information No. 1/1943 S. 3.

Information“ anlässlich der Wiederkehr des 12. November:

„Let no one belittle the feeling of deliverance that swelled our hearts in those happy, hectic, historic days when we triumphed over centuries of despotism.“²⁴⁶

Der 12. November war also auch als Gedenktag doppelt besetzt, einerseits um auf die Habsburggefahr hinzuweisen, andererseits aber auch um die Hoffnung auf ein freies neues Österreich auszudrücken.

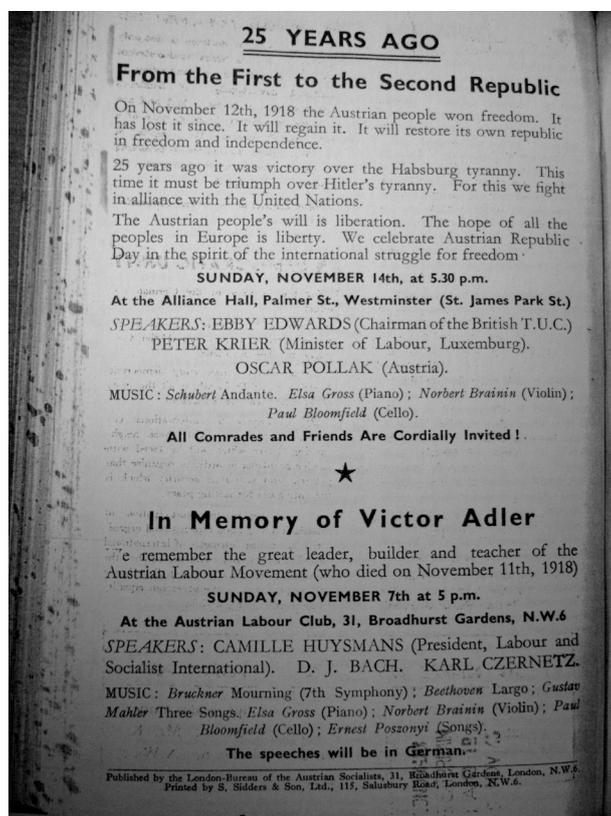


Abbildung 1: Einladung zur Republiksfeier der österreichischen Sozialisten in London²⁴⁷

Der Umgang mit der habsburgischen Vergangenheit gestaltete sich allerdings auch von Land zu Land unterschiedlich. So schreibt etwa Elisabeth Röhrlich über das schwedische Exil und Bruno Kreisky, dass dort im Gegensatz zu anderen sozialistischen Exilorganisationen, Rückgriffe auf das Habsburgerreich (auf kultureller Ebene) erfolgten, um die nationale Eigenständigkeit Österreichs und die Abkehr von der Anschluss-Idee zu betonen. So wurde auch der 25. Jahrestag der Gründung der Republik in diesem Rahmen begangen.²⁴⁸ Hinsichtlich der Besonderheit der schwedischen Emigration sprach auch Stefan Donecker, dass gerade die Rückkehr der schwedischen Emigranten half, „die Berührungsgängste der SPÖ vor dem vermeintlich ständestaatlichen Konzept der österreichischen Nation abzubauen und den

²⁴⁶ What November 12th means to us. In: London-Information No. 21/1942 S. 7.

²⁴⁷ London-Information Teil der Sonderausgabe zur Moskauer Deklaration vom 5. November 1943.

²⁴⁸ vgl. RÖHRLICH (2009), S. 89f.

Österreichbezug im Parteiprogramm zu forcieren²⁴⁹ und Ernst Hanisch meint in diesen Zusammenhang überhaupt, dass es Bruno Kreisky gewesen sei, der die Sozialisten endgültig mit Österreich versöhnt habe.²⁵⁰

Innerhalb des wichtigen Londoner Büros der Sozialisten lassen sich allerdings einige Argumentationsmuster im Zusammenhang mit 1918 feststellen: So stand einerseits die schon erwähnte Ablehnung der Habsburgerzeit im Mittelpunkt, andererseits aber auch die Erinnerungen an das „Rote Wien“, dessen Errungenschaften nach dem Krieg auf ein rotes Österreich ausgedehnt werden sollten. Außerdem wurde im Zusammenhang mit der Erinnerung an den November 1918 auch immer wieder auf den Februar 1934 und die faschistischen Strömungen im Inneren hingewiesen und deren Rolle für den Untergang Österreichs 1938 betont.

Vom zuvor schon erwähnten „Free Austrian Movement“, einem Zusammenschluss verschiedenster Exilorganisationen aus unterschiedlichsten Lagern (Konservative, Sozialisten, Kommunisten etc.) im Sinne einer kommunistischen Volksfrontstrategie, wurde zum 25. Jahrestag der Republikgründung eine Broschüre mit dem Titel „1918-1943. To commemorate the Foundation of the Austrian Republic“ herausgegeben. Im Mittelpunkt dieses Heftes standen dabei die Leistungen der Ersten Republik. Artikel zur Sozialgesetzgebung, Musik und Kultur, dem Gesundheitssystem und dem Schulsystem zeichneten ein positives Bild der Ersten Republik, welches nur ein Aufsatz zur wirtschaftlichen Situation etwas korrigierte. Der 12. November stand darin symbolisch als Zeichen für eine bald kommende Wiederauferstehung Österreichs.

Das Aussagekräftigste sind allerdings die Leerstellen der Broschüre. Bis auf eine Stelle wurde nämlich ein großer Bogen um das Jahr 1934 gemacht. Selbst Autoren mit kommunistischem oder sozialistischem Hintergrund, wie der spätere „Volksstimme“-Mitarbeiter Jenö Kostmann oder das spätere KPÖ-Zentralkomitee-Mitglied Marie Köstler, erwähnten nicht einmal diese Jahreszahl als Zäsur. Fast würde man sich in einem konservativen Blatt vermuten, wenn Kostmann schrieb:

„Yet even more outstanding than the mistakes we see the unfettered and tenacious will to live which Austria never lost, which enabled the Austrian people to survive political and economic crises, which gave them the strength to defy for five long years the onslaughts of Hitler Germany, until they were forced to yield to the overwhelmingly superior forces of the enemy.“²⁵¹

Kostmann betonte also indirekt, wie später von konservativer Seite üblich, die Abwehrleistung Österreichs unter Dollfuß und Schuschnigg nach der Machtübernahme

²⁴⁹ DONECKER (2004), S. 175.

²⁵⁰ vgl. HANISCH (2002g), S. 31.

²⁵¹ 1918 - 1943 (1943), S. 2.

der Nationalsozialisten in Deutschland. Die Broschüre zum 12. November stand also, im Gegensatz zur Gedenkkultur der sozialistischen Organisationen, nicht unter dem Gesichtspunkt der Erinnerung an den Untergang des Habsburgerreiches und der Gründung der Republik, sondern darunter, die Unabhängigkeit Österreichs und dessen Leistungen zu betonen und dabei die Divergenzen in der Geschichtsauffassung unerwähnt zu lassen. In diesem Spannungsfeld lagen wahrscheinlich auch die Ursachen, weshalb das „Austrian Labor Comitee“, wie erwähnt, eine gemeinsame Erklärung mit dem „Free Austrian Movement“ abgelehnt hatte.

Dass teilweise von kommunistischer Seite ein anderer Umgang mit dem 12. November erfolgte, belegt auch ein im „Zeitspiegel“²⁵² abgedruckter Artikel Ernst Fischers, der im Zusammenhang mit 1918 besonders den fehlenden Glauben der Bevölkerung (*„nicht nur die österreichischen Agenten des deutschen Imperialismus, sondern unglücklicherweise auch österreichische demokratische Gestalten der Politik“*) betonte.²⁵³ Stand bei den Sozialisten also in erster Linie die Aufbruchstimmung im Vordergrund und wurde die Ursache für das Ende der Ersten Republik in der österreichischen Spielart des Faschismus gesehen, so wurde hier auch der fehlende Glaube aller Parteien an Österreich im Jahre 1918 betont.

Ganz anders war natürlich der Umgang von konservativen Exilorganisationen mit dem 12. November. So fällt auf, dass in deren Exil-Publikationen der 12. November meist gar nicht erwähnt wurde, etwa in der „Austrian Democratic Review“ („Österreichische Rundschau“) von „Austrian Action – Free Austrian Movement“ oder in der „Voice of Austria“ (später „Liberation“), welches unter einem sehr starken Einfluss von Otto Habsburg stand.²⁵⁴ Die „News of Austria“ vom „Free Austrian Council“ behandelte ebenfalls nicht den 12. November, berichtete aber über Veranstaltungen in vielen amerikanischen Städten zum drei Tage später stattfindenden Leopolditag. Die unterschiedlichen Gedenktraditionen wurden also auch im Exil weiterverfolgt.²⁵⁵ Kam hingegen 1918 vor, war dieses eindeutig negativ besetzt. So erschien in „Austria - a conservative-democratic paper of opinion“ zum November 1944 ein Artikel mit dem Titel: „Ein Bilderbuch vom Anschluss 1918 – wie ich St. Germain erlebte – das verschacherte Südtirol.“²⁵⁶ Der Autor vertrat darin die Meinung, dass von der

²⁵² Der „Zeitspiegel“ war das Publikationsorgan des „Austrian Centre“, einer überparteilichen Organisation, welche von ambitionierten Kommunisten getragen wurde. vgl. MÜLLER, S. 7.

²⁵³ FISCHER, Ernst; Der Weg in die Zukunft. In: Zeitspiegel No. 44/November 1944 S. 2.

²⁵⁴ vgl. CONZE (2005), S. 103. Nur im Zusammenhang mit der Kategorie des „Widerstands“ kam der 12. November vor. So schrieb das Blatt in der Januar Ausgabe von 1944 auf Seite 8 *„On November 12th, the twenty-fifth anniversary of the proclamation of the Austrian republic, the walls of Vienna blossomed forth with the ominous slogan - !1918! “*

²⁵⁵ vgl. Saint Leopold's Day. In: News of Austria Vol. 1 No. 2/19. November 1941 S. 2.

²⁵⁶ Ein Bilderbuch vom Anschluss 1918 – wie ich St. Germain erlebte – das verschacherte Südtirol. In: Austria - a conservative-democratic paper of opinion November 1944.

österreichischen Regierung Südtirol für den „Anschluss“ geopfert werden hätte sollen. 1918 wurde also bloß unter dem Aspekt des Anschlussgedankens und des Zerfalls wahrgenommen. Der von den Sozialisten betonte Wechsel der Staatsform blieb hingegen unbeachtet.

Von alliierter Seite war man sich jedoch der Bedeutung des 12. November als Jahrestag bewusst. So strahlte etwa die BBC eine Radiosendung am 12. November 1943 aus, wobei jedoch um den unterschiedlichsten Bevölkerungsgruppen gerecht zu werden, ausdrücklich auf die unterschiedliche Besetzung dieses Tages hingewiesen wurde:

Für manche von Ihnen, besonders die ältere Generation, ist es ein Tag der wehmütigen Erinnerung an den Zerfall eines großen Reiches, für andere wieder ein Tag der stolzen Erinnerung der Geburt einer Republik.²⁵⁷

Fern von parteipolitischer Orientierung sollte hier der 12. November kein parteipolitisches Datum darstellen „um in die Vergangenheit zurückzublicken“, sondern einen Jahrestag, an welchem die Moskauer Deklaration Hoffnung gegeben habe, um „vorwärts in die Zukunft zu schauen“.

Für den Zeitraum von 1934 bis 1945 lässt sich also nur von einer bedingten Umcodierung des 12. November sprechen. So gewann zwar der Gedenktag abhängig von der politischen Situation einige Aspekte des Erinnerns und Gedenkens dazu (Februarkämpfe, „von der Ersten zur Zweiten Republik“) und im Mittelpunkt stand nun der Kampf gegen Hitler, dennoch blieben die Bruchlinien zwischen den einzelnen Gruppierungen vorhanden. Stand von Seiten der Sozialisten die Erinnerung an den Tod Viktor Adlers und die Gründung der Republik im Vordergrund, so wurde der Jahrestag vom konservativen Lager weitgehend ignoriert. Einzig in den teilweise kommunistisch dominierten Organisationen wie dem „Free Austrian Movement“ lassen sich – offenkundig entsprechend der Volksfrontstrategie – auch ausgeglichene Stimmen zum 12. November finden, welche sich nicht durch eine kämpferische Rhetorik auszeichneten, sondern in ihren Auslassungen zum 12. November schon gewissermaßen eine Form eines gemeinsamen, wenn gleich von kommunistischer Seite dominierten „Burgfriedens“ charakterisierte.

²⁵⁷ SMITH, Patrick; Frei und unabhängig, aber nie allein (Rede zum 12. November in der öst. Sendung der BBC). In: Zeitspiegel No. 43/November 1943 S. 3.

6 DIE TRANSFORMATION DER NARRATIVE ZUM 12. NOVEMBER

6.1 Nachkriegszeit/1948: Konfliktvermeidung und Kontinuitätssuche

Vergleicht man die Nachkriegszeit mit der Ersten Republik, so verdeutlichen sich schon exemplarisch an der Stellung der Parteien zum Staat die Veränderungen hinsichtlich der Konfliktkultur. Gewissermaßen symbolhaft zeigt sich dies in der Beschlussfassung der Unabhängigkeitserklärung. Kam den Parteien in der Ersten Republik durch ihre Durchorganisierung aller Lebensbereiche und die starke Abgrenzung voneinander fast die Rolle eines Staates im Staate zu, so wurde das Gründungsdokument der Zweiten Republik, die Unabhängigkeitserklärung vom 27. April 1945, von den Parteien per se, bzw. von ihren Vorständen beschlossen und nicht von durch eine Wahl legitimierten Volksvertretern.²⁵⁸ Von ihrer Rolle als Staaten im Staat wandelten sie sich also zu den eigentlichen Gründern der Zweiten Republik. Diese veränderte Haltung zum Staat, wurde auch ausdrücklich in der ersten Regierungserklärung von 1945 festgeschrieben. Wurde darin doch gerade der überparteiliche Charakter der Verwaltung, respektive der Proporz, betont, um so „*Parteilichkeit, Einseitigkeit und Willkür in der Verwaltung*“ auszuschließen.²⁵⁹ Im Gegensatz zur Ersten Republik betonten also die Parteien in ihrer Regierungserklärung einen überparteilichen Grundsatz, um eigene Parteiinteressen zurückzustellen.

Bezüglich der Rolle und auch der Kontinuität der Parteien im Staate hatte sich allerdings nicht viel geändert. Noch immer stellten die beiden Lager ÖVP und SPÖ Weltanschauungsgemeinschaften dar, welche sich stark voneinander abgrenzten. Aber nicht nur hier bestand eine Kontinuität zur Ersten Republik, auch eine Vielzahl der Politikerkarrieren knüpfte wieder dort an, wo sie 1934 oder 1938 geendet hatten.²⁶⁰

Zwischen den Parteiliten existierte nun jedoch ein weitgehender Konsens, die tiefen Konfliktlinien der Zwischenkriegszeit nicht mehr aufleben zu lassen. Im öffentlichen Sprachgebrauch prägte sich als Erklärung dafür das Schlagwort vom „Geist der Lagerstraße“ ein, welches, auch wenn es geschichtswissenschaftlich falsifiziert worden

²⁵⁸ vgl. PELINKA (2005h), S. 18f. 1918 wurde hingegen das Staatsgründungsgesetz von den deutschsprachigen Mitglieder des 1911 gewählten Reichsrates beschlossen. Eine Überlegung, welche auch 1945 bzgl. der überlebenden Abgeordneten des letzten Nationalrats 1933 von Renner angedacht wurde, allerdings aus diversen Gründen nicht verwirklicht wurde. So waren, worauf Manfred Welan hinweist, die politischen Verhältnisse nicht danach, waren doch Sowjets und Kommunisten (im Gegensatz zu den Nationalratswahlen 1933) präsent. vgl. WELAN (1995a), S. 7.

²⁵⁹ zit. n. RAUSCHER (2005a), S. 436.

²⁶⁰ vgl. KLAMPER (1997), S. 170.

ist, trotz der weitgehend fehlenden biographischen Berührungspunkte der Politiker beider Couleur in den Konzentrationslagern auf eine gewisse Weise den Politikstil symbolisierte, der die politische Kultur der ersten Jahrzehnte prägte.²⁶¹

Doch neben diesen „Lehren aus der Vergangenheit“ spielte auch die Bedeutung der Besatzungsmächte eine wichtige Rolle, weshalb die Konflikte der Zwischenkriegszeit nur mehr gedämpft an die Oberfläche traten und keine Flächenbrände mehr entzündeten. So erklärte Karl Renner auf einer Parteivorstandssitzung der SPÖ am 13.9.1945

„Die politischen Kämpfe sind mit einer gewissen Zurückhaltung zu führen. Die Einigkeit der drei Parteien darf jetzt nicht zerrissen werden. Das würde in den Augen der Alliierten beweisen, dass wir uns nicht selbst regieren können und sie würden daraus den Schluss ziehen, dass sie hierbleiben und eingreifen müssen. Wir müssen uns mit unseren Gegnern – wenn auch zähneknirschend – vertragen. Auch das ist eine revolutionäre Taktik.“²⁶²

Neben diesem Wunsch des Abzuges der Alliierten trug aber auch der Grund, dass alle Gesetzesentwürfe die Zustimmung des Alliierten Rates benötigten, um in Kraft treten zu können, dazu bei, dass geschichtspolitische oder ideologische Kämpfe nicht mehr in der Öffentlichkeit ausgetragen wurden und die Spaltung der Erinnerungskulturen der beiden Großparteien nicht zu einem bestimmenden Thema der Politik wurde.²⁶³

a Wahlkämpfe – Mobilisierung durch Erinnerung

Basierte das politische System der Zweiten Republik also stark auf einer großkoalitionären Haltung, welche versuchte die divergierenden Parteinarrative auf staatlicher Ebene nicht zu stark in den Vordergrund zu stellen, so gab es dennoch Bereiche, in welchen die Konflikte rund um die Interpretation der Vergangenheit wieder in den Vordergrund rückten. Gerade in den Wahlkämpfen der Nachkriegszeit hatte etwa das in Erinnerung rufen der Zwischenkriegszeit bzw. die damit verknüpfte Betonung der vom politischen Gegner ausgehenden Gefahr, aufgrund der Bedeutung des hohen Stammwähleranteils, die Funktion das eigene Wählerpotential zu mobilisieren.²⁶⁴ Es verwundert daher nicht, wenn Ralf Mosser in seiner Diplomarbeit zu den Nationalratswahlen der Nachkriegszeit hinsichtlich des Wahlkampfes von 1945 zu dem Ergebnis kommt, dass das dominierende Sujet nicht der Wiederaufbau, sondern die unbewältigte Vergangenheit gewesen sei, womit natürlich die Zeit vor 1938 gemeint

²⁶¹ Hinsichtlich einer genaueren Betrachtung der unterschiedlichen Politikstile zwischen Erster und Zweiter Republik von politikwissenschaftlicher Seite mit Fokus auf die unterschiedlichen Ausgangspositionen, Ausprägungen der Verfassungsstrukturen, Parteien- und Verbändesystems, die individuelle Partizipation und plebiszitäre Tendenzen vgl. NICK (1984).

²⁶² zit. n. KLAMPER (1997), S. 171 bzw. ähnlich 173.

²⁶³ vgl. RAUCHENSTEINER (1997), S. 264.

²⁶⁴ vgl. SCHICKER (2007), S. 46.

war.²⁶⁵ Dieses Thema fand auch in den nächsten Jahren noch Verwendung, wurde gegen Ende der 50er jedoch in den Hintergrund gedrängt und verschwand ab den 70ern ganz, nachdem mit der beginnenden Erosion der Lager auch die polarisierenden Angst-Sujets an Bedeutung und Wirkung eingebüßt hatten.²⁶⁶

Auffallend ist jedoch, dass in den Wahlkämpfen die demokratische Periode der Ersten Republik eine sehr geringe Rolle spielte. Im Mittelpunkt stand vielmehr die Zeit des Bürgerkrieges und des Austrofaschismus. Nur in den ersten Wahlen nach 1945 wurde von der SPÖ etwa auch das Jahr 1918 als Chiffre verwendet, wobei sie etwa in ihrem Wahlprogramm die WählerInnen aufforderte, *„ihnen wie 1918 die Zukunft anzuvertrauen, damit Österreich wieder eine Demokratie [werde].“*²⁶⁷ Der Hinweis auf die von der Sozialdemokratie initialisierte Staatsgründung spielte also als Kontrastbild zu Austrofaschismus und Nationalsozialismus eine Rolle. Das Symbol 1918 tauchte daher im Jahr 1945 als identitätsstiftender Erinnerungsort in der Wahlwerbung der SPÖ auf, worauf auch das Online-Projekt „Bildstrategien“ von „Demokratiezentrum.org“ hinweist.²⁶⁸ So wurde zum Beispiel indirekt auf einem Plakat (siehe Abb. 2) Renner als der „Baumeister zweier Republiken“ dargestellt oder auf einem anderen von Viktor Slama gestalteten Sujet (siehe Abb. 3) ein direkter Zusammenhang zwischen 1918 und 1945 hergestellt, um eben die positive historische Kontinuität und Regierungserfahrung der SPÖ zu untermauern.

In den darauf folgenden Jahren verschwand die demokratische Periode der Ersten Republik allerdings praktisch gänzlich aus den Plakatsujets und kehrte erst 1959 in einer negativen Ausformung zurück. Norbert Hölzl beschreibt dieses Plakat so:

„Da erschien ein hohlwangiger Mann mit einem Kind, dazu die Arbeitslosenkarte ‚Karl Sempfer, Dreher, Nr. 594.367‘: ‚1.Republik ohne Sozialisten in der Regierung – 600.000 arbeitslos. 2. Republik mit den Sozialisten in der Regierung 2,200.000 in Arbeit.“²⁶⁹

Diese spätere ambivalente Bezugnahme auf die Erste Republik verdeutlicht, dass – abgesehen von der ersten Nachkriegszeit – die Erinnerung an die Erste Republik nicht zentral zur Wählermobilisierung eingesetzt wurde und in der Bedeutung weit hinter den

²⁶⁵ vgl. MOSSER (1984), S. 13.

²⁶⁶ vgl. HÖLZL (1974), S. 86 bzw. 148-155. Elisabeth Klamper interpretiert allerdings die Wahlkämpfe der Nachkriegszeit etwas anders. Für sie standen auch schon 1945 im Mittelpunkt der Wahlpropaganda Versöhnung und Zusammenarbeit, wobei überhaupt nach 1951 die politischen Konflikte um die Erste Republik keine Rolle in den Wahlkämpfen mehr gespielt hätten. (vgl. KLAMPER (1997), S. 180f.) Wenn man die Themen der Wahlkämpfe betrachtet, dürfte sie damit recht haben, unterschwellig, gerade in den Angstsujets der Plakate, dürften die Rückbezüge auf die Zwischenkriegszeit jedoch noch um einiges länger mittransportiert worden sein.

²⁶⁷ MOSSER (1984), S. 12.

²⁶⁸ <http://www.demokratiezentrum.org/bildstrategien/demokratie.html?index=3&dimension=Zeit> und <http://www.demokratiezentrum.org/bildstrategien/demokratie.html?dimension=BestOf> beide am 19.08.09

²⁶⁹ HÖLZL (1974), S. 89.

emotional aufgeladenen Erinnerungsort 1934 zurücktrat.²⁷⁰



Abbildung 2: Vom Bauernsohn zum Staatskanzler; Wahlplakat der SPÖ für die Nationalratswahl am 25. November 1945²⁷¹



Abbildung 3: Wie 1918 Wahlplakat der SPÖ für die Nationalratswahl vom 25. November 1945²⁷²

²⁷⁰ Dass die Erinnerungen an 1934 und den Austrofaschismus in erster Linie nur innerhalb der Wahlkämpfe zur Mobilisierung des eigenen Lagers akut wurden und im alltäglichen politischen Diskurs weitgehend darauf verzichtet wurde, machte die Ausstellung „Niemand vergessen“ deutlich. So wurde zum Beispiel auch vom rechten Flügel der SPÖ Druck auf Victor Slama ausgeübt, dass die Jahre zwischen 1934-1938 weggelassen werden müssten. Kos (1994a), S. 33.

²⁷¹ Quelle: Wiener Stadt- und Landesbibliothek; Abb. auch auf <http://www.demokratiezentrum.org/bildstrategien/personen.html?index=0&dimension> zuletzt am 31.01.2010

²⁷² Quelle: Österreichische Nationalbibliothek, Flugblätter-, Plakate- und Exlibris-Sammlung; auf

b Die Suche nach staatlicher Kontinuität

Ähnlich wie von sozialdemokratischer Seite in den ersten Nationalratswahlen versucht wurde, eine positive Kontinuität zwischen ihrer Rolle bei der Staatsgründung 1918 und dem Jahr 1945 herzustellen, so wurden auch generell von staatlicher Seite Kontinuitäten für den österreichischen Staat und die österreichische Nation in der Vergangenheit gesucht. Stefan Spevak zeigt etwa in seiner Arbeit den staatspolitischen Versuch der Konstruktion von nationaler Tradition im Rahmen der 950-Jahr-Österreich-Feierlichkeiten im Jahr 1946. War doch die als Ausgang für die Feierlichkeiten genommene Urkunde vor diesem 950. Jahrestag weitgehend unbeachtet geblieben und stellte doch die Erwähnung des Terminus „Ostarrichi“ maximal den Namenstag, nicht aber den Geburtstag Österreichs dar, da dieses auch schon vor seiner urkundlichen Erwähnung existiert hatte.²⁷³ Wie Stefan Spevak allerdings herausarbeitet, sollten durch die Feierlichkeiten überparteilich integrative Narrative erzeugt werden und gezeigt werden, dass „Österreich“ und nicht „Ostmark“ der historische Name für Österreich gewesen sei, um auch die Distanz zu Deutschland zu betonen. Die Bemühungen, an weit zurückliegende Kontinuitäten anzuknüpfen, gingen dabei in erster Linie von der ÖVP aus, wobei allerdings auch in der KPÖ von Ernst Fischer historische Anleihen bei den Babenbergern gesucht wurden, während die SPÖ diesem Zugang eher kritisch gegenüberstand. Kritisch insbesondere deswegen, weil doch die Rückgriffe auf die Habsburgermonarchie und der daraus abgeleitete Topoi des „österreichischen Menschen“ Anleihen bei der Ideologie des Austrofaschismus nahmen, weshalb die SPÖ in den Anfangsjahren dem Begriff einer österreichischen Nation nicht viel abgewinnen konnte.²⁷⁴ Deutlich werden diese Unterschiedlichkeiten auch in den Geschichtsbildern der Kinder- und Jugendzeitschriften der einzelnen Parteien zu den Feierlichkeiten, welche Stefan Spevak analysiert. So wurde der Österreich-Begriff je nach Parteizugehörigkeit anders gefüllt, wobei besonders die oft diametral entgegengesetzte Konnotation der Monarchie und damit auch der Schnittstelle 12. November hervortrat.²⁷⁵ Eine ähnliche Situation, zwischen einem in die Öffentlichkeit getragenen Konsens einerseits²⁷⁶ und einer in den Parteiorganen deutlich werdenden Spaltung der Narrative bezüglich dieses Gedächtnisortes

<http://www.demokratiezentrum.org/bildstrategien/demokratie.html?index=3&dimension>
zuletzt am 31.01.2010

²⁷³ vgl. BRUCKMÜLLER (1994a), S. 116. Hinsichtlich der Bedeutung der Bezugnahme auf die Vergangenheit zur Stärkung der eigenen Identität ist etwa auch das Beispiel von Wiener Neustadt interessant, wo die 750-Jahr-Feiern ein paar Jahre nach dem eigentlichen Jahrestag stattfanden, was die Bedeutung des Festes an sich zur Identitätskonstruktion unabhängig vom tatsächlichen Jahrestag unterstreicht. vgl. SPEVAK (2003), S. 23.

²⁷⁴ vgl. SUPPANZ (2007d), S. 233; DONECKER (2004), S. 174f; REITERER (1996a), S. 283ff; KLAMPER (1997), S. 178.

²⁷⁵ vgl. SPEVAK (2003), S. 82–89.

²⁷⁶ vgl. SPEVAK (2003), S. 24f.

andererseits, wird auch 1948 bei der Begehung des 30jährigen Republikjubiläums deutlich.

Positive Rückgriffe erfolgten allerdings nicht nur auf weit zurückliegende Epochen, sondern auch auf die Zeit der Ersten Republik, wobei diese sicherlich eher von pragmatischen Gründen als von erinnerungspolitischen Ambitionen geleitet wurden, sich bald aber positiv in die Mechanismen zur Schaffung eines österreichischen Staats- und Nationalitätsgefühls inkludierten. Im Gegensatz zu späteren Jahren hatte die Erste Republik also nicht nur eine negative Konnotation, sondern diente auch zur positiven Bezugnahme.

Besonders offensichtlich wird dieser Versuch einer Kontinuitätskonstruktion zur Ersten Republik in der Gründungsphase der Zweiten Republik. So wollte ursprünglich Karl Renner ähnlich wie im Jahr 1918 auch 1945 die Republik durch die Einberufung der Überlebenden des letztgewählten demokratischen Parlaments begründen,²⁷⁷ was schlussendlich jedoch nicht möglich war. Außerdem sah er eine Rückkehr zum Österreich der Jahre 1918-20 vor, also der Zeit einer Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokraten und Christlichsozialen bzw. der Zeit der Etablierung einer wegweisenden Sozialgesetzgebung. War doch gerade diese Epoche der Ersten Republik von sozialdemokratischer Seite im Gegensatz zur „bürgerlichen Republik“, welche versucht hatte, die sozialen Errungenschaften (den „Revolutionsschutt“) wieder zu beseitigen, positiv konnotiert. Symbolisiert wurde die Rückkehr zu diesem Abschnitt etwa auch in den anfänglichen Bezeichnungen von „Staatsamt“ und „Staatssekretär“ (für Ministerium und Minister), welche *„nicht bloß den Übergangscharakter dieses Kabinetts aus[drückten], sondern [...] auch an die sozialdemokratisch geprägten Anfänge der Ersten Republik“*²⁷⁸ erinnern sollten, wie Walter Rauscher schreibt.

Es wurden daher auch nach dem Muster von 1918/19 wiederum die Länder in den Staatsgründungsprozess in Form von Länderkonferenzen einbezogen.²⁷⁹ Diese wurden im Herbst 1945 abgehalten und werden in ihrer Bedeutung von Ernst Bruckmüller als die faktische Gründung der Zweiten Republik gesehen.²⁸⁰ Bezeichnend ist dabei auch der Ort an welchem diese Zusammenkünfte stattfanden, nämlich das niederösterreichische Landhaus, in welchem im Oktober 1918 die deutschsprachigen Mitglieder des Abgeordnetenhauses über die Gründung der Ersten Republik Österreich beratschlagten. Einer Bedeutung, der sich die Teilnehmer bewusst waren, so merkte Leopold Figl an:

"In diesem Hause sind politisch entscheidende Kundgebungen und Beschlüsse

²⁷⁷ vgl. WELAN (1995a), S. 7.

²⁷⁸ RAUSCHER (2007c), S. 20 und 313.

²⁷⁹ vgl. BINDER et al. (2005), S. 9f.

²⁸⁰ vgl. BRUCKMÜLLER (1996b), S. 100.

gefasst worden: vor dem Jahr 1914, zwischen 1914 und 1918, und als es nach dem ersten Weltkrieg galt, Österreich neu zu gestalten, versammelten sich in diesem Hause die Vertreter unseres Volkes zur provisorischen Nationalversammlung. Es war die Geburtsstunde der Ersten Republik Österreich. Und heute nach sieben Jahren brutaler Gewalt, in denen dieses Österreich ausgeradiert war, in denen das Volk von Österreich gezwungen war, manches zu tun was seinem Herzen widerstrebte, sind wir stolz, dass wir wieder im freien Österreich tagen können, und dass in diesem Saale wieder die erste Länderkonferenz des neuen Österreichs stattfindet."²⁸¹

Oder wie es Karl Renner ausführte:

"Nun sind wir wieder hier, und ich glaube, dieses Zusammentreffen soll für uns ein gutes Omen sein. Es ist, wenn man die Geschichte zu rate zieht, selten so, dass eine große Sache auf den ersten Wurf so gelingt, dass sie Dauer hat. Die Erste Republik, die hier begründet wurde, ist nach Jahren gescheitert [...] und es hat das Band zwischen den Ländern zerrissen. Welch ein törichter Versuch."²⁸²

Im Rahmen der erneuten Staatsgründung wurde im Gegensatz zu Deutschland auch keine neue Verfassung verabschiedet, sondern an jene der Ersten Republik angeknüpft. Auch wenn von Karl Renner die ursprüngliche Ausformung von 1918/20 als Verfassungsgrundlage vorgesehen worden wäre, setzte sich auf Druck der ÖVP schlussendlich deren Ausgestaltung von 1929 durch, welche starke Anleihen bei der Weimarer Verfassung nahm.²⁸³ Vielleicht mit ein Grund, weshalb von Seiten des Alliierten Rates Einspruch gegen die Verfassungskontinuität erhoben wurde. Zur Verteidigung im Nationalrat meinte allerdings der sozialistische Vizekanzler Adolf Schärf:

"Es wurde von der ganzen Bevölkerung, von allen Parteien als selbstverständlich empfunden zu dem Verfassungszustand des Jahres 1933 zurückzugehen; denn es hat sich gezeigt, dass Österreich mit seinen Einrichtungen bis zum Jahre 1933 im Herzen der Bevölkerung Österreichs - das Österreich gewesen ist, das sie wieder ersehnt hat."²⁸⁴

Bis auf Zwischenrufe der Kommunisten, welche eine neue Verfassung wünschten, erfuhr Schärf's Rückbezug auf die Erste Republik, als das „*im Herzen ersehnte Österreich*“ stürmischen Applaus.

Aber auch hinsichtlich der Landesgrenzen wurden etwa Kontinuitäten zur Ersten Republik gesucht. So weist Walter Rauscher auf ein von Renner inspiriertes Gutachten hin, in welchem die Grenzen von 1919/20 als unveränderlich verstanden wurden (mit Ausnahme von Südtirol), um eventuellen Gebietsansprüchen entgegenzutreten.²⁸⁵ Was im Rahmen der Pariser Vorortverträge also noch als künstliche Reduktion auf einen

²⁸¹ STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL (1945), S. 3.

²⁸² STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL (1945), S. 34.

²⁸³ vgl. PELINKA (1999f), S. 267.

²⁸⁴ Der Nationalrat beharrt auf der Verfassung. In: AZ 13.04.1946 S. 1.

²⁸⁵ vgl. RAUSCHER (1995b), S. 346f.

Kleinstaat verstanden worden war, stellte nun unveränderliche Grenzen dar. In eine ähnliche Richtung hinsichtlich einer pragmatischen Suche von Kontinuität weist auch eine Mitteilung von 1946 an den Völkerbund(!), um mitzuteilen, dass die Mitgliedschaft noch fortbestehe. Laut Manfred Rauchensteiner sollte *„damit Kontinuität angedeutet [werden] und auch in der Frage, ob Österreich okkupiert oder annektiert worden war, eine klare Aussage getroffen werden: Österreich sei okkupiert worden.“*²⁸⁶ Es sollten also Kontinuitäten zur Ersten Republik gezogen werden um den Status des Staates Österreich zu untermauern.

Auf persönlicher Ebene wurden ebenfalls, wenn man die Beamtschaft betrachtet, wieder Kontinuitäten zur Ersten Republik aufgegriffen. Allerdings waren es meist Beamte, welche nicht 1934, sondern 1938 entlassen worden waren, die zu ihren Dienststellen zurückkehrten,²⁸⁷ was der Historiker Dieter Binder als die *„selbstverständliche Rückkehr in das emotionale Gebäude der Republik Österreich von 1919/[34-38]“* bezeichnet.²⁸⁸

Offensichtlich wird die Kontinuität auch, wenn man die Staatssymbole betrachtet. So fanden viele offizielle Symbole der Ersten Republik, in welcher noch heftig über sie debattiert worden war, ohne größere Schwierigkeit Aufnahme in das Repräsentationsrepertoire der Zweiten Republik. Durch das Wappengesetz vom 1. Mai 1945 wurden die Fahne ebenso wie das Wappen staatlich übernommen, wobei das Wappen um eine gesprengte Kette ergänzt wurde. Wie Susanne Frölich-Steffen schreibt, berief sich *„mit dieser Symbolsprache die politische Führung auf die Erste Republik, die gesprengten Ketten bekräftigten die Opferthese.“*²⁸⁹ Zur Symbolik der Übernahme meint auch der Essayist Robert Menasse:

Die Gründe dafür, dass die Zweite Republik das Staatswappen der Ersten Republik wiedereinführte, scheinen zunächst unmittelbar einsichtig: die Zweite Republik war zwar ein neugegründeter Staat, aber er war nicht aus dem historischen Nichts entstanden. Die Wiedereinführung des Staatswappens der Ersten Republik sollte ausdrücken, worin sich dieser Staat historisch verwurzelt sah, nämlich im besten der österreichischen Geschichte, seiner zwar kurzen, aber immerhin doch existierenden republikanischen Tradition. Tatsächlich war und ist dieses Staatswappen insofern ein genuin republikanisches, da es in dieser Form weder vor der Ersten Republik, noch während des autoritären Ständestaates [...] existiert hatte.²⁹⁰

Staatssymbole, welche keine offizielle Weiterverwendung erfuhren, waren der Staatsfeiertag und die Bundeshymne. Beide waren allerdings auch in der Ersten Republik im Sinne einer überparteilichen, nationalen Symbolik nur sehr beschränkt

²⁸⁶ RAUCHENSTEINER (1997), S. 266.

²⁸⁷ vgl. BRUCKMÜLLER (1996b), S. 391.

²⁸⁸ BINDER et al. (2005), S. 104.

²⁸⁹ FRÖLICH-STEFFEN (2003), S. 60.

wirksam. So galt der 12. November als sozialdemokratischer Feiertag und wurde von konservativer Seite abgelehnt und andererseits gab es in der Ersten Republik einige missglückte Versuche eine adäquate Hymne zu finden, mit der schlussendlichen Rückkehr zur Haydn-Hymne, der Grundlage der Kaiser-Hymne. Darin könnte man sogar eine ungewollte Kontinuität sehen, wenn man die auch in den ersten Jahrzehnten der Zweiten Republik wiederkehrenden Debatten über die Wiedereinführung der Haydn-Melodie betrachtet.²⁹¹

Interessant hinsichtlich der Symbole aus der Ersten Republik war aber, dass, wie Christian Pichler erwähnt, bei den Republikfeierlichkeiten der SPÖ 1948 in Klagenfurt Karl Renners Hymne der Ersten Republik gesungen wurde.²⁹² Ein ähnlicher Rückbezug fand auch 1958 bei der Feier im Wiener Landtag von dessen Präsidenten, des SPÖ-Politikers Bruno Marek, statt, welcher zum Abschluss seiner Rede einige Zeilen der Rennerhymne zusammen mit der Bemerkung, dass dessen Worte immer noch und für immer Gültigkeit haben würden, zitierte. Wobei er natürlich den Originaltext leicht umänderte und „Deutsch-Österreich“ zu Österreich veränderte.²⁹³ Inwieweit ein derartiger Rückbezug auf die Symbole der Ersten Republik repräsentativ für die Erinnerungskultur der SPÖ zum 12. November war, muss offen bleiben.

Die generelle Bedeutung dieser unterschiedlichen Kontinuitäten für die Identitätsfindung wird auch von mehreren Historikern festgehalten. So schreibt etwa Dieter Binder über die *„Rückkehr in das emotionale Gebäude der Republik Österreich von 1919“*:

„Nun musste die Republik daran gehen, jenen sozusagen vorpolitischen gemeinsamen ‚Glauben‘, jenen Mythos zu schaffen, der staatlicher Existenz vorausgeht und diese erst als selbstverständlich begründet. Zweifellos war es in dieser Situation günstig, dass man hinsichtlich der Staatssymbolik und hinsichtlich des Verfassungsrahmens weitgehend (mit Ausnahme der Bundeshymne) an die Erste Republik anknüpfte. Mit dem schon am 8. Mai [Sic! 1.Mai] 1945 erlassenen Gesetz über das Staatswappen und die Fahne der Republik, sowie mit der Übernahme der Verfassung von 1920/29 erleichterte – abgesehen von allen staatsrechtlichen und diplomatischen Überlegungen – die Zweite Republik ihren Bürgern das schon angedeutete Gefühl der Wiederbeheimatung in Österreich.“²⁹⁴

Auch Ernst Bruckmüller formuliert es ähnlich und sieht in dem Rückgriff eine *„ideelle*

²⁹⁰ MENASSE (1993), S. 26.

²⁹¹ vgl. SPANN (1990a), S. 39ff. So wurde etwa in der Zeitschrift „Querschnitte, Untersuchungsberichte des Institutes für Markt- und Meinungsforschung“ 1956 eine Umfrage veröffentlicht, laut welcher eine Abstimmung über die Hymne zu einer Wiedereinführung der Haydnhymne führen würde. vgl. EPEL (1981a), S. 551f.

²⁹² vgl. PICHLER (2005), S. 252f.

²⁹³ „Mein Österreich, du herrliches Land, wir lieben dich! Du herrliches Land, unser Heimatland, wir lieben dich, wir schirmen dich!“ MAREK, Bruno; Festrede: 40 Jahre Republik Österreich. In: Teilnachlass Bruno Marek ZPH 740, Archivbox 6, Wienbibliothek im Rathaus.

²⁹⁴ BINDER et al. (2005), S. 104f.

und symbolische Basis“ für die Zweite Republik und das obwohl die Erste Republik eigentlich nicht eine Erfolgsstory darstellte:

„Sofort nach ihrer (Wieder-)Gründung, 1945, als es ja genug drängende Sorgen anderer Art gab, stand die junge Zweite Republik vor dem Problem, für sich eine neue ideelle und symbolische Basis zu finden, ein tragfähiges Fundament für die junge Staatlichkeit. Immerhin entschied sich die Zweite Republik (zum einen) sofort für die Tradition der Ersten: die Verfassung, die Staatssymbolik (Fahne und Wappen, mit einer kleinen Abänderung) konnten gleich übernommen werden. Das ist umso bemerkenswerter, als die Erste Republik nicht unbedingt als Erfolgsstory galt. Erst durch die Verluste nach 1938 konnte jener erste Versuch des kleinstaatlichen Österreich in wesentlich positiverem Licht erscheinen.“²⁹⁵

Und ebenfalls Susanne Frölich-Steffen versteht in ihrer Dissertation zum Wandel der österreichischen Identität diese Rückgriffe bereits als einen Teil der Basis eines beginnenden Österreichbewusstseins:

„Ein weiteres Element des beginnenden Österreichbewusstseins war die Kontinuität zur Ersten Republik. Die Nachkriegsrepublik stellte die neuen Bundesländer wieder her, kehrte zur Verfassung von 1920 zurück, übernahm, leicht verändert, das alte Staatswappen, und die Parteien zeigten auch personell ein hohes Maß an Übereinstimmung zur Zwischenkriegszeit. Auch auf der Ebene der Verwaltung wollte und konnte sich der neue Staat auf eine Vielzahl ehemaliger, vom NS-Regime suspendierter Beamter stützen. Die Erste Republik war somit die Basis für den österreichischen Wiederaufbau. Für das nationale Gedächtnis erlange sie jedoch keine besondere Bedeutung, da diese Zeit auch mit Erinnerungen an den dramatischen Bürgerkrieg verknüpft war.“²⁹⁶

Für die Nachkriegszeit kann daher die Bedeutung der Kontinuität zur Ersten Republik für die staatliche Identität, wie sie die drei AutorInnen hervorheben, betont werden. Die Erste Republik nahm daher in den ersten Jahren noch nicht primär die Funktion einer Negativschablone, eines „Staates, den keiner wollte“ ein, sondern diente vor allem auch als positiv besetzter Anknüpfungspunkt, durch welchen eine staatliche Kontinuität hergestellt werden konnte. Besonders die immer wiederkehrende Verwendung von rhetorischen Topoi wie der „Wiedererrichtung“ oder der „Wiederauferstehung der Republik“ symbolisierte eine positive Kontinuität von Erster und Zweiter Republik und schloss die Zeit des Nationalsozialismus, der die staatlichen Traditionen gebrochen hatte, als negativen Fremdkörper aus, um die Distanz zu diesem zu betonen. Wie allerdings auch Susanne Frölich-Steffen betont, fand die Erste Republik dennoch keinen großen Eingang ins kollektive Gedächtnis. Ein Prozess der sicherlich auch damit verbunden war, dass diese Kontinuitätssuche zur Ersten Republik selbst in der ersten Nachkriegszeit äußerst selektiv vorging und in erster Linie von dem Wunsch getragen wurde, einen grundlegenden symbolischen und funktionellen Rahmen zu schaffen, auf welchen man aufbauen konnte. Andererseits wurde nämlich auch die

²⁹⁵ BRUCKMÜLLER (1996b), S. 14.

²⁹⁶ FRÖLICH-STEFFEN (2003), S. 64f.

Distanzierung von der Ersten Republik gesucht, war diese doch auch durch die Konflikte zwischen den Parteien und ihr Ende im Bürgerkrieg charakterisiert. So soll hier etwa nur exemplarisch Bundeskanzler Leopold Figls Differenzbildung zur Ersten Republik in der Regierungserklärung 1945, als er die Zukunftshoffnungen für ein neues Österreich betonte, erwähnt werden:

„Das Österreich von morgen wird ein neues, ein revolutionäres Österreich sein. Es wird von Grund auf umgestaltet und weder eine Wiederholung von 1918 noch von 1933 noch eine von 1938 werden.“²⁹⁷

Diese Widersprüchlichkeiten zwischen positivem Anknüpfen und einem Lehrenziehen aus der Ersten Republik wird besonders dann deutlich, wenn man ein anderes Zitat Leopold Figls im Zusammenhang mit der Gründung eines Museums der Ersten und Zweiten Republik betrachtet, vertrat er doch in diesem Zusammenhang die Ansicht, dass man *„lückenlos an 1918 anschließen“* solle.²⁹⁸ In der Nachkriegszeit war der Ort der Ersten Republik hinsichtlich einer positiven oder negativen Konnotation im staatlichen Gedächtnis also noch nicht eindeutig festgelegt, wofür auch im nächsten Kapitel noch einige Beispiele geliefert werden.

c Die Erste Republik in offiziellen Narrativen

1 Regierungserklärungen

Für die Nachkriegszeit lassen sich jedoch von staatlicher Seite weitere Versuche der positiven Integration der Ersten Republik ins offizielle Gedächtnis finden. So kommt Ewald Ehtreiber in seiner in der Reihe „Sprache im Kontext“ veröffentlichten Diplomarbeit hinsichtlich der Regierungserklärungen und der Kontinuitätssuche zum Schluss:

„Es zeigt sich, dass Bezugnahmen auf die Erste Republik und die Zeit davor im Wesentlichen in den Regierungserklärungen kurz nach Gründung der Zweiten Republik aufzufinden sind. Dabei erfolgt die Darstellung der Inhalte und Werte, die aus dieser Zeit in die Zweite Republik übernommen werden sollen, in einem positiven Licht; negativ besetzte Inhalte aus dieser Zeit, die im gegebenen Zusammenhang mit assoziiert werden, erscheinen sprachlich im neutralen Gewand und werden in die Ferne gerückt. Damit wird versucht, eine nachvollziehbare und erlebbare Kontinuität von der ‚guten alten Zeit‘ der Monarchie über die Erste Republik zur Zweiten Republik herzustellen. Die positiv erscheinenden Gegebenheiten jener Zeit sollen motivierend auf das propagierte österreichische Zusammengehörigkeits- und Nationalitätsgefühl wirken.“²⁹⁹

Wie bei der Symbolgebung wurde also auch bei den Regierungserklärungen versucht, in erster Linie an das positive Erbe der Ersten Republik anzuknüpfen, während die

²⁹⁷ FIGL (1965), S. 56.

²⁹⁸ ENDERLE-BURCEL et al. (2006c), S. 7.

Schattenseiten sprachlich neutralisiert wurden. Was gerade insofern von Bedeutung ist, da man in den Regierungserklärungen durch ihr koalitionsäres Ausverhandeln und der damit verbundenen Aufmerksamkeit auf adäquate semantische Operationen ausdrucksstarke Dokumente hinsichtlich eines parteipolitischen Ausverhandelns von Vergangenheit sehen kann.

2 Museum der Ersten und Zweiten Republik

Aber auch in erinnerungspolitischer Hinsicht sollte durch staatliche Handlungen versucht werden, die positiven Seiten der Ersten Republik in den Vordergrund zu stellen. So meinte auch Bundeskanzler Figl hinsichtlich des von Karl Renner gerade am Vorabend des 12. November 1946 vorgeschlagenen Museums zur Ersten und Zweiten Republik:

„Auch das Festhalten historischer Tatsachen erscheint mir sehr zweckmäßig. Der Herr Bundespräsident hat recht, dass wir lückenlos an 1918 anschließen sollen. Ich halte die Anregung des Herrn Bundespräsidenten für sehr wertvoll.“³⁰⁰

Der Fokus wurde also auf Kontinuitäten zu 1918 und zur Ersten Republik gelegt. Ursprünglich sah der Plan Karl Renners drei Säle vor, wobei die Erste Republik, die Zeit des Nationalsozialismus und die Zweite Republik behandelt werden sollten.³⁰¹ Bei der tatsächlichen Ausführung dominierte jedoch schlussendlich die Erste Republik.³⁰² Die Zielsetzung war, *„Ereignisse von Bedeutung und die Bilder führender Persönlichkeiten den nachfolgenden Geschlechtern zu überliefern“*,³⁰³ wobei als Zielgruppe in erster Linie Staatsbesuche, aber auch Schulklassen und Erwachsene gesehen wurden.³⁰⁴ Ursprünglich war dabei auch vorgesehen, ähnliche Ausstellungen später ebenfalls auf Länder- und Gemeindeebene anzuregen.³⁰⁵

Neben einer Vielzahl an Porträts von Kanzlern, Präsidenten und anderen bedeutenden Persönlichkeiten der Ersten und Zweiten Republik³⁰⁶ und der Anfertigung eines Historienbildes zum 30. Oktober 1918, aus juristischer Sicht der Tag der Proklamierung der Republik, wurden schlussendlich auch die einzelnen Länder aufgefordert, Schauvittrinen zu gestalten. Dabei wurde in erster Linie auf Leistungen oder Klischeebilder gesetzt, von welchen einige heute schon weitgehend aus dem

²⁹⁹ EHTREIBER (2003), S. 112.

³⁰⁰ ENDERLE-BURCEL et al. (2006c), S. 7.

³⁰¹ vgl. AUER (1983), S. 79.

³⁰² vgl. AUER (1983), S. 68 bzw. 57.

³⁰³ AUER (1983), S. 78.

³⁰⁴ vgl. AUER (1983), S. 60.

³⁰⁵ vgl. AUER (1983), S. 54.

³⁰⁶ So wurde etwa auch eines von Engelbert Dollfuß angefertigt. Zur Auswahl meinte Karl Renner: *„Ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit und sonstige Bestrittenheit oder Unbestrittenheit.“* AUER (1983), S. 79.

kollektiven Gedächtnis verschwunden sind. So repräsentierte sich Oberösterreich durch das erste Rheumabad Mitteleuropas in Bad Schallerbach, die Steiermark durch die Errichtung der Packstraße oder Kärnten durch das Bild „Abendstimmung im Rosental“ von Werner Berg. Stärker im kollektiven Gedächtnis positioniert sind die Exponate Wiens, wie der Wiener Wohnbau, Salzburgs durch ein Modell der Großglockner Hochalpenstraße und des Salzburger Festspielhauses, des Burgenlands unter dem Thema „Die Heimkehr zu Österreich“ und dem Bildthema „Die erste Landesregierungssitzung in Sauerbrunn“ oder Tirols mit einer Thematisierung Südtirols (wie etwa durch die bildliche Darstellung Schloss Tyrols in Südtirols).

Gerade die Bundesländer also, welche in der Ersten Republik oftmals durch ihr gespanntes Verhältnis zum „Wasserkopf“ Wien charakterisiert wurden, lieferten eine Leistungsschau der Ersten Republik, die von staatlicher Seite durch einige Vitruinen und eine „Ahnengalerie“ ihrer staatlichen Würdenträger ergänzt wurde.

Der Aufbau der Sammlung, welche besonders von Karl Renner vorangetrieben wurde (seine „*Lieblingsschöpfung*“³⁰⁷), wurde auch noch unter Bundespräsident Theodor Körner weitergeführt. Mit der Amtsübernahme 1957 von Adolf Schärf wurde jedoch der Vergrößerung der Sammlung ein Riegel vorgeschoben, da diesen die Sammlung politischer Porträts nicht beeindrucken konnte. Es gab daher keine weiteren Aktivitäten mehr in diese Richtung und schlussendlich wurde 1971 die Ausstellung der Ludwig-Boltzmann-Gesellschaft zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung in Österreich zur „Verwertung“ übergeben. Manche Teile wurden schließlich im Saal „Republik und Diktatur“ des Heeresgeschichtlichen Museums ausgestellt.³⁰⁸ Beinahe so unbekannt wie dieses Museum zur Ersten und Zweiten Republik blieb daher auch ein Narrativ zur Ersten Republik, welches auf einer positiven Würdigung seiner Leistungen beruhte.

3 Das „Österreich-Buch“

Und auch von anderer staatlich geförderter Seite wurde in der Nachkriegszeit ein nicht nur negatives Bild der Ersten Republik entworfen, wie etwa im 1948 im Auftrag des Bundespressdienstes von Ernst Marboe herausgegebenen „Österreich-Buch“. Einerseits wurde zwar der Zerfall des Habsburger-Reiches 1918 beklagt und dessen Zertrümmerung und Verstümmelung als Grund des Zweiten Weltkrieges bezeichnet, mit der Funktion Österreichs Opferrolle schon 1919 mit den Pariser Vorortverträgen beginnen zu lassen.³⁰⁹ Andererseits stand das Kapitel zur Ersten Republik aber unter

³⁰⁷ AUER (1983), S. 65.

³⁰⁸ vgl. RATHKOLB (2008c), S. 50.

³⁰⁹ Interessant war in diesem Zusammenhang die Verwendung des Begriffes „Nocturno“ nicht nur für 1938, sondern auch für 1918. vgl. MARBOE (1948), S. 413 bzw. 535.

dem Titel „*Erlöschene Privilegien*“. Es wurde also der positive Aspekt des Jahres 1918 betont, was sich auch in der weiteren Darstellung der Ersten Republik zeigt:

„Wenn es überhaupt notwendig wäre, die Unvergänglichkeit des Begriffes Österreich darzutun oder gar zu beweisen, so könnten die Ereignisse seit 1918 vor der Geschichte als Zeugen hiefür auftreten. Fest und entschlossen hat sich das Volk von Österreich aufgetan, den leidvollen Weg zu neuer Staatwerdung unbeirrbar anzutreten. [...]

Mit feinem Instinkt weiß das österreichische Volk zwischen dem wertvollen Erbe der Vergangenheit und überholten Formen zu unterscheiden und zielsicher formt es im Auf und Ab der Zeiten seine neue Lebensform: verstehende Menschlichkeit, Bereitschaft zum Ausgleich miteinander verträglicher Gegensätze, aber auch Bereitschaft zur Achtung vor einer der eigenen diametral widersprechenden Ansicht. Scheu vor jeder und Abscheu vor unnötiger Gewalt...“³¹⁰

Bei einer dermaßen idealisierten Darstellung der Wurzeln der Zweiten Republik verwundert auch die Feststellung nicht, dass es auch der Wirtschaft in der Ersten Republik gar nicht so schlecht gegangen sei,³¹¹ von der Betonung tatsächlicher Leistungen im Rahmen dieses Werkes, zum Beispiel städtebaulicher Natur in Wien ganz zu schweigen.³¹² So befremdlich gewisse Teile dieses Österreich-Narrativs heute auch klingen mögen, in der Nachkriegszeit erfuhr Ernst Marboes „Österreich-Buch“ weite Verbreitung und wurde zwischen 1948 und 1957 mit einer Auflage von 100.000 Stück herausgegeben³¹³ und an allen Schulen verteilt. Heidemarie Uhl weist dabei auf die Funktion dieses Buches die Distanzierung vom Nationalsozialismus hin, unter welcher die Interpretation der Geschichte erfolgte.³¹⁴ Wahrscheinlich kann man also gerade in diesem Versuch einer Distanzierung vom Nationalsozialismus eine Ursache sehen, weshalb gerade in der Nachkriegszeit auf staatlicher Ebene ein gewisser Konsens in einer positiven Anknüpfung an die Erste Republik gefunden werden konnte.

d Feierlichkeiten zum 12. November

Nach 1945 wurde der 12. November und damit die Erinnerung an die Erste Republik sicherlich auch mit Rücksicht auf das Geschichtsbild der ÖVP als Staatsfeiertag nicht wiedereingeführt. Die eigentliche Argumentation war aber, dass der November aufgrund des schlechten Wetters sich nicht für einen Staatsfeiertag eignen würde.³¹⁵ Es fand so ein gewisser Bruch zur Ersten Republik statt, dennoch fällt aber auf, dass dem 12. November gerade in den Anfangsjahren der Ersten Republik eine gewisse positiv besetzte Rolle zukam. Zum 27. Jahrestag 1945 wurden etwa Radiosendungen

³¹⁰ MARBOE (1948), S. 413.

³¹¹ vgl. MARBOE (1948), S. 428.

³¹² vgl. MARBOE (1948), S. 482.

³¹³ vgl. HANISCH (2002g), S. 29.

³¹⁴ vgl. UHL (2003b).

zum 12. November ausgestrahlt, obwohl er eigentlich kein Staatsfeiertag mehr war³¹⁶ und auch Karl Renners Initialisierung des Museums zur Ersten und Zweiten Republik dürfte nicht zufällig am Vorabend des 12. November 1946 erfolgt sein. Der tatsächliche Umgang von staatlicher Seite hinsichtlich des Gründungstags der Republik war also in den ersten Jahren noch etwas ambivalent, in den Jahren darauf fand der 12. November jedoch nur mehr noch zu runden Jahrestagen Beachtung.

Die ersten großen Feierlichkeiten fanden 1948 zum 30-jährigen Jubiläum der Ersten Republik von Seiten der beiden Großparteien statt. War dies von sozialistischer Seite noch ohne weiteres verständlich, so manifestierte sich zwischen der ablehnenden Haltung der Christlichsozialen in der Ersten Republik bzw. dem Ignorieren des Jahrestages durch die konservativen Kräfte im Exil und der Partizipation der ÖVP ein gewisser Widerspruch. Wahrscheinlich lässt sich dies allerdings mit den veränderten Rahmenbedingungen, nämlich der Besatzung und dem damit verbundenen Erfordernis zur politischen Zusammenarbeit erklären. Vielleicht war es aber in der unmittelbaren Nachkriegszeit auch ein Versuch der ÖVP, das Bekenntnis zu Republik und Demokratie in der öffentlichen Wahrnehmung zu bekräftigen und die Distanz zum Austrofaschismus zu betonen. Kann also gewissermaßen auch als Ausläufer eines gemeinsamen antifaschistischen Konsenses der unmittelbaren Nachkriegszeit gesehen werden.³¹⁷

Wahrscheinlich aufgrund von dennoch divergierenden Narrativen der Parteien zum 12. November wurde der 30. Jahrestag zwar nicht mit großen Paraden oder Festsitzungen begangen, aber mit einer deutlichen Setzung von symbolischen staatlichen Handlungen. So wurde vom Bundeskanzler Leopold Figl eine Beflaggung aller öffentlichen Gebäude angeordnet und auch die Bevölkerung dazu aufgerufen, ebenfalls ihre Häuser mit Flaggen zu schmücken.³¹⁸ Als zweiter staatspolitischer Akt wurden Schulfestern angeordnet, wobei eine im Schulfunk übertragene Rede des ÖVP-Unterrichtsministers Dr. Felix Hurdes im Mittelpunkt stand. Dadurch, dass der Großteil der Schulfunkaufnahmen mittlerweile vernichtet wurde, war es nicht möglich, die Rede hinsichtlich ihres Inhalts genauer zu analysieren. Es kann daher nur auf deren Darstellung im „Kleinen Volksblatt“ verwiesen werden. Interessant ist dabei, dass der ÖVP-Unterrichtsminister vom Geburtstag des Vaterlandes sprach, während zehn Jahre später das Jahr 1918 von konservativer Seite nur unter dem Fokus des Untergangs der Monarchie und nicht der Geburt der Republik wahrgenommen werden sollte.³¹⁹

³¹⁵ vgl. ENDERLE-BURCEL et al. (2003b), S. 206.

³¹⁶ vgl. Radioprogramm. In: AZ 11.11.1945 S. 4.

³¹⁷ Hinsichtlich einer kritischen Auseinandersetzung mit dem antifaschistischen Grundkonsens vgl. BAILER (1999).

³¹⁸ vgl. Am 12. November beflaggen. In: WZ 10.11.1948.

³¹⁹ vgl. Unterrichtsminister Dr. Hurdes an die Jugend: Seid einig und haltet zusammen! In: VB 13.11.1948 S. 4

Außerdem wurde auf Radio Wien um 19:30 eine 30 minütige Ansprache des Bundespräsidenten übertragen und auf Radio Wien II um 18:30 in der Sendung Radiobühne das im Zusammenhang mit dem Zerfall der Monarchie stehende Stück „3. November“ 1918 von Theodor Csokor aufgeführt.³²⁰

Von publizistischer Seite wurde von der „Wiener Zeitung“ eine mehrseitig Beilage zur Gründung der Republik mit Beiträgen von Renner, Kunschak und Seitz herausgegeben und auf eine *„reich illustrierte und gehaltvolle Festschrift zum 30jährigen Gedenktage verwiesen“* mit dem Titel „Der Kampf um einen Staat“ mit Vorworten des Bundespräsidenten, Kanzlers und Vizekanzlers.

Die zentralen Feierlichkeiten zur Gründung der Republik fanden allerdings auf parteipolitischer Ebene statt, wobei besonders zwei Dinge bemerkenswert sind. Einerseits, dass eben keine gemeinsamen offiziellen Festakte stattfanden, sondern diese in den parteipolitischen Rahmen ausgelagert wurden³²¹ und andererseits, dass der Bundespräsident als überparteiliche Instanz auf beiden Parteiveranstaltungen eine Rede hielt. Dazu allerdings noch später.

Die ÖVP hielt ihren Festakt im Wiener Konzerthaus ab, wie die „Arbeiterzeitung“

³²⁰ Gerade dem Stück „3. November“, über den Zerfall der Monarchie und den aufkommenden Nationalismus, dürfte zumindest bis in die 70er Jahre auch eine gewisse repräsentative Funktion auf offizieller Ebene zugekommen sein. So wurde es nicht nur am 12. November, sondern auch am 26. Oktober gespielt. Hinsichtlich der erstmaligen Begehung des 26. Oktobers erklärte etwa Burgtheaterdirektor Ernst Häussermann, dass Theodor Csokors Stück aus diesem Anlass an seinem Haus aufgeführt werden würde. (vgl. Der Österreichische Nationalfeiertag ist der 26. Oktober. In: Die Republik 1965 S.150-160, hier S.150.) Bei der Aufführung selbst unterstrich der Direktor den Satz *„Erde aus Österreich“*, mit welchen sich der *„jüdische Regimentsarzt Dr. Grün beim Begräbnis seines Obersten und des alten Österreichs“* von diesem verabschiedete. (vgl. HÄUSSERMANN, Ernst; Erde aus Österreich – gute Erde. In: Die Republik 4/1966 S.36.) War doch dieser Satz gerade in der erstmaligen Aufführung im Burgtheater gestrichen worden, aus Angst vor Demonstrationen, wie der sächsische Burgtheaterdirektor Hermann Röbbeling behauptete. Nach Wolfgang Nehrings plausibler Interpretation dürfte jedoch überhaupt daran Anstoß genommen worden sein, *„dass ein Jude den besten Österreicher vorstellen sollte.“* (NEHRING (2009), S. 99.) Das Füllen dieser 1937 ausgelassenen Lücke, das Bekenntnis zu Österreich, dürfte jedoch wahrscheinlich seinen Teil zur Bedeutung dieses Stückes beigetragen haben. Die Tradition, das Stück am Nationalfeiertag aufzuführen, hielt sich einige Jahre gehalten haben. So schrieb auch der „Spiegel“ 1969 in seinem Nachruf auf Theodor Csokor, dass es *„an jedem 26. Oktober, dem österreichischen Nationalfeiertag, im Burgtheater aufgeführt“* werde. (Spiegel 3/1969 auch unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-45845484.html> zuletzt am 02.02.2010) Obwohl es scheinbar nicht ganz unumstritten war. Von der „Zukunft“ wurde es zum Beispiel als *„Requiem auf die alte Monarchie“* kritisch betrachtet, (vgl. WALDEN, Fritz; Die Festinszenierung zum Republik-Feiertag. In: Die Zukunft H. 21/Mitte November 1968 S. 29-30) während der „Freiheitskämpfer“ (ÖVP) 1988 dieses rituelle Gedenken an das untergegangene Österreich vermisste, während *„ein ‚Kunst‘ genanntes Opus („Heldenplatz)“* am 4. November 1988 erstaufgeführt wurde. (vgl. JURASEK, Hubert; Ein vergessener Gedenktage. In: Der Freiheitskämpfer Jg. 40 H. 4/Dezember 1988 S. 1.) Hinsichtlich der Rezeption und Interpretation des „3. November“ vgl. NEHRING (2009); Schulenburg (1992); KLAUHS (1987); BRANDYS (1981), S. 421–425.

³²¹ Christian Pichler meint in seiner Untersuchung hinsichtlich der politischen Gedenktage in Kärnten nach 1945 sogar, dass von der ÖVP gemeinsame Republikfeierlichkeiten mit der SPÖ abgelehnt worden seien. vgl. PICHLER (2005), S. 253.

spottete „unter dem verschämten Namen einer ‚Staatsgründungsfeier‘“. Wobei die semantische Unterscheidung zwischen Staat und Republik von Bedeutung ist, wenn man sich die sozialdemokratische Codierung des Begriffs „Republik“ in der Ersten Republik in Erinnerung ruft, welche aber vielleicht von Seiten der ÖVP auch eine gewisse Distanzhaltung gegenüber den Feierlichkeiten ausdrücken sollte. Dennoch darf die Bedeutung der Feiern nicht unterschätzt werden, so nahm sie etwa die „Arbeiterzeitung“ als die ersten Republikfeiern von Seiten des konservativen Lagers in 30 Jahren wahr.³²²

Eine höhere Dichte an Feierlichkeiten gab es von Seiten der SPÖ. So wurde etwa Karl Renner zum Ehrenbürger Wiens ernannt und im Musikvereinsaal wurde eine Republikfeier der sozialistischen Partei abgehalten. An den Tagen rund um die Feierlichkeiten fand auch der SPÖ-Parteitag statt, der auch in den Jahren davor und danach oftmals eine zeitliche Nähe zum 12. November aufwies. Das symbolisch wichtigste Zeremoniell war aber die Enthüllung des neu aufgestellten Republikdenkmals, welches 1934 verhüllt und abgetragen worden war, im Rahmen einer feierlichen Zeremonie.

Der einzig tatsächliche Akt auf Ebene des Parlaments, welcher den Konsens zwischen den beiden Lagern manifestierte, war eine Beglückwünschung Karl Renners von Seiten einer parteipolitisch ausgeglichenen Abordnung von National- und Bundesratsabgeordneten, in welchem dessen personelle Kontinuität zwischen Erster und Zweiter Republik betont wurde.³²³ Festhandlungen im Nationalrat zu Ehren Karl Renners fanden in den nächsten Jahren noch mehrmals statt, wie etwa zu Renners 80sten Geburtstag und anlässlich seines Ablebens. Stellten sie doch scheinbar einen für beide Großparteien akzeptablen Festakt dar.³²⁴ Grundbestand dieser Reden, welche alle von seinem konservativen Gegenüber, dem Nationalratspräsidenten Leopold Kunschak, gehalten wurden, bildete die personelle Kontinuität Renners zwischen Erster und Zweiter Republik und die Hervorhebung seiner Leistungen als

³²² vgl. Republikfeier der ÖVP. In: AZ 14.11.1948 S. 2

³²³ Auch wenn hier Nationalrat Johann Kopelnig für die KPÖ teilnahm, so herrschte doch von Seiten der KPÖ ein gespaltenes Verhältnis zu Karl Renner, wie deren Fernbleiben bei der Ernennung Renners zum Ehrenbürger Wiens offenbart. (Der Bundespräsident als Ehrenbürger der Hauptstadt: Ewiges Wien in verzankter Eintracht. In: Neues Österreich 12.11.1948 S. 1) Auch ein sicherlich nicht unbeabsichtigt positionierter Leserbrief in der „Volksstimme“, zeigte diese kritische Haltung gegenüber Renner und fragte, ob es nicht bessere Motive als den „Ja-Sager“ Renner für die Jubiläumsmarke zu 30 Jahren Republik geben würde. Die Jubiläumsmarke. In: VS 27.10.1948 S. 5.

³²⁴ Die übrigen Festsitzungen im Nationalrat bis 1968 setzten sich mit Jahrestagen der Zweiten Republik (8.Mai 1946: Sieg der Alliierten und Befreiung Österreichs; 21. Dezember 1955/ 19. Dezember 1960: 10 bzw. 15 Jahre Parlament; 14. Mai 1960: 5 Jahre Staatsvertrag, 15 Jahre Unabhängigkeitserklärung; 27. April 1965: 20. Jahrestag der Befreiung Österreichs und der 26. Oktober 1965, 1966, 1967) bzw. den 40. und 50. Jahrestag zum allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht (17. Juli 1947 und 18. Juni 1957) auseinander.

führende Persönlichkeit beider Republiken. Unter dem Gesichtspunkt der divergierenden Gedächtnisse der beiden Parteien ist dabei jedoch interessant, dass Kunschak in den Lobworten auf Renner jeweils auch auf die von Seipel unterzeichneten und von der sozialistischen Partei angefeindeten Genfer Verträge hinwies, welche erst dem „*Fortbestand Österreichs bedrohenden Zustand ein Ende*“ machten.³²⁵ Vielleicht war dies auch ein anfänglicher Versuch, einen eigenen Gedächtnisort zur Ersten Republik neben dem sozialistischen Politiker Karl Renner zu konstruieren.

Differenzierungen des offiziellen Narrativs – die Reden von Bundespräsident Renner
Wie schon erwähnt, drückte sich der staatliche Charakter der Parteiveranstaltungen in der Teilnahme Karl Renners aus, wobei er auf jeder Festveranstaltung eine andere Rede hielt. Dies wird auch in der Perzeption in den Parteiblättern deutlich. So betitelte die „Wiener Tageszeitung“ Renners Vortrag im Konzerthaus als „*Die führende Rolle der OeVP. Dr. Renner über den Anteil der Parteien am Wiederaufbau Oesterreichs*“, während seine zweite im Musikvereinssaal unter dem Titel „*Victor Adler und die Republik*“ in der „Arbeiterzeitung“ abgedruckt wurde. Die Rede vor der ÖVP betonte also verstärkt die Zweite Republik, während bei der SPÖ der Gedächtnisort Viktor Adler/Erste Republik im Mittelpunkt stand. Anstatt einer gemeinsamen staatlichen Veranstaltung bedienten sich die beiden Parteien also der überstaatlichen Funktion des Bundespräsidenten für ihre eigenen Veranstaltungen, wobei aufgrund des Fehlens eines gemeinsam ausverhandelten Narrativs Karl Renners Äußerungen zu den Feierlichkeiten deshalb am ehesten Aufschluss hinsichtlich überparteilicher Sprachregelungen geben können und darum genauer betrachtet werden.

Worin unterschieden oder glichen sich nun die Ansprachen von Karl Renner? Ähnlich war allen, dass die Konflikte der Zwischenkriegszeit in vieldeutige, relativ leere Formulierungen ausgelagert wurden („*Überspannung der Parteigoismen*“,³²⁶ „*schwere Erfahrungen haben sie [die Republik] geläutert*“,³²⁷ „*rüttelte innere Unrast an seinen Fundamenten*“,³²⁸ „*Fluch der Gewaltherrschaft im Inneren*“³²⁹). Sogar bei der Rede im Musikvereinssaal blieben die Anspielungen auf die Parteienkonflikte in der Zwischenkriegszeit äußerst verhalten, um die tatsächliche Verantwortung für

³²⁵ vgl. Stenographische Protokolle des Nationalrats – 5. Jänner 1951: Trauersitzung aus Anlass des Ablebens des BPR Dr. Karl Renner.

³²⁶ RENNER (1950), S. 85. in der Rede auf der Festveranstaltung der ÖVP

³²⁷ RENNER (1950), S. 87. in seiner Radioansprache

³²⁸ RENNER, Karl; Im Sturme bestanden! Zur Feier des dreißigsten Jahrestages der Begründung der Republik Österreich. In: WZ Beilage 12.11.1948 S. 1.

³²⁹ RENNER, Karl; Im Sturme bestanden! Zur Feier des dreißigsten Jahrestages der Begründung

Bürgerkrieg, Austrofaschismus und „Anschluss“ ins Ausland abzuschieben.

„Alle Anschläge der Reaktion wären sicherlich ergebnislos geblieben ohne die Verlockungen des Faschismus Mussolinis und ohne die gewaltsame Annexion durch das Reich Adolf Hitlers.“³³⁰

Die Ursachen für das Scheitern der Republik im Ausland zu suchen, stellte eine oftmals verwendete rhetorische Formel dar.³³¹ Am deutlichsten wird dies in der Rundfunkansprache, in welcher Karl Renner von einer „*lebendig begrabenen Republik*“ sprach und damit nicht den Austrofaschismus, sondern die Annexion durch Hitler meinte.³³² Gleichfalls blieb der Anschlusswunsch an Deutschland von 1938, aber auch von 1918 unerwähnt. So retuschierte Karl Renner beim ersten Artikel des Gesetzes über die Staats- und Regierungsform von 1918 bei „Deutsch-Österreich“ den Appendix „Deutsch“ weg, um keine Widersprüchlichkeiten ins Narrativ kommen zu lassen.³³³

Renner konnte mit dieser Exklusion der konfliktbelasteten Erinnerung einerseits sicherlich auch eigene dunkle Flecken der Vergangenheit, wie seiner Rolle beim „Anschluss“, ausblenden, andererseits nahm er aber auch bereits die Rolle eines „Passivkönigs“ ein, wie Margit Reiter die Rolle des Bundespräsidenten im öffentlichen Diskurs charakterisiert:

„Seine Reden sollen vor allem ausgleichend und identitätsstiftend wirken, gleichzeitig agiert der Bundespräsident immer auch als ‚Mahner‘, der dem Volk und seinen Vertretern, wenn auch sanft, ins Gewissen reden soll.“³³⁴

Trotzdem werden besonders in den beiden Reden bei den Parteifeierlichkeiten auch Unterschiede deutlich. So ging Karl Renner in der Rede vor der sozialistischen Partei stärker auf deren Partei-Gedächtnis ein (die Jahre 1934-1938 ausgenommen) oder wie er in der Einleitung sagte:

„An der Stätte, an der ich nun spreche, ziemt es sich, die Verdienste der

der Republik Österreich. In: WZ Beilage 12.11.1948 S. 1.

³³⁰ RENNER (1950), S. 82.

³³¹ Der Versuch die Schuld durch den Fokus auf das Ausland zu externalisieren, dürfte überhaupt eine stark verbreitete rhetorische Formel sein. So meint etwa auch Heidemarie Uhl hinsichtlich der fünfzigsten Wiederkehr von 1938, dass „*das ‚Ausland‘ nur in ganz bestimmten argumentativen Konstellationen verstärkt ins Blickfeld*“ rücke, womit sie sich auf das bei „*Vertretern der Opfer-Theorie in der ÖVP besonders betonte Verhalten des westlichen Auslandes im März 1938*“ bezieht. UHL (1992a), S. 41.

³³² vgl. RENNER (1950), S. 87.

³³³ RENNER (1950), S. 81. „*Österreich ist eine demokratische Republik. Alle öffentlichen Gewalten werden vom Volke eingesetzt. Alle politischen Vorrechte sind aufgehoben*“. Hätte er die Verfassung von 1920 zitiert, hätte es heißen müssen „*Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volk aus*.“ Allerdings stand Renner nicht alleine mit diesem Zurechtrücken der Vergangenheit da, auch Leopold Kunschak zitierte das Grundgesetz von 1918 ähnlich falsch bzw. Bruno Marek die Renner-Hymne. vgl. KUNSCHAK, Leopold; Der Weg in die Republik. Von Nationalratspräsident Leopold Kunschak. In: WZ Beilage 12.11.1948 S. 2 und MAREK, Bruno Festrede: 40 Jahre Republik Österreich. In: Teilnachlass Bruno Marek ZPH 740, Archivbox 6, Wienbibliothek im Rathaus.

³³⁴ REITER (1997), S. 390.

Arbeiterklasse und ihrer politischen Partei an der Gründung der Ersten Republik, an ihrer Verteidigung und an ihrer Neubegründung ausdrücklich und besonders hervorzuheben.“³³⁵

Es fällt überhaupt auf, dass die Rede in erster Linie erinnerungspolitisch aufgebaut war und die Gründung der Republik, den 12. November und ihren tragisch am Vorabend verstorbenen Helden Viktor Adler würdigte.

Im Mittelpunkt der Rede bei der ÖVP-Feier stand hingegen nicht das Jahr 1918 als Gründungsjahr der Republik, sondern als Zusammenbruch der „*Großmacht*“. Ein Zusammenbruch, den der „*maß- und kompromisslose Geist des Nationalismus*“ mit sich gebracht habe, dessen Konsequenzen aber auch noch immer offensichtlich seien („*keine von ihnen [den Nachfolgestaaten] hat nach dessen Auseinanderreißung den ökonomischen Status von 1913 mehr erreicht*“) und aus dem „*das enttäuschungsreiche Ergebnis seiner Auflösung immer deutlicher [hervortreten würde]*“.³³⁶ Fast könnte man meinen, eine gewisse Habsburg-Nostalgie zu erkennen: Renner vermied allerdings neben einer Erinnerung an die Gründung der Republik auch den Begriff der Monarchie, sondern betonte stattdessen die Bedeutung des wirtschaftlichen Gebildes (bzw. Donaureich und Großreich), ein Punkt in welchem, laut Werner Suppanz, ÖVP und SPÖ hinsichtlich ihres Zuganges zur Monarchie übereinstimmen konnten.³³⁷ Das Schema der Rede folgt in erster Linie dem Ablauf: durch die Lehren aus der negativen Vergangenheit zur positiven Zukunft. Im Gegensatz zur ersten Rede war also die Vergangenheit in erster Linie negativ konnotiert, sogar das Jahr 1918:

„Wir aber, unsere politischen Parteien voran, haben aus 1918 gelernt: die parteimäßige Sondervertretung in allen Ehren – und ich will noch zeigen, wie unerlässlich sie ist! – aber sie muss Bedacht nehmen auf das entscheidende Gesamtinteresse des Gemeinwesens und muss dem Staate geben, wessen der Staat bedarf.“³³⁸

Interessant ist, dass Renner meinte, aus 1918, dem positiv besetzten Gedächtnisort der sozialistischen Partei und nicht aus 1934 müssten die Lehren gezogen werden. Prinzipiell ging Renner aber eher über die Geschichte der Ersten Republik hinweg. Dies überließ er den Vortragenden der ÖVP. So war es der ÖVP-Bundeskanzler Leopold Figl, welcher neben der Betonung der Notwendigkeit der Zusammenarbeit die Leistungen Renners, Finks und Seipels hervorhob oder der Wiener Vizebürgermeister Lois Weinberger, welcher 1918 unter dem Gesichtspunkt des fehlenden Glaubens der Lebensfähigkeit und des Untergangs der Monarchie charakterisierte und den Leidensweg Österreichs in diesen 30 Jahren betonte, um an die Alliierten zu

³³⁵ RENNER (1950), S. 75.

³³⁶ RENNER (1950), S. 84.

³³⁷ vgl. SUPPANZ (1998b), S. 130.

³³⁸ RENNER (1950), S. 85.

appellieren, Österreich endlich freizugeben.³³⁹

Wie konfliktbehaftet die Vergangenheit noch war, lässt sich auch exemplarisch an zwei kurzen Randbemerkungen zu Karl Renners Rede festmachen. So waren einerseits nämlich die Kompetenzen der einzelnen Redner bei der Veranstaltung von vornherein festgelegt. So meinte nämlich Karl Renner, dass bereits sein Vorredner Leopold Figl „*in gedrängter Form die Geschichte unserer Republik*“ wiedergegeben habe, weshalb es sich für ihn erübrige, „*einige besondere Momente dieser Geschichte herauszugreifen und besonders hervorzuheben.*“³⁴⁰ Wer über Geschichte reden durfte, wurde also schon im Vorhinein festgelegt. Wobei es darum wahrscheinlich gerade um das Datum des 12. November ging, sparte doch Karl Renner die Schilderung der Gründung der Republik bzw. den 12. November (trotz des Feiertages) komplett aus, sondern redete nur über den Untergang des „Donauraiches“. Andererseits wurde von Seiten der SPÖ hingegen Adolf Schärfer ersucht, Karl Renner zu bitten „*das Wort Republik möglichst oft dortselbst anzuwenden*“,³⁴¹ sicherlich auch mit ein Grund warum Karl Renner in seiner Rede nie das Wort „Monarchie“ als deren Gegenpol verwendete. Die Bitte an Karl Renner war wahrscheinlich auch eine Reaktion darauf, dass die ÖVP ihre Feiern bloß unter dem Titel Staatsgründungsfeier abhielt. Nicht nur der 12. November, sondern selbst die Verwendung des Wortes Republik hatte 1948 also noch eine gewisse parteipolitische Aufladung. Wichtiger als die Rede an sich war aber Karl Renners Partizipation an einer ÖVP-Parteiveranstaltung. Symbolisierte sie doch den staatstragenden Charakter der Veranstaltung, aber ebenfalls die Aussöhnung zwischen den beiden Lagern. Sicherlich mit auch Gründe, weshalb Lois Weinberger in seiner Rede Karl Renner für diese erstmalige Begebenheit der Teilnahme eines führenden Politikers der SPÖ an einer ÖVP-Parteiveranstaltung dankte.

Geradezu programmatisch hinsichtlich des Ausverhandelns der Narrative war ein Kommentar von Karl Renner in der Tageszeitung „Neues Österreich“, einer von den Gründungsparteien (ÖVP, SPÖ, KPÖ) als Organ der demokratischen Einigung ins Leben gerufenen Tageszeitung. Spiegelt sich doch in diesem die Konsenssuche zur Republikfeier wieder. So baut der Kommentar zum Großteil auf Karl Renners „Staatsgründungsfeier“-Rede auf, ergänzt allerdings um zwei, bei der Festveranstaltung der SPÖ verwendete Viktor Adler Zitate. Scheinbar sollte mit dieser Form des Austarierens beiden Parteien genüge getan werden, um ein für beide Seiten akzeptables Narrativ zu kreieren.

³³⁹ vgl. Manifestationen der Regierungsparteien. In: Wiener Tageszeitung 13.11.1948 S. 1-2; Weinberger: „Gebt uns endlich frei!“ In: VB 13.11.1948 S. 1.

³⁴⁰ Dass dies kein spontaner Anschluss an Figls Rede war, sondern schon von vornherein festgestanden war, wird aus Renners Vortragszetteln klar, in welchen auch bereits diese Stelle enthalten war. Sign.: H.I.N. 161677. In: Nachlass Karl Renner, Wienbibliothek.

Die im Radio übertragene dritte Rede Karl Renners zum Jahrestag war in erster Linie auf die Zukunft ausgerichtet und hüllte die Vergangenheit in weitgehend nichtssagende rhetorische Formeln. Der Fokus der Rede lag daher auch nicht auf 1918, sondern auf der Ungerechtigkeit der Besetzung Österreichs durch die Alliierten und der Betonung, dass Österreich jedes Recht auf seine Freiheit hätte. Gegenüber dieser „Ungerechtigkeit“ wurden sogar die unterschiedlichen Vergangenheitsinterpretationen der Parteien hinsichtlich der Zeit ab 1934 zurückgestellt. So sei Österreich 1938 „*eine lebendig begrabene Republik*“ gewesen, um damit darauf hinzuweisen, dass sie deshalb erst gar „*nicht schuldig werden [hätte können]*“.³⁴²

Der einzige breitere geschichtliche Rückblick von Karl Renner auf die Erste Republik zum 30-jährigen Jubiläum lässt sich in seinem Vorwort zu „30 Jahren Republik Österreich“ finden, wobei einige schon bekannte Topoi vorkamen, einerseits der „*Untergang des alten Reiches*“, „*als Sturz nicht bloß in den Abgrund, sondern in das Nichts*“, andererseits hier die Staatsgründung 1918 als „*Ruhmesblatt unseres Volkes*“ und drittens das Scheitern der Ersten Republik. Dessen Erschütterungen und Katastrophen allerdings „*erwachsen nicht aus dem inneren Wesen des Landes, des Volkes und dieses Staates, sondern entstanden als Rückwirkung gesamteuropäischer Umwälzungen*“. Deshalb scheiterte die Erste Republik „*nicht von innen heraus [...], sie ist im Jahre 1938 in das außenpolitische Wirrsal ganz Europas verstrickt [...] worden.*“ Gewissermaßen also eine Vermischung der Narrative der beiden Parteien, einerseits die Tragik des Untergangs der Monarchie, andererseits dennoch die Bedeutung von 1918 und schlussendlich die Exklusion der Ursachen der Konflikte aus der Zwischenkriegszeit und ihre Projektion nach außen.

Zusammengefasst hatte also Karl Renner seine Rolle als überparteilicher Interpret der Geschichte in den Feierlichkeiten 1948 sehr ausgewogen angelegt. So lieferte er auf beiden Parteiveranstaltungen unterschiedlich fokussierte Narrative, mit welchen er mit seiner teilweisen Interpretation der Monarchie fast einem Fremdkörper im restlichen Diskurs der SPÖ darstellte. Dazu muss allerdings auch erwähnt werden, dass Karl Renner auch innerhalb der SPÖ als Nostalgiker galt, „*der die Wirtschaftseinheit Österreich-Ungarn in etwa zu rosigen Licht sah.*“³⁴³

³⁴¹ STADLER (1982c), S. 352.

³⁴² vgl. RENNER (1950), S. 87.

³⁴³ SUPPANZ (1998b), S. 131.

e Darstellungsformen

1 ÖVP

In den Parteizeitungen wurde allerdings nicht ein ähnlich staatspolitischer Konsens gewahrt. Betrachtet man zum Beispiel die Darstellung des Jahres 1918 in den „Österreichischen Monatsheften“ der ÖVP, bot sich ein viel stärker die Differenzen betonendes Bild, wobei gerade diese zentral für die Formierung des Geschichtsbildes der ÖVP waren. So hält etwa Werner Suppanz über deren Funktion fest:

„Die Beiträge in den Tageszeitungen dienten (mit Ausnahmen) der Faktenvermittlung, während die theoretischen Organe ihrem Publikum schwerpunktmäßig die Einordnung in die jeweilige Weltanschauung und das jeweilige Geschichtsbild, d. h. in die ‚größeren Zusammenhänge‘, boten.“³⁴⁴

Im Mittelpunkt des Artikels „1918-1948“ der ÖVP-Nationalratsabgeordneten Nadine Paunovic standen etwa der Zerfall Österreichs und sein Leidensweg in den folgenden fast 30 Jahren. 1918 war in diesem Zusammenhang *„kein Rausch, sondern tiefste Depression“*. *„Oder welche andere Erklärung gäbe es für die Proklamation unserer Nationalversammlung, dass ‚Deutsch‘-Österreich ein Bestandteil des ‚Deutschen Reiches‘ sei?“* Es wurde also der Teil des – simplifizierenden – Narrativs angesprochen, dass die „Demokraten keine Patrioten“ gewesen wären, während der andere Teil, dass die „Patrioten keine Demokraten“ gewesen wären und damit die Betonung von Bürgerkrieg, Austrofaschismus und der Ablehnung der republikanischen Staatsform keine Erwähnung fand. Als positive Erinnerung an die Erste Republik wurde Ignaz Seipel in den Mittelpunkt gerückt, dessen *„gigantische Tat“* (Sanierung der Wirtschaft) die Rettung brachte, aber der Dank dafür *„war jene Kugel am Südbahnhof, die seine Gesundheit und damit seine Schaffenskraft brach. Kurz nach der unglückseligen Tat eines Verhetzten begann der steile Kreuzweg Österreichs, der zu dem furchtbaren Ende am 13. März 1938 führte.“* Noch schwerwiegender war allerdings die Zerschlagung der Monarchie, denn *„Österreich hat Europa den versöhnend und vermittelnden Geist geschenkt“* und 1918 einer warnenden Cassandra gleich hatte *„nur Österreich, das noch das geblieben war, was es jahrhundertlang sendungsgemäß bedeutete, die Tragik und das Bedrohliche des katastrophalen Geschehens“* begriffen. Das Narrativ konzentrierte sich also sehr stark auf die fatalen Auswirkungen des Niedergangs der Monarchie. Die Zeit ab 1918 wurde nur durch den Zerfall des Großreiches charakterisiert, welche schon die Wurzel des Zweiten Weltkrieges in sich trug. Aber zum Glück überdauerte die Essenz Österreichs diese negative Epoche, denn wie die Autorin meinte:

„Das Wesen ist unverletzt geblieben. Gott sei Dank! Daher können wir über

³⁴⁴ SUPPANZ (1999c), S. 189.

Raum und Zeit hinweg gelassen dem Spiel des politischen Schicksals zusehen. 1918 oder 1948 – die Welt mag ein neues Kleid tragen, Oesterreich ist eine geistige Macht und sein Dasein allein ist schon feste Garantie, dass letztlich nicht das Chaos, sondern die Ordnung triumphieren wird.“³⁴⁵

Der von der ÖVP im Austrofaschismus und in der Nachkriegszeit propagandistisch geprägte Topos vom „österreichischen Menschen“, welcher von Werner Suppanz in seinem Werk „Österreichische Geschichtsbilder“ sehr gut herausgearbeitet wird,³⁴⁶ lässt sich also auch in den Äußerungen zum Republiksjubiläum 1948 sehr gut erkennen.

Ähnlich strukturiert war auch das Narrativ in den ÖVP- Parteiblättern „Wiener Tageszeitung“ und „Kleines Volksblatt“. Wieder wurde 1918 unter dem Gesichtspunkt des Zerfalls des Habsburgerreiches gesehen und nicht unter dem der Gründung der Republik. Wenn der Republik gedacht wurde, wurden meist nur ihre Probleme in den Mittelpunkt gerückt, wobei besonders der Anschlussgedanke, wie etwa in der „Wiener Tageszeitung“, betont wurde:

„30 Jahre neues, kleines Oesterreich! Diese Zeit umschließt eine Fülle von Arbeit, Mühen und Plagen, Wirren und Irrungen, Not und Tod. Die Erste Republik kam unter dem Unstern des eigenen Unglaubens zur Welt. Ihre hauptsächlichen Begründer erklärten sie von Anfang an für lebensunfähig, vertrauten ihr nicht und boten sie dem Deutschen Reiche an.“³⁴⁷

Hingegen wurde die Zeit der Monarchie verklärt und behauptet, dass sich sogar die „Friedensmacher von 1918“ und die damals selbstständig gewordenen Völker wieder nach der „natürlichen Einheit“ des großen Reiches sehnen würden.

"Auch viele Sozialisten und andere Gegner des alten Reiches haben inzwischen eingesehen, dass es rasch aufgegeben, bis heute aber durch nichts zu ersetzen war. Sie glaubten damals oder taten wenigstens so, als wenn auch sie erst jetzt freigeworden und auch die Demokratie erst jetzt geboren worden wäre. Beides hat nicht gestimmt. Alle waren vorher freier als nachher und alle waren und alles war vorher schöner und glücklicher als nach der Selbstaufgabe und dem Verrat des alten Reiches. Es hat auch einen solchen gegeben. Wir wollen nicht in alten Wunden rühren. Die Selbstaufgabe und der Verrat haben sich bitter genug gerächt.“³⁴⁸

Aber auch in diesem Überblick konnte sich in den dunkelsten Stunden wieder der „österreichische Mensch“ durchsetzen und zu seinem „österreichischen Wesen“, das folgerichtig nur in der Monarchie verankert sein konnte, zurückkehren, so „*dass an unserem Wesen tatsächlich Europa genesen und damit die Welt wieder gesunden könnte.*“

³⁴⁵ vgl. PAUNOVIC, Nadine; 1918-1948. In: ÖMH Nr. 2/November 1948 S. 63-65.

³⁴⁶ vgl. weiterführend SUPPANZ (1998b).

³⁴⁷ L.W.; Nach dreißig Jahren! Gedanken zum 12. November. In: Wiener Tageszeitung 12.11.1948 S. 1.

³⁴⁸ L.W.; Nach dreißig Jahren! Gedanken zum 12. November. In: Wiener Tageszeitung 12.11.1948 S. 1.

Im „Kleinen Volksblatt“ wurde 1918 ebenfalls in erster Linie unter dem Fokus des Zerfalls der Monarchie gesehen, welcher in sich schon die Wurzel des späteren Unheils trug:

„Von der einstigen Großmacht, deren ungeheure Bedeutung für Europa und die Welt heute allenthalber weit besser und gründlicher erkannt und gewürdigt wird als in jenen Tagen, da man sie mutwillig und hohnlachend in Trümmer schlug, ist den Österreichern nur ein sehr bescheidener Bruchteil Landes und der ehemaligen Einwohnerzahl des Reiches verblieben.“³⁴⁹

Positiv betont wurden hingegen wieder die Leistungen Ignaz Seipels, welcher Österreich wieder Mut und Zuversicht gab:

„Ignaz Seipels geniale staatsmännische Führung, sein Mut, vor allem aber sein unbeirrbarer Glaube an Österreich und dessen damals erst recht gegebene europäische Aufgabe hat das in der Geschichte so oft zitierte österreichische Wunder neuerlich zustandegebracht.“³⁵⁰

Schlussendlich sollte aber Österreich an „*innerer Zwietracht*“ und einem „*mangelnden Glauben an die Lebensfähigkeit*“ zugrunde gehen. Interessant ist allerdings ein zweiter Artikel im „Kleinen Volksblatt“, der positiv an die Erste Republik anschloss, in welchem es um die sozialen Leistungen ging. So wurden hier besonders die Leistungen bei der sozialen Gesetzgebung und insbesondere die konservative Beteiligung daran (darunter besonders Josef Resch) hervorgehoben. Das Thema Soziales wurde also nicht allein der SPÖ überlassen, sondern auch die ÖVP versuchte hier, durch Rückgriffe auf die Erste Republik ihre soziale Kompetenz zu untermauern.³⁵¹

Ein Indiz bezüglich der Haltung der Volkspartei zum Jahr 1918 ist auch, dass am gleichen Tag fast das vollständige Vorwort Leopold Figls aus der „*gehaltvollen Festschrift*“ „Der Kampf um einen Staat“ in der „Wiener Tageszeitung“ abgedruckt wurde, außer jenem Teil, in welchem Figl den 12. November 1918 positiv betonte.

„Da geschah etwas unerwartetes: Dieses durch vier Kriegsjahre hartgeprüfte, leidbedeckte Volk von Österreich stand in seinen Bürgern, Arbeitern und Bauern einmütig auf, um am 12. November 1918 in der Proklamierung der Republik seinen unveräußerlichen Willen zu Freiheit und zu eigenstaatlicher Souveränität, wie seinen unerschütterlichen Glauben an die Zukunft des Landes feierlich kundzutun.“³⁵²

Verknüpfte also Karl Renner seine beiden Reden auf den Parteifeierlichkeiten zu einem in der staatlichen Presse veröffentlichten Kommentar, so wurden hier für die Verwendung in der Parteipresse die unpassenden Stellen subtrahiert. Nur die folgenden Absätze, welche großkoalitionär die Schuld für die Entwicklung nach außen abschoben (auch für die Zerstörung „*der demokratischen Gemeinschaft*“), die

³⁴⁹ HV.; Zwingende Lehren aus der Geschichte: Österreich 1918- 1948. In: VB 12.11.1948 S. 2.

³⁵⁰ HV.; Zwingende Lehren aus der Geschichte: Österreich 1918- 1948. In: VB 12.11.1948 S. 2.

³⁵¹ vgl. Unsere sozialen Leistungen. In: VB 12.11.1948 S. 3.

³⁵² 30 JAHRE REPUBLIK ÖSTERREICH (1949), S. 5.

Läuterung des österreichischen Gedankens unter der Zeit des Nationalsozialismus betonten und mit „*Möge Gott verhüten, dass Österreich – zum zweiten Mal – an der Umwelt scheitere*“ endeten, wurden veröffentlicht.

2 SPÖ

Die Unterschiede zwischen den Narrativen der beiden Parteien wurden von Seiten der SPÖ gerade bei den Ansprachen zur Enthüllung des Republikdenkmals deutlich, repräsentierte dieser Ort doch, durch dessen Entfernung unter dem Austrofaschismus, gewissermaßen einen zweifach besetzten, emotionalen Gedächtnisort für die SPÖ. Dem folgend gestaltete sich auch der Ablauf des Gedenkens. Zuerst wurde der Leistungen der drei durch das Denkmal verewigten Politiker von Vizekanzler Adolf Schärf gedacht, während der Wiener Bürgermeister Theodor Körner danach die Entfernung des Denkmals, den Austrofaschismus und die Sympathien Ernst Rüdiger Starhembergs für Hitler in Erinnerung rief. Wahrscheinlich aber um Misstöne bei Feierlichkeiten zum 12. November zu vermeiden, wurden jedoch selbst in der „Arbeiterzeitung“ nur die „unproblematischen“ Teile seiner Rede abgedruckt, was der kommunistischen „Volksstimme“ Raum für Polemik eröffnete.³⁵³

Auch wenn solche offensichtlichen Dissonanzen zum Februar 1934 ausgespart wurden, so wird dennoch auch in den übrigen Leitartikeln der Parteipresse ein gespaltenes Geschichtsbild zwischen den beiden Großparteien deutlich. So gedachte einerseits die „Arbeiterzeitung“ von 1945 – 1948 jedem 12. November, während andererseits die bürgerlichen Blätter den 12. November bis auf sein 30-jähriges Jubiläum geflissentlich umgingen. Im Mittelpunkt der Darstellung der „Arbeiterzeitung“ stand dabei in erster Linie eine Bezugnahme auf die Aufbruchstimmung bzw. auf die Leistungen der Sozialdemokratie in der Ersten Republik, deren Bedeutung durch den Hinweis auf die vorhandenen Probleme noch verstärkt werden sollte.

"aber hungernd und frierend, und obwohl die Regierung von einem Tag zum anderen nicht wusste, woher das Brot nehmen und die Kohle für die dringendst notwendigen Lebensmitteltransporte zu beschaffen, waren wir voll freudiger Zuversicht und mit Begeisterung daran, das Neue, das Große zu schaffen"³⁵⁴

"Die Erste Republik war das Werk der österreichischen Arbeiterklasse. Daher ist es verständlich, dass diese Erste Republik von allen anderen Kräften des Landes nie sehr geliebt worden ist. Sie haben es der Republik nie verziehen, dass sie

³⁵³ Scheinwerfer. Die zensurierte Bürgermeisterrede. In: VS 14.11.1948 S. 3. Überhaupt stellte die „Volksstimme“ für diesen Zeitraum ein äußerst gut geeignetes Medium dar, um auf unterhalb des „Burgfriedens“ verlaufende Widersprüchlichkeiten bzw. existente Leerstellen aufmerksam zu werden, da diese durch ihre Positionierung außerhalb des Regierungskonsenses eine andere Funktion im Diskurs einnahm.

³⁵⁴ KHS; 12. November 1918. Dreißig Jahre Republik. Der Tag der österreichischen Revolution. In: AZ 12.11.1948 S. 1-2.

eine Republik des sozialen Fortschritts war, die Republik des Achtsturentages, des Betriebsrätegesetzes, des Arbeiterurlaubes, der Arbeitslosenversicherung, die Republik der Wiener Gemeindebauten und der Wiener Schulreform, die Republik Hanuschs und Breitners und Tandlers und Glöckels.“³⁵⁵

„Ihre Verfassung war ein Muster demokratischer Freiheit, ihre Sozialgesetzgebung ein Beispiel fortschrittlicher Verwirklichung, ihre Leistungen in Verwaltung und Fürsorge, besonders in der von Sozialdemokraten verwalteten Hauptstadt Wien, ein Vorbild des Aufbaues. Mit Stolz bekennen wir uns am heutigen Tag zu diesem geschichtlichen Werk, das nun, nach grausamer Unterbrechung, seine Fortsetzungen finden soll.“³⁵⁶

Entgegengesetzt zur ÖVP war daher die Definition der Ersten Republik. Sie wurde als Geschichte des Aufbaus gesehen, welche von der sozialdemokratischen Partei geprägt worden war und im „*politischen Niedergang des Bürgertums*“ endete. Nicht die generellen Konflikte zwischen den Parteien bzw. zwischen den Klassen „*Arbeiterschaft*“ und „*Bürgertum*“, über welche O.P. [Oscar Pollak] die Spaltung der Gesellschaft erklärte oder das Lernen aus der Geschichte standen als erinnerungsleitende Komponenten im Mittelpunkt, sondern die Zerstörung der Aufbauleistungen der Sozialdemokratie durch die konservativen, faschistischen Strömungen.

„Ja, es [das Werk der Sozialdemokraten] wurde grausam unterbrochen. Die Geschichte der ersten österreichischen Republik ist die Geschichte des Aufbaues und der Verteidigung der Demokratie durch die einzige Kraft, die in Österreich immer und unverändert demokratisch war: die sozialistische Arbeiterschaft. Sie ist die Geschichte unseres Aufstiegs, unserer Kämpfe. Sie ist auch die Geschichte des politischen Niederganges des Bürgertums, seines Herabgleitens von der Demokratie zur Reaktion und von da zum Faschismus. Die Niederwerfung der Arbeiterklasse, der Sozialdemokratie, bedeutete vorübergehend das Ende der Demokratie in Österreich; eben darum bedeutete sie auch das zeitweilige Ende des Staates. Welch eine Lehre der Geschichte! Das österreichische Bürgertum erinnert sich darum nicht gern an die Erste Republik. Die österreichische Arbeiterschaft denkt ihrer in Treue; aber sie hat die Lehre aus jener Erfahrung gezogen.“³⁵⁷

Ähnlich fungierte in diesem Zusammenhang daher auch die Darstellung des 12. November, wobei die später publizistisch so oft zitierten Ereignisse, wie die Ausrufung der Republik als „Bestandteil der deutschen Republik“, das Hochziehen einer roten, anstatt einer rotweißroten und die Schüsse vor dem Parlament keine Wiedergabe fanden.³⁵⁸ Alle diese Handlungen, die später symbolisch das Narrativ vom „Staat, den keiner wollte“ untermauern, wurden ausgeblendet und der 12. November 1918 als Jubeltag charakterisiert, wie etwa 1946 in der literarischen Schilderung dieses Tages in

³⁵⁵ J. H.; Der Tag der Republik. In: AZ 12.11.1946 S. 1-2.

³⁵⁶ O.P.; Zum 12. November. Viktor Adler und die Republik. In: AZ 11.11.1945 S. 1-2.

³⁵⁷ O.P.; Zum 12. November. Viktor Adler und die Republik. In: AZ 11.11.1945 S. 1-2.

³⁵⁸ Nur 1947 fielen „bedeutungslose Schüsse“ der Kommunisten, dafür wurde aber im zuletzt erwähnten Artikel nicht die rote, sondern die rot-weiß-rote Fahne hochgezogen.

der „Arbeiterzeitung“:

„Damals war Karl fünf Jahre alt. Es war ein nebliger, grauer Novembervormittag. [...] Der magere Körper des Kindes schauerte unter den fadenscheinigen Fetzen, die ihn umhingen. In den Därmen brannte der Hunger. Durch die aufgeweichten Pappesohlen seiner Schuhe drang die Nässe [...] Als der Wagen vorbeifuhr, legte einer der Männer die Hände trichterförmig an den Mund und schrie: ‚Die Republik ist ausgerufen!‘ Wie ein Fanfarenstoß klang das Wort durch den Wind. [...] und Karl sah, wie einen Augenblick lang das Gesicht des Vaters aufleuchtete. [...] ‚Du, Vater, was ist das, die Republik?‘ Eine Weile sah der Mann stumm auf sein Kind hinab, seine Stirn legte sich in Falten, er suchte nach Worten, nach einfachen, leicht verständlichen Worten. Dann legte er die schwere, schwielige Hand auf die Schulter des Knaben und sagte langsam, fast feierlich: ‚Die Republik, das bedeutet, dass jetzt kein Kaiser mehr die Menschen in den Krieg schicken kann, dass nicht mehr einige regieren, sondern dass alle mitzureden haben, das ganze Volk. Die Republik das heißt, dass wir nimmer zu hungern brauchen, wenn wir arbeiten und dass unser Land uns gehört.‘ Das bleiche Kindergesicht verklärte ein Lächeln [...]“³⁵⁹

Die soziale Notlage diente also nur als Beiwerk und sollte den Moment der Ausrufung und die Hoffnung, dass sich ab jetzt alles ändern würde, noch mehr hervorheben.³⁶⁰

Ähnlich im Mittelpunkt wie der Jahrestag stand aber auch die Erinnerung an Viktor Adler, dem Begründer der Sozialdemokratie, als positiv besetzter Gedächtnisort. Die Schuld am Niedergang der Demokratie trug hingegen die konservative Reaktion, wobei nicht die Einflüsse von außen als Totengräber, sondern der Faschismus im Inneren als Ursache gesehen wurde. Aspekte, welche allerdings den Anschlussgedanken oder das fehlende Nationalbewusstsein in der Ersten Republik thematisiert hätten, wurden ausgelassen. Die 12. November-Tradition stand damit natürlich auch im Gegensatz zur Identitätssuche der ÖVP in der „Vorvergangenheit“³⁶¹ Österreichs. So wurde etwa 1946 in der sozialistischen Parteipresse die Frage diskutiert, weshalb Österreich im Gegensatz zu anderen Ländern nicht seinen Gründungstag feiern würde, wenn doch auch die 950-Jahr-Feiern begangen worden seien.³⁶²

³⁵⁹ Die Republik. In: AZ 12.11.1946 S. 3.

³⁶⁰ Ähnlich erfolgte etwa auch oft die Charakterisierung von 1945, wo die Ausgangssituation im Vergleich zu 1918 als noch unvorteilhafter dargestellt wurde, um eben die Leistungen und die „Erfolgsgeschichte“ der Zweiten Republik zu betonen.

³⁶¹ Den Terminus der „Vorvergangenheit“ prägte zentral Herbert Weissenberger, der in der Überschrift seines Artikels von der „Bewältigung der Vorvergangenheit“ sprach, womit mit die Monarchie gemeint war. (vgl. WEISSENBERGER (1968), S. 95f.) Zuvor dürfte er allerdings auch schon eine gewisse Verbreitung erfahren haben, wie etwa der Rückgriff von Rainer Leignitz 1963 zeigte. vgl. LEIGNITZ, Rainer; Die annektierte Geschichte Österreichs. In: ÖMH Jg. 19 H. 9/September 1963 S. 15-18.

³⁶² „28 Jahre sind nun seit jenem historischen Tage vergangen, da Hunderttausende vor dem Wiener Parlamentsgebäude die Freude über das Ende des ersten Weltkrieges mit der Begeisterung über die Ausrufung der demokratischen Republik verbanden. Hungrig waren die Menschen damals ebenso wie heute, gewiss, aber begeistert waren sie. Nun könnte man sagen, dass in der heutigen Zeit der Not und des Hungers der festlichen Anlässe nicht zu viele sein dürfen. Aber wenn wir vor wenigen Wochen 950 Jahre Österreich gefeiert haben, so sollte die Republik Österreich nicht so bescheiden sein, ihren eigenen Geburtstag zu ignorieren. Wir hissen jetzt an jedem Staatsfeiertag der vier Besatzungsmächte auf unseren Amtsgebäuden die Fahnen, warum denn just an dem unseres eigenen Staates

So kontroversiell die Positionen jedoch zwischen ÖVP und SPÖ waren, wurde ab 1948 trotzdem deutlich, dass der 12. November nach seiner erstmaligen „gemeinsamen“ feierlichen Begehung in seiner Bedeutung zurückging, was auch die abnehmende Häufigkeit der Leitartikel zum 12. November in der „Arbeiterzeitung“ untermauerte. Es fand sich wurde 1949 und 1953 kein Titelseitenkommentar mehr zum 12. November, sondern es wurde nur mehr in wenigen Zeilen auf die Kranzniederlegungen zum Gedenken an Viktor Adler und die Erste Republik hingewiesen. Am bezeichnendsten dafür ist aber wohl am Parteitag 1953 die Ablehnung einer Anfrage einer Bezirksorganisation, einen Antrag im Parlament einzubringen, um den Jahrestag der Republikgründung zum Staatsfeiertag zu machen, mit der Begründung, dass es mit dem 1. Mai schon einen Feiertag gäbe.³⁶³ Scheinbar gab es also auch innerhalb der SPÖ ambivalente Einstellungen zu diesem Datum und erst mit seinem 40-jährigen Jubiläum sollte der 12. November wieder einen tatsächlich zentralen Ort im Gedächtnis der SPÖ einnehmen.

3 KPÖ

Da die KPÖ vom großkoalitionären Konsens der Geschichtsschreibung ausgenommen war, konnte hier eine Position eingenommen werden, die die Leerstellen der Narrative der beiden Großparteien aufzeigte und noch einmal eine neue Lesart von 1918 bot. So rief im Gegensatz zu den Renner-Beglückwünschen die „Volksstimme“ dessen Befürwortung des „Anschlusses“ ins Gedächtnis und betonte damit die Dissonanzen im staatlich präsentierten Geschichtsbild.³⁶⁴ Aber auch die Darstellung der Republikgründung war unterschiedlich. So wurden diese als eine verpasste Chance und als ein Verrat der Sozialdemokraten an den Arbeitern gesehen:

"Aber die Führung der Partei, die berufen war, an der Spitze der Bewegung zu stehen, die Führung der Sozialdemokratischen Partei, wandte sich mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln gegen die soziale Revolution der arbeitenden Klassen."³⁶⁵

Weswegen auch der Grund für die spätere Entwicklung schon im Jahre 1918 gesehen wurde:

"Die Wurzel für die Entstehung des Faschismus und dem zweiten Weltkrieg mit

nicht? Österreich hat allen Grund, auf seine demokratische Staatsform stolz zu sein, sich ihrer nicht zu schämen, ihre junge Tradition zu pflegen. Wir wollten uns und ihr, der Republik, an diesem heutigen Tag geloben, dafür zu sorgen, dass er in Zukunft niemals wieder vergessen werde!" (Von Tag zu Tag. Ein Geburtstag ohne Feier. In: AZ 12.11.1946 S. 3.) Der Hinweis auf den fehlenden Feiertag fand sich auch im Kommentar auf Seite 1, vgl. J. H.; Der Tag der Republik. In: AZ 12.11.1946 S. 1-2.

³⁶³ vgl. Protokoll des Parteitages der SPÖ 1953 S. 231 bzw. 276.

³⁶⁴ vgl. Vor 30 Jahren. In: VS 12.11.1948 S. 5.

³⁶⁵ FÜRNBURG, F.; Der 12. November 1918. In: VS 12.11.1948 S. 1-2.

all seinen Schrecken liegen in der Zeit von 1918 bis 1919, als die Arbeiterklasse ihre historische Aufgabe, an der Spitze des Volkes die politische Macht zu übernehmen, nicht erfüllt hat.“³⁶⁶

Da am Anfang die von den Sozialdemokraten verratene Revolution stand, konnte die Erinnerung an 1918 daher auch nur eine bedingt positiv identitätsstiftende Funktion entfalten. Im Gegensatz zur ÖVP stellte aber nicht der „Verrat an der Monarchie“ die Ursache der weiteren Entwicklung dar, sondern die verratene Revolution von 1918.

4 Leitartikel anderer Zeitungen

„Salzburger Nachrichten“

Das Narrativ in den bürgerlich unabhängigen Tageszeitung entsprach weitgehend jenem der ÖVP. So nahmen etwa die „Salzburger Nachrichten“ in ihrem Kommentar 1918 praktisch nur unter dem Ende des Großreiches wahr, während die Erste Republik und selbst ihre Probleme praktisch ausgeblendet wurden. Schuld am Untergang der Monarchie waren daher auch nicht innere Probleme, sondern der Nationalismus der anderen Völker.³⁶⁷

„Die Presse“

Die Presse näherte sich hingegen dem Jahr 1918 wieder über die Erste Republik an. So hielt sie fest, dass *„am Eingang in die Erste Republik Zwang und Zweifel standen.“* Weiters wurden die Probleme thematisiert: die Frage der Lebensfähigkeit, politische Richtungsstreitigkeiten, Ressentiments gegen die Habsburgerdynastie, der Anschlussgedanke und die bewaffneten Parteidogmen. Nach den anfänglichen Problemen ging es allerdings bergauf:

„Doch das Leben geht unbekümmert weiter und fordert kategorisch sein Recht. Österreich arbeitete, das Land erholte sich, die Wirtschaft produzierte und exportierte, die staatsfinanzielle Ordnung, unter harten Opfern erreicht, wurde der Welt geradezu ein Vorbild, das geistige und künstlerische Schaffen blühte langsam wieder auf.“³⁶⁸

Auf Seite der Leistungen standen also wieder (Seipels) Sanierungspolitik und die kulturellen Leistungen, während die Errungenschaften auf sozialem Gebiet allerdings ausgeklammert wurden. Der Austrofaschismus wurde nicht als Bruch, sondern indirekt

³⁶⁶ FÜRNBURG, F.; Der 12. November 1918. In: VS 12.11.1948 S. 1-2.

³⁶⁷ vgl. ENDOR, Otto; Ende und Neubeginn. In: SN 12.11.1948 S. 1. Interessant hingegen die Definition des deutschen Nationalismus in Österreich. Dieser war nur ein sich daraus entwickelnder „*Protestnationalismus*“, weswegen ihm auch eine „*gewisse Überspannung, Gezwungenheit und Unnatürlichkeit anhaftete.*“ Anders ausgedrückt der Deutschnationalismus und dessen Überspannung im „Anschluss“ als Resultat des Nationalismus der anderen Völker.

³⁶⁸ THE; Die Staatsidee. In: Die Presse 12.11.1948 S. 1.

als „Gesundungsprozess“ wahrgenommen, weshalb auch die Ansicht vertreten wurde:

„Wäre der Gesundungsprozess in den Dreißiger-Jahren nicht durch den hitlerschen Angriff gestört worden, dann hätte man schon damals, bevor noch die Katastrophe im Jahre 1938 hereinbrach, mit Fug und Recht feststellen dürfen: Ja, Österreich ist lebensfähig.“³⁶⁹

Ähnlich wie in anderen ähnlichen Darstellungen lag die Ursache für Österreichs Untergang also nicht im Inneren, so fand der Bürgerkrieg maximal als „*innere Krisen*“ seine Erwähnung, sondern in Hitlers „*Angriff*“.

„Wiener Zeitung“

Die „Wiener Zeitung“ verkannte hingegen überhaupt, wie es sich wohl für ein überparteiliches, staatliches Organ gehörte, die Konflikte um die Auslegung des 12. November und meinte

"Der 30. Jahrestag der Proklamation der Österreichischen Republik war ein Arbeitstag, was sicher als Symbol des ernsten Willens für den raschen Wiederaufbau zu werten ist. Aber nicht nur die Fahnen der Republik, sondern auch das Bekenntnis der Menschen zeigten den inneren Festtag."³⁷⁰

Die starken parteipolitischen Divergenzen, welche auch dazu geführt hatten, dass der 12. November als Feiertag im Austrofaschismus abgeschafft worden war und auch in der Zweiten Republik noch äußerst konträr interpretiert wurde, wurden als Gründe für das Fehlen einer gemeinsamen, die Öffentlichkeit einschließenden Staatsfeier nicht in Erwähnung gezogen.

Ähnlich harmonisch waren die Kommentare. In der Beilage 30 Jahre Republik fanden sich Kommentare von den „*Leuchttürmen demokratischer Gesinnung*“, dem „*Triumvirat*“ aus der Ersten Republik Renner, Kunschak und Seitz.³⁷¹ Wie schon zuvor erwähnt, ging dabei Renners Rede wenig auf die Vergangenheit ein, sondern betonte die Lehren aus der Geschichte und die Aufbauleistungen der Zweiten Republik. Seitz beschrieb hingegen relativ detailliert den Übergang von der Kapitulation zur Republik, wobei besonders Viktor Adler hervorgehoben wurde. Die Probleme der Ersten Republik wurden jedoch bloß in die Erwähnung der beiden Jahreszahlen 1934 und 1938 ausgelagert. Kunschak beschäftigte sich wiederum mit dem Prozess des Auseinanderfallens der Monarchie hin zur Republikgründung, wobei er allerdings die Anfangsjahre der „großen Koalition“ bis 1920 noch einschloss. Als Probleme wurden in dieser Perspektive die Putschversuche durch die Kommunisten einerseits und andererseits der Friedensvertrag von St. Germain gesehen. Die Abwendung dieser Gefahren konnte allerdings durch die Zusammenarbeit zwischen Christlichsozialen und

³⁶⁹ THE; Die Staatsidee. In: Die Presse 12.11.1948 S. 1.

³⁷⁰ Manifestationen der Regierungsparteien. In: WZ 13.11.1948 S. 1.

³⁷¹ 31 Jahre Republik. In: WZ 12.11.1949 S. 2.

Sozialdemokraten gewährleistet werden. Unter diesem Fokus wurde also gerade die Zusammenarbeit der beiden Parteien und nicht ihre Konflikte in den Vordergrund gerückt.³⁷²

Als eine der wenigen Zeitungen sollte die „Wiener Zeitung“ auch 1949 noch einmal einen Kommentar zur Republikgründung veröffentlichen. Dieser war wieder ähnlich wie Renners Beitrag von 1948 aufgebaut. Wieder wurde die Geschichte nicht ausführlich thematisiert, sondern die Erste Republik im weitgehend interpretationsoffenen Schnelldurchlauf abgehandelt

„Besonders das kleine Österreich, das in der Mitte Europas sein Dasein fristet, hatte die Ereignisse – es waren sehr wenig erfreuliche darunter – wie ein empfindlicher Seismograph zu registrieren. Es rang sich durch die bittere Zeit der ersten Inflation wieder zu einem besseren Dasein durch, imponierte der Umgebung durch seine kulturellen Leistungen, überwand die Periode der faschistischen Diktatoren...“³⁷³

Die Vergangenheit sollte also nicht breit thematisiert werden, um damit nicht in offenen Wunden zu sticheln, vielmehr wurde die Perspektive in erster Linie auf die Zukunft hin gerichtet.

f Zusammenfassung

Betrachtet man die Feiern zum 12. November in der Nachkriegszeit, so wird deutlich, dass der ehemalige Staatsfeiertag im Vergleich zur Ersten Republik stark an Bedeutung eingebüßt hatte und auch auf Ebene des sozialistischen Parteinarrativ von einem zentralen zu einem peripheren Gedächtnisort geschrumpft war, welcher an Bedeutung vom 12. Februar übertroffen wurde.³⁷⁴ Die Ablehnung der Wiedereinführung des 12. November als Staatsfeiertag im Jahr 1945 kann aber auch als Zeichen einer

³⁷² vgl. RENNEN, Karl; Im Sturme bestanden! Zur Feier des dreißigsten Jahrestages der Begründung der Republik Österreich. In: WZ Beilage 12.11.1948 S. 1; KUNSCHAK, Leopold; Der Weg in die Republik. Von Nationalratspräsident Leopold Kunschak. In: WZ Beilage 12.11.1948 S. 2; SEITZ, Karl; Von der Monarchie zum Volksstaat. In: WZ Beilage 12.11.1948 S. 3.

³⁷³ 31 Jahre Republik. In: WZ 12.11.1949 S. 2.

³⁷⁴ Allerdings dürfte es generell ein Charakteristikum der 50er Jahre dargestellt haben zu vermeiden, konfliktbehaftete Gedächtnisorte zu sehr in der Öffentlichkeit zu begehen. So schreibt Elisabeth Klamper, dass im Sinne des Burgfriedens gerade in den 50er Jahren auch der 12. Februar nur sehr dezent begangen worden sei und sich die Rituale ab den 50er Jahren auf Kranzniederlegungen beschränkt hätten. Sie spricht in diesem Zusammenhang von einem „*wohlgrenzten Zirkel des Erinnerns*“ (bezugnehmend auf Josef Haslingers Essay Politik der Gefühle). (vgl. KLAMPER (1997), S. 175.) Ähnliches hielt etwa auch ein Rundschreiben des Parteivorstandes bezüglich dieses Jahrestages fest, das betonte, dass von größeren Feiern, Veranstaltungen und Kundgebungen Abstand genommen werden sollte. (vgl. KLAMPER (1997), S. 179.) Bis 1949 konstatiert aber auch Elisabeth Klamper noch größere Feierlichkeiten, so wie eben der 12. November erst Ende der 40er Jahre in der Parteipresse an Bedeutung verlor. Vielleicht stellte die deutlicher zur Schau getragene Rückbesinnung auf die Vergangenheit, ohne damit parteipolitische Konflikte zu provozieren, gerade in der unmittelbaren Nachkriegszeit noch einen wichtigen Faktor für die

Form der Konfliktvermeidung gegenüber der ÖVP gesehen werden, auch wenn Karl Renner das schlechte Wetter im November als Grund für seine Ablehnung des Staatsfeiertags hervorhob.

Dennoch fanden 1948, wohl aus Gründen großkoalitionärer Harmonie bzw. von Seiten der ÖVP um ihr Bekenntnis zur Republik zu untermauern und um sich keinen „austrofaschistischen“ Vorwürfen auszusetzen, Feierlichkeiten zum 30-jährigen Republiksjubiläum statt. Standen doch außerdem auch zwei Politiker an der Spitze des Staates, deren Legitimation zu einem gewissen Teil auch auf ihren Tätigkeiten in der Ersten Republik beruhte, nämlich Karl Renner als Bundespräsident und Leopold Kunschak als Nationalratspräsident. Ähnlich wie in der Ersten Republik dominierten aber immer noch die Parteifeierlichkeiten. Das Gemeinsame hingegen wurde in erster Linie über die Figur des Bundespräsidenten zu konstruieren versucht.

Von staatlicher Seite wurde jedoch in der Nachkriegszeit auch positiv an die Erste Republik angeschlossen. Sicherlich auch bedingt durch die Moskauer Deklaration von 1943, versuchte man die Basis für die Zweite Republik auf der Grundlage dessen zu schaffen, was in der Moskauer Deklaration als Ausgangspunkt für Österreichs Unabhängigkeit bezeichnet wurde, nämlich sein Zustand in den Jahren der Ersten Republik. Mit ein Grund dafür, dass im Gegensatz zu 1918, wo die Rechtsnachfolge zur Monarchie abgelehnt worden war, 1945 auf staatlicher Ebene eine Vielzahl von Kontinuitätsoptionen, sei es auf Ebene der Verfassung oder der Staatssymbole, wahrgenommen wurden. Es kann daher in diesen Jahren nicht von der Funktion der Ersten Republik als einer Negativfolie gesprochen werden, sondern eher als Gerüst auf welches man aufbauen konnte, das aber gleichzeitig natürlich auch als Lehre in punkto Überwindung der parteipolitischen Konflikte zwischen den Lagern diene.

Die Schuld am Ende der Republik wurde von staatlicher Seite daher auch nicht im Inneren gesucht, sondern nach außen ausgelagert. So waren die Faschismen Italiens und Deutschlands verantwortlich an der Zerstörung der Republik Österreich und nicht die Zwistigkeiten der Parteien oder das mangelnde Nationsbewusstsein. Es herrschte also ein Narrativ vom „vernichteten Staat“ vor oder anders formuliert, von der Opferrolle Österreichs während der Zwischenkriegszeit als Spielball der Mächte.

Auffallend ist auch, dass sich die staatstragenden Reden in erster Linie durch eine Fokussierung auf die Zweite Republik oder die Zukunft auszeichneten, während die Erste Republik weitgehend ausgelassen oder in deutungs offene Formulierungen gehüllt wurde. Neben den fehlenden offiziellen staatlichen Feiern ein Indiz dafür, dass trotz eines gewissen, wahrscheinlich auch durch die Besatzung bedingten Konsenses noch keine gemeinsamen Narrative gefunden worden waren.

Auf parteipolitischer Ebene waren im Gegensatz dazu die Konfliktnarrative der Zwischenkriegszeit vorherrschend, die aufzeigen, dass trotz des staatlichen Konsenses hinsichtlich der Feierlichkeiten noch subkutan Konflikte brodelten. Existierte zwar beim Anknüpfen an die Erste Republik auf Ebene der Verfassung oder der Staatssymbole kein parteipolitischer Widerspruch, so wurde eine emotional positiv konnotierte Kontinuität nur von der SPÖ gezogen, während die ÖVP die Erste Republik unter dem Zerfall der Monarchie wahrnahm. Dennoch waren auch auf Ebene der offiziellen Parteifeierlichkeiten, welche eigentlich die Funktion von Staatsfeierlichkeiten einnahmen, die Reden in ihrer Wortwahl meist sehr bedacht gehalten. Es werden zwar die unterschiedlichen Narrative deutlich, allerdings diente die Vergangenheit nicht für Angriffe auf das andere Lager, sondern es wurden in den Feierakten gerade die Lehren aus der Vergangenheit betont.

Stärker traten die Unterschiede in den Zeitungskommentaren der Parteipresse hervor, wo stark divergierende Narrative sichtbar werden. Rein vom Aufbau her fällt auf, dass die SPÖ viel stärker die Vergangenheit der Ersten Republik als positiven historischen Bezugspunkt ansprach, wie zum Beispiel, die Aufbruchstimmung am Beginn der Ersten Republik oder Viktor Adler. Von Seiten der ÖVP standen als positive Komponente eher die Aufbauleistungen der Zweiten Republik und die Zukunftsperspektiven im Mittelpunkt. Wenn die Vergangenheit von der ÖVP positiv konnotiert wurde, geschah dies in erster Linie über den, von der Sozialdemokratie „Prälaten ohne Milde“ genannten, Ignaz Seipel und seine Sanierungspolitik durch die Genfer Anleihe. Im Vergleich zur SPÖ standen also, anstatt Viktor Adler, Sozialpolitik und den Jahren 1918-1920; Ignaz Seipel, Wirtschaftspolitik und die 1920er Jahre im Mittelpunkt einer etwaigen positiven Erinnerung. Primär wurde die Erste Republik von Seiten der ÖVP aber unter dem Zerfall der Monarchie verstanden, wodurch der 12. November 1918 nur als Trauma wahrgenommen werden konnte. Umgekehrt funktionierte die Wahrnehmung der SPÖ. Zwar wurde auch auf die negative Auswirkung des Zerfalls des Großreichs hingewiesen, den Verlust des Wirtschaftsraumes, allerdings wurde die Schuld dafür bei den Habsburgern gesehen. Von den Sozialisten wurde das Jahr 1918 unter dem Fokus der Gründung der Republik, im Sinne einer Aufbruchstimmung, positiv konnotiert, in welchem die Hinweise auf die ungünstigen Rahmenbedingungen nur das Beiwerk lieferten, aus welchem sich die Republik emporhob. Im Gegensatz zur ÖVP wurde also die Zukunftshoffnung des Jahres 1918 betont.

6.2 1958: Kontroversen um die Bruchstelle Monarchie/Erste Republik

a Die Feierlichkeiten zum 12. November zwischen Boykott und Parteifeiern

Konträr zu 1948, als Karl Renner durch seine Teilnahme an der „Staatsgründungsfeier“ die Überparteilichkeit der Erinnerung an die Erste Republik betont hatte, verliefen die Feiern 1958. War zehn Jahre zuvor der Lager-übergreifende Konsens auf staatspolitischer Ebene hervorgehoben worden, so offenbarten sich 1958 die Konflikte in den unterschiedlichen Wahrnehmungen der Vergangenheit. Am plakativsten manifestierte sich dieser Wandel an der Person des damaligen Nationalratspräsidenten Felix Hurdes. Gestaltete jener noch 1948 als Unterrichtsminister die Schulfunksendung für die 30-jährigen Republikfeiern, so kam ihm 1958 als Nationalratspräsident die Rolle zu, den von der sozialistischen Partei angeregten Jubiläumsfeiern eine Absage zu erteilen.³⁷⁵

Anstatt einer Festveranstaltung im Parlament wurde daher von sozialdemokratischer Seite auf Länderebene ausgewichen und offizielle Feierlichkeiten in mehreren Landtagen initialisiert. Schlussendlich fanden Festsitzungen in Salzburg, Kärnten, Wien und NÖ statt, welche allerdings wiederum von den Landtagsabgeordneten der ÖVP boykottiert wurden.³⁷⁶ Besonders der Wiener Landtagssitzung kam dabei staatstragender Charakter zu. Nahmen doch neben den Landtagsabgeordneten von SPÖ, KPÖ und FPÖ auch noch Bundespräsident Schärff, Vizekanzler Pittermann, diverse Minister der SPÖ und auch die Parteivorsitzenden von FPÖ und KPÖ daran teil.³⁷⁷ Ein ähnliches Bild bot sich bei den Feierlichkeiten des ÖGB, welchen ebenfalls die Fraktion der christlichen Gewerkschaftsfraktion fern blieb.³⁷⁸

Durch diese Differenzen zwischen den Parteien zum 12. November gab es 1958 auch keine Schulfestlichkeiten und keine bundesweite Beflaggung öffentlicher Gebäude.

³⁷⁵ vgl. Die Republik Österreich wird vierzig Jahre alt. Aber ihr Geburtstag wird im Parlament nicht gefeiert. In: AZ 05.11.1958 S. 1.

³⁷⁶ Nur in Kärnten nahmen zwei Abgeordnete der ÖVP an den Sitzungen teil. (vgl. Republikfeiern in den Ländern. In: AZ 13.11.1958 S. 2) In der Steiermark wurden hingegen die Landtags-Feierlichkeiten angeblich überhaupt von Seiten der ÖVP verhindert, wie die Presse schrieb. (vgl. Republikfeiern in vier Landtagen. Die Volkspartei hielt sich fern – Beteiligung der Freiheitlichen. In: Die Presse 13.11.1958 S. 3) Eine Behauptung, welche allerdings fraglich sein dürfte, war doch in den anderen Bundesländern für die Festakte auch keine Zustimmung der ÖVP nötig. Auf jeden Fall dürften, nach Durchsicht der Bundesländerausgaben der Tageszeitungen, in den Bundesländern, wo es keine Versammlungen der Landtage gab, Parteifeiern der SPÖ stattgefunden haben.

³⁷⁷ vgl. Festsitzungen der Landtage. In: WZ 13.11.1958 S. 2.

³⁷⁸ vgl. Auch Altenburger boykottiert Republikfeier. In: VS 12.11.1958 S. 3.

Nur in Wien,³⁷⁹ dem einzigen Bundesland mit einer absoluten sozialistischen Mehrheit und überraschenderweise auch von Landeshauptmann Josef Klaus in Salzburg wurde die Beflaggung angeordnet.³⁸⁰

Es überrascht daher wenig, dass es Parteifeierlichkeiten diesmal nur von Seiten der SPÖ gab. Neben dem jährlichen Ritual der Kranzniederlegung am Denkmal der Republik veranstaltete die SPÖ auch wieder eine Republikfeier, diesmal in der Wiener Stadthalle und ebenfalls in den Vorfeldorganisationen, wie zum Beispiel dem Wiener Arbeiterturnverein, wurde der 40. Jahrestag begangen.³⁸¹ Auch die KPÖ gedachte der Gründung der Republik im Rahmen der Feierlichkeiten zu ihrem 40-jährigen Bestehen.³⁸² Die ÖVP Parteilinie war hingegen, den 12. November, so lange man sich nicht für das Fernbleiben von den Feierlichkeiten rechtfertigen musste, weitgehend zu ignorieren. Fast kann man von einer Reihe von Gegenveranstaltungen von Seiten der ÖVP sprechen, welche auch den Unmut der SPÖ-Parteizeitungen „Arbeiterzeitung“ und „Die Neue Zeit“ hervorriefen. Gerade ÖVP-Unterrichtsminister Heinrich Drimmel veranstaltete in den Tagen rund um den Tag der Republik eine wahre Tour-de-Force des Gedenkens, in welchen für das Geschichtsbild der ÖVP wichtige Gedenktage betont wurden. So hielt er Reden bei der 800-Jahrfeier des Schottenstifts am 13., bei der universitären Feier des 400. Todestages Karl V. ebenfalls am 13. und am 17. zum Gedenken Leopolds.³⁸³

Die Festsitzung im Schottenstift hatte dabei schon fast den Charakter einer zentralen Parteiveranstaltung, stellte doch dieser Ort einerseits einen symbolisch aufgeladenen Raum für die ÖVP dar, weil in diesen Räumen deren Gründung 1945 erfolgt war und andererseits nahmen, neben Unterrichtsminister Heinrich Drimmel, ein Großteil der konservativen Parteilite wie Bundeskanzler Julius Raab, Nationalratspräsident Hurdes, Staatssekretär Bock, der niederösterreichische Landeshauptmann Steinböck oder der Wiener Vizebürgermeister Weinberger daran teil.³⁸⁴ Zwar sollten damit nicht

³⁷⁹ vgl. Wien feiert den Tag der Republik. In: WZ 06.11.1958.

³⁸⁰ vgl. Differenzen um Republik-Feiern. Sozialisten erzwangen Landtags-Sondersitzung – ÖVP sieht keinen Grund zum Feiern. In: SN 12.11.1958 S. 3.

³⁸¹ vgl. Die Republikfeier des WAT. In: AZ 08.11.1958 S. 12.

³⁸² Über Feierlichkeiten der FPÖ war nichts zu finden. Allerdings widersprach deren damaliger Klubobmann Willfried Gredler 1961 im Nationalrat dem SPÖ Abgeordneten Otto Probst, als dieser meinte, dass nur die SPÖ den Tag der Republik feiern würde. Welcher Aspekt (vgl. dazu die FPÖ-Parteifeierlichkeiten 1968) allerdings genau am 12. November von Seiten der FPÖ gefeiert wurde, wurde nicht erwähnt. vgl. Stenographische Protokolle des Nationalrats IX. GP. - 83. Sitzung – 4. Dezember 1961 S. 3553.

³⁸³ vgl. Klosterneuburg feiert St. Leopold. In: VB 7.11.1958 S. 5.

³⁸⁴ vgl. Höhepunkte der 800 Jahr Feier des Stiftes: Die Schotten – eine österreichische Realität. In: VB 15.11.1958 S. 6. Interessant war, dass die Erinnerung an 800 Jahre Schottenstift keine Konfliktlinie zwischen SPÖ und ÖVP darstellte. Vielmehr veröffentlichte selbst die „Arbeiterzeitung“ einen langen Artikel zur 800-Jahr-Feier. (vgl. J.H.; 800 Jahre Schottenstift. In: AZ 5.11.1958 S. 7) Wohl auch deswegen, weil bedeutende sozialdemokratische Politiker wie Viktor Adler und Engelbert Pernerstorfer in diese Schule gegangen waren. (vgl. Neues vom Tag. Das Schottenstift wird 800 Jahre alt. In: AZ 1.11.1958 S. 4) Wahrscheinlich mit

explizit staatliche Gegennarrative zum 12. November aufgebaut werden, dafür war der Rahmen der Feierlichkeiten zu klein gehalten und auch die mediale Aufmerksamkeit, bis auf das Gedenken an Karl V., zu gering. Allerdings sollte wohl demonstrativ das eigene Geschichtsbild gegenüber dem Koalitionspartner zur Schau gestellt werden.

Dennoch wurde auch durch einige staatliche Akte, abseits vom Rahmen der Landtage, der Republikgründung gedacht. So wurde wieder eine Briefmarke mit Renners Konterfei zum 40. Jahrestag herausgegeben und auch im Rundfunk wurde der Jahrestag wieder feierlich begangen. Einerseits hielt Bundespräsident Schärp im Fernsehen eine kurze Rede und andererseits wurde im Radio eine Reihe von Musik und Lyriksendungen zur 40. Wiederkehr des Gründungstages der Republik gesendet bzw. auch wieder das Theaterstück „3. November“ vom Theodor Csokor übertragen.³⁸⁵ Trotz des Fernbleibens der ÖVP von den Feierlichkeiten blieben die Reden in den Landtagen und auch jene von Schärp relativ ausgeglichen und hatten staatstragenden Charakter.³⁸⁶ Die Abwesenheit der ÖVP wurde nicht weiter kommentiert, sondern es wurden in den Reden sogar die Leistungen konservativer Politiker bei der Staatsgründung (Fink, Nepomuk Hauser) betont und dadurch ein selbst die fehlende ÖVP einschließendes Narrativ erzeugt. So meinte etwa auch der Wiener Landtagspräsident Bruno Marek in seiner Rede, dass es die „*konzentrischen Angriffe des europäischen Faschismus*“ gewesen seien, welche Österreich, diese „*Insel der Demokratie*“ ausgelöscht hätten.³⁸⁷ Trotz des Fehlens des Koalitionspartners bei den Feierlichkeiten wurden also praktisch die gleichen überparteilichen Narrative wie 1948 verwendet. Andere unangenehme Narrative hingegen, wie der Anschlussgedanke, wurden wiederum ausgeklammert oder aber in rhetorische Konstrukte ausgelagert ohne ihn direkt anzusprechen.³⁸⁸ Und selbst die am 12. November von Kommunisten ausgelösten Unruhen fanden in diesem Kontext keine Erwähnung. Einzig Bundespräsident Schärp gab eine präsidentielle Richtlinie zum 12. November vor:

auch ein Grund dafür, weshalb der sozialistische Minister Tschadek an dem Festakt teilnahm.

³⁸⁵ vgl. Radio von Sonntag bis Samstag. In: VS 9.11.1958. Hinsichtlich der Bedeutung des Theaterstücks „3. November“ vgl. Fußnote 320

³⁸⁶ So schrieb auch die „Kleine Zeitung“: „*Die Sozialisten erkannten ihre Chance. Sie ließen, alles was nach Partei roch, zu Hause und gaben sich nur als staatstragende Österreicher. Sie schimpften nicht, sondern wiesen auf die leeren Plätze und drückten mit einer Krokodilsträne im Auge ihr brüderliches Bedauern aus.*“ SCHÖ; Das war ein Eigentor. In: Kleine Zeitung 13.11.1958 S. 3.

³⁸⁷ vgl. MAREK, Bruno; Festrede: 40 Jahre Republik Österreich. In: Teilnachlass Bruno Marek ZPH 740, Archivbox 6, Wienbibliothek im Rathaus.

³⁸⁸ Zum Beispiel hinsichtlich des fehlenden Österreichbewusstseins: „*So blieb auch im geistigen Bereich das Erbe [des Niedergangs der Monarchie] nicht ohne Folgen.*“ (Stenographisches Protokoll der Festsitzung des Landtages von Niederösterreich. Online unter <http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/sitzungen/06-gpw/1958-59/fe-si.pdf> zuletzt am 15.10.2009) Während, wie schon erwähnt, bei Bruno Mareks Zitation der Renner-Hymne bei „Deutsch-Österreich“ der nach 1945 ungeliebte Zusatz „Deutsch“ weggelassen wurde.

„Dieses Gedenken gilt einem historischen Ereignis, einer tiefgreifenden geschichtlichen Wende, und es ist deshalb dem für und wider politischer Meinungen und Auffassungen völlig entrückt. Was wir feiern, ist der Geburtstag des neuen Österreich, des Landes, zu dem wir Österreicher uns bekennen.“³⁸⁹

War der öffentliche Rahmen durch den Boykott der ÖVP eher bescheiden, so wurde im Gegensatz dazu von der SPÖ durch eine große Feier im Parteirahmen auf die Bedeutung dieses Jahrestages hingewiesen. Fand doch in der Wiener Stadthalle eine von Viktor Slama aufwendig inszenierte Republikfeier statt,³⁹⁰ an der 11000 Menschen teilnahmen.³⁹¹ Mit Unterstützung vieler Vorfeldorganisationen (Arbeiter-Sängerbund, Wiener Arbeiter-Turnverein, Niederösterreichisches Tonkünstlerorchester) wurde die Geschichte der Republik Österreich ab 1914 erzählt und dargestellt. Das Narrativ war relativ stringent aufgebaut. Dem Leiden und den Entbehrungen im Krieg folgten die, durch die *„historische Tat des 12. November“* begründete, demokratische Republik und die, trotz der widrigen Umstände, Leistungen der Sozialdemokratischen Partei. Der durch musikalische Dissonanzen untermalte Bruch geschah 1934 (und nicht 1938) mit dem Bürgerkrieg. Im KZ ereignete sich wiederum die Versöhnung der Parteien, aus der Österreich 1945 zwar anfangs glücklich, aber ohne echte Freiheit hervorging, um aber dann schlussendlich 1955 seinen Staatsvertrag zu erhalten.³⁹² Im Mittelpunkt von Bruno Pittermanns folgender Rede stand auch die Weigerung der ÖVP Staatsfeiern abzuhalten und er mahnte an *„die Lehren der Vergangenheit zu denken, die uns zeigen, was Uneinigkeit und Bruderzwist uns allen zugefügt“* habe.³⁹³ Diese Argumentation des nicht vorhandenen Lernens der ÖVP aus der Vergangenheit durch ihr Fernbleiben von den Republikfeiern fand sich auch wenige Tage später in einer Rede Oskar Helmers auf einer anderen Republikfeier.³⁹⁴

Nationalratsdebatte

Ganz ferngehalten von der Bühne des Nationalrates konnte die Erinnerung an das 40-

³⁸⁹ Die Festversammlung im Rathaus: „Österreich, wir lieben, wir schirmen dich!“. In: AZ 13.11.1958 S. 1-2. Schärf bezeichnete dabei auch den 12. November als den *„bedeutsamsten Schicksalstag unseres Landes“*.

³⁹⁰ Fast hätten diese Feierlichkeiten für die SPÖ problematisch werden können, drohte doch Viktor Slama am Vorabend damit, die Feierlichkeiten zu boykottieren und das Festspiel abzusagen, da sein Name in der Liste der Mitwirkenden nicht erwähnt wurde. vgl. 1.1.10.5 „Republikfeier“/1959 - Korrespondenzen In: Teilnachlass Viktor Slama ZPH 1123, Archivbox 1-3, Wienbibliothek im Rathaus.

³⁹¹ vgl. GÖHRING et al. (1985), S. 140.

³⁹² vgl. 1.1.10.1 „Republikfeier“/1959 – Expose/Regiebücher In: Teilnachlass Viktor Slama ZPH 1123, Archivbox 1-3, Wienbibliothek im Rathaus.

³⁹³ vgl. Der Ruf zur Einigkeit in der Demokratie. Begeisterte Republikfeier in der Wiener Stadthalle – Die Festrede des Vizekanzlers Dr. Pittermann. In: AZ 13.11.1958 S. 2.

³⁹⁴ vgl. Geschichte ist Gegenwart. Akademische Feier anlässlich der Wiederkehr des Todestages von Karl V.. In: WZ 14.11.1958.

jährige Jubiläum jedoch nicht werden. So kam es im Rahmen der Budgetdebatte zu einigen hitzigen Debatten über die boykottierten Republikfeierlichkeiten. Ernst Fischer von der KPÖ wies darauf hin, dass jedes Parlament in jeder anderen Republik zu diesem Anlass zusammengetreten wäre, hingegen von der ÖVP, deren Republikbekenntnis er in Frage stellte, Karl V. gefeiert worden sei. Hinsichtlich des Geschichtsbildes der KPÖ erklärte er, dass für sie die Geschichte Österreichs zwar nicht erst 1918 beginne, diese aber auch nicht die Kapuzinergruft in den Mittelpunkt stelle, sondern die großen Volksbewegungen, wie die Bauernrevolution, die Tiroler Freiheitskämpfe, 1848 und eben die Wiederkehr dieser revolutionären Erhebung in seiner Ausformung von 1918. Er meinte weiters, dass die Rückkehr Otto Habsburgs für Österreich gefährlich sei,³⁹⁵ und zog Vergleiche zwischen diesem und der Rolle Ernst Rüdiger Starhemburges in der Ersten Republik.³⁹⁶

Die Antwort des ÖVP-Abgeordneten Walther Weissmann war in Hinblick auf die unterschiedlichen Geschichtsbilder relativ knapp. Er brachte nur den von ÖVP-Seite üblichen Hinweis, dass 1918 Österreich als Bestandteil des deutschen Reiches ausgerufen worden sei, betonte die republikanische Gesinnung seiner Partei und verteidigte Otto Habsburg und Ignaz Seipel, welche von Ernst Fischer angegriffen wurden.³⁹⁷

Einige Tage später kam es zu einer Debatte zwischen ÖVP und SPÖ. Diesmal stellte der sozialistische Abgeordnete Otto Probst die republikanische Gesinnung der ÖVP in Frage und erwähnte in diesem Zusammenhang auch die Feierlichkeiten zum 400. Todestag Karl V.. Zwar sei 1918 auch der Zusammenbruch eines „*Wirtschaftsraums mit Vorzügen*“ gewesen, aber auch die Gründung der Republik. So gab er anhand mehrerer Pressestimmen die allgemeine kritische öffentliche Haltung zum Fernbleiben der ÖVP wieder und erinnerte an das gemeinsame Begehen der 30-jährigen Republikfeierlichkeiten. In Verbindung mit dieser Debatte ging auch er auf die Einreisewünsche Otto Habsburgs ein und lehnte diese strikt ab, solange dieser keine Verzichtserklärung unterschrieben habe.³⁹⁸

Die Antwort des ÖVP-Abgeordneten Lujo Tončić-Sorinj folgte, ähnlich wie die Vorwürfe, dem gleichen Muster wie die Antwort einige Tage zuvor. Wiederum wurde der republikanische Charakter der Volkspartei betont, allerdings die Legitimität der monarchistischen Bewegung und die Rechtmäßigkeit einer Einreise Otto Habsburgs

³⁹⁵ Auf den Konflikt rund um die Einreise Otto Habsburg, den Sohn des letzten österreichischen Kaisers, wird in einem der nächsten Kapitel genauer eingegangen. vgl. das Kapitel Zwischen Konflikt und Versöhnung – Habsburgkrise und Februargedanken

³⁹⁶ vgl. Stenographische Protokolle des Nationalrats VIII. GP. - 68. Sitzung – 2. Dezember 1958 S. 3076-3078.

³⁹⁷ vgl. Stenographische Protokolle des Nationalrats VIII. GP. - 68. Sitzung – 2. Dezember 1958 S. 3093.

³⁹⁸ vgl. Stenographische Protokolle des Nationalrats VIII. GP. - 70. Sitzung – 4. Dezember 1958

unterstrichen. Im Zusammenhang mit der „berühmten Angelegenheit mit der Republikfeier“ führte er aus, dass sich überhaupt die Frage stelle, ob vierzig Jahre ein Grund zum Feiern seien. Zur Gratulation Kunschaks an Renner zum 30. Jahrestag meinte er, dass man diesem seinen Willen lassen solle, stellte diesen Akt also als eine für die ÖVP nicht repräsentative Handlung dar, prinzipiell sei nämlich für die ÖVP 1918 „eines der größten Unglücksjahre europäischer Geschichte“. Überhaupt sei am 12. November nicht Österreich, sondern „Deutsch-Österreich“ ausgerufen worden. Zu heftigsten Zwischenrufen und zu einer Aufforderung des Vorsitzenden wieder Ruhe im Parlament einkehren zu lassen, führte allerdings Tončić-Sorinj Darlegung des Geschichtsbildes der ÖVP

„Die österreichische Geschichte beginnt doch um Gottes Willen nicht mit dem Jahre 1918. Die ist doch ein Jahrtausend alt, und im Rahmen dieses einen Jahrtausends ist die Phase der österreichischen Republik doch nur eine Phase der österreichischen Geschichte.“³⁹⁹

Ähnlich war auch Alfons Gorbachs Rede, welcher darauf hinwies, dass Österreich schon vor 1918 existiert habe. Interessant ist hier ein Zwischenruf des schon erwähnten SPÖ-Abgeordneten Otto Probst, welcher die historischen Auffassungsunterschiede relativ gut verdeutlicht, indem er meinte, dass die Republik erst mit 1918 beginne und dass sie zuerst Republikaner seien. Im Gegensatz dazu bedeutete für Gorbach der 12. November primär nicht die Gründung der Republik, sondern den Verlust Südtirols und einen großen Teils der Steiermark. Stellte also für die ÖVP ein Jahrtausend altes Österreichbewusstsein die dominierende Kategorie für ihr Geschichtsbild dar, in welchem besonders die große Vergangenheit betont wurde, war für die SPÖ die Republik die Kategorie, unter welcher sie die historische Vergangenheit Österreichs interpretierte.⁴⁰⁰

Prinzipiell spielte sich die Debatte im Nationalrat in den gleichen Kategorien wie auch der Zeitungsdiskurs ab. Einerseits wurde das Republikbewusstsein der ÖVP angezweifelt und auf 1934 und den Austrofaschismus angespielt, andererseits wurde von der ÖVP 1918 als Unglücksjahr dargestellt und der Anschlussgedanke vom 12. November betont, um dessen Funktion als positiver Gedächtnisort zu delegitimieren. Etwas stärker noch als in der Presse wurde allerdings die mögliche Einreise Otto Habsburgs immer wieder in den Zusammenhang mit der Debatte um den 12. November gestellt.

S. 3243-3247.

³⁹⁹ Stenographische Protokolle des Nationalrats VIII. GP. - 70. Sitzung – 4. Dezember 1958 S. 3278f.

⁴⁰⁰ vgl. Stenographische Protokolle des Nationalrats VIII. GP. - 69. Sitzung – 3. Dezember 1958 S. 3200.

b Darstellungsformen

1 ÖVP

Besonders in der Parteipresse wird der Widerspruch zwischen den Geschichtsauffassungen deutlich, wobei sich die Debatte gerade auf die Interpretation des Jahres 1918 konzentrierte, welches für die ÖVP den Untergang der Monarchie und für die SPÖ den Anbruch einer „neuen Zeit“ bedeutete. Geradezu emblematisch dafür verwendeten auch die Parteizeitungen Originaldokumente aus dem Jahre 1918. Während die SPÖ den Nachruf auf Viktor Adler und Bilder zur Ausrufung der Ersten Republik mit der Unterschrift:

"Eine neue Zeit hebt an. An jenem nasskalten 12. November des Jahres 1918 stand eine vieltausendköpfige Menschenmenge dichtgedrängt vor dem Parlament in Wien; voll Zukunftsglauben harrte sie des historischen Augenblicks, da die Republik ausgerufen wurde. Das Volk hatte die Ketten abgeschüttelt und die Geschicke des Staates in seine eigenen Hände genommen"⁴⁰¹

publizierte, brachte die „Österreichische Neue Tageszeitung“, der Nachfolger des ÖVP-Parteiblattes „Wiener Tageszeitung“, die Verzichtserklärung Kaiser Karls vom 11. November 1918 unter dem Titel: „So dankte Kaiser Karl ab“.⁴⁰²

Direkter noch ausgedrückt wurden die gegensätzlichen Positionen in den Leitartikeln der Organe der Parteien. So schrieb das „Kleine Volksblatt“ im Rahmen der Ablehnung einer gemeinsamen Republikfeier:

"Dass Österreich wiedererstand und die Österreicher wieder zu einem Staatsbewusstsein gelangten, das geschah nicht infolge, sondern eher trotz der Ersten Republik und trotz alledem, was in dieser Zeit geschehen ist."⁴⁰³

Ähnliche Stimmen lassen sich auch in einer Presseaussendung der Volkspartei feststellen, welche die Zweite Republik nicht als „*logische Folge der im Jahr 1918 gegründeten Republik*“ sah,⁴⁰⁴ oder auch von Heinrich Drimmel, welcher vom 12. November „*keinen direkten Weg in die II. Republik*“ erkennen konnte.⁴⁰⁵

Vielmehr repräsentierte das Jahr 1918 den Anstoß für eine Reihe, wenn man nicht sogar sagen könnte für alle negativ besetzten Ereignisse der österreichischen Geschichte im 20. Jahrhundert, wie es die „Österreichische Neue Tageszeitung“ ausführte:

"Der tragische Untergang des österreichischen Vielvölkerstaates im November 1918 hat zu so verhängnisvollen Folgen und neuen Tragödien geführt, dass

⁴⁰¹ Vierzig Jahre Republik. Aus den ersten Tagen des jungen Österreich. In: AZ 9.11.1958 S. 10.

⁴⁰² Vor 40 Jahren: So dankte Kaiser Karl ab. In: Österreichische Neue Tageszeitung 11.11.1958 S. 7.

⁴⁰³ L.W.; „12. November 1918“. In: VB 8.11.1958.

⁴⁰⁴ vgl. Differenzen um Republik-Feiern. Sozialisten erzwangen Landtags-Sondersitzung – ÖVP sieht keinen Grund zum Feiern. In: SN 12.11.1958 S. 3.

⁴⁰⁵ vgl. DRIMMEL, Heinrich; Von der Ersten zur Zweiten Republik. In: Forum Februar 1959 S. 48.

schon deswegen Jubel nicht am Platz ist. Das Schicksal der Ersten Republik, der Untergang im Jahre 1938, der zweite Weltkrieg mit seinen Millionen Toten, sein entsetzliches Ende und die zehnjährige Besetzung, die Heimatvertreibung von Millionen Menschen mit ihren erschütternden Begleitumständen und schließlich der Eisernen Vorhang mitten durch Mitteleuropa sind wirklich nicht so erfreulich als dass ein Grund zu lautem Feiern bestünde, ganz zu schweigen vom Verlust Südtirols, des Kanaltales und anderer Teile Kärntens, der Steiermark und Niederösterreichs“⁴⁰⁶

Neben der negativen Darstellung von 1918 wurde für die Begründung der Ablehnung der Republikfeier allerdings auch wieder in den Rhetorikpool der Ersten Republik zurückgegriffen. So betonte das „Kleine Volksblatt“, dass die SPÖ den Tag der Republik vereinnahme und sich die ÖVP nicht „als Staffage für eine sozialistische Republikfeier“ verwenden lassen würde.⁴⁰⁷ Ähnlich argumentierte auch Julius Raab am 9. November am Landesparteitag der ÖVP Niederösterreich, auf welchem er auch meinte, dass die SPÖ den 12. November zum 40-jährigen Jubiläum benutzen würde, um die Staatsgründung Österreichs für sich zu beanspruchen.⁴⁰⁸ Ein Argumentationsmuster, welches auch Hanisch in seiner Analyse der Republikfeierlichkeiten in der Ersten Republik festhält.⁴⁰⁹ Am deutlichsten wurde diese Argumentation jedoch in einem Artikel von Rainer Leignitz in den „Österreichischen Monatsheften“ 1963 mit dem Titel „Die annektierte Geschichte Österreichs“, wo der Autor hervorhob, dass „Österreichs ‚unbewältigte Vergangenheit‘ [...] weniger die Jahre 1938 bis 1945, sondern vielmehr die Jahre 1918 bis 1938“ umfassen würde, weshalb er auch von einer „unbefriedeten Vorvergangenheit“ sprach. Daran würden die „sozialistischen und linksintellektuellen Kreise“ die Verantwortung tragen, denn es sei diesen

„in erschreckendem Maße gelungen, die Geschichte der Ersten Republik gleichsam für sich zu annektieren und ihren propagandistischen Bedürfnissen nutzbar zu machen“⁴¹⁰

Wobei der Autor meinte, dabei zwei diskursive Praktiken der Sozialisten zu erkennen: einerseits die Betonung, dass die Republik Österreich von sozialdemokratischen Politikern und gegen das Zögern der Konservativen ausgerufen worden sei und andererseits, dass „die Republik Österreich mit einer glänzend funktionierenden Demokratie“ von den Bürgerlichen, Konservativen und Faschisten mutwillig zerstört worden sei. Auch wenn Rainer Leignitz diese These nicht belegte, so machte sie zumindest doch deutlich, wie der Erinnerungsort „Erste Republik“ von Seiten der ÖVP wahrgenommen wurde, nämlich als ein von der SPÖ besetzter Erinnerungsort,

⁴⁰⁶ PD.; Kein Grund zum Feiern. In: Österreichische Neue Tageszeitung 12.11.1958 S. 3.

⁴⁰⁷ vgl. LR.; Österreich ist Mehr. In: VB 12.11.1958 S. 2.

⁴⁰⁸ vgl. RAAB (1961), S. 58.

⁴⁰⁹ vgl. das Kapitel Ein Staatsfeiertag? Deutungskonflikte

⁴¹⁰ LEIGNITZ, Rainer; Die annektierte Geschichte Österreichs. In: ÖMH Jg. 19 H. 9/September

welchem von dieser die negativ konnotierte Zeit des Austrofaschismus gegenübergestellt wurde.

Aber auch wenn die ÖVP davon sprach, dass der Diskurs über die Erste Republik von der SPÖ vereinnahmt worden sei, so versuchte diese nicht, an einem positiv besetzten Republik-Diskurs zu 1918 teilzunehmen und ihn umzuformen. Ihre Strategie lag vielmehr darin den positiv besetzten Diskurs um 1918 auszuklammern bzw. negativ zu konnotieren, gestützt durch eine zweiteilige Strategie: einerseits das Ausblenden der Erinnerung durch das nicht Teilnehmen an den Feierlichkeiten und andererseits eine gewisse Form von Überschreibung durch ihren Fokus auf die Monarchie.

Die rivalisierenden Erinnerungskulturen wurden nämlich auch wenige Tage später in einem anderen Festakt offensichtlich. Wie zuvor schon erwähnt, fand im Rahmen des 400. Todestages Kaiser Karl V. in der Wiener Universität eine einwöchige akademische Feier statt,⁴¹¹ an welcher von staatlicher Seite Unterrichtsminister Heinrich Drimmel und, was die Kritik von Seiten der SPÖ noch verstärkte, sein Pendant aus Franco-Spanien teilnahmen.

Wurde in der bürgerlichen und staatlichen Presse („Die Presse“, „Österreichische Neue Tageszeitung“, „Wiener Zeitung“) diesem Ereignis relativ breit Platz zur positiven Berichterstattung eingeräumt, so bezeichnete die SPÖ diese in einem Leitartikel als Gegenveranstaltung zu den Republikfeierlichkeiten.⁴¹² Auch wenn durch die Veranstaltungsgröße keine Rede von einer direkten Gegenveranstaltung sein kann, so lässt sich die Abwehrhaltung gegenüber des ÖVP-Geschichtsbildes zu Karl V. auch dadurch erklären, dass, wie Werner Suppanz schreibt, die Herrschaft Karl des V. im Geschichtsbild des Austrofaschismus die Zeit *„des höchsten Glanzes habsburgischer Macht“* repräsentiert hatte.⁴¹³

Ein anderer Aspekt der Erinnerungskultur der ÖVP fällt in diesem Zusammenhang auch noch auf. Wurden im Zusammenhang mit 1918 Kontinuitäten zur Zweiten Republik übersehen oder verleugnet, so wurden gerade Verweise vom Habsburger Reich in die Gegenwart gezogen. Zum Beispiel von Heinrich Drimmel in seiner Festrede, als er das Reich Karl des V. als *„auch heute noch gültige Vorbilder für Hausgemeinschaften der Völker, was aus den Staatenbündnissen, den Allianzen, dem*

1963 S. 15-18.

⁴¹¹ Scheinbar hatten diese Feierlichkeiten von Seiten der Universität Wien einen relativ umfassenden Charakter. Laut einem Leserbrief in der „Arbeiterzeitung“ wurde den Studenten scheinbar für diese Veranstaltung frei gegeben (vgl. Die ÖVP und die Republikfeiern. In: AZ 22.11.1958 S. 7) und es dürfte die Universität nur am 13. November im Rahmen der Feierlichkeiten für Karl V. und nicht am 12. November beflaggt gewesen sein. vgl. Stenographische Protokolle des Nationalrats VIII. GP. - 71. Sitzung – 5. Dezember 1958 S. 3343.

⁴¹² vgl. J.H.; Karl V. und die Missvergnügten. In: AZ 16.11.1958 S. 1-2.

⁴¹³ vgl. SUPPANZ (1998b), S. 106.

Völkerbund, der UNO [...] einmal werden könnte“, bezeichnete.⁴¹⁴ In eine ähnliche Richtung der positiven Bezugnahme ging auch der schon oben zitierte Leitartikel im „Kleinen Volksblatt“, welcher im Habsburgerreich das *„Vorbild der Vereinigten Staaten von Europa“* sah und deshalb seine Auseinandersetzung mit 1918 nicht mit einem Blick in die Zukunft, sondern mit einem Blick auf eine noch weiter zurückliegende Epoche beschloss:

„Vielleicht wird es sogar wieder einmal zu einem Kern dessen, was das alte Österreich, das 1918 zerfiel, so lange Zeit hindurch gewesen ist: Vorbild der Vereinigung und der Zusammenarbeit vieler Völker, Mittelpunkt und Herz europäischer Gesinnung.“⁴¹⁵

Ähnlich verlief auch der Diskurs in den „Österreichischen Monatsheften“. In der Septemбераusgabe von 1958 wurde Karl V. eine mehrseitige, positive Darstellung unter dem Titel *„Der letzte große Kaiser der Christenheit“* gewidmet.⁴¹⁶ Im Gegensatz dazu fehlte im November eine, sei es positiv oder negativ geartete Erinnerung an die Gründung der Ersten Republik. Diese kam nur indirekt in einem Artikel über die Geschichte der christlichsozialen Partei vor, wobei der 12. November ausgespart wurde. Der Umbruch wurde nur von seinem Untergang aus gedacht und nur insofern behandelt, als dass die christlichsoziale Partei versucht hätte, der Monarchie die Treue zu halten, *„die Verhältnisse aber stärker waren als sie“*. Im Gegensatz zur sozialdemokratischen Partei erfolgte die Zustimmung zur Gründung der Republik nämlich nicht als *„Ausdruck einer Anti-monarchistischen Gesinnung, sondern aus der Erkenntnis, dass die neue Staatsform eine zwingende Notwendigkeit der politischen Realität geworden war.“* Und weiter: *„Es ist eine glatte Verleumdung, wenn dem Geheimen Rat Prälat Johann Nepomuk Hauser, dem Landeshauptmann von Oberösterreich, immer wieder vorgeworfen wird, er habe einen Gesinnungsumschwung im christlichsozialen Lager gegen die Monarchie und für die Republik herbeigeführt.“*⁴¹⁷ Fast scheint es so, dass die ÖVP mehr Schwierigkeiten hatte, ihre Zustimmung zur Republik 1918 zu rechtfertigen, als das Fernbleiben von den Republikfeierlichkeiten 1958.

⁴¹⁴ DRIMMEL, Heinrich; Zum Geleit. Abgedruckt in KRONES (1960), S. 195.

⁴¹⁵ L.W.; „12. November 1918“. In: VB 8.11.1958.

⁴¹⁶ vgl. WAGNER, Georg; Der letzte große Kaiser der Christenheit. In: ÖMH Jg. 14 H. 9/September 1958 S. 8-11.

⁴¹⁷ vgl. TZÖBL, Josef A.; Die Christlichsoziale Partei Österreichs. In: ÖMH Jg. 14 H. 11/November 1958 S. 4-7.

Entgegengesetzt war die Haltung der SPÖ. Für sie bedeutete 1918 „das Heraufkommen einer neuen Zeit, in der für mittelalterliche Regimes von Monarchen [...] kein Platz mehr war.“⁴¹⁸ Der 12. November wurde in einen direkten Zusammenhang mit der Gegenwart gestellt, denn „das alles [die Errungenschaften der Zweiten Republik] wäre nicht gewesen, ohne den Tag der Republik vor vierzig Jahren“.⁴¹⁹ Aber nicht nur rückblickend, auch im Jahr 1918 bedeutete der 12. November einen Aufbruch. „Damit begann mehr als eine nationale Revolution. Damit begann in der Geschichte Österreichs auch das großartige Kapitel des demokratischen Aufstieges der Arbeiterklasse zur Mitbestimmung und Mitverantwortung.“⁴²⁰ Diesem Narrativ folgend schloss auch der Leitartikel in der „Zukunft“ mit dem Hinweis: „Der nicht gefeierte Feiertag der Republik wird in nicht zu ferner Zeit als der Tag gelten, der der größte in der Geschichte des österreichischen Volkes war.“⁴²¹

In jenem Artikel wurde das Narrativ zur Ersten Republik noch etwas weiter ausgeführt. Der 12. November wurde als der Beginn der positiven Entwicklung Österreichs gesehen: „Vierzig Jahre nach dem November 1918 erkennen wir, dass die Saat, die damals gestreut worden ist, reiche Früchte getragen hat und der wahre Sinn des Geschehens jener Zeit erst jetzt vollständig offenbar geworden ist.“⁴²² Die Monarchie wurde hingegen als ein im Mittelalter steckengebliebenes System verstanden, dessen Auflösung unvermeidlich war. Der Anschlusswunsch von 1918 wurde nicht als ideologische Positionierung, sondern als eine reine wirtschaftliche Vernunftserwägung, welche aber niemals richtig populär war, wahrgenommen.⁴²³ Die Ursache für den Niedergang wurde in den SPÖ-Blättern im Vergleich zu 1948 noch verstärkt in inneren und nicht in äußeren Umständen gesehen. So fiel die Erste Republik den „tückischen Streichen machtgeriger Diktatoren aus dem konservativen Lager zum Opfer“.⁴²⁴ Im Zusammenhang mit dem Aufbrechen von Konfliktlinien kam es also auch zu einer vermehrten Aktivierung von moralischem Kapital hinsichtlich des Jahres 1934.

Neben der positiven Erinnerung an die Republik wurde auch dem Jahrestag des Todes Viktor Adlers gedacht. Dabei nahm die Erinnerung an diesen schon fast biblische

⁴¹⁸ J.S.; Unsere Republik. In: AZ 12.11.1958 S. 1-2.

⁴¹⁹ O.P.; Wir feiern die Republik. In: AZ 9.11.1958 S. 1-2.

⁴²⁰ J.S.; Unsere Republik. In: AZ 12.11.1958 S. 1-2.

⁴²¹ HANNAK, Jacques; Vierzig Jahre Republik In: Die Zukunft H.11/November 1958 S. 295.

⁴²² HANNAK, Jacques; Vierzig Jahre Republik In: Die Zukunft H.11/November 1958 S. 294.

⁴²³ Die andere Seite des Spektrums hinsichtlich der Verankerung des Anschlusswunsches deckte die FPÖ dreißig Jahre später im Rahmen des Gedenkjahres 1988 ab. So meinte Lothar Höbelt, dass der „Anschluss „überhaupt kein aus wirtschaftlicher Not geborenes Trugbild, sondern nach dem Zerfall der alten Monarchie eine Selbstverständlichkeit, gegen die allenfalls jene Bedenken hegten, die [...] hofften, das Habsburgerreich könnte doch noch eine Restauration erfahren,“ gewesen sei. zit. n. UHL (1992a), S. 57.

⁴²⁴ J.S.; Unsere Republik. In: AZ 12.11.1958 S. 1-2.

Maßstäbe an:

„Symbolhaft, wie das Leben Victor Adlers verlaufen ist, hat es auch geendet. Der Meister schuf das Werk und das Werk überlebte den Meister. Gleich Moses hat er sein Volk ins Gelobte Land geführt, selber aber es nicht betreten.“⁴²⁵

Ähnlich wie auch in den Nachkriegsjahren herrschte auf Seiten der SPÖ eine starke Verknüpfung der Erinnerung an Viktor Adler und an die Republik, wobei Viktor Adler als Heilsgestalt, die den Weg in die Republik gezeigt hatte, dargestellt wurde. Neben dem positiv besetzten Gedächtnisort Viktor Adler, welcher auch gleichzeitig als Symbol dafür diente, dass in Österreich 1918 keine richtiggehende Spaltung der Arbeiterschaft stattgefunden hatte, hatte natürlich auch eine negative Erinnerung an jenes „*gelobte Land*“ der Ersten Republik keinen Platz.

Ausgeglichenener erschien das Geschichtsbild in der unabhängigen Kulturzeitschrift „Forum“. So begann der spätere SPÖ-Justizminister Christian Broda in der Wochenzeitschrift eine Debatte zur politischen Kultur der Ersten und Zweiten Republik, welche allerdings in viel harmonischeren Tönen verlief. Zwar wurde knapp darauf hingewiesen, dass die Republikfeierlichkeiten nicht gemeinsam begangen werden konnten, im Mittelpunkt standen aber eben nicht jene Probleme oder die unterschiedlichen Interpretationen von Monarchie und Erster Republik, sondern das Gegensatzpaar Erste und Zweite Republik.⁴²⁶ Ein Zugang, welcher einige Zeit später, aber noch immer als Teil der gleichen Artikelserie, auch vom ÖVP Politiker Josef Tzöbl gewählt wurde.⁴²⁷ In der Antwort von Heinrich Drimmel traten allerdings schon wieder verstärkt die Unterschiede der einzelnen Geschichtsbilder hervor. Es erfolgte die gewohnt positive Betonung der Monarchie, der 12. November 1918 wurde hingegen als „*Keim der Todeskrankheit*“ (des Anschlusswunsches) gesehen und wurde dem 25. Oktober 1955, dem tatsächlichen Tag der „*Freiheit, die nicht in der Niederlage anderer begründet ist*“ gegenübergestellt.⁴²⁸

Eine ähnliche, leicht anders gelagerte Debatte, mit einem stärkeren Fokus auf die Zeit der Monarchie fand auch schon einige Jahre früher ebenfalls im „Forum“ statt. In einer längeren Artikelserie wurde über die von Adam Wandruszka aufgeworfene Frage „Seit wann besteht Österreich?“ und in diesem Zusammenhang über die unterschiedlichen Geschichtsbilder der Parteien debattiert. Adam Wandruszka stellte dabei schon in seinem einleitenden Artikel fest, „*dass die Teilung des Landes in zwei annähernd gleich*

⁴²⁵ J.H.; Victor Adler. Zu seinem Todestag: 11. November. In: AZ 11.11.1958 S. 1.

⁴²⁶ vgl. BRODA, Christian; Um den Stil der Zweiten Republik. In: Forum November 1958 S. 393-396.

⁴²⁷ vgl. TZÖBL, Josef; Vom guten Ton unter Republikanern. In: Forum Juli/August 1960 S. 265-267.

⁴²⁸ vgl. DRIMMEL, Heinrich; Von der Ersten zur Zweiten Republik. In: Forum Februar 1959 S. 47-49.

starke politische Gruppen [...] bis in die fernste Vergangenheit zurückprojiziert“ würde⁴²⁹ und erkannte hier eine „antimonarchistische Neurose auf der Linken“ und eine „antirepublikanische auf der Rechten“. Zwar sah er beide schon im Abnehmen, vom Standpunkt der parteipolitischen Erinnerung repräsentierte für ihn allerdings 1918 noch immer den „entscheidenden Bruch der österreichischen Geschichte“. Während sich nämlich die ÖVP für die Konstruktion eines österreichischen Geschichtsbildes in der „Vorvergangenheit“ bedienen wollte, würde die SPÖ diesen Rückbezug auf die Zeit vor 1918 ablehnen.⁴³⁰

Die Wasserscheide zwischen Monarchie und Republik wurde so zu einer Standortbestimmung der politischen Kommentare und in gewissem Sinne folgten die weiteren Artikel Wandruszkas Einschätzung. Gerade von sozialistischen Autoren wird die Negativbesetzung der Monarchie deutlich. Für Jacques Hannak bedeutete die Frage, seit wann Österreich bestehen würde, „eine sehr obsoleete Frage“. Würden sich doch keine positiv konnotierten Traditionslinien für die tragenden Staatskräfte, für Bauern und Arbeiter, in der weiter zurückliegenden Vergangenheit finden lassen, würde doch für diese die Monarchie Bauernkriege und eine schlechte soziale und rechtliche Stellung für die Arbeiterschaft repräsentieren. Deshalb betonte Hannak, solle eben nicht an die Monarchie angeknüpft werden, sondern die Zeit nach 1945 betont werden.⁴³¹

Ähnlich gelagert war auch die Perzeption der Monarchie bei Felix Hubalek, einem Mitherausgeber der Zeitschrift. Für ihn bedeutete die Monarchie einen „Völkerkerker“, weshalb auch der Bruch von 1918 entscheidend gewesen sei. War dies doch der Versuch, „einen neuen Staat aufzubauen, dessen demokratisch-republikanische Form die Lösung aller Bindungen zur monarchischen Vergangenheit von selbst mit sich

⁴²⁹ Interessant war, dass Adam Wandruszka auf das Geschichtsbild des dritten Lagers vergaß, welches die österreichische Geschichte als Teil der deutschen sah. In Wirklichkeit konnte man nämlich zumindest 1956 von drei unterschiedlichen Geschichtsinterpretationen sprechen. Dies machte auch bald ein von Taras Borodajkewycz im Dezember 1955 im Rahmen dieser Serie verfasster Artikel und die darauf im Jahre 1956 sich abspielende Debatte um das Verhältnis von österreichischer und deutscher Geschichte deutlich. vgl. BORODAJKEWYCZ, Taras; Die deutschen Bindungen. In: Forum Dezember 1955 S. 427-428 bzw. danach in der April-Ausgabe 1956 ein Artikel von Roland Nitsche, in der Juli/August-Ausgabe von Ernst Hoor und in der September-Ausgabe Leserbriefe zu diesem Thema. Hinsichtlich einer Zusammenfassung dieser Debatte vgl. BLUHM (1973), S. 144–148; FELLNER (2002c), S. 200–203.

⁴³⁰ WANDRUSZKA, Adam; Seit wann besteht Österreich? In: Forum November 1955 S. 383-385. Wandruszkas Bild der Periode von 1918 bis 1955 hatte dabei selbst eine äußerst negative Konnotation: „Die ganze bewegte und leiderfüllte Geschichte der Republik Österreich von 1918 bis 1955 erscheint unter diesem Gesichtspunkt als eine große Anpassungskrise, als ein einziger Versuch, die unübersehbare Diskrepanz zwischen den Dimensionen Altösterreichs und Neuösterreichs zu überwinden.“ Und rief wahrscheinlich auch deswegen besondere Kritik von sozialistischen Autoren hervor.

⁴³¹ vgl. HANNAK, Jacques; Am Wendepunkt der Traditionen. In: Forum Dezember 1955 S. 430-431.

brachte.⁴³²

Allerdings gab es auch von sozialistischer Seite Vertreter, welche die beiden Abschnitte österreichischer Geschichte nicht so dichotomisch betrachteten. So vertrat zum Beispiel ein Vertreter der jüngeren Generation der SPÖ, der Bildungsreferent des Verbandes Sozialistischer Studenten in Graz, Dr. Felix Butschek die Ansicht, dass es doch möglich sein müsse, einen *„Kompromiss zu finden zwischen dem extremen Standpunkt, der die Geschichte unseres Staates erst mit der Gründung der Republik beginnen lassen will, und der nicht minder extremen Forderung, den Grad des Traditionsbewusstseins an der Einstellung zur Monarchie abzulesen.“*⁴³³ Von Seiten der SPÖ waren also auch schon teilweise differenzierte Stimmen hinsichtlich des Narrativs zur Monarchie zu hören. Jedoch waren dies aber dennoch eher Einzelercheinungen, genau wie auf Seiten der ÖVP die Teilnahme zweier Kärntner Landtagsabgeordneter an den Republiksfeierlichkeiten.

3 KPÖ

Für die KPÖ stand die Wahrnehmung des 12. November 1918 schon wie 1948 in erster Linie unter dem Fokus der verratenen Revolution von 1918. Anders daher auch die Symbole, welche betont wurden. So wurde das Aufziehen der roten Fahne vor dem Parlament als Symbol eines sozialistischen Österreichs gesehen, der 12. November wurde im Gegensatz zur SPÖ, welche mehrmals Anleihen beim französischen und amerikanischen Nationalfeiertag nahm,⁴³⁴ in eine Traditionslinie mit der Novemberrevolution in Russland gestellt, welche diesen erst ermöglicht hätte.⁴³⁵ Ähnlich hinsichtlich der Bedeutung des Kommunismus für die Revolution von 1918 und das Bestehen der Republik argumentierte auch der Leitartikel von 1953, der meinte, dass der Niedergang der Ersten Republik erst möglich gewesen sei, weil es gelungen war *„einen Keil zwischen die österreichische Arbeiterschaft und ihren sowjetischen Klassenbrüder zu treiben“*.⁴³⁶ Ansonsten verfolgten die Artikel, die rund um den 12. November erschienen, die Funktion, die politische Positionierung der SPÖ zu kritisieren. Im Mittelpunkt stand die Frage, weshalb man mit einer Partei koalitioniere, welche den Gründungstag der Republik verleugne. Interessant ist auch die Positionierung der KPÖ hinsichtlich der Monarchie. Fand diese doch selbst die SPÖ immer wieder zu monarchistisch.⁴³⁷

⁴³² vgl. HUBALEK, Felix; Österreich beginnt heute. In: Forum Januar 1956 S. 19-20.

⁴³³ vgl. BUTSCHEK, Felix; Die Jugend und die Tradition. In: Forum Januar 1956 S. 20-21.

⁴³⁴ vgl. O.P.; Wir feiern die Republik. In: AZ 9.11.1958 S. 1-2., bzw. in einem Artikel von Jacques Hannak zum 12.11.1958 vgl. HANNAK (1963), S. 137.

⁴³⁵ vgl. E. Z.-SCH.; Der Geburtstag der Ersten Republik. In: VS 12.11.1958 S. 1-2.

⁴³⁶ vgl. E. Z.-Sch.; Der Geburtstag der Ersten Republik. In: VS 12.11.1958 S. 1-2.

⁴³⁷ vgl. Eine problematische Festrede. In: Volkswille 13.11.1958 S. 2.

4 Leitartikel unabhängiger Zeitungen

So unterschiedlich die Stimmen in den verschiedenen Parteiorganen waren, so sehr näherten sie sich in einigen unabhängigen Zeitungen an. In mehreren Tageszeitungen lässt sich in den Leitartikeln der Grundtenor finden, dass die Auseinandersetzungen der Parteien über die Republikfeiern der Republik nicht dienlich seien. So schrieb die „Kleine Zeitung“ sogar:

„Wer der ÖVP aber mit der Parole, fernzubleiben, dieses Eigentor geschossen hat, sollte von den Sozialisten als Werbefachmann für den nächsten Wahlkampf engagiert werden.“⁴³⁸

Ähnlich meinte der „Express“, dass der 40. Jahrestag eigentlich ein Anlass zum Feiern sei und es unbegreiflich erscheine, dass die größte Partei den Anlass nicht wahrnehme⁴³⁹ und auch im „Kurier“ wurden eher Sympathien gegenüber den 40-Jahr-Feierlichkeiten gezeigt.⁴⁴⁰ Das der FPÖ nahestehende „Salzburger Volksblatt“ äußerte ebenfalls, dass man nicht umhin könne, „*die jüngste Scheuklappen-Aktion der ÖVP am 12. November 1958 als Lächerlichkeit anzuprangern.*“⁴⁴¹ Erste Indizien dafür, dass das Auseinanderklaffen der Erinnerungskulturen der beiden Großparteien schon für gewisse Bevölkerungskreise nicht mehr verständlich war.

Allerdings gab es auch anders positionierte Kommentare. Besonders in den konservativen, unabhängigen Zeitungen wie den „Salzburger Nachrichten“ und der „Presse“ wurde eindeutig ein ÖVP-naher Standpunkt vertreten. So meinte zum Beispiel die „Presse“ in ihrem Leitartikel zum 12. November, dass dieser keinen Jubel ausgelöst habe und dass es eine Lüge sei zu behaupten, dass dieser Staat gewollt gewesen sei. Die einzig positiv erinnerte Komponente stellte hingegen die Abwehr des Bolschewismus 1918 dar.⁴⁴² Aber dennoch schrieb selbst die „Presse“ in einem anderen Kommentar wenige Tage nach den kontroversen Feierlichkeiten zum 12. November und zu Karl V., sich der Probleme bewusst, welche diese gespaltenen Geschichtsbilder mit sich brachten:

„Was nützen da alle Ansätze zu einer staatsbürgerlichen Erziehung, wenn sich die beiden Großparteien in ihrem Geschichtsbewusstsein so widersprechen, wenn für die Linke das ‚wahre‘ Österreich erst ab 1918 beginnt, wenn auf der Rechten die unvergessene größere Vergangenheit immer wieder zu Vorbehalten gegenüber der kleinen Republik führt?“⁴⁴³

Eindeutig negativ war jedoch die Darstellung in den „Salzburger Nachrichten“. Diese

⁴³⁸ SCHÖ; Das war ein Eigentor. In: Kleine Zeitung 13.11.1958 S. 3.

⁴³⁹ vgl. GATTERER, Claus; 40 Jahre Republik. In: Express 12.11.1958 S. 2.

⁴⁴⁰ Uneinigkeit über die Republikfeier. Kein Staatsakt im Parlament. In: Kurier 13.11.1958 S. 2.

⁴⁴¹ L.; Die Farce geoffenbart. In: Salzburger Volksblatt 13.11.1958 S.3.

⁴⁴² vgl. MAUTHE, Hans; Zum 12. November. In: Die Presse 12.11.1958 S. 1-2.

⁴⁴³ Am Rande notiert. In: Die Presse 19.11.1958 S. 6.

sahen die Feierlichkeiten zum 40-jährigen Jubiläum in erster Linie unter dem Fokus des Zusammenbruchs der großen Monarchie. Die einzig positive Konnotation in der Ersten Republik erfuhren die Leistungen Ignaz Seipels, ab 1927 *„trieb die Entwicklung jedoch unaufhaltsam der Katastrophe zu“*. Die Funktion des Ständestaates sei aber nicht die Unterdrückung der Arbeiterschaft, sondern die Abwehr des Nationalsozialismus gewesen, wobei prinzipiell die Sozialdemokraten als Erste eine Parteiarmee, den Schutzbund, gegründet hätten. Diese Argumentation steigerte sich schlussendlich sogar zu der Feststellung, dass der „Ständestaat“ um *„nicht ein Körnchen mehr illegal, als die Erste Österreichische Republik“* gewesen sei.⁴⁴⁴

Die zwei überparteilichen staatlichen Blätter hingegen, „Neues Österreich“ und die „Wiener Zeitung“, enthielten sich Hinweisen auf Diskrepanzen bei den Republikfeierlichkeiten, sondern lieferten einen historischen Abriss seit 1918, in welchem Aspekte der Geschichtsinterpretationen beider Parteien vorkamen.

c Die Präsenz von Monarchie/Erster Republik in geschichtspolitischen Debatten

Hatte in den Jahren vor 1958 schon oftmals die „jährliche Begehung“ des 12. November in einem Leitartikel der „Arbeiterzeitung“ gefehlt, so fand dieser nach den verhinderten Feierlichkeiten als Jahrestag wieder Eingang in die Berichterstattung und in die Kommentare, wobei ab 1958 besonders auch das Fehlen eines Nationalfeiertages thematisiert wurde, da der Gründungstag der Republik von der ÖVP verhindert werden würde. Mit der Frage hinsichtlich der Einreiseerlaubnis für Otto Habsburg bekam der 12. November natürlich auch in diese Richtung verstärkt seine Bedeutung. So meinte etwa Vizekanzler Bruno Pittermann 1963 am Republikdenkmal, dass es eine Verpflichtung für die österreichischen Sozialisten sei, die ewige Landesverweisung der Habsburger aufrechtzuerhalten.⁴⁴⁵ Der „Hotspot“ um den richtigen Umgang mit der Geschichte verlagerte sich im Laufe der folgenden Jahre jedoch immer mehr vom 12. November hin zur Habsburger-Frage. Die

⁴⁴⁴ vgl. CANAVAL, G. A.; Die letzten vierzig Jahre. Gedanken zum 12. November 1918. In: SN 9.11.1958.

⁴⁴⁵ vgl. Pittermann bei der Feier der SPÖ: Unser Vaterland ist die Republik. In: AZ 13.11.1963 S. 1-2. Treffend auf diese Aussage von Bruno Pittermann passt Antons Staudingers Zusammenfassung von Michael Mitterauers Bemerkungen hinsichtlich von Jubiläen: *„Jubiläen vernachlässigen Veränderungsprozesse und tendieren zu einer Identifizierung mit vergangenen Zuständen, Ereignissen und Personen; ein durch Jubiläen bestimmtes Geschichtsbewusstsein berge durch statistisches Geschichtsdenken eine zumindest tendenziell ahistorische Komponente; diese Zugangsweise zur Vergangenheit postuliere im Konstrukt eines ‚historischen Auftrags‘ eine überzeitlich gleichbleibende, also auch in die Zukunft zu tradierende ‚Mission‘ und behaupte eine Übereinstimmung von Vergangenheit und Gegenwart.“* STAUDINGER (1996), S. 27. Will man dies auf Pittermanns Rede übertragen, so wurde gleich wie 1918 die „Mission“ der Sozialdemokratie, den republikanischen

Anschlussbestrebungen des Jahres 1918 wurden hingegen in den Kommentaren, wie schon in den Jahren zuvor, größtenteils ausgeklammert.

Durch diese gewisse Verlagerung des Konflikts wurde vielleicht auch 1963 der 12. November im Rahmen einer (Partei-)Republikfeier von Seiten des konservativen Lagers begangen, wo Bundesparteiobmann Josef Klaus eine Rede hielt.⁴⁴⁶ Betrachtet man jedoch das „Kleine Volksblatt“ wurden wiederum die alten Positionen zum 12. November deutlich. Für dieses stellte der 12. November 1918 noch immer den „Anfang eines furchtbaren Leidensweges, den Österreich erst 1945, nein, viel später, glücklich hinter sich gebracht“ hatte, dar.⁴⁴⁷



Abbildung 4: Die Sicht der „Arbeiterzeitung“ auf die ÖVP-Republikfeier⁴⁴⁸

Doch nicht nur in den wiederkehrenden Erinnerungskontexten zum 12. November, welche bis auf runde Jubiläen von Seiten der konservativen Presse praktisch ignoriert wurden, werden die unterschiedlichen Narrative deutlich. Auch in der Debatte um die Einreiseerlaubnis für Otto Habsburg und in der eher im publizistischen Rahmen geführten Diskussion um den österreichischen Nationalfeiertag werden die unterschiedlichen Positionierungen hinsichtlich dieser zentralen Schnittstelle zwischen Monarchie und Republik offensichtlich.

Charakter Österreichs gegen Habsburg zu sichern, betont.

⁴⁴⁶ vgl. Österreich seit 45 Jahren Republik. Bundesparteiobmann Dr. Klaus sprach in St. Pölten, Bürgermeister Jonas vor den Mitgliedern des Wiener Arbeiter-Turnvereins. In: WZ 12.11.1963 S. 3.

⁴⁴⁷ vgl. Der Geburtstag. In: VB 12.11.1963 S. 2.

⁴⁴⁸ vgl. AZ 12.11.1963 S. 2.

1 Zwischen Konflikt und Versöhnung – Habsburgkrise und Februargedanken

Die Dichotomie der Erinnerungen um die Schnittstelle 1918 brach noch viel stärker als in den verhinderten 12. November-Feierlichkeiten in der Habsburgkrise auf. Hier offenbarten sich die Konflikte um die Interpretation der „Vorvergangenheit“ Österreichs nicht anhand des Gründungstages der Republik, sondern anhand des Einreisewunsches Otto Habsburgs. Insgesamt zogen sich diese Konflikte über mehrere Jahre hinweg. Am schärfsten entluden sie sich allerdings 1963 an einer verwaltungsgerichtlichen Entscheidung, dass die Landesverweisung Otto Habsburg aufzuheben sei. Auch wenn sicherlich parteipolitische Überlegungen und die sich in einer Krisensituation befindende große Koalition Verstärker der Debatte waren, spielten doch auch die unterschiedlich gelagerten Vergangenheitsinterpretationen eine entscheidende Rolle in diesem politischen Konflikt. Stellt doch, wie Christian Dickinger schreibt, die Grundvoraussetzung jedes Skandals ein Abweichen eines in breiten Teilen der Bevölkerung verankerten Empfindens hinsichtlich von Normen und Werten dar.⁴⁴⁹

Außerdem hätten rein tagespolitische Überlegungen nicht die lange Halbwertszeit dieses Konfliktes erklären können, welcher schon Ende der 50er begann, 1963 seinen Höhepunkt fand, aber auch noch mehrere Jahre später zu politischer Mobilisierung gebraucht werden konnte.⁴⁵⁰ So sprach etwa auch Oscar Pollak in der „Zukunft“ 1963, sicherlich auch verbunden mit der Virulenz dieses Themas, davon, dass die Parole der österreichischen Sozialisten *„Weder Habsburg noch Hitler“* die ganze Geschichte der österreichischen Republik seit 1918 durchziehen würde,⁴⁵¹ wobei gerade der Rückgriff auf diese nachdrückliche Parole aus den Jahren zwischen 1938 und 1945 die Konfliktgeladenheit dieses Themas verdeutlicht.⁴⁵² Denn die Habsburgerfrage war, wie

⁴⁴⁹ vgl. DICKINGER (2001), S. 8f.

⁴⁵⁰ So kam es im November 1966 anlässlich der Einreise Otto Habsburgs zu Warnstreiks an denen 250.000 Arbeiter teilnahmen. „Des Kaisers neue Kleider.“ In: Profil Nr.38/1992 S. 24-28.

⁴⁵¹ vgl. POLLAK, Oscar; *Weder Habsburg noch Hitler!* In: Die Zukunft H. 14/ Mitte Juli 1963 S.1-4.

⁴⁵² Von der Bildsprache her wurde dabei nicht so sehr auf die Monarchie angespielt, als auf den Austrofaschismus. So wurden einander zwei Bilder mit den Unterschriften: *„Monarchistischer Pomp mit k. k. Federbüschen unter dem Schuschnigg-Regime...“* und *„...und das wurde daraus Hitlers Einmarsch in Wien“* gegenübergestellt. (vgl. POLLAK, Oscar; *Weder Habsburg noch Hitler!* In: Die Zukunft H. 14/ Mitte Juli 1963 S.1-4) Ein Zeichen dafür, dass die Monarchie gerade durch ihre Verwendung als historische Legitimation für den Austrofaschismus doppelt negativ konnotiert war und andererseits, dass Ängste bei der SPÖ vorhanden waren, dass mit der Einreise Otto Habsburgs das politische System kippen könnte. War doch auch die Befürchtung vorhanden, dass Otto Habsburg aktiv an der Innenpolitik teilnehmen werde, was von Seiten der SPÖ Ängste hinsichtlich eines *„Diktatur- oder Monarchieprogramms“* hervorrief. (vgl. MOMMSEN (2007b), S. 442.) Andererseits wurde auch die Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofs von 1963, dass Otto Habsburg einreisen dürfe, als „Juristenputsch“ gesehen und dürfte Erinnerungen an die Ereignisse in den Jahren 1927, das Schattendorfer-Urteil, und 1933, die Lahmlegung des Verfassungsgerichtshofs, wachgerufen haben. So meinte etwa auch Rudolf Neck, dass ein

Margareta Mommsen-Reindl meint, *„für einen Kompromiss ungeeignet, da beide Parteien hier tradierte Loyalitäten bzw. Animositäten gegenüber dem früheren Herrscherhaus zu verteidigen hatten.“*⁴⁵³ Oder auch Ewald Ehtreiber schreibt, dass *„aufgrund der Stimmung in der eigenen Wählerschaft“* von Seiten der ÖVP kein Einlenken erfolgte,⁴⁵⁴ während sich die Aufgeladenheit des Themas von sozialistischer Seite sehr gut in dem von Günther Nenning geprägten Terminus des „Habsburg-Kannibalismus“ offenbart.⁴⁵⁵ Die Bedeutung dieses Themas für die Wählerschaft zeigen auch mehreren in den Jahren 1963 bis 1966 durchgeführte Umfragen. So waren beständig etwa 80% der SPÖ-Wähler gegen eine Einreise Otto Habsburgs, während nur etwa 15% dieser Frage gleichgültig gegenüberstanden. Von Seiten der ÖVP war dies zwar weniger ausgeprägt, aber dennoch waren fast 50% für seine Einreise und jeweils ca. 20-25% gegen diese, bzw. standen dieser gleichgültig gegenüber.⁴⁵⁶ Es kann hier also von einem Thema gesprochen werden, welches relativ eindeutig je nach Parteiwählerschaft besetzt war.

Von Bedeutung ist diese Debatte aber auch insofern, als dass Otto Habsburg einige Wochen vor der Diskussion um den 12. November bei Vertretern der großen Koalition hinsichtlich einer baldigen Rückkehr vorfühlte, weshalb es wahrscheinlich auch gerade 1958 im Parlament zu dieser Verknüpfung der Debatten um den 12. November und um Otto Habsburg kam.⁴⁵⁷

Generell bemerkenswert an der Auseinandersetzung ist aber, dass gerade eine Debatte zur Vergangenheit, welche eigentlich gar nicht den tatsächlich wunden Punkt, nämlich den Februar 1934, berührte, zu einer der größten innenpolitischen Krisen der Nachkriegszeit, zu Tumulten im Nationalrat und zum erstmaligen Schulterchluss zwischen SPÖ und FPÖ führte.⁴⁵⁸ Margareta Mommsen-Reindl spricht sogar davon, dass sie, aufgrund des hohen Konfliktpotentials, in der Habsburgkrise schon die teilweise Emanzipation der beiden Koalitionspartner ÖVP und SPÖ voneinander sehen

gewisses Trauma der Sozialisten existieren würde, *„durch juristische Kniffe in den demokratischen Rechten beschnitten zu werden.“* NECK (1973b), S. 106.

⁴⁵³ MOMMSEN (1976a), S. 105.

⁴⁵⁴ PANAGL et al. (2007), S. 173.

⁴⁵⁵ *„Der Habsburger-Kannibalismus ist ein seltsamer Fall von Fresslust, wo garantiert nichts mehr zu fressen ist.“* (NENNING (1963), S. 30.) Um damit auf den Anachronismus hinzuweisen, dass das Thema Habsburg, abseits von einer tatsächlichen realpolitischen Bedeutung, noch so viele Emotionen hervorrufen konnte.

⁴⁵⁶ DR. HABSURG WEITERHIN UNERWÜNSCHT (1966), S. 23.

⁴⁵⁷ vgl. MOMMSEN (2007b), S. 438f.

⁴⁵⁸ vgl. DICKINGER (2001), S. 20ff. Wobei von Seiten der FPÖ weniger die Geschichte eine Rolle spielte als andere Kalküle: *„Nachdem SPÖ Chef Bruno Pittermann der FPÖ den Posten des Rechnungshofpräsidenten und Außenminister Kreisky dem FPÖ-Abgeordneten Wilfried Gredler die Stelle des Botschafters in Straßburg zugesagt hatten, stimmten die Freiheitlichen gemeinsam mit der SPÖ einem Antrag zu, wonach die Rückkehr Ottos weiterhin unerwünscht sei.“* („Des Kaisers neue Kleider.“ In: Profil Nr.38/1992 S. 27) Dass nicht unbedingt eine Übereinstimmung zum Geschichtsbild der SPÖ existierte, macht ein Brief Wilfried Gredlers an seinem Bruder deutlich, indem er schrieb, dass ihm nach diesem

würde.⁴⁵⁹ Vielleicht konnte aber eben gerade, weil der Konflikt nicht die wirklich traumatischen Ereignisse berührte, in diesem Fall mit Vergangenheit Politik gemacht werden, wurde doch der Burgfriede rund um das Jahr 1934 davon nur tangentiell berührt. Betrachtet man zum Beispiel die Starhembergkrise aus dem Jahr 1953, welche viel stärker in einem Zusammenhang mit Bürgerkrieg und Austrofaschismus stand, so wurde von Seiten der Parteien viel stärker auf eine Entspannung der Lage hingearbeitet.⁴⁶⁰

Interessant ist diese Konstellation auch gerade deswegen, weil es knapp ein Jahr nach dem Höhepunkt der Habsburgkrise zu einem symbolischen Akt der Aussöhnung mit der Vergangenheit kam. So reichten sich am 30. Jahrestag des 12. Februar über der Gräbern der Februarkämpfer Kanzler Alfons Gorbach und Vizekanzler Bruno Pittermann die Hände zur Versöhnung. Scheinbar wurde hier ein vorhandenes Zeitfenster genutzt, um eine versöhnliche, gemeinsame Handlung hinsichtlich des Umgangs mit diesem Abschnitt zu setzen, welches in diesem Moment für die Habsburg-Frage, durch ihre starke politische Instrumentalisierung, noch für einige Jahre geschlossen sein sollte. Durch diesen Handschlag wurde aber zumindest damit begonnen, die ersten Erinnerungsgräben, welche eine gemeinsame Deutung der Ersten Republik schwierig machten, zu schließen.⁴⁶¹ So schreibt Siegfried Mattl:

„Die gemeinsamen Feiern der Großparteien in diesem Jahr, patroniert von der Katholischen Kirche und den staatlichen Medien, leiteten zu einer Phase der Abschiebung des Ereignisses aus den Erinnerungsmilieus in den ‚neutralen‘ oder neutralisierenden Raum der Medien und der Wissenschaft über. Ein Jahrzehnt später schienen Februar-Aufstand und Austrofaschismus bereits weitgehend historisiert.“⁴⁶²

politischen Deal „zum Kotzen“ sei. vgl. HÖBELT (2008), S. 301.

⁴⁵⁹ vgl. MOMMSEN (1976a), S. 213f.

⁴⁶⁰ vgl. MOMMSEN (1976a), S. 80–81; KLAMPER (1997), S. 182f; WOHNOUT (2007), S. 407f.

⁴⁶¹ Hinsichtlich einer Betrachtung der Februargedenkfeiern spricht allerdings Helmut Konrad davon, dass 1964 abgesehen von der Gedenkfeier noch ein großer Bogen um dieses Thema gemacht worden sei. So fand sich etwa selbst im Publikationsorgan „Archiv“ des Vereins für Geschichte der Arbeiterbewegung keine Zeile zum Februar 1934. Die Gedenkveranstaltungen 10 Jahre später trugen jedoch schon den Stempel der Aufbruchstimmung hinsichtlich einer näheren Betrachtung der Ereignisse (durch die SPÖ-Alleinregierung) und führten zu einer Vielzahl an Publikationen zu diesem Thema. Und auch zu 1984 hält Helmut Konrad fest, dass „die große Zahl der Jubiläumsveranstaltungen zum 50. Jahrestag der Februarereignisse von 1934, die Ausstellungen und das Medienecho [zeigen würden], wie sehr das Interesse an der Zeitgeschichte in den letzten beiden Jahrzehnten (1964 herrschte noch Stille) gestiegen“ sei. (KONRAD (1985a), S. 128-134, Zitat: 134.) Widerspricht diese Charakterisierung der zunehmenden Bedeutung des Februars 1934 oberflächlich scheinbar Siegfried Mattls Analyse, so stützt sie diese bei genauerem Hinsehen. Der Handschlag von 1964 muss nämlich als Akt der Enttabuisierung dieses Themas verstanden werden, welcher die politischen Positionen rund um dieses Thema entemotionalisierte, wodurch das Ansprechen des Februars 1934 seinen Bedrohungscharakter für den österreichischen Staat verlor und auch im Rahmen von Gedenkfeierlichkeiten breiter behandelt werden konnte.

⁴⁶² MATTI (2007d), S. 221. So titelte zum Beispiel auch die „Arbeiterzeitung“ zum vierzigsten Jahrestag der Ermordung Dollfuß: „Der Tote ist uns kein Feind mehr.“ (In: AZ 25.07.1974 S.

Was auch insofern für die Wahrnehmung des 12. November von Bedeutung war, stand dieser doch in einem relationalen Zusammenhang mit dem 12. Februar. Hatte dieser doch gewissermaßen als sozialistischer Gedächtnisort auch die Funktion durch die Aufbruchstimmung und die sozialgesetzgeberischen Leistungen einen Gegenpol zum 12. Februar zu bilden, vor welchem deutlich wurde, was mit dem 12. Februar 1934 zerstört wurde. Währenddessen er von konservativer Seite insofern relational war, weil er auf die Probleme, wie etwa auf den fehlenden Glauben an Österreichs hinwies und dadurch als tragische Vorgeschichte zur „griechischen Tragödie“ des Untergangs Österreichs diente.

Die zweite Periode zu welcher der demokratische Abschnitt der Ersten Republik als Kontrast diente, nämlich die Monarchie, war allerdings im politischen Diskurs durch die Habsburgkrise sehr stark emotional aufgeladen worden. Es verwundert daher nicht, dass die 45-jährigen Republikfeierlichkeiten der SPÖ 1963 sehr stark von einer Anti-Habsburg Rhetorik geprägt waren und in Bruno Pittermanns Aussage, dass die Aufrechterhaltung der ewigen Landesverweisung der Habsburger eine Verpflichtung der österreichischen Sozialisten sei, kulminierten.⁴⁶³ Bis zum Handschlag mit der Monarchie dauerte es daher noch fast ein Jahrzehnt, dafür waren danach, im Gegensatz zum Februar 1934, alle Konflikte rund um dieses Thema bereinigt.

3) Dass natürlich das Thema Dollfuß und Austrofaschismus noch immer äußerst prekär war, zeigte allerdings auch eine Nationalratsdebatte aus dem Jahr 1973 zum Thema Dollfuß und Austrofaschismus, welche die ÖVP- Abgeordneten, nach einem Vergleich von Karl Blecha zwischen ÖVP und Austrofaschismus geschlossen verließen. (vgl. Stenographische Protokolle des Nationalrats XIII. GP. - 69. Sitzung – 4. April 1973 S. 6563) Bezeichnender für den schon weitgehend neutralisierten Umgang mit dem Thema Dollfuß ist allerdings die Feststellung Bruno Kreiskys in eben jener Debatte, wie er den Umgang mit der Erinnerung an Dollfuß im Bundeskanzleramt handhabe:

„Und nun zu Dollfuß. Im Bundeskanzleramt, in meinem Ressort also, gibt es eine Ecke, die dem Andenken Engelbert Dollfuß gewidmet und geweiht ist. Sie wird im höchsten Maße respektiert. Und wenn Fremde, Studenten kommen und ich es übernehme, ihnen die Räume zu zeigen, dann zeige ich ihnen auch die Stelle, wo dieser Mann gestorben ist, sein Leben ausgehaucht hat – als das Opfer einer von Anfang an unglücklichen und verfehlten Politik, aber das sage ich nicht.

Als mich einige der hohen Beamten im Hause vor einigen Jahren gefragt haben, ob ich etwas dagegen hätte, dass anlässlich des Todestages Dollfuß sein Andenken im Bundeskanzleramt, in der Kapelle des Bundeskanzleramtes, gewürdigt wird, habe ich darauf gesagt: Wie können Sie mich das überhaupt fragen? Das ist doch die größte Selbstverständlichkeit der Welt, dass das geschieht!“ Stenographische Protokolle des Nationalrats XIII. GP. - 69. Sitzung – 4. April 1973 S. 6555.

Kreisky wies natürlich anschließend auch daraufhin, dass er Dollfuß nicht als erstes Opfer für eine österreichische Freiheit verstehe, sondern die Verurteilten der Prozesse des Jahres 1934, dennoch zeigte der Raum, welchen der sozialistische Kanzler Dollfuß im Bundeskanzleramt ließ, dass das Thema an Brisanz verloren hatte.

⁴⁶³ vgl. GRIESSER (1986), S. 144. Partizipierend an den Kontroversen rund um dieses Datum nützte auch Otto Habsburg den 12. November, um in einem Interview mitzuteilen, dass er nicht gedenke auf jedwede politische Tätigkeit zu verzichten. vgl. GRIESSER (1986), S. 142.

2 Der 12. November in der Debatte um den Nationalfeiertag

Neben der in der medialen Öffentlichkeit relativ heftig ausgetragenen Habsburg-Debatte kam es auch zu einer, allerdings eher in den theoretischen Schriften der beiden Parteien geführten Diskussion über die Festlegung des Nationalfeiertags. Stellte dieser doch eine Lücke im staatlichen Symbolrepertoire neben Fahne, Hymne und Wappen dar, wodurch ein zentrales Element in einem staatlich ausformulierten Geschichtsnarrativ fehlte oder wie es Gustav Spann ausdrückt:

„Lange Zeit fehlte in der Republikgeschichte das große einigende historische Erlebnis, fehlte der umfassende nationale Konsens. Vielmehr dominierten die polarisierenden Orientierungen und ein rigides politisches Lagerdenken. Die Brüche und Widersprüche dieser österreichischen Geschichte des 20. Jahrhunderts bestimmten die Konstituierung und in der Folge die Akzeptanz des jeweiligen Staats- bzw. Nationalfeiertages.“⁴⁶⁴

Diese Lagerorientierung, auf welche später noch eingegangen werden wird, führte eben dazu, dass die beiden Großparteien sich unterschiedlich hinsichtlich des Datums für einen Nationalfeiertag positionierten. So bevorzugte die SPÖ den Staatsfeiertag der Ersten Republik, den 12. November, während von konservativer Seite der 15. Mai, der Tag der Unterzeichnung des Staatsvertrages, präferiert wurde.⁴⁶⁵

Dass bevor die Differenzen um die Schnittstelle 1918 im Jahr 1958 wieder angefacht wurden, allerdings auch von Seiten der SPÖ der 12. November nicht die einzige Option hinsichtlich eines Nationalfeiertags gewesen war, sondern auch Überlegungen hinsichtlich des 26. Oktobers existierten, zeigt etwa der Parteitag 1956. Wurden doch hier Vorschläge mehrerer Bezirksorganisationen eingebracht, den 26. Oktober zum Staatsfeiertag zu erheben. Nur von einer Bezirksorganisation kam der Antrag, den 12. November wieder als Staatsfeiertag einzuführen. Ebenfalls im Rahmen desselben Antrags wurde auch der Parteivorstand aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass dieser Tag im Rahmen von Parteifeiern würdig begangen werde. Ein Zeichen dafür, wie schon erwähnt, dass der 12. November in den Nachkriegsjahren innerhalb der sozialistischen Partei immer mehr an Bedeutung verloren hatte und erst im Rahmen seines 40-jährigen Jubiläums wieder zu einem zentralen Gedächtnisort werden sollte, welcher dem 26. Oktober gegenübergestellt wurde. Schlussendlich wurden diese

⁴⁶⁴ SPANN (2004c), S. 2.

⁴⁶⁵ Interessant ist, dass von Länderseite ein ganz anderer Vorschlag auch noch in Bezug auf einen neuen Feiertag gemacht wurde, nämlich nicht hinsichtlich der Stärkung eines Österreichbewusstseins, sondern eines Landesbewusstseins. So meinte der Chefredakteur der „Salzburger Volkszeitung“ Alfred Adrowitzer am 15. Landesparteitag der österreichischen Volkspartei 1960: „Uns allen ist klar, dass es nur sehr schwer möglich ist, derartige Tage bei der Bevölkerung populär zu machen. Daher, wenn schon ein zweiter Nationalfeiertag [der ‚Tag der Fahne‘ wurde hier als Nationalfeiertag gesehen] kommen soll, so wäre es auf alle Fälle besser, den Landesfeiertag eines jeden Bundeslandes, so für Salzburg den Ruperti-Tag, zum gesetzlichen Landesfeiertag zu machen.“ zit. n. SCHAUSBERGER (1990a), S. 107.

Anträge am Parteitag nicht behandelt, sondern an den Abgeordnetenklub weitergegeben.⁴⁶⁶

Ende der 50er Jahre gewann allerdings der 12. November von Seiten der SPÖ wieder mehr an Gewicht. So war 1962 von der jungen Generation der SPÖ ein Brief an alle Abgeordneten des Nationalrates geschickt worden, den Tag der Republik zum Nationalfeiertag zu machen⁴⁶⁷ und ein Jahr später wurde in der Budgetdebatte von der sozialistischen Partei ein Antrag eingebracht, um eben dies zu verwirklichen.⁴⁶⁸ Daraufhin wurde ein eigenes Ministerkomitee gegründet, in welchem aber offensichtlich Meinungsverschiedenheiten zwischen ÖVP und SPÖ auftraten und dieser Antrag daher im Sande verlief.⁴⁶⁹

Erfolgreich war erst die Initiative des Österreichischen Nationalinstituts, welches auf die Festlegung eines Nationalfeiertages drängte. Auf einer dafür abgehaltenen Enquete im Jahr 1965 wurden die Gegensatzpositionen der Parteien allerdings deutlich. Tendierten doch die Jugend- und Lehrerorganisationen je nach Parteizugehörigkeit zum 12. November oder zum 15. Mai als Nationalfeiertag.⁴⁷⁰

Ähnlich verliefen auch die Debatten in den theoretischen Organen der beiden großen Lagerparteien und der „Furche“. War in der sozialistischen „Zukunft“ eine starke Präferenz für den 12. November vorhanden,⁴⁷¹ so tendierten die konservativen Blätter zum 15. Mai oder dem 27. April, dem Tag der Proklamierung der Zweiten Republik. Hier werden auch wieder die unterschiedlichen Positionen zum 12. November und zur Ersten Republik deutlich, welche auch die Diskussion 1958 geprägt hatten. Repräsentierte dieser für konservative Kommentatoren den Anschlusswunsch und die Selbstaufgabe Österreichs, so stellte er in der „Zukunft“ den Beginn der Republik dar. Ernst Koref etwa meinte, dass mit dem Jahr 1918 ein neues Österreich geschaffen wurde, auf das man stolz sein könne,⁴⁷² während für Ludwig Reichhold in den „Österreichischen Monatsheften“ die ÖsterreicherInnen damit ihren Staat gleichzeitig

⁴⁶⁶ vgl. Bericht und Protokoll 1965 S. 165, 193f.

⁴⁶⁷ vgl. KOLBABEK (1977b), S. 283.

⁴⁶⁸ vgl. Stenographische Protokolle des Nationalrats X. GP. - 30. Sitzung – 27. November 1963 S. 1410, 1418, 1432.

⁴⁶⁹ vgl. Stenographische Protokolle des Nationalrats X. GP. - 49. Sitzung – 13. Mai 1964 S. 2583.

⁴⁷⁰ vgl. Nationalfeiertag außer Streit, Termin offen. In: Republik Jg. 1 H. 2/1965 S. 59-63, hier S.61.

⁴⁷¹ Allerdings gab es auch Gegenstimmen gegen den 12. November in der „Zukunft“, etwa von Friedrich Scheu, der für einen „*synthetischen Nationalfeiertag*“ anhand von Kriterien, wie dem Wetter oder einem „*feiertagsarmen*“ Monat, plädierte und dabei beim 17. September 1156, dem Tag der Begründung eines selbstständigen Herzogtums durch den Babenberger Heinrich Jasomirgott, landete. (vgl. SCHEU, Friedrich; Der „synthetische“ Nationalfeiertag. In: Die Zukunft H. 8/April 1965 S. 9-10.) Oder Ludwig Jedlicka, der den 27. April oder den 26. Oktober bevorzugte. vgl. JEDLICKA, Ludwig; Die Erste und die Zweite Republik zusammenfassen. In: Die Zukunft H. 6/März 1965 S. 9.

⁴⁷² vgl. KOREF, Ernst; Der 12. November: Geburtstag der Republik. In: Die Zukunft H. 6/März 1965 S. 6.

„zum Tode durch den ‚Anschluss‘ verurteilten“.⁴⁷³ Der ehemalige SPÖ-Abgeordnete Fritz Klenner stellte die Anerkennung des 12. November hingegen sogar in einen argumentativen Zusammenhang mit der Anerkennung der monarchischen Vergangenheit, so schrieb er:

„Am 12. November 1918 wurde die Republik ausgerufen. Die zweite Republik ist nichts Neues, sondern die nach einer siebenjährigen gewaltsamen Beseitigung wiedererstandene republikanische Staatsform. Ein Staat, ein Volk, jede große Bewegung braucht Tradition. Sie wurzelt in der Vergangenheit. Wenn die historische Entwicklung Österreich und die positiven Aspekte der Monarchie anerkannt werden sollen, dann muss man folgerichtig mit der Republik und ihrem nunmehr 47jährigen Bestehen fortsetzen. Ein Interregnum würde einen Entwicklungsbruch bedeuten und eine Geschichtslücke hinterlassen. Ein Nationalfeiertag muss historisch begründet sein und lässt sich nicht willkürlich durch Kompromiss festlegen.“⁴⁷⁴

Die Debatte um den Nationalfeiertag lässt sich daher hinsichtlich der Positionierung der Parteien zusammenfassen, wie es auch Gustav Spann tut, auf ein etwas schwächer ausgeprägtes republikanisches Bewusstsein von Seiten der SPÖ und eine Betonung des Österreichbewusstseins von Seiten der ÖVP.⁴⁷⁵ Während die SPÖ versuchte gewisse Traditionen durch den Rückbezug auf die Republikgründung zu suchen, wurde von der ÖVP versucht Traditionen aus der Monarchie herzuleiten, sei es etwa anhand des Sendungsauftrages Österreichs in der Welt als Friedensstifter (*Bella gerant alii, tu felix Austria nube*) oder durch die österreichische Kulturnachfolge der Monarchie. In diesem Zusammenhang konnte der 12. November natürlich nur als Untergang verstanden werden, während die SPÖ, wie auch Werner Suppanz festhält, „aufgrund ihrer Haltung gegenüber dem ‚Völkerkerker‘ Habsburgerreich zunächst keinen Zugang zu diesem Bild der ‚guten alten Zeit‘“ fand.⁴⁷⁶

Schlussendlich wurde als Kompromiss der 26. Oktober gewählt, hinsichtlich dessen Otto Schulmeister noch im Frühjahr 1965 gemeint hatte, dass er von „*der Linken als List der Rechten, um sich einem republikanischen Offenbarungseid zu entziehen*“, interpretiert werden würde.⁴⁷⁷ Auch wenn innerhalb der SPÖ der 26. Oktober schon 1956 als Möglichkeit für einen Nationalfeiertag gesehen worden war, so dürfte durch

⁴⁷³ REICHHOLD, Ludwig; Österreichs problematischer historischer Tag. In: ÖMH H. 6/1964 S. 24-25 zit. n. WASSERMANN (2002), S. 90ff; für ähnliche Kommentare in der „Furche“ SKALNIK, Kurt; Auf der Suche nach einem Staatsfeiertag. In: Die Furche Nr. 38/17. September 1955 und Skalnik, Kurt; Ein echter Staatsfeiertag. In: Die Furche Nr. 5/1. Februar 1964 S.1 bzw. SKALNIK, Kurt; Auf der Suche nach einem Staatsfeiertag. In: Die Furche Nr. 38/17. September 1955 abgedruckt auch bei MARCIC (1968), S. 1021-1024 und 1063-1065.

⁴⁷⁴ KLENNER, Fritz; Keine opportunistischen Entscheidung. In: Die Zukunft H. 6/März 1965 S. 1-2.

⁴⁷⁵ vgl. SPANN (2004c), S. 16ff.

⁴⁷⁶ SUPPANZ (2007d), S. 233.

⁴⁷⁷ SCHULMEISTER, Otto; Das Fest, das diesem Land gebührt. In: Die Zukunft H. 6/März 1965 S. 4-5. Auch wenn innerhalb der SPÖ der 26. Oktober schon 1956 als Möglichkeit gesehen

seine gewisse Rivalität zum 12. November diese Haltung ab 1958 in der SPÖ wieder weitgehend verschwunden sein. So wies in der Nationalratsdebatte der SPÖ-Abgeordnete Alfred Migsch auch noch einmal auf die Präferenz des 12. November hin, welchen er als den „*großen Tag der österreichischen Schicksalsgemeinschaft*“ charakterisierte.⁴⁷⁸ Von Seiten der ÖVP wurde allerdings argumentiert, dass dieser Tag die Selbstaufgabe Österreichs durch die Festschreibung des Anschlusswunsches im Gesetz über die Staats- und Regierungsform darstelle.⁴⁷⁹ Ein anderer Grund für die Ablehnung des 12. November wurde allerdings bei einem Zwischenruf des ÖVP-Abgeordneten Franz Soronics deutlich, welcher auf die Feststellung des FPÖ-Abgeordneten Dr. Zeillinger, dass die FPÖ mit dem 12. November durchaus einverstanden gewesen wäre – konnte doch mit der Ausrufung der Republik „Deutsch-Österreich“ auch der deutsche Charakter betont werden – meinte, dass dieser nicht der Feiertag aller Österreicher sei.⁴⁸⁰ Dass die ÖVP den 12. November als sozialistischen Feiertag sah, dürfte also auch ein wichtiges Element für dessen Ablehnung als Nationalfeiertag gewesen sein.

Nach der Beschlussfassung für den 26. Oktober verlor der 12. November allerdings innerhalb der SPÖ rasch an Bedeutung. War etwa die Überschrift des Kommentars in der „Arbeiterzeitung“ am 12. November 1964 noch „Unser aller Tag“, in welchem daran erinnert wurde, dass sich die ÖVP nicht dazu bereit erkläre, den Gründungstag der Republik zum Nationalfeiertag zu erheben, so trug schon ein Jahr später der Kommentar zur erstmaligen Begehung des 26. Oktober als Nationalfeiertag denselben Titel, ohne dass die vormalige Präferenz für den 12. November erwähnt worden wäre. Wenige Tage später am 12. November 1965 wies die „Arbeiterzeitung“ sogar darauf hin, dass dieser Tag dem Nationalfeiertag keine Konkurrenz machen wolle.⁴⁸¹ Besonders auch für den späteren Bundeskanzler Bruno Kreisky hatte er nämlich bereits in den 60er Jahren den Tag der Proklamierung einer Anschlussidee und damit einer Selbstaufgabe Österreichs bedeutet, weshalb er auch schon innerhalb der Parteigremien gegen den 12. November gestimmt hätte.⁴⁸² Stimmen für den 12. November waren danach praktisch kaum noch zu hören. Nur der burgenländische SPÖ-Landeshauptmann Theodor Kery beklagte in einer Umfrage zum Nationalfeiertag

⁴⁷⁸ wurde, so dürfte seine gewisse Rivalität ab 1958 zum 12. November vgl. Stenographische Protokolle des Nationalrats X. GP. - 89. Sitzung – 25. Oktober 1965 S. 4833f.

⁴⁷⁹ vgl. Stenographische Protokolle des Nationalrats X. GP. - 89. Sitzung – 25. Oktober 1965 S. 4830.

⁴⁸⁰ vgl. Stenographische Protokolle des Nationalrats X. GP. - 89. Sitzung – 25. Oktober 1965 S. 4843. Die Zustimmung der FPÖ könnte einerseits als ein Störmanöver gegen den schlussendlich gefundenen großkoalitionären Konsens zum Datum des Nationalfeiertages gewertet werden, andererseits aber auch als eine Betonung des deutschen Charakters der Republik Österreichs, wurde diese doch 1918 als „Republik Deutsch-Österreich“ ausgerufen.

⁴⁸¹ vgl. SCHEU, Friedrich; 12. November. In: AZ 12.11.1965 S. 2.

⁴⁸² vgl. Pro und Contra Österreich. Kreisky für Österreich. In: Die Republik Jg. 2 H. 2/1966 S. 2.

1974 hinsichtlich des schleppenden Mobilisierungspotentials dieses Datums, dass „*nur der Gründungstag der Republik eine Chance gehabt [hätte], vom Herzen des Volkes akzeptiert zu werden.*“⁴⁸³

Die nächsten Nationalratsdebatten 1966 und 1967 rund um den Nationalfeiertag, hinsichtlich seiner Erklärung zum arbeitsfreien Tag, standen daher auch nicht im Zeichen der unterschiedlichen Geschichtsauffassungen zwischen den beiden Großparteien, sondern berührten neben dem Hauptthema der Feiertagsruhe die unterschiedlichen Geschichtsbilder zwischen FPÖ und ÖVP/SPÖ. So beanstandete der FPÖ-Abgeordnete Otto Scrinzi 1966 die Bezeichnung „Nationalfeiertag“ und das damit verbundene Konzept der österreichischen Nation.⁴⁸⁴ Kritik, welche von freiheitlicher Seite in der nächsten Sitzung 1967 noch stärker vorgetragen wurde und zu Äußerungen wie von der „*neu erfundenen und konstruierten Nation*“ und der „*Retortengeburt*“ führte.⁴⁸⁵

Dass der 12. November allerdings, wenn es um den Nationalfeiertag ging, noch immer eine gewisse sozialdemokratische Konnotation hatte, machen zwei spätere Debatten zum Nationalfeiertag deutlich. So befragte das „Profil“ 1997 im Rahmen einer Diskussion um die Abschaffung der Neutralität mehrere Abgeordnete zu ihren Präferenzen hinsichtlich eines möglichen neuen Nationalfeiertags. Ein SPÖ-Abgeordneter wies dabei darauf hin, dass für ihn der 12. November noch immer den eigentlichen Feiertag darstellen würde, wohingegen die ÖVP-Abgeordneten, selbst bei Abschaffung der Neutralität, beim 26. Oktober geblieben wären oder ähnlich wie andere Abgeordnete der SPÖ den 27. April bevorzugt hätten.⁴⁸⁶ Das Nichtbeachten der Möglichkeit des 12. November für einen etwaigen neuen Nationalfeiertag von konservativer Seite wird auch noch in einem ÖVP-Perspektivenpapier der Untergruppe „Europa“ aus dem Jahre 2007 offensichtlich, in welchem dafür plädiert wurde, die Neutralität abzuschaffen und damit verbunden auch den Nationalfeiertag zu verlegen, wobei nur der 27. April, der 9. Mai (Europatag) oder der 12. Juni (EU - Volksabstimmung in Österreich) vorgeschlagen wurden.⁴⁸⁷ Auch wenn der 12. November nun weitgehend als positiv konnotierter Feiertag zu runden Jubiläen begangen wird, dürfte seine ehemalige „Besetzung“ doch nicht ganz vergessen worden sein.

⁴⁸³ Umfrage zum Nationalfeiertag. In: Die Republik Jg. 10 H. 1/1974 S. 29f.

⁴⁸⁴ vgl. Stenographische Protokolle des Nationalrats XI. GP. - 28. Sitzung – 19. Oktober 1966 S. 2024ff.

⁴⁸⁵ vgl. SPANN (2004c), S. 15.

⁴⁸⁶ vgl. MISIK, R.; ZÖCHLING, Ch.; Österreich ein Mangelerebnis. In: Profil 22.9.1997 S.40-43; bzw. hinsichtlich der Haltung der FPÖ vgl. Fußnote 68.

⁴⁸⁷ vgl. <http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/326027/index.do> zuletzt am 01-06.2010. Interessant war allerdings auch, dass der 15. Mai keine Erwähnung mehr fand.

An der Debatte um den Staatsfeiertag in den 60er Jahren zeigt sich jedoch, wie sehr die Geschichtsbilder der beiden Parteien, nicht nur in Bezug auf den Februar 1934, sondern auch auf Erste Republik und Monarchie auseinander klafften, weshalb nur ein gemeinsames Kompromissdatum gefunden werden konnte, was natürlich auch die Fähigkeit des Nationalfeiertages zur Mobilisierung der Bevölkerung einschränkte (verbunden auch damit, dass er 1965 noch gar nicht arbeitsfrei war). So meint Gustav Spann:

„Der bestimmende Inhalt des österreichischen Nationalfeiertages war also nicht wie bei den meisten nationalen Feiertagen anderer Staaten ein großes, emotional stark besetztes, herausragendes historisches Datum [...]. Der österreichische Nationalfeiertag war, wie es schon bald eingestanden wurde, ‚im Gegensatz zu dem anderer Nationen ein ‚synthetischer‘, nicht aber ein ‚gewachsener‘ Feiertag.“⁴⁸⁸

Dennoch sieht er aber gerade in der Festsetzung des Nationalfeiertages auf den 26. Oktober auch ein zentrales Element, wodurch *„der unausgetragene Grundkonflikt in der Frage, auf welchen Werten und vor allem auf welchen historischen Traditionen das neue Österreich-Bewusstsein aufbauen sollte, in typisch großkoalitionärer Weise in den Hintergrund gedrängt“* werden konnte.⁴⁸⁹

Wobei jedoch von den beiden Großparteien in den ersten Jahren unterschiedliche Begehungsweisen gewählt wurden, welche auch noch Anklänge an die unterschiedlichen Geschichtsbilder dargestellt haben dürften. So hatte die Alleinregierung unter Josef Klaus weitgehend auf die von der im ÖVP besetzten Unterrichtsressort ausgearbeiteten Abläufe zum „Tag der Fahne“ zurückgegriffen, während die SPÖ unter Kreisky diese *„würdevoll-pathetischen Großveranstaltungen mit dem Schwerpunkt auf dem Gedenken, auf historischer Reminiszenz und Besinnung“* durch *„Veranstaltungen, die den Zukunftsaspekt in das Zentrum der inhaltlichen Gestaltungen stellten,“* ablöste. Eine Begehung, welche die Kritik der konservativen Presse hervorrief, wie der Grazer ÖVP-Tageszeitung „Südost-Tagespost“, welche sogar hinsichtlich der Feiern ein „Staat ohne Geschichte“ titelte.⁴⁹⁰ Es war jedoch nur der Fokus auf die Geschichte geändert worden. So wurden etwa die wissenschaftlichen Symposien zur Zwischenkriegszeit immer rund um den 26. Oktober abgehalten, also versucht die problembehaftete Geschichte zwischen 1918 und 1938 im festlichen Rahmen der gemeinsamen Klammer des Nationalfeiertags zu betrachten.

⁴⁸⁸ SPANN (2004c), S. 17.

⁴⁸⁹ SPANN (2004c), S. 17.

⁴⁹⁰ SPANN (2004c), S. 20ff.

d Die geschichtspolitische Bedeutung von Monarchie/ Erster Republik und deren Bedeutungsrückgang

Was waren allerdings die Gründe dafür, dass die ÖVP die Feierlichkeiten zum 12. November 1958 boykottierte, nachdem sie 1948 daran teilgenommen hatten? Im Gegensatz zu 1948 fehlte die gemeinsame Klammer der alliierten Besatzung für ein gemeinsames Geschichtsverständnis, welche die Parteizwistigkeiten in den Hintergrund gedrängt hatte, während das parteipolitischen Interesse der Betonung der parteispezifischen Sichtweise auf die Vergangenheit durch Abgrenzung zu den anderen Parteien in den Vordergrund trat. Gerade auch angesichts der Zusammenarbeit in der großen Koalition – ohne die alliierte Besatzung – wurde der Kampf um das Gedächtnis zu einem wichtigen Feld zur Austragung von Konflikten. Konnte doch abseits vom gemeinsamen Abstimmungsverhalten im Parlament damit eine Abgrenzung von der anderen Partei erfolgen.

1 Der symbolische Umgang mit der Monarchie

Schon in den Kommentaren zum 12. November werden die unterschiedlichen Narrative hinsichtlich der Interpretation der Vergangenheit deutlich, in welchen sich das Spannungsfeld zwischen Republik und Monarchie offenbart. Exemplarisch kann dies auch am damaligen Bundeskanzler Julius Raab gezeigt werden, welcher ungefähr zwei Wochen nach den Streitigkeiten um den Tag der Republik eine Rede am ÖVP-Parteitag hielt. Er verwies dabei zwar auf seine eigenen Erlebnisse im November 1918, allerdings auf jene, welche im Zusammenhang mit der Monarchie standen, nämlich auf die Rückführung seiner Kompanie in die Heimat als junger Offizier, um damit an „*die natürliche Autorität seiner Führerschaft*“ zu appellieren, wie Dieter Binder schreibt.⁴⁹¹ Eine Erinnerungsfigur, die besonders in den 20 und 30er Jahren weit verbreitet gewesen war, worauf auch Adam Wandruszka hinweist:

„Es ist auch bezeichnend, dass dann in den zwanziger und dreißiger Jahren in den Biographien zu rühmender Männer immer wieder die Feststellung aufscheint, dem Betreffenden sei es in den ‚Umsturztagen‘ gelungen, seine militärische Einheit, seine Kompanie oder seinen Zug, geschlossen und diszipliniert, ohne Auflösungserscheinungen und Desertionen, in die Heimat zurückzuführen.“⁴⁹²

Doch nicht nur das Phänomen von ähnlich positiv gelagerten Erinnerungsmustern in Raabs Lebenslauf, wie von konservativen Politiker der Ersten Republik, welche ihre

⁴⁹¹ vgl. BINDER (2004b), S. 90f.

⁴⁹² WANDRUSZKA (1973), S. 26. Dem Weg Julius Raabs zurück von der Piave-Front hatte auch Heinrich Drimmel in einem seiner zahlreichen Bücher zur Geschichte Österreichs ein Kapitel mit dem Titel „*Ein anderer Weg zurück*“ gewidmet, wobei Julius Raab als Idealtypus eines Kommandanten dargestellt wurde. (vgl. DRIMMEL (1976b).) Überhaupt aber stellt dieser Marsch zurück nach Österreich eine Erinnerungsfigur dar, welche in die meisten

Autorität noch aus ihrer Funktion in der Zeit der Monarchie zogen, macht die positive Besetzung der Epoche vor dem 12. November deutlich. Rudolf Neck spricht überhaupt davon, dass die Entstehung der Ersten Republik Narben in den Lebensläufen einzelner Politiker hinterlassen hätte und die Distanzierung von der Monarchie nur langsam erfolgte.

„Es ist immer wieder auffällig, dass die Erinnerungen an die Entstehungen der Ersten Republik oft für den Betreffenden mit den dunkelsten Kapiteln seines eigenen Lebens und seinen persönlichen Erinnerungen verbunden sind. [...] Es ist nicht nur die alte Generation, sondern auch die ganz junge Generation der Frontoffiziere, denen der Abschied vom Reich sehr schwer gefallen ist.“⁴⁹³

So soll Julius Raab ebenfalls in seinen Jahren als Bundeskanzler die Novembertage 1918 als die tiefste Zäsur seines Lebens gesehen haben.⁴⁹⁴ Aber auch das Julius Raab zugeschriebene Zitat „*Die Monarchie war großartig, sie is aber leider g'wesen*“⁴⁹⁵ oder Raabs Anrede von Otto Habsburg als „*Kaiserliche Hoheit*“ im Briefverkehr⁴⁹⁶ verdeutlichen diese Erinnerungshaltung, welche eine positive Besetzung der Ersten Republik nicht zuließ. Positive Rückbezüge bestanden also weitgehend nur zur Zeit der Monarchie. Wurde Julius Raab hingegen mit der Ersten Republik in Verbindung gebracht, so erfolgte dies in erster Linie von sozialistischer Seite, welche in Wahlplakaten Raabs Teilnahme am Korneuburger Eid thematisierte.⁴⁹⁷

Aber nicht nur im Umgang des Bundeskanzlers mit der Monarchie zeigt sich die noch vorhandene Aufgeladenheit dieses Themas. So erregte etwa 1957 die Enthüllung eines Franz-Josef-Denkmal im Wiener Burggarten, welche auf Initiative des Präsidenten der Industriellenvereinigung Hans Lauda aufgestellt worden war, die Gemüter⁴⁹⁸ und führte dazu, dass etwa im Zentralorgan der SPÖ sogar von der Möglichkeit „*republikanischer Gegendemonstrationen*“ gesprochen worden sein sollte.⁴⁹⁹

Auch in der Bevölkerung rief teilweise die Frage des richtigen Umgangs mit der Monarchie noch Emotionen hervor. So stand eine im Jahr 1966 ausgetragene Leserbriefkontroverse über eine Collage des tschechischen Malers Bohumil Štán,

Raabbiographien Einzug fand.

⁴⁹³ NECK (1986c), S. 13. In diesem Zusammenhang fiel auch auf, dass noch nach 1945 oftmals auf den Topos vom Herunterreißen der Offiziersorden durch den „Pöbel“ im Jahr 1918 verwiesen wurde und dieser auch Eingang in die Memoirenliteratur fand. vgl. HANISCH (1990b), S. 49; KRIECHBAUMER (2001b), S. 201; Jedlicka (1973b), S. 25 und Entgegnung S. 48; KOLBABEK (1961a), S. 126.

⁴⁹⁴ vgl. ARTL (1986), S. 66. Überhaupt betonten in einer Befragung über Julius Raab vier von acht Vertrauten von ihm dessen Prägung durch die k. u. k. Armee bzw. den Ersten Weltkrieg. BOCK et al. (1991/92b), S. 321f.

⁴⁹⁵ LOVREK (1999), S. 238.

⁴⁹⁶ DICKINGER (2001), S. 15.

⁴⁹⁷ vgl. <http://www.demokratiezentrum.org/bildstrategien/demokratie.html?index=9&dimension> zuletzt am 02.02.2010.

⁴⁹⁸ CYRUS, Inge; Gott erhalte den Kaiser. Spiegel-Korrespondentin Inge Cyrus über Nostalgie im einstigen Habsburger Reich. In: Der Spiegel 52/1980 vom 22.12.1980 online unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14338278.html> zuletzt am 24.04.2010.

welche Kaiser Franz Joseph in Uniform mit einer Sportkappe darstellte und auf Plakaten veröffentlicht werden sollte, an „*Heftigkeit der um das Rundfunk-Volksbegehren*“ um nichts nach. Die spielerische Entfremdung von historischen Autoritäten und die damit gleichzeitig verbundene Delegitimierung dieser, rief scheinbar noch breites negatives Echo hervor, was Herbert Weissenberger dazu veranlasst von der „*unbewältigten Vorvergangenheit Österreichs*“ zu sprechen.⁵⁰⁰ Und selbst zu Beginn der 80er Jahre berichtete der „Spiegel“ noch davon, dass eine „*liebenswerte Karikatur eines Franz Joseph mit abstehenden Segelohren*“ in der Neuen Kronen Zeitung zu wüsten Leserbriefen geführt hätte und tagelang Österreichs Hauptgesprächsthema gewesen sei.⁵⁰¹ Aber nicht nur von einer eher konservativen Leserschaft wurde Symbolen wie dem Kaiserbildnis noch eine gewisse Autorität zugeschrieben, auch von sozialistischer Seite wurde den Symbolen der Monarchie Bedeutung beigemessen. So wurde 1955 von Seiten der Magistratsabteilung 7 ein Film über die Schatzkammer, in welchem die Reichskrone gezeigt wurde, zur Vorführung für Jugendliche unter 16 Jahren verboten. Mit der Begründung, dass es

„eine Gefährdung der geistigen Entwicklung der Jugend befürchten [lasse], weil er als Propaganda für eine monarchistische Staatsform ausgelegt werden kann und somit geeignet ist, in den Köpfen jungen Menschen, welche dem Staatsgrundgesetz gemäß im republikanischen Geiste erzogen werden, Verwirrung zu stiften.“⁵⁰²

Ein neutraler Umgang mit den Symbolen aus der Zeit der Monarchie war also noch nicht gefunden. Es dauerte noch bis in die Ära Kreisky, bis die Auf- und Beladung gewisser Bilder um- und neugedeutet werden konnte.⁵⁰³

2 Das Konkurrenzverhältnis zwischen 26. Oktober und 12. November

Neben diesen unterschiedlichen Narrativen der Parteien zu Monarchie und Erster Republik könnte der Konflikt um die Begehung des 40. Jahrestages der Gründung der Republik jedoch auch punktueller in einem gewissen Konfliktverhältnis zwischen 26. Oktober und 12. November gesehen werden. Also auch in einer Auseinandersetzung auf welche Jahrestage für staatliche Erinnerungsorte zurückgegriffen werden sollte. Insofern könnte auch eine genauere Fokussierung auf diese beiden Jahrestage, hinsichtlich einer allfälligen Konkurrenzsituation, welche sich schlussendlich in der

⁴⁹⁹ vgl. HEINDL, Gottfried; Flucht nach vorne. In: Forum März 1958 S. 88-89.

⁵⁰⁰ vgl. WEISSENBERGER (1968), S. 95f.

⁵⁰¹ CYRUS, Inge; Gott erhalte den Kaiser. Spiegel-Korrespondentin Inge Cyrus über Nostalgie im einstigen Habsburger Reich. In: Der Spiegel 52/1980 vom 22.12.1980 online unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14338278.html> zuletzt am 24.04.2010.

⁵⁰² HERLE, Roman; Tradition – jugendgefährdend. In: Die Furche Nr. 14/2. April 1955 S. 9.

⁵⁰³ vgl. dazu das Kapitel 0 Exkurs: Die sozialistische Umcodierung der habsburgischen Vergangenheit

Debatte um den Nationalfeiertag zeigte, auch wegen ihrem unmittelbaren zeitlichen Naheverhältnis, aufschlussreich sein.

Auch wenn zuvor, etwa auf dem erwähnten Parteitag 1956, der 26. Oktober auch von Teilen der SPÖ als Staatsfeiertag in Erwägung gezogen worden war, so dürfte doch gerade hinsichtlich des Jubiläums 1958 der 12. November in der SPÖ wieder stark an Bedeutung als Gedächtnisort gewonnen und in einem Konkurrenzverhältnis zum 26. Oktober gestanden haben. Gerade der Prozess aus anfänglichem gemeinsamen Beschluss und späterem Boykott der Feierlichkeiten in den Landtagen 1958 weist in die Richtung eines Konkurrenzverhältnisses. Waren doch anfangs zumindest die beiden Festsitzungen im Niederösterreichischen und Kärntner Landtag von allen Fraktionen, also auch der ÖVP, mitbeschlossen worden, weshalb sich die Frage stellt, warum diese in späterer Folge von diesen boykottiert wurden. Jedoch wurden in beiden Fällen keine tatsächlichen Erklärungen für die Absagen abgegeben. So wurde in Kärnten der Boykott scheinbar gar nicht offiziell von Parteiseite begründet, sondern laut der SPÖ-Zeitung „Neue Zeit“ blieben die ÖVP-Abgeordneten aufgrund individueller Absagen wegen *„Krankheit oder dienstlicher Verhinderung“* fern.⁵⁰⁴ Anders gestaltete sich die Situation in Niederösterreich. Hier war zwischen dem ÖVP Landeshauptmann Johann Steinböck und dem SPÖ-Landesparteivorsitzenden Franz Popp ebenfalls eine Festsitzung vereinbart worden, welche am 21. Oktober in der Landesregierung bestätigt wurde. Eine Woche später jedoch, am 28. Oktober, wurde von Seiten der ÖVP mitgeteilt, dass *„die ÖVP-Landtagsabgeordneten nicht in der Lage seien, an der Festsitzung teilzunehmen.“*⁵⁰⁵ Offensichtlich war die generelle Ablehnung des Gedenkens an den 12. November in der ÖVP anfangs noch nicht so eindeutig gewesen, worauf auch die zuvor schon erwähnte, von Landeshauptmann Klaus angeordnete Beflaggung aller öffentlichen Gebäude in Salzburg hinweist.⁵⁰⁶ Es ist jedoch unwahrscheinlich, dass Julius Raab nicht über die Zustimmung zu der Festsitzung im Niederösterreichischen Landtag informiert gewesen war. Zwischen dem 21. und 28. Oktober dürfte es also zu Unstimmigkeiten hinsichtlich des 12. November gekommen sein.⁵⁰⁷

Betrachtet man dabei die mediale Repräsentation des 26. Oktobers in den Parteizeitungen der beiden Großparteien, so wird deutlich, dass dieser sehr stark über

⁵⁰⁴ vgl. Kärnten bekennt sich zur Republik. In: Die Neue Zeit 13.11.1958 S. 2. Vielleicht war diese halb-offizielle Konstellation in Kärnten dafür verantwortlich, dass gerade hier dennoch zwei ÖVP- Abgeordneten an der Republikfeier teilnahmen. vgl. Republikfeier in den Ländern. In: AZ 13.11.1958 S. 2.

⁵⁰⁵ vgl. Eine ÖVP-Demonstration gegen die Republik. In: AZ NÖ-Ausgabe 13.11.1958 S. 4.

⁵⁰⁶ vgl. Differenzen um Republik-Feiern. Sozialisten erzwangen Landtags-Sondersitzung – ÖVP sieht keinen Grund zum Feiern. In: SN 12.11.1958 S. 3.

⁵⁰⁷ Nach Anfrage beim niederösterreichischen Landesarchiv gibt es von den Regierungssitzungen keine stenographischen Protokolle, sondern nur Sitzungsbögen, in welchen nicht mehr Informationen über Absage und Zusage zu den Feierlichkeiten als im

den 12. November definiert wurde bzw. von der SPÖ eigentlich nur unter dem Fokus des kommenden Tags der Republik wahrgenommen wurde. Zwar war der 26. Oktober schon zuvor ein Feiertag, welcher allerdings in erster Linie nur in den Schulen begangen wurde und nicht arbeitsfrei war. Also noch nicht fest im staatlichen Gedenkrahmen verankert war. So meinte etwa ebenfalls Peter Diem 1963 in einem Artikel in der „Furche“ hinsichtlich der Verankerung des „Tages der Fahne“:

„Obwohl der 26. Oktober jahreszeitlich sehr günstig liegt – sozusagen symmetrisch zum traditionellen Feiertag der Arbeiterschaft [1. Mai] – ist der Tag der Fahne bis heute eine halbe Sache geblieben. Hauptursache hierfür dürfte (neben der mehr instinktiven als sachlichen Opposition der österreichischen Linken) der Widerstand der Wirtschaft gegen einen arbeitsfreien Tag sein. Leider haben auch die verantwortlichen Stellen bisher gemeint, die Begehung des ‚stillen Staatsfeiertages‘ auf Schuljugend und Bundesheer beschränken zu dürfen. Dass ein den Erwachsenen unbekannter oder von ihnen ignoriertes Staatsfeiertag auch bei der Jugend nicht Wurzeln fassen kann, liegt auf der Hand.“⁵⁰⁸

Gerade in seiner medialen Repräsentation 1958 im „Kleinen Volksblatt“ und der „Arbeiterzeitung“ wird jedoch deutlich, dass das Narrativ zum 26. Oktober, also zur Neutralitätserklärung Österreichs, noch nicht in sich abgeschlossen und gefestigt war, sondern dieser Tag wurde durch seine zeitliche Nähe über sein Verhältnis zum 12. November definiert. So schrieb etwa auch Walter Jambor, welcher später eine zentrale Position im Österreichischen Nationalinstitut hinsichtlich der politischen Überzeugungsarbeit für die Notwendigkeit eines österreichischen Nationalfeiertags leistete, hinsichtlich der parteipolitischen Positionierung des „Tags der Fahne“:

„Die heute staatstragende Generation wird vorwiegend geprägt von Persönlichkeiten, die mit ihrer Jugend in der ausgehenden Monarchie verwurzelt sind. Sind die einen nun zutiefst dieser traditionsreichen Zeiten und ihren Formen verhaftet, lehnen die anderen eine organische Verbindung auch zum zeitlos Gültigen dieser Epoche im Wesentlichen ab. Seit Jahren offenbart der ‚Tag der Fahne‘ dem aufmerksamen Beobachter aus dem Munde zweier führender Staatsmänner diesen Gegensatz, der dem Staat wohl kaum gefährlich wird, der aber andererseits der äußeren Form der Republik keinen zeitgemäßen Inhalt österreichischer Geistigkeit zu geben vermag. Die Republik ist noch nicht die Nation, am allerwenigsten kann jene diese ersetzen. Ebenso unzureichend ist aber eine Überzeugung, die Republik sei als ein notwendiges Übel am besten so wenig wie möglich beim Namen zu nennen. So findet man sich zu keiner fruchtbaren Mitte, zu keinem die Jugend und das Volk befeuernden vaterländischen Ideal.“⁵⁰⁹

Gerade die beiden Leitartikel 1958 in den Parteiblättern machen diese Präsenz der unterschiedlichen Geschichtsnarrative und des 12. November in den Erinnerungsdiskursen zum „Tag der Fahne“ sehr deutlich. So stellten/konstruierten das „Kleine Volksblatt“ und die „Arbeiterzeitung“ entweder einerseits einen Bezug zwischen

zitierten „Arbeiterzeitung“-Artikel vorhanden sind.

⁵⁰⁸ DIEM, Peter; Symbolkultur mangelhaft. In: Die Furche Nr. 43 1963 S. 3.

diesen beiden Jahrestagen her oder überblendeten den einen durch den anderen. Das „Kleine Volksblatt“ etwa setzte dem 26. Oktober den 12. November als negativen Antipode gegenüber. Repräsentiere der 26. Oktober nämlich das österreichische Staatsbewusstsein, so stehe der 12. November für den Anschlussgedanken und den fehlenden Glauben an die Lebensfähigkeit Österreichs.⁵¹⁰ Der Leitartikel der „Arbeiterzeitung“ verfolgte hingegen eine andere diskursive Funktion. Obwohl eigentlich des 26. Oktober gedacht werden sollte, galt die Aufmerksamkeit schon ganz dem kommenden 12. November. Im Mittelpunkt des Artikels stand nicht der „Tag der Fahne“, dessen eigentliche Intention die Neutralitätserklärung Österreichs war, sondern die an ihren Fehlern zugrunde gegangene Monarchie und die Gründung der Republik. Im Gegensatz zur ÖVP stellte für die SPÖ der 12. November 1918 den Tag dar, an dem zum ersten Mal „an den Masten vor dem Parlament die rotweißroten Farben der Republik“ emporstiegen.⁵¹¹ Ein direkter Hinweis darauf, welchen Tag die SPÖ tatsächlich als den angemessenen Feiertag verstand.

Die SPÖ nützte also 1958 den 26. Oktober gewissermaßen als eine Plattform zur Fokussierung auf den kommenden 12. November als eigentlichen Feiertag. Gerade die unmittelbare zeitliche Nähe dieser beiden Jahrestage hätte diese unweigerlich in ein Konkurrenzverhältnis zueinander hinsichtlich einer Konjunktur der Aufmerksamkeit gestürzt, versinnbildlichten sie doch unterschiedliche Präferenzen der beiden Großparteien für staatliche Feiertage: Einerseits der 12. November als sozialdemokratisch besetzter Gedenktag, welcher repräsentativ für den Republikgedanken stand, andererseits der auf Initiative des ÖVP-Unterrichtsministers Heinrich Drimmel auf staatlicher Ebene verankerte 25./26. Oktober,⁵¹² welcher für die Neutralitätserklärung Österreichs stand. Diese wurden von den beiden Großparteien in ihren Kommentaren gewissermaßen gegeneinander ausgespielt, von Seiten der ÖVP in Form einer Gegenüberstellung von österreichischem Staatsbewusstsein und Anschlussgedanken, während von Seiten der SPÖ der 26. Oktober zwar nicht abgelehnt wurde, aber bewusst in den Hintergrund gerückt und im 12. November der eigentlicher „Tag der Fahne“ gesehen wurde. Diese gerade am 26. Oktober wieder in den Vordergrund getretene Konkurrenz zwischen den beiden Jahrestagen könnte also mit ein Grund gewesen sein, weshalb die ÖVP die ersten geplanten staatlichen

⁵⁰⁹ JAMBOR, Walter; Die Schatten der Ersten Republik. In: ÖGL Jg.2 H.1/ 1958 S.12.

⁵¹⁰ vgl. Fahnen über Oesterreich. In: VB 26.10.1958 S. 2.

⁵¹¹ vgl. J.S.; Die Fahne der Republik. In: AZ 26.10.1958 S. 1-2.

⁵¹² 1955 wurde noch der 25. Oktober als Tag des Abzugs des letzten Besatzungssoldaten gefeiert. Auf den Vorschlag Heinrich Drimmels im Jahr 1955 diesen zu feiern, wurde von der „Arbeiterzeitung“ auch hinsichtlich der Notwendigkeit eines arbeitsfreien Nationalfeiertages bereits der 12. November als Möglichkeit ins Spiel gebracht. (vgl. Aus der Republik. Die Feier des 25. Oktober. In: AZ 2.10.1955 S. 3.) Erst ab 1956 war es der 26. Oktober in Erinnerung an den Beschluss der Neutralitätserklärung, welcher ebenfalls auf Antrag von Heinrich Drimmel zum Feiertag gemacht wurde. vgl. SPANN (2004c), S. 7f.

Feierlichkeiten in der Zweiten Republik zum Gründungstag der Republik auf staatlicher Ebene blockierte, um so seiner möglichen Verankerung im staatlichen Gedenkkalender als Gegenpol zum 26. Oktober schon präventiv entgegenzutreten.

Auch in den Jahren nach 1958 wird dieses Spannungsverhältnis zwischen 26. Oktober und 12. November deutlich. Stand der „Tag der Fahne“ in der „Arbeiterzeitung“ in den Jahren um 1956 in erster Linie im Zeichen eines antikommunistischen Diskurses, nämlich in Erinnerung an den Aufstand des Jahres 1956 in Ungarn, so wurde in den Jahren 1959 und 1960 von sozialdemokratischer Seite dieser dem Tag der Republik gegenübergestellt. Der 26. Oktober galt für die „Arbeiterzeitung“ nur als „*Ersatz-Nationalfeierstag*“, weil nur der 12. November das freie und demokratische Österreich richtig repräsentieren würde⁵¹³ und der „*eigentlichen Staatsfeierstag*“ sei.⁵¹⁴ Am deutlichsten ausgedrückt fand sich diese Konkurrenz zwischen 12. November und 26. Oktober wohl in einem Leserbrief in der „Arbeiterzeitung“, wo der Autor meinte:

„Vor allem in Wien sollte der 12. November wieder Feiertag werden, und auch der ‚Ring des 12. November‘ soll in Wien wiederhergestellt werden! Solange die verstockten ÖVP-Antirepublikaner diesen Tag aber ignorieren, werden viele, so wie ich, auch vom ‚Tag der Fahne‘ keine Notiz nehmen.“⁵¹⁵

Durch dieses Konkurrenzverhältnis zwischen dem „Tag der Fahne“ und dem Tag der Republik waren wahrscheinlich von Seiten der ÖVP auch Befürchtungen hinsichtlich einer Aufwertung des 12. November im staatlichen Festtagskalender vorhanden und dass dieser mit dem 26. Oktober, der noch nicht sehr fest im öffentlichen Bewusstsein verankert gewesen war, besonders auch durch seine zeitliche Nähe als staatlicher Feiertag konkurrieren könnte. Unter diesem Gesichtspunkt kann das Ignorieren des 12. November auf staatlicher Repräsentationsebene von Seiten der ÖVP und die Negativ-Codierung in der Parteipresse als eine strategische Handlung im Spiel um die Festlegung der Hegemonie im Hinblick auf die Entscheidung für den Staatsfeierstag gesehen werden.

3 Lagerparteien und ihre Parteinarrative

Ein Aspekt, der hinsichtlich der Veränderung der unterschiedlichen Parteinarrative zu Republik und Monarchie auch nicht außer Acht gelassen werden darf, ist die Erosion der politischen Lager. Knüpften doch beide Großparteien nach 1945 wieder in ihrer Parteiorganisation an die Erste Republik an, Vorfeldorganisationen wurden wieder gegründet und auch der Organisationsgrad der Parteien erreichte für westliche

⁵¹³ vgl. O.P.; Oesterreich am Tag der Fahne. In: AZ 26.10.1960 S. 1, J.S.; Tag der Fahne – Tag der Republik. In: AZ 25.10.1959 S. 1.

⁵¹⁴ vgl. O.P.; Wir feiern die Republik. In: AZ 09.11.1958 S. 1.

⁵¹⁵ Tag der Fahne – ohne Fahnen. In: AZ 14.11.1959 S. 7.

Parteien wieder sehr hohe Werte.⁵¹⁶ Es wurden also wiederum politische Subsysteme gebildet, welche die Berührungsflächen zwischen den Parteigängern beider Parteien auf ein Minimum reduzierten. Anton Pelinka beschreibt dieses System und seine Funktion so:

„Trotz des geänderten Elitenverhaltens blieben zunächst die Feindbilder im Parteienwettbewerb aufrecht, wurde in den Lagern von den Parteispitzen Loyalität vorgeschrieben und kontrolliert, blieben insbesondere auch Berührungsverbote für die Basis des einen Lagers gegenüber der Basis des anderen Lagers bestehen. Auch das machte das Wesensmerkmal der österreichischen Konkordanzdemokratie aus: Der Konsens zwischen den Eliten veränderte zwar die Auswirkungen der gesellschaftlichen Fragmentierung, er begründete aber gleichzeitig ein indirektes Interesse eben dieser Eliten an der Aufrechterhaltung der Fragmentierung. Die Eliten konnten sich deshalb einer Kompromissbildung zuwenden, weil sie durch die ausgeprägte Gefolgschaftstreue ihrer jeweiligen Basis keine wesentlichen Abwanderungen zu befürchten hatten.“⁵¹⁷

Auch die Information innerhalb der politischen Subsysteme erfolgte nach einem ähnlichen Schema, war doch vor dem Aufkommen des Fernsehens, dessen Übergang vom Luxus- zum Konsumgut Hubert Sickinger mit Mitte der 60er Jahre festmachte, die Tageszeitung, knapp vor dem Radio, das Informationsmedium Nummer eins.⁵¹⁸ Daher kam insbesondere auch der Parteipresse, welche bis Mitte der 50er Jahre noch höhere Auflagen als die unabhängige Presse hatte, die Funktion zu, Loyalitäten zu sichern und die Wählerschaft vor fremden Meinungen abzuschirmen.⁵¹⁹ Auch die Information folgte also einer parteipolitischen Fragmentierung.

Diese Spaltung der Lager beruhte natürlich auch auf einander entgegengesetzten Geschichtserzählungen. Durch das Nichtvorhandensein anderer relevanter Parteien war besonders der Gegensatz in den Geschichtserzählungen von SPÖ und ÖVP konstitutiv wichtig, um eine Abgrenzung der Lager zu gewährleisten, aber auch um die eigene Wählerschaft zu mobilisieren. Dadurch, dass der Wechsel der Wählerschaft zwischen den beiden Parteien minimal war, ging es eher darum, das Reservoir der „Ehemaligen“ anzusprechen, weshalb wie es Anton Pelinka ausdrückt *„eine Betonung der Differenz in der Wahrnehmung der NS-Vergangenheit [...] jedoch nicht funktional“* war. Der Fokus wurde dadurch auf die Narrative zu Monarchie und Erster Republik bzw. zum Bürgerkrieg gelegt, ging es doch um ein im *„Innenverhältnis integrierendes, im Außenverhältnis trennendes Geschichtsbild“*.⁵²⁰

Anton Pelinka beschreibt dies als *„hochautonome gesellschaftliche Teilbereiche, die miteinander in der Art außenpolitischer Beziehungen“* agierten, wobei jede Seite ihre

⁵¹⁶ vgl. SICKINGER (2007), S. 297ff.

⁵¹⁷ PELINKA (1988a), S. 38f.

⁵¹⁸ vgl. SICKINGER (2007), S. 315f.

⁵¹⁹ vgl. SICKINGER (2007), S. 305.

⁵²⁰ PELINKA (2001g), S. 37.

„subnationale Geschichte“ aufwies.⁵²¹ Dass diese in Bezug auf Monarchie und Erste Republik vorhanden war, konnte man auch in den im ersten Kapitel behandelten Umfragedaten erkennen.⁵²² Auf die Frage nach der Entstehung des österreichischen Nationalbewusstseins klaffen die Meinungen nach Parteizugehörigkeit noch stark auseinander. So betonten 1964 SPÖ-WählerInnen die Erste Republik viel stärker (ÖVP: 12%, SPÖ: 24%), während ÖVP-WählerInnen schon in der Monarchie ein breites Österreichbewusstsein zu erkennen vermochten (ÖVP: 25%, SPÖ: 11%).⁵²³

Mit Ende der sechziger Jahre vollzog sich allerdings ein Wandel. Einerseits erfolgte ein Generationswechsel der Wählerschaft, welche dadurch immer geringere persönliche Berührungspunkte zur Zwischenkriegszeit hatte, andererseits kam aber auch ein immer stärkeres gemeinsames Österreichbewusstsein auf, wodurch „die Prägekraft des segmentierten Patriotismus der Lager“ abnahm und die trennenden Geschichtsbilder an Funktion gegenüber einer staatlich ausformulierten Erzählung verloren. So vollzog sich gerade in den 60er und 70er Jahren auch hinsichtlich eines gemeinsamen Österreichbewusstseins als übergeordneter Klammer gesellschaftlichen Bewusstseins ein Wandel. Nahm doch, wie Tabelle 3 zeigt, ab 1964 das Bekenntnis zur Nation stetig zu. Dass in den Jahren zuvor das Österreichbewusstsein noch weniger ausgeprägt war, darauf lassen die Zahlen aus einer anders formulierten Umfrage von 1956 schließen, wenn man die 47% betrachtet, welche damals gemeint hatten, dass Österreich keine Nation sei.

In %	1956 ⁵²⁴	1964	1970-79	1980-89	1990-99	2000-05	2007
Die Österreicher sind keine Nation	(47)	15	10	7	5	5	7
Die Ö. beginnen langsam sich als Nation zu fühlen	*	23	16	17	14	15	8
Die Ö. sind eine Nation	(49)	47	64	74	78	78	82
Keine Angabe	(5)	14	11	3	3	2	3

Tabelle 3: Entstehung des Österreichbewusstseins (1956-2007)⁵²⁵

Diese Entwicklung eines gemeinsamen Österreichbewusstseins ging auch damit

⁵²¹ vgl. PELINKA (2001g), S. 39.

⁵²² vgl. das Kapitel

Die Erste Republik

⁵²³ vgl. DAS NATIONALBEWÜSTSEIN DER ÖSTERREICHER (1965), S. 10. Deutlich wurde dieser Unterschied bei der Wählerschaft hinsichtlich der Beurteilung von Monarchie und Erster Republik auch bei der Frage, in welcher Epoche es Österreich am besten gegangen sei. Stellte hier doch die ÖVP-Wähler den bei weitest höchsten Wert im Vergleich mit den anderen Parteien für die Zeit vor 1918 und den niedrigsten für die Erste Republik. DAS NATIONALBEWÜSTSEIN DER ÖSTERREICHER (1965), S. 9.

⁵²⁴ „1956 abweichende Fragestellung (nur 2 Antwortkategorien), 1964 und 2007 jeweilige Jahr; 1970-79, 1980-89, 2000-05: Durchschnittswerte mehrerer Umfragen“ ULRAM et al. (2008), S. 47.

⁵²⁵ ULRAM et al. (2008), S. 47.

einher, dass die Geschichtsnarrative, die eine primäre Funktion auch darin hatten, Ängste vor einer Alleinherrschaft der jeweils anderen Partei zu schüren, durch die Alleinregierungen 1966 und 1970/71 ihre argumentative Grundlage verloren.⁵²⁶ Gleichzeitig dazu veränderte sich auch durch den sozialen Strukturwandel die gesellschaftliche Zusammensetzung in Österreich, wodurch sich auch die Kernwählerschichten wandelten und abgeschottete Sozialmilieus, identitätsstiftende Symbole und kollektive Geschichtserfahrungen in den Parteien an Bedeutung verloren⁵²⁷ oder wie Fritz Plasser schreibt:

„Aus den Bewegungs- und Kaderparteien der Vergangenheit sind lockere Interessen- und Wählerkoalitionen geworden, die auf die Signale des politischen Marktes flexibel reagieren müssen, mit der zunehmenden Verwundbarkeit ihrer Wählerbasis zu Rande kommen und politisches Vertrauen stets aufs neue durch glaubwürdige Leistungs- und Kompetenzbeweise erringen müssen.“⁵²⁸

Möchte man dessen Analyse auf die Bedeutung der geschichtspolitischen Narrative der Parteien zu 1918 anwenden, so würde dies bedeuten, dass der Wandel und die Auflösung der Lagerparteien dazu führte, dass die Erzählungen ihre Bedeutung als identitätsstiftender Faktor innerhalb der Bewegungs- und Kaderparteien verloren, während man hinsichtlich der Leistungs- und Kompetenzbeweise, welche Fritz Plasser anspricht, die Negativschablone der Ersten Republik auch als einen allgemeinen Kompetenzbeweis der Parteien verstehen kann, vor dem sich deren Leistungen in der Zweiten Republik abhoben.

Unterstützt wurde dieser Wandel sicherlich auch noch durch den Bedeutungsgewinn der Sozialpartnerschaft. Entwickelte sich diese doch auch während der Alleinregierung der ÖVP zu einem identitätsstiftenden Element der ÖsterreicherInnen und eines gemeinsamen Österreichbewusstseins. Anton Pelinka schreibt sogar, dass schlussendlich in Umfragen zu Beginn der 80er-Jahre, in welchen man zwischen Parlament und Sozialpartnerschaft wählen konnte, eine Mehrheit der

⁵²⁶ vgl. PELINKA (2001g), S. 39ff. Interessant im Zusammenhang, wie sehr geschichtliche Erfahrungen politische Prozesse strukturieren, ist die relativ zeitgleich, aber inhaltlich entgegengesetzte Debatte in der BRD. War doch in der BRD die Ablehnung (!) einer großen Koalition, die Lehre welche die BRD aus der Weimarer Republik hinsichtlich der Regierungsbeteiligung ziehen sollte, wie Friedrich Balke und Benno Wagner anhand des, im März 1967 im „Spiegel“ erschienen, exemplarischen Essays „Wird Bonn doch Weimar?“ von Karl Dietrich zeigen. So argumentierte Dietrich etwa, dass das Fehlen eines „normalen Wechsels von Regierung und Opposition“ zu einer politischen System-Opposition führe, die sich „wie nach 1918, nicht gegen die jeweilige Regierung wendet, sondern gegen die parlamentarische Regierungsform schlechthin.“ (BALKE et al. (1997), S. 14.) Wurde also in Österreich in den 60er Jahren die Notwendigkeit einer großen Koalition durch die Erfahrungen aus der Ersten Republik legitimiert (obwohl eigentlich gerade deren formales rechtliches System Anleihen bei der Weimarer Verfassung hatte), so diente für die BRD die Weimarer Republik als geschichtspolitisches Argument dafür (obwohl dieses auf einer neuen Verfassung basierte), die Notwendigkeit einer starken Opposition zu unterstreichen.

⁵²⁷ vgl. PLASSER (1988), S. 54f.

⁵²⁸ PLASSER (1988), S. 68.

ÖsterreicherInnen für die Sozialpartnerschaft gestimmt hätte.⁵²⁹ Aber auch Konrad Paul Liessmann sieht darin eine der zentralen „*Kristallisationsformen des kollektiven Bewusstseins*“,⁵³⁰ wie ebenfalls mehrere andere AutorInnen gerade im sozialen Frieden bzw. der Sozialpartnerschaft eine der zentralen Säulen der österreichischen Identität wahrnahmen.⁵³¹ Gerade die Erste Republik stand aber im scharfen Kontrast zur Sozialpartnerschaft, war diese doch durch große Spannungen zwischen den Parteien, welche schlussendlich im Bürgerkrieg endeten, charakterisiert.

Doch nicht nur von WählerInnen-Seite waren Veränderungsphänomene Ende der sechziger Jahre zu beobachten, auch von PolitikerInnen-Seite fand ein Wandel statt. So hält Fritz Fellner, mit Rückgriff auf die Theorie Karl Mannheims über die „*soziologische Funktion der Generation*“ fest, dass im Österreich der Nachkriegszeit ein Wechsel der Generationen auf Ebene der Politiker lange nicht stattgefunden habe, vielmehr seien es die Großväter gewesen, welche die Zweite Republik gegründet hätten. Statt eines dynamischen Anfangs wurde daher eine statisch konzipierte Restauration gesetzt.⁵³² Nach seiner Auffassung sei erst in den 60er Jahren, die Generation der Großväter durch eine neue Generation abgelöst und dadurch auch personell die Voraussetzungen für Innovationen geliefert worden.⁵³³ Ähnlich stellt etwa auch Gerhard Botz fest, dass sich um das Jahre 1966 ein bemerkenswerter Generationsbruch im Parlament abzeichnete.⁵³⁴

Dieser Wandel könnte auch von Bedeutung für die Veränderung der Diskursformen über die Vergangenheit gewesen sein, als, wie Karl Mannheim meint, sich in der Lagerung der einzelnen Generationen so etwas wie eine „*inhärierende Tendenz*“ formieren würde. Damit will er ausdrücken, dass es in jeder Generation so etwas wie eine „*Tendenz auf bestimmte Verhaltens-, Gefühls- und Denkweisen*“ gäbe, dass also auch der zeitliche Rahmen, in welchem man aufwächst sehr starke Auswirkungen auf das eigene Handeln und Denken und damit unweigerlich verbunden auch auf die eigene Erinnerung hätte.⁵³⁵ Nach Karl Mannheim, der hier auch von einer „*Strukturiertheit menschlichen Bewusstseins*“ spricht, wären es besonders die Eindrücke der Jugendzeit, welche sich stärker als nachfolgende Erinnerungen ins Bewusstsein eingraben würden.⁵³⁶ Vielleicht lässt sich daher auch aus dieser langen Übergangszeit der Politikergenerationen in der Nachkriegszeit, von welchen viele ihre

⁵²⁹ vgl. PELINKA (1998e), S. 112.

⁵³⁰ vgl. LIESSMANN (2005), S. 33.

⁵³¹ kurz ausgeführt bei WODAK (1998), S. 117.

⁵³² vgl. FELLNER (1981a), S. 239.

⁵³³ vgl. FELLNER (1981a), S. 245.

⁵³⁴ vgl. BOTZ (1987c), S. 370.

⁵³⁵ vgl. MANNHEIM et al. (1964), S. 528.

⁵³⁶ vgl. MANNHEIM et al. (1964), S. 536f.

Wurzeln noch in der Monarchie hatten, erklären, weshalb gerade die Erinnerung an den 12. November, also zu Monarchie und Republik, so umstritten blieb. Erfolgte die Sozialisierung dieser Generation doch gerade in dieser Übergangsphase, in welcher die Gegensätze zwischen republikanischem Zukunftsglauben und monarchischer Nostalgie in den Parteien einen Höhepunkt erreicht hatten. Wahrscheinlich mit ein Grund dafür, dass die Erinnerung an Monarchie und Republik so lange ein tatsächlich emotionales Feld in der österreichischen Politik blieb. Gewissermaßen repräsentiert dieser Wechsel der Generationen auch den Übergang der Erinnerungskultur der Ersten Republik vom kommunikativen ins kulturelle Gedächtnis, wie Aleida und Jan Assmann das kollektive Gedächtnis hinsichtlich ihrer Formung und Verankerung unterscheiden. Verschwand doch die parteipolitische Aufladung des 12. November durch die Ablöse einer älteren Politikergeneration gewissermaßen aus dem (politisch-) kommunikativen Rahmen und konnte dadurch auch mit weniger Emotionen betrachtet werden.

Am deutlichsten, wenn auch nicht direkt über das Alter, sondern über die ideologische Positionierung, manifestierte sich dieser Wandel in der ÖVP, wo es erstmals 1963 zu einem „Kampfparteitag“ zwischen zwei Strömungen kam. Auf der einen Seite stand die „alte Garde“ rund um Heinrich Drimmel und auf der anderen die Reformer und Technokraten rund um Josef Klaus. Neben ihren unterschiedlichen Auffassungen hinsichtlich der Notwendigkeit einer großen Koalition unterschieden sie sich auch in ihren Auffassungen zur Funktion von Politik. Während die Technokraten rund um Klaus eher das Ideologische dem Sachorientieren unterordneten, fürchtete gerade Heinrich Drimmel dadurch den Verlust der *„weltanschaulichen Grundlagen“* und einer Entideologisierung der ÖVP. Schlussendlich konnte sich aber Josef Klaus bei der Abstimmung um den Parteivorsitz gegenüber Heinrich Drimmel relativ deutlich durchsetzen.⁵³⁷

Im Unterschied zur „alten Garde“, welche aus den Erfahrungen der Zwischenkriegszeit die große Koalition als Notwendigkeit für das Funktionieren des Systems betrachtete, obwohl sie dennoch gerade die Unterschiede in den Geschichtsbildern hervorhob, also dem Zugang von gesellschaftlicher Fragmentierung und Elitenkonsens folgte, waren die Lehren aus der Geschichte für die Gruppe rund um Josef Klaus nicht mehr so zentral politikbestimmend. Anstatt einer Politik, die ihr Handlungsfeld durch die geschichtlichen Erfahrungen strukturierte, trat eine eher sachorientierte Politik, welche auch durch den damit getätigten Beweis, dass das Fehlen einer großen Koalition nicht in so bedrohlichen Konflikten wie in der Ersten Republik enden müsste, auch der Ersten Republik ihren Bedrohungscharakter und damit einen wichtigen Teil ihrer emotionalen Bedrohung/Funktion nahm. Wie dieser Wechsel in der ÖVP zwischen

Gorbach und Klaus die Politikmuster umformte, so veränderte noch viel radikaler die Nachfolge Bruno Kreiskys von Bruno Pittermann den Politikstil der SPÖ. So interpretiert etwa Ewald Ehtreiber gerade diesen Übergang als eine endgültige Loslösung vom Lagerdenken.⁵³⁸

e Zusammenfassung

Im Vergleich zu 1948 gestalteten sich die Feierlichkeiten auf staatlicher Ebene 1958 ganz anders. Das Fernbleiben der ÖVP von den Feierlichkeiten führte in den Parteiblättern und auch im Nationalrat zu heftigen Diskussionen, dürfte die Boykottierung einer Festsitzung doch auch überhaupt den ersten derartigen Akt in der Zweiten Republik zwischen den beiden Großparteien dargestellt haben. Dies war auch insofern von Bedeutung, als es hier erstmals nicht um Streitigkeiten zu parteipolitisch aufgeladenen Tagen wie dem 12. Februar, dem 15. Juli (Justizpalastbrand) oder dem 4. März (Ausschaltung des Parlaments) und den damit verbundenen Narrativen ging, welche oftmals politisches Konfliktpotential entfalten konnten. Im Gegensatz zu den anderen erwähnten Jahrestagen, deren Feierlichkeiten zu dieser Zeit auch weitgehend nur im Rahmen der Parteien abgehalten wurden, trat im Jahr 1958 eben der Konflikt durch das Transportieren dieses Gedächtnisortes in einen staatlichen Festtagsrahmen mit dem damit verbundenen Akt der Implementierung von Parteinarrativen auf staatliche Ebene hervor. Die Auseinandersetzung spielte sich also nicht rein im Feld der divergierenden Parteinarrative ab, sondern entstand auch erst dadurch, dass versucht wurde, einen noch immer parteipolitisch aufgeladenen Gedächtnisort in den staatlichen Rahmen überzuleiten, was auch insofern konfliktbehaftet war, da es doch noch keine Fixierung zentraler überparteilich gültiger Gedächtnisorte etwa in Form eines Nationalfeiertags gab.

Dabei standen einander zwei unterschiedliche Geschichtsbilder gegenüber: Einerseits ein auf die republikanische Geschichte Österreichs fokussiertes Bild der SPÖ und andererseits ein auf die Sendung Österreichs und seine tausendjährige Geschichte aufbauendes der ÖVP. Verknüpft damit waren zwei unterschiedliche Interpretationen des 12. November. Dieser wurde von beiden Parteien zwar als Einschnitt in der österreichischen Geschichte wahrgenommen, allerdings von Seiten der SPÖ als positiv konnotierter Bruch, der gewisse Grundvoraussetzungen für die Entwicklung nach 1945 mit sich bracht, während er von Seiten der ÖVP negativ besetzt war, da sie die Jahre zwischen 1918 und 1945 gewissermaßen als die tragischste Epoche der Geschichte Österreichs wahrnahm.

⁵³⁷ vgl. MERTENS (2005/06), S. 233–238.

⁵³⁸ vgl. PANAGL et al. (2007), S. 232.

Ähnlich wie 1948 verliefen daher auch wieder die Argumentationsmuster auf parteipolitischer Ebene. Symbolisierte der Gründungstag für die SPÖ den demokratischen Umbruch, so griff die ÖVP auf die Argumentation zurück, dass sich der Staat 1918 durch seine Proklamierung als „Deutsch-Österreich“ selbst aufgegeben hätte. Von Seiten der ÖVP wurde also assoziiert, dass mit dem Anschlusswunsch 1918 schon der „Anschluss“ 1938 vorweggenommen worden wäre. Interessant ist, dass die SPÖ gar nicht versuchte diese Darstellung zu korrigieren, sondern diese Aspekte des Jahres 1918 wurden meist komplett ausgeklammert. Falls darauf eingegangen wurde, so wurde der Anschlusswunsch oftmals als rein wirtschaftliche Notwendigkeit, die aber eigentlich nicht populär gewesen war, dargestellt. Der Anschlussgedanken stellte also eine rein durch 1938 definierte Kategorie dar, in welcher für Differenzierungen, besonders hinsichtlich des Anschlussgedankens im Jahr 1918, scheinbar nicht viel Platz war.⁵³⁹

Allerdings wurde auch deutlich, dass es rund um diese parteipolitische Dichotomie hinsichtlich des 12. November und der Monarchie schon erste Gegenstimmen gab. Weniger in den Parteien, wo dies eher nur Randstimmen blieben, als in einigen unabhängigen Tageszeitung wurde die Verweigerung des Gedenkens an den Tag der Gründung der Republik als unangebracht empfunden. Jedoch hatten die unterschiedlichen Geschichtsnarrative innerhalb der einzelnen Lager noch eine so starke Funktion, dass eine tatsächlich kritische Auseinandersetzung noch bis zum Beginn des Prozesses der Auflösung der Lagermentalität dauern sollte.

Es soll hierbei allerdings nicht der Eindruck entstehen, dass die Debatte um den 12. November über längere Zeit ein zentral die Tagespolitik bestimmendes Thema war. Diese ebte so schnell wie sie gekommen war auch wieder ab.⁵⁴⁰ Auf lange Zeit gesehen rückten damit aber immer wieder die unterschiedlichen Geschichtsnarrative der Parteien in den Vordergrund. So prägte der Boykott der Feierlichkeiten den Zugang der SPÖ zum 12. November für die nächsten Jahre. Wurde dieser bis 1958 in der „Arbeiterzeitung“ als jährlicher Tag des Gedenkens nur mehr bedingt beachtet und wurde 1953 auf einem Parteitag sogar der Antrag, den 12. November im Parlament als

⁵³⁹ Werner Suppanz stellt in seiner Untersuchung zu den 100-Jahr-Feiern zur Revolution von 1848 sogar den Rückgriff auf dieses Argumentationsmuster von Seiten der ÖVP fest und charakterisiert es folgendermaßen: *„Die ÖVP präsentierte sich als die Österreich-Partei schlechthin, die, in der Tradition der Habsburgermonarchie und der ‚Österreich-Ideologie‘ des ‚Ständestaates‘ stehend, historisch auch weit zurückliegende Spuren deutschnationalen – und damit potentiell nationalsozialistischen – Gedankengutes suchte und anprangerte.“* (SUPPANZ (1999c), S. 201.) So meinte etwa der ÖVP-nahe Historiker Wilhelm Böhm in den „Österreichischen Monatsheften“: *„Es gehört heute fast zum guten Ton, die Revolution von 1848 ohne Einschränkungen zu bejahen. Wer dies tut, bejaht aber auch Großdeutschland, bejaht die Zertrümmerung des Staates“* und stellte in diesem Zusammenhang die Frage, ob man *„unter diesem Eindruck die Revolution überhaupt feiern dürfe.“* zit. n. SUPPANZ (1999c), S. 196f; BRIX (1999b), S. 242.

⁵⁴⁰ Der dominierende politische Skandal (zumindest in der „Arbeiterzeitung“) über das Jahr

Staatsfeiertag vorzuschlagen, abgelehnt,⁵⁴¹ so gewann der Tag der Gründung der Republik anlässlich seines 40-jährigen Jubiläums wieder ein Mehr an Bedeutung. Einerseits wurde jetzt aktiv versucht den 12. November zum Staatsfeiertag zu machen, andererseits waren nun auch, ausgenommen die Jahre 1959 (Parteitag) und 1960 (Wahl Kennedys), bis 1965 immer Leitartikel zum 12. November in der „Arbeiterzeitung“ zu finden. Und auch die Wahl des Parteitagsdatums 1959, welcher eigentlich zuvor für das Frühjahr beschlossen worden war,⁵⁴² auf den 11.-13. November, lässt vermuten, dass hier ein Zusammenhang mit dem 12. November existierte, auch wenn dieser nicht im Gedenken an 1918, sondern an 70 Jahre Hainfeld begangen wurde. Auch wenn nach 1958 der 12. November abgesehen von seiner Begehung als Jahrestag in der sozialistischen Presse nicht mehr so starke Emotionen hervorrief – wurde die Debatte um den Nationalfeiertag doch weniger stark in der medialen Öffentlichkeit ausgetragen – so wurde gerade in der Habsburgkrise die noch vorhandene emotionale Aufgeladenheit hinsichtlich der Schnittstelle Monarchie/Erste Republik deutlich. Zeigt sich doch daran, dass noch immer kein parteiübergreifender Konsens hinsichtlich der Bewertung der „Vorvergangenheit“ und damit verbunden auch der Bedeutung der Ersten Republik – als positiver bzw. negativer Einschnitt – in einem überparteilichen Geschichtsbild vorhanden war. Nach der Einreise Otto Habsburgs und der Einführung des Nationalfeiertages verlor allerdings die Schnittstelle des 12. November rasch an Bedeutung.

⁵⁴¹ verteilt gesehen, war die Parteispendenaffäre um Johann Haselsteiner und Fritz Polcar. vgl. Protokoll des Parteitages der SPÖ 1953 S. 231 bzw. 276.

⁵⁴² vgl. Protokoll des Außerordentlichen Parteitags der SPÖ 1958 S. 107.

6.3 1968: Ausverhandeln und Integrieren

a Feierlichkeiten zum 12. November

Entgegengesetzt zu 1958 entwickelten sich die Feierlichkeiten zum 50-jährigen Republiksjubiläum. Auch wenn die Rahmenbedingungen auf den ersten Blick durch die ÖVP-Alleinregierung und das Fehlen einer großen Koalition nicht darauf hindeuten mögen, dass ein gemeinsamer Konsens gefunden werden hätten können, so erinnerten bereits zu Beginn des Jahres Bundeskanzler Josef Klaus und Bundespräsident Franz Jonas daran, dass in diesem Jahr die Republik 50 Jahre alt werde, woraus die „Österreichischen Monatshefte“ schlossen, dass es zu gemeinsame Feierlichkeiten kommen werde und darauf hofften, dass dies kein Anlass sein werde, *„die früheren Gegensätze in der Frage der Staatsform neuerlich aufzuwärmen.“*⁵⁴³ Vielleicht kann daher gerade auch im Fehlen einer großen Koalition ein Faktor für den reibungslosen Ablauf der Feierlichkeiten gesehen werden, konnte doch so von der ÖVP gewissermaßen diktiert werden, wie die Jubiläumsfeierlichkeiten abzulaufen hätten und der 12. November in einen Rahmen eingebettet werden, in welchem es auch ihr möglich war, diesen Tag feierlich zu begehen.

Die staatlichen Feiern erfüllten letztendlich auch die Hoffnung der „Österreichischen Monatshefte“ nach einem reibungsfreien Ablauf. Im Vergleich zu den ersten gemeinsamen Feierlichkeiten 1948 fielen dabei gewisse Gemeinsamkeiten, aber auch neue Tendenzen auf. So wurde 1968 wieder die bundesweite Beflaggung öffentlicher Gebäude veranlasst,⁵⁴⁴ ein Tagesbefehl von Präsident Jonas an das Bundesheer erlassen,⁵⁴⁵ eine Sondersitzung von Nationalrat und Ministerrat einberufen und in auch den meisten Ländern, im Gegensatz zu 1948, wo sich die Feierlichkeiten auf Wien konzentrierten, Festsitzungen abgehalten.⁵⁴⁶

Neben der Beflaggung wurden aber auch noch andere symbolische Akte im Rahmen der Feierlichkeiten begangen, etwa die Gratulationen an den Bundespräsidenten, als gewissermaßen symbolische Inkarnation der Republik. Wie 1948 Nationalratspräsident Leopold Kunschak gratulierten dieses Mal Kanzler Josef Klaus⁵⁴⁷ und die diplomatischen Vertretungen fremder Länder,⁵⁴⁸ während Nationalratspräsident Alfred

⁵⁴³ vgl. 50 Jahre Republik. In: ÖMH Jg. 24 H. 1/Jänner 1968 S. 4.

⁵⁴⁴ vgl. Beflaggungen zum Republiksjubiläum. In: WZ 8.11.1968.

⁵⁴⁵ vgl. Tagesbefehl des Staatsoberhauptes. In: WZ 12.11.1968 S. 2-3.

⁵⁴⁶ vgl. Im Zeichen des Republikjubiläums. In: WZ 12.11.1968 S. 1.

⁵⁴⁷ vgl. Im Zeichen des Republikjubiläums. In: WZ 12.11.1968 S. 1.

⁵⁴⁸ vgl. Festliche Sitzung der Bundesregierung. Ministerrat beschloss Geschenke an die Bundesländer – Ansprachen des Bundeskanzlers und des Landeshauptmannes von Wien. In: WZ 13.11.1968 S. 1.

Maleta Schallplatten mit Bundespräsidentenreden als Geschenk überreichte.⁵⁴⁹ Auch dem „Baumeister zweier Republiken“ Karl Renner wurde wieder gedacht, der diesmal ein vom „Geburtstagskind“ Franz Jonas entworfenes Briefmarkenset schmückte, das durch seine Symbolsprache den republikanischen, bundesstaatlichen und demokratischen Charakter betonte.⁵⁵⁰ Und auch Hans Kelsen, der Vater der Verfassung von 1920, durfte sich über eine ganze Reihe von Glückwunsch-Telegramm zum 50. Geburtstag der Republik freuen.⁵⁵¹ Der 12. November wurde also nicht, wie von der ÖVP noch 1958 gefordert, als Tag der Besinnung begangen, sondern als feierlicher, positiv besetzter Geburtstag.

Aber nicht nur der Bundespräsident bekam Geschenke. Auch die Länder erhielten im Rahmen des Ministerrates Schenkungen von Seiten des Bundes. Zum Beispiel Landesregierungsgebäude oder Bundesgymnasien, womit die Bedeutung der Bundesländer bei der zweimaligen Staatsgründung 1918 und 1945 unterstrichen wurde.⁵⁵² Und auch die BürgerInnen wurden beschenkt. So beschloss der Wiener Gemeinderat den Bau einer „Stadt des Kindes“, eines sozialmedizinisches Zentrums für die Betreuung alter Menschen und die Errichtung eines Forschungsfonds für Projekte *„zur Lösung der Probleme der einzelnen Mitmenschen“* und Stadtentwicklung,⁵⁵³ um so *„Einrichtungen zu schaffen, die dieses Tages würdig [seien] und kommenden Generationen Zeugnis von der Bedeutung des 12. Novembers geben sollen.“*⁵⁵⁴ Außerdem wurde noch eine Amnestie für Ordnungs- und Disziplinarstrafen von Seiten der Stadt Wien erlassen.⁵⁵⁵

Der Geburtstag der Republik wurde also in einem dichten Geflecht von Gratulieren und Schenken begangen, in welchem alle Ebenen: Bund, Länder und auch BürgerInnen, eingebunden wurden. Aber nicht nur so wurde versucht, die BürgerInnen direkt in die Staatsfeierlichkeiten einzubinden. Im Gegensatz zu 1948, wo sich die Feierlichkeiten in

⁵⁴⁹ vgl. Es lebe unser Vaterland Österreich! In: WZ 13.11.1968 S. 1.

⁵⁵⁰ vgl. Jonas entwarf Sondermarken zur Republikfeier. Die Jubiläumsveranstaltungen haben bereits begonnen. In: Die Presse 8.11.1968 S. 5. Abgebildet waren auf den drei Marken einerseits das Konterfei Renners, der Bundesadler, und der erste Artikel der Bundesverfassung: *„Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volk aus“*. Alle drei Abbildungen waren von den neun Wappen der österreichischen Bundesländer umringt. Interessant ist, dass nach dem 30-, 40- und 50-jährigen Republikjubiläum es bis zum 75-jährigen Jubiläum dauerte, bis wieder eine Briefmarke zur Ausrufung der Republik erschien. Mit ein Zeichen dafür, inwiefern der 12. November an Bedeutung verloren hatte. vgl. BRAUNEDER (2000), S. 297.

⁵⁵¹ So gratulierte die SPÖ (vgl. Gruß an Kelsen. In: WZ 8.11.1968), andererseits auch Kanzler Klaus (vgl. Im Zeichen des Republikjubiläums. In: WZ 12.11.1968 S. 1.) und für den Nationalrat Alfred Maleta. vgl. Diplomaten würdigen unsere Neutralität In: WZ 13.11.1968 S. 2.

⁵⁵² vgl. Festliche Sitzung der Bundesregierung. Ministerrat beschloss Geschenke an die Bundesländer – Ansprachen des Bundeskanzlers und des Landeshauptmannes von Wien. In: WZ 13.11.1968 S. 1-2.

⁵⁵³ vgl. Wien: Fest der Republik wird zum Fest des Bauens. In: AZ 13.11.1968 S. 5.

⁵⁵⁴ Österreichisches Jahrbuch 1968 Jg. 40 S. 581.

⁵⁵⁵ vgl. Noch eine Amnestie. In: Die Presse 13.11.1968 S. 5.

erster Linie auf die beiden Parteifeiern und die Reden Renners reduzieren ließen, wurde 1968 ein breites Rahmenprogramm an Ausstellungen, Kundgebungen, Festsitzungen, Filmvorführungen und Vorträgen veranstaltet, um die einzelnen BürgerInnen an den Feiern teilhaben zu lassen.⁵⁵⁶ So wurden zum Beispiel auch die Festsitzungen des Parlaments und des Ministerrates im Fernsehen bzw. Radio übertragen und der Salzburger Landtag verlegte erstmals seinen Sitzungssaal in das Festspielhaus, um rund 2000 Personen Platz bei seinem Festakt bieten zu können.⁵⁵⁷ Auch auf anderen Ebenen wurde des 50. Geburtstag der Republik gedacht. So wurde eine Jubiläumsmünze herausgegeben, welche vorne das Parlament und hinten die Wappen der Bundesländer zeigte, also wiederum den bundesstaatlichen und demokratischen Charakter Österreichs betonte.⁵⁵⁸ Mitunter nahmen die Feierlichkeiten sogar etwas seltsamen Charakter rund um die Symbolik des Jahres 1918 an. So wurde etwa auch ein Komitee *„erster Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Kultur des Geburtsjahrganges 1918 [sic!]“* unter dem Ehrenschutz Kurt Waldheims gegründet, das sich zum Ziel setzte, Spenden für humanitäre und karitative Zwecke zu sammeln.⁵⁵⁹

Erstmals nach 1945 wurde auch die Kirche weitgehend in die Feierlichkeiten zum 12. November eingebunden. So fand ein Festgottesdienst unter Beteiligung aller österreichischen Bischöfe und der österreichischen Bundesregierung statt⁵⁶⁰ und auch in viele andere Sonntagspredigten floss der 50. Jahrestag inhaltlich mit ein.⁵⁶¹ Dabei erfolge auch ein Rückgriff auf ältere Formen des Republikgedenkens. So sprach zwar das „Kleine Volksblatt“ im Rahmen der Leopoldi-Wallfahrt von einer *„neuen Gebetsform“*, dennoch hatte es bereits in der Ersten Republik eine Verknüpfung zwischen der Wallfahrt nach Klosterneuburg und dem Tag der Gründung der Republik gegeben. Was neu daran gewesen war, war jedoch, dass im Gegensatz zur Ersten Republik, in welcher die Wallfahrt gewissermaßen die Funktion einer Gegenkundgebung gegen die sozialdemokratischen Republikfeiern in Wien hatte, das Republikjubiläum mit dieser Zeremonie positiv begangen wurde. So nahmen daran etwa 12.000 Personen teil, darunter auch mehrere hochrangige ÖVP-Politiker, wie zum Beispiel Bundeskanzler Josef Klaus. Die Wallfahrt stand unter dem Motto *„Dienst und Dank für Österreich“*, wobei Kardinal Franz König in seiner Predigt betonte, dass *„sich*

⁵⁵⁶ vgl. Jonas entwarf Sondermarken zur Republikfeier. Die Jubiläumsveranstaltungen haben bereits begonnen. In: Die Presse 8.11.1968 S. 5.

⁵⁵⁷ vgl. Salzburg feierte 50 Jahre Republik. In: SN 12.11.1968 S. 5.

⁵⁵⁸ vgl. Jubiläumsprägung 50 Jahre Republik Österreich. In: WZ 14.3.1968 S. 5.

⁵⁵⁹ vgl. Konstitution eines Komitees „50 Jahre Republik“. In: WZ 24.11.1968 S. 5.

⁵⁶⁰ vgl. Vorbehaltlos auf dem Boden der Republik. Wiener ÖVP beging eine Feier zum Republikjubiläum. In: WZ 9.11.1968.

⁵⁶¹ vgl. In Kürze finden Republikfeiern statt. Gemeinsame Festsitzung des National- und Bundesrates – Konzelebration aller Bischöfe Österreichs im Stephansdom – Ausstellung des Staatsarchivs. In: WZ 31.10.1968 S. 2.

die Katholiken sowohl zur großen Vergangenheit Österreichs, wie zur gegenwärtigen Republik bekennen“ würden.⁵⁶² Damit wurde von Seiten der Kirche eine Sprachregelung gefunden, welche gleichzeitig die „Vorvergangenheit“ Österreichs, aber auch seine republikanische Entwicklung positiv hervorhob. Kardinal Franz König nahm einige Tage später ebenfalls auf der Galerie an der Festsitzung im Parlament teil,⁵⁶³ im Gegensatz dazu war etwa 1958 der für den Salzburger Erzbischof reservierte Ehrenplatz bei der Landtagssitzung leer geblieben.⁵⁶⁴ Vielleicht kann man auch Kardinal König als einen wesentlichen Akteur bei der Aussöhnung der unterschiedlichen Geschichtsbilder sehen. So wurden auch die gemeinsamen Feierlichkeiten 1964 zum Gedenken an den Bürgerkrieg (zumindest im Ausland) als erste Frucht des Wirkens von Kardinal Franz König gesehen.⁵⁶⁵

Zum ersten Mal gab es auch gemeinsame Kranzniederlegungen am 12. November. Diese erfolgten aber nicht am eigentlichen Gedächtnisort des 12. November, dem Denkmal der Republik, sondern im Weiheraum des äußeren Burgtors. Hier legten Bundeskanzler Josef Klaus und Staatspräsident Franz Jonas, getrennt voneinander, jeweils Kränze, ähnlich dem Ritual am Nationalfeiertag ab.⁵⁶⁶ Es überrascht allerdings nicht sonderlich, dass 1968 keine gemeinsamen Kränze am Republikdenkmal abgelegt wurden. Denn selbst 2008 war scheinbar die parteipolitische Besetzung des Republikdenkmals noch immer stärker als seine Inschrift. So nahm auch zum 90-jährigen Jubiläum von Seiten der ÖVP nur der parteilose Außenamtsstaatssekretär Hans Winkler daran teil.⁵⁶⁷

Exkurs: Republikdenkmal

Schon knapp nach der Gründung der Republik gab es Überlegungen, ein Denkmal zu errichten. Ein Vorhaben, welches aufgrund mangelnder finanzieller Möglichkeiten jedoch schnell scheiterte. Wurde so zwar kein Denkmal in Erinnerung an den 12. November errichtet, so wurde anlässlich des 12. November 1919 von Unbekannten ein Denkmalsturz versucht, indem sie einen Anschlag auf ein Kaiser Franz-Joseph-

⁵⁶² vgl. Männer beten für Oesterreich. Wallfahrt zum heiligen Leopold im Zeichen des Republiksjubiläums. In: VB 12.11.1968 S. 3.

⁵⁶³ vgl. Es lebe unser Vaterland Österreich! In: WZ 13.11.1968 S. 1.

⁵⁶⁴ vgl. Landtag feierte ohne Volkspartei. In: SN 13.11.1958 S. 5.

⁵⁶⁵ vgl. MASCHKE (2002), S. 363. Zwanzig Jahre später 1984 war es auch Kardinal König, der bei den „im Stephansdom abgehaltenen Versöhnungsgottesdienst erstmals von einer gewissen Mitschuld der katholischen Kirche an den damaligen Ereignissen“ sprach. MAYER (1985b), S. 28.

⁵⁶⁶ vgl. Feiern zum 50. Jahrestag der Republik. In: WZ 7.11.1968.

⁵⁶⁷ vgl. Erfolgsgeschichte Österreich. 90 Jahre Republik. Mit einer Fülle von Festakten gedachte Österreich seiner beinahe märchenhaft anmutenden Entwicklung seit 1918. In: SN 13.11.2008, auch unter <http://search.salzburg.com/articles/2027753> zuletzt am 25.10.2008

Denkmal in Wiener Neustadt verüben.⁵⁶⁸ Danach dürfte es allerdings um eine Repräsentation des 12. November in Denkmalform wieder ruhiger geworden sein.

Erst 1926, in jenem Jahr, in welchem das bürgerliche Wien sein kollektives Gedächtnis im Lueger-Denkmal manifestierte, kam wieder Bewegung in das Projekt. Schlussendlich wurde das durch eine Initiative der sozialdemokratischen Partei, der Freien Gewerkschaften, der Genossenschaft und der Arbeiterkammer errichtete Denkmal der Republik 1928 im Rahmen der 10-Jahr-Feiern enthüllt.⁵⁶⁹ Das Denkmal stellte jedoch auch schon in der Ersten Republik keinen überparteilichen Gedächtnisort dar. Einerseits, weil von gewissen konservativen Kreise die Republik abgelehnt wurde, andererseits aber auch, weil die Sozialdemokratie das Denkmal und damit auch den 12. November besetzte. So schrieb die „Arbeiterzeitung“ 1928 zur Eröffnung: „Unser Aufmarsch vor unserem Denkmal soll sie daran erinnern: Wir, wir allein sind die Schöpfer, die Gründer dieser Republik!“⁵⁷⁰ Auch die schlussendliche Gestaltung des Denkmals weist in diese Richtung. War zu Beginn von Anton Hanak noch ein allegorischer Entwurf bevorzugt worden, so schien dem Denkmalkomitee eine Präsentation der sozialdemokratischen Führungsfiguren zweckhafter.⁵⁷¹ In seiner schlussendlichen Form stellten daher die drei Büsten des Denkmals auch allesamt sozialdemokratische Politiker dar: Jakob Reumann, den ersten sozialdemokratische Bürgermeister von Wien, Ferdinand Hanusch, Staatssekretär für soziale Fürsorge und Viktor Adler, den Gründervater der Partei.

Ebenfalls nach gedächtnispolitischen Überlegungen erfolgte die Auswahl des Ortes. So wurde es neben dem Parlament, am Teil der Ringstraße, welcher 1919 in „Ring des 12. November“ umbenannt worden war, errichtet und repräsentierte den ersten manifesten Erinnerungsort der Sozialdemokratie an dieser so bedeutsamen Straße, welche vorher nur durch ihre Maiaufmärsche temporär in Besitz genommen werden konnte und auch einen zentralen Erinnerungsort der Monarchie und des Bürgertums darstellte.⁵⁷²

Nach dem 12. Februar 1934 wurde das Denkmal verhüllt und statt den sozialdemokratischen Politikern Bilder von Engelbert Dollfuß, Emil Fey und Ernst Rüdiger Starhemberg platziert. Wenige Wochen später wurde es überhaupt abgetragen und der Teil der Ringstraße in Dr. Ignaz Seipel Ring umbenannt. Es wurde außerdem überlegt, an diesem Ort „*ein Denkmal zur Erinnerung an die Kämpfe in den Tagen vom 12. bis 15. Februar 1934, also die Zeit des Bürgerkrieges, zu errichten*“.⁵⁷³ Was das

⁵⁶⁸ vgl. SEITER (1998b), S. 414ff.

⁵⁶⁹ vgl. SEITER (1998b), S. 420.

⁵⁷⁰ Es lebe die Republik! In: AZ 11.11.1928 S. 2 auch unter http://www.oeaw.ac.at/cmcschaffwissen/erste_republik/repREF/0120/0120a.html zuletzt am 09.03.10.

⁵⁷¹ vgl. SEITER (1998b), S. 421.

⁵⁷² vgl. SEITER (1998b), S. 420.

⁵⁷³ ARNBERGER et al.. Schlussendlich wurde aber 1935 ein Wettbewerb für ein „Denkmal der

Republikdenkmal in einer anderen Ausformung als geplant auch gewissermaßen geworden ist.

Genau 30 Jahre nach der Republikgründung wurde das Denkmal, welches in der Stadionhalle gelagert worden war, wieder enthüllt, jener Teil des Ringes allerdings nicht wieder in Ring des 12. November rückbenannt. An den Feierlichkeiten zur Enthüllung nahm nur die SPÖ teil, obwohl es eigentlich die KPÖ gewesen war, welche sich bereits 1946 für die Wiedererrichtung des Denkmals eingesetzt hatte. Der Historiker Karl Klambauer erklärt diese Initiative allerdings durch die „*Vision einer Einheitsfront*“ von Seiten der KPÖ, also der Erwartung eines Zusammenschlusses von SPÖ und KPÖ und der Besetzung des Republikdenkmals als gemeinsamen Erinnerungsort.⁵⁷⁴

Nach der Wiedererrichtung nahm das Denkmal der Republik bei der SPÖ wieder seinen zentralen Raum im Gedenken an den 12. November ein. So wies die „Arbeiterzeitung“ praktisch jährlich auf die Kranzniederlegung („Den Gründern der Republik“) am Denkmal anlässlich des Jahrestages hin und auch die bildliche Darstellung des Denkmals fand in diesem Zusammenhang in der „Arbeiterzeitung“ besonders in den 60er und 70er Jahren breiten Eingang. Auf der Ebene der Bilder kam also auch dem Denkmal eine gewisse Funktion der Versinnbildlichung des 12. November zu. Das Denkmal gewann innerhalb der sozialistischen Partei also schnell wieder seine Bedeutung zurück. So gehörte es auch zu den ersten Denkmälern, welche in Wien beleuchtet wurden.⁵⁷⁵

Durch die Entfernung und Wiederaufstellung wurde das Denkmal der Republik jedoch mit mehr Bedeutung als der bloßen Erinnerung an den Gründungstag der Republik aufgeladen. Vielleicht kann auch gerade diese semantische Vieldeutigkeit des Denkmals – einerseits mit dem 12. November, andererseits mit dem 12. Februar – neben seiner sozialdemokratischen Errichtung und Konnotation, mit als Erklärung dafür dienen, weshalb es kein überparteilicher Ort des Gedenkens geworden ist. Im kollektiven Bildgedächtnis ist das Denkmal nämlich nicht in seiner heutigen Ausformung am stärksten repräsentiert, sondern in seiner durch Krukenkreuzfahnen verhüllten Form vom 13. Februar 1934, ein deutliches Zeichen auch für die politische Dominanz der Bedeutung von 1934 gegenüber 1918. Nicht umsonst fand es in dieser Darstellungsform breiten Eingang in die Literatur und zierte zum Beispiel auch das Titelbild von Emmerich Tálos Standardwerk zum Austrofaschismus. Derart

Arbeit“ ausgeschrieben. „*Der mit dem ersten Preis ausgezeichnete Entwurf [...] gelangte erst 1951 an einer Wohnhausanlage der Gemeinde Wien in der Heiligenstädterstraße 163 zur Ausführung.*“ GRASSEGGER (1998), S. 500.

⁵⁷⁴ vgl. KLAMBAUER (2006), S. 91.

⁵⁷⁵ vgl. <http://www.wien.gv.at/ma53/45jahre/1955/0555.htm> zuletzt am 26.10.1958

repräsentiert das Denkmal auch die Unterdrückung der Sozialdemokratischen Partei, den Bürgerkrieg und die autoritäre Herrschaft des Austrofaschismus.⁵⁷⁶

Auf dieses Bildgedächtnis spielte auch eine Aktion der sozialistischen Jugend am 12. Februar 2004 an, welche das Denkmal wieder mit Krukenkreuzfahnen verhüllte und eine Kundgebung abhielt, um an die Opfer des Austrofaschismus und an das Dollfußbildnis im ÖVP-Klub zu erinnern.⁵⁷⁷ Zwei Jahre zuvor fand hier ebenfalls, wahrscheinlich auch durch seine Positionierung an den Ausläufern des Schmerlingplatzes (Justizpalast) bedingt, am 15. Juli eine Gedenkveranstaltung der SPÖ gemeinsam mit dem Bund sozialdemokratischer Freiheitskämpfer für die Toten des 15. Juli 1927 statt.⁵⁷⁸

Der Ort des Republikdenkmals wurde also selbst in den letzten Jahren kein neutraler Raum, der umcodiert werden hätte können, sondern repräsentiert noch immer einen besetzten Erinnerungsort, welcher der ÖVP durch seinen Zusammenhang besonders auch mit dem Austrofaschismus verschlossen bleibt. Interessant ist aber, dass gerade gegen diese parteipolitische Besetzung Widerstand von einer Partei kam, welche auf keine Traditionen aus der Ersten Republik Bezug nahm. So protestierten 1999 die Grünen in einer parlamentarischen Anfrage gegen die parteipolitische Vereinnahmung dieses Gedächtnisortes,⁵⁷⁹ da „*die Erinnerung an die Gründung der Republik und das Ende der Monarchie auch für andere politische Kräfte, insbesondere die Grünen, ein feierlicher Anlass*“ sei.⁵⁸⁰

1 Der Festtagsdiskurs zum 12. November

1968 wurden auch erstmals gemeinsame Formeln zwischen den beiden Großparteien zum Gedenken im Nationalrat gefunden. Einerseits hielt Kanzler Josef Klaus eine feierliche Ansprache im Ministerrat, welche im Radio übertragen wurde und andererseits sprachen Nationalratspräsident Alfred Maleta und Bundespräsident Franz Jonas im Parlament. Wie bildete sich nun der neue Konsens in den Reden bei den Staatsfeierlichkeiten ab?

Generell lässt sich in allen Reden eine gewisse Übereinstimmung hinsichtlich einer Gegenüberstellung von Erster und Zweiter Republik, verbunden mit dem rhetorischen Topos des Lernens aus der Geschichte, finden. Der Fokus liegt deshalb darauf,

⁵⁷⁶ Interessant ist, dass jedoch auch in Zeiten des Austrofaschismus das Bildmotiv des verkleideten Republikdenkmals genutzt worden war. So erwähnt Friedrich Grassegger, dass diese Darstellungsform des umgewidmeten Denkmals als Postkarte weite Verbreitung gefunden hatte. (vgl. GRASSEGGER (1998), S. 497.)

⁵⁷⁷ vgl. <http://derstandard.at/fs/1567772> zuletzt am 26.10.2009

⁵⁷⁸ http://www.freiheitskaempfer.at/site-old/aktuelles_2002_2004.php zuletzt am 26.10.2009

⁵⁷⁹ Da es am 12. November 1999 mit einer Fahne „*12. November 1918 – 12. November 1999 – Es lebe die Republik! - Sozialdemokratische Partei Österreichs*“ geschmückt war.

⁵⁸⁰ http://www.parlament.gv.at/PG/DE/XXI/J/J_00041/pmh.shtml zuletzt am 26.10.2009

wodurch sich die Reden unterschieden, wenn man von diesem gemeinsamen Konsens absah.

Josef Klaus Rede im Ministerrat war, bedingt auch durch die Schenkungen an die Länder, in erster Linie fokussiert auf den bundesstaatlichen Charakter Österreichs und die Bundesländer, welche Österreich durch ihre Beitrittserklärungen 1918 und 1945 mitgegründet hätten.⁵⁸¹ Unter dem Gesichtspunkt des Prozesses des Ausverhandelns von Geschichte zwischen ÖVP und SPÖ ist allerdings interessanter, wie von Josef Klaus 1918 bzw. Monarchie und Erste Republik dargestellt wurden. So betonte Josef Klaus, dass die Republik nicht an einem demokratischen Nullpunkt gegründet worden sei, sondern auf demokratische Traditionen aus der Donaumonarchie zurückgreifen habe können und hob die damit verbundene *„unersetzliche Leistung des alten Österreichs für Zentraleuropa“* hervor.⁵⁸² Josef Klaus Darstellung lief allerdings nicht auf eine Dichotomie zwischen Monarchie und Erster Republik, wie sie 1958 in der ÖVP-Parteipresse vorgeherrscht hatte, hinaus, sondern der Kanzler unterstrich auch *„den Mut der Männer, die es 1918 und in den folgenden Jahren wagten, Verantwortung für diesen ausgebluteten Staat zu übernehmen“*. Es wurde allerdings neben dem republikanischen Charakter Österreichs auch seine „Vorvergangenheit“ ins rechte Licht gerückt.

Einem ähnlichen Schema folgte auch Alfred Maletas Rhetorik. Einerseits wurde auf die tausendjährige Geschichte Österreichs verwiesen, andererseits aber auch auf die Bedeutung des Beschlusses von 1918, welcher das Volk selbst zum Souverän machte. Alfred Maleta betonte zwar auch die unterschiedlichen Konnotationen des 12. November, zwischen Hoffnung und Trauer, allerdings wurde der Zeitpunkt dieser Debatte um die Bewertung von 1918 in die Vergangenheit, weit zurück in die Erste Republik, gerückt.⁵⁸³

Die Rede von Bundespräsident Franz Jonas war ähnlich konziliant aufgebaut. Einerseits wurde betont, dass die Nachfolgestaaten das Erbe der Doppelmonarchie angetreten hätten, andererseits 1918 aber auch als *„Geburtsstunde unseres Staates“* bezeichnet. Im Gegensatz zu seinen Vorrednern ging Franz Jonas dabei auch stärker auf die Leistungen der Ersten Republik ein. Waren diese von Josef Klaus und Alfred Maleta eher allgemein gehalten und etwa in Phrasen über den Mut der Männer/Abgeordneten von 1918 ausgelagert, so stellte Franz Jonas die Leistungen, wie das Frauenwahlrecht, die Sozialgesetzgebung oder die Verfassung explizit in den Mittelpunkt. Im Gegensatz zur Parteipresse der SPÖ 1958 rückten aber auch bei der Ansprache Franz Jonas die Leistungen und Hoffnungen in den Hintergrund und

⁵⁸¹ vgl. Festliche Sitzung der Bundesregierung. In: WZ 13.11.1968 S. 1-2.

⁵⁸² vgl. Festliche Sitzung der Bundesregierung. In: WZ 13.11.1968 S. 1-2.

⁵⁸³ vgl. Stenographische Protokolle der Festsitzung des Nationalrates und des Bundesrates der

machten in erster Linie den Problemen der Ersten Republik Platz.⁵⁸⁴

Nach einem ähnlichen Muster verliefen auch andere Stellungnahmen, wie etwa in den Vorworten von Franz Jonas und Josef Klaus zum Sammelwerk „Österreich – 50 Jahre Republik“. Hier betonte der Bundespräsident, dass die Gründung der Republik Österreich „*kein Akt der Gewalt oder des Unrechtes*“ gewesen sei, sondern ein revolutionärer Prozess „*mit vielen evolutionären Elementen*“, welcher „*große Aufgaben in Angriff*“ nahm. Gleich wie in der Rede im Nationalrat nahm er von negativen Formulierungen zur Monarchie jedoch Abstand, vielmehr hob er auch die „*lange und reiche Geschichte Österreichs*“ als bestimmendes Element für die positive Entwicklung in der Zukunft hervor. Josef Klaus hingegen unterstrich den „*heldenhaften Kampf*“ des Vielvölkerstaates Österreich-Ungarn, aus dem schlussendlich der Kleinstaat Österreich hervorgegangen sei, welcher trotz seiner Bemühungen an den internationalen Rahmenbedingungen (Zollgrenzen, Weltwirtschaftskrise) scheiterte.⁵⁸⁵ Sehr ähnlich aufgebaut waren die Vorworte der beiden Staatsrepräsentanten auch in der „Wiener Zeitung“, wobei bemerkenswert ist, dass Franz Jonas in diesem Zusammenhang auch auf die tausendjährige Geschichte Österreichs rekurrierte (wenn man die Aufregung bedenkt, welche diese Formulierung 1958 im Parlament hervorgerufen hatte), aber die Republik auch als die einzige Möglichkeit, wie diese eine Fortsetzung finden konnte, bezeichnete.⁵⁸⁶

Für die Ausgabe der Zeitschrift „Die Republik“ lieferten für die ÖVP Nationalratspräsident Alfred Maleta und für die SPÖ der zweite Nationalratspräsident Karl Waldbrunner die Vorworte. Während Alfred Maleta Erste und Zweite Republik einander nach einem negativ-positiv Schema gegenüberstellte, aber betonte, dass der 12. November 1918 nicht zum Thema parteipolitischer Auseinandersetzungen werden sollte, hob Karl Waldbrunner hingegen auch die Hoffnung, welche mit diesem revolutionären Wandel verbunden war, hervor und meinte, dass eben dieser Wandel zu feiern sei.⁵⁸⁷

Von beiden Seiten wurden also Aspekte akzentuiert, welche von Bedeutung für die beiden Großparteien waren, etwa von der ÖVP die Kontinuität der Geschichte Österreichs, während die Hoffnungen und Leistungen der Ersten Republik stärker von

Republik Österreich am 12. November 1968 S. 1-6.

⁵⁸⁴ vgl. Stenographische Protokolle des Nationalrats der Festsitzung des Nationalrates und des Bundesrates der Republik Österreich am 12. November 1968 S. 6-11.

⁵⁸⁵ vgl. SCHEIDL et al. (1968), S. 1–11.

⁵⁸⁶ vgl. KLAUS, Josef; Einig vorwärts! In: WZ 12.11.1968 Beilage S. 1, bzw. JONAS, Franz; Die ersten 50 Jahre. In: WZ 12.11.1968 Beilage S. 1. Wobei Klaus' Vorwort in vielen Teilen ident mit dem Vorwort im Sammelband war.

⁵⁸⁷ vgl. MALETA, Alfred; Das Gemeinsame heißt Österreich und WALDBRUNNER, Karl;

Politikern der SPÖ unterstrichen wurden. Anstelle der Dichotomie der Narrative von 1958 traten, bedingt auch durch den staatspolitischen Charakter dieser Reden, relativ ausgeglichene Erzählungen, welche nebeneinander existieren konnten. Die Bewertung der Ersten Republik oder der Monarchie benötigte als negativen Gegenpol nicht mehr das jeweils andere, weshalb auch die damit verbundene unterschiedliche Bewertung des 12. November größtenteils verschwand und sich eher sogar in eine positive Konnotation verwandelte.

Der Konflikt um 1918 bzw. den 12. November wurde daher, trotz seiner Brisanz zehn Jahre zuvor, als längst vergangen dargestellt. Zum Beispiel in den schon erwähnten Beiträgen von Alfred Maleta oder auch von Bundespräsident Franz Jonas, welcher in seinem Tagesbefehl an das Bundesheer meinte, dass die Ereignisse schon weit genug zurückliegen würden, um sie sachlich betrachten und unvoreingenommen beurteilen zu können.⁵⁸⁸ Sogar die Erinnerung an die Konflikte rund um die Interpretation der Schnittstelle 12. November dürfte also mit der Einigung auf den 26. Oktober als Nationalfeiertag und dem damit verbunden parteipolitischen Bedeutungsverlusts dieses Datums bzw. dem Abflauen der Habsburgkrise bereits weit in die Vergangenheit abgeschoben worden sein.

Im Mittelpunkt standen daher nicht mehr die unterschiedlichen Interpretationen des Jahres 1918, sondern alle drei Redner betonten die Lehren, welche aus der Vergangenheit zu ziehen seien. Ein Abriss über die geschichtliche Entwicklung wurde dabei meistens ausgelassen. So betonte auch Alfred Maleta explizit, dass man keine Geschichtsvorlesung erwarten solle und es wurde auch meist nur oberflächlich oder in Jahreszahlen auf die wichtigsten Ereignisse rekurriert, wie 1918, 1934, 1938 oder 1955. Durch die formelhafte Erwähnung der Ereignisse in ihrer Ausprägung als Jahreszahlen konnte, wie auch Gerhard Botz bemerkte,⁵⁸⁹ um die Interpretation strittiger Themen ein großer Bogen gemacht werden, da so keine Bezeichnung und damit auch Wertung der Ereignisse erfolgen musste.

2 Ausstellungen

Auch eine Reihe von Ausstellungen nahm sich des 50. Jahrestages an. So wurde von Bundeskanzler Josef Klaus eine Ausstellung im Staatsarchiv zu 50 Jahren Republik eröffnet, deren Funktion es sein sollte, eine Epoche in *„ihren Höhen und Tiefen zu*

Vermächtnis und Auftrag. In: Die Republik H. 3/September 1968, S. 6-7.

⁵⁸⁸ vgl. Tagesbefehl des Staatsoberhauptes. In: WZ 12.11.1968 S. 2.

⁵⁸⁹ So meint er sehr treffend, dass im politischen und auch wissenschaftlichen Sprachgebrauch immer wieder Einzelereignisse auf Schlagworte reduziert würden, welche durch ihre begriffliche Leere erstaunen würden, *„wie: ‚November 1918‘, ‚der 15. Juli 1927‘, ‚der 4. März 1933‘, besonders aber ‚12. Februar 1934‘, dann auch ‚13. März 1938‘ und ‚das Jahre 1945.‘“* Scheinbar waren in der *„großen Öffentlichkeit“* die Jahreszahlen der kleinste gemeinsame

versinnbildlichen“.⁵⁹⁰ Oder wie es der spätere Generaldirektor des Staatsarchivs Walter Goldinger beschrieb:

„Der älteren Generation, die an manchen Dingen noch selbst beteiligt gewesen war, sollte in Erinnerung gerufen werden, was Österreich in fünf schweren Jahrzehnten erlebt und erlitten hat, vor allem musste aber die Jugend angesprochen werden, um darzutun, dass die zur Schau gestellten Schriftstücke nicht als Fossilien einer Urzeit zu betrachten seien, sondern als Zeugen eines Vergangenen, in der das Leben, und damit auch die Zukunft eben dieser Jugend wurze. Damit war von vorneherein eine erzieherische Zwecksetzung bei dieser Ausstellung gegeben.“⁵⁹¹

Schlussendlich besuchten 5000 Personen in zweieinhalb Monaten die Ausstellung, wobei der Großteil Schulen, ganz im Sinne ihrer erzieherischen Zwecksetzung, waren. Die Ausstellung basierte, abgesehen von einigen Schautafeln und Plakaten, auf Originaldokumenten, weshalb der Beschriftung und dem Katalog hohe Bedeutung zukam.⁵⁹² Die „Höhen“ der Ausstellung waren dabei Kunst, Wissenschaft, Schule, Sozialpolitik⁵⁹³ und die erfolgreiche Abstimmung um das Burgenland und um Kärnten. Das Narrativ war jedoch eher an konservativen Prämissen orientiert. Hinweise auf das „Rote Wien“ oder die Arbeiterkultur fehlten gänzlich, während Ignaz Seipels Leistung der Genfer Anleihe betont wurde und gerade im Vergleich zum Februar 1934 auch die starke Hervorhebung des Julis 1934 auffiel. Aus der Perspektive der Konstruktion von geschichtlicher Kontinuität war auch bemerkenswert, dass bei allen Politikern, welche in der Kategorie „*Staatsmänner der 2. Republik*“ aufgeführt wurden (Kunschak, Renner, Raab, Schärf, Körner) gerade Auszeichnungen oder Beförderungen der k.u.k. Armee als repräsentative Originaldokumente herangezogen wurden, also eine Kontinuität zwischen Monarchie und Republik herzustellen versucht wurde.⁵⁹⁴

Von Seiten der Stadt Wien gab es im Rathaus eine Jubiläumsausstellung mit dem Titel „Wien – 50 Jahre Hauptstadt der Republik“, welche mehr als 100.000 BesucherInnen

Nenner. (BOTZ (1987c), S. 25.)

⁵⁹⁰ vgl. GOLDINGER (1968b), S. III.

⁵⁹¹ GOLDINGER (1969c), S. 348f.

⁵⁹² vgl. GOLDINGER (1969c), S. 350.

⁵⁹³ Interessant ist auch, dass im Rahmen der Sozialgesetzgebung neben Hanisch besonders auch der spätere christlichsoziale Sozialminister Josef Resch betont wurde. Eine Person die mittlerweile weitgehend aus der öffentlichen Wahrnehmung verschwunden ist, auf welchen von Seiten der ÖVP aber öfters positiv rekurriert wurde. (zu Josef Resch vgl. auch das Kapitel Volksbildnertagung) Wurde zwar im Rahmen der 12. November-Feiern positiv auf diesen als Gegenstück zu Ferdinand Hanusch, dessen Unterstaatssekretär er auch in den ersten beiden Nachkriegsjahren war, hingewiesen, so dürfte es nicht gelungen sein, diesen ebenfalls als Gedächtnisort für die Sozialpolitik zu etablieren. Fand er etwa in der Festschrift zu 90 Jahre Sozialministerium im Gegensatz zur Präsenz von Ferdinand Hanusch keine Erwähnung. ÖSTERREICH / BUNDESMINISTERIUM FÜR ARBEIT SOZIALES UND KONSUMENTENSCHUTZ (2009).

⁵⁹⁴ vgl. GOLDINGER (1968b). auch unter <http://www.austria.gv.at/DocView.axd?CobId=22524> zuletzt am 26.10.2009

anzog.⁵⁹⁵ Dabei wurde aber auch nicht bloß auf die Anziehungskraft von Originaldokumenten vertraut. So wurde in der Werbung von einem „packenden zeitgeschichtlichen Filmwerk im ‚Diaskop‘, einem neuzeitlichen Filmpavillon aus Metall“ gesprochen.⁵⁹⁶ Von dieser Ausstellung scheint allerdings kein Ausstellungskataloge zu existieren. Ungefähr zeitgleich kam aber eine Sondernummer der Zeitschrift „Stadt Wien, Offizielles Organ der Bundeshauptstadt“, heraus, welche ebenfalls den Titel „50 Jahre Hauptstadt“ hatte. Es ist daher naheliegend, dass die Ausstellung auch ähnlich aufgebaut gewesen war. Im Gegensatz zur Ausstellung im Staatsarchiv stand klarerweise Wien viel stärker im Mittelpunkt, aber auch die Themen divergierten stark. So gab es Artikel zu Sport („Völlig frei erst nach 1918“), Kulturgeschichte („Die ‚Demokratisierung‘ der Wiener Mode“), Bildender Kunst („Ende als Anbeginn“), Musik und Theater („Fortschritt auch im Beharren“), Literatur („Von den ‚letzten Tagen‘ bis heute“), Wirtschaft („Positive Bilanz – positive Prognose“), Parteien (zu ÖVP und SPÖ), Kommunalpolitik („Politik als soziale Verpflichtung“) und Politik („Wien – Bollwerk Österreichs“). Schon allein an der Aufteilung und an den Titeln wurde also ein anderes, positiver besetzteres Narrativ deutlich.⁵⁹⁷

Auch in den Räumen der AK wurde eine Ausstellung zu „50 Jahre Republik“, hier aus Sicht der kleinen Leute, eröffnet. Ähnlich wie zur Jubiläumsausstellung waren dazu allerdings keine Unterlagen mehr zu finden, jedoch bildete das Buch „Die langen Tage“ des Leiters des Pressereferats des ÖGBs Winfried Bruckner die Grundlage der Ausstellung.⁵⁹⁸ Bruckner schilderte darin in emotional gefärbten Episoden den geschichtlichen Verlauf bis 1945. Die Ausrufung der Republik als ein Moment einer enormen Aufbruchstimmung, auf welche die Leistungen der Sozialdemokraten, welche den Menschen Hoffnung und Zuversicht gaben, folgten.⁵⁹⁹ Im Mittelpunkt von Bruckners Buch stand also ein Narrativ wie es besonders 1958 noch paradigmatisch für die SPÖ war. Gleichzeitig zur Ausstellung wurde auch ein 50minütiger Dokumentarfilm mit dem Titel die „Stunde Null im November“ als Lehrmittelbehelf hergestellt.⁶⁰⁰

Verteidigungsminister Prader eröffnete im Heeresgeschichtlichen Museum unter dem Titel „Die Streitkräfte der Republik Österreich 1918-68“ eine vierte Ausstellung, welche

⁵⁹⁵ vgl. Wiener Jubiläumsausstellung: Heute, Sonntag, letzter Tag! In: AZ 1.12.1968 S. 4.

⁵⁹⁶ Werbung: Wiener Jubiläums-Ausstellung 1968. In: AZ 31.10.1968 S. 10.

⁵⁹⁷ vgl. Stadt Wien (1968).

⁵⁹⁸ vgl. Arbeiterkammer würdigt Republik. In: WZ 8.11.1968.

⁵⁹⁹ vgl. BRUCKNER (1968), S. 76.

⁶⁰⁰ vgl. Arbeiterkammer würdigt Republik. In: WZ 8.11.1968. Eine knappe Kritik fand sich in der „Volksstimme“, welche darauf hinwies, dass er sehr stark antikommunistisch geprägt sei. vgl. Zum Republik-Jubiläum nur Antikommunismus. Unwürdiger Filmbeitrag der

fast ein Jahr bis in den Herbst 1969 geöffnet bleiben sollte.⁶⁰¹ Im dazu herausgegebenen Katalog schrieb dessen Direktor Johann C. Allmayer - Beck über das Jahr 1918, dass dieses je nach Lager sehr unterschiedlich gedeutet worden sei, es jedoch in dieser Ausstellung nicht darum gehe zu richten, sondern lediglich zu berichten.⁶⁰² Es entsprach allerdings eher dem ÖVP Geschichtsbild, wenn er meinte, dass es möglich sei *„die Probleme[!], die vor 50 Jahren ihren Ausgang nahmen, nunmehr im Rahmen einer Museumsausstellung darzustellen“*.⁶⁰³

Allerdings war scheinbar das Narrativ der Ausstellung für beide Großparteien vertretbar, wurde diese doch in der „Arbeiterzeitung“, aber auch in der „Presse“ gelobt.⁶⁰⁴ Oder vielleicht stimmte es, wie Johann C. Allmayer – Beck meinte, dass das Jahr 1918 nicht mehr konfliktbelastet und schon *„museumsreif“* sei.⁶⁰⁵ Wobei jedoch die unterschiedlichen Fokussierungen der einzelnen Ausstellungen noch die Unterschiede in den Narrativen deutlich machten, welche aber mittlerweile nebeneinander existieren konnten.

3 Fernsehen/Radio/Schule

Auch im Rahmen des Fernsehprogramms setzte sich eine Vielzahl von Sendungen mit dem Jahr 1918 aus unterschiedlichen Blickwinkeln auseinander. So wurde eine Dokumentation mit dem Titel *„1914-1918 – Österreich-Ungarn im Weltkrieg“* ausgestrahlt, während sich eine andere Sendung mit der Sichtweise der Nachfolgestaaten auf die Monarchie, 50 Jahre nach deren Ende, auseinandersetzte (*„Wie sehen sie es heute“*).⁶⁰⁶ Außerdem gab es eine Sendereihe im Radio, welche sich mit Österreich und seiner Verfassung beschäftigte und es wurde auch eine Neuaufnahme von Csokors *„3. November“* für dieses Medium angedacht.⁶⁰⁷

Den Höhepunkt stellte aber wohl eine am 12.11.1968 ausgestrahlte 90minütige *„Fernsehdokumentarmontage“* mit dem Titel *„50 Jahre Republik“* dar. Produziert wurde

Arbeiterkammern und des ÖGB. In: VS 12.11.1968 S. 2.

⁶⁰¹ vgl. Die Streitkräfte der Republik 1918-1968. Eröffnung einer interessanten Ausstellung im Heeresgeschichtlichen Museum. In: WZ 15.11.1968 S. 5.

⁶⁰² vgl. ALLMAYER-BECK (1968), S. 15.

⁶⁰³ ALLMAYER-BECK (1968), S. 13.

⁶⁰⁴ vgl. Parteiarmee – Anfang vom Ende. Ausstellung „Bundesheer 1918-1968“ im Arsenal mahnt: Nie mehr politische Armee. In: AZ 15.11.1968 S. 3; Bundesheer als Ausstellungsobjekt. Sonderschau des Heeresgeschichtlichen Museums zeigt seltene Stücke. In: Die Presse 9.11.1968 S. 8.

⁶⁰⁵ vgl. ALLMAYER-BECK (1968), S. 11. Weiters fanden auch noch eine Briefmarkenausstellung in der AK zu 50 Jahren Republik, (Briefmarkenausstellung *„50 Jahre Republik“*. In: WZ 13.11.1968 S. 5) eine Ausstellung in Vorarlberg zu *„1918 bis 1968 – Land Vorarlberg – Republik Österreich“* (vgl. WZ 10.11.1968 S. 2) und eine Ausstellung im Kriegsarchiv anlässlich der Republikfeiern statt. vgl. Jonas entwarf Sondermarken zur Republikfeier. Die Jubiläumsveranstaltungen haben bereits begonnen. In: Die Presse 8.11.1968 S. 5.

⁶⁰⁶ vgl. TV: Gestern – Heute - Morgen. Jubiläumssendungen. In: Die Presse 5.11.1968 S. 10.

⁶⁰⁷ vgl. Zum Republikjubiläum im Hörfunk. In: AZ 29.10.1968 S. 9.

diese in Zusammenarbeit mit dem Bundeskanzleramt von Hellmut Andics, dem Autor des Buches „Der Staat, den keiner wollte“.⁶⁰⁸ Überhaupt kam Andics in den 60er Jahren als Akteur eine große Deutungsmacht bei der Darstellung historischer Sachverhalte der Zeitgeschichte zu, wenn man die Vielzahl seiner Publikationen und auch der von ihm gestalteten Fernsehdokumentationen betrachtet. Das Narrativ folgte nach Zeitungsberichten in etwa dem Schema von „*Not, Entzweiung, Besetzung und Schrecken in dem ‚Staat, den keiner wollte‘*“ hin zur „*Besinnung seiner durch Leiden wissend gewordenen Bewohner auf diesen nun von allen gewollten [...] Staat, dem [...] durch den Entschluss zur immerwährenden Neutralität [...] auch große humanpolitische Aufgaben gestellt*“ wurden.⁶⁰⁹ Verstand also die Entwicklung Österreichs als „Staat, den keiner wollte“ hin zu seiner wiedergefundenen Rolle im Weltgeschehen. Prinzipiell wurde die Dokumentation von den politischen Parteien, bis auf die KPÖ, relativ positiv aufgenommen. Nur über die Kurt Schuschnigg eingeräumte Redezeit gab es leicht unterschiedliche Meinungen.⁶¹⁰ In der kommunistischen „Volksstimme“ wurde allerdings den „Putschlügen“ zu 1918 und 1950 deutlich widersprochen und die marginalisierte Rolle der kommunistischen Partei im Widerstand (welcher scheinbar überhaupt nur kurz gestreift wurde) und im Aufbau Österreichs beanstandet.⁶¹¹

Für die Schulen gab das Bundesministerium für Unterricht eine Broschüre mit dem Titel „50 Jahre Republik Österreich“ heraus, welche an alle Schulen verteilt wurde.⁶¹² Schon das Vorwort von Bundespräsident Franz Jonas machte ein für beide Seiten akzeptables Geschichtsbild deutlich.

„Welche Leistungen hat unsere Republik Österreich vollbracht, und wie weit spannt sich der Bogen der Entwicklung vom Erbe des zerfallenen Habsburgerreiches bis zu dem dynamischen, weltoffenen und zukunftsfreudigen Staat, der unsere Heimat ist!“⁶¹³

Der Unterrichtsbehelf begann daher auch nicht 1914/18, wie es der Titel „50 Jahre Republik Österreich“ vermuten lassen könnte, sondern mit einem kurzen Rückblick auf das Reich der Babenberger und Habsburger, aus welchem sich Österreich entwickelte. Der 12. November wurde als revolutionärer Umsturztag charakterisiert, an welchem die neugeborene Republik aber ihre erste Probe (gegenüber dem Kommunismus) bestand. Neben den Problemen der Ersten Republik fanden aber auch die Leistungen

⁶⁰⁸ vgl. Zum Nationalfeiertag im Fernsehen. In: AZ 24.10.1968 S. 9.

⁶⁰⁹ Vor dem Bildschirm. In: WZ 13.11.1968 S. 6.

⁶¹⁰ vgl. Vor dem Bildschirm. Österreichbild. In: VB 14.11.1968 S. 6; Vor dem Bildschirm. In: WZ 13.11.1968 S. 6; Vor dem Bildschirm notiert: Republik – kein Traumspiel! In: SN 14.11.1968 S. 7; POLDINGER, Günther; Wenn sie mich fragen. In: AZ 14.11.1968 S. 9. Über das Buch zur „Televisionsreportage“ vgl. J.H.; 50 Jahre in Wort und Bild. In: Die Zukunft H. 22/Mitte November 1968 S. 55.

⁶¹¹ vgl. Noch einmal „50 Jahre Republik“. In: VS 15.11.1968 S. 2.

⁶¹² vgl. Feiern zum 50. Jahrestag der Republik. In: WZ 7.11.1968.

wie die Verfassung, die Überwindung der wirtschaftlichen Krise durch Ignaz Seipel, die Sozialpolitik unter Ferdinand Hanusch (SDAP) und Josef Resch (CS) und die kulturellen Leistungen Erwähnung.

b Dissonanzen

Offensichtliche Dissonanzen wie im Jahr 1958 waren 1968 praktisch nicht ersichtlich. So lässt sich etwa über die Absage der Militärparade aus „*Ersparungsgründen*“⁶¹⁴ kein kritisches Echo in der sozialistischen Parteipresse finden. Im Gegensatz zu 1958, wo natürlich im Kontext mit den nichtstattgefundenen Feiern auch gerade das Fernbleiben des Bundesheeres von den Feiern kritisiert wurde.⁶¹⁵

Vereinzelt kritische Stimmen zu den Feierlichkeiten kamen, wenn überhaupt, eher von konservativer Seite. So rief der Haus- und Grundbesitzerbund dazu auf, trotz aller Ressentiments (!) bei den Republikfeiern mitzumachen, während der Industriellenverband in seiner Aussendung zu den Feierlichkeiten ausdrücklich darauf hinwies, dass Österreich schon älter als 1918 sei, auch wenn die Zeit davor für manche ein Trauma bedeuten würde, also, ähnlich wie die ÖVP 1958, die SPÖ und deren Abgrenzung von der Monarchie kritisierte.⁶¹⁶ Direkter hingegen war teilweise die Ablehnung in Leserbriefen, wo zum Beispiel darauf insistiert wurde, dass der 12. November ein Trauertag sei⁶¹⁷ oder hinsichtlich der Monarchie festgestellt wurde, dass Kaiser Karl am 11. November nicht abgedankt, sondern nur auf seinen Anteil an den Staatsgeschäften verzichtet hätte, den er später für „*null und nichtig*“ erklärt hätte.⁶¹⁸

Abgesehen von diesen nicht sehr lauten Zwischentönen, kamen aber keine richtigen Missklänge auf. Wenn man von Dissonanzen sprechen konnte, gingen diese in erster Linie von der FPÖ aus und betrafen die Republikfeierlichkeiten nur am Rande. Durch einen Kommentar in den „Salzburger Nachrichten“ am Nationalfeiertag 1968 zum

⁶¹³ BERGER et al. (1968), S. 3.

⁶¹⁴ vgl. ALLMAYER-BECK, Joh. Christoph; Am Beispiel der abgesagten Parade. Das Bundesheer: Armee zwischen Staat und Gesellschaft. In: Die Presse 9.11.1968 Beilage S. III.

⁶¹⁵ vgl. Stenographische Protokolle des Nationalrats VIII. GP. - 69. Sitzung – 3. Dezember 1958 S. 3189-3191.

⁶¹⁶ vgl. 1918 war nicht der Anfang der Geschichte. Industrie zum Republik-Jubiläum – Auftakt in Vorarlberg. In: SN 8.11.1968 S. 2; bzw. vgl. auch den Artikel „Staat ohne Geschichtsbewusstsein“, welcher die Position des Industriellenverbandes genauer auslegte und sich in erster Linie damit auseinandersetzte, dass von sozialistischer Seite die Leistungen der Habsburgermonarchie, insbesondere der franzisko-josephinischen Epoche, nicht anerkannt würden. vgl. Staat ohne Geschichtsbewusstsein. In: Die Industrie Nr. 45 vom 8.11.1968 S.3-5.

⁶¹⁷ vgl. Lesermeinungen. Nur ein Trauertag. In: SN 11.11.1968 S. 2. Wobei aber ein anderer Leserbrief als Antwort darauf hinwies, dass derartige Meinungen nur mehr von „Einzelgängern“ vertreten würden und der 12. November kein Trauertag sei. vgl. Lesermeinungen. Kein Trauertag. In: SN 16.11.1968 S. 4.

⁶¹⁸ vgl. Leserbriefe. 12. November 1918. In: Die Presse 14.11.1968 S. 4.

Staatswappen war nämlich eine Debatte über die österreichischen Staatssymbole⁶¹⁹ initiiert worden, die danach in vielen Leserbriefen breite Zustimmung erfahren hatte.⁶²⁰ Schlussendlich wurde diese Diskussion auch vom freiheitlichen Abgeordneten Emil van Tongel in den Budgetausschuss des Nationalrats getragen, wo er den 50. Geburtstag der Republik als geeigneten Anlass sah, einen Antrag zur Entfernung der nicht mehr zeitgemäßen Elemente des Staatswappens, womit Hammer, Sichel und Ketten gemeint waren, zu stellen.⁶²¹ Ein Antrag, welcher aber offensichtlich keine Zustimmung fand und außer von der „Volksstimme“ auch weitgehend ignoriert wurde.⁶²² Der Meinung von Franz Gall in seiner Österreichischen Wappenkunde folgend, dass es der FPÖ dabei *„weniger um die Abschaffung von Hammer und Sichel als um die Bewältigung der Vergangenheit durch die Verbannung der gesprengten Ketten“* gegangen sei,⁶²³ weist der im Rahmen des Republiksjubiläums ausgetragene Konflikt also schon exemplarisch auf andere überparteiliche Problemzonen im Umgang mit der Vergangenheit hin. Pointiert könnte man formulieren, dass gerade durch die konsensbetonten Feierlichkeiten von 1968 der 12. November bereits so unumstritten und im staatlichen Gedenkraum gefestigt war, dass er als Rahmen zur Kontestation anderer Narrative dienen konnte.

c Suche nach Konsensformeln

1 Parteifeiern

ÖVP

Alle vier im Parlament vertretenen Fraktionen hielten im Rahmen des Republiksjubiläums auch Partei-Feiern ab. Der ÖVP-Bundesparteirat veranstaltete dabei seine Feiern im symbolisch aufgeladenen niederösterreichischen Landhaus, wo 1918 zum ersten Mal die provisorische Nationalversammlung zusammengetreten war, wie auch das „Kleine Volksblatt“ betonte. Festredner war der Ehrenobmann der ÖVP Alfons Gorbach, welcher dazu aufrief, aus der Erinnerung an die Vergangenheit keinen

⁶¹⁹ In einem Kommentar in der „Presse“ wurde auch Kritik an der österreichischen Hymne laut und darauf hingewiesen, dass in Wirklichkeit die Version von Haydn die adäquate Hymne wäre. (vgl. Leider nur Ersatz. In: Die Presse 13.11.1968 S. 5) Eine Position, welche im Gegensatz zu den 50er Jahren (vgl. Fußnote 291) Ende der 60er Jahre allerdings schon eine Einzelmeinung dargestellt haben dürfte. Ähnlich wie beim Nationalfeiertag wurde also auch hier die Festigung eines überparteilichen Österreichbewusstseins und seiner Symbole deutlich.

⁶²⁰ vgl. SN 8.11.1968 S. 2, SN 11.11.1968 S. 2 und 8, SN 14.11.1968 S. 10, SN 16.11.1968 S. 4.

⁶²¹ vgl. Ausgerechnet die FPÖ gegen das Staatswappen. Für sie sind Hammer und Sichel und die zerrissenen Ketten „nicht zeitgemäß“ In: VS 5.11.1968.

⁶²² vgl. EBNER et al. (1998), S. 84; zur wiederkehrenden Diskussion um das Wappen in der Zweiten Republik vgl. SPANN (1994b), S. 60–64.

neuen Zwiespalt aufkommen zu lassen und das Gemeinsame in den Vordergrund zu stellen. Ähnlich konsensual war auch seine Einschätzung von 1918, bedeute es für ihn doch einerseits republikanische und demokratische Form, aber gleichzeitig auch Umwandlung der Großmacht Österreich-Ungarn in einen Kleinstaat. Die Republikgründung von 1918 wurde daher von Gorbach auch in einen Zusammenhang mit der Entwicklung nach 1945 gesehen, auch wenn dies weitaus ambivalenter als bei der SPÖ geschah. So meinte Alfons Gorbach: „*Was 1918 äußere Form war, ist durch den zweiten Wiederaufbau Österreichs mit einem inneren Gehalt erfüllt worden.*“⁶²⁴ Auch in einer zweiten Rede Alfons Gorbachs auf der Republikfeier der Wiener ÖVP wurde der versucht konsensuale Umgang mit der Geschichte deutlich, betonte er doch einerseits die jahrhundertealte Geschichte Österreichs, andererseits aber auch 1918, als die „*endgültig errungene Volksfreiheit*“.⁶²⁵

Von Seiten der ÖVP und der SPÖ erfolgte bei ihren Veranstaltungen jeweils auch gewissermaßen eine Verpersonalisierung der Erinnerung an 50 Jahre Republik. So richteten beide Parteien Gratulationen an ehemalige Nationalratsabgeordnete (Gabrielle Proft und Franz Prinke), welche schon vor 50 Jahren politisch aktiv waren. Gewissermaßen als Personifizierung der Kontinuität von 1918 zu 1968.⁶²⁶ Eine symbolische Handlung, welche auch einen Kurswechsel bei der ÖVP hinsichtlich des Jahres 1918 verdeutlicht, wurde doch noch 1958 die Diskontinuität zwischen 1918 und der Zweiten Republik betont. Ähnlich bezeichnend für den Kurswechsel der ÖVP hinsichtlich 1918 war auch, dass Heinrich Drimmel, welcher 1958 einer der zentralen Akteure der ÖVP für die Ablehnung des Gedenkens an das Jahr 1918 war, 1968 an einer Festsitzung des Österreichischen Städtebundes zu „50 Jahren Republik Österreich“ teilnahm.⁶²⁷

SPÖ

Die SPÖ veranstaltete hingegen ihre Feier im Volkstheater. Im Gegensatz zu 1958, wo sie noch vor 11.000 Personen in der Wiener Stadthalle abgehalten worden war, also in einem viel kleineren Rahmen.⁶²⁸ Vizebürgermeister Felix Slavik und Bruno Kreisky hielten die Festreden, wobei Bruno Kreisky an das Vermächtnis Viktor Adlers erinnerte. Slavik hingegen meinte in seiner Rede, dass der Republikstiftungstag in der Ersten

⁶²³ zit. n. SPANN (1994b), S. 61.

⁶²⁴ vgl. OeVP feiert Republik: Bekenntnis zur Zukunft. Gorbach: Aus der Geschichte lernen – Gemeinsamer Weg. In: VB 12.11.1968 S. 1-2.

⁶²⁵ vgl. Vorbehaltlos auf dem Boden der Republik. Wiener ÖVP beging eine Feier zum Republikjubiläum. In: WZ 9.11.1968.

⁶²⁶ vgl. Sitzung des Parlamentsklubs der ÖVP und Gedächtnissitzung des SPÖ-Klubs. In: WZ 13.11.1968 S. 2.

⁶²⁷ vgl. Vorbehaltlos auf dem Boden der Republik. Wiener ÖVP beging eine Feier zum Republikjubiläum. In: WZ 9.11.1968.

⁶²⁸ vgl. 12. November: Festsitzungen in Parlament und Parteivorstand. In: AZ 8.11.1968 S. 2.

Republik nicht immer ein Freudentag gewesen sei, da diese mit vielen Problemen zu kämpfen gehabt habe. Er betont allerdings auch, dass damals mit der sozialistischen Verwaltung ein neuer Geist ins Wiener Rathaus eingezogen sei.⁶²⁹

Die Feierlichkeiten der SPÖ wurden wiederum von einer „*künstlerisch historischen Dokumentation*“, diesmal von Gerhart Fritsch, untermalt.⁶³⁰ Ähnlich wie 1958 wurde 1918 eher positiv als Jahr des Aufbruchs und Ende der überkommenen Monarchie dargestellt, nicht Anschlussbestrebungen und Gedanken der Lebensunfähigkeit dominierten, sondern die Tatsache trotz widrigster Umstände nicht resigniert und eine ganze Reihe von Verbesserung auf sozialer Ebene verwirklicht zu haben, wodurch Österreich das Haus aller wurde, „*der demokratische Staat, in dem niemand Vorrechte, aber auch niemand mindere Rechte hat[te]*“.⁶³¹

Am nächsten Tag fand auch noch eine Festsitzung des SPÖ-Abgeordnetenklubs statt, bei welcher Bruno Pittermann die Rede hielt. Seine Rede fiel vielleicht noch am ehesten aus dem großkoalitionären Konsens. So bezeichnete er das Habsburgerreich als Zwangsherrschaft, während er die Republik solange gedeihen sah, wie die Parteizwistigkeiten hinten angestellt worden waren.⁶³² Vielleicht auch aufgrund seiner Negativcharakterisierung der Monarchie meinten die „Salzburger Nachrichten“, dass er als Einziger an diesem Tag polemisch geworden sei, besonders als er meinte: „*Wir werden es nicht zulassen, dass jene, die nie dabei gewesen sind wenn es ernst war, dann aber immer dabeigewesen sein wollen, uns schulmeistern über die Demokratie, die sie nie gemocht haben*“.⁶³³ Prinzipiell kann man aber an dieser Stellungnahme der „Salzburger Nachrichten“ aber auch ablesen, wie reibungslos und auf einem staatlichen Konsens aufbauend sogar die Parteifeierlichkeiten, trotz oder wie eingangs des Kapitels erwähnt gerade wegen des Fehlens einer großen Koalition abliefen.

Auch zu Kranzniederlegungen kam es wieder von sozialistischer Seite. So am Republikdenkmal, an den Gräbern Viktor Adlers, Karl Seitz und an der Präsidentengruft.⁶³⁴ Bemerkenswert ist auch, dass von der SPÖ zum 50. Jahrestag der Republik auch ein Kranz am Grab Jodok Finks, des christlichsozialen Vizekanzlers von

⁶²⁹ vgl. Jonas zum Jubiläum der Republik: Frei in einem freien Lande leben. Ganz Österreich feiert heute sein Fest: „50 Jahre Republik“. Kreisky: Weiter zur Verwirklichung der sozialen Demokratie. In: AZ 12.11.1968 S. 1-2.

⁶³⁰ vgl. Jonas zum Jubiläum der Republik: Frei in einem freien Lande leben. Ganz Österreich feiert heute sein Fest: „50 Jahre Republik“. Kreisky: Weiter zur Verwirklichung der sozialen Demokratie. In: AZ 12.11.1968 S. 1-2.

⁶³¹ vgl. 1.3.6.26 Republikfeier 1968: 8-12 In: Nachlass Gerhard Fritsch ZPH 1303, Archivbox 24, Wienbibliothek im Rathaus.

⁶³² vgl. Jonas: Kreuzweg zur Demokratie. Festsitzung im Parlament – Pittermann: Parteien waren die Gründer der Republik. In: AZ 13.11.1968 S. 1 und 4.

⁶³³ Nur Ministerrat und Wien setzten auch Taten. Sonst nur Reden zum Republik-Gedanken – Festsitzung der Bundesregierung und des Parlaments. In: SN 13.11.1968 S. 2.

⁶³⁴ vgl. Vorbehaltlos auf dem Boden der Republik. Wiener ÖVP beging eine Feier zum Republiksjubiläum. In: WZ 9.11.1968.

1918, niedergelegt wurde.⁶³⁵ Vielleicht war dieser, die Parteigrenzen überschreitende Akt, aber auch dadurch möglich, da die ÖVP nie wirklich jene christlichsozialen Politiker, welche an der Staatsgründung teilgenommen hatten, in ihrem parteipolitischen Narrativen mit Bedeutung aufgeladen hatte, sondern eher dem Vergessen anheim fallen ließ. Besorgter um ihre Gedächtnisorte war hier eindeutig die SPÖ. So intervenierte die SPÖ bei der Austria Wochenschau, weil diese in ihrem Streifen zu „50 Jahre Republik Österreich“ auf Karl Renner vergessen gehabt hatten. Schlussendlich wurde noch ein kurzer Streifen eingebaut, der Renner allerdings 1945 zeigte.⁶³⁶ Es verwundert daher nicht sonderlich, wenn bei einer von SchülerInnen durchgeführten Umfrage (mit einem Sample von fast 300 Personen) die drei bekanntesten Politiker der Ersten Republik alle Mitglieder der SDAP waren, nämlich Renner, Seitz und Adler.⁶³⁷

Aber vielleicht entsprach dieser Zugang der geringen Beachtung der Ersten Republik auch der ÖVP-Geschichtspolitik, schreibt doch Dieter Binder, dass ein der ÖVP nahestehender Politologe jüngeren parteinahen HistorikerInnen den Rat gegeben haben solle, *„die Erste Republik den Sozialisten zu überlassen, denn ,dafür gehört uns die Zweite Republik‘.*⁶³⁸

KPÖ

Von der KPÖ wurde hingegen diesmal anstatt der SPÖ die Stadthalle als Veranstaltungsort besetzt. Allerdings stand nicht das 50-jährige Jubiläum der Republik im Mittelpunkt der Feiern, sondern dieses wurde mit dem 50. Jahrestag der Gründung der Partei mitgefeiert. Der Fokus in der Eröffnungsansprache war im Gegensatz zu 1958 nicht so sehr auf die verratene Revolution vom 12. November gerichtet, sondern auf den Kampf gegen den Faschismus und die Betonung des Glaubens an Österreich von Seiten der kommunistischen Partei ab 1934. Hervorgehoben wurde aber wieder das zeitnahe Jubiläum der Oktoberrevolution, die wesentlich dazu beigetragen hatte, *„dass in Österreich am Ende des Ersten Weltkrieges eine ganze Reihe von sozialen und demokratischen Errungenschaften durchgesetzt werden konnte.“* Es wurde also die Bedeutung der Sowjetunion für die positiven Entwicklungen in der Ersten Republik unterstrichen. Als Gefahr für die Republik wurde die ÖVP dargestellt, die *„heute oft und viel von Demokratie und Freiheit“* sprechen würde, aber dennoch durch ihre *„Klassenpolitik“* eine *„Hauptgefahr für die demokratische Entwicklung unseres Landes*

⁶³⁵ vgl. Kranz der SPÖ für Jodok Fink. In: WZ 13.11.1968 S. 2.

⁶³⁶ vgl. ohne Protokoll. In: SN 12.11.1968 S. 2. Hinsichtlich des großkoalitionären Ausverhandelns der Austria Wochenschauen und einer *„Bildpolitik des Proporztes“* allerdings für die Frühphase (bis 1955) vgl. UHL (2005c), S. 503–507.

⁶³⁷ vgl. 12. November: Was war an diesem Tag. In: Die Presse 15.11.1993 S. 6.

⁶³⁸ BINDER (2004b), S. 98.

geworden“ sei.⁶³⁹ Überhaupt war der Topos von einer Gefährdung der Demokratie in Äußerungen der kommunistischen Partei zum Republikjubiläum weitgehend durchgängig. Auch in den Kommentaren rund um den 12. November wurde hervorgehoben, dass die kommunistische Partei die Gefahren des Deutschnationalismus als einzige in der Ersten Republik erkannt habe, wobei die Gefahr für die Zweite Republik wiederum in einem von rechtsradikalen oder FPÖ-Gruppen verbreitetes Gedankengut gesehen wurde.⁶⁴⁰

FPÖ

Auch die FPÖ hielt eine Jubiläumsfeier ab, bei welcher die Verdienste des nationalfreiheitlichen Lagers bei der Republikgründung vom Wiener Landesparteiobmann Tassilo Broesigke betont wurden, zugleich aber des deutschnationale Benkenntnis im Vordergrund stand, als er etwa meinte, dass Österreich heute der *„einzige souveräne deutsche Staat“* sei, weshalb es *„im Interesse der ganzen deutschen Nation [liege], dass Österreichs Freiheit und Unabhängigkeit auch in Zukunft gewährleistet“* bleibe.⁶⁴¹ Eine sehr vieldeutige Formulierung gerade am Tag, wo eigentlich der Staat „Deutsch-Österreich“ ausgerufen wurde. Für gewisse Aufregung sorgte auch, dass ausgerechnet Taras Borodajkewycz auf einer Feier des rechtsgerichteten Akademikerverbandes zum 50-jährigen Bestand der Republik einen Vortrag über die Geschichte der Republik hielt.⁶⁴² Zusammengefasst konnte also gesagt werden, dass die FPÖ die Republikfeiern nutzte, um den „deutschen Charakter“ Österreichs zu betonen.⁶⁴³

2 „Zukunft“ versus „Österreichische Monatshefte“

Schienen die Parteifeierlichkeiten der beiden Großparteien in einem sehr konzilianten Rahmen abgehalten worden zu sein, so fielen die Artikel in den beiden Parteizeitschriften „Zukunft“ und „Österreichische Monatshefte“ etwas heraus, wobei die Artikel der Novemбераusgabe aber auch bereits einen gewissen Konsens

⁶³⁹ vgl. Unsere Sache ist richtig und gerecht. Die Rede des Parteivorsitzenden Franz Muhri auf der Festkundgebung 50 Jahre Republik – 50 Jahre KPÖ. In: VS 11.11.1968 S. 3.

⁶⁴⁰ vgl. SCHARF, Erwin; Die Republik – heute. In: VS 12.11.1968 S. 2; KIRSZEN, Kurt; Kränze und Festreden genügen nicht. In: VS 13.11.1968 S. 2.

⁶⁴¹ vgl. Nur Ministerrat und Wien setzten auch Taten. Sonst nur Reden zum Republik-Gedanken – Festsitzung der Bundesregierung und des Parlaments. In: SN 13.11.1968 S. 2.

⁶⁴² vgl. Sie provozieren schon wieder! Republikgedenken ausgerechnet mit Borodajkewycz. In: AZ 22.10.1968 S. 1.

⁶⁴³ So schloss zum Beispiel auch der Leitartikel des „Salzburger Volksblatts“, einer der FPÖ nahestehenden Tageszeitung, mit der Feststellung, dass jene schlechte Mieter seien, welche *„unermüdlich an der Harmonie der Hausgemeinschaft sündigen [würden], indem sie vor allem einen Begriff zu verwirren suche[n]: der Österreicher gehör[e] nun einmal zur großen deutschen Volksfamilie.“* MENZEL, Hans; Kommentar zum 12. November 1968. In: Salzburger Volksblatt 12.11.1968.

widerspiegeln.

Die „Zukunft“ eröffnete das Jahr 1968 mit einem Leitartikel über das 50-jährige Bestehen der Republik, in welchem darauf hingewiesen wurde, dass für viele bürgerlich-reaktionäre Kreise dieser Tag noch immer den Untergang der Monarchie bedeuten würde und sie sich daher beharrlich weigern würden, den 12. November als Geburtstag der Republik zu feiern. Folglich wurde die Ausrufung der Republik 1918 auch als Leistung der Sozialdemokratie dargestellt, welche durch den Widerwillen der bürgerlichen Kräfte unterging. Auch hier wurde betont, dass man aus der Geschichte lernen müsse. Im Gegensatz zum heute geläufigen Diskurs, war hier aber nicht das Lernen aus der weiteren Entwicklung der Ersten Republik mit ihren Parteienkonflikten gemeint, sondern die Lehren aus der Analyse der „*historischen Schuld*“ der Parteien, wobei hiermit auf konservativer, deutschnationaler Seite die Gegnerschaft zur demokratischen Republik und auf sozialdemokratischer Seite der Fehler, dass sie die Republik nicht stark genug gegen die reaktionären Angriffe gemacht habe, gemeint waren.⁶⁴⁴

Im Gegensatz dazu stand im Leitartikel der Novemberausgabe, wo dem gemeinsamen Konsens für die Feierlichkeiten schon Ausdruck verliehen wurde, viel stärker das überparteiliche, gemeinsame Lernen aus der Vergangenheit im Mittelpunkt. In beiden Artikeln wurden aber noch die beiden rhetorischen Topoi, einerseits vom „Staat, den keiner wollte“ und andererseits, dass die „Republikaner keine Patrioten“ gewesen wären und „die Patrioten keine Republikaner“, verneint.⁶⁴⁵ Diese Formen der Darstellung der Ersten Republik dürften also zumindest bei Teilen der SPÖ noch Widerspruch hervorgerufen haben.

Was jedoch im Gegensatz zu 1958 auffiel, war, dass der negative Fokus auf die Habsburger aus der Erinnerung an den 12. November größtenteils verschwunden war. Zwar wurde auf den Untergang des Reiches eingegangen, wie in der Novemberausgabe (Heft 21), hier wurden jedoch in Artikeln wie „Die eigene Rettung verspielt“ oder „Die Habsburgermonarchie blieb wirtschaftlich zurück“ wissenschaftliche Werke rezensiert oder wiedergegeben und nicht wie in den Jahren zuvor die Partei-Narrative zur Monarchie wiedergegeben.

Ein anderer Blickwinkel auf die Erste Republik wurde von den „Österreichischen Monatsheften“ gewählt. Auch wenn zu Jahresbeginn betont wurde, dass das 50-jährige Jubiläum höchstwahrscheinlich gefeiert werden würde und nicht zum Aufwärmen alter Streitereien führen dürfe,⁶⁴⁶ so wurde dennoch im März ein Artikel publiziert, welcher

⁶⁴⁴ vgl. Czernetz, Karl; 50 Jahre Republik. In: Die Zukunft H. 1/Mitte Jänner 1968 S. 1-2.

⁶⁴⁵ vgl. Czernetz, Karl; Es lebe die Republik! In: Die Zukunft H. 21/Mitte November 1968 S. 1-5.

⁶⁴⁶ vgl. 50 Jahre Republik. In: ÖMH 24. Jg. H. 1/Jänner 1968 S. 4.

die Einordnung des 12. November im Geschichtsbild deutlich machte. Unter dem Titel „Vom 12. November 1918 zum 12. März 1938“ wurden beide Tage als Ereignisse verstanden, zwischen denen eine *„direkte Linie“* bestehe und dieser Zeitraum als *„Staat wider Willen“* bezeichnet. Der 12. November fungierte hier als der Tag an welchem *„Österreich selbst sein Todesurteil gesprochen hatte“* und an das erst Dollfuß als Erster wieder geglaubt habe.⁶⁴⁷

In der März Ausgabe wurden auch die Standpunkte von drei HistorikerInnen zum Sinngehalt der Fünfzigjahrfeiern abgedruckt. Für Harald Slapnicka wurde der 12. November generell überbewertet, sah er darin doch nur noch *„Nuancen im Ausbau der Demokratie“*, wären die Grundlagen dafür doch schon in der Monarchie gelegt worden.⁶⁴⁸ Dennoch konnte er im Gedenken hinsichtlich der Formierung eines österreichischen Staatsbewusstseins einen Sinn für die feierliche Begehung dieses Tages erkennen.

Erika Weinzierl betrachtete den 12. November 1918 auch als keinen Jubeltag, sondern als einen aus der *„Not der Situation diktierten Versuch, sich der politischen Entwicklung in Mitteleuropa anzupassen“*, welcher schlussendlich in kommunistischen Schießereien endete. Für sie stellten daher die 50-Jahrfeiern die erste große Gelegenheit dar, *„sich selbst und der Welt die volle, uneingeschränkte Bejahung der Republik durch ihre Bürger zu zeigen.“*

Adam Wandruszka sah den besonderen Sinngehalt im Gedenken an die Staatsgründer von 1918, welche die *„schmerzliche und schwierige Umstellung vom Großreich auf einen Kleinstaat vollzogen“* hätten. Er betonte hier jedoch besonders die Bedeutung jener Staatsdiener, welche den Übergang vollzogen hätten, die dann aber durch die Abschaffung der Adelstitel besonders getroffen worden seien. Für ihn stand also, ähnlich wie bei Harald Slapnicka, die Betonung des kontinuierlichen Übergangs zwischen Monarchie und Republik, als Gegenüberstellung zur linken *„Ablehnungsneurose“* zur eigenen Geschichte und die Besinnung auf die Werte aus der Monarchie (*„Weltoffenheit und Urbanität“*), im Mittelpunkt.⁶⁴⁹

Ähnlich wie in der „Zukunft“ waren aber auch die Artikel in der Novemбераusgabe der „Österreichischen Monatsheften“ sehr versöhnlich gestimmt. Zu den Feierlichkeiten wurden Kommentare von Bundeskanzler Josef Klaus, Klubobmann Hermann Withalm

⁶⁴⁷ vgl. MÜLLER, Gerhard; Vom 12. November 1918 zum 12. März 1938 In: ÖMH 24. Jg. H. 3/März 1968 S. 8-10.

⁶⁴⁸ Ähnlich dürfte es auch das österreichische Parlament gesehen haben. Wurden doch in den Jahren 1947 und 1957 Festsitzungen zum Thema *„allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht“* abgehalten. Es wurde also das Jahr 1907 als Wendepunkt der Ausformung des Wahlrechts verstanden. Ein allgemeines Wahlrecht wurde so über die Kategorie der „Klasse“ konstruiert, während der Faktor „Geschlecht“ vernachlässigt wurde. Ansonsten hätte man nämlich von einem allgemeinen Wahlrecht erst ab 1918 sprechen können.

⁶⁴⁹ vgl. Standpunkte: Fünfzig Jahre Republik Österreich, In: ÖMH Jg. 24 H. 3/März 1968 S. 24-26.

und Ehrenvorsitzendem Alfons Gorbach abgedruckt. Für Kanzler Josef Klaus war zwar die Monarchie, „nach einem heldenhaften, aber von Beginn an aussichtslosem Kampf“ mitsamt einem vorbildlichen Wirtschaftsraum zerbrochen, aber dennoch sah er sich (in einem Parteiorgan) genötigt zu erklären, weshalb die Christlichsoziale Partei sich damals nicht unbedingt zur Republik bekannte, was er mit dem Ende einer übernationalen Idee, welcher die Christlichsozialen in der Monarchie sahen, erklärte.⁶⁵⁰ Ähnlich argumentierte auch Hermann Withalm, der sogar meinte, dass der Übergang von Monarchie zu Republik einen entscheidenden Wandel Richtung Demokratie dargestellt hätte. Auch er widmete in seinem Artikel der Erklärung der Ablehnung der Christlichsozialen zur Republik breiten Raum, wobei er dies ähnlich wie Klaus begründete:

„Da die Habsburger durch viele Jahrhunderte die eigentlichen Träger der österreichischen Staatsidee waren, trat zwischen ihnen und dieser Staatsidee eine so innige Verbindung ein, dass die Monarchie mit Österreich schlechthin identifiziert wurde.“

Trotz der Betonung, dass der größte Teil der Aufbauleistungen in der Ersten Republik von den Christlichsozialen geleistet worden sei, erklärte er weiter:

„Das kann jedoch nicht übersehen lassen, dass das problematische Verhältnis der Christlichsozialen Partei zur Republik gewisse politische Spannungen im Gefolge hatte, die mit zu den negativen Hypothesen der Ersten Republik zählen.“

Gleich wie in seiner Rede bei der Festsitzung des Nationalrats schob er allerdings die Auffassungsunterschiede darüber in die Vergangenheit ab:

„Jene gesellschaftlichen Schichten, denen auf Grund erlebnis- und gefühlsmäßiger Bindungen an die Monarchie in der Ersten Republik noch eine nicht geringe politische Bedeutung zukam, sind in der Zwischenzeit so stark zusammengeschrumpft, dass sie praktisch keine politische Rolle mehr spielen.“

Hinsichtlich der Vergangenheit Österreichs unterstrich allerdings Withalm, dass diese für die ÖVP nicht erst mit 1918 beginne, sondern „die Republik Österreich [habe] von der Monarchie ein historisches Erbe übernommen, dessen Verleugnung den österreichischen Staat um die tieferen Wurzeln seiner Existenz bringen“ müsse, womit er die geopolitische Lage Österreichs und seine damit verbundene Funktion meinte. In Withalms Kommentar, welcher auch teilweise in den „Salzburger Nachrichten“ abgedruckt wurde,⁶⁵¹ wurde also das Abwiegen der ÖVP zwischen Republikbekenntnis und großer Vergangenheit deutlich, wobei im Gegensatz zu 1958 versucht wurde, einen ausgeglichen Weg zu finden.⁶⁵²

⁶⁵⁰ vgl. KLAUS, Josef; Unsere Republik. In: ÖMH Jg. 24 H. 10/11 / Oktober/November 1968 S. 1-2.

⁶⁵¹ vgl. WITHALM, Hermann; Die Republik steht außer Diskussion. In: SN 9.11.1968 S. 4.

⁶⁵² vgl. WITHALM, Hermann; Die Österreichische Volkspartei und die Republik In: ÖMH Jg. 24 H. 10/11 / Oktober/November 1968 S. 3-6.

3 Parteizeitungen

Die meisten Zeitungen enthielten zum 50-jährigen Republiksjubiläum auch mehrseitige Beilagen. So lag zum Beispiel der „Wiener Zeitung“ eine über 30seitige Beilage bei, wobei diese auch im Bundesheer als Unterrichtsbehelf für die staatsbürgerliche Erziehung verwendet wurde.⁶⁵³ Auf die unterschiedlichen Fokussierungen der Beilagen kann allerdings nur oberflächlich eingegangen werden, da eine genauere inhaltliche Analyse den Rahmen sprengen würde. Deutlich wurde jedoch, dass im Gegensatz zu den Parteizeitungen, die „Wiener Zeitung“, die „Salzburger Nachrichten“ und die „Presse“ in erster Linie auf renommierte Experten als Autoren setzten, also auf Universitätsprofessoren bzw. Assistenten und bekannte Autoren von wissenschaftlichen Werken, während im Gegensatz dazu die Artikel in der „Arbeiterzeitung“ bzw. im „Kleinen Volksblatt“ meist von Politikern, bzw. namentlich nicht genannten AutorInnen, also wahrscheinlich Redaktionsmitgliedern geschrieben wurden. Ein Zeichen dafür, dass in den Parteiorganen noch immer Wert auf die Wiedergabe der parteispezifischen Deutung der Vergangenheit gelegt wurde und nicht auf eine Betrachtungsweise aus wissenschaftlicher Perspektive.

Im „Kleinen Volksblatt“ wurde etwa eine 7teilige Serie zum 12. November veröffentlicht, welche sich mit dem Untergang des Habsburgerreiches und dem Entstehen der Republik auseinandersetzte. Die Interpretation des Habsburgerreiches war dabei relativ eindeutig, so sei dieses der Idee eines „*Vereinten Europas*“ viel näher gewesen „*als alle Versuche der Gegenwart*“,⁶⁵⁴ sei aber durch Nationalismus und Krieg zerstört worden. Der 12. November hingegen habe einem „*Hexenkessel*“ geglichen und sei „*unter keinem guten Stern*“ gestanden.⁶⁵⁵ Deutlich machte diese Haltung auch der Titel eines anderen Artikels, welcher 1918 als „Katastrophe“ bezeichnete.⁶⁵⁶

Interessant ist auch die Gestaltung der Beilage zum 50-jährigen Jubiläum, folgte diese doch nicht dem Muster der anderen Zeitungen, welche sich stark auf die Zeit um 1918 konzentrierten, sondern stellte unter dem Titel „Österreich arbeitet für morgen“ eine Leistungsschau der ÖVP Alleinregierung dar, in welcher die einzelnen Minister die Leistungen ihrer Ressorts präsentierten, meist ohne dabei die Erste Republik zu streifen.⁶⁵⁷

Drehten sich die Leitartikel 1958 in der Parteipresse noch um die Interpretation des 12.

⁶⁵³ vgl. Festschrift der „Wiener Zeitung“ – Unterrichtsbehelf für Soldaten. In: WZ 12.11.1968 S. 3.

⁶⁵⁴ Kein Tag wie jeder andere... „Volksblatt“ – Serie zum 50. Geburtstag der Republik Österreich. 3. November: Die Tragödie Südtirol begann. In: VB 3.11.1968 S. 3.

⁶⁵⁵ Kein Tag wie jeder andere... „Volksblatt“ – Serie zum 50. Geburtstag der Republik Österreich. Der Kommunismus greift nach Oesterreich. In: VB 10.11.1968 S. 3.

⁶⁵⁶ „Der Zusammenbruch Altösterreichs 1918. Ursachen der Katastrophe vor 50 Jahren.“ In: VB 9.11.1968 S. 17.

November, so betonte das „Kleine Volksblatt“ 1968, dass *„an einem solchen Tag [...] politischen Meinungsverschiedenheiten, die es immer geben wird und geben soll, zu schweigen“* hätten. Gleichzeitig aber rekurrierte sie auch wieder auf das geschichtliche Narrativ der ÖVP. So wurde einerseits wiederholt betont, dass die Geschichte Österreichs nicht erst mit dem 12. November 1918 begonnen hätte und andererseits, dass die Erste Republik eine Menge Probleme gehabt hätte (ohne ihre Leistungen zu betonen) und die ÖsterreicherInnen erst unter der nationalsozialistischen Besatzung tatsächlich wieder zu ihrem Staat finden und ihre inneren Konflikte hinter sich lassen konnten. In diesem Zusammenhang schrieb auch das „Kleine Volksblatt“:

„Aus dem Staat, an den keiner glaube und den niemand wollte, ist ein Staat geworden, den alle bejahen, der allen gehört, weil ihn alle geschaffen haben.“⁶⁵⁸

Die Beilage der „Arbeiterzeitung“ beging diesmal den 12. November um einiges kritischer als in den früheren Jahren. So begann der Leitartikel damit, dass *„die Republik ‚Deutsch-Österreich‘ nicht das Licht, sondern das Dunkel der Welt“* erblickt habe und betonte auch, ähnlich wie der konservative Diskurs, dass die Erste Republik 1918 durch *„Zukunftsangst, Trauer um die Vergangenheit und trügerische Hoffnungen in allen politischen Lagern“* schon den *„Keim zum Untergang“* in sich trug. Zwar wurde im Leitartikel ein Unterschied zwischen der Geschichtsdarstellung von ÖVP und SPÖ deutlich, dieser konzentrierte sich aber nicht auf den 12. November, sondern auf die Jahre danach und besonders auf den Austrofaschismus. Im Zusammenhang mit dem 12. November wurde hingegen erstmals auch ausführlicher auf die Anschlussbestrebungen eingegangen, statt einer früheren Hervorhebung der Aufbruchstimmung also eine Betonung der Dissonanzen des 12. November.⁶⁵⁹ Auch das Habsburgerreich wurde unter anderen Gesichtspunkten wahrgenommen und nicht mehr nur rein negativ gesehen:

„Dennoch haben die Jahrzehnte, die hinter uns liegen, auch dazu beigetragen, dass die große Donaumonarchie heute bei uns und anderswo – nördlich und östlich der Staatsgrenzen der Republik, aber auch bei einstigen Siegermächten des Ersten Weltkrieges – in einem anderen Licht gesehen wird: Als ein Reich der Ruhe, des Friedens und der bürgerlichen Sicherheit, als ein Faktor der Stabilität und des Ausgleichs in einem Europa, das noch nicht durch eine eiserne Grenze in die Einflusszonen zweier Supermächte geschieden war.“⁶⁶⁰

Die negative Komponente wurde hingegen auf Kaiser Franz Joseph ausgelagert, welcher als autokratischer Herrscher ohne Mildtätigkeit das Reich in den Untergang

⁶⁵⁷ vgl. VB 9.11.1968 Beilage S. I-V.

⁶⁵⁸ GRÖßL, Franz; Geburtstag der Republik. In: VB 12.11.1968 S. 2.

⁶⁵⁹ vgl. P. B.; 50 Jahre Republik. In: AZ 12.11.1968 Beilage S. I; ...da starb der Anschluss. Aber 1918 hatte niemand an die Lebensfähigkeit Österreichs geglaubt. In: AZ 12.11.1968 Beilage III.

fürte, dass „in sich die Möglichkeiten hatte, Vorläufer eines europäischen Zusammenlebens der Völker zu werden.“⁶⁶¹ Im Gegensatz zur Negativcharakterisierung des Kaisers wurde die Person Viktor Adlers im Gedenken seines 50. Todestages besonders hervorgehoben und wieder biblische Vergleiche bemüht, um seine Leistungen zu würdigen:

„Dieser moderne Tribun erschien mir wie ein zweiter Moses, heraufgestiegen aus den Tiefen der Jahrtausende, ein neuerstandener Messias, gleich jenem ausgestattet mit dem unversiegbaren Strom menschlicher Liebe.“⁶⁶²

Neben der Neucharakterisierung des Jahres 1918 und der Monarchie wurden allerdings auch die Leistungen der Ersten Republik in Artikeln betont, wie die Verfassung (Seite V), das Wahlrecht für Frauen (Seite VII), die Gemeindebauten in Wien (Seite X), Nobelpreisträger (XXI) bzw. es wurde auch auf das kulturelle Leben eingegangen [Kultur (XX), Mode (XXII) und Literatur (XXI)].

4 Volksbildnertagung der ÖVP

Dass aber Unterschiede im Diskurs zwischen den beiden Großparteien über das Jahr 1918 existierten, welche auch zu politischen Überlegungen über die richtige Darstellungsform der Geschichte führten, zeigt sich auch auf einer Volksbildnertagung der ÖVP. So schrieb der ÖVP-Verteidigungsminister und Landesparteiobmann von Niederösterreich Georg Prader im Vorwort für den Tagungsband:

„Die Volksbildnertagung soll Gelegenheit zur Information und Aussprache über Würdigung des 50-jährigen Republikjubiläums im Herbst dieses Jahres geben. Es ist bedeutungsvoll, dass wir hier eine Sprachregelung finden, die einerseits unsere positive Einstellung zur republikanischen Staatsform dartun, andererseits sich aber von Darstellungen distanzieren, die zweifellos aus diesem Anlass von der linken Seite zu erwarten sind. Vor allem erscheint es mir wesentlich herauszuarbeiten, dass das Jahr 1918 keinen Abbruch in der österreichischen Geschichte und der, Österreich seit jeher übertragenen Brückenfunktion, bedeutet.“⁶⁶³

Ähnlich drückte es auch der niederösterreichische Landeshauptmann Maurer aus, der meinte, dass auch „noch fünfzig Jahre nachher Informationstagungen notwendig [seien], um das Bild dieser Ereignisse in der österreichischen Geschichte richtig [zu] zeichnen“ und dabei einerseits darauf hinwies, dass die Republik Wurzeln brauche, „die im Geist und in der Geschichte unserer Heimat den einzig möglichen Nährboden finden“ würden.⁶⁶⁴

⁶⁶⁰ Habsburg verspielte ein Reich. In: AZ 12.11.1968 Beilage S. VII.

⁶⁶¹ vgl. Habsburg verspielte ein Reich. In: AZ 12.11.1968 Beilage S. VII.

⁶⁶² Er sah die Republik nicht mehr. Am 11. November, am Vorabend der Republik, starb der große Führer der Arbeiter, der Armendoktor Viktor Adler. In: AZ 12.11.1968 Beilage S. IV.

⁶⁶³ Kulturpolitischen Referat des Landesparteitages der ÖVP Niederösterreich ([1968]), S. I.

⁶⁶⁴ Kulturpolitischen Referat des Landesparteitages der ÖVP Niederösterreich ([1968]), S. II.

Dass diese Vorworte auch ihre Umsetzung fanden, zeigen die Artikel von Heinrich Drimmel und Grete Rehor im Tagungsband. So versuchte Heinrich Drimmel zu erklären, was Österreich an sich überhaupt bedeute und nahm dabei Anleihen an der Monarchie, indem er deren supranationale Identität betonte:

„Nun darf man bei der Ermittlung der österreichischen Eigenständigkeit nicht so sehr von politischen Grenzen oder Grenzen des Volkstums ausgehen, als vielmehr von der Idee einer supra-nationalen Ordnung, so wie dieser Kaiser Friedrich III. mit dem legendären AEIOU ein seltsames Symbol verliehen hatte.“⁶⁶⁵

Sozialministerin Grete Rehor lieferte hingegen einen Beitrag zur richtigen Darstellung der Sozialpolitik. So hob sie in ihrem Artikel hervor, dass 1918 „für die österreichische Sozialpolitik nicht das Jahr Null“ gewesen sei und wies auf die Kontinuitäten zur Monarchie hin.⁶⁶⁶ Aber auch für die Zeit der Ersten Republik versuchte Rehor besonders die Leistungen des christlich-sozialen Politikers Josef Resch ins rechte Licht zu rücken, um zu zeigen, dass der Vorwurf, die Sozialpolitik sei ohne die Sozialdemokratie in der Ersten Republik stehengeblieben, völlig ungerechtfertigt sei.⁶⁶⁷ Dieser Versuch des Austarierens des Geschichtsbildes zur Ersten Republik wurde auch in einem unter anderem von Gustav Spann publizierten Artikel zur Analyse der zeitgeschichtlichen Aspekte in den Geschichtslehrbüchern der 70er Jahre deutlich, in welchem festgehalten wurde, dass in diesen Darstellungen der Sozialdemokrat Ferdinand Hanusch und der Christlichsoziale Josef Resch meist in einem gemeinsamen Wollen und Handeln dargestellt würden.⁶⁶⁸

Der Tagungsband zeigt jedoch, dass es nunmehr, im Gegensatz zu 1958, wo unterschiedliche Parteinarrative aufeinander prallten, darum ging, Teile der eigenen geschichtlichen Parteinarrative in ein staatlich ausformuliertes Narrativ zu inkludieren. 1968 hatte also die Bindekraft der unterschiedlichen Parteinarrative zu 1918 schon stark an Bedeutung verloren und im Vordergrund stand ein gemeinsam ausformuliertes Narrativ, was auch die reibungslosen Feierlichkeiten bezeugten. Es ging daher nicht mehr darum mit klar abgegrenzten Erzählungen das eigene Lager anzusprechen, sondern es mussten neue sprachliche Regelungen gefunden werden, welche auch überparteilich akzeptabel waren.

⁶⁶⁵ DRIMMEL ([1968]a), S. 4.

⁶⁶⁶ vgl. REHOR ([1968]), S. 36.

⁶⁶⁷ vgl. REHOR ([1968]), S. 39. Was in Bezug auf die Alleinregierung der ÖVP 1968 von Sozialministerin Grete Rehor sicherlich auch zur Rechtfertigung der eigenen Politik geschah.

⁶⁶⁸ vgl. HAAS et al. (1977), S. 27. Diese ausverhandelte Gegenüberstellung der Leistungen von SDAP und CS in der Ersten Republik fand sich auch in anderen Darstellungen, wenn etwa in den Parteidiskursen eigentlich ganz unterschiedlich konnotierte Felder, wie die Kommunalpolitik der Gemeinde Wien und die Seipelsche Sanierung als „ähnlich erfolgreich“ nebeneinander gestellt wurden.

d Zusammenfassung

Konnte man 1958 noch von einem Konflikt um die Vergangenheit sprechen, bei dem die Interpretationen des Jahres 1918 so weit voneinander entfernt lagen, dass gar keine gemeinsame Diskussion darüber stattfinden konnte, so hatte zehn Jahre später das Jahr 1918 schon so viel an Brisanz verloren, dass die Abhaltung von staatlichen Feiern ohne offensichtliche Dissonanzen möglich war. Überhaupt war es das erste Mal, dass den zentralen Rahmen für die Feierlichkeiten zum 12. November nicht mehr Parteiveranstaltungen bildeten, sondern diese im Parlament abgehalten wurden. So wurde weit ausgeprägter als 1948 der Tag der Republikgründung durch ein feierliches Rahmenprogramm staatlich begangen, wobei versucht wurde Staat, Länder und BürgerInnen einzuschließen. Die Erinnerungsdichotomie zwischen Erster Republik und Monarchie auf welcher die Diskussion 1958 beruht hatte, war weitgehend verschwunden und erstmals konnte für die Schnittstelle dieser beiden Epochen, den 12. November, eine gemeinsame Sprachregelung im Parlament gefunden werden.

Dieser Prozess der Annäherung stand auch damit im Zusammenhang, dass die konträren Erinnerungspositionen von 1958 an parteipolitischer Bedeutung verloren hatten. Wie es Anton Pelinka beschreibt, wurden die parteiinternen Geschichtsnarrative von einem gemeinsamen Österreichbewusstsein und einem damit verbundenen geschichtlichen Narrativ immer stärker in den Hintergrund gedrängt.⁶⁶⁹ Exemplarisch deutlich wurde dies am 12. November, welcher durch die Festsetzung des Nationalfeiertages auf den 26. Oktober in der SPÖ wieder weitgehend aus der Wahrnehmung verschwunden war. Durch die Einigung auf den Nationalfeiertag, eines Gedächtnisortes, der in der Hierarchie an symbolischen staatlichen Akten, mit welchen Geschichtserzählungen strukturiert werden, einen zentralen Platz einnimmt, verlor der 12. November einen guten Teil seiner Brisanz als Jahrestag, welche ihn 1958 so umstritten gemacht hatte. Mit dem erzielten Konsens über den Nationalfeiertag änderte sich also das Spielfeld der Erinnerungen und damit auch die erinnerungspolitischen Strategien der Parteien. War damit doch die Möglichkeit verschwunden, einen parteiinternen Gedächtnisort zu einem staatlichen Gedächtnisort zu erheben. Gleichzeitig entspannte sich dadurch aber auch der Umgang der ÖVP mit dem 12. November, musste diese nun doch nicht mehr fürchten, dass ein sozialdemokratisch geprägter Erinnerungsort, diese Rolle im staatlichen Festkalender einnehmen würde.

Durch den Verlust an Bedeutung auf dem Spielfeld der Durchsetzung von Geschichtsinterpretationen, erfolgte also ein veränderter Umgang mit diesem Datum. Es stand nun nicht mehr die Dichotomie der Geschichtsbilder der beiden Großparteien im Vordergrund, mit welchen versucht worden war, diesen Tag zu legitimieren oder zu

⁶⁶⁹ vgl. PELINKA (2001g), S. 39ff.

delegitimieren. Gewissermaßen erst durch den Konsens eines Nationalfeiertages konnten also die unterschiedlichen Narrative nebeneinander bestehen, da sie nicht mehr in direkter Konkurrenz um die Ausformulierung eines staatlichen Narrativs standen. Dadurch, dass sich die Stellung des 12. November auf dem Spielfeld um die hegemoniale Deutung der Vergangenheit gewandelt hatte, konnten nun auch ÖVP und SPÖ die vormaligen Auslassungen in ihren Narrativen zum 12. November thematisieren. So ging die SPÖ eben auf die Anschlussbestrebungen von 1918 ein, während die ÖVP ihr problematisches Verhältnis mit der Republikgründung von 1918 behandelte.

Der Fokus verlagerte sich daher in der Betrachtung des 12. November weg von einer Fokussierung auf die Unterschiede, wie es 1958 der Fall gewesen war, hin zu einer Integration dieses Tages in ein gemeinsam staatlich ausformuliertes Narrativ über die Formel des Lernens aus der Geschichte der Ersten Republik. Die Konflikte um die Deutung von 1918 wurden hingegen in die Vergangenheit entrückt und unterstrichen, dass 1918 nicht mehr konfliktbeladen sei. Bezeichnend dafür war auch, dass die am fehlenden Konsens gescheiterten Republikfeiern von 1958 nicht erwähnt wurden.

Von Einfluss waren allerdings auch der Generationenwechsel und der Wandel der zentralen Akteure. So waren 1963 Josef Klaus als ÖVP-Vorsitzender und vier Jahre später Bruno Kreisky als SPÖ-Vorsitzender gewählt worden. Scheinbar tat sich auch Klaus mit den Republikfeierlichkeiten persönlich um einiges leichter als Julius Raab. War es doch auch dieser, welcher 1958 die Beflaggungen in Salzburg, wo er Landeshauptmann gewesen war, angeordnet hatte und der auch schon zum 12. November 1963 eine Rede auf der Republikfeier der ÖVP gehalten hatte. Auch innerhalb der SPÖ änderte sich mit Bruno Kreisky der Umgang mit dem 12. November und mit der Monarchie. Ein Wandel auf welchen im nächsten Kapitel eingegangen werden wird.

Ausverhandeln stellte also den Prozess dar, in welchem Geschichtsnarrative an Bedeutung verloren, hinter andere Narrative zurücktraten (welches hier das gemeinsame Bekenntnis zu Österreich war) und Unterschiede dadurch zwar nicht verschwanden, aber von den Parteien nicht mehr so stark dichotomisch betont wurden und so auch in der Wahrnehmung zurücktraten. Der Prozess des Ausverhandelns kann daher nicht erst mit 1968 verortet werden, sondern gerade die Entwicklungen in den 60er Jahren hinsichtlich des Nationalfeiertags und der Habsburg-Frage trugen wesentlich zur Entemotionalisierung der Betrachtung des 12. November bei, worin 1968 gewissermaßen einen Endpunkt darstellte. So zeigte sich etwa in der „Arbeiterzeitung“, dass ab der Beschlussfassung des Nationalfeiertags 1965 der 12. November wieder in den Hintergrund rückte und Platz machte für eine entspanntere

Betrachtung der Ereignisse von Seiten von ÖVP und SPÖ. Dabei soll aber nicht behauptet werden, dass das Ausverhandeln ohne parteipolitische Interessen und Einflussnahme vor sich ging, sondern es ist damit gemeint, dass im Diskurs die delegitimierende Komponente, also der Versuch das andere Narrativ zu diskreditieren, an Bedeutung verlor, während trotzdem natürlich versucht wurde einzelne Aspekte der eigenen Narrative in eine staatlich geprägte Erzählung einfließen zu lassen.

Von Seiten der ÖVP fielen hier besonders die Betonung einer tausendjährigen österreichischen Geschichte, welche eben nicht erst 1918 begonnen habe und die Hervorhebung von Kontinuitäten zwischen Monarchie und Erster Republik auf. Dafür wurden andere delegitimierende Teile des Diskurses von 1958, welche gegen das Geschichtsbild der SPÖ gerichtet waren, fallen gelassen. So stellte 1918 keinen Verrat an der Monarchie mehr dar, die Betonung des Anschlusswunsches von 1918 als Todesurteil der Ersten Republik trat als Argument in den Hintergrund und die Ansicht, dass zwischen 1918 und Zweiter Republik kein direkter Zusammenhang bestehen würde, verschwand überhaupt.

Die SPÖ hob hingegen im Diskurs stärker die Leistungen, wie Verfassung, Frauenwahlrecht, Sozialgesetzgebung und Wohnbauten, welche die Erste Republik mit sich gebracht hatte, hervor. Aber auch bei der SPÖ waren schon erste Stimmen zu hören, welchen den 12. November nicht mehr in Verbindung mit Aufbruch und Hoffnung, sondern mit den negativen Entwicklungen in der Ersten Republik in Verbindung brachten. Gleichzeitig damit verlor auch die negative Konnotation der Monarchie an Bedeutung. Diente diese doch nun nicht mehr in dieser vormals dichotomischen Erinnerungskonstellation dazu, die Bedeutung des Jahrestages der Republikgründung zu unterstreichen.

Überhaupt war zu bemerken, dass die Narrative innerhalb der Parteien nicht mehr so eindeutig ausgeprägt waren, sondern schon mehr Interpretationsspielraum von Seiten der einzelnen Kommentatoren oder Politiker zuließen. Durch das Fehlen einer delegitimierenden Komponente konnten sich die einzelnen Parteien nun auch mit Aspekten der Narrative auseinandersetzen, welche vorher praktisch ausgeklammert worden waren. So konnte von Seiten der ÖVP auf das fehlende Republikbewusstsein der Christlichsozialen Partei eingegangen werden und die SPÖ die Anschlussbestrebungen von 1918 behandeln.

7 DER TOPOS VOM „STAAT, DEN KEINER WOLLTE“

7.1 Der Bedeutungsverlust des 12. November

Die umfassenden staatlichen Feiern 1968 rückten den 12. November nach den Diskussionen rund um den Nationalfeiertag noch ein letztes Mal in den Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit, ließen ihn aber gerade als Folge dieses Findens eines gemeinsamen Narrativs in den darauffolgenden Jahren weitgehend aus der öffentlichen Aufmerksamkeit verschwinden. Zwar wurden auch die folgenden runden Jahrestage feierlich begangen, der zentrale Ort des Erinnerns und die Bedeutung der Feierlichkeiten verschoben sich jedoch. Fanden 1948 und 1958 noch die zentralen Feiern im Parteirahmen statt, wobei jedoch durch die Konflikte rund um die parteipolitisch konträre Wahrnehmung der 12. November in der medialen Öffentlichkeit präsent war, so erfolgten 1968 die zentralen Feierlichkeiten im staatlichen Rahmen, verbunden mit einer starken Einbindung der Bevölkerung.

Der staatliche Rahmen des Parlaments blieb auch in den folgenden Jahrzehnten zentraler Ort des Erinnerns.⁶⁷⁰ Aus der öffentlichen Wahrnehmung sollte dieser hingegen weitgehend verschwinden. So schreibt zum Beispiel auch Sonja Puntscher-Riekmann über die 75-Jahr-Feiern, dass diese „*vor allem in akademischen Kreisen und unbemerkt von der großen Öffentlichkeit*“ stattfanden.⁶⁷¹ Dies bestätigte auch eine von SchülerInnen rund um den 12. November 1993 durchgeführte Umfrage (mit einem Sample von knapp 300 Personen), welche zeigt, dass 50% der Personen nicht beantworten konnten, welches Jubiläum an diesem Tag gefeiert werden würde.⁶⁷² Die konfliktfreie, rituelle Begehung des Tages der Republikgründung im staatlichen Rahmen, ohne diesem eine tatsächlich staatstragende Funktion zuzuweisen, ließ diesen ehemaligen Staatsfeiertag immer mehr in Vergessenheit geraten und 2007 Oliver Rathkolb davon sprechen, dass 1918 ein kalter und vergessener Erinnerungsort geworden sei, der mühselig als Lexikonwissen erhalten bleibe.⁶⁷³

Gewissermaßen durch den Prozess des Ausverhandelns verschwand der 12. November also auch aus der öffentlichen Wahrnehmung und damit auch der einzige

⁶⁷⁰ 1978, 1988, 1993, 1998 und 2008 fanden jeweils Feierlichkeiten im Parlament statt. Für das Programm 2008 siehe http://www.bka.gv.at/site/cob_32401/currentpage_0/5910/default.aspx zuletzt am 17.12.2009

⁶⁷¹ PUNTSCHER-RIEKMANN (1995), S. 91.

⁶⁷² vgl. 12. November: Was war an diesem Tag. In: Die Presse 15.11.1993 S. 6.

⁶⁷³ RATHKOLB, Oliver; Mit Acht und Krach. In: Die Presse 29.12.2007. Auch online unter <http://diepresse.com/home/spectrum/zeichenderzeit/350845/index.do> zuletzt am 31.01.10

Jahrestag der Ersten Republik, welcher eine gewisse positive Konnotation hatte. Verlor doch der 12. November seine Bedeutung, da über ihn keine zentralen politischen Fragen, im Gegensatz zum 12. Februar, mehr beantwortet werden mussten. Herrschte doch nun ein überparteilicher negativer Konsens hinsichtlich der Ersten Republik und ein positiver hinsichtlich der Monarchie. Durch das erfolgte weitgehende Ausverhandeln dieses Tages rückten die Debatten über die positiven Errungenschaften der Ersten Republik weitgehend in den Hintergrund. Versuchte doch die SPÖ nun nicht mehr den 12. November in einem diskursiven Netz aus positiven Errungenschaften zu positionieren – Robert A. Kann spricht in diesem Zusammenhang vom „*vergeblichen Versuch der Popularisierung einer siegreichen Novemberrevolution von 1918*“⁶⁷⁴ – um ihn dadurch als legitimen Nationalfeiertag darzustellen. Positiv besetzte Erinnerungsorte hinsichtlich der Ersten Republik blieben natürlich bestehen, wie etwa das „Rote Wien“ und spielten parteiintern eine wichtige Rolle, allerdings nicht im staatlich ausformulierten Narrativ. Der Rückzug der SPÖ von der positiven Propagierung des 12. November machte so Platz für eine Negativzuschreibung zur Ersten Republik. Es erfolgte also gewissermaßen eine Inklusion der zuvor von Seiten der SPÖ positiv besetzten demokratischen Anfangsjahre in ein negatives, durch Diktatur, Bürgerkrieg und „Anschluss“ geprägtes Gesamtbild der Zwischenkriegszeit.

Die weitere narrative Verschiebung bezüglich der Ersten Republik wird daher nicht hinsichtlich der Erinnerungskulturen rund um den 12. November untersucht werden, da hier die weiteren Feierlichkeiten reibungslos und unspektakulär verliefen, sondern die Festschreibung der Zwischenkriegszeit wird über den rhetorischen Topos vom „Staat, den keiner wollte“ betrachtet werden. Erst das Ausverhandeln des Gedächtnisortes des 12. November, welcher zuvor kein friktionsfreies Narrativ der beiden Großparteien hinsichtlich negativer und positiver Interpretation der Ersten Republik erlaubte, ermöglichte eine negative Festschreibung. Eben durch den Verlust seiner Bedeutung, welcher durch die Annäherung der Narrative der beiden Großparteien erfolgte, verlor der 12. November seinen Distinktionscharakter für die beiden Großparteien, weshalb er immer mehr in den Hintergrund verschwand und andere negative Narrative verstärkt in den Vordergrund treten ließ.⁶⁷⁵ Symptomatisch dafür meinte etwa Barbara

⁶⁷⁴ KANN (1972), S. 54. Insofern stimmt es nur teilweise, wenn Ernst Bruckmüller meint, dass Österreich keine gelungene Revolution gehabt habe, sondern ein positiv besetztes Narrativ zur Revolution konnte sich nicht durchzusetzen. vgl. BRUCKMÜLLER (1996b), S. 10.

⁶⁷⁵ Deutlich wurde dies gerade auch im Gedenkjahr 1988 für welches Heidemarie Uhl hinsichtlich der nun komplett anderen Funktion von 1918 und der Ersten Republik festhält: „Eine Fragestellung, die ausgehend vom März 1938 allein jene Faktoren des Geschichtsverlaufs heranzieht, die zum Untergang Österreichs geführt haben und in der 1918 bloß den ‚Start in den Abgrund‘ markiert, muss zwangsläufig alle positiven Ansätze im politischen, sozialen und nicht zuletzt künstlerisch-kulturellen Bereich beiseite lassen. Man erfährt - um einige Beispiel zu nennen - weder von der bahnbrechenden

Coudenhove-Kalergi in ihrem Kommentar zum Tag der Republikgründung 2008 „Das Echo des 12. November“, dass „*in unserer kollektiven Erinnerung [...] die Erste Republik ‚der Staat, den keiner wollte‘*“ sei.⁶⁷⁶

Einerseits ließ die ÖVP bei den 50-Jahr-Feierlichkeiten zum 12. November immer mehr vom Narrativ des Trauertags ab und andererseits traten bei der SPÖ die Dissonanzen zu diesem Tag stärker in den Vordergrund. War zuvor von Seiten der SPÖ die negative Entwicklung der Ersten Republik den konservativen Kräften zugeschrieben worden, während der eigene fehlende Glaube an die Lebensfähigkeit und damit verbunden der Anschlusswunsch größtenteils ausgeklammert worden war, so wurden mit Bruno Kreisky eben genau diese Dissonanzen ins Narrativ aufgenommen. So meinte dieser selbst innerhalb der Partei im Zusammenhang mit der Suche nach einem Nationalfeiertag, dass sich der 12. November nicht als Feiertag eignen würde, da damit auch die Selbstaufgabe Österreichs deklariert worden sei. Durch diese Angleichung der Positionen, verbunden mit einer Neucodierung der Monarchie von Seiten der SPÖ, wurde erst ein gemeinsames negatives Narrativ zur Ersten Republik möglich. Verlor die Betonung der Ersten Republik damit doch ihre Abgrenzungsfunktion vom die Monarchie positiv betonenden Geschichtsbild der ÖVP. Der 12. November und die Erste Republik büßten damit als parteipolitischer Gedächtnisort immer mehr an Bedeutung ein und verschwanden als kontroverielle Gedächtnisorte aus dem öffentlichen Diskurs, womit auch die Betonung der Leistungen der Ersten Republik immer mehr in den Hintergrund rückte und Platz machte für eine negative Festschreibung dieses Abschnitts in einem offiziellen österreichischen Narrativ, als „Staat, den keiner wollte“.

Sozialgesetzgebung und den modellhaften sozialen Errungenschaften des ‚Roten Wien‘, noch von der literarischen und künstlerischen Blüte des ‚Wien um 1900‘ und dem geistig-intellektuellen Klima in ‚Wittgensteins Wien‘.“ (UHL (1992a), S. 59.) 1988 war also scheinbar 1918 nur mehr Beiwerk, dessen Position im Narrativ durch die Debatte über 1938 bestimmt war.

⁶⁷⁶ COUDENHOVE-KALERGI, Barbara; „Das Echo des 12. November“. In: Der Standard 5.11.2008, online unter http://derstandard.at/1225359033958/Das-Echo-des-12-November?_lexikaGroup=4 zuletzt am 5.1.2010

7.2 Der Mikrokosmos der 12. November-Darstellung als verdichtete Geschichtsschreibung

Verdichtet lässt sich dieser Wandel der Erinnerungskultur zur Ersten Republik auch in der sich ändernden Beschreibung des 12. November zeigen, wandelte sich doch auch die Fokussierung auf bestimmte Handlungen oder Ereignisse im Rahmen dieses Tages, bzw. wurden diese neu interpretiert.

Ähnlich wie historische Abläufe in staatlich geprägten Metanarrativen oftmals auf verkürzte rhetorische Formeln reduziert werden, so findet teilweise auch eine Verdichtung der Ereignisse auf einzelne historische Tage statt. Gewissermaßen im Mikrokosmos eines Tages verdeutlicht sich der weitere geschichtliche Ablauf. Nicht so sehr historische Abläufe und Strukturen verdeutlichen eine geschichtliche Entwicklung, sondern der Ereignischarakter eines Tages dient als Symbol für diese. Fast könnte man meinen, dass diesen Tagen die Funktion eines Orakel einnehmen, weist doch der Ereignischarakter eines Tages schon in die Zukunft und offenbart er doch für die, der adäquaten Lesart von Geschichte kundigen LeserIn schon den weiteren Lauf der Ereignisse. Es erfolgt eine kausale Verknüpfung zwischen historischem Ereignis und weiterer geschichtlicher Entwicklung. Gewissermaßen gibt die Struktur der Narrative gibt vor, was als Ereignisse in Erinnerung bleiben kann, also wie Handlungen und Geschehnisse im Narrativ verarbeitet werden können, ohne Widersprüche darin hervorzurufen.

Gerade am Beispiel der Ersten Republik verdeutlicht sich dieses Phänomen, erfuhr doch auch die Darstellungsweise des 12. November einen Wandel im Laufe der Zeit. Wurde der Ereignisablauf dieses Tages von sozialistischer Seite anfangs positiv, geprägt durch Jubel und Hoffnung, dargestellt, so rückten im Laufe der Zeit immer mehr die Dissonanzen dieses Tages in den Mittelpunkt. Es wurden andere Assoziationsketten gebildet, andere Ereignisse in den Vordergrund gerückt und neue Verknüpfungen zwischen geschichtlichen Abläufen angestellt. Der Fokus auf die Ereignisse eines einzelnen Tages verschob sich und repräsentierte derart den Wandel des Geschichtsbildes.

1948 entfachte sich an der Darstellung des 12. November sogar noch ein gewisser Konflikt in der Parteipresse. So erwiderte das sozialistische „Tagblatt“ in Entgegnung auf die negative Charakterisierung des 12. November (durch Schießereien und dem Hinweis auf das Zerreißen der österreichischen Fahne) im ÖVP-Organ „Linzer Volksblatt“:

„Zu diesen pöbelhaften Frechheiten muss einiges gesagt werden: wer die Tage des damaligen Zusammenbruches selbst mitgemacht hat, der wird heute noch

staunen, dass es so ruhig, so gar nicht revolutionär zugeht, dass die Waffen im allgemeinen Disziplin hielten und mit Ausnahme einiger kleiner, nichtssagender Episoden überhaupt nichts passiert ist. Was heißt es schon, wenn dem einen oder dem anderen Offizier, der noch nicht daran glauben wollte, dass seine Glanzzeit auf Kosten des Volkes zu Ende ist, die Sterne oder Kokarden entfernt wurden? Hätte er sie selbst fortgenommen und sich damit abgefunden, was nun einmal war. Was heißt es schon, wenn ein Häuflein Kommunisten das Parlament stürmen und die Räterepublik ausrufen wollte?“⁶⁷⁷

Diesen „kommunistischen Zwischenfall“ blendete etwa auch der Leitartikel in der „Arbeiterzeitung“ zum 12. November 1947 komplett aus und charakterisierte den Tag folgendermaßen:

„Vor dem Parlament, wo der vor einigen Tagen gebildete provisorische Nationalrat zusammentritt, drängen sich die Massen: hungrige, erbitterte, aber von der Last befreite Menschen. Zum ersten Mal steigt die rot-weiß-rote [!] Fahne empor: die österreichische Republik ist geboren.“⁶⁷⁸

Generell fällt auf, dass in den sozialistischen Parteiorganen, wie der „Arbeiterzeitung“ oder der „Zukunft“ die negative Charakterisierung des 12. November über die Schießereien bzw. über das Zerreißen der Flagge oder über die Ausrufung der Republik als „Deutsch-Österreich“ bis hinauf in die 60er Jahre praktisch nicht erfolgte. Teilweise wurde sogar der 12. November in seiner Darstellung zurechtgerückt, wenn zum Beispiel die „Arbeiterzeitung“ am 26.10.1958 meinte:

„An jenem 12. November 1918 gingen die schwarzgelben Fahnen der alten österreichischen Monarchie für immer nieder und zum ersten Mal stiegen an den Masten vor dem Parlament die rotweißroten Farben der Republik, begrüßt von dem Jubel Hunderttausender empor.“⁶⁷⁹

Wurde einige Jahrzehnte später praktisch durchgehend die Darstellung von der ihres weißen Streifens beraubten Fahne rezipiert, so versuchte, wohl auch in Konkurrenz zum damaligen „Tag der Fahne“, die SPÖ das Narrativ zu bedienen, dass es gerade der 12. November gewesen sei, an welchem die österreichische Fahne zum ersten Mal vor dem Parlament geweht habe.

Falls jedoch in der sozialistischen Presse auf die Dissonanzen eingegangen wurde, stand das Symbol des Zerreißens der Flagge und der Schüsse vor dem Parlament im Kontext der sozialdemokratischen Abwehr des Kommunismus. Der 12. November, also als Tag, an welchem es ein paar kleine Zwischenfälle gegeben hätte, an welchem jedoch dank der sozialdemokratischen Partei, *„die Kundgebung, eine der gewaltigsten, die es je in Wien gegeben [hatte], ruhig zu Ende geführt“* werden konnte.⁶⁸⁰

⁶⁷⁷ Tagblatt 13.11.1948 S. 1.

⁶⁷⁸ Geburtstag der Republik. In: AZ 12.11.1947 S.1-2.

⁶⁷⁹ J.S.; Die Fahne der Republik. In: AZ 26.10.1958 S. 2.

⁶⁸⁰ J.S.; Unsere Republik. In: AZ 12.11.1958 S. 2; ähnlich O.P.; Wir wählen – die Republik. In: AZ 11.11.1962 S. 1-2.

Entgegengesetzt war hingegen die Darstellung in der konservativen Presse. Hier kamen immer wieder die Dissonanzen des 12. November zum Ausdruck. So betonte zum Beispiel die „Presse“ explizit, dass 1918 die Republik „Deutsch-Österreich“ ausgerufen worden sei und meinte, dass dies kein feierlicher Akt gewesen sei, der Jubel ausgelöst habe.

„Die Proklamierung der Republik ging vielmehr im Geschrei der Radikalen in der Menschenmenge unter, die rote Fahnen auf den Flaggenmasten zu hissen und das Haus der Volksvertretung zu stürmen versuchten.“⁶⁸¹

Oder das „Kleine Volksblatt“ schrieb, „*dass im November 1918 schließlich unter dem Gewehrfeuer vor dem Parlament die Republik geboren wurde*“.⁶⁸² Rainer Leignitz betonte in seinem Artikel in den „Österreichischen Monatsheften“, als Kritik an der Annexion der Geschichte der Ersten Republik von Seiten der SPÖ, ebenfalls die Fahnsymbolik zum 12. November. So seien es nämlich gar die Sozialdemokraten (sic!) gewesen, welche damals den weißen Streifen herausgerissen hätten, während es gerade die Leistung der Christlichsozialen Partei gewesen sei, dass „*Österreichs Fahne damals dennoch rot-weiß-rot blieb*“.⁶⁸³ Gerade die Fahnsymbolik spielte also bei den Parteien eine wichtige Rolle, sollte doch damit eine Kontinuität und Diskontinuität der Zweiten Republik zu diesem Datum konstruiert werden und dieses damit im Geschichtsbild positiv oder negativ verortet werden. Am deutlichsten wurde diese Form der Negativcharakterisierung von 1918 aber in einem Kommentar im „Kleinen Volksblatt“ zu den 30-jährigen Gedenkfeierlichkeiten anlässlich des 12. Februars 1934. Wurde hier doch anhand der negativen Symboliken der 12. November zum eigentlichen, den Untergang der Ersten Republik „bestimmenden“ Datum. Dem 12. Februar 1934, welcher für die SPÖ dieses Datum repräsentierte, wurde also im ÖVP-Organ der 12. November in seiner Negativcharakterisierung gegenübergestellt.

„Nur eine Erfahrungstatsache, die der 12. Februar 1934 bestätigte, sollte als Lehre auch heute noch beherzigt werde: dass es nämlich für eine Demokratie tödlich sein kann, wenn außerparlamentarische Kräfte ins politische Spiel eingreifen. Damit nämlich begann es, nicht 1934, sondern schon am 12. November 1918, als eine bewaffnete Gruppe aus der rotweißroten Fahne, die vor dem eben republikanischen gewordenen Parlament hochgezogen werden sollte, die weiße Bahn herausschnitt, so dass nur das revolutionäre drapeau rouge den Anfang einer neuen Ära begrüßte. Die Gewehrsalven, die unmittelbar darauf über den Ring peitschten, waren eine schicksalsschwere Begleitmusik zur Geburt der Ersten Republik. Sie sollten später noch oft zu hören sein und letztlich auch die Demokratie zu Grabe geleiten. Das müsste allen eine ständige Mahnung sein, die Politik im Parlament zu lassen und sie nicht auf die Ringstraße zu tragen und

⁶⁸¹ MAUTHE, Hans; Zum 12. November. In: Die Presse 12.11.1958 S. 1-2.

⁶⁸² Der Geburtstag. In: VB 12.11.1963 S. 1.

⁶⁸³ vgl. LEIGNITZ, Rainer; Die annektierte Geschichte Österreichs. In: ÖMH Jg. 19 H. 9/September 1963 S. 15-18.

nicht in die Betriebe und Ministerien.⁶⁸⁴

1968 hatten diese Dissonanzen jedoch auch schon Eingang in die Darstellung der „Arbeiterzeitung“ gefunden, wo, im Gegensatz zu den Jahren zuvor, im Handlungsablauf auch den Schießereien eine zentrale Rolle zukam.⁶⁸⁵ Aber auch in Schulbüchern, populärwissenschaftlichen Werken und historischen Dokumentationen wurde wiederholt auf diese Missklänge bei der Republikgründung fokussiert. So kam zum Beispiel auch in 4 von 5 durch Gloria Withalm untersuchten Dokumentationen gerade jene Szene mit der zerrissenen rot-weiß-roten Fahne vor und stellte hinsichtlich der Verwendung von Originalmaterial in den untersuchten Dokumentationen einen der am meist verwendeten Originalausschnitte dar.⁶⁸⁶

Geradezu emblematisch lässt sich daher auch an der Darstellung des 12. November der Wandel im Geschichtsbild zur Ersten Republik zeigen. Standen von Seiten der SPÖ in den ersten Jahrzehnten die jubelnden Massen im Mittelpunkt und wurden die Dissonanzen weitgehend ausgeblendet, so traten im Laufe der Zeit, gerade in einem gemeinsamen Narrativ, jene immer stärker in den Vordergrund. Aus den Jubelkundgebungen wurden Demonstrationen, die Schießereien und das Hissen der roten Flagge gewannen als Symbole für die aufgeladene politische Atmosphäre der Ersten Republik immer mehr an Gewicht, welche sich schlussendlich 1934 im Bürgerkrieg entladen sollten. Es wurde auch verstärkt betont, dass 1918 der Staat eigentlich als Republik „Deutsch-Österreich“ ausgerufen worden war. Auch wenn der Anschlusswunsch des Jahres 1918, gerade bei der SPÖ ganz anders politisch geprägt war und keine Verbindung zum Nationalsozialismus hatte, war der „Anschluss“ nach 1945 so stark zu einem nationalsozialistischem Topos und einer negativ besetzten Kategorie geworden, dass die ÖVP, etwa bei den Republikfeierlichkeiten 1958, den 12. November durch den Hinweis auf die Anschlussbestrebungen zu delegitimieren versuchte. Im öffentlichen Diskurs herrschte scheinbar eine dermaßen starke Verknüpfung zwischen dem zwar konträr gelagerten Anschlusswunsch der SDAP und dem real erfolgten „Anschluss“ 1938, dass man fast sagen könnte, dass der 12. November in diesem verdichteten Narrativ implizit schon eine Vorwegnahme von 1938 darstellte. Diese Ansicht vertretend schrieb etwa auch die „Presse“ in einem Kommentar zum 70. Jahrestag, aufbauend auf der Argumentation, dass im Gedenkjahr 1988 zu viel Aufmerksamkeit 1938 und zu wenig 1918 gewidmet werden würde:

„Rund fünf Stunden war es her, seit Karl Renner im Staatsrat den Gesetzesentwurf für die Ausrufung des neuen Staates unterbreitet hatte - jener demokratischen Republik Deutsch-Österreich, die als ‚Bestandteil der deutschen

⁶⁸⁴ Y.; Nach der Feier. In: VB 15.12.1964 S.1-2.

⁶⁸⁵ vgl. Erlebnis unseres Lebens. Die Geburt der Republik. In: AZ 12.11.1968 Beilage S. VIII und IX.

⁶⁸⁶ vgl. WITHALM (1989), S. 139 und 141.

Republik' definiert wurde. Nur ein einziges Staatsratsmitglied hatte gegen diesen ‚Anschluss‘ gestimmt: der spätere Bundespräsident Wilhelm Miklas. Allein dieses zeigt, wie viel die Geschehnisse von 1918 mit denen von 1938 zu tun haben.“⁶⁸⁷

Die erfolgte narrative Strukturiertheit des 12. November entwickelte sich also gewissermaßen immer mehr zu einem Mikrokosmos, der Bürgerkrieg und „Anschluss“ schon vorwegnahm oder wie es Hannes Leidinger und Verena Moritz formulieren:

„Vor diesem Hintergrund wurde die Ausrufung der Republik oft als ‚Anfang vom Ende‘ bezeichnet. Die Ereignisse des 12. Novembers schienen auf eine Zwangsläufigkeit der kommenden, von Parteienzwist und Gewalt dominierten Entwicklung Österreichs hinzuweisen.“⁶⁸⁸

7.3 Entstehungsgeschichte und Wurzeln des Topos

Auch wenn Konrad Paul Liessmann die Meinung vertritt, dass die Autorschaft der rhetorischen Topos im Laufe der Zeit an Bedeutung verlieren und sich diese von der AutorIn lösen würde,⁶⁸⁹ so ist dennoch gerade für die Ausformung und Festsetzung eines Schlagwortes die Autorschaft und die damit verbundene Verortung von Bedeutung. Außerdem weist auch gerade er darauf hin, dass etwa im Assmanschen Erinnerungskonzept die Autoren des kollektiven Gedächtnisses oftmals zu kurz kommen würden und dass diese oftmals im Bereich der Journalisten, Intellektuellen und Dichter zu finden seien. Dass die Narrative also nicht aus der Bevölkerung heraus entstehen würden, sondern „von oben“ verbreitet werden würden, weshalb hier auch etwas genauer auf den Autor eingegangen werden wird.⁶⁹⁰

Selten lässt sich dieser nämlich so eindeutig festmachen, wie bei der Formel vom „Staat, den keiner wollte“, war dies doch der Titel eines 1962 von Hellmut Andics publizierten populärwissenschaftlichen Buchs zur Ersten Republik. Ursprünglich erschien es 1962 als Serie in der „Presse“ und wurde erst später zur Buchform umgearbeitet, als welche es „*unglaublich erfolgreich*“ wurde⁶⁹¹ und mehrere Auflagen hatte.⁶⁹² Neben seiner Verbreitung als Buch war der Ausdruck auch durch seine Serienform in der Presse über einen sehr langen Zeitraum präsent. Die Serie wurde zu Beginn des Jahres 1961 gestartet und endete nach 278 Teilen am 14. März 1962.

Generell war auch Hellmut Andics' Stil im Buch eher journalistisch geprägt,

⁶⁸⁷ Nachholbedarf nach siebzig Jahren. In: Die Presse 11.11.1988 S.1. Hinsichtlich ähnlicher Beispiele anlässlich des Jahres 1988 und der Verknüpfung von 1918 und 1938 vgl. UHL (1992a), S. 54.

⁶⁸⁸ LEIDINGER et al. (2008), S. 23.

⁶⁸⁹ vgl. LIESSMANN (2005), S. 27f.

⁶⁹⁰ vgl. LIESSMANN (2005), S. 34.

⁶⁹¹ So erreichte es in der von der Zeitschrift „Forum“ für das Jahr 1962 erhobenen Bestsellerliste den zweiten Rang. vgl. Forum 1963 S. 89.

wahrscheinlich mit ein Grund, weshalb seine Bücher so breite Verbreitung fanden. So charakterisiert Walter Goldinger dessen Zugang im „Staat, den keiner wollte“:

„Historische Kritik ist allerdings nicht die starke Seite Andics. Begreiflicherweise haftet er, auch wenn er es nicht wahrhaben will, stark am Detail, Episoden fesseln ihn. Manchmal nähert er sich dem historischen Roman, wenn er etwa Personen Worte in den Mund legt, die sie gesprochen haben könnten. Was ihm gelingt und worin er vielleicht manchen Fachhistoriker übertrifft, ist die Kennzeichnung der Atmosphäre. Dabei geht es freilich nicht ohne weitgehende Vereinfachungen ab, wenn sie nur wirksam sind.“⁶⁹³

Eine gewisse Aussagekraft über die Bedeutung und Verbreitung der populärwissenschaftlichen Werke Hellmut Andics hat auch die Tatsache, dass dieser nicht nur zum „Namensgeber“ der Ersten Republik wurde, sondern auch den Ausdruck von der „Insel der Seligen“, der Titel seines Buches für die Zweite Republik, entscheidend mitprägte.⁶⁹⁴ Während die zweite von ihm geprägte Bezeichnungen in erster Linie nur mehr in ihrer Negation im Diskurs Verwendung findet,⁶⁹⁵ ist die erste Formulierung so tief ins historische Bewusstsein der Bevölkerung eingedrungen, dass abseits von der anfangs bereits erwähnten Kritik der Geschichtswissenschaften im öffentlichen Diskurs diese rhetorische Simplifizierung zur Ersten Republik praktisch nicht hinterfragt wird.

Zum Zeitpunkt seiner Publikation sorgte der Titel allerdings zumindest noch für eine gewisse Aufmerksamkeit. So setzte sich eine Vielzahl der Rezensionen auch mit dem Titel auseinander. Zum Beispiel meinte die Zeitschrift „Österreich in Geschichte und Literatur“, dass der Titel zu Irrtümern führen könnte und hoffte, dass durch die inhaltlichen Erläuterungen von Andics, die Leserschaft erkennen würde, „*wie es gemeint [sei].*“ Was der Rezensent damit allerdings meinte, war die Betonung, dass Österreich nicht an sich selbst, also dem eigenen Unwillen zugrunde gegangen sei, sondern durch „*den Angriff von außen.*“⁶⁹⁶ Walter Goldinger war hingegen anderer

⁶⁹² vgl. DUNKL (1995), S. 40ff.

⁶⁹³ GOLDINGER, Walter; Hellmut Andics: Der Staat, den keiner wollte. In: Das Historisch-Politische Buch Jg. XI/1963 S. 179f.

⁶⁹⁴ vgl. LIESSMANN (2005), S. 59; BRUCKMÜLLER (1996b), S. 125. Ursprünglich stammte die Redewendung von Papst Paul VI., welcher Österreich 1971 als eine „Insel der Glücklichen“ bezeichnete und seinerseits damit wieder an einen anderen rhetorische Topoi zu Österreich („*Bella gerant alii! Tu felix Austria, nube!*“) anknüpfte. (vgl. PANAGL et al. (2007), S. 197.) Interessant ist auch der Titel, den Andics seiner an den „Staat, den keiner wollte“ anknüpfenden zweiten Serie gab, nämlich der „Staat, der keinen Namen hatte“, womit er die Zeit von 1938 bis 1945 meinte (abgedruckt ebenfalls in der „Presse“ vom 26. Mai 1962 bis zum 9. November 1962). Wollte zuvor also nach Andics keiner den Staat, so stellte 1938 den Wandel dar. Nun stand nicht mehr die Ablehnung des österreichischen Staates oder die Anschlussbegeisterung im Mittelpunkt des Titels, sondern die Besetzung durch Deutschland bzw. die damit verbundene Namenlosigkeit.

⁶⁹⁵ vgl. LIESSMANN (2005), S. 60f.

⁶⁹⁶ BILGERI, B.; Hellmut Andics: Der Staat, den keiner wollte. In: ÖGL 1963 S. 238f. „*Haben die Menschen von 1918-1938 wirklich diesen Staat durchwegs nicht gewollt? Andics selbst*“

Meinung bezüglich des Titels. Er vertrat die Ansicht, dass „*der Titel, der vor einem Jahrzehnt noch weithin schockiert hätte*“, nun nicht mehr abschrecken würde.⁶⁹⁷ Scheinbar hatte sich also das Narrativ zur Ersten Republik schon teilweise gewandelt, auch wenn Bruno Kreisky Jahre später noch meinte, dass der Ausdruck noch Widersprüche hervorrufen würde.⁶⁹⁸ Die Funktionsweise des Titels und Buchs wurde von Karl R. Stadler äußerst treffend beschrieben:

“It is frankly journalistic in style and presentation (the very title requires so many qualifications that it becomes meaningless), but it is so fair and balanced in its judgments that it may well anticipate the definite history which will one day be written.”⁶⁹⁹

Stadler betonte also schon 1963 die Offenheit, bzw. wie er es ausdrückte Bedeutungslosigkeit des Buchtitels, welche viele Klarstellungen benötigen würde, um ihn eindeutig zu interpretieren. Wahrscheinlich liegt aber gerade darin genau die Stärke der Andics'schen Formulierung, welche ihre breite Verwendbarkeit im politischen Diskurs erklären kann.

Stadler betonte außerdem auch die ausgeglichene und faire Darstellung der Geschichte, eine Beschreibung, welche von der heutigen Geschichtsschreibung wohl mit dem Schlagwort der „geteilten Schuld“ bezeichnet worden wäre, wobei auch Andics selbst rückblickend meinte, dass er eine Zeitlang diese Art der Geschichtsschreibung praktiziert habe.⁷⁰⁰ Vielleicht bekam gerade deshalb auch das Buch in der „Zukunft“ eine äußerst wohlwollende Besprechung. Andics, der zuvor scheinbar in erster Linie durch reißerische Boulevard-Gerichtssaalreportagen aufgefallen war, lieferte hiermit laut Jacques Hannak ein Werk „*dem auch zukünftige Geschichtswissenschaftler ihre Aufmerksamkeit schenken könn[t]en.*“ Er „*erkenne auch deutlich die Kräfte, die wirklich zum Bürgerkrieg drängen und analysiert mit gerechtem Abwägen die Struktur des Staates, den keiner wollte.*“⁷⁰¹

scheint anderer Meinung: er weist (S. 261) darauf hin, und dies mit Recht, dass sich in den zwölf Jahren seit 1918 ‚vor allem beim Bürgertum so etwas wie ein österreichisches Nationalbewusstsein herauszubilden‘ begann; in gewissen Maße stellt er ähnliches auch bei den sozialdemokratischen Parteigängern fest (S.262). Dieser Staat ist nicht an der Ablehnung durch seine Bürger zugrunde gegangen, sondern nur durch den Angriff von außen: ‚Die Krise wird aus Deutschland hereingetragen‘ (S.262). So kann sich auch nach der Meinung des Autors diese Ablehnung höchstens auf die ersten Katastrophenzeiten nach dem Krieg beziehen.“

⁶⁹⁷ GOLDINGER, Walter; Hellmut Andics: Der Staat, den keiner wollte. In: Das Historisch-Politische Buch Jg. XI/1963 S. 179f.

⁶⁹⁸ vgl. Portisch et al. (1981), S. 74. Interessant ist in diesem Zusammenhang jedoch, dass gerade in der ausführlichen Rezension in der sozialistischen „Zukunft“ nicht auf den Titel eingegangen wurde. vgl. HANNAK, Jacques; Das lebendige Buch. Eine Reportage über die Erste Republik. In: Die Zukunft H. 3/Februar 1963 S. 30.

⁶⁹⁹ STADLER (1963b), S. 607.

⁷⁰⁰ vgl. ANDICS (1995b), S. 12.

⁷⁰¹ HANNAK, Jacques; Das lebendige Buch. Eine Reportage über die Erste Republik. In: Die Zukunft H. 3/Februar 1963 S. 30. In den „Österreichischen Monatsheften“ ließ sich keine vergleichbare Rezension finden.

Wer war jedoch Hellmut Andics? Auch wenn sich nämlich die rhetorische Formel zur Ersten Republik schon fast von ihrem Autor gelöst hat, so waren doch gerade für die Anfangszeit die Autorschaft und besonders die politische Einstellung von Bedeutung. Andics wurde 1922 in eine traditionsreiche Beamten- und Offiziersfamilie geboren, befand sich allerdings bald in Opposition zu seinem Vater und orientierte sich in Richtung sozialdemokratisches-republikanisches Lager.⁷⁰² Nach dem Zweiten Weltkrieg war er als Journalist bei mehreren Tageszeitungen, aber auch für den ORF tätig. So stammten viele Drehbücher zu historischen Produktionen aus seiner Feder, wie zum 25. Juli 1934 oder zum Wiener Justizpalastbrand. Aber auch für die zum 50. Jahrestag 1968 ausgestrahlte Dokumentation „50 Jahre Republik“ schrieb er das Script. Nicht zu unrecht meint René Winter daher, dass Andics

„für die Herstellung televisueller Geschichtsbilder Österreichs in den 1960er und frühen 1970er Jahren eine ähnliche Rolle spielte wie Hugo Portisch für die 1980er Jahre.“⁷⁰³

Neben der Vielzahl seiner Bücher besaß also Andics auch durch seine Position im Medium Fernsehen für die 60er Jahre so etwas wie eine populärwissenschaftliche Deutungsmacht. Dabei macht er auch kein Hehl um sein Geschichtsbild:

„Bei all meinen kritischen Einstellungen – auch ein ‚linker‘ Historiker, der die bürgerliche Geschichtsschreibung überwinden will, kann nicht seine Wertschätzung vor den Leistungen der Vergangenheit verheimlichen.“⁷⁰⁴

Andics wies also eine gewisse sozialistische Orientierung auf, wobei er sich in späteren Jahren als „*heimatlosen Linken*“⁷⁰⁵ bezeichnete, der allerdings eine gewisse Sympathie für Bruno Kreisky empfand.⁷⁰⁶ So war es auch Hellmut Andics, welcher im Auftrag der SPÖ 1971 eine erste biographische Broschüre zu Bruno Kreisky herausgab, eine gewisse Verbindung zwischen diesen beiden Akteuren dürfte also bestanden haben.⁷⁰⁷

Ähnlich wie beim rhetorischen Topos vom „Rest“ wurde in der Zweiten Republik vergessen, „auf welchem politischen Boden die Formel gewachsen war“, ⁷⁰⁸ steht doch der rhetorische Topos vom „Staat, den keiner wollte“ in einem direkten

⁷⁰² vgl. DUNKL (1995), S. 28ff.

⁷⁰³ WINTER et al. (2008), S. 89.

⁷⁰⁴ DUNKL (1995), S. 60.

⁷⁰⁵ DUNKL (1995), S. 172.

⁷⁰⁶ vgl. DUNKL (1995), S. 170.

⁷⁰⁷ vgl. RÖHRLICH (2009), S. 372.

⁷⁰⁸ ZOLLINGER (2008), S. 632. „Die Rede vom ‚Rest‘ (als Selbstdiagnose), das beharrliche Leugnen der Lebensfähigkeit und der damit verbundene ‚Zwang‘ zum Anschluss an Deutschland bildeten ja seit den Endtagen der Monarchie ein Argumentationsbündel.“ ZOLLINGER (2008), S. 629.

Bedeutungszusammenhang mit dem Titel von Reinhold Lorenz⁷⁰⁹ Buch „Der Staat wider Willen“, welches Gernot Heiß als die *„historische Rechtfertigung des Anschlusses“*⁷¹⁰ bezeichnete und auch von einer Reinhold Lorenz eher wohlwollenden Dissertation als *„Tiefstpunkt in der wissenschaftlichen Arbeit des Verfassers“* gesehen wurde.⁷¹¹ Ähnlich schnell wie der Autor wurde jedoch auch sein Buchtitel wieder entnazifiziert, wodurch er sich bis jetzt breit im öffentlichen Diskurs halten konnte. Auffallend ist jedoch, dass im Gegensatz zum „Staat, den keiner wollte“, wo oftmals auf Andics verwiesen wurde, hier meist nicht der Autor zitiert wurde.

Überhaupt dürfte die Formel vom „ungewollten Staat“ seine Wurzeln eher in einem anderen Umfeld als dem sozialistischen/sozialdemokratischen gehabt haben. Zog man zum Beispiel die Aussagen der Heimwehren zum 10-jährigen Republikjubiläum heran, so fällt eine sehr starke sprachliche Ähnlichkeit auf. So schrieb etwa eines ihrer Organe zum Jubiläum: *„Wir haben diesen Staat nicht gewollt, wir haben ihn in dieser Form nicht gewünscht, nur ist er aber da und wir haben die Pflicht, ihn in die Hand zu nehmen und ihn nach unserem Willen zu formen.“*⁷¹² Oder der Heimwehführer Richard Steidle, ein Initiator des Korneuburger Eids, betonte in einer Rede zum gleichen Anlass: *„Und alle unangenehmen Erscheinungen und Erfahrungen der Nachkriegszeit setzte man auf Rechnung des neuen Staates und seiner Staatsform und steigerte dadurch den Widerwillen, dem Kinde, das man nicht gewollt, das als siecher Krüppel auf fremden Befehl seine Existenz fristet, noch zu seiner traurigen Entstehung zu gratulieren.“*⁷¹³ Die Formel vom „ungewollten Staat“ beruhte also in seiner ursprünglichen ständestaatlichen Ausformung auch auf einer Ablehnung der Staatsform der Republik und einem Trauern um das Großreich, während heute dagegen in erster Linie der Anschlusswunsch damit assoziiert wird. Es ist daher wenig verwunderlich, dass im Leitartikel der „Arbeiterzeitung“ zum zehnjährigen Republikjubiläum eine ganz andere Sichtweise vertreten wurde, standen doch hier die Hoffnung und das Bekenntnis zur Republik im Mittelpunkt.⁷¹⁴

⁷⁰⁹ Zur Karriere von Reinhold Lorenz während des Nationalsozialismus siehe HEIß (1989); FELLNER (1988d) und ZEILLER (1993).

⁷¹⁰ HEIß (1989), S. 53.

⁷¹¹ *„Polemik und Antisemitismus bilden die primären Merkmale des Rückblicks auf die Zwischenkriegszeit“* ZEILLER (1993), S. 66.

⁷¹² Der Staatsfeierstag. In: Heimatschutz-Zeitung vom 12. November 1928 S. 1 zit. n. HAIDER (1998), S. 227.

⁷¹³ zit. n. HAIDER (1998), S. 229.

⁷¹⁴ vgl. SEETHALER et al. (1993), S. 60f, 63ff; bzw. Es lebe die Republik! In: AZ 11.11.1928 S. 2 auch unter http://www.oeaw.ac.at/cmcschafftwissen/erste_republik/repREF/0120/0120a.html zuletzt am 09.03.10.

7.4 Entwicklung des Narrativs in der 2. Republik

a Die unmittelbare Nachkriegszeit

Ähnlich wie schon im Kapitel 6.1 gezeigt werden konnte, dass in der Nachkriegszeit teilweise versucht wurde, positiv an die Erste Republik anzuknüpfen, so war auch eine rein negative Charakterisierung der Ersten Republik, ausgedrückt etwa in der Formel von Reinhold Lorenz, noch nicht präsent. So schreibt etwa Adam Wandruszka in einem Kommentar zum 50-jährigen Republikjubiläum:

„Das Schlagwort von Österreich als dem ‚Staat wider Willen‘, das in der Zwischenkriegszeit im Zusammenhang mit der Anschlussbewegung aufkam und das dann den Titel abgab für den ersten Versuch einer Darstellung der Geschichte der Republik, war nach 1945 zunächst begrifflicherweise im Zeichen des leidenschaftlichen Selbstbehauptungswillens des wiedererstandenen Staatswesens verpönt.“⁷¹⁵

Diese Analyse Wandruszkas kann auch insofern bestätigt werden, als sich für die ersten Jahre praktisch keine Verwendung des Schlagwortes vom „Staat wider Willen“ finden ließ und falls doch, diese Aussage meist kritisch betrachtet oder negiert wurde. So stand zum Beispiel in der Oktober Ausgabe des Jahres 1946 der Zeitschrift für Literatur, Musik, Geschichte und Philosophie „Erbe und Zukunft“ geschrieben:

„Es wird vielleicht keinen Staat der Erde geben, über dessen Vergangenheit so viel Problematisches, so viel absichtliche Fehlurteile und so viel gutgemeinte Falschmeinungen verbreitet wurden wie über Österreich. Es wird keinen Staat der Erde geben, dessen Geschichtsschreiber ihren Standpunkt außerhalb der historisch gewordenen Gemeinschaft wählen, wie es so manche Geschichtsschreiber in Österreich – denn österreichische Geschichtsschreiber darf man in diesem Fall nicht sagen – getan haben. Uns ist wenigstens nicht bekannt geworden, dass man in anderen Ländern Geschichte von irgendeinem ‚Standpunkt‘ aus schrieb, dass man sich über die verschiedenen ‚Standpunkte‘ miteinander stritt, und dass man schließlich so weit kam, ein Werk unter dem Titel ‚Staat wider Willen‘ zu verfassen, wie es tatsächlich ein in Wien wirkender Historiker zustande brachte.“⁷¹⁶

Oder auch in der Zeitschrift „Die Brücke“, einem Monatsheft für Kultur und Wirtschaft, dass von der Gesellschaft zur Pflege der kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion herausgegeben wurde, wurde das Diktum vom „Staat wider Willen“ als Propaganda einer „*großdeutsch spekulierenden Intelligenzschicht*“ bezeichnet.⁷¹⁷ Bezeichnender als diese kritischen Stimmen ist allerdings das weitgehende Fehlen dieses rhetorischen Topos im via Google-Booksearch betrachteten publizistischen Feld

⁷¹⁵ WANDRUSZKA, Adam; Die Männer von 1918 und Oesterreich 1968. Staatsgründer „wider Willen“, sicherten sie doch dem Land eine eigene Zukunft. In: Die Presse 9.11.1968 Beilage S. 1.

⁷¹⁶ GÖRLICH, Ernst Joseph; Österreichische Geschichte. In: Erbe und Zukunft H. 1/Okt. 1946 S. 103.

⁷¹⁷ Die Brücke Jg. 1 H. 10/11 / 1945/46 S. 42.

oder auch in den Medien hinsichtlich des Jahrestags des 12. November 1948. Ähnlich hält nämlich auch Manfred Zollinger hinsichtlich des rhetorischen Topos vom „Rest ist Österreich“ fest, dass dieser erst *„mit einer deutlichen Konjunktur nach dem Staatsvertrag“* wieder in Umlauf kam.⁷¹⁸ Ein Zeichen dafür, dass der Ersten Republik in den ersten Nachkriegsjahren eine andere Rolle als die der Negativfolie zukam.

b Konservatives Schlagwort

Nach den ersten Nachkriegsjahren verschwand jedoch ein überparteilicher positiver Rückbezug auf die Erste Republik. Von Seiten der ÖVP rückten die negativen Aspekte noch stärker in den Mittelpunkt, wie anhand der von der ÖVP boykottierten Feierlichkeiten von 1958 gezeigt werden konnte. In dieser Zeit gewannen auch die negativen rhetorischen Topoi zur Ersten Republik wieder an Bedeutung, wobei auffiel, dass diese bis in die 70er Jahre insbesondere im konservativen Lager stark verbreitet waren. So bezeichnete etwa das „Kleine Volksblatt“ in seinem Kommentar zur Rechtfertigung der nicht stattgefundenen Feiern zum 12. November 1958 die Erste Republik als „Staat wider Willen“⁷¹⁹ und auch die „Presse“ schrieb, wahrscheinlich bezugnehmend auf den sozialistischen Diskurs zu 1918, in ihrem Leitartikel, dass es die historische Wahrheit fälsche, wenn heute behauptet würde, *„im November 1918 hätten die Menschen diesen Kleinstaat Österreich gewollt.“*⁷²⁰

Deutlich wurde der Zugang zur Ersten Republik aber auch in einer Rede im Nationalrat von Kanzler Josef Klaus zur Beschlussfassung des Nationalfeiertages 1965, in welchem er nach der Einigung auf den 26. Oktober und der Ablehnung des 12. November schon das Narrativ vorgab, unter welchem man die österreichische Geschichte verstehen müsse, nämlich unter der Sichtweise der Neutralität, aber auch ihres Gegensatzes zur Ersten Republik:

„Hier [in der Neutralitätserklärung] liegt ein allgemein gültiges, allgemein anerkanntes Leitbild für alle Österreicher, hier die Wurzeln für ein neues Vaterlandsgefühl: Dieses Österreich ist nicht ein Staat wider Willen, sondern die von allen Österreichern bejahte und gewollte Republik!“⁷²¹

Auch 1968 war jedoch das Narrativ vom „Staat wider Willen“ bzw. vom „Staat, den keiner wollte“ noch immer in erster Linie im konservativen Lager verankert. Diese Formulierungen wurden in den sozialistischen Parteiorganen nicht verwendet oder richtig gestellt, wie von Karl Czernetz in seinem Artikel in der „Zukunft“, wo er erklärte, dass es *„ein Staat und eine Staatsform, die nur von einer Klasse, nur von einer Partei*

⁷¹⁸ ZOLLINGER (2008), S. 632.

⁷¹⁹ vgl. LR.; Österreich ist Mehr. In: VB 12.11.1958 S. 2.

⁷²⁰ MAUTHE, Hans; Zum 12. November. In: Die Presse 12.11.1958 S. 1-2.

⁷²¹ Stenographische Protokolle des Nationalrats X. GP. - 89. Sitzung – 25. Oktober 1965 S.

wirklich gewollt wurde“, gewesen sei.⁷²² Im „Kleinen Volksblatt“ oder auch in den „Österreichischen Monatsheften“ kam hingegen kaum eine der zentralen Darstellung ohne diese rhetorischen Topoi aus,⁷²³ wobei es meist in der bereits zum Nationalfeiertag geprägten Form vom „Staat wider Willen zum Staat den wir wollen“, wie auch ein 1968 herausgegebenes Buch der jungen ÖVP hieß, also einer Gegenüberstellung zwischen Erster und Zweiter Republik, verwendet wurde.⁷²⁴ Es fällt übrigens auf, dass es gerade konservative Medien und Politiker waren, die sich als erste regelmäßig der negativen rhetorischen Topoi zur Ersten Republik durch die Narrativkonstruktion einer „geteilten Schuld“ bedienten. So auch des Schlagwortes, dass die „Patrioten keine Demokraten und die Demokraten keine Patrioten“ gewesen seien. Wobei auch diese Formel einen gewissen Entwicklungsprozess durchlief. Ursprünglich wurde es erstmals in einer etwas anderen Form vom KPÖ-Zentralkomiteemitglied Ernst Fischer geprägt, welcher bereits 1945 meinte

„Mit einiger Übertreibung könnte man sagen, die Republikaner waren nicht patriotisch und die Patrioten nicht republikanisch, die einen glauben nicht an Österreich und die anderen verstanden nicht das Gesetz der fortschreitenden Entwicklung.“⁷²⁵

Beziehungsweise in abgewandelter Form wenige Monate später sagte:

„Die österreichische Tragödie, die am 12. Februar 1934 ihren ersten Höhepunkt erreichte, bestand darin, dass die Demokraten zu wenig österreichische Patrioten und die österreichischen Patrioten zu wenig Demokraten waren.“⁷²⁶

4827.

⁷²² CZERNETZ, Karl; 50 Jahre Republik. In: Die Zukunft H. 1/Mitte Jänner 1968 S. 1.

⁷²³ vgl. STIGLMAYR, Barbara; Der Staat, den alle wollen. In: VB 9.11.1968 Wochenendbeilage S. 15; Kein Tag wie jeder andere... „Volksblatt“ – Serie zum 50. Geburtstag der Republik Österreich. Teil 6. Der Kommunismus greift nach Oesterreich. In: VB 10.11.1968 S. 3; GRÖßL, Franz; Geburtstag der Republik. In: VB 12.11.1968 S. 2; EG.; Das Bekenntnis. In: VB 13.11.1968 S. 2; MÜLLER, Gerhard; Vom 12. November 1918 zum 12. März 1938. In: ÖMH Jg. 24 H. 3/März 1968 S. 8; GORBACH, Alfons; Von der Ersten zur Zweiten Republik. In: ÖMH Jg. 24 H. 10/11 / Oktober/November 1968 S. 41.

⁷²⁴ Adler et al. (1968).

⁷²⁵ zit. n. BRUCKMÜLLER (1996b), S. 387. Interessant wäre in diesem Zusammenhang zu betrachten, inwiefern nicht gerade auch die KPÖ in den ersten Monaten bzw. während ihrer Teilnahme an der Konzentrationsregierung auch an einem gemeinsamen „Burgfrieden“ partizipierte und diesen stützte. Gerade wenn man auch die Geschichtsdarstellungen des „Free Austrian Movement“ im Exil bis 1945 und die Volksfrontstrategie betrachtet (vgl. das Kapitel

Nationalsozialismus), könnten sich daraus interessante Fragestellungen ergeben.

⁷²⁶ zit. n. BRUCKMÜLLER (1996b), S. 387. Später wurde jedoch auch von Seiten der KPÖ dieser Formel widersprochen, fungierte diese doch auch zu einem bestimmten Maß als Rechtfertigung für die Politik von Engelbert Dollfuß. So schrieb der Historiker Winfried R. Garscha in der KPÖ-Zeitschrift „Weg und Ziel“: „Die Demokraten waren keine Patrioten, die Patrioten waren keine Demokraten‘ lautet eines der Klischees, die über das Österreich der Ersten Republik verbreitet werden. Nach dieser vereinfachenden Formel sei der ermordete Kanzler zwar kein Demokrat gewesen — aber das ist ja entschuldbar: ‚Die Demokratie stand damals nicht hoch im Kurs‘, ist ein weiteres Klischee, das schon Schulkindern eingebläut wird. Dollfuß sei jedoch mit seinem ‚antideutschen‘ Kurs ein direkter Wegbereiter Österreichs zu einer eigenen Nation gewesen.“ GARSCHA, Winfried R.; Dollfuß – Märtyrer für Österreich?

Schon damals dürfte die Formulierung im bürgerlichen Lager auf Zustimmung gestoßen sein, so meinte etwa Josef Schöner, späterer Botschafter in Bonn und London und enger Berater und Mitarbeiter Leopold Figls und Karl Grubers,⁷²⁷ in seinen Tagebuchaufzeichnungen 1946:

„Der kommunistische StSchr. Fischer hat heute einen wirklich guten und schönen Leitartikel geschrieben, der zwar Renner nicht gefallen wird, aber der allgemeinen Stimmung entspricht, wenn er fordert, die Ereignisse nicht aus dem Winkel der Tagespolitik, sondern geschichtlich aufzufassen und ohne Gehässigkeit die Lehren für die Zukunft daraus zu ziehen. Er findet gute Worte für Dollfuß, dessen Fehler er nicht gleich Renner für unvergebar ansieht. Seine Formulierung, dass damals ‚die Demokraten zu wenig österreichische Patrioten und die österreichischen Patrioten zu wenig Demokraten waren, dass die einen zu wenig an die demokratischen Kräfte des Volkes und die anderen zu wenig an Österreich glaubten‘ ist schlechthin ausgezeichnet.“⁷²⁸

Für die Verwendung von Seiten der ÖVP dürfte allerdings auch der Rückgriff Gordon Shepherds, eines konservativen englischen Historikers und Dollfußbiographen, den Anton Pelinka gewissermaßen als das konservative Gegenstück zu Charles A. Gulick charakterisiert,⁷²⁹ auf diese Formel entscheidend gewesen sein. So kam dieser eben in seiner Analyse zur Ersten Republik zu einem ähnlichen Resümee wie Ernst Fischer und meinte in seinem Vorwort:

„Es ist eine traurige Eigenheit österreichischer Geschichte, dass Tugenden und Fehler der beiden Lager einander stets nur reizen, statt ergänzen. Ich sagte bei Schilderung der Ersten Republik und ihrer Tragödie, dass ihre Patrioten keine Demokraten und ihre Demokraten keine Patrioten waren.“

Eine Spur ausdifferenzierter drückte er es mehrere Seiten später aus:

„Hier schließt die Familientragödie der Ersten Republik. Soll man sie in einem einzigen Urteilsspruch fassen, dann heißt er: Die meisten ihrer Patrioten waren keine Demokraten, während die meisten ihrer Demokraten keine Patrioten waren.“⁷³⁰

Im Laufe der Zeit war daher die Autorschaft dieses Zitat nicht mehr eindeutig und es wurden beide Autoren zitiert.⁷³¹ Im Gegensatz zu Andics' Buchtitel rückte diese Formulierung allerdings, wenngleich auf der Basis der „geteilten Schuld“, die Konflikte zwischen den Parteien in den Mittelpunkt. Vielleicht auch mit ein Grund, weshalb es

In: Weg und Ziel H. 7/8 / 1984 S.284-285.

⁷²⁷ vgl. MATSCHER (1992), S. 11ff.

⁷²⁸ Schöner et al. (1992), S. 319.

⁷²⁹ vgl. PELINKA (1996d), S. 27; zu Charles A. Gulick vgl. das Kapitel Die Historiographie zur Ersten Republik bis in die 70er Jahre

⁷³⁰ BROOK-SHEPHERD (1958), S. XV bzw. 151. Interessant ist, dass sich weitgehend die erste Formulierung, also die dichotomische Reduktion auf Demokraten und Patrioten als rhetorischer Topos durchsetzte.

⁷³¹ „So ist das Wort Gordon Shepherds [...] keine unzulässige Verallgemeinerung“ JAMBOR, Walter; Österreichs Weg zur Nation. In: Die Republik H..1/1973 S. 42; „Wir richtig ist doch das Wort, das einmal einer gesprochen hat.“ HURDES, Felix; Worte des Herzens und der Vernunft. In: Der Freiheitskämpfer H. 11/12 / November/Dezember 1965 S. 2.

sich im politischen Diskurs nicht so festsetzen konnte, obwohl oder vielleicht gerade weil von Seiten der ÖVP versucht wurde, diese rhetorische Wendung als Erklärungsformel für den Februar 1934 heranzuziehen.

So betonte etwa Alfons Gorbach diese Formel in seiner Rede zum 12. Februar 1964, um derart eine „*gemeinsame geschichtliche Überlieferung*“, wie er es nannte, für die Ereignisse zu finden:

„Gestehen wir doch endlich offen ein, dass unter den Patrioten der Ersten Republik zuwenig Demokraten, dass aber auch unter den Demokraten der Ersten Republik zuwenig Patrioten waren.“⁷³²

Er verwendete diese Formel auch weiter um die Veränderung zwischen Erster und Zweiter Republik zu charakterisieren, indem er ausführte, dass die Demokraten von gestern Patrioten und die Patrioten von gestern Demokraten geworden seien. Ganz im Sinne einer „geteilten Schuld“ hätten also beide Seiten aus ihren Fehlern gelernt. Die Gedenkrede von Bruno Pittermann hingegen folgte nicht dieser von der ÖVP gewünschten Aufrechnung, hier stand die Betonung der Ausschaltung der Demokratie im Mittelpunkt und nicht die Suche nach konsensorientierten Sprachregelungen.⁷³³ Auf ähnliche Formeln war von Seiten der ÖVP auch schon früher versucht worden, die Konflikte in der Zwischenkriegszeit zu reduzieren. So hatte Lois Weinberger in einer Aussendung des ÖVP-Pressedienstes zum 12. Februar 1948 bezüglich der Grundproblematik, weshalb die Erste Republik in einem Bürgerkrieg endete, gemeint:

„Darum wollen wir von der österreichischen Volkspartei auch dafür Sorge tragen, dass niemals mehr Österreich gegen die Demokratie und die Demokratie gegen Österreich ausgespielt wird.“⁷³⁴

Und auch das Organ der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten, der „Freiheitskämpfer“, druckte 1964 einen Leserbrief aus der „Furche“ ab, der unter Bezugnahme auf dieses Diktum meinte:

„Nun ist Patriotismus ein hoher Wert und die Demokratie ebenso. Wo sie sich nicht decken, droht Unheil. Wer aber könnte es wagen, eine allgemein gültige

⁷³² Rede von Alfons Gorbach zum 12. Februar 1964 abgedruckt in (KÄFER (1965), S. 86.). Wortmeldungen mit der Rekurrerung auf diesen Topos fanden sich etwa auch in den eine konservative Lesart der Geschichte darlegenden Artikeln des Historikers Kurt Skalniks und des Chefredakteurs der „Kleinen Zeitung“ Fritz Csoklichs in der Zeitschrift „Forum“ zum Schwerpunkt „Februar 1934 – Februar 1964“. Wobei gerade die Häufung der negativen rhetorischen Topoi von konservativer Seite bei der Debatte um den Februar 1934 deutlich wurde. So verwendeten Fritz Csoklich und Kurt Skalnik ebenfalls die Formulierung vom „Staat wider Willen“ und der „griechischen Tragödie“ hinsichtlich der Ersten Republik. Während sozialistische Kommentatoren also stärker die Zerstörung der Aufbauleistungen betonten, wurde von konservativer Seite auf die Erste Republik durchwegs negativ rekurriert, wobei maximal Engelbert Dollfuß herausragte, worauf später im Kapitel Widersprüche gegen den Topos vom „Staat, den keiner wollte“ noch eingegangen werden wird. vgl. SKALNIK, Kurt; Dollfuß war zur Machtprobe entschlossen. In: Forum Februar 1964 S. 91-92 bzw. CSOKLICH, Fritz: „Warnung vor guten und bösen Österreichern. In: Forum Februar 1964 S. 73-75.

⁷³³ Rede von Bruno Pittermann zum 12. Februar 1964 abgedruckt in (KÄFER (1965), S. 88ff.).

⁷³⁴ zit. n. KLAMPER (1997), S. 178.

Werteskala und damit einen Vorrang des einen Wertes vor dem anderen festzulegen? Man sei daher um des Vaterlande willen vorsichtig mit Schuldvorwürfen.“⁷³⁵

Überhaupt stellte es im speziellen hinsichtlich des Austrofaschismus oder insbesondere Engelbert Dollfuß ein bevorzugtes Argumentationsmuster der ÖVP dar, die Abkehr von Republik und Demokratie durch deren „österreichische Mission“ zu entschuldigen, also als Rechtfertigung für das Ausschalten der Demokratie zu betonen, dass die ÖVP die einzigen Patrioten in der Zwischenkriegszeit gewesen seien.⁷³⁶ Dass der rhetorische Topos über Patrioten und Demokraten andererseits von der SPÖ nicht im Sinne der „geteilten Schuld“ gesehen wurde, wie ihn die ÖVP verstanden wissen wollte, wurde in einer Nationalratsdiskussion 1973 deutlich, in welcher die Diskussion um die Zeit des Austrofaschismus eine ihrer rituellen Wiederbelebungen erfuhr. So meinte Karl Blecha:

„Wenn Drimmel⁷³⁷ davon gesprochen hat, dass es in der Ersten Republik Patrioten gab, die keine Demokraten waren, und Demokraten, die keine Patrioten waren, dann, glaube ich, ist es notwendig, dass man hier mit aller Deutlichkeit auch darauf hinweist, dass unter den Demokraten die Sozialdemokraten von ihm verstanden waren, und unter den Patrioten, die keine Demokraten waren, die Parteigänger des Engelbert Dollfuß.“⁷³⁸

Karl Blecha machte damit deutlich, dass für die SPÖ in ihrer Interpretation der Vergangenheit die Demokratie der wichtigere Aspekt sei und dass die von der ÖVP verwendete Formel in ihrer Vereinfachung nicht als Beleg für eine „geteilte Schuld“ zum Untergang der Ersten Republik gelten könne. Ähnlich klar wurde dies auch beim SPÖ-Abgeordneten Max Neugebauer welcher festhielt, dass diese Formel sehr stark vereinfachend sei und dass die linke Seite *„demokratisch und für die demokratische Republik auch patriotisch“*⁷³⁹ gewesen sei, wobei es aber auch auf Seite der Patrioten

⁷³⁵ Am Rande bemerkt. In: Der Freiheitskämpfer H. 3/4 / Mai 1964 S. 8.

⁷³⁶ Interessant hinsichtlich der Legitimation/Delegitimation durch Rückgriffe auf rhetorische Topos ist auch die Umwandlung dieser Formulierung im „Freiheitskämpfer“ anlässlich der Proteste gegen die ÖVP-FPÖ Regierung und die Sanktionen des Auslands: *„In meiner Jugend hieß es die einen waren Patrioten und keine Demokraten, die anderen Demokraten aber keine Patrioten. Heute stelle ich fest, die anderen sind heute weder Patrioten noch Demokraten.“* Weder Patrioten noch Demokraten. In: Der Freiheitskämpfer Jg. 51 H. 1 / März 2000 S. 7.

⁷³⁷ Höchstwahrscheinlich war hier nicht Heinrich Drimmel gemeint, sondern der damalige ÖVP-Parteibmann Karl Schleinzler, welcher sagte, dass für ihn *„das Wort, das gesprochen wurden von den Patrioten, die keine Demokraten gewesen sind, und von den Demokraten, die keine Patrioten waren, unvergesslich bleiben“* werde. Stenographische Protokolle des Nationalrats XIII. GP. - 69. Sitzung – 4. April 1973 S. 6561.

⁷³⁸ Stenographische Protokolle des Nationalrats XIII. GP. - 69. Sitzung – 4. April 1973 S. 6564.

⁷³⁹ Bzw. ähnlich auch hinsichtlich der Bezugsetzung des Begriffes „Patriotismus“ der Historiker Felix Kreissler: *„Diese Schizophrenie sog sich bis 1938 dahin; man hat für sie das berühmte Wort geprägt: die Patrioten waren keine Republikaner und die Republikaner waren keine Patrioten. Das ist ein bisschen zu vereinfachend. Denn gerade jene, denen man den Patriotismus absprach, die Sozialdemokraten, haben ein patriotisches Aufbauwerk erster Ordnung unternommen: den Aufbau des Roten Wien, mit seinem Wohnbau, seiner Schulreform, seiner Gesundheitsfürsorge usw. usf.“* KREISSLER (1994c), S. 514.

gute Demokraten gegeben habe.⁷⁴⁰ Hinsichtlich der SDAP bezog er also den Begriff „Patriotismus“ nicht auf Österreich, sondern auf das System, eine „*demokratische Republik*“ und machte damit die Bedeutung der Republik bzw. Demokratie gegenüber dem Patriotismus deutlich.

c Entwicklung zum überparteilichen Narrativ

Erst zu Beginn der 70er Jahre kam es im Zusammenhang mit der teilweisen Umcodierung der Monarchie im Geschichtsbild der SPÖ auch zu einer breiteren Verwendung dieser rhetorischen Topoi zur Ersten Republik. Ein Prozess der auch sehr eng mit dem Parteivorsitzenden und späteren Bundeskanzler Bruno Kreisky verbunden war. Wie schon erwähnt, lehnte er auch innerhalb der Partei den 12. November als Nationalfeiertag ab, da er den Tag der Ausrufung der Republik als „Deutsch-Österreich“ als nicht adäquat empfand. Wurden bis in die 60er Jahre von der SPÖ die Leistungen in den Anfangsjahren der großen Koalition bis 1920 und auch der republikanische Gedanke verstärkt betont, so erfolgte durch den Verlust der geschichtspolitischen Bedeutung des 12. November eine verstärkte Umcodierung zum „Staat, den keiner wollte“. Besonders deutlich wurde die Aufnahme des Narrativs bei den 60-Jahr-Feierlichkeiten der Republik. So hielt Bruno Kreisky eine Rede auf einer Festveranstaltung der SPÖ, in welcher er betonte, dass aufgrund des Anschlussgedankens vom 12. November dieser „*Tag nicht als Nationalfeiertag der Zweiten Republik akzeptiert*“ worden konnte⁷⁴¹ und bezeichnete die Erste Republik, in einer ähnlichen Form wie Bundeskanzler Klaus 1965, in Gegenüberstellung zur Zweiten Republik, als den „Staat, den keiner wollte“.⁷⁴² Bereits 1978 dürfte dieser rhetorische Topos somit eine weitgehende Verbreitung gefunden haben, so sprach der damalige leitende Redakteur (Ausland) der „Wochenpresse“ Lucian O. Meysels in einer Umfrage in der Zeitschrift „Die Republik“ zum 60-jährigen Jubiläums des 12. November vom „*abgedroschenen Schlagwort vom ‚Staat, den keiner wollte‘*.“ Dass dies nicht bloß eine Floskel war, verdeutlicht sich auch darin, dass von den acht befragten Personen insgesamt drei (Fritz Bock, Norbert Leser, Lucian O. Meysel) auf Andics' Buchtitel rekurrerten.⁷⁴³

Bruno Kreiskys kritische Haltung gegenüber der Ersten Republik entwickelte sich allerdings nicht erst in den 70er Jahren. So meinte er schon bei einer Rede 1961, dass

⁷⁴⁰ NEUGEBAUER, Max; Erziehung zum Staatsbewusstsein. In: Die Zukunft H. 6/März 1965 S. 8-9

⁷⁴¹ Festakt im Parlament. Heute ein Staat, „den alle wollen“. In: Die Presse 13.11.1978 S. 2.

⁷⁴² „Ein Staat, den alle wollen.“ Kreisky: Demokratische Grundlagen Österreichs sind heute unbestritten. In: AZ 12.11.1978 S. 1.

⁷⁴³ „12. November 1918 – 60 Jahre nachher“. Welche Bilanz ziehen Sie? In: Die Republik H.

„der Titel, den eine große Wiener Tageszeitung ihrer so nützlichen und ausgezeichneten Darstellung dieser Zeit gegeben hat[te], [...] wahrlich zutreffend [sei]: Österreich war damals ein Staat, den keiner wollte.“⁷⁴⁴ Dass diese Formulierung allerdings nicht ganz unumstritten war, zeigt auch die Negierung von Hellmut Andics' Schlagwort durch Karl Czernetz in der „Zukunft“⁷⁴⁵ und auch Kreisky selbst hielt fest, dass es Leute gäbe, welche gegen diesen Ausspruch protestieren würden.⁷⁴⁶

Interessant ist allerdings, dass Bruno Kreisky nicht auf das besonders in konservativen Kreisen verbreitete Schlagwort vom „Staat wider Willen“ zurückgriff, sondern auf den Buchtitel des „linken Historikers“ Hellmut Andics' vom „Staat, den keiner wollte“. Die Bedeutung der Autorschaft gerade in den Anfangsjahren wird auch darin deutlich, dass Kreisky ähnliche Formulierungen relativierte oder nicht verwendete. So meinte er etwa hinsichtlich Paul Lendvais Frage, ob die Formulierung Gordon Shepherds, dass in der Ersten Republik „die Demokraten keine Patrioten und die Patrioten keine Demokraten“ waren, stimme, dass diese übertrieben sei.⁷⁴⁷ Auch lassen sich keine Reden finden, in welchen Kreisky vom „Staat wider Willen“ sprach. Dieses Schlagwort dürfte also eine gewisse konservative Besetzung besessen haben. Es dauerte daher noch länger bis diese Formel auch Eingang bei der SPÖ, wie etwa bei Hannes Androsch, fand.

Dieser rekurrierte ebenfalls vielfach auf den rhetorischen Topoi vom „Staat, den keiner wollte“. Es gab kaum ein Buch oder ein Vorwort von ihm, welches ohne diesen rhetorischen Topos auskam,⁷⁴⁸ wobei er allerdings noch einen Schritt weiter ging. Bei ihm kulminierte die Darstellung Österreichs oftmals in einer bloßen Aneinanderreihung von negativen rhetorischen Topoi zur Ersten Republik.

„Die am 12. November 1918 proklamierte Republik war ein Versatzstück aus der Konkursmasse des Vielvölkerreiches, eine künstliche Schöpfung der Siegermächte, zur Kleinstaatlichkeit verurteilt. Seine Bevölkerung litt, wie Norbert Leser feststellte, an einem ‚Reduktionsschock‘. Dieses Österreich war ein Staat wider Willen, ein ‚Staat, den keiner wollte‘ (Hellmut Andics), ein ‚ungeliebter Staat‘ (Friedrich Weissensteiner).“⁷⁴⁹

In diesem dichten Geflecht an Aneinanderreihungen blieb natürlich wenig Platz für deren Leistungen. Und auch bei den jüngeren Politikergenerationen fand sich immer wieder das Narrativ vom „Staat, den keiner wollte“. So zog es sich durch die Reden von Franz Vranitzky, Heinz Fischer oder Alfred Gusenbauer, wie auch auf konservativer Seite von Thomas Klestil, Andreas Khol oder Erhard Busek oder auch im dritten Lager

3/1978 S. 43-57.

⁷⁴⁴ KREISKY (1981a), S. 225.

⁷⁴⁵ CZERNETZ, Karl; 50 Jahre Republik. In: Die Zukunft H. 1/Mitte Jänner 1968 S. 1.

⁷⁴⁶ vgl. Portisch et al. (1981), S. 74.

⁷⁴⁷ vgl. LENDVAI (1980), S. 21; ähnlich auch in einer Rede vgl. KREISKY et al. (1996c), S. 263.

⁷⁴⁸ Reden und Vorworte von Androsch befanden sich auf seiner Homepage www.androsch.com. Mit der Google-Suche lassen sich hier eine Vielzahl von Zitationen von Andics' Formel finden (zuletzt am 20.11.2009).

⁷⁴⁹ ANDROSCH (2005), S. 21.

von Jörg Haider.⁷⁵⁰

Deutlich wird diese negative Besetzung der Zwischenkriegszeit von Seiten der Politiker besonders in der „Österreichischen Nationalgeschichte“, einem Sammelband von Artikeln von JournalistInnen und PolitikerInnen, 1998 herausgegeben von Robert Kriechbaumer, der für Ernst Hanisch eine Restaurierung der Koalitionsgeschichtsschreibung darstellt.⁷⁵¹ Hier herrschte ein parteiübergreifender Konsens zum „Staat, den keiner wollte.“ Scheinbar wollte oder konnte keine der Parteien bei ihrer Darstellung der Geschichte Österreichs auf diesen rhetorischen Topos verzichten. Oder wie es Manfred Zollinger hinsichtlich des rhetorischen Topos vom „Rest“ ausdrückt, dass der Satz *„bereits so wirkungsmächtig [sei], dass es schwer fällt, auf ihn zu verzichten.“*⁷⁵² Hinsichtlich des „Staates, den keiner wollte“ verwendete ihn so Andreas Khol ganz plakativ im Titel, aber auch Busek, Vranitzky, Androsch, Lacina und auch Freda Meissner-Blau griffen darauf zurück.⁷⁵³ Interessant ist, dass gerade Jörg Haider, als einziger Andics' Schlagwort relativierte zu einem „Staat, den kaum einer wollte“.⁷⁵⁴ Vielleicht auch deswegen, da 1998 das dritte Lager die Negativschablone der Ersten Republik (noch) nicht benötigte, um die Leistungen der Zweiten Republik – „der ideologischen Missgeburt“ – (deren Regierung die FPÖ 1998 auch noch nicht angehörte) hervorzuheben.

Auch wenn die Verwendungen des rhetorischen Topos vom „Staat, den keiner wollte“ also oftmals mehr einem stolz vor sich hergetragenen Zitatenschatz (besonders bei Hannes Androsch) gleicht und damit keine direkten erinnerungspolitischen Ambitionen (außer der Betonung der „Erfolgsgeschichte“ der Zweiten Republik) verfolgt werden, so tragen diese doch performativ dazu bei, dass die Negativzuschreibung zur Ersten Republik als negativer Topoi aufrecht erhalten bleibt. Dass sich das positive sozialistische Narrativ zur Ersten Republik allerdings wandelte und der rhetorische Topos vom „Staat, den keiner wollte“ in einem parteienübergreifenden Diskurs durchsetzte, dazu trug neben den veränderten Rahmenbedingungen sicherlich auch, ähnlich wie bei der Aussöhnung mit der Monarchie, der Akteur Bruno Kreisky bei. Betrachtet man nämlich die 70er und 80er Jahre, so fand sich gerade bei seinen Reden eine Häufung dieses rhetorischen Topos.⁷⁵⁵

⁷⁵⁰ Hinsichtlich der breiten Verwendung empfiehlt sich auch eine kurze Google-Suche.

⁷⁵¹ vgl. HANISCH (2004h), S. 71.

⁷⁵² ZOLLINGER (2008), S. 626.

⁷⁵³ Kriechbaumer (1998a), S. 119, 413, 88, 560, 507, 442.

⁷⁵⁴ Kriechbaumer (1998a), S. 315.

⁷⁵⁵ KAUFMANN (1978), S. 308; Jedlicka (1973b), S. 179; JEDLICKA et al. (1975), S. 5; MÜLLER et al. (1981), S. 102; Portisch et al. (1981), S. 74; KREISKY (1981a), S. 225; KREISKY (1981b), S. 706.

Exkurs: Die sozialistische Umcodierung der habsburgischen Vergangenheit

Mitverantwortlich für den Wandel der Narrative im sozialistischen Lager war jedoch auch eine geänderte Sichtweise der Monarchie. Dies war einerseits ein Prozess, welcher sicherlich stark mit der Implementierung des 12. November im staatlichen Gedenktagekanon zu tun hatte – hält doch etwa Emil Brix fest, dass mit der Verankerung der Überwindung vordemokratischer Herrschaft im nationalen Gedächtnis, auch „*die Zeit davor problemlos im Traditionsdiskurs gehalten werden*“ könne⁷⁵⁶ – an dem andererseits aber auch Bruno Kreisky aktiv beteiligt sein sollte. So fand nicht nur eine Aussöhnung mit der Kirche statt, sondern durch ihn kamen auch die Divergenzen zwischen Habsburgermonarchie und SPÖ zu einem symbolischen Ende. War der letzte Höhepunkt des Habsburgstreits 1966 mit einem Großstreik wegen der erstmaligen Einreise Otto Habsburgs erfolgt und durch die vollendeten Tatsachen (der Einreise) wieder aus dem Fokus gerückt,⁷⁵⁷ so dauerte es noch bis 1972, bis der Konflikt durch einen Handschlag schlussendlich seinen Lauf ins Vergessen antreten konnte und die Stellungnahmen Otto Habsburgs für keine Aufregung mehr sorgen sollten.

1972 kam es auf einem Kongress der Paneuropabewegung, deren Vizepräsident Otto Habsburg war, zum symbolischen Akt des Handschlags zwischen diesem und Bruno Kreisky. Insbesondere von Medienseite wurde die Symbolik dieser Handlung zu einem Versöhnungsakt inszeniert. So wurde etwa der Händedruck auf Wunsch der Kameraleute und Fotografen wiederholt.⁷⁵⁸ Besonders in der konservativen Presse wurde dabei der Akt mit Bedeutung aufgeladen und zum „*Ende einer Affäre*“ hochstilisiert. Aber auch die „Arbeiterzeitung“ sah sich genötigt zu erklären, weshalb das Thema Habsburg in den Jahren zuvor eine solche Virulenz erzeugen konnte, obwohl sie im Handschlag nicht die von der konservativen Presse gegebene Bedeutung sah. Vielmehr wies sie daraufhin, dass sich Otto Habsburg an seine Loyalitätserklärung zur Republik halte und es daher keine große Sache sei. Bruno Kreisky entrückte den Konflikt sogar in die Vergangenheit, indem er meinte, „*dass es seit Jahren keine Kontroversen mehr um Dr. Habsburg gäbe.*“⁷⁵⁹ Dass dieser Handschlag innerhalb der SPÖ allerdings nicht nur auf Zustimmung stieß,⁷⁶⁰ zeigt auch eine Anekdote aus dem Parteivorstand, in welchem Bruno Kreisky diesen Akt anders als im medialen Diskurs deutete.

„Genossinnen und Genossen“, hob er im bekannt schleppenden Ton an, „ihr

⁷⁵⁶ vgl. BRIX (1999b), S. 241.

⁷⁵⁷ Darauf weist auch hin, dass sich bei den Republiksfeiern 1968 kein Hinweis mehr auf Otto Habsburg finden lies.

⁷⁵⁸ BAIER et al. (2002), S. 329.

⁷⁵⁹ Habsburg – kein Zankapfel mehr. Kreisky: Loyalitätserklärung wurde streng beachtet. In: AZ 06.05.1972 S. 2.

⁷⁶⁰ vgl. KREISKY et al. (1982b), S. 69.

werdet euch sicher fragen, warum ich das zugelassen habe?' Prüfender Blick in die Reihen der finster dreinschauenden Funktionäre. ‚Indem, dass der Herr seine Hand gegeben und sich vor mir verbeugt hat, ist er bei seinen Leuten unten durch!‘⁷⁶¹

Noch deutlicher sollte die vollzogene Aussöhnung bei der Einreise der Witwe Karls Zita werden. Durfte diese doch 1982, obwohl sie keinen Thronverzicht unterzeichnet hatte, nach Österreich zurückkehren.⁷⁶² Und auch eine Republikfeier im Industriellenverband 1988 rief keine Misstöne mehr hervor, bei welcher Otto Habsburg zum Untergang der Monarchie sprach und welche schlussendlich mit dem Anstimmen der Kaiserhymne endete.⁷⁶³ Der Konflikt um die Monarchie war offenbar mit diesem Handschlag im Gegensatz zum Bürgerkrieg mit dem Handschlag von 1964 zu Grabe getragen worden.

Bezeichnet Helmut Konrad den Handschlag 1964 als Verdichtung der Koalitionsgeschichtsschreibung,⁷⁶⁴ welchem auch ein Ausverhandeln im SPÖ-Bundespartei Vorstand vorausgegangen war⁷⁶⁵ und der somit eine gewisse Form von einem innerparteilichen Konsens ausdrückte, so erfolgte der Handschlag 1972 allein aus Kreiskys Entscheidung heraus. Es stellt sich sogar die Frage, ob dieser im Gegensatz zu 1964, wo es eine absichtliche, ausverhandelte, symbolische Geste darstellte, nicht erst durch die Inszenierung und Bedeutungsgebung der Medien an Relevanz gewann. Deswegen lässt sich festhalten, dass der Handschlag zwischen Kreisky und Otto Habsburg wahrscheinlich schon in eine Zeit fiel, in welcher die negative Haltung der SPÖ zur Monarchie bereits an Bedeutung verloren hatte. Schon dieser unintentionale Charakter des Handschlags zwischen Habsburg und Kreisky macht deutlich, dass der Umgang mit der Habsburgermonarchie weit ruhiger vor sich ging als mit dem Bürgerkrieg, musste der symbolische Handschlag hier doch zuerst innerparteilich ausverhandelt werden. Aber auch das „Vergessen“ dieses Handschlags zwischen Kreisky und Habsburg im kollektiven Gedächtnis offenbart, wie stark die Aussöhnung zwischen Sozialdemokratie und Monarchie schon fortgeschritten ist. Dadurch, dass auch der Konflikt um die Deutung der Monarchie im Gegensatz zum Konflikt um den Austrofaschismus praktisch aus dem kollektiven Gedächtnis verschwunden ist, ist klarerweise auch sein symbolischer Akt der Versöhnung dem

⁷⁶¹ DICKINGER (2001), S. 25.

⁷⁶² vgl. ANZENBERGER (1999), S. 14.

⁷⁶³ vgl. „Gott erhalte...“ zum 70. Jahrestag der Republik. In: Die Presse 14.11.1988 S. 5.

⁷⁶⁴ vgl. KONRAD (2008d), S. 275.

⁷⁶⁵ vgl. FISCHER (1998), S. 225. Scheinbar ging die Initiative für gemeinsame Februarfeiern von der ÖVP aus. Dies behauptete zumindest Josef Klaus in einer Sitzung des Bundespartei Vorstands am 12. Februar 1964, in welchem er meinte, dass vom oberösterreichischen Landeshauptmann Heinrich Gleißner am Landesparteitag der ÖVP am 8. Dezember 1963 die Idee aufgebracht worden sei, *„diesen Tag als einen Tag der Pietät und Trauer des ganzen Volkes zu begehen.“* Bundespartei Vorstand tagt. In: VB 13.2.1964 S.2.

Vergessen anheim gefallen.

Bruno Kreisky trieb allerdings nicht nur die Aussöhnung mit der Monarchie voran. Durch ihn fand auch das habsburgische Symbolrepertoire Aufnahme in die politische Symbolik der SPÖ. So ließ sich etwa Bruno Kreisky 1979 für eine Wahlkampfbroschüre vor dem Bildnis des jungen Kaisers Franz Joseph abbilden⁷⁶⁶ oder gab, wie Béla Rásky festhält, *„seine TV-Interviews mit Vorliebe unter einem Porträt Josefs II.“*⁷⁶⁷ Rückgriffe auf Repräsentationsformen, die sicherlich nicht ohne das Bewusstsein ihrer symbolischen Bedeutung erfolgten. 1955 zum Beispiel war man sich dieser voll bewusst, als man ein Bildnis Franz Josefs bei den Staatsvertragsverhandlungen diskret verhängte.⁷⁶⁸ Hinsichtlich dieser symbolischen Komponente meint auch der australische Germanist Leslie Bodi im Vergleich zu Deutschland, dass man sich für dort nur schwer vorstellen könnte, *„dass ein Wahlplakat der SPD Willy Brandt oder Helmut Schmidt unter dem Portrait Kaiser Wilhelms I. oder Bismarcks zeigen würde.“*⁷⁶⁹

Aber auch Bruno Kreisky selbst äußerte sich positiv über Kaiser Franz Joseph. So meinte er in einem Interview, im Gegensatz etwa zur negativen Charakterisierung in der „Arbeiterzeitungs“-Beilage 1968, dass dieser für eine gewisse schwarzgelbe Liberalität, für ein ausgeprägtes Rechtsgefühl gestanden habe.⁷⁷⁰ In Bruno Kreiskys Biographie trat diese nostalgische Sichtweise auf die Monarchie und Kaiser Franz Joseph ebenfalls zutage, wenn er zum Beispiel das Begräbnis des Kaisers 1916 als einen Tag voller Schwärze, Schmerz und Sorge beschrieb.⁷⁷¹ Weiter meinte er, dass, obwohl es in der offiziellen Parteigeschichte anders zu lesen sei, für die

⁷⁶⁶ vgl. COLE (2004), S. 492. Robert Kriechbaumer ging sogar noch einen Schritt weiter und sah in der Verwendung der Porträts Josefs II. und Franz Josefs eine politische Strategie: *„Politik bedient sich, vor allem im Medienzeitalter, der Bilder. Jenseits ihrer ästhetischen Dimension repräsentieren sie allgemein verständliche Verdichtungen komplexer Zusammenhänge. [...] Die Porträts Kaiser Josefs II. und Franz Josefs gehörten zu den bevorzugten Sujets nicht nur der Werbestrategie der SPÖ, die damit ihren Wandel zur Staatspartei signalisierte, sondern auch ihres Vorsitzenden und Bundeskanzlers. Bruno Kreisky als quasi zeitgemäße Ausgabe einer Mixtur der beiden Kaiser, ein patriarchalischer Reformers, der sowohl die Sehnsucht nach Reformen wie nach Sicherheit befriedigt. Kreisky, den für viele stets ein Hauch von Habsburgermonarchie und deren liberal-großbürgerlichen Seite umgab, repräsentierte wie noch kein Bundeskanzler der Zweiten Republik die in der österreichischen Mentalität tief verankerte Sehnsucht nach Tradition und Modernität jenseits bloß technokratischer oder provinzieller Provenienz.“* KRIECHBAUMER (2004c), S. 157.

⁷⁶⁷ RÁSKY (2009b), S. 46f.

⁷⁶⁸ vgl. SCHAUSBERGER (1980c), S. 213.

⁷⁶⁹ BODI (2002), S. 471.

⁷⁷⁰ So meinte Kreisky auf die Frage, ob er Franz Joseph schätzen würde: *„Er stand für eine gewisse schwarzgelbe Liberalität, er hatte ein ausgeprägtes Rechtsgefühl. Er war ein anderer in seinen späteren Jahren als jener Franz Joseph, der 1848 die Russen gegen die ungarische Revolution geholt hat. In seiner Zeit wurden gewisse Tabus gebrochen. Er hat jüdische Industriekapitäne geadelt, auch wenn sie Juden geblieben sind. Es hat viele Mischehen gegeben. Das war ein Geist, den Franz Joseph jedenfalls toleriert hat. Noch Hitler war entsetzt über das Maß an Vermischung in Wien.“* KREISKY et al. (1982b), S. 70.

Sozialdemokratie über der untergehenden Monarchie ein Hauch von Melancholie und sogar Anmut liege.⁷⁷² So konnte er im Zerfall der Monarchie auch nur einen Rückschritt in dreifacher Hinsicht sehen:

„wirtschaftlich: weil die Idee einer mitteleuropäischen Wirtschaftsgemeinschaft ein vorzügliches Modell für den Westen Europas gewesen wäre und ihm viel von den mühevollen Umwegen zur Integration erspart hätte. Wir haben diese wirtschaftliche Integration besessen; wir hätten sie weiterpflegen müssen. Der Zerfall des alten Reiches ist darüber hinaus aber auch politisch ein schwerer Rückschlag gewesen, weil viele der Nachfolgestaaten des alten Österreich aus übersteigertem Nationalgefühl an undemokratische Regierungsformen gerieten, und ganz am Ende hat das zur Machtergreifung des Kommunismus geführt. Und zum dritten war das Ende dieses Reiches deshalb verhängnisvoll, weil damit eine übernationale Kulturgemeinschaft zerfallen war, die viele Gesichter besaß und dennoch eine große Einheit bildete.“⁷⁷³

Und so reflektierte Kreisky, im Gegensatz zur früheren sozialdemokratischen Linie in seinen Memoiren darüber, ob der Untergang dieses Vielvölkerstaates wirklich unumgänglich gewesen sei und ob die Monarchie nicht „*eine jener großen historischen Möglichkeiten [...], die niemals genutzt wurden*“, gewesen sei.⁷⁷⁴

Im narrativen Plot seiner Memoiren kam hingegen dem 12. November keine bedeutende Rolle zu. Vielmehr verwendete Bruno Kreisky eine Kindheitsanekdote, in welcher das erzählerische Moment darauf hinauslief, dass der 12. November nicht viel Veränderung mit sich gebracht habe.⁷⁷⁵ Weiters wies er darauf hin, dass er, als es um die Nationalfeiertagsdebatte ging, entschieden dagegen eintrat, den 12. November zu wählen, da damals der „*Verzicht auf unsere Selbständigkeit als Staat*“ erklärt wurde.⁷⁷⁶ Eine Ansicht zum 12. November, die Kreisky oftmals in Reden vertrat.⁷⁷⁷ Es ist also

⁷⁷¹ vgl. KREISKY (1986c), S. 24.

⁷⁷² vgl. KREISKY (1986c), S. 29.

⁷⁷³ KREISKY (1986c), S. 47.

⁷⁷⁴ KREISKY (1986c), S. 55. Elisabeth Röhrlich weist in ihrer Analyse von Kreiskys Autobiographie im Zusammenhang mit der Monarchie auf das psychologische Phänomen hin, dass gerade bei Emigranten oftmals die Zeit vor dem Exil verklärt wurde. Ursprünglich sollte außerdem der Zeit der Monarchie gar nicht soviel Platz in der Autobiographie eingeräumt werden. Jedoch änderte die positive Resonanz auf die Darstellung dieser Zeit, welche Kreisky in einer Fernsehsendung des „Cafe Central“ (1984) erhalten hatte, seine Meinung. vgl. RÖHRLICH (2009), S. 384f.

⁷⁷⁵ „*Einen Tag nach dem Tod Viktor Adlers, am 12. November 1918, kam die Nachricht vom Ausbruch der Revolution – was man halt damals Revolution genannt hat. Wir merkten das vor allem daran, dass die gefürchtete Polizei mit den Pickelhauben nicht mehr durch den Park ging, um uns vom Rasen zu vertreiben, wenn wir dort mit einem sogenannten Fetzenlaberl [...] Fußball spielten. [...]* Am nächsten Tag waren die Polizisten schon wieder da, mit rot-weiß-roten Armbinden, und der Schutzmann ist genauso durch den Park gegangen wie der k.k. Polizist all die Jahre zuvor. In einer Ecke des Parkwächterhäuschens kamen wir zusammen und berieten die Lage; kurz und bündig wurde beschlossen, das sei ja gar keine Revolution, denn es habe sich gar nichts geändert.“ bzw. im Anschluss noch eine ähnliche Anekdote zur Revolution von 1918 in Deutschland. KREISKY (1986c), S. 38f.

⁷⁷⁶ KREISKY (1986c), S. 39f.

⁷⁷⁷ vgl. Portisch et al. (1981), S. 74; Jedlicka (1973b), S. 179; Pro und Contra Österreich. Kreisky für Österreich. In: Die Republik Jg. 2 H. 2/1966 S. 2.; DUSEK et al. (1987b), S. 181.

wenig verwunderlich, dass der Übergang von Monarchie zu Republik wenig positiv geschildert wurde:

„Mit dem Sturz der Monarchie also wurde die Republik gegründet. Aber es war ein Staat, der nicht leben und nicht sterben konnte, ein Staat, den eigentlich niemand wollte. Die einen trauerten um ein versunkenes Reich, die anderen träumten vom Aufgehen in einem neuen Reich aller Deutschen, und in der Mitte befand sich nichts.“⁷⁷⁸

So war es dann auch gerade Bruno Kreisky, der als erster Politiker wieder in die Nähe monarchischer Herrscher gerückt wurde. Nicht nur als „Sonnenkönig“,⁷⁷⁹ sondern auch als von Ironimus gezeichnete Reinkarnation Kaiser Franz Josephs machte Kreisky gute Figur. Vielleicht zeigt sich gerade in dieser Implementierung der Monarchie die Kunst Kreiskyscher Politik, zu welcher Mattl in einem anderen Zusammenhang festhält, „dass sie *Kontroversielles integrierte und damit die kulturelle Hegemonie behielt.*“⁷⁸⁰

Diese Ambivalenz macht auch eine Charakterisierung von Laurence Cole deutlich:

„Anstelle der Berufung auf die Vergangenheit suchte die sozialdemokratische Regierung bewusst Kontakte zu zeitgenössischen Künstlern und Schriftstellern. Dadurch verlor der Habsburger-Mythos an Symbolkraft. Die SPÖ hielt Distanz zur kaiserlichen Vergangenheit, wenngleich diese Feststellung in zweierlei Hinsicht zu relativieren ist: Kreisky setzte sich etwa nicht über das Repertoire des gewachsenen Topos des ‚Guten Kaisers‘ hinweg. Seine Charakterisierung als ‚Landesvater‘ fügte sich nahtlos in die Tradition der Darstellung von politischer Autorität in einer gutmütigen, wohlwollenden Form.“⁷⁸¹

Bruno Kreisky konnte also durch eine gewisse symbolische Besetzung des eigentlich konservativ verwendeten Repertoires der Habsburgermonarchie breitere

⁷⁷⁸ KREISKY (1986c), S. 40. Geradezu symbolhaft für den Umgang Bruno Kreiskys mit der Ersten Republik kann auch Ewald Ehtreibers Feststellung bei seiner Analyse des Geschichtsbildes in den Regierungserklärungen stehen. Erkennt Ehtreiber doch erstmals bei Kreisky einen negativen Rückbezug auf die Zeit der Ersten Republik und will damit festhalten, dass sich ihre politische Funktion gewandelt hat: „*Erst ein Jahrzehnt später, in der Regierungserklärung Kreisky III 1975, wird das Ansprechen eines negativ bewerten Umstandes aus der Zeit der Ersten Republik möglich: Kreisky bringt die Weltwirtschaftskrise Ende der zwanziger Jahre in Erinnerung. Erst jetzt erscheint es nicht mehr notwendig, das positiv gefärbte Bild einer Episode österreichischer Geschichte zu propagieren.*“ EHTREIBER (2003), S. 113.

⁷⁷⁹ Diese Bezeichnung Kreiskys entstand nicht erst gegen Ende seiner Amtszeit, sondern schon zu Beginn, um den staatsmännischen Stil Bruno Kreiskys zu untermauern. (vgl. zum Beispiel den Artikel im „Kurier“ „Sie nennen ihn Sonnenkönig, Dr. Kreisky auf seinen Wahlreisen: Mehr Würde, weniger Angriff, weniger Versprechen“ In: Kurier 16.09.1971 S. 3) Prinzipiell dürfte der Ausdruck vom Chefredakteur der „Kleinen Zeitung“ Kurt Vorhofer geprägt worden sein. vgl. GATTY (1997), S. 150.

⁷⁸⁰ MATTL (1994b), S. 81. Exemplarisch für diese Fähigkeit zur Synthese unterschiedlichster Positionen kann auch die Charakterisierung der Figur Bruno Kreiskys stehen: „*In seiner Person treffen einander soziale Schichten, Traditionen und Denkschulen des Landes. Als gegen Ende der Donaumonarchie geborener Spross einer liberalen Industriellenfamilie wird Kreisky schon frühzeitig Sozialdemokrat; als Politiker jüdischer Herkunft erklimmt er im katholischen [...] Österreich hohe und höchste Regierungsämter; der erste ‚rote‘ Bundeskanzler ist ausgerechnet der intellektuelle ‚Bürger‘ Kreisky.*“ KREISKY et al. (1993a), S. 9.

Wählerschichten ansprechen oder wie der Germanist Walter Weiss schreibt, wurde der Kanzler zunehmend nicht nur zu einer Leitgestalt für Personen, welche eine Veränderung der österreichischen Gesellschaft suchten,

„sondern auch zur Integrationsgestalt für Traditionsbewusste, selbst im Sinne der vorrepublikanischen österreichischen Vergangenheit. So brachte ihn die Wahlwerbung bei den letzten Nationalratswahlen nicht ganz unmotiviert mit dem Bild des Kaisers Franz Joseph zusammen, wenn auch, ohne wahltaktische Rücksichten, Reformherrscher wie Josef II. oder Leopold II. inhaltlich besser als Bezugsgestalten gepasst hätten.“⁷⁸²



Abbildung 5: Es war sehr schön, es hat mich sehr gefreut⁷⁸³

7.5 Verbreitung des Narrativs vom „Staat, den keiner wollte“

Der Wandel zur negativen Festschreibung der Ersten Republik war also sehr stark auch mit den beiden Akteuren Hellmut Andics und Bruno Kreisky verknüpft, wobei der eine die populärwissenschaftliche Deutungshoheit und der andere durch seine Neubewertung der Monarchie innerhalb der SPÖ die Fundamente lieferten. Spätestens ab den 70er-Jahren konnte man daher vom „Staat, den keiner wollte“ als einem geflügelten Wort sprechen, welches Eingang in unterschiedlichste Bereiche, unabhängig von der Parteizugehörigkeit, gefunden hatte.

Für den Erfolg von Andics' Formel spricht auch, dass es mittlerweile schon ein Eigenleben entwickelt hat, beschränkt sich dessen Verwendung doch nicht mehr nur

⁷⁸¹ COLE (2004), S. 492.

⁷⁸² WEISS (1980), S. 88.

⁷⁸³ DUSEK et al. (1987b), S. 171.

auf Österreich, sondern ist gewissermaßen zu einem Gemeinplatz geworden. Zum Beispiel nannte Christian Wehrschütz in seinem Buch über den Balkan den Abschnitt zu Bosnien-Herzegowina „den Staat, den keiner wollte“.⁷⁸⁴ Aber nicht nur räumlich auch zeitlich machte der Begriff eine Reise. So sprach etwa Walter Pohl in seinem Buch über die Awaren vom „spätromischen ‚Staat, den keiner wollte‘“.⁷⁸⁵ Am meisten Potential für eine teilweise Umcodierung des Begriffs bietet aber wahrscheinlich ein Buch Franz Fischlers zur Europäischen Union, das den Titel „Europa - Der Staat, den keiner will“ trägt. Gerade diese Dynamik, mit welcher Hellmut Andics' Schlagwort auch in andere Bereiche Eingang gefunden hat, verdeutlicht seine gesellschaftliche Breitenwirksamkeit.

Bezeichnend für die Bedeutung der Wahrnehmung der Ersten Republik durch Andics' Formel ist auch eine Bemerkung des Autors Alexander Sixtus von Reden, welcher meinte, dass *„die Heranbildung eines neuen österreichischen Selbstverständnisses nach 1945, die Eliminierung des Schlagwortes vom ‚Staat, den keiner wollte‘, von dem das politische Leben der Ersten Republik so schmerzlich überlagert war“*, bedeutete.⁷⁸⁶ Hier wurde das Schlagwort schon als eine bereits in der Ersten Republik existente Form der Selbstwahrnehmung verstanden und nicht erst als eine spätere Form der Zuschreibung. Der rhetorische Topos scheint also dermaßen deckungsgleich mit der Wahrnehmung der Ersten Republik, dass nicht oftmals gar nicht mehr erinnert wird, dass das Schlagwort vom „Staat, den keiner wollte“ mit 1945 nicht eliminiert wurde, sondern gerade erst durch die Positionierung der Zweiten Republik zu ihrem Vorgängerstaat mitgeprägt wurde. Ähnlich wie Alexander Sixtus von Reden verortete auch Bruno Kreisky in seiner Rede zur 40. Wiederkehr des 13. März 1938 die Entstehung dieses Diktums in der Ersten Republik, in diesem Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Not.⁷⁸⁷ Gerade durch diese Beispiele wird auch deutlich, dass Andics' Buchtitel nicht bloß als eine rückwärtsgewandte Interpretation der Vergangenheit verstanden wird, sondern als Selbstbeschreibung einer Epoche.⁷⁸⁸ Andics' Formel stellt in dieser Interpretation nur die Wiederaufnahme eines bereits in der Zwischenkriegszeit vorhandenen Schlagwortes dar und somit nicht ein Konstrukt einer

⁷⁸⁴ WEHRSCHÜTZ (2009), S. 120.

⁷⁸⁵ POHL (2002), S. 54.

⁷⁸⁶ REDEN (1982), S. 202.

⁷⁸⁷ vgl. KREISKY (1981b), S. 706.

⁷⁸⁸ Auch das „Kleine Volksblatt“ verstand Andics' Schlagwort dahingehend in seiner Serie zum 50-jährigen Republiksjubiläum: *„Das große Reich war dahin, ein Kleinstaat war entstanden, von dem man damals und später noch sagte, ‚ein Staat, den niemand wollte‘.“* (Kein Tag wie jeder andere... „Volksblatt“ – Serie zum 50. Geburtstag der Republik Österreich. Der Kommunismus greift nach Oesterreich. In: VB 10.11.1968 S. 3) oder auch Thomas Klestil, der dieses Diktum in den zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts ansiedelte (KLESTIL (1997), S. 40.) bzw. auch Fritz Bock. „12. November 1918 – 60 Jahre nachher“. Welche Bilanz ziehen Sie? In: Die Republik H. 3/1978 S. 43-57.

Ins Ironische zog dies eine Karikatur in den „Salzburger Nachrichten“ vgl. Abbildung 6: Wollt

Vergangenheitsinterpretation.⁷⁸⁹

Hinsichtlich einer besseren Verdeutlichung der Verbreitung und Bedeutung dieser rhetorischen Topoi im zeitlichen Verlauf wird hier auch ein Versuch der Darstellung über eine Auswertung der Ergebnisse der Google-Booksearch unternommen, um den eben zuvor charakterisierten Narrativwandel noch mal zu verdeutlichen. Es ist dabei klar, dass eine derartige Herangehensweise keine qualitative Analyse ersetzen kann, aber sie kann zumindest dabei helfen, Tendenzen hinsichtlich der Verbreitung aufzeigen. In diesem Fall wurde nach den beiden rhetorischen Topoi vom „Staat wider Willen“ und vom „Staat, den keiner wollte“ unter Ausschluss ihrer Autoren (-Lorenz bzw. -Andics) gesucht, um einerseits das Loslösen des Begriffs von ihren Autoren zu verdeutlichen und um Suchergebnisse auszuschließen, welche keinen direkten Bezug auf die rhetorischen Topoi nehmen, sondern bloß aus diesen Büchern zitieren. Dabei stellt sich natürlich auch die methodische Frage, ob die Datenpools für die einzelnen Abschnitte hinsichtlich einer Analyse halbwegs homogen sind, ob also zu jeder Dekade ähnlich viele Bücher von der Google-Booksearch erfasst wurden, um die Verbreitung der Topoi in den einzelnen Dekaden miteinander vergleichen zu können. Anhand der Suche mit anderen Termini, welcher keiner so starken Entwicklung unterworfen waren, wurde versucht dies zu überprüfen. Es konnte damit zwar festgestellt werden, dass es schon eine gewisse Zunahme an deutschsprachigen Büchern in der Datenbank im Laufe der Zeit gibt, womit sich allerdings nicht die zwei zentralen Ergebnisse der Auswertung, erstens, dass in der Nachkriegszeit der Topos vom „Staat wider Willen“ praktisch keine Verwendung fand – wie bereits Adam Wandruszka festgehalten hatte – und zweitens, dass diese negativen rhetorischen Formeln wieder stark im Abnehmen begriffen sind, erklären lassen. Gerade die zweite Erkenntnis ist dabei etwas überraschend. Vielleicht steht diese Entwicklung aber auch damit im Zusammenhang, dass der historiographische und geschichtspolitische Fokus sich weg von der Ersten Republik hin zum Nationalsozialismus gewandelt hat und dadurch die beiden Schlagwörter einen gewissen Teil ihrer Funktion verloren haben.

Da diese quantitative Auswertung allerdings relativ ungenau ist, wird qualitativ die Verankerung dieser rhetorischen Topoi noch einmal genauer in einigen Bereichen – die Geschichtswissenschaften und die Politik wurden zuvor schon behandelt – welche zur Festigung dieses Negativbilds der Ersten Republik beigetragen haben, untersucht.

ihr den Staat, den keiner will?!?!

⁷⁸⁹ Oder wie Dietmar Schirmer hinsichtlich der rein auf das „*Sigle schieren Scheiterns*“ verkürzten Weimarer Republik meint, dass das was eine Epoche ausmache, zweifach in der Zeit variere: „*erstens in seiner eigenen geschichtlichen Zeit, und zweitens in der Geschichte seiner retrospektiven Auslegung.*“ Dieser Unterschied zwischen der Epoche an sich und der späteren Zuschreibung und der damit verbundenen Positionierung als Baustein in einem staatlichen Narrativ würde allerdings „*in der Praxis des historisch-politischen Vergleichs ausgeblendet.*“ SCHIRMER (1997), S. 133.

Zeitraum	„Staat wider Willen“	„Staat, den keiner wollte“
1945-1955	6 (1%)	0 (0%)
1956-1965	56 (13%)	23 (6%)
1966-1975	81 (19%)	48 (12%)
1976-1985	104 (25%)	112 (27%)
1986-1995	96 (23%)	109 (26%)
1996-2005	69 (16%)	104 (25%)
2005-2010 ⁷⁹⁰	15 (3%)	16 (4%)
Gesamt	421 (100%)	412 (100%)

Tabelle 4: Verbreitung der rhetorischen Topoi⁷⁹¹

a Ausstellungskonzeptionen

Gerade auch in Bezug auf Großausstellungen, welche ein offizielles Narrativ repräsentieren, spielte der rhetorische Topos in seiner Ausformung vom „Staat den keiner wollte zum Staat den jeder will“ eine tragende Rolle, also gewissermaßen die Darstellung einer „Erfolgsgeschichte“ und Leistungsschau der Zweiten Republik, welche sich von der Negativfolie der Ersten Republik abhob. So bemerkt auch Martina Nußbaumer zu den, bei den Republikfeierlichkeiten 2005 eröffneten Ausstellungen auf der Schallaburg und im Belvedere,⁷⁹² welchen sie eine „*Testballonfunktion für ein ‚Haus der Geschichte‘*“ zuschreibt, dass man diese als „*teleologisch konzipierte Erfolgsgeschichte*“ verstehen könne, welche Widersprüche kaum zulasse.⁷⁹³

Tatsächlich wurden auch von Politikern Vorstellungen von Großausstellungen ähnlich ausformuliert. So schloss zum Beispiel der ÖVP-Abgeordnete Breininger seine Rede vor der Abstimmung für die Haftungserklärung des Landes Niederösterreich für "Ostarrichi - Österreich, 996 - 1996, Menschen, Mythen, Meilensteine" mit den Worten:

„Mit einem Wort, meine Damen und Herren, indem wir diesem Antrag unsere Zustimmung geben, können wir formulieren, eine Ausstellung, die zeigt den Weg vom Staat, den keiner wollte, zum Staat, den jeder bejaht. Vom Rest zur Nation.“⁷⁹⁴

Ähnlich argumentierte auch Andreas Khol bei seiner Initiative zur Wiederbelebung des

⁷⁹⁰ Auch wenn der Untersuchungszeitraum aufgrund der Einteilung in Dekaden hier nur 5 Jahre umfasst, macht der sehr niedrige Anteil (selbst bei einer Verdoppelung) schon deutlich, dass die rhetorischen Topoi im Moment in den letzten Jahren stark an Bedeutung verloren haben.

⁷⁹¹ Suchergebnisse der Google-Booksearch vom 30.04.2010 mit den Suchtags „Staat wider Willen“ und -Lorenz bzw. „Staat, den keiner wollte“ und -Andics.

⁷⁹² So sprach in einem Interview in der „Presse“ etwa auch Peter Weiser, der im Komitee der Gedenkausstellung im Belvedere saß, davon, dass „*aus dem Staat, den keiner wollte, der Ersten Republik, ein Staat wurde, den jeder wollte.*“ Petsch, Barbara; Weiser zu 2005: Viel gerühmtes Österreich! Online unter <http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/138458/index.do?from=suche.intern.portal> vom 25.1.2005 zuletzt am 1.5.2010

⁷⁹³ vgl. NUßBAUMER (2006), S. 202f.

⁷⁹⁴ Stenographische Protokolle des niederösterreichischen Landtags XIV. GP. - 34. Sitzung - 14. Dezember 1995 S. 78.

Projekts „Haus der Geschichte“, als er fünf leitende Persönlichkeiten für das Projekt vorstellte, darunter Stefan Karner und Peter Diem. Er meinte dabei, im „Haus der Geschichte“ sollte sich der Bogen *„vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart spannen - vom Staat, den keiner wollte, bis zum Staat, den jeder wollte.“*⁷⁹⁵ Auch wenn wahrscheinlich keine Ausstellung explizit davon sprechen würde, eine *„teleologisch konzipierte Erfolgsgeschichte“* zu konstruieren, so wird doch gerade indirekt in der Formel vom „Staat, den keiner wollte zum Staat, den jeder will“ dieses Konzept, welches die Zweite Republik über ihren Gegensatz zur Ersten Republik konstituiert, ausgedrückt.

b Geschichtsunterricht

Auch im Geschichtsunterricht fand das Narrativ seine Verwendung. In einer Foliensammlung für den Geschichtsunterricht zur österreichischen Zeitgeschichte aus den 80er Jahren hatte etwa die Periode nach der Gründung der Republik den Titel „Der Staat, den keiner wollte“.⁷⁹⁶ Was allerdings keinen Einzelfall darstellte. Zum 25-jährigen Jubiläum der Unterzeichnung des Staatsvertrages wurde mit Unterstützung der österreichischen Bundesregierung das Werk „Zeitgeschichte im Aufriss“ von Peter Dusek, Anton Pelinka und Erika Weinzierl herausgegeben und wurde charakterisiert als ein *„Informationswerk für einen modernen Geschichtsunterricht“* mit einer begleitenden Filmserie.⁷⁹⁷ Schon die erste Folge der Filmserie trug den Titel „Vom Staat, den keiner wollte, zur Insel der Seligen“. In der Beschreibung dazu hieß es:

„Vergleicht man die Erste Republik mit der Zweiten, werden grundsätzliche Unterschiede unübersehbar: Wirtschaftsnot und Gewalttätigkeit prägen die politische Landschaft, Ständestaat und ‚Anschluss‘ sind die Folgen einer Entwicklung, die schon 1918 einsetzt. Österreich nach 1955 wird als Modellfall hingestellt.“⁷⁹⁸

Gerade in der Schulbildung fand also dieses Narrativ der „Erfolgsgeschichte“ der Zweiten Republik, vor der Negativfolie der Ersten, seinen Eingang. So auch in der Schulbuchliteratur, wie zum Beispiel in „Entdeckungsreisen“, wo die Erste Republik schon in der Überschrift als *„Staat wider Willen: Die Erste Republik beginnt“* betitelt wurde.⁷⁹⁹ Und auch in „Zeitbilder“ hieß es in der Einleitung zur Ersten Republik: *„Treffend wurde sie als ‚Staat, den keiner wollte‘ bezeichnet“*, wobei die Überschrift zu 1918 auch in die gleiche Richtung wies (*„Das ‚Rest‘-Trauma als Anfang“*).⁸⁰⁰

⁷⁹⁵ Fünf Persönlichkeiten für das Haus der Geschichte. In: Kurier 30.3.2002.

⁷⁹⁶ vgl. MATTL et al. (1986), S. 220.

⁷⁹⁷ DUSEK et al. (1981a), S. 7.

⁷⁹⁸ DUSEK et al. (1981a), S. 327.

⁷⁹⁹ STURM (1996), S. 40.

⁸⁰⁰ WALD (2005), S. 43f.

Interessant ist allerdings auch, dass gerade einer der wenigen Widersprüche ebenfalls aus einem Schulbuch stammte. So gab das Schulbuch „Durch die Vergangenheit zur Gegenwart“, ein jedoch nicht wissenschaftlich belegtes Zitat wieder, welches ausdrückte, dass „*die sehr griffige und publikumswirksame Ansicht vom ‚Staat, den keiner wollte‘*“ zu den vielen Legenden gehöre, welche Österreichs Geschichte prägen würden und Otto Bauers Befürchtung vor einem negativen Resultat bei einer Abstimmung zur Anschlussfrage zitierte, um so zu beweisen, dass viele ÖsterreicherInnen gegen einen „Anschluss“ an das Deutsche Reich waren.⁸⁰¹

c Medien

Andics' Formulierung wurde natürlich auch in den Medien weitertransportiert. So nannte zum Beispiel etwa die „Kleine Zeitung“ eine vierteilige Artikelreihe rund um den 12. November 2008 gleich wie Hellmut Andics 1961 seine Serie in der Presse auch wieder „Der Staat, den keiner wollte“ und die „Presse“ gab ihrer Serie zum Jubiläumsjahr 2005 ganz bewusst in Anspielung auf Hellmut Andics den Namen „Der Staat, den jeder wollte?“⁸⁰² womit die Zeit ab dem 15. Mai 1955 gemeint war. Auch abseits von diesen beiden Artikelserien lassen sich in einer Suche in den jeweiligen Datenbanken der Online-Archive von „Kurier“, „Presse“, „Salzburger Nachrichten“ und „Standard“, welche bis in die 90er Jahre zurückreichen, eine Vielzahl an Rückgriffen auf diesen rhetorischen Topos finden, welche die weite Verbreitung dieser Formel deutlich machen. Die Verwendung lief dabei meist auf eine Negativcharakterisierung der Ersten Republik bzw. einer Positivcharakterisierung der Zweiten Republik hinaus. Deshalb soll auch nicht auf die Verwendung in den einzelnen Artikeln eingegangen werden, sondern nur zwei etwas kritischere Auseinandersetzungen mit dem rhetorischen Topos vom „Staat, den keiner wollte“ betrachtet werden.

So näherte sich eine Karikatur von Thomas Wizany in den „Salzburger Nachrichten“ zum 90-jährigen Republikjubiläum dieser Formel humoristisch an. Auch wenn seine Formulierung in Anlehnung an Joseph Goebbels Rede im Berliner Sportpalast unpassend erscheinen mag, so nahm sie doch relativ gut den Widerspruch zwischen den bekannten Bildern der Ausrufung der Republik, welche von großen Menschenmassen begleitet und auch bejubelt worden war und ihrer Negativzuschreibung aufs Korn.

⁸⁰¹ vgl. POKORNY et al. (2004), S. 23.

⁸⁰² vgl. SCHEIDL, Hans Werner; Meinung: Eine turbulente Geschichte. In: Die Presse 5.2.2005 Feuilleton, online unter <http://diepresse.com/home/meinung/feuilleton/131843/index.do?from=suche.intern.portal> zuletzt am 1.5.2010



Abbildung 6: Wollt ihr den Staat, den keiner will?!?!⁸⁰³

Andererseits ein Artikel im „Standard“, welcher zum 80-jährigen Republiksjubiläum in differenzierterer Form Andics Schlagwort gebrauchte und meinte, dass die Erste Republik trotz allem ein Staat gewesen sei, „den viele wollten – nur wollten sie ihn in ganz verschiedener Form.“⁸⁰⁴ Eine Zuschreibung, welche wohl genauer die Grundproblematik der Ersten Republik definieren würde, die allerdings aber stärker den Finger auf die Wunde der Parteienkonflikte und schlussendlich des Bürgerkriegs legen würde.

7.6 Analyse der narrativen Funktion des Topos vom „Staat, den keiner wollte“

a Narrative Auslassungen der Formel vom „Staat, den keiner wollte“

Abgesehen von seiner funktionalen Bedeutung, soll auch kurz darauf eingegangen werden, welchen Teil der Geschichte der Zwischenkriegszeit die Formel vom „Staat, den keiner wollte“ abbildet, bzw. wo ihre Auslassungen liegen. So fragt nämlich auch Heidemarie Uhl hinsichtlich des Narrativs zur Ersten Republik in ihrer Dissertation, ob nicht auch durch diese negative Festschreibung

„die ohnehin im Österreichbewusstsein nur schwach verankerte Tradition jener Gruppen, die trotz allem ‚an diese Republik geglaubt‘ haben, die mit der Ersten Republik geistige Offenheit und Liberalität, oder auch die Errungenschaften des ‚Roten Wien‘ und die Manifestationen sozialdemokratischer Arbeiterkultur verbinden, aus dem Blickfeld [geraten würden].“⁸⁰⁵

Um bei dieser weitläufigen und auch schwer zu beantworteten Frage nicht allzu weit

⁸⁰³ WIZANY, Thomas; Der Staat, den keiner wollte....; In: SN 11.11.2008. Auch online unter <http://mein.salzburg.com/blog/wizany/2008/11/der-staat-den-keiner-wollte.html> zuletzt am 12.12.2009.

⁸⁰⁴ SEIDL, Conrad; Die geordnete Revolution, deren Tote Opfer eines Irrtums waren. In: Der Standard 12.11.1998 S. 2.

abzuschweifen, sollen nur kurz die in der Geschichtsliteratur vorhandenen Gegenstimmen zu den Anschlussbestrebungen der österreichischen Bevölkerung erwähnt werden, um zu zeigen, welche Aspekte beim Narrativ vom „Staat, den keiner wollte“ ausgelassen werden. So geht Heidemarie Uhl auf die Darstellung zur Zwischenkriegszeit, dass ganz Österreich für den „Anschluss“ gewesen sei, ein und weist auf die tatsächlichen Wellenbewegungen, die der Anschlusswunsch in der Ersten Republik durchlaufen hatte, hin.⁸⁰⁶ Betrachtet man allerdings den rhetorischen Topos vom „Staat, den keiner wollte“, so wurden mit diesem indirekt eben die Höhepunkte des Anschlusswunsches als repräsentativ für den ganzen Abschnitt der Ersten Republik gesehen.

Aber auch Kurt Skalnik weist auf Personen in der Ersten Republik, die für Österreich einen anderen Weg als den „Anschluss“ vorsahen, sei es Heinrich Lammasch, Alfred Klahr, Ernst Karl Winter oder Anton Wildgans, hin.⁸⁰⁷ Wobei am ehesten noch Alfred Klahr bei den Kommunisten eine gewisse Rolle im Parteiengedächtnis zukommt, der Rest allerdings weitgehend in Vergessenheit geraten ist. Ähnlich erwähnt auch Ernst Bruckmüller Stimmen, welche sich nicht einfach unter der Formel, dass die „Patrioten keine Demokraten und die Demokraten keine Patrioten“ gewesen seien, zusammenfassen ließen.⁸⁰⁸

Interessant hinsichtlich der Betrachtung, welches Narrativ Andics' Formulierung abbildet, ist auch eine Bemerkung Albert F. Reiterers bezüglich der nationalen Problematik nach 1918. So vertritt er die Ansicht, dass das nationale Problem in erster Linie bei den Intellektuellen und den Politikern vorherrschte, von wo aus es sich erst in verminderter Form zu einem Problem der Bevölkerung entwickelte.⁸⁰⁹ Ähnlich argumentiert auch Hanns Haas, der überhaupt meint, dass die linke österreichische Arbeiterschaft 1918 nicht für einen „Anschluss“ zu gewinnen gewesen sei,⁸¹⁰ oder auch Gerhard Botz schreibt:

„Inwieweit sie in der breiten Masse der Bevölkerung, insbesondere in der Arbeiterschaft und bei den Bauern, wirklich vorhanden war, ist ungeklärt, wenn ihre Wirksamkeit nicht überhaupt oft überschätzt wird. Doch beherrschte sie das Denken der Politiker, der kulturellen Oberschicht und der Journalisten in einem solchen Ausmaß, dass sich ihrem Einfluss kaum eine gesellschaftliche Gruppe entziehen konnte.“⁸¹¹

Auf eine gespaltene Haltung in der Bevölkerung hinsichtlich des „Anschlusses“ wies

⁸⁰⁵ UHL (1992a), S. 59.

⁸⁰⁶ vgl. UHL (1992a), S. 44–51; ausführlicher für die Wellenbewegungen vgl. STEININGER (1997).

⁸⁰⁷ vgl. SKALNIK (1983). bzw. für den Neutralitätsgedanken in der Ersten Republik VEROSTA (1986).

⁸⁰⁸ vgl. BRUCKMÜLLER (1996b), S. 386f; weiterführend vgl. auch HAAS (1995c); STOURZH (1995b); SCHAUSBERGER (1978b).

⁸⁰⁹ vgl. REITERER (1996a), S. 303.

⁸¹⁰ vgl. HAAS (1989b), S. 44. bzw. HAAS (1995c), S. 481f.

⁸¹¹ BOTZ (1980b), S. 182f.

auch die Aussage von Otto Bauer bezüglich einer Volksabstimmung hin:

Wir hatten die Absicht, eine Volksabstimmung über den Anschluss zu veranstalten, um die Sieger von der Einheitlichkeit und Festigkeit des Anschlusswillens des deutschösterreichischen Volkes zu überzeugen. Vor der Entscheidung der Pariser Friedenskonferenz, in der Zeit, in der die drei Großmächte noch ‚schwankten und diskutierten‘, wäre eine solche Kundgebung nicht wirkungslos gewesen. Wir konnten sie nicht wagen, da die heftige Gegenpropaganda der Anschlussgegner die Gefahr hervorrief, dass starke Minderheiten, in einzelnen Ländern, vielleicht sogar die Mehrheit der Stimmberechtigten, gegen den Anschluss gestimmt hätten.“⁸¹²

Auch wenn andere Daten, wie die Volksabstimmungen in Salzburg und Tirol, wobei Erich Bielka allerdings von einer Manipulation dieser beiden spricht,⁸¹³ bzw. auch statistische Daten, wie Geburten- und Auswanderungszahlen⁸¹⁴ eine andere Sprache sprechen und die Unzufriedenheit der Bevölkerung in Österreich offenbaren, so zeige sich doch, dass auch von den Geschichtswissenschaften auf Gegenstimmen hingewiesen wird, welche die Eindeutigkeit des rhetorischen Topos vom „Staat, den keiner wollte“ hinsichtlich der Ablehnung des Staates Österreich aufdifferenzieren. Hinsichtlich der Haltung der Eliten existiert jedoch auch bei den Historikern eine weitgehende Einigkeit, was Albert F. Reiterer, in Rekurrerung auf Andics' Buchtitel, sogar dazu veranlasste zu sagen:

„Der Staat, den keiner wollte‘ nannte Hellmut Andics (1962) ein Buch über die Erste Republik. Er ging dabei dem Anspruch der damaligen deutsch-österreichischen Politiker auf den Leim. Befangen im Großmachtchauvinismus des 19. Jahrhunderts, vermochten sie, quer über die Parteien hinweg, eine neue friedliche Existenz in einem Kleinstaat nicht als Chance zu begreifen.“⁸¹⁵

b Widersprüche gegen den Topos vom „Staat, den keiner wollte“

Widersprüche gegen das Narrativ vom „Staat, den keiner wollte“ sind hingegen nur sehr selten zu vermerken. Gerade dieses Fehlen von Gegenstimmen zeigt wie eindeutig positioniert das negative Narrativ zur Zwischenkriegszeit ist/war. Die einzige Form einer gewissen Relativierung wurde meist nur darin gefunden, diesen rhetorischen Topos als Zitat des Autors Hellmut Andics' sprechen zu lassen und nicht als eigene Meinung. Einer der wenigen Bereiche aus dem, neben den Geschichtswissenschaften, wiederholt Kritik an dieser rhetorischen Formel kam, war

⁸¹² BAUER (1965), S. 163.

⁸¹³ UHL (1992a), S. 48 Fußnote 48.

⁸¹⁴ vgl. HANISCH (1995d), S. 3.

⁸¹⁵ REITERER (19.08.2007b), S. 1. Oder wie Werner Anzenberger festhält: „Auch die oft geäußerte Behauptung, Deutsch-Österreich sei ein Staat gewesen, den ‚keiner wollte‘ und der an sich schon kaum Überlebenschancen gehabt hätte, kann in ihrer Pauschalität nicht bestätigt werden. Ein Österreich-Bewusstsein war zugegebenermaßen weniger in den Eliten, sehr wohl aber in der breiten Bevölkerung vorhanden.“ Anzenberger et al. (2004), S.

die autobiographische Erinnerungsliteratur von Einzelpersonen, bei denen sich die persönlichen Erinnerungen nicht mit diesem Narrativ deckten, wie etwa explizit oder implizit bei Hilde Spiel,⁸¹⁶ Alice Teichová,⁸¹⁷ Fritz Kolb,⁸¹⁸ Josef Otto Slezak.⁸¹⁹ Der Background dieser Personen war dabei meist sehr stark sozialdemokratisch geprägt gewesen. Diese Ablehnung aus dem ehemals sozialdemokratischen Lager wurde etwa auch schon bei der im Historiographiekapitel erwähnten kritischen Auseinandersetzung Felix Kreisslers mit diesem rhetorischen Topos deutlich.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass auch Kurt Schuschnigg in seinen Memoiren kritisch bemerkte, dass diese Schlagwörter nur *„ein geschichtliches Blitzbild, das einleuchtend wirkt [liefern würden], obwohl es den Erlebniszeugen aller Lager wegen des allzu breiten Hintergrunds und der unvermeidlicherweise verschwommenen Konturen wahrscheinlich weniger zu sagen [habe].“*⁸²⁰ Diese Kritik Schuschniggs an den rhetorischen Topoi zur Ersten Republik dürfte sich jedoch nicht so stark auf die Anfangsphase der Ersten Republik bezogen haben, weswegen sie aus dem sozialistischen Lager kritisiert worden war. Eher dürfte der Fokus auf einer Selbstinszenierung als Abwehrkämpfer für Österreich im Rahmen des Austrofaschismus gelegen sein. Gewissermaßen Dollfuß (und später Schuschnigg) als erste Politiker, die wieder an Österreich glaubten, wie es auch in den „Österreichischen Monatsheften“ formuliert wurde.⁸²¹ Diese Gegenüberstellung lässt sich auch im Organ der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten, im „Freiheitskämpfer“, finden. Der „Staat, den keiner wollte“ wurde gewissermaßen nicht als Negativfolie für die Erste Republik, sondern für den Austrofaschismus gesehen und Dollfuß, als jener Mann, *„der uns gelehrt hat, Österreich, ‚den Staat, den keiner wollte‘ wieder zu lieben und für ihn uns einzusetzen.“*⁸²² Eine ähnliche Position vertrat auch Rainer Leignitz fast zwei Jahrzehnte zuvor in den „Österreichischen Monatsheften“, welcher sogar noch weiter ging und meinte, dass es gerade die Politik der Sozialdemokratie gewesen sei, die *„wesentlich dazu beitrug, die Erste Republik zu einem Staate zu machen, ‚den keiner wollte“*, wohingegen wieder die konservativen Politiker, angefangen bei Seipel und noch ausgeprägter bei Dollfuß, Österreich den Glauben an sich selbst zurückgaben.⁸²³

30.

⁸¹⁶ vgl. UHL (1992a), S. 59.

⁸¹⁷ vgl. BRUCKMÜLLER (1996b), S. 387.

⁸¹⁸ vgl. KOLB (1981), S. 19.

⁸¹⁹ vgl. SLEZAK (1999), S. 27.

⁸²⁰ SCHUSCHNIGG (1988), S. 106.

⁸²¹ vgl. MÜLLER, Gerhard; Vom 12. November 1918 zum 12. März 1938 In: ÖMH Jg. 24 H. 3/März 1968 S. 8-10.

⁸²² JURASEK, Hubert; Gedenken an Bundeskanzler Dr. Engelbert Dollfuß. In: Der Freiheitskämpfer Jg. 41 H. 3/September 1989 S. 3, ähnlich auch JURASEK, Hubert; Mut zu Österreich. In: Der Freiheitskämpfer Jg. 48 H. 2/Juni 1996 S. 2.

⁸²³ vgl. LEIGNITZ, Rainer; Die annektierte Geschichte Österreichs. In: ÖMH Jg. 19 H. 9/September 1963 S. 15-18. Ähnliche Position wurden etwa auch in der Zeitschrift „Forum“

Überhaupt dürfte innerhalb der Widerstandskämpferorganisation der ÖVP ein anderer Diskurs über die Erste Republik geherrscht haben. So stellte zum Beispiel auch Fritz Bock auf der Jahresversammlung des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes 1987 fest, dass es eine Lüge sei, zu behaupten, dass die Erste Republik ein Staat gewesen sei, „den keiner wollte“, wobei er allerdings ebenfalls in erster Linie auf Schuschnigg und Dollfuß anspielte.⁸²⁴

Von Interesse wäre es daher auch, inwiefern Andics' Formulierung im Bund sozialistischer Freiheitskämpfer Fuß fassen konnte, bzw. wie es dort verwendet wurde.⁸²⁵ Definierten sich die Freiheitskämpferorganisationen doch gerade durch ihren Kampf für „ihr“ Österreich und besonders auf Seiten der Sozialdemokratie auch durch ihren Kampf für die Erste Republik. Ein Kampf für einen „Staat, den keiner wollte“ dürfte allerdings leicht paradoxe Züge annehmen. So verwundert es nicht, dass etwa auch Werner Anzenberger gerade in seinem Werk zum Februar 1934 „Widerstand für eine Demokratie“ meinte, dass die Aussage, dass Österreich ein Staat gewesen sei, den keiner gewollt habe, in ihrer Pauschalität nicht bestätigt werden könne.⁸²⁶

Ein anderes Einzelbeispiel der Kritik ist ein Artikel in der Zeitschrift „Österreichische Nation“, in welchem die Richtigkeit der Formel vom „Staat, den keiner wollte“ negiert wurde. Hier wurde die Ansicht vertreten, dass nur jene, deren geistige Heimat „*die Schönerer-Bewegung, der Deutschnationalismus, der Nazismus im Vorstadium*“ war, Österreich zwischen 1918 und 1938 nicht gewollt hätten.⁸²⁷ Diese radikale Verneinung von Andics' Buchtitel, nämlich das „Nicht-Wollen“ des Staates Österreich nur auf das dritte Lager abzuschieben, dürfte allerdings ein Einzelbeispiel gewesen sein.

anlässlich des Schwerpunktes „*Februar 1934 – Februar 1964*“ vertreten, etwa vom Historiker Kurt Skalnik, der meinte: „*Das [die Zeit unter Dollfuß] war nun nicht mehr die Republik Deutsch-Österreich, die in ihrer Gründungsurkunde gleichzeitig ihre Auflösung beschloss, das war kein ‚Staat wider Willen‘, den man genötigt hatte, selbständig zu sein.*“ SKALNIK, Kurt; Dollfuß war zur Machtprobe entschlossen. In: Forum Februar 1964 S. 91-92.

Oder auch vom Chefredakteur der „Kleinen Zeitung“ Fritz Csoklich: „*Trotzdem hat Dollfuß eines erreicht, wofür er schließlich sein Leben lassen musste: er hat als erster einen neuen österreichischen Patriotismus entfacht, wie er in diesem ‚Staat wider Willen‘ bisher völlig unbekannt gewesen war.*“ CSOKLICH, Fritz: „Warnung vor guten und bösen Österreichern.“ In: Forum Februar 1964 S. 73-75.

⁸²⁴ vgl. JW; Jahresversammlung 1987. Dokumentationsarchiv (DÖW). In: Der Freiheitskämpfer Jg. 39 H. 2/Juni 1987 S. 7.

⁸²⁵ Eine Durchsicht der Zeitschrift des Bunds sozialdemokratischer Kämpfer ist jedoch im Rahmen dieser Arbeit nicht möglich, da deren Organ „Der sozialdemokratische Kämpfer“ nicht online verfügbar ist und die Durchsicht der einzelnen Hefte zu viel Zeit in Anspruch nehmen würde.

⁸²⁶ Anzenberger et al. (2004), S. 30.

⁸²⁷ MUSIL, Josef; Der Staat, den viele wollten... In: Die Österreichische Nation Jg. 20 H. 7/8 / Juli/August 1968 S. 100. Aufgrund der Namensgleichheit liegt es nahe, dass es sich beim Autor um einen ehemaligen Sektionschef im Unterrichtsministerium der 50er Jahre handelte.

c Die Funktion im offiziellen Geschichtsbild

Wo liegen nur allerdings die Funktionen bzw. Deutungsangebote des rhetorischen Topos vom „Staat, den keiner wollte“? Welche Geschichtsbilder stützt es performativ und wo liegen seine Mechanismen hinsichtlich Inklusion und Exklusion?

In Bezug auf seinen politischen Sinngehalt definierte schon Bruno Kreisky, der als ein zentraler Akteur bei der Implementierung dieses rhetorischen Topos gesehen werden muss, ziemlich genau, was er darunter verstand: nämlich die Zeit in der *„ein Teil der Menschen um ein versunkenes Reich trauerte und ein anderer vom Aufgehen in einem neuen träumte.“*⁸²⁸ Er betonte also zwei Interpretationsmöglichkeiten dieses rhetorischen Topos, einerseits das Nachtrauern einer breiten Bevölkerungsschicht an die „gute alte Zeit“ der Monarchie, andererseits aber auch den Anschlusswunsch an Deutschland.⁸²⁹ Im Sinne einer Koalitionsgeschichtsschreibung verwendete er also eine Formel, welche den Untergang der Ersten Republik erklären und von beiden Parteien im Sinne einer „geteilten Schuld“ akzeptiert werden konnte. Die Formel vom „Staat, den keiner wollte“ lässt sich daher auch unter dem zusammenfassen, was Oswald Panagl die *„Entleerung der Begriffe“* nennt:

„Um ein möglichst breites Publikum anzusprechen, kommen gerade in der politischen Meinungskundgabe immer wieder Ausdrücke zum Einsatz, die so allgemein gehalten sind, dass sie nur schwer Widerspruch hervorrufen und gegebenenfalls sogar gegensätzliche Ansichten nicht ausschließen. Solche Leerformeln sind sowohl im ideologischen Bereich als auch im alltagspolitischen Themenkreisen anzutreffen.“⁸³⁰

Hinsichtlich seiner überparteilichen Funktion kann im Bedeutungsgehalt des rhetorischen Topos vom „Staat, den keiner wollte“ auch eine Ausblendung der Konflikte zwischen den Parteien in der Zwischenkriegszeit gesehen werden. Wurde mit dieser Formel doch indirekt eine Black Box für das Narrativ zur Ersten Republik erzeugt, welche die vorgebliche Ablehnung der Republik Österreich 1918 mit dem

⁸²⁸ Portisch et al. (1981), S. 74.

⁸²⁹ Normalerweise dominiert heute bei einer Bezugnahme auf Andics' Formel meist das fehlende Österreichbewusstsein der Zwischenkriegszeit. Dass die Formel allerdings gerade auch in den ersten Jahren seiner Existenz von sozialistischer Seite unter Auslassung dieses Aspekts interpretiert werden konnte, macht ein Beitrag in Norbert Lesers *„Werk und Widerhall. Große Gestalten des österreichischen Sozialismus“* deutlich, in welchem von Ernst Mayer mehrere Probleme der Ersten Republik angesprochen wurden, der Anschlusswunsch allerdings nicht erwähnt wurde:

„Man hat in letzter Zeit oft die Behauptung lesen können, dass die Republik Österreich der Staat gewesen sei, ‚den keiner wollte‘, und das traf auch in mehr als einer Hinsicht das Richtige. Denn während die konservativen Kreise von den ehemaligen Aristokraten bis zu den Bauern und Kleinbürgern die Republik als den Gestalt gewordenen Ausdruck des Abstieges empfanden, wurde auch den Arbeitern bald bewusst, dass dieser Staat durchaus nicht das erfüllte, was sie von ihm erwartet hatten. Als im Zeichen allgemeiner Verarmung und beraubt der Ausweichmöglichkeiten eines Großstaates die sozialen Gegensätze auf engstem Raume aufeinanderprallten, vertieften sie sich bald bis zu unüberbrückbarer Feindschaft.“ MAYER (1964a), S. 173.

⁸³⁰ PANAGL et al. (2007), S. 13.

Anschlussjubiläum bei seinem Ende 1938 verknüpfte. Die Formel diente sozusagen zur Erklärung der Grundproblematik der Ersten Republik, in welcher die politischen Konflikte der Zwischenkriegszeit hinter das dominierend negative Element, das Fehlen eines gemeinsamen Nationalgefühls, traten. So wird überdeckt, dass es eigentlich ein Staat gewesen war, den jeder nur auf seine Art wollte. Die Zwischenkriegszeit wurde also in ein Rhetorikmuster eingebettet, welches nicht die politischen Konflikte betont, sondern einen gemeinsam akzeptablen Negativkonsens lieferte. Gleichzeitig fungierte die Negativdefinition der Ersten Republik aber auch als Schutz gegenüber kritischen Fragen, hätte doch ein staatlich ausformuliertes Narrativ zur Ersten Republik, welches auf ihren Leistungen und nicht ihren Problemen basiert hätte, viel stärker nach dem Bruch 1934, den Übergang von Demokratie zu Diktatur, fragen müssen.

In der Gegenüberstellung von Erster und Zweiter Republik in der weit verbreiteten Formel „vom Staat, den keiner wollte, zum Staat den jeder will“ spiegelt sich jedoch auch ein anderer die Vergangenheit entemotionalisierender Topos wieder, nämlich jener von der Geschichte als Lehrmeisterin. Eine rhetorische Formel über welche *„eine kollektive kognitiv-emotionale Pufferzone eingerichtet [wird], in der die Konfrontation mit den grausamen Tatsachen der Vergangenheit leicht abgefedert werden kann.“*⁸³¹ Eine Verankerung der Vergangenheit also in rhetorischen Formeln, welche durch die Betonung des Lehrenziehens aus den historischen Erfahrungen die Probleme als bewältigt erscheinen lässt.

Durch diese rhetorische Gegenüberstellung wurde gerade auch die Betonung eines Bruches zwischen Erster und Zweiter Republik beschworen, welche in Wirklichkeit 1945 durch die zahlreichen Rückgriffe auf die Zeit vor 1934 so nicht gegeben war. Durch die Betonung dieses Bruches erhielt die Zweite Republik dabei die Funktion einer teleologisch verlaufenen „Erfolgsgeschichte“, welche ohne Brüche und Krisen entstanden sei. Die Krise als Gegenstück wurde dagegen in die Erste Republik projiziert und als ein symptomatisches, alles andere verdeckendes Element festgeschrieben. Gerade über den Vergleich mit der Ersten Republik entfaltete also auch die Zweite Republik ihre kraftvollen Narrative. Hinsichtlich des Vergleiches hält jedoch etwa Friedrich Balke generell fest:

„Historische Vergleich, so können wir zusammenfassen, sind keine Reflexionskategorien, sie greifen nicht nur in die Organisation des Wissens über die Geschichte, sondern in die Produktion von Geschichte selbst ein.“⁸³²

Noch etwas ausführlicher drückt Dietmar Schirmer die Funktion des historischen Vergleichs in seinem Artikel zum symbolischen Dispositiv von Weimar in den

⁸³¹ WODAK (1998), S. 205.

⁸³² BALKE et al. (1997), S. 9.

deutschen Nachkriegsdemokratien aus, wobei er die politische Komponente aus der Geschichte „*symbolischen Sinn*“ zu generieren, unterstrich.

„Wer im politischen Feld zum Mittel des historischen Vergleichs greift, betreibt Geschichtspolitik. Er weiß in aller Regel die Moral vorweg und selegiert sich dazu die passende Geschichte – im doppelten Sinne von historischer Konstellation und historiographischer Auslegung. Diesem output-orientierten Verfahren ist Geschichte nur deklamatorisch eine Lehrmeisterin, tatsächlich eher ein gefügiger Zitatenschatz. ‚Politik ist‘, wie Bourdieu es ausdrückte, ‚der Ort schlechthin symbolischen Wirkens‘, und die Geschichte ist ein eminenten Generator symbolischen Sinns. Denn erstens ist die Beweisführung qua historischen Vergleichs weitgehend immun gegen vergleichslogische Einwände, weil ihre Voraussetzungen von einer expliziten und explikationsbedürftigen Theorie zu kulturellen Sedimenten wurden; und zweitens kann sie mit jenem symbolischen Kapital rechnen, das die Geschichte als eine der klassischen Fakultäten und Säulen des humanistischen Bildungsideals mitbringt. Deswegen sind historisch-politische Vergleiche so wirkungsvolle Mittel im Kampf um die Durchsetzung der legitimen Interpretation der Gegenwart.“⁸³³

Gerade Dieter Schirmers Analyse von Geschichte als „*gefügigen Zitatenschatz*“ bringt den Umgang mit der Ersten Republik im Narrativ vom „Staat, den keiner wollte“ sehr präzise auf den Punkt. Die Funktion des negativen rhetorischen Topos zur Erste Republik also als negative Beweisführung, dass die Zweite Republik geglückt sei und damit als Leistungsbeweis von SPÖ und ÖVP, welche sich mit ihren Gedächtnisorten wie Julius Raab, Bruno Kreisky und anderen als die tragenden Säulen dieser Entwicklung präsentieren und daraus symbolisches Kapital hinsichtlich ihrer politischen Legitimation generieren können.

Es ist also gerade der Vergleich mit der Zweiten Republik über welchen die Geschichte der Ersten Republik geschrieben und strukturiert wird, weshalb auch ihre Leistungen weitgehend unbeachtet bleiben.⁸³⁴ Zur Bedeutung dieser Form der zeitlichen Differenzbildung für die Herstellung von Identität und Selbstversicherung meinen Gerhard Botz und Albert Müller etwa, dass auch „*die Interpretation von Vergangenen im Sinne einer Differenz zum Gegenwärtigen*“ zur Stabilisierung von nationaler Identität beitrage.⁸³⁵ Und auch für Deutschland spricht etwa Jan Eckel im Rahmen der Gegenüberstellung von Weimar und Bonn von einer „*Form der Selbstvergewisserung anhand der negativen Kontrastfolie*“,⁸³⁶ welche ein symbolisches Wissen von der „*absolut herrschenden*“ Normalität liefere⁸³⁷ und dadurch die Gegenwart stabilisiere.

Somit liefert auch die Erste Republik über ihre Differenzbildung eine positive Definition der Zweiten Republik, welche noch dazu interpretationsoffen ist. Wird doch der Begriff

⁸³³ SCHIRMER (1997), S. 128f.

⁸³⁴ So meint etwa Anton Pelinka, diese Mechanismen der politischen Gegenüberstellung analysierend, dass es gerade die Differenz zwischen Erster und Zweiter Republik sei, welche die Defizite der Ersten unterstreichen würde. vgl. PELINKA (1999f), S. 269.

⁸³⁵ BOTZ et al. (1995), S. 8.

⁸³⁶ ECKEL (2007), S. 227.

⁸³⁷ Die Formulierung stammt aus BALKE et al. (1997), S. 12..

vom „Staat, den jeder will“/ Zweite Republik erst durch seinen Gegensatz zum „Staat, den keiner wollte“/ Erste Republik klar. Die Negativzuschreibung zur Ersten Republik kann in diesem Zusammenhang auch als eine überparteilich verbindende Formel gesehen werden. Wird doch erst durch die Differenzbildung ein bedeutungsoffener positiver Begriff für die Zweite Republik erzeugt, der für unterschiedliche Besetzungen offen ist.

Die rhetorische Formel vom „Staat, den keiner wollte“ ist jedoch nicht nur hinsichtlich einer sozialdemokratischen und konservativen Lesart offen und ermöglicht eine Auslassung der Konfliktkultur der Zwischenkriegszeit, sondern es kann darunter auch, wie bereits angesprochen, nicht nur die demokratische Phase der Ersten Republik, sondern die gesamte Periode der Zwischenkriegszeit subsumiert werden, von ihrer Ausrufung als Republik „Deutsch-Österreich“ bis zum „Anschluss“. Der rhetorische Topos also als Klammer um die zwei Schlüsseljahre hinsichtlich einer Selbstaufgabe Österreichs, den Beginn 1918 und das Ende 1938, miteinander zu verbinden. Wurde Andics' Formel zwar meist auf die Anfangszeit der Ersten Republik angewandt, so konnte es doch implizit auch die Bilder des Jahres 1938 am Heldenplatz miterklären, also die Begeisterung für Hitler als Folge eines mangelnden Nationalbewusstseins darstellen.

In dieser *„Klischeevorstellung einer prinzipiell auf den Anschluss an das Deutsche Reich orientierten Ersten Republik,“* welche die Reduktion dieser Zeit im rhetorischen Topos vom „Staat, den keiner wollte“ mit sich trägt, sieht auch Heidemarie Uhl eine Problematik *„eines verallgemeinernden und verkürzenden Kausalzusammenhangs zwischen dem Jahr 1918 und 1938, der demokratischen Anschlussidee und der ‚Anschluss‘-Euphorie in den März- und Apriltagen des Jahres 1938“*.⁸³⁸ In dieser Kausalverbindung von 1918 und 1938 wird gerade auch ein Funktionswandel des Jahres 1918 sichtbar. Fungierte dieses doch im Zusammenhang mit dem Gedenkjahr 1988, zwar primär im ÖVP-Diskurs, unter der *„versöhnenden Funktion der Kausalverbindung 1918-1938“*,⁸³⁹ ohne dass dies jedoch einen Widerspruch der SPÖ hervorgerufen hätte. Selbst überparteilich hatte sich also scheinbar das Narrativ zu 1918 so gewandelt, dass er nun im Gegensatz zu den umkämpften Narrativen der Nachkriegszeit, einen teilweise negativen bzw. ambivalenten Gedächtnisort darstellen konnte, aus welchem heraus der „Anschluss“ erklärt werden konnte.⁸⁴⁰

⁸³⁸ UHL (1992a), S. 59.

⁸³⁹ UHL (1992a), S. 54.

⁸⁴⁰ SCHEIT (2008), S. 5. Um etwa zwei Beispiele für diesen Brückenschlag im Narrativ der Ersten Republik zwischen 1918 und 1938 zu liefern: *„Das Gefühl, als Rest nicht lebensfähig zu sein, nährte die Vorstellung vom Staat, den keiner wollte, und führte letztlich zum alles übertönenden Jubel des Anschlusses im Jahr 1938.“* SANDGRUBER, Roman; Die Geburt der Ersten Republik. In: Oberösterreichische Nachrichten vom 11.11.2008, online unter

Den Zusammenhang zwischen Andics' Formel und dem Umgang mit dem Nationalsozialismus drückt noch pointierter, aber den rhetorischen Topos zu sehr auf diesen einen Aspekt reduzierend, der österreichische Essayist Gerhard Scheit aus, welcher in der Formel überhaupt bloß eine Verharmlosung der Erinnerung an den Nationalsozialismus in Österreich sieht:

„Die populäre Formulierung, die man bis heute dafür hat, um die dann manifest gewordene, allgemeine Begeisterung für Hitler zu verharmlosen, lautet: der Staat, den keiner wollte.“

Die gewisse Diskrepanz, welche dadurch aber im österreichischen Narrativ durch dieses doppelte Nichtwollen, einerseits der Ersten Republik und andererseits auch des „Anschlusses“/Nationalsozialismus (Opfermythos) lange vorhanden war, fasst sprachlich zugespitzt Karl Stuhlpfarrer zusammen:

„Dem Staat, den angeblich keiner wollte, folgte eine Periode, die plötzlich auch niemand gewollt hatte.“⁸⁴¹

Es stellt sich in diesem Zusammenhang natürlich auch die Frage, ob nicht eben auch diese Reduktion der Zwischenkriegszeit auf ihre Rolle als Negativfolie zur Zweiten Republik den Umgang mit dem Nationalsozialismus beeinflusste. So weist etwa Erna Appelt darauf hin, dass *„nicht die Abgrenzung vom Naziregime, sondern die Abgrenzung von den Fehlern der Ersten Republik“* die politische Tagesordnung und damit auch den Diskurs strukturiert habe.⁸⁴² Anstatt sich also dafür zu entscheiden, die Zweite Republik als Gegenstück zum Nationalsozialismus zu definieren, wurde stattdessen die Zwischenkriegszeit gewählt, wodurch auch der Nationalsozialismus, da er eben nicht gerade das Kontrastbild zum staatlichen Narrativ darstellte, externalisiert werden konnte. Gerade über den Antipode Erste Republik verstand sich daher die Zweite Republik als „Erfolgsgeschichte“ und hat sich so in der kollektiven Wahrnehmung festgeschrieben.

Von Interesse wäre daher auch eine Untersuchung, wann sich der Begriff der „Erfolgsgeschichte“ tatsächlich für die Zweite Republik einbürgern konnte, um zu überprüfen, ob nicht zwischen der parteiübergreifenden Negativbezeichnung zur Ersten Republik und der Positivkonnotation der Zweiten ein Zusammenhang bestanden hat. So häufig heute die Zweite Republik nämlich als ein Jahrzehntelang

<http://www.nachrichten.at/nachrichten/reportage/art57,61581> zuletzt am 1.5.2010

„Doch das politische Territorium mit Namen Österreich war zunächst ‚ein Staat, den keiner wollte‘, weil man an dessen Überlebensfähigkeit nicht wirklich glaubte. Den Anschluss an Hitler-Deutschland 1938 haben daher viele als einzig möglichen Ausweg gesehen — nicht nur die Nationalsozialisten.“ BLAHA, Peter; Ein nationales Symbol. In: pro:log November 2005 / Heft 93, online unter <http://www.wienerstaatsoper.at/Content.Node2/home/prolog/ausgaben/12738.php> zuletzt am 1.5.2010

⁸⁴¹ STUHLPFARRER, Karl; Das Mauthausen-Dilemma. In: Profil Nr. 18 29. April 1995 S.93f.

erstarrter, positiv besetzter, monolithischer Block wahrgenommen wird,⁸⁴³ so sehr war sie doch auch durch „*Diskontinuitäten und Entwicklungsflexuren*“ geprägt, gerade hinsichtlich der Gewalt- und Streikfreiheit.⁸⁴⁴ In diesem Zusammenhang schreibt etwa Gerhard Botz, dass für die Zweite Republik „*erst in den fünfziger und sechziger Jahren [...] ihr eigenständiger politisch-gesellschaftlicher Charakter, der sie in der Tat stark von der Ersten Republik [unterscheiden würde], zur vollen Ausformung [kam]*“.⁸⁴⁵ Bedenkt man noch mit, dass selbst bei den politischen Eliten hinsichtlich des Endes der großen Koalition noch latente Befürchtungen vorhanden waren, dass ein Kippen dieses Gleichgewichts wieder Unruhe in die Innenpolitik bringen würde, so deuten diese Unsicherheiten hinsichtlich der Funktionalität des politischen Systems doch an, dass der Begriff der „Erfolgsgeschichte“ vielleicht erst ein Konstrukt späterer Jahre sein könnte. In eine ähnliche Richtung weist nämlich etwa auch eine oberflächliche Analyse der Google-Booksearch Suchergebnisse. Erhält man doch mit einer Suchbeschränkung auf die zwischen 1945 und 1980 publizierten Bücher mit den Suchtags „Österreich“ und „Erfolgsgeschichte“ nur magere 17 Ergebnisse, wobei sich die beiden Begriffe in den Texten meist nicht einmal aufeinander beziehen. Nach einer derartigen Analyse kann man von einer weiteren Verwendung des Begriffs „Erfolgsgeschichte“ frühestens erst ab Mitte der 80er Jahre und einer tatsächlichen Verbreitung erst in den 90er Jahren sprechen. Allerdings klammert die Betrachtung über die Google-Booksearch natürlich viele Komponenten aus. Um nur einen Punkt zu nennen, ob nicht etwa vor dem Begriff der „Erfolgsgeschichte“ andere Schlagwörter dessen Funktion innehatten, wie etwa der rhetorische Topos von der „Insel der Seligen“. Dieser kurze Hinweis auf die Google-Booksearch Ergebnisse soll daher nur als Anregung gedacht sein, eben auch die Deutung der Zweiten Republik als „Erfolgsgeschichte“ als ein Narrativ zu begreifen, dass sich auch erst entwickeln musste und darüber zu reflektieren, ab wann die Zweite Republik unter dieser Kategorie wahrgenommen werden konnte und ob die negative Konnotation der Ersten und die positive Konnotation der Zweiten nicht in einem direkten Zusammenhang standen.

Genaugenommen fungierte die Erste Republik sogar als dreifache Negativfolie. So ist nicht nur die Zweite Republik und wie vorher schon ausgeführt teilweise von konservativer Seite auch der „autoritären Ständestaat“ über diesen Gegensatz definiert worden, sondern implizit fungieren die Negativzuschreibungen auch als Gegensatz zur Habsburgerzeit. Der Nostalgie des Großreiches mit Kaiser Franz Joseph und Sissi,

⁸⁴² APPELT (1999), S. 10; ähnlich auch ZUSER (1997), S. 3. und UHL (2003b).

⁸⁴³ vgl. BOTZ (1987c), S. 361.

⁸⁴⁴ vgl. BOTZ (1987c), S. 371ff.

dem völkerverbindenden Projekt in Mitteleuropa werden also die Krisen der Zwischenkriegszeit gegenübergesetzt und so wirft auch Heidemarie Uhl die Frage auf, ob dadurch nicht „*ein unkritisch-positives Bild der Habsburger-Monarchie*“⁸⁴⁶ erzeugt würde.

Aus dieser Gegenüberstellung von Monarchie und Erster Republik bildete sich wieder eine Dichotomie. Diesmal jedoch nicht wie in den Nachkriegsjahrzehnten aus den unterschiedlichen Geschichtsbildern der Großparteien zur Ersten Republik und zur Monarchie, sondern auf überparteilicher Ebene in den Narrativen zu einer positiv besetzten Monarchie und zu einer negativ besetzten Erster Republik: Auf der einen Seite ein gütiger Kaiser, als Vater eines Volkes, auf der anderen Seite die sich streitenden Parteien, welche das Parteiinteresse über das Staatsinteresse stellten, auf der einen Seite eine europäische Großmacht, auf der anderen ein kleiner unbedeutender Staat, welcher selbst nicht an sich glaubte, auf der einen Seite Prunk und Eleganz, auf der anderen Armut und Elend. Die Aufzählungen ließen sich fortsetzen, machen jedoch schon deutlich, worauf die Dichotomie hinauslief. In der Reduktion der Narrative gingen die Leistungen der Ersten Republik, wie etwa die Demokratisierung großer Bereiche, unter, während die Verantwortung für den Ersten Weltkrieg und der Nahrungsnotstand der Bevölkerung nicht die Habsburgernostalgie negativ berührten, sondern die Erste Republik charakterisierten. So schreibt etwa auch der Historiker Robert A. Kann bereits 1972:

„Dass nicht die neue, sondern die alte Ära für den Krieg mitverantwortlich war und dass andererseits der neue Staat im ersten Jahrzehnt seiner Geschichte auf sehr beträchtliche Fortschritte in seiner Sozialgesetzgebung hinweisen konnte, wurde häufig, manchmal geflissentlich, übersehen. Jedenfalls sprachen diese Tatsachen das Gefühlsleben einer relativen Mehrheit der Staatsbürger nicht an.“⁸⁴⁷

Die positive Besetzung der Habsburgermonarchie lässt Oliver Rathkolb mit Bezugnahme auf die Verankerung der positiven Monarchiebilder im kollektiven Gedächtnis sogar davon sprechen, dass „*es kaum Demokratien in Europa [gäbe], die so stark wie Österreich auf monarchistischen Fundamenten bauen*“⁸⁴⁸ würden. Vielleicht ist es darum auch gerade der Fall, dass der Bruch in Österreich eher zwischen Erster und Zweiter Republik verläuft, als zwischen Monarchie und Republik. Obwohl vielfältige Kontinuitäten zwischen Erster und Zweiter Republik existieren würden, wird hier gerade die Gegenüberstellung betont, während die Monarchie als nostalgisch besetzte Vorgeschichte der Zweiten Republik verstanden wird. Die Erste Republik, eingebettet in die beiden Weltkriege und den Austrofaschismus, wird also

⁸⁴⁵ BOTZ (1987c), S. 378.

⁸⁴⁶ UHL (1992a), S. 59.

⁸⁴⁷ KANN (1972), S. 35.

⁸⁴⁸ RATHKOLB (2005a), S. 405.

gewissermaßen im Sinne von einem zweiten Dreißigjährigen Krieg, wie teilweise die Zeit zwischen 1914 und 1945 interpretiert wird, nur als Bestandteil einer negativ besetzten Epoche gedacht, welcher ein idealisiertes, positiv konnotiertes Großreich Österreich-Ungarn voranging. In dieser Charakterisierung werden auch die Veränderungen hinsichtlich des Narrativs der Nachkriegszeit deutlich. Fand doch in den ersten Nachkriegsjahrzehnten für die SPÖ ein wichtiger, positiv besetzter Bruch auch zwischen Monarchie und Erster Republik statt, während nun durch die negative Charakterisierung der Ersten Republik der Bruch zwischen Erster und Zweiter Republik in den Vordergrund gerückt ist.

Deutlich wird diese Verschiebung des Bruches auch im Zusammenspiel des Bedeutungswandels der jeweiligen rhetorischen Topoi. Während nämlich die Formel vom „Staat, den keiner wollte“ immer mehr an Bedeutung gewann, verlor hingegen die Negativzuschreibung zur Monarchie in Form eines „Völkerkerkers“ weitgehend ihre Funktion, bzw. fand nur mehr in ihrer Negation als „Lüge“ oder als „Legende“ Verwendung.

Gerade in diesem rhetorischen Topos vom „Völkerkerker“ zeigt sich jedoch auch sehr deutlich die Gegenwartskonkretheit dieser rhetorischen Formeln. Stehen doch die Durchsetzung bzw. der Bedeutungsverlust dieser verdichteten Interpretation von Vergangenheit und ihre Funktion in einem engen Zusammenhang. Auch wenn die Formel vom „Völkerkerker“ im Gegensatz zum „Staat, den keiner wollte“ keine überparteiliche Interpretation darstellte, sondern von konservativer Seite abgelehnt wurde, so kam dieser nach 1918 doch eine große Bedeutung zu. War nach 1918 doch das habsburgische Großreich weitgehend diskreditiert und diente in den meisten Nachfolgestaaten als Negativschablone zur Gründung eigener staatlicher Identitäten (bzw. in Österreich von Seiten der Sozialdemokratie zur Etablierung der Staatsform einer Republik) oder wie es Emil Brix ausdrückt:

„In den jungen Nationalstaaten, wie in der Republik Österreich, die sich deutlich abgrenzen wollten von der Habsburgermonarchie, war das Bild der Monarchie als Völkerkerker eine verständliche Immunisierungsstrategie.“⁸⁴⁹

Ähnlich wie heute die Zwischenkriegszeit war auch damals die Monarchie in einem dichten Netz aus negativen rhetorischen Topoi verortet, wie etwa als „China Europas“ oder als „schwarz-gelber Polizeistaat“. Durch die positive Umcodierung der Monarchie in den Narrativen verloren jedoch auch diese Schlagwörter, insbesondere auch vom „Völkerkerker“ an Bedeutung, bzw. wurde durch eine positivere Interpretation der Monarchie, gewissermaßen als „Völkerverein“ negiert oder wie es Andreas Pribersky formuliert:

⁸⁴⁹ BRIX (2002c), S. 791.

„Das Habsburger Reich, seinem Ende zu vor allem von den slawischen Nationen als Völkerkerker bezeichnet, ist für zeitgenössische Historiker zu einem positiven Bild des multi-ethnischen Zusammenlebens im mitteleuropäischen Raum geworden.“⁸⁵⁰

Ein Prozess der positiven Rückbezugnahme, welcher sich auch in einer Vielzahl von Symposien und Sammelbänden dokumentierte.⁸⁵¹ Mit der Zeit setzte sich also selbst in den anderen Nachfolgestaaten ein gewisses Narrativ hinsichtlich einer Mitteleuropa-Nostalgie durch. Wurde nun doch die Rolle des „Völkerkerkers“ nicht mehr der Monarchie, sondern dem sowjetischem Kommunismus zugeschrieben. Während dem Habsburgerreich nun eine andere Funktion zukam, oder wie es in einem Artikel im Jahre 1980 (einem „*Dauerfest in den Habsburgerfarben Schwarz-Gelb*“) im „Spiegel“ beschrieben wurde:

„Früher als ‚Völkerkerker‘ abqualifiziert, steigt das Habsburger Imperium nun zum Mythos des vorweggenommenen Paneuropa auf, erscheint gar als ‚Zivilisationsgebäude der Menschheit‘.“⁸⁵²

Exemplarisch wird am Bedeutungsverlust des negativen rhetorischen Topos vom „Völkerkerker“ also schon deutlich, inwiefern diese Schlagwörter rasch an Einfluss verlieren, sobald sie ihre Funktionen einbüßen und sich in diesem Fall neue negative Referenzen zur Differenzbildung, etwa über die Erste Republik (als „Staat, den keiner wollte“) bzw. über die Sowjetunion (als wahrer „Völkerkerker“), festsetzen.

Vielleicht lässt sich ein ähnlicher Prozess, zumindest des Bedeutungsverlust, ebenfalls beim rhetorischen Topos vom „Staat, den keiner wollte“ erkennen. Auch wenn diesen nämlich im Festtagsdiskurs noch immer große Bedeutung zukommt, sei es zum Februargedenken 2004,⁸⁵³ zur 90. Wiederkehr des Tages der Republik⁸⁵⁴ oder zum 70. Jahrestag des „Anschlusses“,⁸⁵⁵ zeichnet sich doch in letzter Zeit ein gewisser Ansatz einer Wende von dieser Charakterisierung ab. So kann man etwa in der wissenschaftlichen Debatte bereits seit den 90er Jahren eine kritische

⁸⁵⁰ PRIBERSKY (2002), S. 326.

⁸⁵¹ PANAGL et al. (2007), S. 172.

⁸⁵² CYRUS, Inge; Gott erhalte den Kaiser. Spiegel-Korrespondentin Inge Cyrus über Nostalgie im einstigen Habsburger Reich. In: Der Spiegel 52/1980 vom 22.12.1980 online unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14338278.html> zuletzt am 24.04.2010.

⁸⁵³ FISCHER, Heinz; Bundespräsident Heinz Fischer gedenkt der Opfer des 12. Februar 1934, online unter http://www.hofburg.at/show_content2.php?s2id=1334 zuletzt am 1.5.2010

⁸⁵⁴ GUSENBAUER, Alfred; Reflexionspunkt 1918. Gastkommentar von Bundeskanzler Gusenbauer im Profil. In: Profil Nr. 45 /2008 vom 3.11.2008 S. 35, online unter http://www.austria.gv.at/site/cob_32365/currentpage_0/5910/default.aspx zuletzt am 1.5.2010

KHOL, Andreas; Wo wäre ich wohl gestanden? Ein großartiges Informationsprojekt beginnt im Jänner 2008 in Österreich. In: Die Presse 1.12.2007, online unter <http://diepresse.com/home/meinung/quergeschrieben/andreaskhol/346766/index.do?parentid=122748> zuletzt am 1.5.2010

⁸⁵⁵ BURGSTALLER, Gabi; Gedenkstunde anlässlich 70 Jahre "12. März 1938". Online unter

Auseinandersetzung mit den Negativzuschreibungen zur Ersten Republik erkennen und auch bei den Jubiläumsfeierlichkeiten 2008 ließen sich etwa einige Kommentare finden, welche dem rhetorischen Topos vom „Staat, den keiner wollte“ explizit widersprachen. So stand etwa in einem Artikel in „Arbeit und Wirtschaft“ einem Publikationsorgan der AK und des ÖGB geschrieben:

„Die erste österreichische Republik hat ein schlechtes Image und wird oft als ‚Staat, den keiner wollte‘ bezeichnet. Das ging aus der Propaganda jener, die sie wirklich nicht wollten, in die Geschichtsbücher ein. In Wirklichkeit wollten viele diese Republik als Chance für den sozialen Fortschritt, besonders die sozialdemokratische Bewegung und ihre Freien Gewerkschaften.“⁸⁵⁶

Gegen diese Charakterisierung wandte sich auch der eher dem konservativen Lager zuzuordnende Historiker Manfred Rauchensteiner, wenn er in einem Interview meinte:

„Am Anfang der Republik steht nicht dieses Gefühl: Wir sind ein Staat, den keiner will. Am Anfang steht die Hoffnung. Man dachte, dass die deutschen Gebiete der Habsburger-Monarchie dabei sein werden.“⁸⁵⁷

Und auch Heinz Fischer nahm in seinem Vorwort zum Sammelband der Jubiläumsausstellung im Parlament eine neue Position hinsichtlich dieser Zuschreibung ein:

„Es ist daher nach wie vor lohnend, einen Blick auf diese Zeit zu werfen, eine Zeit, die einerseits den Grundstock legte zu jenem Staat, in dem wir heute leben, auf der anderen Seite aber als der Staat, ‚den keiner wollte‘, in die Geschichtsbücher eingegangen ist. Wobei besonders dieses zweite Urteil hart und in gewisser Hinsicht auch ungerecht ist. Denn es verhielt sich keineswegs so, dass es nur jene gab, die dem alten Vielvölkerstaat nachtrauerten, oder jene, die unbedingt eine Einheit mit Deutschland bilden wollten. Es gab auch jene Gruppe, die sich positiv und ohne Vorbehalte zur jungen Republik bekannte.“⁸⁵⁸

Verbunden damit, dass die Zitationshäufigkeit dieses rhetorischen Topos auffällig rückläufig ist, wie aus einer Google-Booksearch Recherche ersichtlich ist,⁸⁵⁹ stellt sich die Frage, ob der Gedächtnisort „Erste Republik“ nicht schon wieder im Wandel ist. Ist es vielleicht der vermehrt erinnerungsgeschichtliche Zugang zu Geschichte, wodurch begonnen wurde, diese rhetorischen Konstrukte kritischer zu hinterfragen und der damit auch neue Perspektiven der Auseinandersetzung mit der Ersten Republik eröffnete, oder waren es vielleicht die Konfliktlinien zwischen ÖVP und SPÖ, welche

<http://www.salzburg.gv.at/burgstaller.pdf> zuletzt am 1.5.2010

⁸⁵⁶ PELLAR, Brigitte; Nur soziale Gerechtigkeit... In: Arbeit & Wirtschaft November 2008, online unter http://www.arbeit-wirtschaft.at/servlet/ContentServer?pagename=X03/Page/Index&n=X03_1.a_2008_11.a&cid=1226739642117 zuletzt am 1.5.2010

⁸⁵⁷ RAUSCHER, Hans; "Wer braucht eine Dritte Republik?" In: Der Standard 12.11.2008, online unter <http://derstandard.at/1226396539962> zuletzt am 1.5.2010

⁸⁵⁸ Karner (2008), S. 9.

⁸⁵⁹ vgl. das Kapitel Narrativvorkommen

durch die schwarz-blaue Regierung und den Abbau der Sozialpartnerschaft entstanden sind, die dazu geführt haben, dass sich die Parteien wieder stärker auf ihre eigenen geschichtlichen Erzählungen besonnen haben und diese wieder stärker ausdifferenzieren beginnen (vgl. etwa die Dollfuß-Debatte von beiden Seiten im Jahre 2004)? Oder sind diese kritischen Wortmeldungen zur Formel vom „Staat, den keiner wollte“ vielleicht nur Einzelbeispiele und steht der Rückgang an Zitationen damit im Zusammenhang, dass durch das Bekenntnis zur Mitverantwortung Österreichs für die Gräueltaten zwischen 1938/39 und 1945 schlussendlich doch endlich die Zeit des Nationalsozialismus die Negativfolie für die Zweite Republik eingenommen hat und durch ihren Funktionsverlust die Erste Republik soweit ins Vergessen entrückt ist, dass bald selbst ihre negativen Konnotationen verschwinden werden?

8 RESÜMEE

Ziel dieser Arbeit war es, den Wandel der Narrative zur Ersten Republik und deren Funktion durch die Verknüpfung zweier Formen von Gedächtnisorten (Jahrestage und rhetorische Topoi) zu veranschaulichen. Anhand dieser beiden Untersuchungskategorien wurde gezeigt, wie sehr sich auch die parteipolitischen und überparteilichen Erzählungen zu diesem Abschnitt, welcher in den letzten Jahren negativ festgeschrieben erscheint, je nach Rahmenbedingungen gewandelt haben. Ausgehend von den theoretischen Positionen der kulturwissenschaftlichen Gedächtnistheorie wurden vor allem Oliver Marcharts Überlegungen zu Hegemonie und Gedächtnis dazu herangezogen, die Veränderungen in den Narrativen zur Ersten Republik in ihren Dispositiven zu verorten. Entstehen doch Narrative laut Marchart durch ein ständiges Interagieren und Widerhandeln, wobei diese Prozesse/Konflikte rund um die Deutung der Vergangenheit aber auch in einem vorstrukturierten Rahmen stattfinden. Von Bedeutung für das Entstehen von Erinnerungskonflikten bzw. deren Ausverhandeln sind daher nicht nur die Unterschiede/Gemeinsamkeiten in den jeweils spezifischen Narrativen, sondern auch die Dispositive in denen diese Prozesse stattfinden, beeinflussen diese doch die jeweiligen Strategien, wie mit den Unterschieden/Gemeinsamkeiten umgegangen werden kann. Wie veränderten sich also in den sich wandelnden Dispositiven die Erinnerungen von SPÖ und ÖVP an den 12. November bzw. an die Erste Republik und wie konnte sich ein umkämpfter Gedächtnisort in einen rhetorischen Negativkonsens verwandeln?

Betrachtet man nämlich heute die öffentliche Wahrnehmung der Ersten Republik, so fallen in erster Linie ihr Vergessen bzw. ihre negative Konnotation auf. Sei es in der Denkmallandschaft oder in Umfragen, die Zeit von 1918 bis 1933 findet weitgehend keine Beachtung oder wird, im Gegensatz zur Monarchie, als eine der negativsten historischen Perioden der österreichischen Geschichte wahrgenommen. Ähnlich erging es der Ersten Republik aber etwa auch in den Geschichtswissenschaften. So betont etwa Ernst Hanisch hinsichtlich der Betrachtung der Ersten Republik in der Zeitgeschichtsforschung ab den 70er Jahren, dass die Antwort für den Erfolg der Zweiten Republik und das Scheitern der Ersten viel zu oft in einer vereinfachten negativen Darstellung der Ersten und einer zu positiven der Zweiten gefunden wurde.⁸⁶⁰ Wenig verwunderlich fanden daher auch die negativen Zuschreibungen vom „Staat, den keiner wollte“ auch Eingang in die Geschichts- und Politikwissenschaften, wobei sich allerdings in den letzten Jahren Tendenzen von wissenschaftlicher Seite

⁸⁶⁰ vgl. HANISCH (1985a), S. 85f.

zeigen, Widerspruch gegen diese negativen rhetorischen Topoi auszuformulieren und diese Negativzuschreibungen zu hinterfragen.

Um die Fragestellungen hinsichtlich der Negativcharakterisierung der Ersten Republik zu beantworten, wurden zuerst die Prozesse des Ausverhandelns des 12. November in den ersten Nachkriegsjahrzehnten in den Blick genommen, um so die Funktionen der parteipolitisch unterschiedlichen Narrative zur Ersten Republik und ihren Bedeutungsverlust Ende der 60er deutlich zu machen. Dabei zeigte sich, dass man hinsichtlich der Virulenz der unterschiedlichen Narrative zum 12. November nicht einmal von einer zeitlich linearen Entwicklung der zunehmenden Entemotionalisierung sprechen kann. So erreichten die parteipolitischen Spannungen ihren Höhepunkt nämlich erst Ende der 50er Jahre und verschwanden danach relativ rasch. Im Folgenden wird also noch mal dieser Prozess einer unterschiedlich starken Virulenz und das Verschwinden des 12. November zusammengefasst.

Um die Konflikte rund um den 12. November allerdings besser verstehen zu können, muss natürlich auch die Bedeutung dieses Jahrestags in der Ersten Republik mitgedacht werden. Stellte er doch eigentlich den Staatsfeiertag dar, wobei jedoch nicht staatliche Feiern, sondern einander entgegengesetzte Parteifeiern dominierten. So entwickelte er sich in erster Linie zu einem sozialdemokratisch besetzten Feiertag, wahren er von konservativer Seite eher nur verhalten begangen wurde, gab es doch innerhalb des konservativen Lagers auch sehr starke Strömungen, welche der Republik skeptisch gegenüberstanden. 1934 sollte der Feiertag dann überhaupt vom austrofaschistischen Regime daher verboten werden. Diese Vorgeschichte des 12. November und die Traditionslinien der Parteien bei der Begehung dieses Jahrestags wirkten natürlich stark hinsichtlich des parteipolitischen Umgangs mit diesem Datum in der Zweiten Republik nach.

Betrachtet man den 12. November in den Debatten der ersten Nachkriegsjahre, so werden zwei Prozesse im Umgang hinsichtlich der Konfliktvermeidung mit diesem Datum deutlich. Einerseits fand ein gewisser Bedeutungsverlust dieses Datums nach 1945 statt, welcher sich darin ausdrückt, dass hinsichtlich eines inneren „Burgfriedens“ darauf verzichtet wurde, den 12. November als Staatsfeiertag wiedereinzuführen und dass auch bei den Parteien der Tag der Republikgründung an Bedeutung verlor. Wurde der Jahrestag von Seiten der ÖVP außer an den runden Jubiläen größtenteils überhaupt nicht wahrgenommen, so geriet dieser auch selbst in der SPÖ bis zu seinem Jubiläum 1958 immer mehr in Vergessenheit. Abgesehen von diesem Bedeutungsverlust lässt sich jedoch andererseits auch ein sehr behutsamer Umgang

der Parteien mit dem 12. November feststellen, der sicherlich auch durch die alliierte Besetzung und dem Versuch Kontroversen hintanzuhalten geprägt war. So standen etwa zum 30. Jahrestag keine Streitigkeiten zwischen den Parteien im Vordergrund, sondern die feierliche Begehung des Tages der Republikgründung, wobei das Erinnern jedoch getrennt in separaten Parteifeiern erfolgte. Ein Zeichen dafür, wie konfliktbeladen die Erinnerungen zu diesem Jahrestag doch noch immer waren. Besonders innerhalb der Parteipresse wurden die unterschiedlichen Positionierungen der Parteien zu 1918 deutlich. Stellte der 12. November doch für die SPÖ einen durch Hoffnung und Jubel charakterisierten Tag des demokratisch-republikanischen Umbruchs dar, während die ÖVP damit einen Trauertag durch das Auseinanderfallen der Monarchie verband. Während die SPÖ also bis in die 60er Jahre auch ein positiv konnotiertes Narrativ zur Ersten Republik gerade anlässlich des 12. November forcierte, war die Erste Republik von Seiten der ÖVP durchwegs negativ konnotiert. Ein Konflikt um die Erinnerung, welcher im Jahr 1958 offen ausbrach.

Zusammenfassend kann man also für die unmittelbare Nachkriegszeit und das 30jährige Republiksjubiläum 1948 sagen, dass gerade aufgrund der alliierten Besetzung von den Parteien versucht wurde, gemeinsame Narrative zu entwickeln und die Streitigkeiten hintanzustellen. So wurde eine gewisse Form eines gemeinsamen Konsenses gefunden, der verbunden auch mit den zahlreichen Kontinuitäten zur Ersten Republik (personell, symbolisch, verfassungstechnisch) eine nicht nur negative Besetzung der Ersten Republik ermöglichte. In der Art der Feierlichkeiten zum 12. November und insbesondere in den Darstellungen der Parteizeitungen wurde jedoch deutlich, dass dieser Konsens nur sehr oberflächlich angelegt war.

Umgelegt auf Oliver Marcharts Ansatz hinsichtlich Gedächtnis und Hegemonie lässt sich also festhalten, dass das Spielfeld, in welchem um die Deutungsmacht der Erinnerung gekämpft wurde, 1948 noch vorstrukturiert war durch die alliierte Besetzung und die damit verbundene Dringlichkeit grundlegende, gemeinsame Narrative auszuformulieren. Nicht der Kampf um die Deutungsmacht zwischen den Parteien stellte die dominierende strukturierende Komponente im Umgang mit Vergangenheit dar, sondern die Darstellung nach außen gegenüber den Alliierten und die Suche nach einem Fundament für den Staat. Die Kontroversen fanden daher nicht auf Ebene der offiziellen Repräsentation, etwa in Feierlichkeiten, statt, sondern die Kontroverse um eine hegemoniale Geschichtsinterpretation wurde darunter, auf Ebene etwa der Parteiblätter ausgetragen, ohne jedoch zu in der Öffentlichkeit ausgetragenen Konflikten zu führen. Die Funktion des Gedenkens an den 12. November im Jahr 1948 war also nicht so sehr, die Unterschiede in den Partei-Narrativen zur Geltung zu bringen, sondern einen gemeinsamen Konsens zu präsentieren, wodurch dieser Jahrestag halb-offiziell auch feierlich begangen werden konnte.

1958 hatten sich hingegen die Dispositive, in welchen die Vergangenheitsdiskurse stattfanden, gewandelt. Die Klammer der alliierten Besatzung, welche Konflikte um die Deutung der Vergangenheit gegenüber einem gemeinsamen „Burgfrieden“ eher im Hintergrund gehalten hatte, war verschwunden, genauso wie die Bedeutung des Anknüpfens an Traditionen, um staatliche Kontinuität und Legitimität herzustellen, stärker in den Hintergrund gerückt war. 1958 brachen daher die Konflikte rund um eine positive oder negative Interpretation des 12. November, welche zwar 1948 latent vorhanden, aber hinten angestellt worden waren, offen aus.

Versuchte nämlich diesmal die SPÖ die Erinnerung an die Gründung der Ersten Republik weg von Parteifeierlichkeiten hin in einen staatlichen Rahmen, das Parlament, zu verlagern, so wurden von Seiten der ÖVP die Feierlichkeiten zum Tag der Republik boykottiert. Noch stärker als 1948 trat daher auch in den Leitartikeln und Wortmeldungen die Dichotomie hinsichtlich der Interpretation des Jahres 1918 zwischen den beiden Großparteien in den Vordergrund. Während die ÖVP den Bruch von 1918 nur unter dem Fokus des Untergangs des Großreiches wahrnehmen wollte, sah die SPÖ im Ende der Habsburgermonarchie und der Gründung der Republik einen wichtigen Fortschritt. Begann also für die SPÖ die tatsächliche Geschichte Österreichs erst mit 1918, so verneinte die ÖVP eine positive Kontinuität zwischen dem 12. November 1918 und der Zweiten Republik und verknüpfte ihn mit dem 11. März 1938. Die ÖVP deutete also den Tag der Republikgründung schon als Vorgeschichte des „Anschlusses“ und suchte unterdessen die positiven Narrative in der Zeit vor 1918.

Was waren nun die Faktoren, welche 1958 das Feld der Erinnerungen strukturierten. Einerseits waren dies natürlich unterschiedliche symbolische Bezugnahmen der Parteien auf die Vergangenheit, welche nun wieder stärker in den Vordergrund traten. So untermauerte etwa der damalige Bundeskanzler Julius Raab seine Führungsqualitäten mit Erlebnissen als Unteroffizier aus der Zeit der Monarchie, während von der SPÖ hingegen ein Dokumentarfilm über die Schatzkammer in der Wiener Hofburg, in dem die Reichskrone gezeigt wurde, Jugendverbot bekam, weil diese darin eine Gefährdung des republikanischen Geistes sah. Andererseits kam aber auch den Erzählungen der Lager noch eine stärker identitätsstiftende Rolle zu, war doch ein gemeinsames, die Erinnerung strukturierendes Österreichbewusstsein erst im Wachsen begriffen. Deutlich wurde dies etwa auch im Fehlen eines gemeinsamen Nationalfeiertags und der Rivalität zwischen SPÖ und ÖVP um die Besetzung dieses Datums. So wurde von Seiten der SPÖ der 12. November als Nationalfeiertag präferiert, während er von Seiten der ÖVP strikt abgelehnt wurde.

Oder wenn man den veränderten Umgang mit Vergangenheit wieder anhand von Oliver Marcharts Modell erklären möchte: So war im Gegensatz zu 1948 das Dispositiv,

in welchem die Erinnerungen zur Ersten Republik eingebettet waren, nun nicht mehr durch die Bestrebungen bestimmt, gegenüber der alliierten Besatzung ein gemeinsames, staatliches Fundament zu konstruieren, sondern durch die Versuche der Parteien mit ihren eigenen Geschichtsvorstellungen das offizielle Narrativ entscheidend zu prägen, also die eigenen Geschichtsdeutungen hegemonial festzusetzen. Es verdeutlicht sich am 12. November also gerade der Kampf zwischen ÖVP und SPÖ um eine hegemoniale Deutung der Vergangenheit, zwischen einer Erzählung, welche die republikanischen Traditionen und einer, welche die „Vorvergangenheit“ Österreichs betonte. Wurde daher von der SPÖ versucht, den 12. November als positiv besetzten Gedächtnisort auf staatlicher Ebene zu verankern, so konnotierte die ÖVP diesen Tag negativ bzw. ignorierte ihn, gab ihm also erst gar keinen Platz im staatlichen Rahmen. Der Versuch den 12. November auf staatlicher Ebene im Rahmen des Parlaments zu feiern bzw. der Boykott der ÖVP müssen daher im Zusammenhang mit der Herausbildung von staatlich ausformulierten Narrativen als Aktionen zur Legitimierung bzw. Delegitimierung des Jahrestags der Gründung der Republik verstanden werden.

Standen sich 1958 die Narrative der beiden Großparteien noch relativ dichotomisch gegenüber, so hatte sich das Feld, in welchem die Diskurse zur Ersten Republik abliefen, 1968 trotz des Fehlens der Klammer einer großen Koalition gewandelt. So fanden zum 50-jährigen Republikjubiläum überhaupt die ersten gemeinsamen Republikfeiern in einem staatlichen Rahmen statt, in welchen auch die Bundesländer und die einzelnen BürgerInnen weitreichend durch Veranstaltungen, Ausstellungen und Schenkungen eingebunden wurden. Zwar wurden noch Unterschiede in den Narrativen deutlich, diese traten aber immer mehr in den Hintergrund und die Erzählungen, welche rund um den 12. November gebündelt waren, glichen sich immer mehr an. So verschwand etwa bei der SPÖ die strikte Abgrenzung zu einer negativen monarchischen „Vorvergangenheit“, während die Dissonanzen der Ersten Republik zunehmend betont wurden. Andererseits wurden aber nun auch von Seiten der ÖVP die positiven Aspekte des demokratischen Umbruchs von 1918 betont. Es verloren also von beiden Seiten die Dichotomien in den Geschichtsauffassungen an Bedeutung, welche noch zehn Jahre zuvor die Jubiläumsfeierlichkeiten geprägt hatten. Die Unterschiede in den Diskursen traten also ähnlich wie 1948 wieder in den Hintergrund, diesmal jedoch nicht wegen der versuchten Generierung eines scheinbar gemeinsamen Narrativs, welches die Streitigkeiten hinten anzustellen versuchte, sondern da diese Periode weitgehend ihre geschichtspolitische Funktion für die Parteien verloren hatte. Zwar verlief im Hintergrund noch immer die Suche nach geeigneten „Sprachregelungen“ zur Geschichte, wie es auf einer ÖVP-

Volksbildnertagung ausgedrückt wurde, doch diese führten zu keinen offensichtlichen Dissonanzen, sondern beschränkten sich auf leicht unterschiedliche Formen der sprachlichen Darstellung (ÖVP: Betonung der tausendjährigen Geschichte Österreichs, SPÖ: Betonung der Leistungen der Ersten Republik).

Vorausgegangen war diesem Konsens in den 60er Jahren ein konfliktbehafteter Prozess des Behandelns der Zäsur von 1918 und der damit verbundenen Epochen Monarchie und Erste Republik gerade in den Konflikten rund um die Habsburgkrise oder auch um die Suche nach einem Nationalfeiertag. Mit dem Verschwinden dieser Themen aus den Debatten, einerseits weil sich Otto Habsburg nach seiner Einreise weitgehend aus der Politik herausgehalten hatte und andererseits weil die Debatte um den Nationalfeiertag durch seine Festsetzung auf den 26. Oktober im Jahr 1965 obsolet geworden war, verlor die Schnittstelle des 12. November bzw. der Ersten Republik an parteipolitischer Funktion. Im Konsens der beiden Großparteien über einen gemeinsamen Nationalfeiertags zeigt sich auch ein immer stärker werdendes gemeinsames Österreichbewusstsein und damit verbunden die Bedeutung von zentralen überparteilichen Narrativen, welche zum einen die divergierenden Geschichtserzählungen der beiden Großparteien in den Hintergrund drängten, zum anderen dadurch aber auch Platz für die geschichtswissenschaftliche Aufarbeitung anderer Konfliktfelder (1934, 1938-1945) außerhalb des Rahmes einer Koalitionsgeschichtsschreibung machten.

Ausgedrückt anhand von Oliver Marcharts Modell wurde das Feld der Erinnerungen 1968 schon viel stärker durch ein gemeinsam ausformuliertes offizielles Narrativ strukturiert als 1958, womit auch die unterschiedlichen Vergangenheitsnarrative hinsichtlich 1918 viel von ihrer Bedeutung zur Differenzbildung zwischen den Parteien verloren und die dichotomischen Lesarten in Bezug auf die Bewertung von 1918 verschwanden. Die 12. November-Feiern konnten nun als gemeinsame staatliche Feiern begangen werden, stellten sie doch nun keinen direkten Anspruch mehr darauf, das offizielle Narrativ (etwa durch den Nationalfeiertag) zu strukturieren, sondern wurden in den Rahmen einer übergeordneten Erzählung eingebaut. Die Strategien der Parteien beschränkten sich daher darauf, einzelne Aspekte ihrer Sichtweise in ein gemeinsam ausformuliertes staatliches Geschichtsbild zu integrieren und nicht wie 1958 unterschiedliche Geschichtsnarrative auszuformulieren.

Durch den damit einhergehenden Bedeutungsverlust des 12. November traten auch die damit verbundenen positiv bzw. negativ besetzten Narrative zur Gründung der Ersten Republik in den Hintergrund. Gewissermaßen durch den Verlust ihres parteipolitischen Distinktionscharakters verlor eine positive Erinnerung an die Erste Republik weitgehend ihre Funktion zur Differenzbildung zwischen den Lagern. In den

folgenden Jahrzehnten verschwand daher auch der nun überparteilich positiv konnotierte 12. November größtenteils aus der Öffentlichkeit und die runden Jahrestage wurden ohne Debatten, weitgehend beschränkt auf das Parlament begangen, wodurch dieser Jahrestag dem Vergessen anheim fiel und Platz für eine überparteiliche Negativzuschreibung zur Ersten Republik machte. Diesen Prozess symbolisierend war es dann gerade zur 60-Jahr-Feier des 12. November Bruno Kreisky, welcher eben auf einer Parteiveranstaltung meinte, dass aus dem *„Staat, den keiner wollte einer geworden sei, den jeder will.“*⁸⁶¹ Die negativen rhetorischen Topoi zur Ersten Republik hatten sich also auch bei der SPÖ durchgesetzt.

Die positiven Erinnerungen an die Erste Republik verloren also ihre Bedeutung, während dieser Epoche immer stärker die Funktion einer Negativfolie zur Zweiten Republik zukam. Womit natürlich nicht gemeint ist, dass eine Gegenüberstellung von Erster und Zweiter Republik nicht auch schon in den Anfangsjahren der Zweiten Republik existiert hätte. Besonders im überparteilichen Rahmen war das „Lernen aus der Vergangenheit“ stets ein zentrales rhetorisches Element. Der Rückbezug auf die Erste Republik hatte aber nicht in dieser negativen Verdichtung existiert, in der, der negative rhetorische Topos vom „Staat, den keiner wollte“ sogar zu einem zentralen Gedächtnisort hinsichtlich der Ersten Republik werden konnte.

Der „Staat, den keiner wollte“ war ursprünglich der Titel eines populärwissenschaftlichen Werks von Hellmut Andics, einem Journalisten, welchem durch die Verbreitung seiner populärwissenschaftlichen Werke und seiner Fernsehdokumentationen eine gewisse Deutungsmacht im historischen Bereich zukam. Erschienen 1962, durchdrang es im Laufe der Zeit weitgehend den öffentlichen Diskurs. So erfuhr dieser Topos nicht nur in der Politik, der Schule und den Medien rege Verwendung, sondern fand auch teilweise Eingang in geschichtswissenschaftliche Werke zur Charakterisierung der Ersten Republik. Mit ein Grund für seine weite Verbreitung war auch, dass die Formel vom „Staat, den keiner wollte“ unterschiedliche Positionen inkludieren konnte, nämlich einerseits, dass *„ein Teil der Menschen um ein versunkenes Reich trauerte“*, andererseits aber auch, dass *„ein anderer vom Aufgehen in einem neuen [Reich] träumte“*⁸⁶² und lieferte damit gleichzeitig eine Erklärung des Grundproblems der Ersten Republik, welche für beide Seiten im Rahmen der Erzählung einer „geteilten Schuld“ akzeptabel war. Neben dieser Sichtweise, welche die Auseinandersetzungen der Parteien in der Ersten und damit die schlummernden Konflikte (das „Tabu“ Bürgerkrieg) in den Erzählungen nicht tangierte, wurde die

⁸⁶¹ „Ein Staat, den alle wollen.“ Kreisky: Demokratische Grundlagen Österreichs sind heute unbestritten. In: AZ 12.11.1978 S. 1.

⁸⁶² Portisch et al. (1981), S. 74.

Funktion der Redewendung vom Schlagwort vom „Staat, den keiner wollte“ in seiner doppelten Differenzbildung deutlich.

So lieferte die Erste Republik einerseits das Gegenstück zur „Erfolgsgeschichte“ der Zweiten Republik, andererseits aber auch zum Glanz der Habsburgermonarchie. Es war wohl kein Zufall, dass im gleichen Zeitraum mit der Etablierung von Hellmut Andics' Buchtitel – vom selben Autor – auch die Formel von der „Insel der Seligen“ geprägt wurde. Verdeutlicht dies doch, dass erst durch die Betrachtung der „Erfolgsgeschichte“ der Zweiten Republik die Reduktion der Ersten Republik auf ihre Funktion als Negativschablone erfolgen konnte, während die Dissonanzen in der Entwicklung der Zweiten Republik immer mehr in den Hintergrund rückten.

Gleichzeitig damit verschwand auch weitgehend die Negativcharakterisierung der Monarchie. So fand sich etwa der rhetorische Topos vom „Völkerkerker“ weitgehend nur mehr in seiner Negation als Lüge oder Legende. Die Negativzuschreibungen zur Ersten Republik muss also auch in einem engen Zusammenhang mit der langsamen Aussöhnung der Sozialdemokratie mit der Monarchie gesehen werden, verlor damit doch die Erste Republik ihre Funktion im SPÖ-Diskurs als positives Gegenbild gegenüber der Monarchie, während nun Bezüge zur Monarchie nun teilweise sogar positiv konnotiert wurden, wenn sich etwa Kanzler Bruno Kreisky zu Wahlkampfzwecken unter einem Bildnis von Kaiser Franz Joseph abbilden ließ. Die Gegenüberstellung von Monarchie und Republik verschwand daher im Geschichtsbild der SPÖ, während die Gegenüberstellung nun verstärkt anhand von Erster und Zweiter Republik erfolgte.

Umgelegt auf Marcharts Modell bedeutet das, dass nach dem konsensbestimmten Republikjubiläum 1968 das Narrativ zu 1918 und damit zur Ersten Republik bzw. der Monarchie weitgehend ausverhandelt war, womit dieser Abschnitt auch seine Bedeutung für die Geschichtspolitik der SPÖ und ÖVP verlor und auch die positiven Erzählungen zur Gründungsphase der Republik von Seiten der SPÖ immer mehr verschwanden. Die ehemals unterschiedliche Konnotierungen und die Konfliktbeladenheit dieses Gedächtnisorts geriet durch das Fehlen seiner Funktion weitgehend in Vergessenheit, während das „*symbolische Dispositiv, das den politischen Raum Österreichs ordnete*“⁸⁶³ durch Kategorien wie die „Erfolgsgeschichte“ (Staatsvertrag, Sozialpartnerschaft) der Zweiten Republik strukturiert wurde. Einhergehend damit wurde auch immer stärker die Monarchie nostalgisiert, was sogar den „Spiegel“ zur Charakterisierung des Jahres 1980 als „*Dauerfest in den Habsburgerfarben Schwarz-Gelb*“ veranlasste.⁸⁶⁴ Der Ort der Erinnerung der Ersten

⁸⁶³ MARCHART (2005), S. 39.

⁸⁶⁴ CYRUS, Inge; Gott erhalte den Kaiser. Spiegel-Korrespondentin Inge Cyrus über Nostalgie im einstigen Habsburger Reich. In: Der Spiegel 52/1980 vom 22.12.1980 online unter

Republik war in diesem Dispositiv an wirkungsmächtigen Narrativen gewissermaßen schon vordefiniert. Stand diese doch zu diesen beiden großen Erzählungen im Widerspruch. Repräsentierte in der Öffentlichkeit doch gerade die Sozialpartnerschaft das Gegenteil der politischen Konfliktkultur der Ersten Republik, wie auch der Glanz der Habsburgerzeit zur Armut der Zwischenkriegszeit im Widerspruch stand. Ein positiver Rückbezug auf die Erste Republik trat daher nur gelegentlich im Parteirahmen der SPÖ in den Vordergrund, in der öffentlichen Repräsentation dominierte jedoch eine weitgehende Negativzuschreibung. Von einer Debatte, welche sich um die Republikgründung gedreht hatte, blieb wenig über, während für die Frage nach der Schuld am Untergang der Republik eine Sprachregelung im Sinne einer „geteilten Schuld“ gefunden werden konnte, indem der rhetorische Topos vom „Staat, den keiner wollte“ das Scheitern durch den fehlenden Glauben an Österreich und nicht durch seine inneren Konflikte erklärte. So wie die Erste Republik also ihre Funktion zur Differenzbildung zwischen den Parteien verloren hatte, kam ihr nun also auch eine verstärkte Funktion in der Beweisführung zur „Erfolgsgeschichte“ der Zweiten Republik zu, gewissermaßen vom „Staat, den keiner wollte zum Staat, den jeder will“, die positive Repräsentation der Zweiten Republik also über das Gegenstück Erste Republik. Ein Moment, welches Gerhard Botz überhaupt gerade hinsichtlich der Auseinandersetzung mit Zeitgeschichte in Politikerreden gut zusammenfasste:

Umgekehrt diente der zeitgeschichtliche Rückblick in zahllosen Politikerreden und massenmedialen Bezügen zu den wiederkehrenden runden Jahrestagen ‚gedenkwürdiger‘ Ereignisse auch dazu, die konfliktarme politische Kultur und die Sozialpartnerschaft zu überhöhen und zu legitimieren.“⁸⁶⁵

So sehr, wie erwähnt, allerdings auch noch die Formel vom „Staat, den keiner wollte“ im Jubiläumsdiskurs präsent ist, so könnte sich jedoch schon langsam eine Wende von diesem negativen rhetorischen Topos zur Charakterisierung der Ersten Republik abzeichnen. Erste Indizien dafür sind der zunehmende Widerspruch gegenüber dieser reduzierten negativen Darstellung der Ersten Republik in der Historiographie verbunden mit einem gleichzeitigen Rückgang an Zitationen von Andics' Formulierung. Vielleicht steht diese Entwicklung damit in Zusammenhang, dass sich die Zweite Republik nun schlussendlich doch – nach dem Bekenntnis zur Mitverantwortung an den Verbrechen des Nationalsozialismus – in erster Linie über die Differenz zur Zeit des Nationalsozialismus definiert und nicht mehr über die Erste Republik. Warten wir die 100-Jahr-Feiern 2018 ab.

⁸⁶⁵ <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14338278.html> zuletzt am 24.04.2010.
BOTZ (1994e), S. 23.

Abkürzungsverzeichnis

AZ: Arbeiterzeitung

ÖMH: Österreichische Monatshefte

ÖGL: Österreich in Geschichte und Literatur

SN: Salzburger Nachrichten

VB: Kleines Volksblatt

VS: Volksstimme

WZ: Wiener Zeitung

Bildnachweis

Seite 213: Gustav Peichl

Seite 219: Thomas Wizany

„Ich habe mich bemüht, sämtliche Inhaber der Bildrechte ausfindig zu machen und ihre Zustimmung zur Verwendung der Bilder in dieser Arbeit eingeholt. Sollte dennoch eine Urheberrechtsverletzung bekannt werden, ersuche ich um Meldung bei mir.“

9.1 Quellen

Dadurch, dass eine Vielzahl an geschichtswissenschaftlichen Werken, gerade hinsichtlich der Untersuchung inwiefern die negativen rhetorischen Topoi zur Ersten Republik auch in den Geschichtswissenschaften Verwendung gefunden haben, einerseits als Quellen, andererseits natürlich aber auch als Literatur dienen, werden hier nur jene Quellen aufgeführt, welche explizit als solche verwendet wurden, um den Diskurs zum 12. November oder zu den negativen rhetorischen Topoi zu untersuchen.

Tageszeitungen:

Arbeiterzeitung

Der Standard

Die Presse

Express

Kleines Volksblatt

Kleine Zeitung

Kurier

Neues Österreich. Organ der demokratischen Einigung x
Österreich Bericht. Presseübersicht zsgest. vom Bundespressedienst des
Bundeskanzleramtes
Salzburger Nachrichten
Salzburger Volksblatt
Volksstimme
Wiener Tageszeitung. Zentralorgan der ÖVP, später: Österreichische Neue
Tageszeitung
Wiener Zeitung

Periodika:

Die Furche
Die Österreichische Nation
Die Republik
Die Zukunft
Forum
Österreich in Geschichte und Literatur
Österreichische Monatshefte
Weg und Ziel
Wochenpresse

Exilliteratur (nur insoweit untersucht sofern in der OENB vorhanden):

„Austria - a conservative-democratic paper of opinion“
Austrian Centre. Affiliated to the Free Austrian Movement
Austrian Democratic Review (Österreichische Rundschau) von „Austrian Action – Free
Austrian
Austrian Labor Information. Publ. by the Austrian Labor Committee
Austrian News. Publ. by the Free Austrian Movement.
Freiheit für Österreich. Anti-Nazi Monthly. Publ. by Assembly for a Democratic Austrian
Republic
London-Information of the Austrian Socialists in Great Britain.
News of Austria. Publ. by „Free Austrian Council“
Zeitspiegel. Weekly Review. Publ. by Austrian Centre

Diverses:

Nachlässe von Gerhard Fritsch und Viktor Slama aus der Wiener Stadtbibliothek
Stenographische Protokolle des Nationalrats
Stenographische Protokolle der Länderkonferenzen

Stenographische Protokolle des Niederösterreichischen Landtags

Bericht und Protokoll – Protokolle des ordentlichen Bundesparteitags der SPÖ

In Buchform publizierte Quellen:

1918 - 1943. To commemorate the foundation of the Austrian republic (1943). London: Free Austrian Movement.

Stenographisches Protokoll. Plenarsitzungen der Ersten Länderkonferenz (1945).

Rot-Weiß-Rot-Buch. Gerechtigkeit für Österreich! ; Darstellungen, Dokumente und Nachweise zur Vorgeschichte und Geschichte der Okkupation Österreichs (nach amtlichen Quellen) (1946). Wien: Verl. d. Österr. Staatsdr.

30 Jahre Republik Österreich. Der Kampf um einen Staat (1949). Wien: Renaissance-Verl.-Ges. (Ostarrichi, Jg.1, F.1).

Allmayer-Beck, Johann C. (1968): November 1918. In: Heeresgeschichtliches Museum <Wien> (Hg.): Die Streitkräfte der Republik Österreich. 1918 - 1968 ; Katalog zur Sonderausstellung im Heeresgeschichtlichen Museum Wien 1968. Wien: Heeresgeschichtliches Museum, S. 9–16.

Arnberger, Heinz (1987): Widerstand und Verfolgung in Niederösterreich. 1934 - 1945 ; eine Dokumentation. 3 Bände. Wien: Österr. Bundesverl. [u.a.] (1).

Arnberger, Heinz (1987): Widerstand und Verfolgung in Niederösterreich. 1934 - 1945 ; eine Dokumentation. 3 Bände. Wien: Österr. Bundesverl. [u.a.] (2).

Bruckner, Winfried (1968): Die langen Tage. Wien: Verl. Jungbrunnen.

Czernetz, Karl; Pollak, Oscar; Rosenzweig, Wilhelm (Hg.) (1944): Die Zweite Republik Österreich. London: Londoner Büro der Österr. Sozialisten (Schriftenreihe des Londoner Büros der Österreichischen Sozialisten).

Drimmel, Heinrich ([1968]): Österreich als Idee. In: Kulturpolitischen Referat des Landesparteitages der ÖVP Niederösterreich (Hg.): 50 Jahre Republik Österreich. Eine Dokumentation für Volksbildner und Kulturreferenten. Wien, S. 1–10.

Enderle-Burcel, Gertrude; Neck, Rudolf; Österreich / Ministerrat; Österreichische Gesellschaft für Historische Quellenstudien (1982): Protokolle des Ministerrates der Ersten Republik. Kabinett Dr. Engelbert Dollfuß 26. Oktober 1932 bis 20. März 1933. Wien: Verl. Österreich (2).

Enderle-Burcel, Gertrude; Österreich / Kabinettsrat; Österreichische Gesellschaft für Historische Quellenstudien (2003): Protokolle des Kabinettsrates der Provisorischen Regierung Karl Renner 1945. 12. September 1945 bis 17. Dezember 1945. 3 Bände. Wien: Verl. Österreich (3).

Enderle-Burcel, Gertrude; Österreich / Ministerrat; Österreichische Gesellschaft für Historische Quellenstudien (2006): Protokolle des Ministerrates der Zweiten Republik. Veröffentlichung der Österreichischen Gesellschaft für Historische Quellenstudien, Kabinett Leopold Figl I 21. Nov. 1946 bis 11. Februar 1947. Wien: Verl. Österreich (4).

Eppel, Peter (1981): Dokumentation zur österreichischen Zeitgeschichte. 1955-1980. 5 Bände. Wien u.a.: Jugend u. Volk (J&V Dokumentation, 5).

Eppel, Peter (1995): Österreicher im Exil USA. 1934 - 1945 ; eine Dokumentation. 2 Bände. Wien: Deuticke (2).

Figl, Leopold (1965): Reden für Österreich. Wien u.a.: Europa Verl. (Österreichprofile).

Goldinger, Walter (1968): 50 Jahre Republik Österreich. In Dokumenten des Österreichischen Staatsarchivs ; Katalog d. Ausstellung ; 6. Nov. 1968 - 31. Jänner 1969. 2. Aufl. Wien: Österreichisches Staatsarchiv.

Hannak, Jacques (1963): Männer und Taten. Zur Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung. Wien: Verl. der Wiener Volksbuchhandlung.

Heeresgeschichtliches Museum <Wien> (Hg.) (1968): Die Streitkräfte der Republik Österreich. 1918 - 1968 ; Katalog zur Sonderausstellung im Heeresgeschichtlichen Museum Wien 1968. Wien: Heeresgeschichtliches Museum.

- Käfer, Hermann (1965): Österreich. Einheit, Freiheit, Unabhängigkeit ; zwanzig Jahre Zweite Republik ; zehn Jahre Staatsvertrag ; Festgabe der Bundesregierung für die österreichische Jugend. Wien: Österr. Bundesverl. für Unterricht Wissenschaft und Kunst [u.a.].
- Kolbabeck, Anton (1961): Österreichische Zeitgeschichte im Geschichtsunterricht. Bericht über die Expertentagung von 14. XII. - 16. XII. 1960 in Reichenau. Wien: Österr. Bundesverl.
- Kreisky, Bruno (1981): Reden. 2 Bände. Wien: Verl. d. Österr. Staatsdr. (1).
- Kreisky, Bruno (1981): Reden. 2 Bände. Wien: Verl. d. Österr. Staatsdr. (2).
- Krones, Ferdinand (1960): Spanien und Österreich. Nachklang zum 400. Gedenkjahr des Todes Kaiser Karls V. (+ 1558). Wien: Wr. Kath. Akad. (Religion, Wissenschaft, Kultur, Jg. 11.1960,F. 3/4).
- Kulturpolitischen Referat des Landesparteitages der ÖVP Niederösterreich (Hg.) ([1968]): 50 Jahre Republik Österreich. Eine Dokumentation für Volksbildner und Kulturreferenten. Wien.
- Mähner, Peter; Mentzel, Walter (2006): Protokolle des Ministerrates der Zweiten Republik. Kabinett Leopold Figl I 21. November 1946 bis 11. Februar 1947 (4).
- Marboe, Ernst (1948): Das Österreich-Buch. Wien: Verl. d. Österr. Staatsdr.
- Marcic, René (1968): Zur Reform der österreichischen Innenpolitik 1955 - 1965. Dokumentation. Der demokratische Prozess. 2 Bände. Wien u.a.: Europa-Verl. (Dike, 2).
- Mitternutzner, Christa (1991): Widerstand und Verfolgung in Salzburg. 1934 - 1945 ; eine Dokumentation. 2 Bände. Wien: Österr. Bundesverl. [u.a.] (1).
- Neugebauer, Wolfgang; Csendes, Peter (1984): Widerstand und Verfolgung in Wien. 1934 - 1945 ; eine Dokumentation. 3 Bände. Wien: Österr. Bundesverl. (1).
- Raab, Julius (1961): Verantwortung für Österreich. Wien: Österr. Wirtschaftsverl.
- Rauscher, Hans (2005): Das Buch Österreich. Texte, die man kennen muss ; Dokumente, Zitate, Literatur zur österreichischen Identität ; die wichtigsten Texte über unser Land. 1. Aufl. Wien: Brandstätter.
- Rehor, Grete ([1968]): Soziales Leitbild und soziale Wirklichkeit. In: Kulturpolitischen Referat des Landesparteitages der ÖVP Niederösterreich (Hg.): 50 Jahre Republik Österreich. Eine Dokumentation für Volksbildner und Kulturreferenten. Wien, S. 35–41.
- Renner, Karl (1950): Für Recht und Frieden. Eine Auswahl der Reden des Bundespräsidenten Dr. Karl Renner. Wien: Verl. der österreichischen Staatsdr.
- Rosenzweig, Wilhelm (1944): Der Neuaufbau der österreichischen Republik. In: Czernetz, Karl; Pollak, Oscar; Rosenzweig, Wilhelm (Hg.): Die Zweite Republik Österreich. London: Londoner Büro der Österr. Sozialisten (Schriftenreihe des Londoner Büros der Österreichischen Sozialisten), S. 17–24.
- Schausberger, Franz (1990): Protokolle der Landesparteitage der Salzburger ÖVP. 1958 - 1961; 13. - 16. Landesparteitag. 5 Bände. Salzburg: IT-Verl. (Veröffentlichung der Dr.-Hans-Lechner-Forschungsgesellschaft Salzburg, 3).
- Stadt Wien (Hg.) (1968): Sondernummer: Wien - 50 Jahre Hauptstadt der Republik. In: Stadt Wien - Offizielles Organ der Bundeshauptstadt, November. Wien.

9.2 Literatur

- (1965): Das Nationalbewußtsein der Österreicher. In: Die Meinung, Jg. 5, H. 1, S. 8–11.
- (1966): Dr. Habsburg weiterhin unerwünscht. In: Die Meinung, Jg. 6, H. 1/2, S. 23–24.
- Ackerl, Isabella (Hg.) (1986): Österreich November 1918. Die Entstehung der Ersten Republik ; Protokoll des Symposiums in Wien am 24. und 25. Oktober 1978. Wien: Verl. für Geschichte u. Politik (Veröffentlichungen / Wissenschaftliche Kommission zur Erforschung der Geschichte der Republik Österreich, 9).
- Adler, Alois; Ableitinger, Alfred (Hg.) (1968): Vom Staat wider Willen zum Staat, den wir wollen. 50 Jahre Republik Österreich. Graz: Stiasny.
- Andics, Hellmut (1962a): Der Staat, den keiner wollte. Österreich 1918 - 1938. Wien: Herder.
- Andics, Hellmut (1995b): Die Republik, die jeder wollte. In: Pannonia, Jg. 23, H. 1, S. 8–12.
- Androsch, Hannes (2005): Wirtschaft und Gesellschaft. Österreich 1945 - 2005. Innsbruck, Wien u.a.: Studien-Verl. (Österreich - Zweite Republik, 2).
- Anzenberger, Werner (1999): Casa de Austria Republicana. "Haus Österreich" in Literatur und Politik ; ein Essay. Zugl.: Graz, Univ., Diss., 1998. Graz: Leykam.
- Anzenberger, Werner; Polaschek, Martin F. (Hg.) (2004): Widerstand für eine Demokratie. 12. Februar 1934. Graz: Leykam.
- Appelt, Erna (1999): Österreichische Geschichtswahrnehmungen. Geschichtswahrnehmungen und Geschichtswissenschaft. In: Gärtner, Reinhold; Appelt, Erna (Hg.): Blitzlichter. Österreich am Ende des Jahrhunderts. Innsbruck, Wien: Studien-Verl., S. 99–116.
- Ardelt, Rudolf G. (1978): Das "Problem" Friedrich Adler. In: Konrad, Helmut; Doktor-Karl-Renner-Institut <Wien> (Hg.): Sozialdemokratie und "Anschluß". Historische Wurzeln ; Anschluß 1918 und 1938 ; Nachwirkungen ; eine Tagung des Dr.-Karl-Renner-Instituts, Wien, 1. März 1978. Wien u.a.: Europaverl. (Schriftenreihe des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung, 9), S. 71–88.
- Retin, Karl Otmar Freiherr von (1987): Nekrolog. Heinrich Lutz: 20. 8. 1922-18. 5. 1986. In: Historische Zeitschrift, Jg. 244, H. 2, S. 487–493.
- Amberger, Heinz; Exenberger, Herbert; Kuretsidis-Haider Claudia: Gedenken und Mahnen in Wien. Herausgegeben von Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes <Wien>. Online verfügbar unter <http://www.doew.at/information/mitarbeiter/beitraege/gedenkwiens.html#denkmal>, zuletzt geprüft am 26.10.2009.
- Artl, Gerhard (1986): Julius Raab als Politiker und Bauleiter in St. Pölten. In: Brusatti, Alois (Hg.): Julius Raab. Eine Biographie in Einzeldarstellungen. Linz Donau: Trauner, S. 66–71.
- Assmann, Jan (1988a): Kollektives Gedächtnis und kulturelle Identität. In: Assmann, Jan (Hg.): Kultur und Gedächtnis. 1. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft, 724), S. 9–20.
- Assmann, Jan (2002b): Zum Geleit. In: Echterhoff, Gerald (Hg.): Kontexte und Kulturen des Erinnerns. Maurice Halbwachs und das Paradigma des kollektiven Gedächtnisses. Konstanz: UVK-Verl.-Ges. (Theorie und Methode : Sozialwissenschaften), S. 7–13.
- Auer, Erwin M. (1983): Ein "Museum der Ersten und Zweiten Republik Österreichs". Dr. Karl Renners Plan und erster Versuch. In: Wiener Geschichtsblätter, Jg. 38, S. 53–80.
- Autengruber, Peter (2007): Lexikon der Wiener Straßennamen. Bedeutung, Herkunft, frühere Bezeichnungen. 6., bearb., aktualisierte und erw. Aufl., Stand 1. Jänner 2007. Wien: Pichler.
- Baier, Stephan; Demmerle, Eva (2002): Otto von Habsburg. Die Biografie. 3. Aufl. Wien: Amalthea.
- Bailer, Brigitte (1999): Der "antifaschistische Geist" der Nachkriegszeit. Referat anlässlich eines Symposiums zur politischen Kultur in Österreich 1945 bis zur Gegenwart, 9.-11. Dezember

1999, Universität Paris. Online verfügbar unter <http://www.doew.at/thema/antifageist/antifageist.html>, zuletzt geprüft am 30.03.2010.

Balke, Friedrich (Hg.) (1997): Vom Nutzen und Nachteil historischer Vergleiche. Der Fall Bonn-Weimar. Frankfurt Main u.a.: Campus-Verl.

Balke, Friedrich; Wagner, Benno (1997): Einleitung. Historische Vergleiche - Umriss eines Forschungsprogramms. In: Balke, Friedrich (Hg.): Vom Nutzen und Nachteil historischer Vergleiche. Der Fall Bonn-Weimar. Frankfurt Main u.a.: Campus-Verl., S. 7–34.

Bauer, Otto (1965): Die Österreichische Revolution. Wien: Verl. der Wiener Volksbuchhandlung.

Becher, Peter (1982): Der Untergang Kakanien. Darstellungsweise eines historischen Phänomens. Zugl.: München, Univ., Diss. Frankfurt am Main u.a.: Lang (Europäische Hochschulschriften : Reihe 1, Deutsche Sprache und Literatur, 520).

Berger, Franz; Kolbabeck, Anton; Schnell, Hermann (1968): 50 Jahre Republik Österreich. Wien u.a.: Österr. Bundesverl.

Berger Waldenegg, Georg Christoph (2003): Das große Tabu! Historiker-Kontroversen in Österreich nach 1945 über die nationale Vergangenheit. In: Elvert, Jürgen; Ranke-Gesellschaft (Hg.): Historische Debatten und Kontroversen im 19. und 20. Jahrhundert. Jubiläumstagung der Ranke-Gesellschaft in Essen, 2001. Stuttgart: Steiner (Historische Mitteilungen : Beiheft, 46), S. 143–174.

Bergmann, Klaus (1996): "Kalender-Geschichte". Ein geschichtsdidaktischer Problemfall. In: Anzengruber, Grete (Hg.): Verordnete Feiern - gelungene Feste. Überlegungen und Anregungen zur Festkultur in der Schule. Wien: Verein d. Förderer d. Schulhefte (Schulheft, 84), S. 7–21.

Binder, Dieter A. (2003a): Die Funktion des Habsburger-Gesetzes von 1919 und seine politisch-historische Instrumentalisierung. In: Beer, Siegfried; Ableitinger, Alfred (Hg.): Focus Austria. Vom Vielvölkerreich zum EU-Staat ; Festschrift für Alfred Ableitinger zum 65. Geburtstag. Graz: Selbstverl. d. Inst. für Geschichte d. Karl-Franzens-Univ. Graz (Schriftenreihe des Instituts für Geschichte / Karl-Franzens-Universität Graz, 15), S. 298–317.

Binder, Dieter A. (2004b): Julius Raab und Leopold Figl. In: Brix, Emil (Hg.): Menschen, Mythen, Zeiten. Wien: Verl. für Geschichte u. Politik [u.a.] (Memoria Austriae, 1), S. 79–104.

Binder, Dieter A.; Bruckmüller, Ernst (2005): Essay über Österreich. Grundfragen von Identität und Geschichte 1918 - 2000. Wien: Verl. für Geschichte u. Politik (Österreich-Archiv).

Bluhm, William T. (1973): Building an Austrian nation. The political integration of a Western state. New Haven Conn. u.a.: Yale Univ. Press.

Bock, Fritz; Firnberg, Hertha; Gredler, Willfried (Hg.) (1985a): Österreich zuliebe. Der Staat, den alle wollten. Wien: Zsolnay.

Bock, Fritz; u. a (1991/92b): Fragenkatalog zu Bundeskanzler Ing. Julius Raab. In: Christliche Demokratie, H. 3, S. 309-.

Bodi, Leslie (2002): Literatur, Politik, Identität - Literature, Politics, Cultural Identity. St. Ingbert: Röhrig (Österreichische und internationale Literaturprozesse, 18).

Botz, Gerhard (1973a): Die Ausschaltung des Nationalrats und die Anfänge der Diktatur Dollfuß im Urteil der Geschichtsschreibung von 1933 bis 1973. In: Benya, Anton; Doktor-Karl-Renner-Institut <Wien> (Hg.): Vierzig Jahre danach. Der 4. März 1933 im Urteil von Zeitgenossen und Historikern. Wien: Doktor-Karl-Renner-Institut (Veröffentlichungen des Dr.-Karl-Renner-Institutes), S. 31–59.

Botz, Gerhard (1980b): Das Anschlussproblem (1918-1945) aus österreichischer Sicht. In: Kann, Robert A. (Hg.): Deutschland und Österreich. Ein bilaterales Geschichtsbuch. Wien u.a.: Jugend und Volk, S. 179–198.

Botz, Gerhard (1987c): Anschluß an die Vergangenheit! Überlegungen zum Zusammenhang von Verdrängung der NS-Vergangenheit und aktueller Krise von Zeitgeschichte, Antifaschismus und Demokratiebewußtsein in Österreich. In: Jahrbuch des Dokumentationsarchivs des Österreichischen Widerstandes, S. 23–41.

- Botz, Gerhard (1990d): "Eine neue Welt, warum nicht eine neue Geschichte?". Österreichische Zeitgeschichte am Ende ihres Jahrhunderts, Teil I. In: Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften, Jg. 1, H. 1, S. 49–76.
- Botz, Gerhard (1994e): Krisen der österreichische Zeitgeschichte. In: Botz, Gerhard (Hg.): Kontroversen um Österreichs Zeitgeschichte. Verdrängte Vergangenheit, Österreich-Identität, Waldheim und die Historiker. Frankfurt/Main u.a.: Campus-Verl. (Studien zur historischen Sozialwissenschaft, 13), S. 16–77.
- Botz, Gerhard; Müller, Albert (1995): Differenz/Identität in Österreich. Zu Gesellschafts-, Politik- und Kulturgeschichte vor und nach 1945. In: Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften, Jg. 6, H. 1, S. 7–40.
- Brandys, B. (1981): Das dramatische Werk von Franz Theodor Csokor. In: Kwartalnik neofilologiczny, Jg. 28, H. 3-4, S. 407–429.
- Brauneder, Wilhelm (2000): Deutsch-Österreich 1918. Die Republik entsteht. Wien u.a.: Amalthea.
- Breuss, Susanne; Liebhart, Karin; Pribersky, Andreas (1995): Inszenierungen. Stichwörter zu Österreich. 2., durchges. Aufl. Wien: Sonderzahl-Verl.-Ges.
- Brix, Emil (1997a): Kontinuität und Wandel im öffentlichen Gedenken in den Staaten Mitteleuropas. In: Brix, Emil (Hg.): Der Kampf um das Gedächtnis. Öffentliche Gedenktage in Mitteleuropa. Wien u.a.: Böhlau (Grenzenloses Österreich), S. 13–21.
- Brix, Emil (1999b): 1949 als Beispiel für die "Distanzierung" Österreichs von der Habsburgermonarchie. In: Scheichl, Sigurd Paul (Hg.): "Dürfen's denn das?". Die fortdauernde Frage zum Jahr 1848. Dt. Erstausg. Wien: Passagen-Verl. (Reihe Civil Society der Österreichischen Forschungsgemeinschaft, 3), S. 237–245.
- Brix, Emil (2002c): Kakaniens Beitrag zur Erweiterung der Europäischen Union. In: Bosshart-Pfluger, Catherine; Altermatt, Urs (Hg.): Nation und Nationalismus in Europa. Kulturelle Konstruktion von Identitäten ; Festschrift für Urs Altermatt. Frauenfeld, Wien u.a.: Huber, S. 783–801.
- Brix, Emil; Bruckmüller, Ernst; Stekl, Hannes (2004): Das kulturelle Gedächtnis Österreichs. Eine Einführung. In: Brix, Emil (Hg.): Menschen, Mythen, Zeiten. Wien: Verl. für Geschichte u. Politik [u.a.] (Memoria Austriae, 1), S. 9–25.
- Brook-Shepherd, Gordon (1958): Die österreichische Odyssee. 1. - 5. Tsd. Wien: Quintus Verl.
- Bruckmüller, Ernst (1994a): Österreichbewußtsein im Wandel. Identität und Selbstverständnis in den 90er Jahren. Wien: Signum-Verl. (Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikforschung, 4).
- Bruckmüller, Ernst (1996b): Nation Österreich. Kulturelles Bewußtsein und gesellschaftlich-politische Prozesse. 2., erg. u. erw. Aufl. Wien, Graz u.a.: Böhlau (Studien zu Politik und Verwaltung, 4).
- Brügel, Ludwig (1925): Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie. Parlamentsfeindlichkeit und Obstruktion. 5 Bände. Wien: Verl. d. Wr. Volksbuchhandlung (5).
- Burke, Peter (1996): Geschichte als soziales Gedächtnis. In: Hemken, Kai-Uwe (Hg.): Gedächtnisbilder. Vergessen und Erinnern in der Gegenwartskunst. Orig.-Ausg., 1. Aufl. Leipzig: Reclam (Reclam-Bibliothek, 1546), S. 92–112.
- Cole, Laurence (2004): Der Habsburger-Mythos. In: Brix, Emil (Hg.): Menschen, Mythen, Zeiten. Wien: Verl. für Geschichte u. Politik [u.a.] (Memoria Austriae, 1), S. 473–504.
- Conze, Vanessa (2005): Das Europa der Deutschen. Ideen von Europa in Deutschland zwischen Reichstradition und Westorientierung (1920 - 1970). Teilw. zugl.: Tübingen, Univ., Diss., 2001. München: Oldenbourg (Studien zur Zeitgeschichte, 69).
- Dickinger, Christian (2001): Die Skandale der Republik. Haider, Proksch & Co. Wien: Ueberreuter.
- Donecker, Stefan (2004): Staat und Nation in den Lehrplänen der frühen Zweiten Republik. Dokumentation der Österreichbilder und des Österreichbewusstseins in den Mittelschullehrplänen für Geschichte, 1945-1970. In: Österreich in Geschichte und Literatur, Jg. 48, H. 3-4, S. 167–207.

- Drimmel, Heinrich ([1968]a): Österreich als Idee. In: Kulturpolitischen Referat des Landesparteitages der ÖVP Niederösterreich (Hg.): 50 Jahre Republik Österreich. Eine Dokumentation für Volksbildner und Kulturreferenten. Wien, S. 1–10.
- Drimmel, Heinrich (1976b): Gott erhalte. Biographie einer Epoche. Wien u.a.: Amalthea.
- Drimmel, Heinrich (1985c): Vom Umsturz zum Bürgerkrieg. Österreich 1918 - 1927. Wien u.a.: Amalthea (Österreich 1918 - 1938, Die ungewollte Republik / Heinrich Drimmel).
- Dunkl, Ingrid (1995): Ein pannonischer Mensch. Ein Beitrag zur Biographie des österreichischen Publizisten, Journalisten und Drehbuchautors Hellmut Andics (25.8.1922) unter besonderer Berücksichtigung seiner Jahre im Burgenland (1967 bis 1993). Wien, Univ., Dipl.-Arb., 1995.
- Dusek, Peter; Pelinka, Anton; Weinzierl, Erika (1981a): Zeitgeschichte im Aufriß. Österreich von 1918 bis in die achtziger Jahre. Wien: TR-Verl.-Union.
- Dusek, Peter; Universität <Salzburg>; Österreichischer Rundfunk <Wien> / Landesstudio Salzburg (1987b): Zeitzeugen. Wege zur zweiten Republik. Wien: Kremayr & Scheriau.
- Ebner, Paulus; Vocelka, Karl (1998): Die zahme Revolution. '68 und was davon blieb. Wien: Ueberreuter.
- Eckel, Jan (2007): Der Sinn der Erzählung. Die narratologische Diskussion in der Geschichtswissenschaft und das Beispiel der Weimargeschichtsschreibung. In: Eckel, Jan (Hg.): Neue Zugänge zur Geschichte der Geschichtswissenschaft. Göttingen: Wallstein, S. 201–229.
- Ehtreiber, Ewald (2003): "Alles für unser Österreich!". Das Bild Österreichs in den Regierungserklärungen der Zweiten Republik. Zugl.: Salzburg, Univ., Dipl.-Arb., 2001. Frankfurt am Main, Wien u.a.: Lang (Sprache im Kontext, 19).
- Enderle-Burcel, Gertrude; Neck, Rudolf; Österreich / Ministerrat; Österreichische Gesellschaft für Historische Quellenstudien (1982a): Protokolle des Ministerrates der Ersten Republik. Kabinett Dr. Engelbert Dollfuß 26. Oktober 1932 bis 20. März 1933. Wien: Verl. Österreich (2).
- Enderle-Burcel, Gertrude; Österreich / Kabinettsrat; Österreichische Gesellschaft für Historische Quellenstudien (2003b): Protokolle des Kabinettsrates der Provisorischen Regierung Karl Renner 1945. 12. September 1945 bis 17. Dezember 1945. 3 Bände. Wien: Verl. Österreich (3).
- Enderle-Burcel, Gertrude; Österreich / Ministerrat; Österreichische Gesellschaft für Historische Quellenstudien (2006c): Protokolle des Ministerrates der Zweiten Republik. Veröffentlichung der Österreichischen Gesellschaft für Historische Quellenstudien, Kabinett Leopold Figl I 21. Nov. 1946 bis 11. Februar 1947. Wien: Verl. Österreich (4).
- Eppel, Peter (1981a): Dokumentation zur österreichischen Zeitgeschichte. 1955-1980. 5 Bände. Wien u.a.: Jugend u. Volk (J&V Dokumentation, 5).
- Eppel, Peter (1995b): Österreicher im Exil USA. 1934 - 1945 ; eine Dokumentation. 2 Bände. Wien: Deuticke (2).
- Ertl, Astrid (2005): Kollektives Gedächtnis und Erinnerungskulturen. Eine Einführung. Stuttgart u.a.: Metzler.
- Exenberger, Herbert (1993): Denkmäler von Februar- und Widerstandskämpfern. In: Denkmäler der Arbeiterbewegung. Wien: Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung (Dokumentation / Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung, 1993,1), S. 11–14.
- Eybl, Susanne (1993): Das Geschichtsbild in den österreichischen Medien. Die historischen Dokumentarserien Österreich II und Österreich I von Hugo Portisch und Sepp Riff als Paradigma medial aufbereiteter Geschichtsschreibung. Wien, Univ., Diss., 1993.
- Felber, Ulrike (2005): Jubiläumsbilder. Drei Ausstellungen zum Staatvertragsgedenken 2005. Online verfügbar unter http://www.univie.ac.at/zeitgeschichte/hdg_felber.pdf, zuletzt geprüft am 14.08.2009.
- Fellner, Fritz (1981a): Tradition und Innovation aus historischer Perspektive. In: Portisch, Hugo; Österreich / Bundesregierung; Österreich / Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten (Hg.): 25 Jahre Staatsvertrag. Protokolle des Staats- und Festaktes sowie der Jubiläumsveranstaltungen im In- und Ausland. Wien: Österr. Bundesverl. (25 Jahre Staatsvertrag), S. 237–245.

Fellner, Fritz (1994b): Das Problem der österreichischen Nation nach 1945. In: Botz, Gerhard (Hg.): Kontroversen um Österreichs Zeitgeschichte. Verdrängte Vergangenheit, Österreich-Identität, Waldheim und die Historiker. Frankfurt/Main u.a.: Campus-Verl. (Studien zur historischen Sozialwissenschaft, 13), S. 216–240.

Fellner, Fritz (2002c): Geschichtsschreibung und nationale Identität. Probleme und Leistungen der österreichischen Geschichtswissenschaft. Wien u.a.: Böhlau.

Fellner, Günter (1988d): Die österreichische Geschichtswissenschaft vom "Anschluß" zum Wiederaufbau. In: Stadler, Friedrich (Hg.): Kontinuität und Bruch 1938 - 1945 - 1955. Beiträge zur österreichischen Kultur- und Wissenschaftsgeschichte. 1. Aufl. Wien u.a.: Jugend u. Volk, S. 135–156.

Figl, Leopold (1965): Reden für Österreich. Wien u.a.: Europa Verl. (Österreichprofile).

Fischer, Heinz (1998): Reflexionen. Wien: Kremayr & Scheriau.

Frölich-Steffen, Susanne (2003): Die österreichische Identität im Wandel. Teilw. zugl.: München, Univ., Diss., 2002. Wien: Braumüller (Studien zur politischen Wirklichkeit, 15).

Gatty, Werner (1997): Die Ära Kreisky. Österreich im Wandel 1970 - 1983. Innsbruck, Wien: Studien-Verl. (Bruno Kreisky international studies, 1).

Göhring, Walter; Sozialistische Partei Österreichs (1985): Zur Entwicklung der Sozialistischen Partei Österreichs 1945 - 1985. 1000 Daten SPÖ ; [40 Jahre Sozialist. Partei Österreichs 1945 - 1985]. Eisenstadt: Roetzer.

Goldinger, Walter (1962a): Geschichte der Republik Österreich. Wien: Verl. für Geschichte u. Politik.

Goldinger, Walter (1968b): 50 Jahre Republik Österreich. In Dokumenten des Österreichischen Staatsarchivs ; Katalog d. Ausstellung ; 6. Nov. 1968 - 31. Jänner 1969. 2. Aufl. Wien: Österreichisches Staatsarchiv.

Goldinger, Walter (1969c): "50 Jahre Republik Österreich in Dokumenten.". Ausstellung des Österreichischen Staatsarchivs. In: Mitteilungen des österreichischen Staatsarchivs, Jg. 22, S. 348–350.

Goller, Peter (2009): "Während der Schlacht ist es schwer, Kriegsgeschichte zu schreiben, ...". Geschichtsschreibung der österreichischen Arbeiterbewegung vor 1934. Wien: Eigenverl. Alfred-Klahr-Ges. (Quellen & Studien / Alfred-Klahr-Gesellschaft : Sonderband, 10).

Göllner, Siegfried (2003): Die Wiedergeburt unseres Staates. Die TV-Dokumentationen Österreich II und Österreich I von Hugo Portisch als identitätsstiftende Erzählungen über und für die österreichische Nation. Salzburg, Univ., Dipl.-Arb., 2003.

Grasse, Alexander (2005): Modernisierungsfaktor Region. Subnationale Politik und Föderalisierung in Italien. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. (Regionalisierung in Europa, 5).

Grassegger, Friedrich (1998): Denkmäler des autoritären Ständestaates. Repräsentationen staatlicher und nationaler Identität Österreichs 1934-1938. In: Riesenfellner, Stefan (Hg.): Steinernes Bewußtsein I. Die öffentliche Repräsentation staatlicher und nationaler Identität Österreichs in seinen Denkmälern. Wien u.a.: Böhlau (Grenzenloses Österreich), S. 495–546.

Griesser, Hermann A. (1986): Konfisziert. Österreichs Unrecht am Hause Habsburg. Wien, München: Amalthea-Verl.

Haas, Hanns (1974a): Neueste Forschungen über die Begründung der Republik Österreich. In: Zeitgeschichte, Jg. 1, H. 8, S. 189–195.

Haas, Hanns (1989b): Österreich 1918-1920. In: Matzl, Siegfried; Österreichische Gesellschaft für Zeitgeschichte (Hg.): Revolution und bürgerliche Gesellschaft. 1918/20. Wien, Salzburg: Geyer-Ed. (Jahrbuch für Zeitgeschichte, 1988/89), S. 35–56.

Haas, Hanns (1995c): Staats- und Landesbewußtsein in der Ersten Republik. In: Tálos, Emmerich (Hg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918 - 1933. Wien: Manz, S. 472–487.

Haas, Karl; Hahn, Manfred; Spann, Gustav; Aichinger, Wilfried (1977): Österreichische Schulbuchwirklichkeit. Zeitgeschichtliche Aspekte im österreichischen Geschichtslehrbuch. In: Die Republik, Jg. 13, H. 3, S. 16–49.

- Hahn, Kurt (1984): Das Lied im österreichischen Widerstand gegen den Nationalsozialismus 1938-1945. In: *Aufrisse*, H. Nr. 2, S. 15–23.
- Haider, Markus Erwin (1998): Im Streit um die österreichische Nation. Nationale Leitwörter in Österreich 1866 - 1938. Wien u.a.: Böhlau.
- Hanisch, Ernst (1985a): Zeitgeschichte als politischer Auftrag. In: *Zeitgeschichte*, Jg. 13, H. 3, S. 81–91.
- Hanisch, Ernst (1990b): Das Fest in einer fragmentierten politischen Kultur: Der österreichische Staatsfeiertag während der Ersten Republik. In: Lehnert, Detlef (Hg.): *Politische Teilkulturen zwischen Integration und Polarisierung. Zur politischen Kultur in der Weimarer Republik*. Opladen: Westdt. Verl., S. 43–60.
- Hanisch, Ernst (1994c): Der lange Schatten des Staates. österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert.
- Hanisch, Ernst (1995d): Das politische System Erste Republik / Zwei Erklärungsmodelle. In: Tálos, Emmerich (Hg.): *Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918 - 1933*. Wien: Manz, S. 1–7.
- Hanisch, Ernst (1995e): Politische Symbole und Gedächtnisorte. In: Tálos, Emmerich (Hg.): *Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918 - 1933*. Wien: Manz, S. 421–430.
- Hanisch, Ernst (1999f): Der forschende Blick. Österreich im 20. Jahrhundert: Interpretation und Kontroversen. In: *Carinthia*, Jg. 189, S. 567–583.
- Hanisch, Ernst (2002g): Reastrifizierung in der Zweiten Republik und das Problem eines österreichischen Nationalismus. In: Musner, Lutz; Csáky, Moritz (Hg.): *Gestörte Identitäten. Eine Zwischenbilanz der Zweiten Republik ; ein Symposium zum 65. Geburtstag von Moritz Csáky*. Innsbruck, Wien u.a.: Studien-Verl., S. 27–34.
- Hanisch, Ernst (2004h): Die Dominanz des Staates. Österreichische Zeitgeschichte im Drehkreuz von Politik und Wissenschaft. In: Nützenadel, Alexander (Hg.): *Zeitgeschichte als Problem. Nationale Traditionen und Perspektiven der Forschung in Europa*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht (*Geschichte und Gesellschaft : Sonderheft, 20*), S. 54–77.
- Hannak, Jacques (1963): Männer und Taten. Zur Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung. Wien: Verl. der Wiener Volksbuchhandlung.
- Hautmann, Hans (1988): Was hat uns der November 1918 heute zu sagen. Betrachtungen zum 70. Jahrestag der Gründung der Republik. Wien: Globus-Verl.
- Heiß, Gernot (1989): Von Österreichs deutscher Vergangenheit und Aufgabe. Die Wiener Schule der Geschichtswissenschaft und der Nationalsozialismus. In: Heiß, Gernot (Hg.): *Willfährige Wissenschaft. Die Universität Wien 1938 - 1945*. Wien: Verl. für Gesellschaftskritik (*Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik, 43*), S. 39–76.
- Höbelt, Lothar (2008): Die Wotansanbeter, der heilige Josef und das Purgatorium. In: Schausberger, Franz; Kriechbaumer, Robert (Hg.): *Geschichte und Identität. Festschrift für Robert Kriechbaumer zum 60. Geburtstag*. Wien u.a.: Böhlau (*Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für Politisch-Historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek, Salzburg, 35*), S. 297–308.
- Hoffmann, Robert (1975/76): Neuere Literatur zur Geschichte Österreichs von 1927 bis 1938. In: *Zeitgeschichte*, Jg. 3, H. 11/12, S. 378–393.
- Hölzl, Norbert (1974): Propagandaschlachten. Die österreichischen Wahlkämpfe 1945 bis 1971. Wien: Verl. für Geschichte und Politik.
- Hoor, Ernst (1966): Österreich 1918 - 1938. Staat ohne Nation ; Republik ohne Republikaner. Wien u.a.: Österr. Bundesverl.
- Jagschitz, Gerhard (2006): Regierungs- und Verwaltungsaufbau in Österreich 1945 im Spannungsfeld sowjetischer Besatzung. In: Hilger, Andreas (Hg.): *Sowjetisierung oder Neutralität. Optionen sowjetischer Besatzungspolitik in Deutschland und Österreich 1945 - 1955*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht (*Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, 32*), S. 367–416.

Jedlicka, Ludwig (1973a): Die Entwicklung der zeitgeschichtlichen Forschung von der Reichenauer Tagung 1960 bis heute. In: Jedlicka, Ludwig (Hg.): Österreich 1927 bis 1938. Protokoll des Symposiums in Wien, 23. bis 28. Oktober 1972. Wien: Verl. für Geschichte und Politik (Veröffentlichungen / Wissenschaftliche Kommission des Theodor-Körner-Stiftungsfonds und des Leopold-Kunschak-Preises zur Erforschung der Österreichischen Geschichte der Jahre 1927 bis 1938, 1), S. 11–17.

Jedlicka, Ludwig (Hg.) (1973b): Österreich 1927 bis 1938. Protokoll des Symposiums in Wien, 23. bis 28. Oktober 1972. Wien: Verl. für Geschichte und Politik (Veröffentlichungen / Wissenschaftliche Kommission des Theodor-Körner-Stiftungsfonds und des Leopold-Kunschak-Preises zur Erforschung der Österreichischen Geschichte der Jahre 1927 bis 1938, 1).

Jedlicka, Ludwig; Wissenschaftliche Kommission zur Erforschung der Österreichischen Geschichte der Jahre 1927 bis 1938 (1975): Vom Justizpalast zum Heldenplatz. Studien und Dokumentationen 1927 bis 1938 ; Festgabe der Wissenschaftlichen Kommission des Theodor Körner-Stiftungsfonds und des Leopold Kunschak-Preises zur Erforschung der Österreichischen Geschichte der Jahre 1927 bis 1938 ; anlässlich des dreißigjährigen Bestandes der Zweiten Republik Österreich und der zwanzigsten Wiederkehr des Jahrestages des Österreichischen Staatsvertrages. Wien: Österreichische Staatsdr.

Kadmoska, Franz (1981): Aufbruch und Untergang. Österreichische Kultur zwischen 1918 und 1938. Wien, München, Zürich: Europa-Verl.

Käfer, Hermann (1965): Österreich. Einheit, Freiheit, Unabhängigkeit ; zwanzig Jahre Zweite Republik ; zehn Jahre Staatsvertrag ; Festgabe der Bundesregierung für die österreichische Jugend. Wien: Österr. Bundesverl. für Unterricht Wissenschaft und Kunst [u.a.].

Kalcsics, Katharina (1999): "Nicht Jubel erfüllt uns, hoffen wollen wir". Der Republikfeiertag als Symbol staatlicher Identität in der Ersten Republik. In: Uhl, Heidemarie (Hg.): Kultur, Urbanität, Moderne. Differenzierungen der Moderne in Zentraleuropa um 1900. Dt. Erstausg. Wien: Passagen-Verl. (Studien zur Moderne, 4), S. 457–496.

Kann, Robert A. (1972): Das geschichtliche Erbe - Gemeinsamer Nenner und rechtes Maß. In: Weinzierl, Erika (Hg.): Österreich. Die Zweite Republik. 2 Bände. Graz, Wien u.a.: Verl. Styria (1), S. 19–52.

Karner, Stefan (Hg.) (2008): Österreich - 90 Jahre Republik. Beitragsband der Ausstellung im Parlament. Innsbruck, Wien u.a.: StudienVerl.

Kassar, Johannes (2007/08): Zur Instrumentalisierung des 12. Februar. In: Demokratie und Geschichte. Jahrbuch des Karl von Vogelsang-Instituts zur Erforschung der Geschichte der christlichen Demokratie in Österreich, Jg. 11/12.

Kaufmann, Fritz (1978): Sozialdemokratie in Österreich. Idee und Geschichte einer Partei von 1889 bis zur Gegenwart. Wien u.a.: Amalthea.

Klambauer, Karl (2006): Österreichische Gedenkkultur zu Widerstand und Krieg. Denkmäler und Gedächtnisorte in Wien 1945 - 1986. Zugl.: Klagenfurt, Univ., Diss., 2004. Innsbruck, Wien u.a.: Studien-Verl. (<<Der>> Nationalsozialismus und seine Folgen, 4).

Klamper, Elisabeth (1997): "Ein einzig Volk von Brüdern". Vergessen und Erinnern im Zeichen des Burgfriedens. In: Zeitgeschichte, Jg. 24, H. 5-6, S. 170–185.

Klauhs, Harald (1987): Franz Theodor Csokor. Leben und Werk bis 1938 im Überblick. Wien, Univ., Diss., 1987.

Klein, Anton (1967): War die erste Republik tatsächlich der Staat wider Willen. In: Österreich in Geschichte und Literatur, Jg. 11, H. 1, S. 457–470.

Klestil, Thomas (1997): Themen meines Lebens. Österreich auf dem Weg in nächste Jahrtausend. Graz, Wien u.a.: Verl. Styria.

Kloyber, Christian (1988): Reaktionen auf den "Anschluß" in der österreichischen Exilpresse. Am Beispiel von Bruno Frei herausgegebenen "Austria Libre" in Mexiko. In: Rathkolb, Oliver (Hg.): Die veruntreute Wahrheit. Hitlers Propagandisten in Österreich '38. Salzburg: Müller (Schriftenreihe des Arbeitskreises für historische Kommunikationsforschung, 1), S. 235–251.

Kluge, Ulrich (1984): Krisenherde der Ersten Republik Österreich (1918-1938). Beiträge zur Früh- und Spätphase der innenpolitischen Entwicklung. In: Neue Politische Literatur, Jg. 29, H. 1, S. 72–90.

- Kluger, Robert (2005): Politische Gedenktage und die Kärntner Presse (1918-1945). In: Burz, Ulfried (Hg.): Politische Festtagskultur in Kärnten. Einheit ohne Einigkeit?, S. 9–72.
- Koch, Klaus (2007a): IV. Schlussbetrachtung. Vom Staat, den keiner wollte, zur Insel der Seligen. In: Koch, Klaus (Hg.): Von Saint-Germain zum Belvedere. Österreich und Europa 1919 - 1955, S. 248–253.
- Koch, Klaus (Hg.) (2007b): Von Saint-Germain zum Belvedere. Österreich und Europa 1919 - 1955.
- Kolb, Fritz (1981): Es kam ganz anders. Betrachtungen eines alt gewordenen Sozialisten. Wien: Österr. Bundesverl.
- Kolbabeck, Anton (1961a): Österreichische Zeitgeschichte im Geschichtsunterricht. Bericht über die Expertentagung von 14. XII. - 16. XII. 1960 in Reichenau. Wien: Österr. Bundesverl.
- Kolbabeck, Anton (1977b): Vom Tag der österreichischen Fahne zum österreichischen Nationalfeiertag. In: Lalic, Peter; Lang, Ludwig (Hg.): Schulwirklichkeit und Schulerneuerung in Österreich. Festschrift zum 75. Geburtstag von Sektionschef Dr. Ludwig Lang. Wien: Österr. Bundesverl. für Unterricht Wissenschaft und Kunst, S. 276–285.
- Konrad, Helmut (1985a): Zum österreichischen Geschichtsbewußtsein nach 1945. In: Kreissler, Félix; Altmüller, Rudolf (Hg.): Festschrift Mélanges Felix Kreissler. Wien u.a.: Europa-Verl. (Veröffentlichung des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung), S. 125–138.
- Konrad, Helmut (2004b): Der Februar 1934 im historischen Gedächtnis. In: Anzenberger, Werner; Polaschek, Martin F. (Hg.): Widerstand für eine Demokratie. 12. Februar 1934. Graz: Leykam, S. 321–338.
- Konrad, Helmut (Hg.) (2008c): ... der Rest ist Österreich. Das Werden der Ersten Republik. 2 Bände. Wien: Gerold.
- Konrad, Helmut (2008d): Der 12. März 1938 im Kontext der Geschichte des 20. Jahrhunderts. In: Schausberger, Franz; Kriechbaumer, Robert (Hg.): Geschichte und Identität. Festschrift für Robert Kriechbaumer zum 60. Geburtstag. Wien u.a.: Böhlau (Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für Politisch-Historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek, Salzburg, 35), S. 271–280.
- Kos, Wolfgang (1994a): Eigenheim Österreich. Zu Politik, Kultur und Alltag nach 1945. Wien: Sonderzahl-Verl.-Ges.
- Kos, Wolfgang (Hg.) (1996b): Inventur 45/55. Österreich im ersten Jahrzehnt der Zweiten Republik. Wien: Sonderzahl.
- Köstenberger, Julia (2008): 12. November - Gedenktag der Republik. Ein verlorener Staatsfeiertag. In: Karner, Stefan (Hg.): Österreich - 90 Jahre Republik. Beitragsband der Ausstellung im Parlament. Innsbruck, Wien u.a.: StudienVerl., S. 609–620.
- Kreisky, Bruno (1981a): Reden. 2 Bände. Wien: Verl. d. Österr. Staatsdr. (1).
- Kreisky, Bruno (1981b): Reden. 2 Bände. Wien: Verl. d. Österr. Staatsdr. (2).
- Kreisky, Bruno (1986c): Zwischen den Zeiten. Erinnerungen aus fünf Jahrzehnten. Berlin: Siedler [u.a.].
- Kreisky, Bruno; Kunz, Johannes (1993a): Bruno Kreisky. Ansichten des sozialdemokratischen Staatsmannes. 1. Aufl. Wien: Verl. d. Österr. Staatsdr. (Edition S).
- Kreisky, Bruno; Petritsch, Wolfgang (1982b): Politik braucht Visionen. Aufsätze, Reden und Interviews zu aktuellen, weltpolitischen Fragen. Königstein/Ts.: Athenäum.
- Kreisky, Bruno; Rathkolb, Oliver (1996c): Der Mensch im Mittelpunkt. Der Memoiren dritter Teil. Wien: Kremayr & Scheriau.
- Kreissler, Félix (1970a): Von der Revolution zur Annexion. Österreich 1918 bis 1938. Wien u.a.: Europa-Verl.
- Kreissler, Félix (1984b): Der Österreicher und seine Nation. Ein Lernprozeß mit Hindernissen. Wien, Graz u.a.: Böhlau (Forschungen zur Geschichte des Donauraumes, 5).
- Kreissler, Félix (1994c): Vielschichtige Österreichbilder. In: Botz, Gerhard (Hg.): Kontroversen um Österreichs Zeitgeschichte. Verdrängte Vergangenheit, Österreich-Identität, Waldheim und

- die Historiker. Frankfurt Main u.a.: Campus-Verl. (Studien zur historischen Sozialwissenschaft, 13), S. 511–522.
- Kreissler, Félix (1998d): "Wir sind für die Unabhängigkeit dieses Landes...". Bruno Kreisky als emblematische Figur österreichischer Identitäten. In: Dienhofer, Gertraud; Stiftung Bruno-Kreisky-Archiv (Hg.): Bruno Kreisky. 1911, 1970, 1983, 1990 ; seine Zeit und mehr ; wissenschaftliche Begleitpublikation ; 18. September bis 15. November 1998. Wien: Eigenverl. d. Museen d. Stadt Wien (... Sonderausstellung des Historischen Museums der Stadt Wien, 240).
- Kriechbaumer, Robert (Hg.) (1998a): Die Spiegel der Erinnerung: Die Sicht von innen. 2 Bände. Wien u.a.: Böhlau (Österreichische Nationalgeschichte nach 1945, 1).
- Kriechbaumer, Robert (2001b): Die großen Erzählungen der Politik. Politische Kultur und Parteien in Österreich von der Jahrhundertwende bis 1945. Wien u.a.: Böhlau (Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für politisch-historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek, 12).
- Kriechbaumer, Robert (2004c): Die Ära Kreisky. Österreich 1970 - 1983 in der historischen Analyse, im Urteil der politischen Kontrahenten und in Karikaturen von Ironimus. Wien u.a.: Böhlau (Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für Politisch-Historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek, Salzburg, 22).
- Krones, Ferdinand (1960): Spanien und Österreich. Nachklang zum 400. Gedenkjahr des Todes Kaiser Karls V. (+ 1558). Wien: Wr. Kath. Akad. (Religion, Wissenschaft, Kultur, Jg. 11.1960,F. 3/4).
- Kulturpolitischen Referat des Landesparteitages der ÖVP Niederösterreich (Hg.) ([1968]): 50 Jahre Republik Österreich. Eine Dokumentation für Volksbildner und Kulturreferenten. Wien.
- Leidinger, Hannes; Moritz, Verena (2008): Die Republik Österreich 1918 / 2008. Überblick, Zwischenbilanz, Neubewertung. Ungekürzte Lizenz-Ausg. Wien: Buchgemeinschaft Donauland [u.a.].
- Lendvai, Paul (1980): Bruno Kreisky über Österreich und die Welt. Ein Gespräch mit Paul Lendvai. In: Europäische Rundschau, Jg. 8, H. 2, S. 19–34.
- Leser, Norbert (1975): Im Kontrast zum Staat, den keiner wollte. Dreissig Jahre zweite Republik - zwanzig Jahre Staatsvertrag. In: Die Republik, Jg. 11, H. 1, S. 22–30.
- Lhotsky, Alphons (1972): Der Stand der österreichischen Geschichtsforschung und ihre nächsten Ziele. In: Lhotsky, Alphons; Wagner, Hans (Hg.): Historiographie, Quellenkunde, Wissenschaftsgeschichte. Wien: Verl. für Geschichte u. Politik (Alphons Lhotsky, Ausätze und Vorträge, 3), S. 85–95.
- Liessmann, Konrad Paul (2005): Die Insel der Seligen. Österreichische Erinnerungen. Innsbruck, Wien u.a.: Studien-Verl. (Österreich - Zweite Republik, 11).
- Lorenz, Reinhold (1940): Der Staat wider Willen. Österreich 1918 - 1938. Berlin: Junker & Dünnhaupt.
- Lovrek, August (1999): Die legitimistische Bewegung. In: Rill, Robert (Hg.): Konservatismus in Österreich. Strömungen, Ideen, Personen und Vereinigungen von den Anfängen bis heute. Graz u.a.: Stocker, S. 231–244.
- Lutz, Heinrich (1963): Demokratie im Zwielficht. Der Weg der deutschen Katholiken aus dem Kaiserreich in die Republik 1914 - 1925. München: Kösel.
- Maier, Charles S. (2001/02): Heißes und Kaltes Gedächtnis. Zur politischen Halbwertzeit des faschistischen und kommunistischen Gedächtnisses. In: Transit, Jg. 22, S. 153–165.
- Maimann, Helene; Österreichische Gesellschaft für Kulturpolitik (Hg.) (1981): Mit uns zieht die neue Zeit. Arbeiterkultur in Österreich 1918 - 1934 ; eine Ausstellung der Österreichischen Gesellschaft für Kulturpolitik und des Meidlinger Kulturkreises ; Straßenbahn-Remise Wien Meidling, 23. Jänner - 30. August 1981. 2. Aufl. Wien: Habarta & Habarta.
- Malina, Peter (2008): Die Erste Republik Österreich: Nicht nur eine Überlegung wert. In: Malina, Peter (Hg.): Blickwechsel oder: Eine andere Erste Republik. Innsbruck, Wien u.a.: StudienVerl. (Schulheft, 129), S. 8–20.

- Mannheim, Karl; Wolff, Kurt H. (1964): Wissenssoziologie. Auswahl aus dem Werk. Berlin u.a.: Luchterhand (Soziologische Texte, 28).
- Mantl, Wolfgang (1992): Politik in Österreich. Die Zweite Republik: Bestand und Wandel. Wien, Graz u.a.: Böhlau (Studien zu Politik und Verwaltung, 10).
- Marboe, Ernst (1948): Das Österreich-Buch. Wien: Verl. d. Österr. Staatsdr.
- Marchart, Oliver (2005): Das historisch-politische Gedächtnis. Für eine politische Theorie kollektiver Erinnerung. In: Gerbel, Christian (Hg.): Transformationen gesellschaftlicher Erinnerung. Studien zur "Gedächtnisgeschichte" der Zweiten Republik. Wien: Turia + Kant (Reihe Kultur.Wissenschaften, 9), S. 21–49.
- Marcic, René (1968): Zur Reform der österreichischen Innenpolitik 1955 - 1965. Dokumentation. Der demokratische Prozess. 2 Bände. Wien u.a.: Europa-Verl. (Dike, 2).
- Maschke, Otto M. (2002): Verständnissuche - Österreich in der Sicht der Niederlande. In: Rathkolb, Oliver (Hg.): Mit anderen Augen gesehen. Internationale Perzeptionen Österreichs 1955 - 1990. 2 Bände. Wien u.a.: Böhlau (Österreichische Nationalgeschichte nach 1945, Sonderbd. 2), S. 323–422.
- Matscher, Franz (1992): Josef Schöner, 1904 - 1978. Lebensbild eines österreichischen Diplomaten. In: Schöner, Josef; Csáky, Eva-Marie (Hg.): Wiener Tagebuch. 1944 - 1945. Wien u.a.: Böhlau (Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs, 83), S. 9–14.
- Mattl, Siegfried (1983a): Bestandsaufnahme zeitgeschichtlicher Forschung in Österreich. Wien: Bundesministerium für Wiss. und Forschung.
- Mattl, Siegfried (1994b): Identitätsbildung durch historische Großausstellungen. In: Schmidt-Dengler, Wendelin (Hg.): Der literarische Umgang der Österreicher mit Jahres- und Gedenktagen. Wien: ÖBV Pädag. Verl. (Schriften des Institutes für Österreichkunde, 59), S. 75–87.
- Mattl, Siegfried (1995c): Vor der IV. Republik. Politische Kultur in Österreich im 20. Jahrhundert. In: Zeitgeschichte, Jg. 22, H. 1-2, S. 30–45.
- Mattl, Siegfried (2007d): Vergangenheitspolitik und Geschichtsrevisionismus - Februaraufstand 1934, Dollfuß-Mord und Austrofaschismus. In: Wenninger, Florian (Hg.): Geschichte macht Herrschaft. Zur Politik mit dem Vergangenen. Wien: Braumüller (Studien zur politischen Wirklichkeit, 19), S. 215–226.
- Mattl, Siegfried; Stuhlpfarrer, Karl (1986): Geschichts-Folien. In: Zeitgeschichte, Jg. 13, H. 6, S. 219–226.
- Mayer, Ernst (1964a): Otto Glöckel. In: Leser, Norbert (Hg.): Werk und Widerhall. Große Gestalten des österreichischen Sozialismus. Wien: Verl. der Wiener Volksbuchhandlung, S. 168–177.
- Mayer, Wolfgang (1985b): Rückblick auf Veranstaltungen zum Gedenken 50 Jahre Februar 1934. Das aktuelle Thema. In: Wiener Geschichtsblätter, Jg. 40, S. 28–30.
- Menasse, Robert (1993): Das Land ohne Eigenschaften. Essay zur österreichischen Identität. 3. Aufl. Wien: Sonderzahl-Verl.-Ges.
- Menasse, Robert; Schörkhuber, Eva (2005): Das war Österreich. Gesammelte Essays zum Land ohne Eigenschaften. Orig.-Ausg., 1. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Suhrkamp Taschenbücher, 3691).
- Mertens, Christian (2005/06): Heinrich Drimmel und die ÖVP in den 1960er Jahren. In: Demokratie und Geschichte. Jahrbuch des Karl von Vogelsang-Instituts zur Erforschung der Geschichte der christlichen Demokratie in Österreich, Jg. 9/10, S. 227–240.
- Mitterrutzner, Christa (1991): Widerstand und Verfolgung in Salzburg. 1934 - 1945 ; eine Dokumentation. 2 Bände. Wien: Österr. Bundesverl. [u.a.] (1).
- Möller, Horst (2005): Hans Rothfels - Versuch einer Einordnung. In: Hürter, Johannes (Hg.): Hans Rothfels und die deutsche Zeitgeschichte. München: Oldenbourg (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 90), S. 201–206.

- Mommsen, Margareta (1976a): Die österreichische Proporzdemokratie und der Fall Habsburg. Zugl.: Heidelberg, Univ., Diss. Wien, Graz u.a.: Böhlau (Böhlaus zeitgeschichtliche Bibliothek, 1).
- Mommsen, Margareta (2007b): Die "Staatskrise" über den "Justizputsch" in der Causa Habsburg 1963 und der Niedergang der großen Koalition. In: Gehler, Michael (Hg.): Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim. Neuaufl. der ... 2., durchges. und erw. Ausg. Innsbruck, Wien u.a.: StudienVerl., S. 437–454.
- Mosser, Ralf (1984): Die Wahlkämpfe der Nationalratswahlen von 1945 - 1966. Klagenfurt, Univ., Dipl.-Arb., 1984.
- Müller, Konrad R.; Roth, Gerhard; Turrini, Peter (1981): Bruno Kreisky. Berlin: Nicolai.
- Müller, Reinhard: Einige österreichische Exilorganisationen in Großbritannien. Online verfügbar unter www.sbg.ac.at/exil/multimedia/pdf/exilorganisationenreinhard.pdf, zuletzt geprüft am 04.06.2010.
- Müssener, Helmut (1999): Deutschsprachiges Theater im skandinavischen Exil. In: Maaß, Ingrid (Hg.): Verfolgung und Exil deutschsprachiger Theaterkünstler. 2 Bände. München: K. G. Saur (Handbuch des deutschsprachigen Exiltheaters 1933-1945, 1), S. 319–340.
- Neck, Rudolf (1953a): Sammelreferat: Zeitgeschichtliche Literatur über Österreich. I. In: Mitteilungen des österreichischen Staatsarchivs, Jg. 6, S. 422–444.
- Neck, Rudolf (1973b): Der Februar 1934. Die politische Entwicklung. In: Jedlicka, Ludwig (Hg.): Österreich 1927 bis 1938. Protokoll des Symposiums in Wien, 23. bis 28. Oktober 1972. Wien: Verl. für Geschichte und Politik (Veröffentlichungen / Wissenschaftliche Kommission des Theodor-Körner-Stiftungsfonds und des Leopold-Kunschak-Preises zur Erforschung der Österreichischen Geschichte der Jahre 1927 bis 1938, 1), S. 104–109.
- Neck, Rudolf (1986c): Das Jahr 1918 - Einleitende Bemerkungen. In: Ackerl, Isabella (Hg.): Österreich November 1918. Die Entstehung der Ersten Republik ; Protokoll des Symposiums in Wien am 24. und 25. Oktober 1978. Wien: Verl. für Geschichte u. Politik (Veröffentlichungen / Wissenschaftliche Kommission zur Erforschung der Geschichte der Republik Österreich, 9), S. 11–17.
- Nehring, Wolfgang (2009): Fronten ohne Front: Zur späten Analyse des Novembers 1918 durch Franz Theodor Csokor - in Dritter November 1918. In: Müller, Karl (Hg.): Österreich 1918 und die Folgen. Geschichte, Literatur, Theater und Film. Wien u.a.: Böhlau (Literatur und Leben, N.F., 76), S. 89–102.
- Nenning, Günther (1963): Anschluß an die Zukunft. Österreichs unbewältigte Gegenwart und Vergangenheit. Wien u.a.: Europa-Verl. (Österreichprofile).
- Neugebauer, Wolfgang (1987): Zur Entwicklung des österreichischen Nationalbewusstseins. Vortrag, gehalten im Österreichischen Kulturinstitut Budapest am 28. November 1983. In: Jahrbuch des Dokumentationsarchivs des Österreichischen Widerstandes, S. 42–53.
- Neugebauer, Wolfgang; Csendes, Peter (1984): Widerstand und Verfolgung in Wien. 1934 - 1945 ; eine Dokumentation. 3 Bände. Wien: Österr. Bundesverl. (1).
- Nick, Rainer (1984): Bürgerkrieg - Sozialpartnerschaft. das politische System Österreichs ; 1. und 2. Republik, ein Vergleich. 2. Aufl. Wien u.a.: Jugend u. Volk.
- Nora, Pierre (1990): Zwischen Geschichte und Gedächtnis. Berlin: Wagenbach (Kleine kulturwissenschaftliche Bibliothek, 16).
- Nußbaumer, Martina (2006): "Haus der Geschichte", Version 05-06. In: Wassermair, Martin (Hg.): Rebranding images. Ein streitbares Lesebuch zu Geschichtspolitik und Erinnerungskultur in Österreich. Innsbruck, Wien u.a.: Studien-Verl., S. 197–210.
- Österreich / Bundesministerium für Arbeit Soziales und Konsumentenschutz (2009): Festschrift 90 Jahre Sozialministerium. 1918 - 2008. Wien: Bundesministerium für Arbeit Soziales und Konsumentenschutz.
- Panagl, Oswald; Brix, Emil (2007): Wörterbuch der politischen Sprache in Österreich. [ein Projekt der Österreichischen Forschungsgemeinschaft]. 1. Aufl. Wien: Öbv.
- Paul Lazarsfeld Gesellschaft für Sozialforschung (1980): Das österreichische Nationalbewusstsein. In der öffentlichen Meinung und im Urteil der Experten.

Pelinka, Anton (1988a): Abstieg des Parteienstaates - Aufstieg des Parlamentarismus. Zum Wandel des österreichischen Parteiensystem. In: Pelinka, Anton (Hg.): Das österreichische Parteiensystem. Wien, Graz u.a.: Böhlau (Studien zu Politik und Verwaltung, 22), S. 35–52.

Pelinka, Anton (1990b): Zur österreichischen Identität. zwischen deutscher Vereinigung und Mitteleuropa. Wien: Ueberreuter.

Pelinka, Anton (1993c): Vom Umgang mit der Geschichte. Denkmäler und historische Erinnerung in der Zweiten Republik. In: Morawek, Elisabeth; Österreich / Bundesministerium für Unterricht und Kunst (Hg.): Denkmal und Erinnerung. Spurensuche im 20. Jahrhundert ; Anregungen für Schülerinnen- und Schülerprojekte. Wien: J & V Ed. Wien Dachs-Verl. (Informationen zur politischen Bildung, Sonderh.), S. 14–18.

Pelinka, Anton (1996d): Von der Funktionalität von Tabus. Zu den "Lebenslügen" der Zweiten Republik. In: Kos, Wolfgang (Hg.): Inventur 45/55. Österreich im ersten Jahrzehnt der Zweiten Republik. Wien: Sonderzahl, S. 23–33.

Pelinka, Anton (1998e): Austrian political culture: from subject to participant orientation. In: Luther, Kurt Richard; Pulzer, Peter G. J.; Association for the Study of German Politics (Hg.): Austria 1945-95. Fifty years of the Second Republic. Aldershot: Ashgate, S. 109–119.

Pelinka, Anton (1999f): Österreich - Die Erste Republik. In: Reinalter, Helmut (Hg.): Republikbegriff und Republiken seit dem 18. Jahrhundert im europäischen Vergleich. Internationales Symposium zum österreichischen Millennium. Frankfurt am Main, Wien u.a.: Lang (Schriftenreihe der Internationalen Forschungsstelle "Demokratische Bewegungen in Mitteleuropa 1770 - 1850", 28), S. 261–269.

Pelinka, Anton (2001g): Die geänderte Funktionalität von Vergangenheit und Vergangenheitspolitik. Das Ende der Konkordanzdemokratie und die Verschiebung der Feindbilder. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 30, H. 1, S. 35–47.

Pelinka, Anton (2005h): Vom Glanz und Elend der Parteien. Struktur- und Funktionswandel des österreichischen Parteiensystems. Innsbruck, Wien u.a.: Studien-Verl. (Österreich - Zweite Republik, 6).

Pfoser, Alfred (1977/78): Politik im Alltag. Zur Kulturgeschichte der Ersten Republik. In: Zeitgeschichte, Jg. 5, H. 9/10, S. 372–383.

Pichler, Christian (2005): Politische Gedenktage und die deutschsprachige Kärntner Press (1945-2000). In: Burz, Ulfried (Hg.): Politische Festtagskultur in Kärnten. Einheit ohne Einigkeit?, S. 171–275.

Plaschka, Richard Georg (Hg.) (1970): Die Auflösung des Habsburgerreiches. Zusammenbruch und Neuorientierung im Donaauraum. Wien: Verl. für Geschichte u. Politik (Schriftenreihe des Österreichischen Ost- und Südosteuropa-Instituts, 3).

Plasser, Fritz (1988): Das österreichische Parteiensystem zwischen Erosion und Innovation. Eine empirische Langzeitanalyse. In: Pelinka, Anton (Hg.): Das österreichische Parteiensystem. Wien, Graz u.a.: Böhlau (Studien zu Politik und Verwaltung, 22), S. 53–78.

Pohl, Walter (2002): Die Awaren. Ein Steppenvolk in Mitteleuropa 567 - 822 n. Chr. 2., aktualis. Aufl. München: Beck (Reihe "Frühe Völker").

Pokorny, Alexander; Lobner, Georg (2004): Durch die Vergangenheit zur Gegenwart 7. Geschichte & Sozialkunde für die ... Klasse ; das erste Lehrbuch für die ... Klasse in dem aus der "Lemberger Geschichtsdidaktik®" entwickelten Lernsystem "Interaktives Gruppenlernen®". Linz, Wien: Veritas-Verl. (7).

Portisch, Hugo (1989): Österreich I. Die unterschätzte Republik ; ein Buch zur gleichnamigen Fernsehdokumentation von Hugo Portisch und Sepp Riff. 2. Aufl. Wien: Kremayr & Scheriau.

Portisch, Hugo; Österreich / Bundesregierung; Österreich / Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten (Hg.) (1981): 25 Jahre Staatsvertrag. Protokolle des Staats- und Festaktes sowie der Jubiläumsveranstaltungen im In- und Ausland. Wien: Österr. Bundesverl. (25 Jahre Staatsvertrag).

Pott, Gertrud (1990): Verkannte Größe. Eine Kulturgeschichte der Ersten Republik 1918 - 1938. Wien: Kremayr & Scheriau.

- Pribersky, Andreas (2002): Politische Mythen der k.u.k. Monarchie. In: Müller-Funk, Wolfgang (Hg.): Kakanien revisited. Das Eigene und das Fremde (in) der österreichisch-ungarischen Monarchie. Tübingen u.a.: Francke (Kultur - Herrschaft - Differenz, 1), S. 322–330.
- Puntscher-Riekmann, Sonja (1995): Die Europäische Union als republikanisches Bündnis. Österreich zwischen Republik und Kerneuropa. In: Welan, Manfred; Österreichische Hochschülerschaft / Hauptausschuss an der Technischen Hochschule Wien (Hg.): VorSätze - NachSätze. Diskurs über die Republik. Klagenfurt, Salzburg: Wieser, S. 91–116.
- Raab, Julius (1961): Verantwortung für Österreich. Wien: Österr. Wirtschaftsverl.
- Rásky, Béla (1992a): Arbeiterfesttage. Die Fest- und Feiernkultur der sozialdemokratischen Bewegung in der Ersten Republik Österreich 1918 - 1934. Wien u.a.: Europaverl. (Materialien zur Arbeiterbewegung, 59).
- Rásky, Béla (2009b): Erinnern und Vergessen der Habsburger in Österreich und Ungarn nach 1918. In: Müller, Karl (Hg.): Österreich 1918 und die Folgen. Geschichte, Literatur, Theater und Film. Wien u.a.: Böhlau (Literatur und Leben, N.F., 76), S. 25–58.
- Rathkolb, Oliver (2005a): Die paradoxe Republik. Österreich 1945 bis 2005. Wien: Zsolnay.
- Rathkolb, Oliver (2007b): Österreichische Geschichtspolitik und die Zweite Republik. In: Bohunovsky-Bärnthaler, Irmgard (Hg.): Kunst ist gestaltete Zeit. Über das Altern ; 8. Symposium aus der Reihe "Kunst und Gesellschaft" in Villach und Ossiach vom 13. bis 15. Juli 2006. Klagenfurt, Wien: Ritter (Ritter Theorie), S. 15–62.
- Rathkolb, Oliver (2008c): Mehrfach gewendet. Eine historisch-künstlerische Collage der Schlüsseljahre 1918/38/45/55 und 95 ; Präsidentschaftskanzlei, Hofburg, Ballhausplatz, 26.10.2008. Wien: Heeresdruckerei Wien.
- Rauchensteiner, Manfred (1997): "Die Zwei": Die Große Koalition 1945-1966 mit einem Ausblick. In: Steininger, Rolf (Hg.): Österreich im 20. Jahrhundert. Vom Zweiten Weltkrieg bis zur Gegenwart. Ein Studienbuch in zwei Bänden. 2 Bände. Wien u.a.: Böhlau (Böhlau-Studien-Bücher, 2), S. 259–305.
- Rauscher, Hans (2005a): Das Buch Österreich. Texte, die man kennen muss ; Dokumente, Zitate, Literatur zur österreichischen Identität ; die wichtigsten Texte über unser Land. 1. Aufl. Wien: Brandstätter.
- Rauscher, Walter (1995b): Karl Renner. Ein österreichischer Mythos. Wien: Ueberreuter.
- Rauscher, Walter (2007c): Die Republikgründungen 1918 und 1945. In: Koch, Klaus (Hg.): Von Saint-Germain zum Belvedere. Österreich und Europa 1919 - 1955, S. 9–24.
- Reden, Alexander Sixtus von (1982): Hoffnung aus der Vergangenheit. Die Wiederentdeckung Österreichs in Norditalien. Graz, Wien u.a.: Verl. Styria.
- Rehor, Grete ([1968]): Soziales Leitbild und soziale Wirklichkeit. In: Kulturpolitischen Referat des Landesparteitages der ÖVP Niederösterreich (Hg.): 50 Jahre Republik Österreich. Eine Dokumentation für Volksbildner und Kulturreferenten. Wien, S. 35–41.
- Reiter, Margit (1997): Konstruktion(en) der Vergangenheit. Am Beispiel der Reden von Bundespräsident Klestil und FPÖ-Obmann Haider zum 50. Geburtstag der Republik Österreich. In: Zeitgeschichte, Jg. 24, H. 11-12, S. 388–403.
- Reiterer, Albert F. (1996a): Intellektuelle und politische Eliten in der Nationswerdung Österreichs. In: Haller, Max (Hg.): Identität und Nationalstolz der Österreicher. Gesellschaftliche Ursachen und Funktionen ; Herausbildung und Transformation seit 1945 ; internationaler Vergleich. Wien u.a.: Böhlau (Grenzenloses Österreich), S. 271–325.
- Reiterer, Albert F. (2007b): Abhängigkeit - Nation - Postnation. Österreich im Weltsystem des 20. und 21. Jahrhunderts. Online verfügbar unter <http://www.slo.at/docs/Oesterreich1.pdf>, zuletzt aktualisiert am 19.08.2007, zuletzt geprüft am 01.09.2009.
- Renner, Karl (1950): Für Recht und Frieden. Eine Auswahl der Reden des Bundespräsidenten Dr. Karl Renner. Wien: Verl. der österreichischen Staatsdr.
- Riedl, Joachim; Jüdisches Museum <Wien> (2004): Wien, Stadt der Juden. Die Welt der Tante Jolesch ; [erscheint anlässlich der Ausstellung "Wien, Stadt der Juden - Die Welt der Tante Jolesch" im Jüdischen Museum Wien vom 19. Mai bis 31. Oktober 2004]. Wien: Zsolnay.

- Röhrlich, Elisabeth (2009): Kreiskys Außenpolitik. Zwischen österreichischer Identität und internationalem Programm. Göttingen: V & R Unipress Vienna Univ. Press (Zeitgeschichte im Kontext, 2).
- Rosenzweig, Wilhelm (1944): Der Neuaufbau der österreichischen Republik. In: Czernetz, Karl; Pollak, Oscar; Rosenzweig, Wilhelm (Hg.): Die Zweite Republik Österreich. London: Londoner Büro der Österr. Sozialisten (Schriftenreihe des Londoner Büros der Österreichischen Sozialisten), S. 17–24.
- Rumpler, Helmut (1983): Österreich vom "Staat wider Willen" zur österreichischen Nation (1919-1955). In: Becker, Josef; Bernecker, Walther L. (Hg.): Die Deutsche Frage im 19. und 20. Jahrhundert. Referate und Diskussionsbeiträge eines Augsburger Symposions, 23. - 25. September 1981. München: Vögel (Schriften der Philosophischen Fakultäten der Universität Augsburg, 24), S. 239–267.
- Saueregger, Mirjam (2007): "Niemals vergessen?" - Der "Ständestaat" im Widerstreit der Erinnerungskulturen der Zweiten Republik. Die Memorialkultur der österreichischen Freiheits- und WiderstandskämpferInnen und die Konjunkturen des "Ständestaates" in der Historiographie. Innsbruck, Univ., Dipl.-Arb., 2007.
- Schausberger, Franz (1990a): Protokolle der Landesparteitage der Salzburger ÖVP. 1958 - 1961; 13. - 16. Landesparteitag. 5 Bände. Salzburg: IT-Verl. (Veröffentlichung der Dr.-Hans-Lechner-Forschungsgesellschaft Salzburg, 3).
- Schausberger, Norbert (1978b): Der Griff nach Österreich. Der Anschluß. Wien u.a.: Jugend und Volk.
- Schausberger, Norbert (1980c): Österreich. Der Weg der Republik ; 1918 - 1980. Graz, Wien: Leykam.
- Scheidl, Karl; Institut für Österreichkunde <Wien> (1968): Österreich - 50 Jahre Republik. 1918 - 1968. Wien: Hirt.
- Scheit, Gerhard (2008): Nationbuilding wahnhaft: "Anschluss" und "Nakba". Die Erfindung der Österreicher und der Palästinenser als Opfer-Kollektive: Rückblick auf ein Gedenkjahr. In: Prodomo Zeitschrift in eigener Sache, H. 10, S. 5–9. Online verfügbar unter http://prodomo.50webs.net/10/nationbuilding_wahnhaft.html, zuletzt geprüft am 08.04.2010.
- Scheuch, Manfred (2000a): Vom "Staat, den keiner wollte" zur österreichischen Nation. In: Petritsch, Wolfgang (Hg.): Bruno Kreisky. Ein biografischer Essay. Wien u.a.: Kremayr & Scheriau .
- Scheuch, Manfred (2005b): Der Weg zum Heldenplatz. Eine Geschichte der österreichischen Diktatur 1933 - 1938. Wien u.a.: Kremayr & Scheriau.
- Schicker, Stephan (2007): Von der "roten Katze" und dem "schwarzen Rentenklau" zu "Spindoktoren" und dem "war room". Die Modernisierung der österreichischen Nationalratswahlkämpfe von 1945 - 1999. Graz, Univ., Dipl.-Arb., 2007. Graz.
- Schirmer, Dietmar (1997): Ist Bonn Weimar ist Berlin. Die Weimarer Republik als symbolisches Dispositiv der deutschen Nachkriegsdemokratien. In: Balke, Friedrich (Hg.): Vom Nutzen und Nachteil historischer Vergleiche. Der Fall Bonn-Weimar. Frankfurt Main u.a.: Campus-Verl., S. 125–146.
- Schmidt-Dengler, Wendelin (1997a): Vom Staat, der keiner war, zur Literatur, die keine ist - zur Leidensgeschichte der österreichischen Literaturgeschichte. In: Absenger, Albert G.; Bruckmüller, Ernst (Hg.): 1000 Jahre: Was an Österreich ist österreichisch. Auto- und Heterostereotypen. Wien: Pädagog. Inst. d. Bundes (Schriftenreihe zur Lehrerbildung im berufsbildenden Schulwesen, 171), S. 155–174.
- Schmidt-Dengler, Wendelin (Hg.) (2002b): Ohne Nostalgie. Zur österreichischen Literatur der Zwischenkriegszeit. Wien u.a.: Böhlau (Literaturgeschichte in Studien und Quellen, 7).
- Schmitz-Berning, Cornelia (1998): Vokabular des Nationalsozialismus. Berlin u.a.: de Gruyter.
- Schöner, Josef; Csáky, Eva-Marie (Hg.) (1992): Wiener Tagebuch. 1944 - 1945. Wien u.a.: Böhlau (Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs, 83).
- Schönhoven, Klaus (2003): Geschichtspolitik. Über den öffentlichen Umgang mit Geschichte und Erinnern. Herausgegeben von Friedrich-Ebert-Stiftung. Online verfügbar unter <http://library.fes.de/pdf-files/historiker/01477.pdf>, zuletzt geprüft am 22.12.2009.

- Schulenburg, Ulrich N. (Hg.) (1992): Lebensbilder eines Humanisten. Ein Franz-Theodor-Csokor-Buch. Wien: Löcker.
- Schuschnigg, Kurt von (1988): Im Kampf gegen Hitler. Die Überwindung der Anschlußidee. Neuaufl. Wien: Amalthea-Verl.
- Seeßlen, Georg (1992): Sissi - Ein deutsches Orgasmustrauma. In: Marsiske, Hans-Arthur (Hg.): Zeitmaschine Kino. Darstellungen von Geschichte im Film. Marburg an der Lahn: Hitzeroth, S. 65–79.
- Seethaler, Josef; Meliscek, Gabriele (1993): Demokratie und Identität. Zehn Jahre Republik in der Wiener Presse 1928 ; ein Arbeitsbuch. Wien: WUV-Univ.-Verl. (Publikationen der Historischen Pressedokumentation / Österreichische Akademie der Wissenschaften).
- Seiter, Josef (1995a): Vergessen - und trotz alledem - erinnern. Vom Umgang mit Monumenten und Denkmälern in der Zweiten Republik. In: Sieder, Reinhard (Hg.): Österreich 1945 - 1995. Gesellschaft, Politik, Kultur. Wien: Verl. für Gesellschaftskritik (Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik, 60), S. 684–705.
- Seiter, Josef (1998b): Politische Denkmäler im Wien der Ersten Republik (1918-1934). In: Riesenfellner, Stefan (Hg.): Steinernes Bewußtsein I. Die öffentliche Repräsentation staatlicher und nationaler Identität Österreichs in seinen Denkmälern. Wien u.a.: Böhlau (Grenzenloses Österreich), S. 412–455.
- Sickingler, Hubert (2007): Politischer Wandel in der Zweiten Republik: Parteien, Machtverteilung/politische Strukturen, Kommunikation. In: Gehler, Michael (Hg.): Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim. Neuaufl. der ... 2., durchges. und erw. Ausg. Innsbruck, Wien u.a.: StudienVerl., S. 295–322.
- Sillaber, Alois (1998): Straßennamen: Wegweiser zur Identität. In: Riesenfellner, Stefan (Hg.): Steinernes Bewußtsein I. Die öffentliche Repräsentation staatlicher und nationaler Identität Österreichs in seinen Denkmälern. Wien u.a.: Böhlau (Grenzenloses Österreich), S. 575–618.
- Skalnik, Kurt (1983): Auf der Suche nach der Identität... In: Weinzierl, Erika; Skalnik, Kurt (Hg.): Österreich 1918 - 1938. Geschichte der Ersten Republik. 2 Bände. Graz, Wien u.a.: Verl. Styria (1), S. 11–24.
- Slezak, Josef Otto (1999): Erlebte Reichsbahn. In: Beier, Roland; Sternhart, Hans (Hg.): Deutsche Reichsbahn in Österreich. 1938 - 1945 (-1953). Wien: Slezak (Schriftenreihe Internationales Archiv für Lokomotivgeschichte, 14), S. 26–42.
- Spann, Gustav (1990a): Fahne, Staatswappen und Bundeshymne der Republik Österreich. In: Diendorfer, Gertraud; Österreich / Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport (Hg.): 26. Oktober. Zur Geschichte des österreichischen Nationalfeiertages ; [25 Jahre österreichischer Nationalfeiertag]. Wien: Bundesministerium für Unterricht Kunst und Sport, S. 35–41.
- Spann, Gustav (1994b): Zur Geschichte von Flagge und Wappen der Republik Österreich. In: Leser, Norbert (Hg.): Österreichs politische Symbole. Historisch, ästhetisch und ideologiekritisch beleuchtet. Wien u.a.: Böhlau (Schriftenreihe des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Neuere Österreichische Geistesgeschichte, 6), S. 37–64.
- Spann, Gustav (2004c): Geschichte des österreichischen Nationalfeiertages. In: Österreich in Geschichte und Literatur, Jg. 48, H. 1, S. 2–23.
- Spevak, Stefan (2003): Das Jubiläum "950 Jahre Österreich". Eine Aktion zur Stärkung eines österreichischen Staats- und Kulturbewußtseins im Jahr 1946. Teilw. zugl.: Wien, Univ., Dipl.-Arb., 1997 u.d.T.: Spevak, Stefan: 950 Jahre Österreich. Wien u.a.: Oldenbourg (Veröffentlichungen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung, 37).
- Stadler, Friedrich (Hg.) (1988a): Kontinuität und Bruch 1938 - 1945 - 1955. Beiträge zur österreichischen Kultur- und Wissenschaftsgeschichte. 1. Aufl. Wien u.a.: Jugend u. Volk.
- Stadler, Karl R. (1963b): Review: Der Staat den keiner wollte. In: International Affairs, Jg. 39, H. 4, S. 606–607.
- Stadler, Karl R. (1982c): Adolf Schärf. Mensch, Politiker, Staatsmann. Wien u.a.: Europa-Verl. (Veröffentlichung des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung).
- Stadt Wien (Hg.) (1968): Sondernummer: Wien - 50 Jahre Hauptstadt der Republik. In: Stadt Wien - Offizielles Organ der Bundeshauptstadt, November. Wien.

Staudinger, Anton (1996): "Durch Gedenkfeiern gelegentlich zur Vergessenheit emporgehoben...". Anmerkungen zur Funktion von Gedenktagen und zu grassierender Jubiläumshistorie. In: Anzengruber, Grete (Hg.): Verordnete Feiern - gelungene Feste. Überlegungen und Anregungen zur Festkultur in der Schule. Wien: Verein d. Förderer d. Schulhefte (Schulheft, 84), S. 22–35.

Steinbach, Günther (2006): Kanzler, Krisen, Katastrophen. Die Erste Republik. Wien: Ueberreuter.

Steininger, Rolf (1997): 12. November 1918 bis 13. März 1938: Stationen auf dem Weg zum "Anschluß". In: Steininger, Rolf (Hg.): Österreich im 20. Jahrhundert. Von der Monarchie bis zum Zweiten Weltkrieg. Ein Studienbuch in zwei Bänden. 2 Bände. Wien u.a.: Böhlau (Böhlau-Studien-Bücher, 1), S. 99–153.

Stourzh, Gerald (1991a): Der Umfang der österreichischen Geschichte. In: Wolfram, Herwig (Hg.): Probleme der Geschichte Österreichs und ihrer Darstellung. Wien: Verl. d. Österr. Akad. d. Wiss. (Veröffentlichungen der Kommission für die Geschichte Österreichs / Österreichische Akademie der Wissenschaften, 18), S. 3–27.

Stourzh, Gerald (1995b): Erschütterung und Konsolidierung des Österreichbewußtseins – vom Zusammenbruch der Monarchie zur Zweiten Republik. In: Plaschka, Richard Georg (Hg.): Was heißt Österreich. Inhalt und Umfang des Österreichbegriffs vom 10. Jahrhundert bis heute. Wien: Verl. d. Österr. Akad. d. Wiss. (Archiv für österreichische Geschichte, 136), S. 289–311.

Stourzh, Gerald; Ulram, Peter A.; Gesellschaft für Konsum, Markt- und Absatzforschung Wien (1987): Österreichbewußtsein 1987. Wien: Dr. Fessel & Co Institut für Meinungsforschung.

Sturm, Klaus (1996): Entdeckungsreisen. Von der Zwischenkriegszeit bis zur Gegenwart. Wien: ÖBV Pädag. Verl. (4).

Suppanz, Werner (1994a): "Der Österreicher hat ein Vaterland". Österreichische Geschichte und das seltsame Phänomen "Nation". In: Lechner, Manfred; Institut für Geschichte <Graz> / Abteilung Zeitgeschichte (Hg.): Lebenszeichen. 10 Jahre Abteilung Zeitgeschichte an der Karl-Franzens-Universität Graz. Graz: Akad. Dr.- u. Verl.-Anst. (Publikationen aus dem Archiv der Universität Graz, 31), S. 149–168.

Suppanz, Werner (1998b): Österreichische Geschichtsbilder. Historische Legitimationen in Ständestaat und Zweiter Republik. Köln, Wien u.a.: Böhlau (Böhlaus zeitgeschichtliche Bibliothek, 34).

Suppanz, Werner (1999c): Freiheitskampf oder Verrat. Die Rezeption der Revolution von 1848 in der Parteipresse des Jahres 1948. In: Scheichl, Sigurd Paul (Hg.): "Dürfen's denn das?". Die fort dauernde Frage zum Jahr 1848. Dt. Erstausg. Wien: Passagen-Verl. (Reihe Civil Society der Österreichischen Forschungsgemeinschaft, 3), S. 189–204.

Suppanz, Werner (2007d): Der lange Weg in die Moderne: Narrative der Habsburgermonarchie in der österreichischen Geschichtswissenschaft seit 1918. In: Hadler, Frank (Hg.): Vergangene Größe und Ohnmacht in Ostmitteleuropa. Repräsentationen imperialer Erfahrung in der Historiographie seit 1918. Leipzig: Akad. Verl.-Anst. (Geschichtswissenschaft und Geschichtskultur im 20. Jahrhundert, 8), S. 223–244.

SWS (1977): Das Nationalbewußtsein der Österreicher. In: Journal für angewandte Sozialforschung, Jg. 17, H. 4, S. 30–31.

Tálos, Emmerich (2007): Deutungen des Österreichischen Herrschaftssystems 1934–1938. Am Beispiel des "Ständestaats-Paradigmas". In: Wenninger, Florian (Hg.): Geschichte macht Herrschaft. Zur Politik mit dem Vergangenen. Wien: Braumüller (Studien zur politischen Wirklichkeit, 19), S. 199–213.

Uhl, Heidemarie (1992a): Zwischen Versöhnung und Verstörung. Eine Kontroverse um Österreichs historische Identität fünfzig Jahre nach dem "Anschluß". Teilw. zugl.: Graz, Univ., Diss., 1990 u.d.T.: Uhl, Heidemarie: <<Die>> Konfrontation mit Österreichs "großem Tabu". Wien u.a.: Böhlau (Böhlaus zeitgeschichtliche Bibliothek, 17).

Uhl, Heidemarie (2003b): Die Moskauer Deklaration und der Umgang Österreichs mit der „Opfer-These“. Alfred Klahr Gesellschaft. Online verfügbar unter http://www.klahrgesellschaft.at/Referate/Uhl_2003.html, zuletzt geprüft am 21.08.2009.

- Uhl, Heidemarie (2005c): AUSTRIA WOCHENSCHAU und österreichisches Bildgedächtnis (1949-1955). In: Moser, Karin (Hg.): Besetzte Bilder. Film, Kultur und Propaganda in Österreich 1945 - 1955. Wien: Verl. Filmarchiv Austria, S. 495–512.
- Ullrich, Sebastian (2009): Der Weimar-Komplex. Das Scheitern der ersten deutschen Demokratie und die politische Kultur der frühen Bundesrepublik 1945 - 1959. Zugl.: Berlin, Humboldt-Univ., Diss., 2008. Göttingen: Wallstein (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte, 45).
- Ullrich, Peter A.; Tributsch, Silvia (2008): Das österreichische Geschichtsbewußtsein und seine Geschichte. In: Schausberger, Franz; Kriechbaumer, Robert (Hg.): Geschichte und Identität. Festschrift für Robert Kriechbaumer zum 60. Geburtstag. Wien u.a.: Böhlau (Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für Politisch-Historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek, Salzburg, 35), S. 37–50.
- Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung (1994): Ein Stück der alten Partei. Ein halbes Jahrhundert "Friends of Austrian Labor". Wien (Dokumentation Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung, 2).
- Verosta, Stephan (1986): Für die Unabhängigkeit Österreichs. In: Ackerl, Isabella (Hg.): Österreich November 1918. Die Entstehung der Ersten Republik ; Protokoll des Symposiums in Wien am 24. und 25. Oktober 1978. Wien: Verl. für Geschichte u. Politik (Veröffentlichungen / Wissenschaftliche Kommission zur Erforschung der Geschichte der Republik Österreich, 9), S. 41–48.
- Vocelka, Karl (2005a): Der Staat, den keiner wollte. In: Damals, H. 9, S. 14–21.
- Vocelka, Karl (2005b): Österreichische Geschichte. Orig.-Ausg. München: Beck (Beck'sche Reihe, 2369).
- Wald, Anton (2005): Zeitbilder. Vom Ende des Ersten Weltkrieges bis in die Gegenwart. 1. Aufl. Wien: Öbv & Hpt (7).
- Wandruszka, Adam (1973): Die Erbschaft von Krieg und Nachkrieg. In: Jedlicka, Ludwig (Hg.): Österreich 1927 bis 1938. Protokoll des Symposiums in Wien, 23. bis 28. Oktober 1972. Wien: Verl. für Geschichte und Politik (Veröffentlichungen / Wissenschaftliche Kommission des Theodor-Körner-Stiftungsfonds und des Leopold-Kunschak-Preises zur Erforschung der Österreichischen Geschichte der Jahre 1927 bis 1938, 1), S. 20–31.
- Wassermann, Heinz P. (2002): Naziland Österreich!. Studien zu Antisemitismus, Nation und Nationalsozialismus im öffentlichen Meinungsbild. Innsbruck, Wien u.a.: Studien-Verl. (Schriften des Centrums für Jüdische Studien, 2).
- Wegan, Katharina (2001a): "Heilige Zeiten". Der österreichische Staatsvertrag und seine Jubiläen. In: Zeitgeschichte, Jg. 28, H. 5, S. 277–297.
- Wegan, Katharina (2004b): Die „Baumeister“ der Zweiten Republik. Die Denkmäler von Leopold Figl, Julius Raab, Karl Renner und Adolf Schärf als Beitrag zur Konstruktion einer österreichischen Identität. Online verfügbar unter http://iiss044.joanneum.at/dztypo3/fileadmin/media/pdf/wegan_baumeister.pdf, zuletzt geprüft am 13.08.2009.
- Wehrschütz, Christian (2009): Im Kreuzfeuer. Am Balkan zwischen Brüssel und Belgrad. Wien, Graz, Klagenfurt: Molden.
- Weinzierl, Erika; Skalnik, Kurt (Hg.) (1983): Österreich 1918 - 1938. Geschichte der Ersten Republik. 2 Bände. Graz, Wien u.a.: Verl. Styria (1).
- Weiss, Walter (1980): Tendenzen österreichischer Literatur seit 1945. In: Europäische Rundschau, Jg. 8, H. 2, S. 79–90.
- Weissenberger, Herbert (1968): Des Kaisers Kappel. Oder: Die Bewältigung der Vorvergangenheit. In: Busek, Erhard (Hg.): Die unvollendete Republik. Wien: Verl. f. Geschichte u. Politik (Österreich ohne Phrase, 1), S. 92–97.
- Welan, Manfred (1995a): Die Verfassung und ihre Inszenierung in der Zweiten Republik. Diskussionspapier Nr. 50-R-95. Herausgegeben von Politik und Recht Boku Wien Institut für Wirtschaft. Online verfügbar unter http://www.boku.ac.at/wpr/wpr_dp/dp-50.pdf, zuletzt geprüft am 18.08.2009.

- Welan, Manfred (2008b): Kontinuität und Wandel der Zweiten Republik. In: Mantl, Wolfgang (Hg.): Lebenszeugnisse österreichischer Vizekanzler. Das politische System Österreichs im europäischen Vergleich. Wien: Böhlau .
- West, Franz (1978): Die Linke im Ständestaat Österreich. Revolutionäre Sozialisten und Kommunisten 1934 - 1938. Wien u.a.: Europaverl. (Schriftenreihe des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung, 8).
- Winkler, Heinrich August (Hg.) (2002): Weimar im Widerstreit. Deutungen der ersten deutschen Republik im geteilten Deutschland. München: Oldenbourg (Schriftenreihe der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte, 10).
- Winter, Renée (2008): Fernseh-Gedenken. März 1938 im ORF der 1960er Jahre. In: Malina, Peter (Hg.): Blickwechsel oder: Eine andere Erste Republik. Innsbruck, Wien u.a.: StudienVerl. (Schulheft, 129), S. 87–97.
- Withalm, Gloria (1989): Revolution im Fernsehen. Eine Fallstudie zu Geschichtsbildern und Ideologiekonzepten in ORF-Serien. In: Mattl, Siegfried; Österreichische Gesellschaft für Zeitgeschichte (Hg.): Revolution und bürgerliche Gesellschaft. 1918/20. Wien, Salzburg: Geyer-Ed. (Jahrbuch für Zeitgeschichte, 1988/89), S. 115–154.
- Wodak, Ruth (1998): Zur diskursiven Konstruktion nationaler Identität. 1. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft, 1349).
- Wohnout, Helmut (2007): Eine "Empörung aller arbeitenden Menschen". Der Rückstellungsfall Ernst Rüdiger Starhemberg. In: Gehler, Michael (Hg.): Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim. Neuaufl. der ... 2., durchges. und erw. Ausg. Innsbruck, Wien u.a.: StudienVerl., S. 398–418.
- Zeiller, Rudolf (1993): Reinhold Lorenz und seine Sicht der österreichischen Geschichte. Wien, Univ., Diss., 1993.
- Zemmer, Jörg (2001): Nationale Ideologie anhand von Symbolen. Eine vergleichende Untersuchung zu Briefmarken und Geldscheinen in Österreich und Italien vom Ende des 19. Jahrhunderts bis heute. Innsbruck, Univ., Dipl.-Arb., 2001.
- Zollinger, Manfred (2008): „L'Autriche, c'est moi“? Georges Clemenceau, das neue Österreich und das Werden eines Mythos. In: Karner, Stefan (Hg.): Österreich - 90 Jahre Republik. Beitragsband der Ausstellung im Parlament. Innsbruck, Wien u.a.: StudienVerl., S. 621–632.
- Zuser, Peter (1997): Strategische Ambivalenz. Der Umgang Jörg Haiders mit dem NS-Thema. IHS. (Politikwissenschaft, 49). Online verfügbar unter http://www.ihs.ac.at/vienna/publication.php?tool_e_action=download_file&id=420, zuletzt geprüft am 08.04.2010.

Die vorliegende Arbeit setzt sich mit dem Wandel und der Funktion der Narrative zur Ersten Republik⁸⁶⁶ auseinander. Heute weitgehend dem Vergessen anheim gefallen und negativ konnotiert, wird den Prozessen des Ausverhandelns nachgespürt, welche es erst ermöglicht haben, dass durch das Verschwinden von positiven Bezugspunkten der rhetorische Topos vom „Staat, den keiner wollte“ zu einem zentralen Gedächtnisort für diese Periode in der Zweiten Republik werden konnte.

Stellt man nämlich den Jahrestag der Gründung der Republik, den 12. November 1918, in den Mittelpunkt der Betrachtung, werden in den ersten Nachkriegsjahrzehnten Deutungskonflikte zwischen SPÖ und ÖVP rund um die richtige Darstellung der Ersten Republik offenkundig, in welchen auch ein positiver Rückbezug auf die Erste Republik zentral war. So betonte gerade die SPÖ deren Leistungen und die Gründung der Republik als positiven Gegensatz zur Habsburgerzeit. Von Seiten der ÖVP wurde hingegen ein Narrativ vertreten, dass den 12. November nur über den Untergang der Monarchie interpretierte und dadurch das Jahr 1918 negativ, gewissermaßen als Ausgangspunkt für 1938 verstand. Die Erste Republik (in der Betrachtung über den „12. November“) war also zu Beginn der Zweiten Republik noch ein umstrittener Gedächtnisort, dem eine wichtige Rolle hinsichtlich der Differenzbildung in den Parteinarrativen zu republikanischer und monarchischer Vergangenheit zukam.

Wie konfliktbeladen die Interpretation des Übergangs von der Monarchie zur Republik noch war, wurde in den 60er Jahren deutlich. Nicht nur in der Habsburgkrise – der Kontroverse über eine Einreiseerlaubnis für den Sohn des letzten österreichischen Kaisers, Otto Habsburg – sondern auch in den Debatten um die adäquate Begehung des Tags der Republikgründung offenbarten sich parteipolitische Konflikte. So spielte der 12. November bei den Überlegungen zu einem österreichischen Nationalfeiertag von Seiten der SPÖ eine zentrale Rolle, während Feierlichkeiten von der ÖVP abgelehnt und boykottiert wurden. Gerade über den Jahrestag des 12. November zeigte sich also ein Umgang mit der Ersten Republik, welcher nicht nur durch einen negativen überparteilichen Konsens geprägt war, sondern je nach Parteizugehörigkeit auch positive Narrative zur Ersten Republik formte.

Erst in den 60er Jahren traten die Bedeutung der Parteinarrative und die Deutungskonflikte weitgehend in den Hintergrund. Ein Prozess der mit der Verankerung eines gemeinsamen Österreichbewusstseins und der

⁸⁶⁶ Mit der Bezeichnung Erste Republik ist die demokratische Phase Österreichs in der Zwischenkriegszeit von 1918 bis 1933 gemeint. Bürgerkrieg und Austrofaschismus sind daher nicht explizit Teil dieser Untersuchung.

Herauskristallisierung eines gemeinsamen Narrativs zur österreichischen Geschichte einherging. Während von Seiten der ÖVP nun auch positiv auf den 12. November im Sinne seiner Republikgründung rekurriert werden konnte, erfuhr die monarchistische „Vorvergangenheit“ von der SPÖ eine positive Umdeutung. Die dichotomische Betrachtungsweise der Schnittstelle „Erste Republik“ hinsichtlich der Deutungskonflikte um Monarchie und Erste Republik trat in den Hintergrund, wodurch auch der 12. November an Bedeutung verlor. Durch diese Prozesse des Ausverhandelns verschwand allerdings auch eine positive Erinnerungskultur an die Erste Republik weitgehend aus dem Blickfeld, da diese ihre Funktion zur Differenzbildung zwischen den Parteien im geschichtspolitischen Diskurs verloren hatte und Platz machte für eine eindeutig negative Charakterisierung dieser Periode.

Wenig überraschend fiel daher in die gleiche Zeit wie das Ausverhandeln der Schnittstelle des 12. November auch das vermehrte Aufkommen negativer Formeln zur Ersten Republik. So publizierte etwa 1962 Hellmut Andics das populärwissenschaftliche Buch „Der Staat, den keiner wollte“, dessen Titel bald zu einem Synonym für die Erste Republik werden sollte. Lieferte er doch damit eine Möglichkeit dessen Scheitern im Sinne einer „geteilten Schuld“ – eines gemeinsamen fehlenden Glaubens an Österreich – zu erklären und gleichzeitig die parteipolitischen Konflikte der Zwischenkriegszeit ausgeklammert zu lassen. Mit der Entwicklung der „Erfolgsgeschichte“ der Zweiten Republik verfestigte sich dieser Topos immer mehr, fand seinen Eingang in den politischen, medialen aber auch historiographischen Diskurs und formte so den Platz der Ersten Republik in einem offiziellen Narrativ mit. War also zuvor noch eine Betrachtung dieser Zeit über ihre Funktion der Differenzbildung zur Monarchie im Parteinarrativ der SPÖ positiv verankert, so konnte nun durch den Bedeutungsverlust des 12. November und die Neucodierung der Monarchie bei der SPÖ sich der Gedächtnisort „Erste Republik“ in einem überparteilichen Narrativ im rhetorischen Topos vom „Staat, den keiner wollte“ festschreiben.

Akademischer Lebenslauf

Person:

Name: Martin Reisacher
Geburtsdatum: 07/02/1983
Geburtsort: Wels/OÖ
Anschrift: Frauengasse 14/11, 1170 Wien
E-Mail: martin.reisacher@gmx.at

Ausbildung:

Schulen:

1988-1992: Volksschule in Schleißheim bei Wels
1992-2001: Bundesgymnasium Dr. Schauerstraße in Wels

2001-2002: Zivildienst im Flüchtlingsheim „Haus Courage“ der Caritas Wels

Universität:

WS 2002-2004: Studium der Wirtschaftsinformatik an der WU Wien
WS 2003-2010: Studium der Geschichte und Politikwissenschaft an der Uni Wien
WS 2007-2008: Erasmus-Auslandsjahr in Salamanca, Spanien
SS 2006: Erstes Diplomprüfungszeugnis

Kenntnisse:

Sprachkenntnisse: Deutsch, Muttersprache
Englisch, gute Kenntnisse
Spanisch, gute Kenntnisse

Computerkenntnisse: Windows und MS-Office, gute Kenntnisse